Adolf Diamant

CHRONIK DER JUDEN IN DRESDEN



AGORA

Das Buch, zu dem Robert M. W. Kempner, der einstige US-Hauptankläger im Nürnberger Prozess, ein Vorwort schrieb, geht streng historisch vor und beginnt mit dem Mittelalter: In der 1206 erstmalig in Urkunden erwähnten Stadt Dresden, deren Stadtcharakter eine weitere Urkunde von 1216 bezeugt, werden im Jahre 1375 bereits jüdische Bewohner, 1377 erstmalig eine Synagoge erwähnt.

Von etwa 1550 bis zum Ausgang des folgenden Jahrhunderts sind keine Juden in Dresden nachweisbar. 1694 bestieg August der Starke den kurfürstlichen Thron Sachsens und 1697 wurde er zum König von Polen gewählt. Unter ihm und protegiert von ihm entstand die moderne Dresdner Judengemeinde, deren eigentlicher Vater der kursächsische Resident im Niedersächsischen Kreis, Berend Lehmann aus Halberstadt war.

Als August des Starken Sohn, der König-Kurfürst August III., starb, lebten schon 803 Juden in Dresden. Es wurde nun das Amt eines „Judenbestellers" eingerichtet. Die napoleonische Zeit – Sachsen war nach 1806 mit Frankreich eng verbündet – wirkte sich für die Emanzipation der Juden günstig aus.

Diamant schildert das trotz einer ersten antisemitischen Welle um 1880 rasche Wachstum und die Blüte der jüdischen Gemeinde in Dresden. Mitte der 1920er Jahre lebten 5120 Israeliten in Dresden. Noch 1935 war die Gemeinde optimistisch genug, eine Erweiterung der einst von Semper erbauten Synagoge vorzunehmen. Wenige Jahre später war sie durch Deportation und Mord so gut wie ausgelöscht.

"So kommt der Dokumentation eine über das Lokale hinausgehende Bedeutung zu. Das Werk ist ein Denkmal, ein Beitrag zur Geschichte des Holocausts und eine Fundgrube zugleich."
(R.M.W. Kempner)

Adolf Diamant, 1924 in Chemnitz geboren, brachte 1970 eine "Chronik der Juden in Chemnitz" (heute Karl Marx-Stadt), 1971 "Zur Chronik der Juden in Zwickau" heraus. Der Autor lebt in Frankfurt.

Umschlagfoto: Synagoge Dresden

AGORA VERLAG · DARMSTADT · LUCASWEG 17

ISBN 3-87008-032-9

Adolf Diamant

CHRONIK DER JUDEN IN DRESDEN

Von den ersten Juden bis zur Blüte der Gemeinde
und deren Ausrottung

Mit einem Geleitwort von Robert M. W. Kempner

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Agora Darmstadt 1973

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Satz: Satzstudio H.Prinz, Frankfurt am Main
Druck: Anton Hain, Meisenheim / Glan
Verlag: AGORA, 61 Darmstadt, Lucasweg 17

Copyright by Adolf Diamant, Frankfurt am Main 1973.
ISBN 3-87008-032-9

Diamant · Chronik der Juden in Dresden

MEINER LIEBEN FRAU

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Vorwort. *Von Dr. Robert M. W. Kempner*

Einführung des Verfassers.

I. Die ersten Juden in Dresden. 1

II. Die Judenvertreibung im Jahre 1430. 4

III. Von den Hofjuden zur israelitischen Religionsgemeinde.

a. Die Hofjuden 7
b. Die Gesetzgebung für den israelitischen Kult 27
c. Das Gemeindeleben am Anfang 34
d. Die antijüdischen Strömungen um 1880 36

IV. Die Israelitische Gemeinde im 20. Jahrhundert.

a. Die Verwaltungsberichte von 1887 bis 1915 42
b. Die Satzungen vom Jahre 1923 52
c. Die Verwaltung vom Jahre 1926 bis 1937 58
d. Das Finanzwesen 67
e. Die geistigen Größen der Gemeinde *(Biographien)* 87
f. Die Rabbiner und Kantoren *(Biographien)* 96
g. Die sozialen Einrichtungen 109

V. Die Synagogen.

a. Die ersten Betstuben 126
b. Grundstückskauf und Finanzierung der großen Synagoge 132
c. Die Bauausführung 138
d. Die Einweihung 144
e. Der Synagogenanbau 1935 151
f. Die Baubetrachtung *(Von Architekt Salomon Korn.)* 155

VI. Die jüdischen Stiftungen. 157

VII. Die Vereine. 172

a. Der Armenunterstützungsverein 173
b. Der Bethaus-Verein 174
c. Der Central-Verein 175
d. Die Chebrah-Kedischah *(Totenbruderschaft)* 178
e. Die Fraternitas-Loge 179
f. Der Frauen-Verein 183
g. Der Hilfs-Verein 184
h. Der Jugend-Verein 185
i. Der Konservative-Verein 189
j. Der Krankenunterstützungs-Verein 189
k. Der Krankenverpflegungs-Verein 190
l. Der Mendelssohn-Verein 191
m. Der Mittelstandsküche-Verein 192
n. Der ORT-Verein *(Berufsumbildung)* 192
o. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 194
Die gefallenen jüdischen Soldaten 1914 - 1918 200
p. Die Sport-Vereine 202
q. Die Volks-Partei 203

VIII. Die Friedhöfe.
a. Der alte Friedhof 204
b. Der neue Friedhof 212
IX. Die Bevölkerungsentwicklung.
a. Die Verteilung der Juden in Sachsen 226
b. Die Anzahl der Juden in Dresden 228
c. Die Anzahl der ausländischen Juden in Dresden 231
d. Die Judentaufen 232
e. Die Geburten und Sterbefälle 235
f. Die Ehen und Mischehen 236
X. Der soziale Stand.
a. Handel und Berufe 238
b. Bankwesen (Hofjuden, Münze, Dresdner Bank, Privatbanken, Börse) . . . 249
c. Ärzte und Anwälte 276, 281
d. Theater, Musik und Maler 285
e. Kunst *(NS-Kunstraub)* 289
f. Pressewesen 307
g. Bibliotheken 311
h. Schulwesen 316
XI. Der Zionismus. *(Der zionistische Verein)* 328
XII. Der Judenboykott.
a. Bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung im März 1933 334
b. Der Boykott von 1933 bis 1938 339
XIII. Die Kristallnacht.
a. Die Ausweisung der polnischen Juden (NS-Dokumente) 355
b. Die Synagogenverbrennung 404
c. Die Verhaftungswelle 410
XIV. Die letzten Jahre der israelitischen Religionsgemeinde.
a. Die Verfügung über Grundbesitz *(Beraubungen)* 423
b. Anordnungen und Verbote *(Beraubungen)* 434
XV. Die Deportationen. 445

ANHANG.
A. Die Jüdische Gemeinde von 1945 bis 1970 458
B. Kirche und Juden 475
C. Die NS-Hierarchie 483

Nachwort. 492

Quellenverzeichnis 493
Donatorenverzeichnis 508
Namenregister 509
Ortsverzeichnis 514
Abbildungsverzeichnis 521

VORWORT

Diese "Chronik der Juden in Dresden", beginnend mit dem dreizehnten Jahrhundert, setzt den Dresdner Juden ein würdiges Denkmal, eherner als Erz. Sie führt uns anhand von dokumentarischen Unterlagen durch sieben Jahrhunderte bis hin zu einem Zeitpunkt, in dem von einem Judentum in Dresden kaum noch gesprochen werden kann. Blühen, Gedeihen und Freude lösen sich in diesen sieben Jahrhunderten ab mit Verfolgungen, Niedergang und tiefer Trauer um das Ende durch den Holocaust. Viertausend – also zwei Drittel – der Dresdner Juden wurden während und durch das nationalsozialistische Regime grausam ermordet. Der Rest konnte auswandern. Die Überbleibsel sind in Dresden, wie an vielen anderen Plätzen, nur ein Häuflein.

Die Endlösungsmaschine war von Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts konstruiert und von zehntausenden von menschlichen Wesen mit unmenschlicher Begeisterung oder in "Pflichterfüllung" gesteuert und bedient worden: von Ministern und Gauleitern, Staatssekretären und SS-Offizieren, Ausplünderungs- und Gasexperten und vielen vielen anderen, die wenigstens einen Sieg für Hitler erringen wollten, – nämlich den gegen die Juden. Hitler hat seine Gefolgsleute stets an die Stelle gesetzt, an der er ihrer erfolgreichen Mordarbeit sicher sein konnte. Es gab nicht nur einen Adolf Eichmann im Dritten Reich, jedes Ministerium, ob Auswärtiges Amt oder Reichsverkehrsministerium oder Reichsfinanzministerium hatte seine "Eichmänner" mit ihrer Zuständigkeit für Mord-, Deportations- oder Ausplünderungsaufgaben. Unter ihnen waren selten Versager. Die Zahl der Schuldigen betrug viele Zehntausende. Nur ein Bruchteil konnte von der irdischen Justiz erfaßt werden. Die NS-Prozesse brachten eine oft nur unzureichende Sühne. Ihr Wert lag vielmehr in den historisch wichtigen Feststellungen über Durchführung und Ausmaß der schon vor 1933 konzipierten mörderischen "Endlösung der Judenfrage."

Von gleich wichtiger Bedeutung sind Chroniken und andere Werke über die Geschichte der Juden in Städten und Landstrichen; daß sie geschrieben und veröffentlicht werden, ist wichtig, selbst wenn sie noch nicht das letzte Wort enthalten. Sie sind umso wichtiger, als in den letzten Jahren bei der Schilderung der Geschichte der Juden und der Endlösung der focus oft nicht auf die Verderber gerichtet wurde, sondern auf Personen oder Gruppen, die unfähig oder herzlos oder bürokratisch keine kräftige Initiative zur Rettung der Juden vor drohenden Mördern entwickelt haben. Chroniken, Dokumentationen und Gerichtsverhandlungen, wie z.B. die Nürnberger Prozesse, haben die Wahrheit über die Vernichtung von sechs Millionen Juden weit besser offenbart, als Polemiken, wie z.B. die über Papst Pius XII.

So kommt einer dokumentarischen "Chronik der Juden in Dresden" eine besondere über das Lokale hinausgehende Bedeutung zu. Der Verfasser hat sie mit unendlicher Mühe, Herz und Verstand geschrieben. Seine Interpretationen zeigen seinen Standpunkt und ermöglichen Zustimmung oder Kritik.

Das Werk von Adolf Diamant ist ein Denkmal, ein Beitrag zur Geschichte des Holocausts und eine Fundgrube zugleich. Es sollte gebührende Beachtung finden und zwar über den Kreis der jüdischen und nichtjüdischen Dresdener hinaus.

Frankfurt am Main
Frühjahr 1973

Dr. Robert M.W. Kempner
fr. US-Hauptankläger im Nürnberger
Wilhelmstraßenprozeß

Tut nichts, der Jude wird verbannt.
Tut nichts, der Jude wird verbrannt.
Tut nichts, der Jude wird verkannt.

Einführung des Verfassers

Zur Geschichte der Juden in Dresden steht eine Menge historisches Material zur Verfügung. Meine Arbeit, die Geschichte chronologisch aufzuzeichnen basiert auf zwei grundlegenden Werken und zwar „Emil Lehmann, Gesammelte Schriften" und „Fritz Költzsch, Kursachsen und die Juden in der Zeit Brühls", die eine gute Darstellung der geschichtlichen Vorgänge aufweisen, aber kein fortlaufendes und umfassendes Bild von der Entwicklung und Konstellation der Jüdischen Gemeinde Dresden geben.

Meine Arbeit wurde behindert, da Archivalien und anderes Material schwierig aus Dresden zu erhalten sind. Die derzeitige Teilung Deutschlands in Ost und West erschwert auch Reisen nach Dresden, die eigentlich unumgänglich gewesen wären.

Eine immense Hilfe war die Frankfurter Stadt- und Universitätsbibliothek. In der umfangreichen Judaica-Abteilung konnte ich sämtliche benötigten Bücher, Zeitschriften, Mikrofilme und schriftlichen Quellen sichten. Material, welches nicht in dieser Bibliothek vorhanden war, wurde durch Fernleihen aus anderen Bibliotheken der verschiedensten Städte und Länder beschafft. Besonders danke ich der Jüdischen Gemeinde zu Dresden für die vielen wichtigen Hinweise auf Quellenmaterial sowie für die Fotos von der Synagoge und dem Friedhof, die nachstehend abgebildet sind. Ein Großteil der aussagekräftigen Dokumente für die Jahre 1938 – 1940 stammen aus den Sammlungen des Stadtarchives Frankfurt am Main.

Beim Studium des vorliegenden Werkes könnte bei dem Leser der irrige Eindruck entstehen, daß die Juden Förderer des Kapitalismus sind. Dies trifft keineswegs zu, wenn man den Verlauf ihrer leidensvollen Geschichte verfolgt.

Im Mittelalter wurden die Juden in Gettos eingepfercht und ihre Tätigkeit wurde beschränkt. Sie widmeten sich dem Studium der Heiligen Schrift, denn es war ihnen nur Geldverleih und Handel gestattet, sodaß sie sich über Jahrhunderte hinweg mit diesen Erwerbszweigen befaßten. Demzufolge waren sie auch mit die Ersten, die in der frühkapitalistischen Epoche im Wirtschaftsleben Fuß faßten. Mit ihren durch Generationen erworbenen Kenntnissen des Handelns, ihren Beziehungen zu Regenten und Regierungen, brachten sie es in relativ kurzer Zeit zu beachtlichem Vermögen. Daß diese Kapitalisten enorme Gelder an soziale Einrichtungen abführten, beweisen die unzähligen Stiftungen von Juden.

Der sozialistische Trend der Juden dokumentiert sich darin, daß es im Staat Israel eine bedeutende Anzahl sozialistischer Kommunen (genannt Kibbuzim) gibt, deren Mitglieder nach dem Vorbild sowjetischer Kolchosen auf der Basis kollektiver Genossenschaften leben, in der eine Kapitalbildung einzelner Individuen nicht zugelassen wird.

Die Chronik der Juden in Dresden gibt Zeugnis einer fast andauernden Unterdrückung dieser religiösen Minderheit. Vom Seßhaftwerden der Juden in Dresden um 1700 zu Ende des 19. Jahrhunderts unterlagen sie den harten Gesetzen der Obrigkeit. Nur 30 Jahre konnten sie in Ruhe und Frieden leben. In dieser Zeit aber entwickelte sich erstaunlich schnell die blühende Jüdische Gemeinde Dresden.

1933 begannen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten neue Unterdrückungen der Juden. Mit Deportierungen und Ermordungen endete das Leben der Dresdner Juden 10 Jahre später, 1943.

Ein entsetzliches Geschehen wiederholte sich in Dresden auf makabere Weise. Nach der furchtbaren Bombardierung der Stadt im Februar 1945 wurden viele Tote des Luftangriffes auf dem Altmarkt – wegen Seuchengefahr – auf einem riesigen Scheiterhaufen verbrannt. Die Dresdner Stadtchronik aus dem Jahre 1349 teilt mit, daß der Markgraf von Meissen in diesem Jahre die Juden ebenfalls auf dem Altmarkt verbrennen ließ, da sie beschuldigt wurden, die Pest nach Dresden eingeschleppt zu haben. Der tragische Zufall der Geschichte wollte es, daß rund 600 Jahre später wieder ein Scheiterhaufen auf dem Altmarkt loderte und auch diesmal war es ein Fastnachtsdienstag.

Die grausamen Zerstörungen durch die alliierten Luftflotten im Februar 1945 und die unzähligen Toten bei diesem Bombardement müssen hier erwähnt werden – aber kann es denn eine Aufrechnung Auschwitz–Dresden geben?

Im Mai 1945 kamen wieder Juden nach Dresden. Von der großen Jüdischen Gemeinde Dresden, die in der Zeit ihrer Blüte rund 6.000 Mitglieder zählte, waren nur wenige zurückgekehrt. Die Gemeinde wurde neu gegründet und mit Hilfe der Behörden der Deutschen Demokratischen Republik ist eine neue Synagoge am Eingang des neuen jüdischen Friedhofes errichtet worden.

Die Sterbequote der Juden in Dresden ist in den letzten Jahren im Vergleich mit den Geburten höher, sodaß die Zahl der zur Jüdischen Gemeinde Dresden Gehörenden zwangsläufig schwindet.

In dem vorliegenden Werk habe ich mich bemüht, die Vorkommnisse ganz besonders aus der Zeit des Nationalsozialismus, so darzustellen, wie es tatsächlich geschehen ist. Die aufgezeigten Dokumente und Berichte sprechen dafür eine überzeugte Sprache.

Es soll noch darauf hingewiesen werden, daß sich die Bezeichnungen „Israelitische Religionsgemeinde zu Dresden" und „Jüdische Gemeinde zu Dresden" insofern unterscheiden, als bis zum Jahre 1944 der erstere Name benutzt wurde und seit 1945 die letztere Bezeichnung zutrifft. In Dresden bestanden also nicht zwei gesonderte Judengemeinden, wie zum Beispiel in Frankfurt am Main.

An dieser Stelle sei noch Dank an alle Donatoren gesagt, die mit Dokumenten, Bildern, Berichten und sonstigen Unterlagen zu diesem Werk beigetragen haben. Ohne diese beweiskräftigen Aussagen wäre das Buch nicht vollständig. Diese Dokumentation, ein Stück Kultur- und Zeitgeschichte der Stadt Dresden, belegt das tragische und furchtbare Geschick der Juden dieser Stadt, die unter einem verbrecherischen Regierungssystem fast völlig ausgerottet wurden.

Adolf Diamant.

I. Die ersten Juden in Dresden

Die Markgrafen von Meissen erbauten Anfang des 13. Jahrhunderts neben dem slawischen Fischerdorf Drezdzane eine Burg, an die sich eine deutsche Stadt anschloß. Offiziell wird Dresden 1216 als Stadt bezeichnet, ein befestigter Ort mit Mauern und Toren, der Sitz von Gewerbetreibenden, mit einer Kirche und dem Sitz von Verwaltungsbehörden. Die Fürsten begünstigten daher diese „Kammerknechte des heiligen römischen Reiches", deren Los übrigens ein sehr trauriges war, da sie oft den grimmigsten und grausamsten Angriffen abergläubischen Volkes ausgesetzt waren![1.)]

Die Fürsten sahen den Nutzen, den die Juden brachten wohl ein, so auch Markgraf Heinrich der Erlauchte, der im Jahre 1265 mittels einer Urkunde die Rechte der Juden in einer „Judenordnung" dem Lande näher bekanntgab:

> *„Wenn ein Jude wegen einer Schuldforderung an einen Christen oder in anderer Angelegenheit Zeugnis ablegen will, muß dies durch zwei Christen und einen Juden geschehen, die anerkannt wahrheitsliebend und guten Leumunds sind und die gleich nach ihren Religionsgebräuchen den Eid ablegen müssen.*
>
> *Gleiches Verhältnis findet statt, wenn ein Christ gegen einen Juden Zeugnis ablegt, wo dann zwei Juden und ein Christ als Zeugen auftreten müssen. Kein Jude kann vor einen anderen Richter gezogen werden, als den, welchen ihm der Markgraf angewiesen.*
>
> *Der Jude kann ohne Zuziehung von Zeugen jedes Pfand annehmen, wenn dasselbe nur nicht in Kirchenschmuck und sonstigem Kircheneigentum besteht, wo dann zwei Juden und ein Christ guten Rufes als Zeugen notwendig werden.*
> *Wenn dagegen ein Christ ein Pfand, das ein Jude in Händen hat, als gestohlen in Anspruch nimmt, kann der Jude durch einen Eid sich reinigen. Hat der Jude Zeugen, bedarf es des Eides nicht. Betrifft es Kirchenschmuck und anderes geistliches Eigentum und kann der Jude nicht durch zwei christliche und einen jüdischen Zeugen beweisen, daß dies sein rechtmäßiges Pfand sei, so verliert er das Pfand mit dem Darlehn; ebenso wenn ein Pfand, das er ableugnet, bei ihm gefunden wird.*
>
> *Ein Pfand aber, das ein Jude durch Raub, Brand oder anderer Unglücksfälle verliert, braucht er nicht wieder zu ersetzen".*

Mußte ein Jude vor dem Richter eine Kaution stellen, so betrug dieselbe, wenn sie bei kaiserlichem Gerichte oder beim Markgrafen selbst niedergelegt wurde, eine Mark in Gold, beim Kämmerer des Markgrafen eine Mark in Silber, bei niederen Gerichten aber ein Pfund Pfeffer. Endlich bestimmte der Markgraf, daß die Klage gegen einen Juden bei seinem ordentlichen Richter und bei der Synagoge *(apud scholas, ubi ipsorum causae tractantur)* anhängig zu machen sei.[2.)]

Der Mittelpunkt war die Burg, die alljährlich von Markgrafen öfters besucht, eine Stätte regen Lebens und Treibens wurde. Waffenschmiede, Händler mancherlei Art und namentlich Juden wurden in der Nähe bald heimisch. Die Juden waren bereits in jener Zeit das Perpetuum mobile in den engeren und weiteren Kreisen des Geschäftslebens. Sie standen im Verkehr mit dem Ausland, sie kannten die Quellen mancherlei Bedürfnisse und sie beschafften den Fürsten Geld, machten das ungemünzte Metall zu Geld,und setzten dies im Auftrage der Fürsten in Umlauf.

Um 1300 sollen die Juden einen Platz erhalten haben, auf dem eine stattliche Synagoge errichtet wurde. Dieser Platz wird als ‚Jüdenhof' bezeichnet. Außer dem Jüdenhof wird auch eine Judengasse erwähnt.[3.)]

Die Angabe einer Chronik, daß die Juden 1349 zur Zeit des Schwarzen Todes, der Pest, einem Autodafè auf dem Altmark zum Opfer fielen, ist nicht unbestritten und nach einer neueren Annahme datiert die erste urkundliche Erwähnung von Juden in Dresden aus dem Jahre 1375. Ihre Zahl war gering.
Eine Urkunde vom Jahre 1375 weist nach, vermittelst welcher die Brüder von Steinbach einer neugestifteten Kapelle bei der Frauenkirche unter anderen Gefällen 15 Groschen jährlicher Zinsen von einem Judenhause überweisen,

„... do iczundt Sloman und Zadoch mit anderen Juden inne wonen und besiczczen."

In Urkunden aus den Jahren 1386 bis 1393 werden ein Jude Nochman, sowie ein Jude Jocof von Prag, sein Bruder Michel und sein Schwager Jocof, sämtlich in Dresden, als Geldverleiher genannt. Die Juden waren auf zwei Straßen beschränkt, wo sie aber keineswegs allein, sondern mitten unter der christlichen Bürgerschaft wohnten und daher wohl auch nie durch Tore oder Ketten, wie z.B. in Frankfurt am Main, abgeschlossen waren; es war dies die Judengasse oder die Große Judengasse, die ehemalige Schössergasse, und die Windische Gasse oder Kleine Judengasse, die spätere Galeriestraße um 1900.

Am nördlichen Ausgang dieser beiden Gassen, an dem Platze, der den Namen Jüdenhof führte, stand die Synagoge. Dieselbe wird schon 1377 erwähnt. Im genannten Jahre kauft die Verwaltung des Maternihospitales in der „Judenschule" Treber als Schweinefutter, danach scheint es, daß die Juden in diesem Gebäude auch ihr Bier brauten. *)

In den Geschoßregistern, soweit sie erhalten waren, sind verschiedene Juden als Hausbesitzer verzeichnet, so in der Judengasse ein Judeus de Jamsbach, in der Windischen Gasse Jacof Jode der cleyne und Symon, ferner 1409 Mossche von Haina und die *Jodinne in Andres Fleischers huse,* wobei bemerkt ist: *Salomon sted daz hus zcu, daz hat er kouft um 16 sex. gr.*

Außer der Judenschule, die bald zur Judengasse, bald zur Windischen Gasse gehörig aufgeführt wird, also wohl beide Gassen berührte, wird 1396 noch ein Judenhaus *(domos Judeorum)* erwähnt, das vermutlich mehreren Familien gemeinschaftlich gehörte, wie das schon erwähnte Judenhaus.

Welche Beziehung der „Judenteich" vor dem Kreuztore, der zuerst in einer Bauamtsrechnung von 1400 als *„der Yodin tych"* erwähnt wird, zu den Juden gehabt hat, ist nicht sicher zu ermitteln. Wahrscheinlich hatten die Juden ihren Begräbnisplatz in der Nähe; andernwärts befand sich derselbe ebenfalls vor der Stadt.[4.)]

Die Dresdner Geschoßrechnungen Walpurgis 1414 bis 1417 wiesen ein Fragment einer hebräischen Handschrift auf. Gleichzeitig mit den eingeschlagenen Rechnungen sind mehrfach auf diesem Umschlagblatt hebräische Schriftzeichen zu sehen gewesen. Das Blatt war ein Teil einer liturgischen Handschrift und nicht einer Thora-Rolle. Vor 1414 bis 1417 war im Jahre 1411 eine Judenverfolgung gewesen. Sie bestand in einer Vermögens- und Grundstücks-

*) Die Tuchmacherordnung, wahrscheinlich erst nach 1381, verbot Garn und Wolle von den Juden zu kaufen. In: Butte, Heinrich. Geschichte Dresdens. Graz 1967. S. 75.

Konfiskation. Die Synagoge, die zunächst in den Besitz des Markgrafen, später in den der Stadt kam, wurde anderweitig benutzt, dabei wurden die Handschriften zerstreut und als festes Pergament anderweitig benutzt – so blieb diese hebräische Handschrift als einziges Zeugnis an die Synagoge und die Juden des tiefen Mittelalters.[5)]
Diese alte Urkunde war im Stadtmuseum Dresden im Raum I unter den ältesten Dresdner Schriftstücken ausgelegt. In der Bombennacht vom 13. zum 14. Februar 1945 verbrannte diese kulturgeschichtlich wertvolle Handschrift.

Im Jahre 1411 wurden die Juden ihres Vermögens und besonders auch ihres Grundbesitzes beraubt. Diese Judenberaubung fand auf Befehl des Landgrafen Friedrich in ganz Meissen und Thüringen statt. *)
Daß in Dresden der Rat in Gemeinschaft mit den landesherrlichen Beamten handelte, ergibt sich aus einer Notiz der städtischen Kämmereirechnung von 1411:

> *„Item alze der rad gancz by mer (dem Kämmerer) waz, alze Hannus von Pollenczy und der hauptman ouch mete waz, alze weyr dy Jodin vingen, 9 firtil kan weins vor 7 gr. 9 hell. und allenczel geholt und czu meir getrungken vor 10 gr."*

Die Grundstücke der Juden eignete sich der Landgraf an und genehmigte im Jahre 1413, daß zwei seiner Hofdiener ein ihnen überlassenes Haus,

> *„daz an unz kommen waz von eynem Juden genant der gross Jakob vor gelt, daz er unz gebin sulde"*

das heißt wahrscheinlich statt des Geldes, das von ihm erpreßt werden sollte, an einen Bürger verkaufen, und 1414 belehnt er zwei andere Hofbeamte

> *„mit einem hoffe gelegen in unser stadt Dresden by der muren und der Juden Michel gewest ist,"*

worunter das Grundstück der Judenschule zu verstehen ist. Bald nachher führte der Rat mit dem Markgrafen Verhandlungen über den Judenhof, die wahrscheinlich zu dessen Erwerbung für die Stadt führten. Die Kämmereirechnungen von 1416 zeigen auf :

> „. . . eynem botin czu Hauze von Polenczk keyn Luckaw mit myner herren und myner vrauwen briffe umb den Judenhoff 10 gr."

Wie es scheint, ist mit der Beraubung der Juden im Jahre 1411 eine Vertreibung oder gar Ermordung derselben nicht verbunden gewesen, aber sie haben offenbar eine dauernde Verschlechterung ihrer Lage erfahren und sich seitdem in einer verschärften Ausnahmestellung befunden, denn sie werden in den Geschoßregistern nicht mehr mitten unter den christlichen Bürgern ihrer Nachbarschaft, sondern ganz am Ende gesondert verzeichnet. Außer dem gewöhnlichen Bürgergeschoß hatten die Juden besondere Abgaben an die Stadt zu entrichten. Das Geschoßregister von Michaelis 1415 führt als Juden auf:

> *„Rubin, Abraham, Salomon und Joseph".* Von Walpurgis 1418 werden erwähnt:
>
> *„Rubin, Salomon, Jacoff, Samuel, Perla, Kaczman und Jacoff Pregerynne son (und zahlt zwar letzterer Geschoß) von zcweyn husern der brandestad, die her umb 12 s kouft hat",*

woraus hervorgeht, daß sie auch wieder Grundeigentum erwerben durften. Das Altdresdner Stadtbuch von 1412 erwähnt in den Jahren 1415 bis 1418 die Juden Jocoff und Josep als Gläubiger von Bürgern.

---

*) Er forderte sogar den Rat zu Nordhausen auf, seinem Beispiel der Judenverfolgung nachzueifern. In: Butte, Heinrich. Geschichte Dresdens. Graz 1967. S.75.

Seit dem Jahre 1413 ist in der Judengasse eine Badestube, die Judenstube erwähnt, wie die Zinsamtrechnungen 1413 und die Geschoßregister 1414 bis 1418 ausweisen. Später benutzten die Juden die in der Schreibergasse gelegene Badestube, die Schreiberstube, die daher auch den Namen „Judenstube" führte; so spricht das Zinsamtregister von 1523 von

„der Judenstuben, do vor zotten die Juden inne gebadet habn, in der Schreibergassen".

*

II. Die Judenvertreibung im Jahre 1430

Kaum 20 Jahre hatte man den Juden Ruhe gegönnt, da brach noch vor Ablauf des Versicherungsbriefes, den ihnen Friedrich der Streitbare am 23. Mai 1425 für 6 Jahre für einen jährlichen Zins von 875 Gulden erteilt hatte, eine neue Verfolgung über sie herein.

In einer chronikalischen Aufzeichnung aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts heißt es:

„Anno 1430 wurden die Juden von Dressden getriben."

Ebenso wörtlich berichtet der Pirnaische Mönch – wie ihn Menke in scriptores Th.S.1544 zitiert. Wenn dagegen die Torgauer Annalen behaupten, daß Friedrich der Sanftmütige erst 1432 auf Anstiften seiner ihm am 3. Juni 1431 angetrauten Gemahlin Margarethe von Österreich die Juden aus dem Lande vertrieben habe, so wird damit der jungen Kurfürstin schweres Unrecht getan.

Die Judenverfolgung hat tatsächlich schon im Jahre 1430 auf Anordnung des Kurfürsten Friedrich in ganz Thüringen und Meissen, und zwar in Dresden am 25. Februar stattgefunden. Man erhält darüber Gewißheit durch einen Revers Friedrichs vom 26. März 1430, welchen sich der Dresdner Rat ausstellen ließ, um sich gegen etwaige Ansprüche der Juden auf Schadenersatz sicher zu stellen:

„Friedrich landgrave in Doringen und marggrave zcu Miessin

Wir bekennen mit dissem uffin brieve, als unser borger zcu Dressden mit ern Bussen Viczthum und andern den unsern die Juden zcu Dressden, was sie der uff den sunabind vor esto mich nechstvorgangen daselbis funden habin, habin helffen vahen, das sie das gethan habin von unser schrifft, volbort und geheisse, nachdem wir uff dieselben czit alle unser Juden gemeynlichin in unsern landen zcu Doringen und zcu Missin begriffen lissin, und geben yn des zcu bekentenisse dissin briff vorsigilt mit unserm uffgedrugkten ingesigil.

Gegeben zcu Gotha am suntage letare anno domini $M^{o}CC^{o}$ tricesimo."

Die Fürsten gestatteten eben „ihren" Juden, sich während einer Reihe von Jahren zu bereichern. Der Kurfürst aber stellte seine, durch die Husittenkriege erschöpften Finanzen wieder auf die Beine, indem er die Vertreibung und Beraubung der Juden anordnete.[6.)]

Eine sehr auffällige Abnahme der teilweise aus Juden bestehenden Bewohnerschaft der Windischen Gasse mag mit den damaligen Judenverfolgungen in Zusammenhang stehen. Die hauptsächlichste Einnahmequelle der Stadt Dresden bildete im 14. und 15. Jahrhundert das Geschoß, eine von allen Bürgern zu entrichtende Steuer von Grundbesitz und von beweglichem Vermögen. Die Geschoßregister zeigten für die Judengasse folgendes Verzeichnis auf:

1396	1401	1411	1421	1431		1453		1465		1477		1489		1501	
Geschoßpflichtig				Häuser	Gesch.	Häuser	Gesch.	Häuser	Gesch.	Häuser	Gesch.	Häuser	Gesch.	Häuser	Gesch.
37	43	39	35	27	53	30	47	29	42	30	48	31	44	30	32 [7.]

Aber Markgraf Heinrich vergab die den Juden geraubten Güter auch an den Rat, bei welcher Gelegenheit Mathias Mohr, ein Ratsherr, sich Unterschlagung und eigennützige Verwendung jüdischen Vermögens erlaubte und auch sein Bruder nahm wissentlich Anteil an dieser Affaire. [8.]

Um 1468 sind wieder Juden in Dresden und der Apotheker Johannes Huffner weigert sich dem Juden Baruch Arzneien zu liefern, wogegen die Fürsten energisch einschritten. Die Fürsten schrieben unter dem 13. Juni 1468 an den Rat :

> *„Unnde begern darumbe mit gantzem ernstem vleis von ewch, wollet von stunt mit deme apotecker reden, schaffen und bestellen von unser wegen, das er unserm wundarzt materien und anders, was er bedarff und rechtfertig sey, umbe sein gelt mache, vorkeuffe und ane widderrede volgen lasse, auch das er noch sunst nymants anders im eynichen verdriess zcufuge. Wo aber der apotecker zcu tun nicht furmeynte, so wollet in von stunt zcu unsern handen nemen und darinne vleis furwendten, domit uns gehorssamst beweist und keyn schade derhalben gefugt werde".* [9.]

Der erwähnte Jude Baruch wurde in der Stadt Dresden von den Fürsten aufgenommen und scheint als Arzt sehr berühmt gewesen zu sein; sowohl seiner Frau und seinen beiden Söhnen wurde gestattet Geld auf Pfänder zu leihen, obwohl Baruch als fürstlicher Wundarzt eine feste jährliche Besoldung erhielt, allerdings in Naturalien.

Doch war diese Niederlassung einer offenbar zahlreichen jüdischen Familie nicht nach dem Sinne der Einwohner, wie sich das 1469 in einem großem Tumulte offenbarte. [10.]

Noch vor Baruchs Ankunft im Jahre 1467 war *einer* um 12 Groschen gestraft worden

> *„Dorumme, das er uff dem Judenhusse gefrevelt und dy frihit gebrochen hat".*

Im selben Jahre erhielten 17 Bürgersöhne und Lehrjungen Strafen von sechs bis zwölf Groschen auferlegt, weil sie geholfen hatten

> *„der Juden huss zu stormen".*

Ebenso wurde ein Tischler für sich und seine Knechte um zwölf Groschen gestraft, weil sie die Juden *gehöhnet* hatten.

Die Alt-Dresdner Stadtrechnungen vom Jahre 1469 weisen aus, daß dort ein Jude ansässig war, der sogar das Bürgerrecht erhielt :

> *„Item der Jude dedit 28 groschen burgerrecht".*

In den Kämmereirechnungen von 1551 sind unter den Einnahmen von Bußgeldern verzeichnet:

> *„10 groschen Kurschner ein Behem dorumb, hat einem Juden in die stat geholfen".*

Offensichtlich hat man sich nach 1469 ihrer ganz entledigt und ihnen sogar selbst einen vorübergehenden Aufenthalt in Dresden verwehrt.

Trotzdem tauchen in der Dresdner Chronik noch Juden nach dem 15. Jahrhundert auf. Ein Jude Leupold wurde in Dresden im Jahre 1551 von seinem eigenen Diener ermordet; der zu Lemberg in Schlesien ergriffene Mörder wurde auf dem Markte in Dresden gevierteilt.

1561 wird ein Jude Jakob erwähnt, der in der Kreuzkirche zum Christentum übertrat. Von diesem Zeitpunkt an erscheinen in den alten Dresdner Urkunden keine Juden mehr. Erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts kamen einzelne Juden in Handelsangelegenheiten wieder in die Stadt.11.)

Jüdische Objekte werden allerdings noch verschiedene Male in Ratsakten erwähnt.

Am 15. Juni 1491 brach in Dresden ein Großbrand aus, der mehr als die Hälfte der Stadt in Asche legte. Unter den wenigen Straßen, die vom Feuer verschont blieben, befand sich auch die Judengasse.

Das Pulver wurde ehedem um 1500 in einem sogenanntem Judenhause aufbewahrt, wahrscheinlich in einem einsam stehendem Gebäude.[12,)]

Die Baurechnungen von 1454 weisen aus, daß der Rat den Judenhof als Waffen- und Pulverhaus, als Gewandhaus zu Jahrmarktzeiten, als Getreidespeicher und als Brauhaus benutzte.

„1454: 5 groschen vor eyn sloss an dy pulverkammer ym Judenhoffe".
„1470: 1 groschen dem marsteller, das her dy bochssen auss dem qwinger fwertte in den Jodenhoff".
1481 werden „gewandtbenke uff das Judenhausse" erwähnt,

und 1550 bat der Rat den Kurfürsten Moritz nicht zu gestatten, daß die Fenster des *„Judenadder gewandthaws"* am Jüdenhofe verbaut werden und dadurch dem Hause das Licht genommen werde. . . . [13.)]

Diese alten Dokumente schließen die Ära des Mittelalters ab.

*

III. Von den Hofjuden zur Israelitischen Religionsgemeinde

a. Die Hofjuden.

Fast 200 Jahre waren keine Juden in Dresden zu verzeichnen. Kurfürst Johann Georg III.hatte noch am 4. März 1683 die Aufnahme von Juden in Dresden verboten. 1696 aber waren schon Handelsjuden in Leipzig zur Messe und August der Starke reskribierte von Danzig aus an den Rat zu Leipzig :

> *„Nachdem wir bereits anno 1696 den 12. Februar aus unserem Geheimrat an euch nach der Beilage Verordnung ergehen lassen,. . . befehlen wir hiermit gnädigst, ihr wollet dem, was wir des Residenten Lehmanns wie auch des hannoverischen Hofjuden und seiner Söhne halber anbefohlen, hinfüro ohne Exception nachkommen."*

1704 lebten wieder drei Juden aus Böhmen in Dresden. Aber die Dresdner „sämtliche Krämer und Handelsleute" beschwerten sich über den Aufenthalt von Juden in der Stadt. Der Rat der Stadt ließ nun eine Aufstellung der „anjetzt befindlichen Juden" zusammenstellen. Es waren 15 Juden, die am 23. Dezember 1705 registriert wurden.

Auch der Rat der Stadt Dresden war gegen den Aufenthalt der Juden und schrieb am 31. Januar 1707 an August den Starken :

> *„. . . Wir zweifeln nicht, daß es bei dem bisherigen Gesetz bewende und daß auch Königl. Maj. nicht gestatten, daß durch die bösen Leute, (Juden) welche täglich unseren Heiland erschrecklich lästern, deren arme Untertanen weiter gekränkt und ausgesogen werden."*

Der König antwortete nicht einmal auf dieses Schreiben und verfügte am 23. September 1707:

> *„Wir werden mittelst Beischlusses von unserem Residenten im Niedersächsischen Kreise, Berend Lehmann. . . sich hier und zu Leipzig gegen Erlegung eines leidlichen Schutzgeldes wesentlich aufzuhalten."*

August der Starke hatte bereits 1696 Berend Lehmann ein offenes Messgewölbe gestattet und ihm die Niederlassung mit seiner Familie in Dresden und Leipzig dauernd erlaubt. Trotzdem erteilte ihm der König folgenden Schutzbrief :

WIR, Friedrich Augustus, von GOTTES Gnaden, König in Pohlen, Groß-Hertzog in Littauen, Reussen, Preussen, Mazovien, Samogitien, Kyovien, Vollhynien, Podolien, Podlachien, Liefland, Smolensco, Severien und Zschernicovien, rc. Hertzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, des Heiligen Römischen Reichs Ertz-Marschall und Chur-Fürst, Landgraff in Thüringen, Marggraff zu Meissen, auch Ober- und Nieder-Lausitz, Burggraff zu Magdeburg,

Hiermit thuen kund und bekenn, dass wir von unserm Residenten in Niedersächsischem Kreise, Berend Lehmann, verschiedentlich allerunterthänigst angelangt worden, wir wollen in Erwägung der uns viele Jahre her von ihm geleisteten treuen Dienste ihm die besondere Gnade und Freiheit verstatten, dass er sich mit seinem Weibe, Kindern und benöthigtem Gesinde in unserer Residenz allhier mit einem Hause und Garten ankaufe und wesentlich wohnhaft niederlassen möchte und wir denn solcher seiner, in allen vorgefallenen Begebenheiten verspürten treuen Dienste, derer wir von ihm ferner gewärtig seyn, uns noch wohl erinnern und deshalb sein Bitten in Gnaden anzuhören um so viel weniger Bedenken getragen, als dergleichen Schutzjuden an anderen benachbarten Orten auch geduldet werden, dass wir solchemnach aus besonderen königlichen und churfürstlichen Gnaden und anderen uns beiwohnenden Ursachen, jedoch ohne Consequenz, gedachten Residenten Lehmann mit Weib, Kindern und benöthigtem Gesinde auf seine und ihre Lebenszeit in unseren Schutz genommen, thun auch das hiermit aus landesfürstlicher Macht und Gewalt dergestalt und also, dass derselbe ein Haus und Garten in und bei unserer Residenz allhier zu kaufen, dasselbe zu besitzen und zu gebrauchen, mit Weib, Kindern und Gesinde allhier sich ordentlich aufzuhalten, oder in Abwesenheit seiner durch einen Bevollmächtigten das Seine beobachten zu lassen, Kraft dieses befugt, daneben aber auch alle und jede den erkauften Grundstücken obliegenden Beschwerden und gemeinen Anlagen gleich anderen angesessenen Einwohnern zu gesetzten Fristen richtig, und hierüber noch ein jährliches Schutzgeld von 8 Rthlr. Courant an unser Rentamt zu entrichten schuldig sein soll.

Wir befehlen hiernächst unserm jetzigen und künftigen Gouverneur und Commandanten allhier, sowohl dem Rathe dieser Stadt, gedachten unsern Resident Lehmannen, sein Weib, Kinder und benöthigtes Gesinde, auch in Abwesenheit seiner, dessen Gevollmächtigten, bei dieser ihm verliehenen Freiheit wider männiglich bis an uns gebührenden Schutz zu leisten und ihn und sie dawider in keiner Weise zu beschweren, noch Anderemdasselbe zu thun zu gestatten. Urkundlich haben wir diesen Schutzbrief eigenhändig unterschrieben und mit unserem Kgl. Chursecret bedrucken lassen.

Gegeben Dressden den 8. Martii 1708.

L.S.

Der Geheimrat wies nun am 27. Mai 1716 an den König „gegen die Handelsfreiheit der Juden" auf die landständischen Beschwerden und die angeblich tägliche Erfahrung hin, „dass Juden unter dem Prätext des Handels Missethaten verüben". Der Geheimrat fügte in seinem Schreiben hinzu:

> *„Wir wollen Lehmann ein Haus mit christlichen Lehnsträgern gestatten, aber die Landesregierung ist dagegen, ihre Gründe seien nicht unerheblich, der König wolle Lehmann bescheiden lassen, dass er sich mit dem begnüge, was ihm und Meyer bisher aus allerhöchster Milde verstattet worden: nämlich sich und die Ihrigen so gut sie können miethweise unterzubringen."*

Die Landesregierung – Kanzler und Räte – erklärte am 11. Juli 1716, der Hauskauf eines Juden durch Lehnsträger gegen die Landesverfassung, da selbst in Fällen, wo Lehnsträger gesetzlich zugelassen seien – für Beamte und Frauen – jene, nicht diese Eigentum erwerben. Hierauf reskribierte der König aus Janowicz am 30. August 1716:
Es solle bei der alten Verfassung bleiben, die Juden Lehmann und Meyer sollen wie sonst üblich bräuchlich handeln. Beigefügt ist aber folgende Notiz:

> *„Auch haben Ew. Liebden und Ihr den Residenten Lehmann zu bescheiden, dass obwohl wir uns ganz geneigt befinden, ihm deren bisher erwiesenen treuen Dienst halber eine besondere Gnade zu erzeugen, und gleichwohl die den Ständen ertheilte Versicherung, dass keine Juden Immobilien und Länder besitzen, im Wege steht, wannenhero er sich mit miethweiser Unterbringung begnügen lassen würde."*

Am 26. April 1717 schreibt Berend Lehmann aus Leipzig an den König :

> *„Verschiedene Juden, so mir gar nicht angehörig, setzen sich hier und sonst in Sachsen an. Nicht aus Privatinteresse, sondern weil Ew. Kgl. Majestät diese gnädige Intention für meine Nation hegen, dass etliche derselben unter dero grossmächtigem Schutz in dero Landen wohnen mögen, und mich und die Meinigen bevoraus allergnädigst privilegirt: so will mir als einem wirklichen Diener und Unterthanen nichts anderes gebühren, als dahin zu trachten, dass in Ew. Kgl. Majestät Landen solche Leute placiert werden, welche capable sind, allerunterthänigst treue Dienste zu leisten, und dies kann ich von unserer Familie darstellen, von anderen aber, so sich sonst angeben möchten und einschleichen suchen, würde, andere Inconsequenzen jetzt nicht zu gedenken, dergleichen vielleicht nicht zu hoffen sein."*

Dieser Eingabe lag nicht Konkurrenzneid – dazu war Berend Lehmann viel zu hochherzig – sondern die weise Absicht zu Grunde, bei so schwierigen Verhältnissen, wie sie die grundsätzliche Abneigung der Stände gegen die Zulassung von Juden boten, solche Elemente fernzuhalten, welcher jener Abneigung Nahrung geben könnten.

Am 20. August 1717 verfügte der König, daß dem Residenten Lehmann das Posthaus auf der Pirnaischen Gasse – ehemalige Landhausstrasse 7 – für 13.000 Thaler, von denen er bereits 4.000 Thaler in Waren gezahlt habe, auf 20 Jahre käuflich mit Vorbehalt des Rückkaufes „als besondere Gnade", jedoch ohne Konsequenzen für andere Fälle, überlassen werden soll.

Auf die dagegen vom Kammerkollegium am 24. Januar 1718 mit Rücksicht auf die Steuerfrage erhobenen Bedenken reskribierte der König am 17. März 1718: das Haus solle Lehmann nur hypothekarisch und pfandweise für 13.000 Thaler auf 20 Jahre übergeben werden, bis dahin solle er die Nutzungen statt Zinsen ziehen. Versteuern solle er den Grundbesitz wie die Gräfin Teschen und die Gräfin Cosel.

Interessant sind an dieser Stelle die Beziehungen der Gräfin Cosel zu den Juden. 1715 nutzte die Gräfin diese bei ihrer Flucht aus. Sie übergab dem Dresdner Hoffaktor Jonas Meyer im Geheimen eine Anzahl Kisten mit Kostbarkeiten und läßt durch den Juden Pörlhöffer 15 Kisten nach Teplitz bringen und entflieht am 12. Dezember 1715 in der Nacht nach Berlin.

Der König wünschte nach ihrer Flucht ihre Juwelen und Wertsachen zu besitzen. Im Zuge der Nachforschungen saß der Jude Pörlhöffer vom Jahre 1721 bis 1722 in Untersuchungshaft.

Nach ihrer Internierung auf Schloß Stolpen studierte die Gräfin Cosel intensiv das alte Testament. Wer 50 Jahre lang gefangen sitzt, dem mag es wohl ein Trost sein, wenn sein reger Geist in irgendetwas Frieden und Beschäftigung findet. Daß die Gräfin Cosel förmlich zum Judentum übergetreten ist, bestätigt sich nicht. In das Jahr 1749 fällt in dieser Beziehung eine erwähnenswerte Begebenheit.

Der Pfarrer und spätere Superintendent Bodenschatz in Uttenreuth in Bayern, der als Kenner der orientalischen, insbesonders der hebräischen Sprache bekannt war, erhielt einst einen Brief mit 20 Reichstalern, worin ihm ein angeblicher Borromäus Lobgesang aus Bischofswerda bei Stolpen den Auftrag erteilt, die „Pirke Abboth" (Sprüche der Väter.Anm.) aus dem Hebräischen zu übersetzen. Er besorgte dies in wenigen Tagen und erhält darauf 6 Dukaten Honorar nebst vielem Dank. Darauf werden ihm noch mehrere hebräische Traktate zur Übersetzung zugesandt und er erhält jeden Bogen mit einem Louisdor bezahlt.

Bodenschatz war angewiesen, seine Briefe nach Dresden zu adressieren und erfuhr auf Erkundigung, daß ein Bote aus Schmiedefeld bei Bischofswerda die Briefe bringe als abhole, nach weiterem zu forschen, sei nicht rätlich. Endlich kam einmal eine Einladung von dem unbekannten Briefschreiber zur persönlichen Bekanntmachung, das Reisegeld werde, wie dies auch später geschah, erstattet werden.

Bodenschatz kam nach Dresden und fuhr von hier nach Stolpen, wo ihm die Gräfin Cosel im vollen Ornat eines jüdischen Hohenpriesters des alten Testamentes entgegentrat. Die Cosel begehrte dann genaue Aufschlüsse über Stellen im Talmud, jüdische Gebetbücher und andere rabbinische Dinge. Bodenschatz zog sich dann von der Gräfin zurück, da sie Dinge vorbrachte, die gegen die Lehre Christi und dessen Person gerichtet waren.

Auch nach Aussage des Amtmannes Gülden in Stolpen hat die Gräfin Cosel in ihren letzten Jahren sich einer strengen jüdischen Observanz unterzogen. Auf diese Weise hat sie wohl endlich ihr inneres so tief empörtes Sein beruhigen können.

Am 31. März 1765 verschied die Gräfin. Der Körper ward in einen Fichtensarg gelegt. Nach ihrer Anordnung ist eine Schrift auf Pergament auf der Brust angeheftet worden, auf der ex Deuter.XXXII.Vers 6.7.8.9. Hebräisch und ex Ps.CXIX.Vers 30-33. mit folgenden hebräisch - deutschen Worten stand: „Den wahrhaftigen Weg habe ich auserwählt . . . ". Die Gräfin wurde in der Schloßkirche beigesetzt. *)

Innerhalb des Burgkomplexes Stolpen wird eine Grabplatte nur mit einem Kreuz versehen, gezeigt, das Grab von der Gräfin Cosel.

---

*) Wilsdorf, Oscar. Gräfin Cosel. Dresden und Leipzig 1902.

Doch nun zurück zu den Dresdner Hofjuden.

Ein Reskript vom 21. März 1718 besagte dann:

> *„. . . (dass) alle Juden in Dresden und Leipzig, die zu Lehmann und Meyer gehören, beim Gouvernement zu melden. . . (und dass) keine Toten im Garten am Posthaus zu begraben sind."*

Dieses Posthaus bewohnten Lehmann, der Sohn, und Meyer mit ihren Familien von 1718 bis 1734. Sie errichteten – so ein damaliger Chronist – „das erste ansehnliche Wechselgeschäft". Nach einer anderen Darstellung „lebten sie darin mit einem Glanze, der fast fürstlich war, wie sie denn einen Garten hinter dem Posthause mit schönen Fontänen und ein viel bewundertes Bad anlegten."

Der Volksmund nannte das Haus „das Judenhaus". Am 1. September 1720 gab Meyer in diesem Haus ein großes Fest, an dem der Kurprinz und die Kurprinzessin teilnahmen. (!)

Die Dresdner Chronisten berichten lobend :

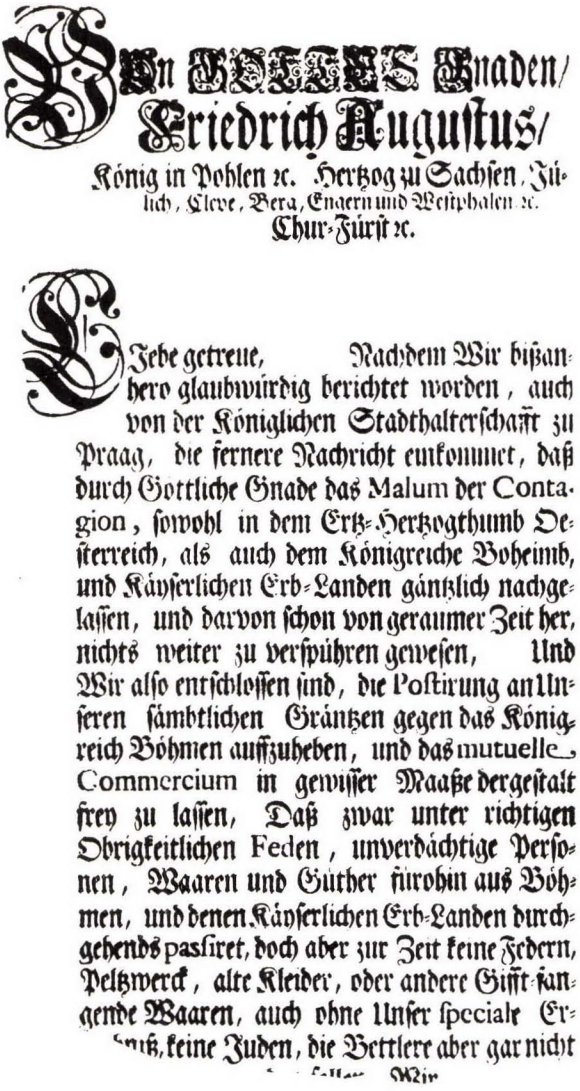
> *„Auch bestrebten Lehmann und Meyer sich dieser Gnade würdig zu leben und versorgten Dresden und fast das ganze Land bei der grossen Theuerung 1719 mit Getreide."*

Sie führten in den Teuerungsjahren 1719 und 1720 aus Rußland, England, Mecklenburg und von anderenorts her Kornvorräte nach Sachsen und verkauften sie wohlfeiler, als man sie bisher in Dresden erhalten konnte; den Scheffel zu 4 Thaler. Das Gedränge der Leute bei der Austeilung, die wöchentlich zweimal stattfand, war so groß, daß mehrere Menschen um ihr Leben kamen.

Es wird weiter berichtet, dass der Hofjude Jonas Meyer die Versorgung Dresdens in dieser Teuerungszeit mit königlicher Verwilligung übernahm. Er hatte bis Mai 1720 über 40.000 Scheffel Getreide auf Schiffen von der Unterelbe und selbst von Danzig herbeischaffen lassen und den Scheffel Korn für 3 Thaler 15 Groschen an die Bürger verkauft; nur Bäcker und Branntweinbrenner haben nichts erhalten. Der Andrang Kornbedürftiger war vor des Juden Haus und vor dem Gewandhause täglich so groß, daß man um Ordnung zu halten, Militär aufstellen mußte. Auch der Rath ließ im Mai den Kornvorrat auf der Kreuzkirche für 3 Thaler 15 Groschen den Scheffel verkaufen. Im Juli endlich wurde die Ausfuhr aus Böhmen und Schlesien wieder geöffnet, und da der Sommer eine gesegnete Ernte brachte, so sank der Preis des Korns schon im August wieder auf 2 Thaler 20 Groschen. Da aber Meyer noch große Vorräte an Getreide aufgespeichert hatte, so wurden dieselben infolge eines besonderen Befehls im August auf die Städte und Ämter verteilt, und mußten in Dresden allein die Weiss- und Platzbäcker, die Branntweinbrenner, und Essigmacher, die vorher nichts erhalten hatten, 5.000 Scheffel Korn zu dem alten Preise von 3 Thaler 15 Groschen annehmen."

Die Tatsache steht jedenfalls fest, daß Lehmann und Meyer in den Zeiten der Hungersnot durch äußerst kluge Maßnahmen dafür sorgten, daß Korn herbeigeführt wurde.

Von 1723 an begann sich der Rat beim König über die Juden zu beschweren. Er beanstandete, daß Lehmann und Meyer zuviel Bedienstete unterhielten. „Die Kauf- und Handelsleute" drängten nach harten Messregeln gegen die Juden. Der jahrelangen Judenfeindschaft folgte dann eine Order, auf welche Nummer „das Judenvolk" herabzusetzen sei.[14.)]



Von GOTTES Gnaden/
Friedrich Augustus/
König in Pohlen ꝛc. Hertzog zu Sachsen, Jülich, Cleve, Berg, Engern und Westphalen ꝛc.
Chur-Fürst ꝛc.

Unsere Gnade zuvor, Liebe getreue, Nachdem Wir bißanhero glaubwürdig berichtet worden, auch von der Königlichen Stadthalterschafft zu Praag, die fernere Nachricht einkommet, daß durch Göttliche Gnade das Malum der Contagion, sowohl in dem Ertz-Hertzogthumb Oesterreich, als auch dem Königreiche Boheimb, und Käyserlichen Erb-Landen gäntzlich nachgelassen, und darvon schon von geraumer Zeit her, nichts weiter zu verspühren gewesen, Und Wir also entschlossen sind, die Poſtirung an Unseren sämbtlichen Gräntzen gegen das Königreich Böhmen auffzuheben, und das mutuelle Commercium in gewisser Maaße dergestalt frey zu lassen, Daß zwar unter richtigen Obrigkeitlichen Feden, unverdächtige Personen, Waaren und Güther fürohin aus Böhmen, und denen Käyserlichen Erb-Landen durchgehends passiret, doch aber zur Zeit keine Federn, Peltzwerck, alte Kleider, oder andere Gifft-fangende Waaren, auch ohne Unser speciale Erlaubniß, keine Juden, die Bettlere aber gar nicht

[illegible] Wir

gemessen, [illegible] rigen hiermit Verfügung ungesäumbt machen, auch hierunter nichts verabsäumen, noch unterlassen sollen. Daran geschicht Unser Will und Meynung. Datum Dreßden, am 7. Junii, Anno 1714.

Otto Heinrich Freyherr von Friese

Edikt betreffs Aufenthaltsverbot von Juden und Bettlern wegen der Gefahr der Übertragung ansteckender Krankheiten aus Prag, erlassen in Dresden am 7. Juni 1714.

Aus dem Bundesarchiv Koblenz

WIR, Friedrich Augustus, von GOTTES Gnaden, König in Pohlen, Groß-Hertzog in Litthauen, Reussen, Preussen, Mazovien, Samogitien, Kyovien, Vollhynien, Podolien, Podlachien, Liefland, Smolensco, Severien und Zschernicovien, ꝛc. Hertzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, des Heiligen Römischen Reichs Ertz-Marschall und Chur-Fürst, Landgraff in Thüringen, Marggraff zu Meissen, auch Ober- und Nieder-Laußitz, Burggraff zu Magdeburg, Gefürsteter Graff zu Hennenberg, Graff zu der Marck, Ravensberg und Barby, Herr zu Ravenstein, ꝛc. ꝛc.

Entbiethen allen und jeden Unseren Prælaten, Grafen, Herren, denen von der Ritterschafft, Ober- Creyß- Haupt- und Ambt-Leuthen, Schössern und Verwaltern, Bürgermeistern und Räthen in Städten, Richtern und Schultheissen in denen Flecken und Dörffern, und sonsten allen und jeden Gerichts-Personen uffm Lande, Unsern Gruß, Gnade und geneigten Willen, Und fügen denenselben hiermit zu wissen: Nachdem Uns zum öfftern unterthänigst zu vernehmen gegeben worden, was maßen die Juden, Italiäner, Tabulet- und Butten-Schieß-Pulver, ingleichen Königseer, und anderer gebrandten Wasser-, Crähmer und Träger, auch insgemein alle Hausirer, welche kostbare und geringe, schneidende und Crähm- auch Handwercks-und in andere Professiones lauffende Materialien und Waaren, sowohl auffm Lande in die Höfe und Häuser herumb führen und trügen, als auch, daß dergleichen Sachen in die Städte selbst außer denen gewöhnlichen Jahrmärckten, von denen inn- und ausländischen Händlern eingeschleppet, dadurch aber der Handelsmann, Crahmer, Handwercker und andere Professions-Verwandte, so ihres Vertriebs und Bewerbs halber, vielen Abgaben unterworffen wären, in ihrer Nahrung sehr benachtheiliget und zurücke gesetzt, nichtweniger auch Unsere General-Consumtions-Accise und andere Revenüen mercklich geschwächet und geschmählert würden, hiernechst auch die Erfahrung bezeuget, daß durch theils erwehnte Leuthe zu vielen Unfug und Dieberey Anlaß gegeben worden, Und Wir die dißfalls gethane allergehorsambste Vorstellung umb so vielweniger für unerheblich befinden als der Dorff-Handel, und insgemein alles Hausiren auff dem Lande, vorhin schon untersaget und verbothen ist;

So haben Wir aus tragender Landes-Väterlicher Versorge, zu Erhaltung guter Ordnung, auch Abwendung alles Unterschleiffes, und Verhütung mancherley daher entstehenden Unfugs, auch wohl zuweilen begangenen Diebereyen und Partiererey, für nöthig erachtet, durch dieses Unser offenes Mandat die Dorff-Crähmerey überhaupt zu verbiethen, (worunter doch der eintzelne Verkauff der gemeinen Victualien und anderer unumbgänglichen Nothdurfften, so die Inwohner in denen Dörffern aus den accisbaren Städten erhohlen, nicht mit zu verstehen.) und sollen die Italiäner, Tabulet- und Butten-Träger, wie auch die, so Schieß-Pulver, Königseer-Waaren, gebrandte Wasser und Extracte, von Hauß zu Hauß bißher verkauffet haben, forthin nicht geduldet werden, sondern allen und jeden, sonderlich denen Juden, das Hausiren und Herumbtragen allerhand auswärtiger und inländischer Waaren gäntzlich verbothen seyn, bey der, in der Landes-Ordnung darauff gesetzten Straffe und Contrabandirung derer Waaren, Davon werden aber die Leipziger und Naumburger Messen und Jahr-Märckte ausgenommen, allwo der Handel und Wandel in seiner Freyheit und bißherigen rechtmäßigen Ubung billig verbleibet.

Gebiethen und befehlen demnach hiermit obermeldten Unseren Prælaten, Vasallen, Befehlichshabern, Ambtleuthen, und allen denen, so von Uns mit Gerichten beliehen, oder solche von Unsertwegen zu exerciren haben, daß sie nicht allein dieses Unser Mandat zu jedermanns Warnung aller Orthen publiciren und affigiren, sondern auch sich selbst hiernach jederzeit gebührend und gehorsambst achten, benennte und alle andere dergleichen Hausirer bey sich und denen Ihrigen nicht dulden, noch ihnen solches verstatten, sondern auch wieder dieselben, längstens **Vier Wochen** nach geschehener Eröffnung dieses Unsers Mandats, auf obige masse nach der Schärffe verfahren, auch bey unterbleibender dessen allen gehöriger und genauer Beobachtung sich nicht selbsten die unausbleibliche Bestraffung zuziehen sollen. Daran geschicht Unser zuverläßiger Wille und Meynung. Und haben Wir des zu mehrerer Uhrkund hierauff Unser Cantzley-Secret vorzudrucken befohlen. So geschehen und geben zu Dreßden, am 10. Julii, Anno 1719.

L.S.

George, Graff von Werthern,

Joh. Christoph Günther, S.

Ein Edikt König Friedrich Augusts des Starken von Sachsen gegen den Hausierhandel der Juden, 1719.

1732 ereignete sich in Dresden im sogenannten „Judenhause" ein Vorfall, der zu entsetzlichen Beschuldigungen und sogar zu einem Pogrom hätte führen können. Es handelte sich um eine Blutbeschuldigung, einen angeblichen Ritualmord, wie im Mittelalter die Juden unter derartigen falschen Vorwänden unschuldig verfolgt und getötet wurden. Über das Dresdner Vorkommen berichtet ein Chronist :

> *„In diesem Judenhause (wie es damals hieß) trug sich im Jahre 1732 folgender Spass (!) zu :*
>
> *Der Nachbar des Posthauses hatte Wasser im Keller; der Roehrmeister, um gewiss zu seyn, ob es das Leibnitzer Roehrwasser waere, faerbte, ohne ein Wort zu sagen, die Portion des Theilrores roth.*
>
> *Wie der Jude seyn Bedewasser roth fand, glaubte er es sei in Bluth verwandelt und machte Lermen.*
> *Der Pöbel, der immer Juden gehässig ist, machte einen Auflauf, beschuldigte ihn eines Kindesmordes, und brachte es soweit, daß das Haus mit einem Commando Militz musste bedeckt werden.*
>
> *Der Roehrmeister eröffnete nun zu spät, die wahre Uhrsache und erhielt wie billig seine Strafe."*[15.)]

*

Um das Thema Ritualmordmärchen noch einmal zu behandeln, sei darauf hingewiesen, daß diese vom Jahre 1079 bis sogar 1929 in wirren Köpfen herumspukten. Da sämtliche Blutbeschuldigungen n i c h t nachweisbar den Juden angelastet werden konnten, distanzierte sich die Kirche erstmals 1965 von Anschuldigungen dieser Art gegen die Juden. Die Ritenkongregation des Vatikans untersagte die Verehrung des Simon von Trient, bestätigte Unrichtigkeiten der Anschuldigungen und untersagte alle Zeichen der Verehrung wie Bilder, Bücher und Gebettexte. Trotz allem muß hier darauf hingewiesen werden, daß sich noch in Deutschland mehrere Denkmäler mit derartigen Darstellungen befinden, die Ritualmordmärchen darstellen.[16.)]

1970 erreichte der Verfasser dieser Dokumentation nach jahrelangen Vorstellungen bei christlichen und jüdischen Institutionen, daß ein Jahrhundertealtes antijüdisches Steinrelief in Oberwesel am Rhein auf Anweisung des Bischofes von Trier entfernt wurde.[17.)]

Man sieht, daß der Dresdner Vorgang nur **ein** Beispiel für die böswilligen Verleumdungen darstellt, die bis in die neueste Zeit hinein auftauchen.

*

Aber zurück zu den Dresdner Juden.
Ein Generalbefehl August III. vom 4. April 1733 (Cod.Aug.Suppl.2.S.9) legt sämtlichen Sachsen durchreisenden Juden den vollen Leibzoll auf, erklärte aber auf Bitten Elias Berend Lehmann's – eines Sohnes des Residenten und Bruder des Hoffaktors – die Kinder unter 10 Jahren für leibzollfrei.

In diesem Gesetz wird Elias Berend Lehmann „Gevollmächtigter der Judenschaft" genannt. Hier zum ersten Male fand die Judenschaft und deren Bevollmächtigter in Dresden eine amtliche Anerkennung.[18.)]

Von 1733, als der Bevollmächtigte der Dresdner Judenschaft erstmals benannt wird, bis 1737 beschäftigten sich die Behörden wenig mit den Juden. Allerdings waren sie ein äußerst wichtiger Faktor auf den Messen, denn ohne die Juden florierte keine Messe, wie der Verfall der Messe in Breslau und das „eclatante Aufnehmen" (der Juden) bei der Messe in Frankfurt a.O. beweist.

Durch eine Eingabe der Messejuden am 3. Oktober 1736 stand man in Dresden vor dem ganzen Ernst der Frage, was Kursachsen der jüdische Messebesuch wert ist. Die Ursache zu dieser Eingabe war ein kleiner Anlaß.

Am 23. August 1736 klagte Frau Magdalena Richterin durch ihren Kurator Heinrich Bock beim Rat zu Leipzig gegen Johann Friedrich Zeissing. Er hatte eine Laubhütte (Ort des Betens am Laubhüttenfest.Anm.) eingerissen, die sie in ihrem Hause zum Roten Hirsch, zur letzten Messe für die Juden errichten ließ, wie sie es stets tut, wenn das Laubhüttenfest in die Messe einfällt. Die Frau verlangt für die Verletzung ihres Besitzrechtes Strafe und Schadenersatz.

Ehe der Rat der Klagesache nachgeht, fragt er am 12. September 1736 bei den Geheimen Räten an:

> *„ob denen auf innstehende Michaelis-Messe anhero kommenden Juden die Celebrirung des Lauberhüttenfestes nachzulassen? "*

Sehr schnell antworteten die Geheimen Räte, denn die Messe stand vor der Tür, kurz:

> *„Nachdem wir es nun bey der bereits dieserhalb aus Unserem Kirchen-Rath s.d. den 4. Januar 1704 an Euch ergangenen Verordnung bewenden lassen: Als ist hiermit Unser Begehren, ihr wollet, nach Massgebung derselben, ungesäumt (dieses Wort ist wieder durchgestrichen.Anm.) das behörige gebührend verfügen."*

Die Geheimen Räte ignorierten also die Erlaubnis zum Abhalten des Gottesdienstes, die August der Vater mündlich gegeben hatte. Am 3. Oktober 1736 stellt der Rat den Ältesten der Juden das kurfürstliche Verbot zu.

Schon am Tage darauf richtet die „sämtlich nach Leipzig handelnde Judenschafft" eine ausführliche Eingabe an den König. Sie stellten fest, daß sie bisher bei ihrem in der Stille in den Häusern ausgeübten Gottesdienst nicht gestört worden sind, und lassen mit einfließen, daß sie dabei

> *„auf Ew. Königliche Maytt. und gesamtes Königl. Hauss gerichtete Gebethe"*

haben. Es sei

> *„die Beybehaltung unserer von uns über alles, ja über unser Leben selbst geschätzten Gewissens-Freyheit. . . . unumgänglich nöthig. . . "*
>
> *„An denjenigen Orthen, wo unser Gottes-Dienst gehemmet, besonders wo uns die Celebrirung der öffters in die Messen einfallenden Feste abgeschnitten, wir uns auch vermöge derer Grundsätze unserer Religion daselbst aufzuhalten nicht im Stande seyen. Dannenhero nun sich hieraus von selbst erledigt, dass woferne es bey Höchstgedachter allergnädigster Resolution verbleiben solte, wir wieder unsern Willen und gemüssigt sehen würden, von der bisherigen Bebauung derer Leipziger Messen gänzlich abzusehen."*

Die jüdische Eingabe bleibt liegen, da für die eben begonnene Michaelis-Messe noch die alte Praxis gilt, so hat es noch Zeit bis zur Ostermesse, da die Messejuden selbst ihre Eingabe in „allergnädigste Erinnerung" bringen, indem sie sie erneut einreichen. Das Begleitschreiben ist unterzeichnet:

> *„Dresden, am 20sten Martij Ao 1737.*
>
> *Aller Unterth. Gehorsamste derer sämtl. auf die Leipziger Messen handelnden Judenschafft anhero abgeordnete Marx Assur, Ephraim Abraham Levy aus Hamburg."*

Die Leipziger und Dresdner Juden wählten also als Vertreter zwei Männer, die gut durch ihre finanziellen Dienste dem Dresdner Hof bekannt waren. Die nach Dresden entsandte Deputation bat,

> *„dass bey zumahlen sehr kurtz vorseyender und von Tag zu Tag immer näher heranrückender Ostermesse wir mit allergnädigster Resolution des fördersambsten versehen werden möchten, damit wir sothane verhoffende allergnädigste Resolution ad petitia unserer gesamten nach Leipzig aus der Türckey, Pohlen, Italien, Engelland, Holland und andern, weit entlegenen Orthen her handlenden Judenschafft, zu ihrer Nachricht, in Zeiten notificiren könnten."*

Der König möge resolviren,

> *„dass wir bey dem freyen Gebrauch unsers Gottes-Dienstes und Ceremonien so wie bis anhero, fernerhinn geschützet, und darinne, keineswegs turbiret werden sollen."*

Die Regierung hatte es nicht leicht. Während die jüdische Gesandschaft in Dresden ist, tagt gerade der Landtag und in ihrer Präliminarschrift vom 2. April 1737 klagen Ritterschaft und Stände über

> *„Treibung ihres (der Juden) wieder die christliche Religion laufenden Cultus allhier in Dressden und zu Leipzig in denen Messen."*

Die Regierung sowohl von den Ständen, als auch von den Juden angerufen, antwortet wieder nicht. Unter der Hand befriedigt sie aber die Seite, die kräftiger gedroht hat: die Juden.

Man erfährt das nur aus der nächsten Eingabe der Juden vom 3. Oktober 1737:

> *(Die Juden) „. . . erkennen. . . mit . . . Dancke, . . . dass ihnen nicht allein aus Dero Geheimte Cabinets-Canzelley zur allergnädigsten Interims-Versicherung die mündlichen Resolution gegeben werden dörffen:*
>
> *Wie dass Sie, bey damahls bevorgestandener Oster-Messe, Sich des freyen Gebrauches ihres Gottes-Dienstes halber, von Seiten ermelten Rathes zu Leipzig, nichts wiederigern zu befahren haben würden und also unserer von vielen auswärtigen, und weit entlegenen Provincien zum Theil, nach Leipzig handelnden Judenschafft, dessen in Schrifften bona fide benachrichtigen könnten, sondern dass auch sothane nach Leipzig handelnde und dahin auf unsere ihnen beschehene Zuschrift und gegebene Versicherungen angekommene Judenschafft des Effects darvon sich effectivement allerunterthänigst zu erfreuen gehabt."*

Allerdings schreiben die Juden diesen günstigen Verlauf ihrer Angelegenheit dem Umstand zu, daß der König mit seinen Ministern der Messe bis zum Ende beigewohnt hatte.

Am 3. September 1737, einige Wochen vor der Michaelismesse, begaben sich die schon vorher genannten Abgeordneten der Judenschaft wieder mit einer Eingabe nach Dresden. Sie fürchteten, daß bei Abwesenheit des Königs und der Minister der Rat nach dem noch nicht aufgehobenen Verbotsbefehl verfahren wird. Gerade in die nächste Michaelismesse fielen Neujahres-, Versöhnungs- und Laubhüttenfest. Also schrieben sie:

> *„. . . welche der höchste Gott denen Juden feyerlichst zu begehen anbefohlen hat auf das nachdrücklichste. . . und um derselben willen. . . sich kein Jude an dergleichen Ort hinbegeben darf, noch dahin würcklich begeben, ja vielehender Habe und Guth, und alles das Seinige, auch Leib und Leben ehender verlieren, und in die Schanze schlagen wird."*

Weiter schreiben sie in dieser Eingabe, dass die auswärtigen Juden werden darum nach Leipzig nur kommen, wenn sie von der ungehinderten Ausübung ihrer Religion in Privathäusern (wie in Dresden) „mehrere Überzeugung" haben. Können ihnen die Abgeordneten das nicht „notifizieren", so werden sie ihre „Commerzia anderen Handels-Plätzen"zuwenden. Der König möge also dem Rat anbefehlen,

> *„. . . dass er uns bey freien Gebrauch unseres Gottes-Dienstes und Ceremonien so, wie bis anhero, also auch fernerhin schützen, und in selbigen uns keineswegs turbieren, noch dass solches von jemanden anders unternommen werde, geschehen lassen soll."*

Zehn Tage später, am 13. September 1737, liegt das Gesuch im Kabinet Brühl vor. Seine Entscheidung legt er nur in einer Registratur nieder. Der Leipziger Rat gibt aber erst nach der Messe ein Gutachten ab, das 21 Seiten und vier Beilagen umfaßt. Am Ende dieses Gutachtens schlägt darum der Rat unmaßgeblich vor, den Juden

> *„. . . einen öffentlichen Cultus, am allerwenigsten aber diesen mit denen, allen Christen so ärgerlichen Ceremonien, Gebeten und andern Geplärr und abergläubischen Händeln. . . "*

nicht zu gestatten. Für sich allein mag jeder ruhig seinen Gottesdienst halten. Die Geheimen Räte schließen sich der Meinung des Leipziger Rates an und lehnen ausdrücklich einen Connivenzvorschlag ab, den Brühl vorgelegt hatte.

Doch unter den zu dieser Messe versammelten Juden ist eine große Bewegung entstanden. Sie scheinen schon vorher eine gewisse Organisation gehabt zu haben. Denn das erwähnte Kultusverbot schickte der Rat an ihren *„Ältesten"*. Daraufhin schickten sie gemeinsam eine Protestschrift nach Dresden. Auf diese erfolgt bis Ostern keine Antwort.

Da rühren sich die Juden von neuem und man lernt dadurch ihre Organisation immer besser kennen. Schon zwei Wochen vor der Ostermesse können sie von Leipzig aus zwei nicht in Sachsen beheimatete Abgeordnete (der Rat nennt sie „angegebene" Abgeordnete) nach Dresden senden. Das Ende dieses Kultusstreites besagte: Offizielles Verbot, stillschweigende Erlaubnis. Der Rat hat die Durchführung des Verbotes nicht erreicht, aber auch die Juden haben keine formelle Erlaubnis herausgeschlagen.



Ihrer
Königl. Maj. in Pohlen, ꝛc.
als
Chur-Fürstens zu Sachsen,
ꝛc. ꝛc.

MANDAT,

Die
Einschränckung
der Anzahl
derer Juden
und ihres Handels betreffend.

Ergangen
De Dato Dreßden, den 16. Augusti, 1746.

Mit Königl. Pohln. und Chur-Fürstl. Sächß. allergnäd. PRIVILEGIO.

Dreßden, gedruckt bey der verwittw. Königln. Hof-Buchdr. Stößelin.

Druck eines Mandates, betr. die Einschränkung der Juden und ihres Handels. Erlassen in Dresden, den 16. August 1746

Dem Geist des Jahrhunderts gehört die Betonung der Staatsfeindlichkeit des jüdischen Kultus an. Mit demselben Argument arbeiteten etwa zur gleichen Zeit die Gegner Herrnhuts in der höheren sächsischen Staats- und Kirchenleitung gegen die Anerkennung der Brüdergemeinde.[19.)]

Von 1737 bis 1750 entnimmt man den alten Akten wenig über die Juden in Dresden. Trotzdem hatten die Juden einen Zusammenhalt in den privaten Häusern, wo der Gottesdienst abgehalten wurde und es gab Probleme. Ab ungefähr 1740 beschäftigten sie sich mit der Anlage eines „Judenfriedhofes", der nun unumgänglich wurde.

Mandat zur Einschränkung der Anzahl der Juden und ihres Handels.

Ergangen in Dresden am 16. August 1746

WIR, FRIEDRICH AUGUST, VON GOTTES GNADEN, KÖNIG IN POHLEN u. s. w.

Entbiethen allen und jeden Unseren Praeaten, Grafen, Herren, denen von der Ritterschaft, Ober Creyss- auch Ambts-Haupt- und Ambt-Leutey, Schössern, Verwaltern, Bürgermeistern und Räthen in Städten, Richtern, Schultheissen und insgemein allen Unseren Unterthanen, so mit Gerichten beliehen, dieselben inne haben und verwalten. . . Unsern Gruss, Gnade und alles Gutes, thun auch männiglich hierdurch kund und zu wissen, welchergestalt, nachdem bey Uns, sowohl von den Magistraten, Kauff- und Handels-Leuten, auch Crahmern, Unserer respective Residentz und verschiedener anderer Städte Unserer Lande, Unterthanen, überhandnehmenden Gewerbes, nicht weiger des darunter zugleich vorgehenden Wuchers und anderen Unheils zu mehrernmahlen Beschwerden gebracht, und um Remedur unterthänigst angesuchet worden, Wir in Gnaden entschlossen, solchem Übel abhelfliche Masse zu geben, und sowohl den Juden-Handel überhaupt, als auch insonderheit deren Auffenthalt in Unser Residentz-Stadt Dressden, dergestalt einzuschräncken. . .

§ 1

Wir setzen, ordnen und wollen demnach, dass forthin in Unserem Chur Fürstenthum und incorporirten Landen keine Juden, als die von Uns selbst eigenhändig unterschriebene Concessiones, oder aus Unserm Cammer-Collegio ertheilte Pässe zu ihrer Legitimation vorlegen können, nach welchen sie sich an denen ihnen angewiesenen Orten, auf die in der Concession oder den Pässen bestimmte Zeit und Art, aufhalten dürfen, geduldet, noch einiger Handel ihnen erlaubet, die Unter-Obrigkeiten aber, es sey in denen Städten oder auf dem Lande, welche, diesem Mandate entgegen, eines oder das andere, oder beydes zu gestatten, sich anmassen, bey jedesmahliger Contravention, mit 100 Thaler Unserm Fisco verfallener Strafe, auch nach Befinden anderer Ahndung, beleget, erstere von ihnen durch hinlängliche Zwangs-Mittel unverlängt eingebracht und exequiret, die Juden hingegen, nebst ihren Familien, sofort aus denen Orten ihres Auffenthaltes fortgeschaffet und mit Confiscation aller bey ihnen befindlichen Waaren wieder sie verfahren. . .

§ II.

Die durch Unser Chur-Fürstenthum und incorporirten Lande reisenden Juden haben zuförderst beym Anheroreisen die ordentliche Land-Strassen zu halten; Hiernächst bey jedes Orts Obrigkeit mit richtigen Pässen sich zu legitimiren und sind ohne dergleichen durchaus nicht zu passiren. . .

§ III.

Immaassen denn auch diejenigen Unserer Unterthanen, welche, ausser denen nachgelassenen Fällen, entweder mit, oder ohne der Obrigkeit Vorbewusst, einen oder mehrere Juden bey sich aufnehmen, beherbergen, derselben Effesten verheelen, oder in ihren verbothenen Handel hülfliche Hand leisten, und nur einigermaassen Vorschub thun, nach eingezogener hinlänglicher Erkundigung und auf gehörigen Orts erstatteten schleunigen Bericht, gleichergestalt mit einer, nach Beschaffenheit derer Umstände, zu determinirender Geld- oder Gefängniß-Strafe zu belegen. . .

§ IV.

Auch wollen Wir denen in Unserer Residentz Stadt Dressden, oder sonst bey Unserm Hof Lager zu duldenden Juden, besondere unter Unserer eigenen Hand und Königl. Insiegel ausgefertigte Concessiones, oder, wie erwehnet, aus Unserer Cammer-Collegion Pässe, ertheilen lassen, dahero denn

1.) diejenigen, so dergleichen zu suchen, gemeynet, an Uns supplicando unterthänigst einkommen, und fernerer gnädigster Resolution gewarten, auch, vor deren Erlangung, sich allein, oder nebst den Ihrigen, anhero nach Dressden, bey 50 Thaler auch nach Befinden höherer Strafe, durchaus nicht wenden sollen; Wenn aber

2.) nach übergebenen Supplicibus Wir Supplicantens Suchen in Gnaden defeiriret, und eine Concession oder Pass, zur Gestattung seiner Reception in Unserer Residentz-Stadt, auf vorherbeschriebene Art ausstellen lassen: So

3.) hat derselbe nebst denen Seinigen, soviel deren in nur erwehnter Concession oder Pass ausdrücklich und nahmentlich enthalten, sich sodann beym Gouvernement, Abmthe und Stadt-Rathe, auch der General-Accis-Einnahme, zu melden. . .

4.) wie nun über die in der Concession oder Pass enthaltene Anzahl, mehrere Personen, unter keinerley Vorwand nicht einzulassen. . . sofort zurückzuweisen, und von der Stadt abzutreiben sind;

5.) also haben auch die privilegierten Jüdischen Hauss Väter wenn, anstatt derer ihnen zugehörigen, in dem Concessions-Schein oder Pass mit ausgedruckten Personen, sie neue annehmen wollen, solches bey Unserm Gouvernement unverzüglich zu eröffnen. . .

6.) über dies auch alle Monathe, bey offtgedachten Gouvernement, ingleichen beym Ambthe und Stadt-Rathe, auch der General-Accis-Einnahme allhier, eine Specification von eines jeden gantzer Familie, mit Anmerckung des Abganges und dabey vorgefallenen Veränderung zu überreichen, nichtweniger das Hauss darinnen sie mit denen Ihrigen wohnen, deutlich zu benennen. . .

7.) wenn nun ferner ein also privilegierter Jude entweder sein Dominicilum verändert, und, auch nur vor seine Person, an einen anderen Ort zieht, oder gar verstirbt, erlöschet dadurch die von Uns erhaltene Concession, auch wegen dessen hinterbliebene Familie.

8.) es haben sich aber die solchergestalt privilegierten Juden ordentlich alles unerlaubten Handels mit Waaren und Hausirens mit selbigen, maassen ihnen denn auch, öffentliche Gewölber zu haben, schlechterdings untersaget bleibet, zu enthalten, und lediglich mit demjenigen, was ihnen in der von Uns ausgestellten Concession, nachgelassen, zu begnügen, und dieses alles bey Verlust der Concession, auch anderer willkührlicher Geld- Gefängnis- oder sonst, nach Beschaffenheit derer Umstände zu exequirender Strafe.

§ V.

So viel hiernächst die bey Unserer Residentz-Stadt Dressden von Zeit zu Zeit ab- und zureisenden oder die hiesigen Jahr-Märckte besuchenden frembden Juden, männlichen und weiblichen Geschlechts, anbetrifft, haben sich die Ankommenden, sogleich am äussersten Schlage,

beym Thorschreiber anzumelden, welcher sie denn, gegen Erlegung Eines Groschens von jeder Person, durch einen Mann von der Wache zur Gouvernements Expedition bringen lässet, allwo sie auch, wegen derer vorzuzeigenden Pässe, mit gewissen von dem Gouverneur, oder in dessen Abwesenheit von dem Commandanten ausgestellten Zeddeln, darinnen die Zeit des ihnen, allhier gestatteten, über die Gebühr nicht zu erstreckenden Auffenthaltes, neben dem Quartier, deutlich exprimiret, ohne Entgeld versehen werden, mit welchen sie entweder zu einen Jüdischen Hauss-Vater, oder wo sie sonst zu herbergen gemeynet, sich zu begeben, der Wirth aber den neu angekommenen Juden, ohne Vorzeigen dieses Zeddels. . . nicht anzunehmen, noch weniger denselben über bestimmte Zeit bey sich zu dulden. . .

§ VI.

Dahin die nur durchreisenden, oder etwa eine Nacht hier verbleibenden Juden, von dem Thorschreiber, sogleich beym äusserten Thor, einen Zeddel erhalten, welchen sie, nach Anlangung in der Stadt oder im Posthause, beym Gouvernement produciren, und ohne davon etwas entrichten zu dürffen, stempeln lassen, auch im äussersten Thore, durch welches sie wiederum hinweg reisen, abgeben. . .

§ VII.

Anlangend die anhero kommenden Bettel-Juden, sollen diese gar nicht eingelassen, sondern, wenn selbige an denen äusseren Schlägen sich melden, ihnen die Rückkehr, bey Gefängniss- oder auch anderer empfindlicher Straffe, angedeutet werden.

§ VIII.

Nachdem Wir aber, mit denen auswärtigen Judenschafften das Commercium gäntzlich aufzuheben, nicht gemeinet: So bleibet denen frembden und besondere Concessiones wie obenerwehnet, nicht habenden Juden zwar wie zeithero, so auch fernerhin, die Leipziger Neu-Jahr-Oster- und Michaelis- ingleichen die Naumburger Petri-Pauli-Messen, zu besuchen und zu bauen, unbenommen. . .

§ IX.

Endlich wollen wir zwar in Gnaden geschehen lassen, dass die Jahr-Märckte bey Unserer Residentz Stadt Dressden, ingleichen in denen grossen und mittleren Städten Unserer Lande, von denen auswärtigen Juden fernerhin besuchet werden mögen, jedoch, dass es bey der Stadt Dressden, unter obiger Praecaution, bey denen übrigen Städten aber mit Vorbewusst eines jeden Orts Obrigkeit, geschehe, der Auffenthalt auch denen in obbengenannten Städten die Jahr-Märckte besuchenden Frembden Juden, über Zwey bis Drey Tage, und der Handel anders, als im Gantzen, nach Maassgebung der unterm 6. Octobr. 1687. ins Land ergangenen Mandats, nicht verstattet, mithin solche Erlaubniss auf den Waaren-Schnitt, auch eintzelnen Vertrieb und das Hausiren nicht erstrecket werde, als welches alles, unter den bereits darauf gesetzten Straffen, fernerhin verbothen bleibet.

§ X.

Nachdem Wir auch missfällig vernommen, dass, zu Vermeidung des Angebens bey denen Magistraten, Erlegung des Leib-Zolls, und anderer Ursachen halber, sonderlich in denen Leipziger- und Naumburger Messen, einige Juden, zu verschiedenenmahlen, sich unterstanden, auf erhaltene Frey-Pässe sich zur Ungebühr zu beziehen, und dadurch Unsere Cassen zu defraudiren; . . .

§ XI.

Wer nun dieser, Unserer dem Publico und Unseren getreuen Unterthanen zum Besten, abgefassten Verordnung zu wider zu leben, sich unterstehen solte, denselben wollen Wir, Christ oder Jude, Obrigkeit oder Unterthaner, einheimischer oder Frembder, Hauss-Wirth oder Hauss-Genosse, nach Befinden, von 10 bis 50 Thaler, auch mit höhern Geld- und anderer Straffe. . . gantz ohnefehlbar ansehen lassen. . .

Wornach sich also zu achten, und geschieht hieran Unser ernster Wille und Meynung. Urkundlich haben Wir dieses offene Mandat eigenhändig unterschrieben, und Unser Königlich-Chur-Secret darauf zu drucken, anbefohlen.

So geschehen und geben zu Dressden am 16. Augusti, 1746.

AUGUSTUS REX.

L.S.

Erasmus Leopold von Gerssdorff,

Johann Gottlob Otto, S.

*

In einem Schreiben an den König wegen des Friedhofes nennen sich die Juden *„allhier wesentlich concessionirte Judenschafft"* und bitten in einem Gesuch am 18. März 1750 um Errichtung eines Friedhofes,der 1751 eröffnet wird.

Die Judenschaft hatte sogar um 1750 eine Krankenunterstützungskasse gegründet, die bald auch Statuten erhielt. Die jüdische Gemeinschaft in Dresden vegrößerte sich ab 1756, denn auf drei Wegen erfolgt der Zuzug von neuen Juden.

Nach dem 7jährigen Krieg hatte das Land Sachsen, geschlagen und preisgegeben, nicht mehr die Kraft fernzuhalten, wen es nicht haben wollte. Die Judengesetze scheinen automatisch außer Kraft getreten zu sein. Die Preussen bringen ihre Münzjuden nach Sachsen und von dem österreichischen Heer setzen sich jüdische Armeelieferanten und Marketender ab, die in Leipzig und Dresden ansässig werden wollen.

An das Bombardement im Juli 1760 hatte sich eine große Plünderung angeschlossen. Man warf den Juden vor, sie hätten gestohlene und geplünderte Ware aufgekauft. Und so erläßt die Stadt Dresden einen Bann gegen die Juden. Dadurch erhoffte sich die Obrigkeit, daß man die Hehler zur Herausgabe der angeblich geplünderten Ware zwingen kann. Der Bann erwies sich als völlig wirkungslos.

Die Zahl der eingewanderten Juden war nun beträchtlich. Insgesamt belief sie sich 1763, also am Ende des siebenjährigen Krieges bereits auf 803, die mehr oder weniger vom Handel lebten.[20.)]

Durch das Anwachsen der Juden sah sich der Rat der Stadt Dresden genötigt ab 1772 besondere Aufenthaltserlaubnisse mit Genehmigung des Landesherren für die Juden zu erlassen, um eine bessere Übersicht zu erhalten. Schon 1771 wurde ein „Judenbesteller", eine Amtsperson ernannt, die die Geschäfte und Anliegen der Judenschaft behördlich vertreten sollte.

Die behördlichen Instruktionen vom 1. Juni 1771 an den „Judenbesteller" lauteten:

„1. jeden Morgen in der Gouvernementskanzlei sich einzustellen und zu erwarten, was ihm zur Bestellung anbefohlen wird,

2. die Anschläge in den Judenschulen schleunigst zu besorgen,

3. genaue Aufsicht auf alle einpassierenden fremden Juden zu führen, damit sie sich nicht einschleichen, „Eingeschlichene"'und über die Erlaubniszeit Verbleibende anzuzeigen (!),

4. ohne Legitimation „ausgeschlichene" hiesige Juden, sobald er von deren Abreise erfahre, anzuzeigen (!),

5. neugeborene Kinder, sobald sie Namen haben, anzumelden.

6. bei Todesfällen Aufsicht darüber zu führen, dass der Festungsthorschreiber die auf den Gouvernementszettel verzeichneten Juden, die er zur Leichenbegleitung herauszulassen hatte, auch insgesamt wieder zum Thore hereinläßt.

7. beabsichtigte Heirathen zu melden, damit deren Zulässigkeit untersucht werden kann;

8. Dafür erhält der JUDENBESTELLER nichts. Wohl aber kann er sich dafür, daß er für die hier ankommenden fremden Juden die Ausfertigungen (Erlaubnisschein Anm.) löst, von diesen eine freiwillige Belohnung geben lassen.

9. Er darf sich keine Verstösse zu Schulden kommen lassen und hat das höchste landesherrliche Interesse zu wahren. . . wie es einem ordentlichen und gewissenhaften Besteller eignet."

Der Judenbesteller Jakob Löbel Schie war 1771 vom Gouvernementsgericht an seines Vaters Stelle, Löbel Schie, verpflichtet worden. 1789 auch wegen seiner bekannten besitzenden Fähigkeit in Übersetzung der jüdischen Sprache (gemeint ist Jiddisch) als jüdischer Gouvernementsdolmetscher.
Philip Aaron reichte gegen Löbel Schie Beschwerde ein, weil er (angeblich) Wachen, die ihm das Gouvernement zugestellt, zu Privatzwecken missbrauche, weil er untüchtig zum Judendolmetsch sei und weil er ausschließlich Anschläge für die Judenschule besorge, was doch Sache des Schulvorstehers sei.
Am 18. Februar 1796 äußerte sich der Gouverneur hierüber:

„Wer sich legitimiert, bekommt Wachmannschaft zu seinem Schutz. Löbel Schie besass als JUDENBESTELLER – wie jeder Polizeidiener, Armenvoigt und Nachtwächter – einen Legitimationsschein."

Der Gouverneur beantragt die Bestrafung Philip Aaron's wegen seiner Beschwerde. Am 2. Mai 1796 verlangt die Landesregierung wiederholt bei dem Stadtrat Auskunft über die Bewandtnis, die es mit dem Judenbesteller habe. Der Rat der Stadt Dresden antwortet am 27. Februar 1797:

„Es gibt keine genauen Spuren vom Ursprung und der Annahme des Judenbestellers. 1725 waren die Juden „in sehr geringer Anzahl" hier vorhanden. Der Rath (unsere Vorfahren) fertigte einen gedruckten Anschlag wegen der Juden. Der Gouverneur behauptete, die Direktion der Judensachen (also schon die Jüdische Gemeinde. Anm.) komme ihm zu und erzielte Abänderung des Vorschlags."

Nach dem Judenmandat von 1746 § V erteilt der Landesherr die Concession, die Erlaubnis für auf kurze Zeit, für hier Durchpassirende das Gouvernement.

Die Sprachurkunde führte zur Bestellung eines Dolmetsch.
(Judenorder von 1772. § 15)"

Löbel Schie wurde 1751 von der Dresdner Judenschaft zur Abfertigung der zur Stadt kommenden fremden Juden mittelst Almosens und zur Leichenbestellung angenommen. Der Judenbesteller wurde also gleichsam von den Ältesten der Juden (demzufolge der Gemeinderat. Anm.) als Bedienter gebraucht. Löbel Schie war zugleich Schächter. Die Ältesten berichteten,

„. . . dass Löbel Schie unsere – und des Rathes – Anordnungen bisher willig befolgt und nie zu begründeter Beschwerde Anlass gegeben. Es ist ratsam, Besteller und Dolmetsch in einer Person zu belassen."

Am 15. November 1799 verordnete die Regierung:

"Die Untersuchung gegen den Judenbesteller und sein Eheweib wegen angeblicher Ungebührniss bei Aufsuchen Antschel Jakobs ist beim Gouvernementsgericht fortzusetzen. Philip Aaron und seinem Advokaten ist die unziemliche Schreibart zu verweisen. Schie hat den Schein, der ihn ermächtigt Wachen zu fordern, abzugeben.

Das Anschlagen gestohlener Sachen in den Judenschulen, soll künftig nicht mehr durch den Judenbesteller, sondern durch die Ältesten und Deputierten der Judenschaft bewirkt werden. Löbel Schie bleibt Besteller und Dolmetsch. Auch künftig sind beide Funktionen zu verbinden,wenn sich hierfür eine geeignete Person findet."

Die Verordnung der Regierung wurde am 5. Februar 1800 den Ältesten Veit Meyer, Samuel Lazarus, Joel Nathan Schlesinger, Seligmann Meyer, Joseph Kaskele und dem Judenbesteller Jakob Löbel Schie eröffnet.

Schon am 7. November 1799 hatte sich Schie – auf die Beschuldigungen hin – geäußert:

„Nach der Rathsverordnung vom 9. November 1795 bin nur ich berechtigt, Verzeichnisse gestohlener Sachen in Judenschulen anzuheften. Ich halte Register, sammle sie von Jahr zu Jahr, sie sind oft von Nutzen.

Ich habe von den hiesigen Juden und deren Verfassung genaue Kenntnis. Durch das Verbot werden mir Emolumente entzogen. Ich erhalte als Judenbesteller nur 4 Groschen von jedem fremden Juden, der seinen Passirschein durch mich besorgen lässt. Zu 2 Personensteuer-Terminen habe ich 3 Verzeichnisse, jedes 18 Bogen stark, einzureichen mit Extracten der Todesfälle, Geburten, sonstigen Veränderungen.
Der verstorbene Gouverneur hat meinen zweiten Sohn Mendel Schie mir zum Adjudanten mit der Aussicht auf Nachfolge beigesetzt. Er ist auch verpflichtet worden. Vier Monate war ich täglich bei der Einrichtung der neuen Personensteuer-Kataster auf der Steuerstube tätig."

Der Rat hatte auch wirklich am 3. Oktober 1799 Jakob Löbel Schie bezeugt, dass er bei der Errichtung des neuen Katasters unentgeltlich jederzeit zugegen war und Dienstfertigkeit gezeigt habe. Sogar der Oberkommisar der Generalakzise erteilte ebenfalls am 3. Oktober 1799 Jakob Löbel Schie das Zeugnis, daß er in vierjähriger Dienstleistung die durchpassierenden Juden richtig angemeldet und registriert hatte.[21.)]

Der schmachvolle Leib- oder Geleitzoll, das sogenannte „Judengeleit", machte die Juden, die auf Reisen waren, an den Toren vieler deutscher Städte zur Zielscheibe allgemeinen Spottes. Als im Jahre 1776 der bereits großen Schriftstellerruhm genießende Moses Mendelssohn eine Reise nach Dresden unternahm, war er gezwungen, am Stadttor den Leibzoll in der Höhe zu erlegen, die, wie der beleidigte Weltweise von Berlin sich später mit bitterer Ironie selbst ausdrückte, für einen „polnischen Ochsen" festgesetzt war.*)

Eine interessante Begebenheit, die das „durchpassieren" der Juden von und nach Dresden beschreibt, ist den Ratsakten der Stadt Chemnitz vom Jahre 1789 zu entnehmen.

> *„Da es auffällt, dass seit einiger Zeit öfters Dresdner Schutzjuden, aber auch ausserhalb Sachsens wohnende Juden in Chemnitz durchkamen. . . und vermutet werden muss, dass sie verbotenen Judenhandel trieben, insbesonders Gold, Silber, Perlen und Juwelen aufkauften, auch gewisse Münzsorten einwechselten oder vom Schönburgischen aus, wo sie häufig Warenniederlagen hatten, Handel ins Sächsische herübertrieben, beschloss man Kontrollen."*

Vier Juden, die über die ihnen genehmigte Übernachtung hinaus in Chemnitz blieben, wurden festgenommen und zum Verhör in das Rathaus gebracht. Hirschel Isaak, ein polnischer Schutz- und Handeljude gab an, dass er nur zur Durchreise sich aufgehalten hätte. Sein Gefährte Hirschel Mendel, ein „beweibter Schutzjude aus Dresden", gab dasselbe an und fügte hinzu, daß er in Nossen mit Perlen und Juwelen gehandelt habe, dazu hätte er vom Bürgermeister die Erlaubnis erhalten. In Oederan hätte er auch um Handelserlaubnis ersucht, aber sie nicht erhalten. Da den Juden keinerlei Verschulden nachgewiesen werden konnte und obendrein der Gastwirt vom Weissen Bock eine Bürgschaft für die Juden übernahm, entließ man sie mit der Auflage, sich jedesmal beim Betreten der Stadt Chemnitz beim regierenden Bürgermeister zu melden.[22.)]

Am 9. Februar 1807 versammelte Napoleon, dessen Einfluß nun auch im nördlichen Deutschland sichtbar wurde, das jüdische Sanhedrin zu Paris. Dresden gehörte nebst Frankfurt am Main und Neuwied zu den drei (!) einzigen Gemeinden Deutschlands, die den Beschlüssen desselbst adhärierten. Zu gleicher Zeit wurde vermöge der Rheinbundakte und des Posener Friedenstraktates den Katholiken Gleichstellung mit den Evangelischen in Sachsen verheißen. Die Juden werden zurückgestellt.

Neue Kriegsereignisse wendeten den Blick von diesen Problemen ab und man ahmte nur den französischen Dekreten vom Jahre 1808 nach, Darlehensgeschäfte der Juden manchen Beschränkungen zu unterwerfen.

Erst die russische Verwaltung des Landes im Jahre 1814 begann an den alten Fesseln zu rütteln. Der Leibzoll sowie alle besonderen Abgaben der Juden als Juden wurden aufgehoben und ein Gesetz zur Verbesserung ihrer Verhältnisse vorbereitet. Allein dabei blieb es.

Die indessen herangewachsene Generation war umso unglücklicher, als sie eine umfassende Bildung genießend, ihre Fesseln tief fühlte. Doch suchten Einzelne, von besserem Geiste beseelt, jenen mittelalterlichen Relikten immer mehr und mehr zu trotzen und die veralteten unwürdigen Gesetze abschaffen zu lassen.

---

*) Dubnow, Simon. Die néueste Geschichte des jüd. Volkes, Bd.8, 2.Aufl. Bln. 1920/23, S. 19

Da bestieg 1827 König Anton den sächsischen Thron und an seine Regierung knüpften sich neue Hoffnungen für die Juden. Auch beginnen seit dieser Zeit die einzelnen mitunter nicht unbedeutenden Modifikationen in der Gesetzgebung hinsichtlich der Juden, welche bewiesen, daß die Regierung nicht mehr dem früheren Prinzip huldigte und nur in der Ausführung des Besseren langsam fortschritt.

Die Folge dieser ersten Reformen war die Gründung des „Moses Mendelssohn Vereines", der am 10. September 1829 gegründet wurde und sich zum Ziel setzte, „Handwerk, Künste und Wissenschaften, so wie jede nützliche Tätigkeit bei der hiesigen israelitischen Jugend zu fördern." Man kann leicht ermessen, daß bei der damaligen Verfassung, unsägliche Schwierigkeiten zu überwinden waren und die Ausdauer und Tätigkeit der Verwaltung nicht wenig in Anspruch genommen wurde, um das Unternehmen mit günstigem Erfolg zu krönen. Es wurden hilfsbedürftige Knaben als Tischler, Messerschmiede, chirurgische Instrumentenmacher, Holzbildhauer, Buchbinder, Schuhmacher, Schneider, Gürtler und in anderen Berufen ausgebildet, wofür 500 Taler an Aufdingungs- und Lossprechungskosten gezahlt wurden. Auch wurden mehrere Jünglinge zum Studium einer Fakultätswissenschaft unterstützt, dafür wurden 300 Taler verausgabt.

Die Ereignisse des Jahres 1830 mußten auch hierin Veränderungen hervorrufen. Wenn man bisher des Zusammenhanges mit der übrigen Gesetzgebung willen auch die alte Judenordnung noch beibehielt und nur noch im Einzelnen Ausnahmen machte, so konnte dieses Verfahren nun nicht mehr gebilligt werden, da die ganze Verfassung und Verwaltung des Landes nach völlig neuen Grundsätzen umgestaltet werden mußte.

Zur Begutachtung der neuen Konstitution traten am 1. März 1831 die dazu berufenen Stände bei der Regierung zusammen, um die Erwägung der Verhältnisse der Juden und Bearbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes vorzubereiten. Den Antrag zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes genehmigte zwar die Regierung, forderte deshalb detaillierte Darstellungen über die besonderen Einrichtungen der Israeliten von den städtischen Behörden sowie von den Vorstehern der ISRAELITISCHEN GEMEINDE zu DRESDEN. (Hier wird erstmals offiziell die Israelitische Gemeinde benannt.Anm.) Allein gewisse eigentümliche Ansichten über die Emanzipation der Juden, welche sich einiger sonst sehr wohlwollender Staatsmänner bemächtigt hatten, wie z.B. Sabbatverlegung und ähnliche unpraktische Vorschläge, von denen man aber wieder abkam, verzögerten die Ausführung der Gesetzentwürfe.[23.)]

*

b. Die Gesetzgebung für den israelitischen Kult

Nun versammelten sich im Jahre 1833 wiederum die Stände. Ein Gesetzesentwurf war der Regierung nicht vorgelegt worden, aber die Israelitische Gemeinde (wiederum eine offizielle Bezeichnung.Anm.) brachte bei der ersten Kammer ihr Gesuch „um Gewährung gleicher staatsbürgerlicher Rechte mit den christlichen Unterthanen" an.

Professor Krug, Abgeordneter der Universität Leipzig, befürwortete diese Petition am 27. März 1833. Eine Deputation wurde mit der näheren Erörterung beauftragt und am 26. Juni 1833 wurde von der ersten Kammer einstimmig beschlossen

„die bisherige Gesetzgebung in Betreff der Juden"

einer Revision zu unterwerfen und zur Verbesserung ihres bürgerlichen Zustandes und zu Beseitigung ihrer begründeten Beschwerden ein Gesetz zu bearbeiten.

Bedauernd waren die Worte des Prinzen Johann, welcher erklärte, es tue ihm leid, daß in dem Land, worin er lebe, Einwohner noch um Gleichstellung bitten müssen.

Die Sache kam nach einiger Verzögerung in die zweite Kammer. Einer der aufgeklärtesten und unabhängigsten Männer, Herr von Mayer auf Lieska, hatte das Referat übernommen und in einem meisterhaft ausgearbeiteten Bericht die berechtigten Ansprüche der Juden hervorgehoben, sowie alle Entgegnungen widerlegt.

Drei volle Sitzungen hindurch währten die Debatten, endlich (!) wurde der Antrag von Mayer Lieska, welcher auf völlige bürgerliche und politische Emanzipation ging, zwar mit 41 gegen 22 Stimmen – immer noch eine ansehnliche Minorität – verworfen.

Dagegen wurde ein Vorschlag des Abgeordneten Eisenstuck, welcher mit dem Beschluß der ersten Kammer konform ging und nur den Zusatz hatte, daß das zu erlassende Gesetz auch auf sittliche Verbesserung der Juden Rücksicht nehme, fast einstimmig angenommen.

Als der Gegenstand nun wiederum verfassungsmäßig zur ersten Kammer gelangte, widersetzte sich der Bürgermeister Hübler jenem von der anderen Kammer vorgeschlagenen Zusatz aus dem sehr richtigen Grunde, daß die sittliche Verbesserung einer Religionspartei nicht durch ein Gesetz angeordnet, sondern vielmehr die Folge ihrer verbesserten bürgerlichen Lage sein könne und werde. Der Zusatz, in dessen Weglassung endlich auch die zweite Kammer einwilligte, wurde daher beseitigt und eine sehr liberal abgefaßte ständische Schrift, worin zugleich um sofortige Aufhebung derjenigen Bedrückungen, wozu es keineswegs eines neuen Gesetzes bedarf, beantragt wird, gelangte unter dem 29. Oktober 1834 von Seiten der Ständeversammlung an die Staatsregierung.

In Folge dieser ständischen Erklärung traten nun seit 1834 durch einzelne Ministerial-Verordnungen folgende Veränderungen ein:

1. *Die Aufdingung von jüdischen Lehrlingen sowie deren Lossprechung und weiteres Arbeiten als Gesellen ist erlaubt, nur ist für jeden einzelnen Falls Bericht an die höhere Behörde zu erstatten; dieses muss aber stempel- und kostenfrei geschehen.*

2. *Die von zeither von jedem Neuverehelichten zu zahlen gewesenen Kosten für die Konzession sind gänzlich abgeschafft. (Die Kosten betrugen 30 bis 40 Taler.)*

3. *Das Wohnen in den Vorstädten ist – wenn die Polizeibehörde nicht in einzelnen Fällen Bedenken trägt – erlaubt.*

4. *Die ehemalige Abgabe von 20 Talern für jede Feuersbrunst ist aufgehoben, dagegen stellt die Gemeinde eine Anzahl Feuerlöscher aus ihrer Mitte,*
   sowie auch die Militärpflichtigkeit der Israeliten seit 1834 angeordnet ist. (Mitglieder der Communal- oder Bürgergarde sind die sächsischen Juden bereits seit 1830 und bekleiden sogar Offiziersstellen.)

5. *Die frühere Bestimmung, dass Juden in den Bergstädten nicht ohne Begleitung einer Wache umhergehen durften ist aufgehoben.*

6. *Durch königliche Verordnung vom 20. Dezember 1834 wurde der jüdische Kultus und Unterricht unter das Ministerium des Kultus- und Unterrichtswesens gestellt.*

Die letztere Bestimmung hatte manche wichtige Folgen gehabt.[24.)] Nachstehend die Verordnung, die Unterordnung des jüdischen Kultus und der jüdischen Schulen unter das Ministerium des Kultus- und Unterrichtswesens betreffend, vom 20. Dezember 1834, gerichtet an den Stadtrat zu Dresden.

WIR, ANTON, von GOTTES GNADEN, KÖNIG, von SACHSEN . . .

und FRIEDRICH AUGUST, HERZOG zu SACHSEN . . .

thun hiermit kund, dass Wir, in Genehmigung des, von der letzten Ständeversammlung geschehenen Antrags für gut befunden haben, den jüdischen Cultus und die jüdis*chen Schulen unter die Oberaufsicht des Ministerii des Cultus und öffentlichen Unterrichts zu stellen.*

Es wird daher in dieser Masse das, in der Verordnung vom 7. November 1831 unter Nummer 4.C.9. bestimmte Ressort-Verhältnis hierdurch modificiert und es hat hiernach letztgedachtes Ministerium das Weitere zu besorgen und zu verfügen.

So geschehen, Dresden am 20. December 1835. [25.)]

Gesetz, die Religionsübung der Juden und den für diesen Endzweck ihnen zu gestattenden Erwerb von Grundeigentum betr., vom 18. Mai 1837.
An die Stadträte zu Dresden und Leipzig.

WIR, FRIEDRICH AUGUST, von GOTTES GNADEN, König von Sachsen . . .

haben, unter Beirath und Zustimmung Unserer getreuen Stände, in Hinsicht auf den jüdischen Cultus folgende Verbesserungen beschlossen:

Den jüdischen Glaubensgenossen sowohl zu Dresden als zu Leipzig wird gestattet, an jeden dieser Orte eine Religionsgemeinde sich zu vereinigen, und als solche ein gemeinschaftliches Bet- und Schulhaus zu haben, und werden, damit sie ein solches entweder durch Ankauf und passende Einrichtung eines schon vorhandenen Gebäudes oder durch Erwerb eines Bauplatzes und Aufführung eines neuen Gebäudes errichten könne, das gesetzliche Verbot, nach welchem Juden Grundstücke nicht besitzen dürfen, ingleichen die in den Gesetzen und Ortsstatuten enthaltenen Bestimmungen, wonach den Juden weder eine Synagoge zu errichten, noch einen besonderen Ort zu gemeinschaftlicher Verrichtung ihrer jüdischen Ceremonien, noch einen andern als blossen Privatcultus zu haben, verstattet sein soll, in so weit hierdurch aufgehoben.

Die bisher üblichen Privatsynagogen sind aufzuheben.

Unser Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts ist jedoch ermächtigt, von diesem Verbote der Privatsynagogen für die, die Messe zu Leipzig besuchenden, ausländischen Juden Ausnahmen zu gestatten. Auch wird dasselbe den Zeitpunkt festsetzen, wo die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes in Wirksamkeit treten.

Urkundlich. . . Dresden, den 18ten Mai 1837. [26.)]

*

Die ministerielle Verordnung zur Gründung einer Gemeinde besagte:

„Die jüdischen Glaubensgenossen, sowohl zu Dresden als zu Leipzig sollen künftig an einem jeden dieser Orte in EINE Religionsgemeinde sich vereinigen, und als solche ein gemeinschaftliches Bet- und Schul-Lokal haben.

In Rücksicht des Messeplatzes Leipzig (zu dessen Gunsten stets Ausnahmen gemacht worden waren) erlaubt man daselbst während der anwesenden, die Messe besuchenden Handelstreibenden „damit den verschiedenen Glaubensparteien kein Gewissenszwang auferlegt werde", eine Ausnahme dieser Gesetze."

Die wenigsten, meist in der Fassung begründeten Differenzpunkte wurden nach Verständigung der Deputationen beider Kammern beigelegt, und das Ganze in der ständischen Schrift vom 29. April 1837 der Regierung vorgelegt.

Das Resultat der Verhandlungen und Beschlüsse bestimmten zwei Beschlüsse:

A. *Der erste vom 18. Mai 1837 gestattet in Dresden und Leipzig Israelitische Religionsgemeinden zu schaffen.*

B. *Der zweite vom 16. August 1838, betrifft „Modifikationen in den bürgerlichen Verhältnissen" und regelt das „Heimischwerden inländischer Juden an anderen Orten ausser Dresden und Leipzig".*

Das Gesetzesblatt aus dem Jahre 1838 Seite 164 sagte dazu:

I. Den bleibenden Aufenthalt der sächsischen Juden auf Dresden und Leipzig, von denen solche, welche das Heimatsrecht nach den neuesten Gesetzen in Sachsen erlangt haben, keiner weiteren Konzession bedürfen, jedoch bedarf

II. Die Übersiedlung von einem Orte zum andern, die Verheiratung einer Frauensperson ausgenommen, der Genehmigung des Ministeriums des Innern, sowie auch

III. Die Niederlassung ausländischer Juden in den beiden Städten, worunter auch die Verheiratung einer ausländischen Jüdin begriffen ist, nach vorhergegangener Zustimmung der Obrigkeit und der Kommunvertreter.

IV. Die einheimischen Juden können nach freier Wahl ein Gewerbe betreiben und hierzu das Ortsbürgerrecht soweit es die Städteordnung dazu erfordert, erlangen, wodurch aber

V. Kein Anspruch auf Municipal- und politische Rechte begründet wird.

VI. Der Klein- und Ausschnitt, Schacher- und Trödelhandel, das Halten von Apotheken, von Gast-, Speise- und Schankwirtschaften und Branntweinbrennereien bleiben ihnen jedoch unerlaubte Gewerbe. Doch wird der Schacher- und Trödelhandel denjenigen als Nothandel durch besondere Conzession fortzusetzen oder zu beginnen bewilligt, welche ausserdem der Armenversorgung anheim fallen würden. Das Verbot des Klein- und Ausschnitthandels beschränkt sich jedoch nur auf Geschäfte, welche Aufnahme in eine Innung erfordern. Zum Grosso- und Speditionsgeschäft ist Conzession des Ministeriums erforderlich.

VII. Die Zahl der jüdischen Meister, welche auch in die Innungen aufgenommen werden und die daraus entspringenden Rechte erlangen sollen, jedoch christliche Lehrlinge nicht aufnehmen dürfen, soll nie (!) das Verhältnis der jüdischen zur christlichen Bevölkerung übersteigen, und wird deshalb bis auf weitere Verordnung für DRESDEN auf 27 und für LEIPZIG auf 3 festgesetzt.

VIII. Jeder einheimische Jude darf e i n Grundstück, aber nicht mehr erwerben, jedoch ist ihm unter zehn Jahren nach der Erwerbung – vom Tage der gerichtlichen Zuschreibung an – dasselbe zu veräussern nicht gestattet, den Fall einer Erbteilung ausgenommen, oder wenn Realgerechtigkeit darauf ruhen, welche ein ihm nicht gestattetes Gewerbe betreffen.

IX. Jeder inländische Jude hat seinen bleibenden erblichen Familiennamen der Obrigkeit anzuzeigen, und sich bei allen Urkunden, Kontrakten usw. der deutschen Sprache (und zwar mit deutschen Schriftzeichen) zu bedienen.

*

Die Verhältnisse der Juden zum Staat waren demnach in einer Weise festgesetzt, welche doch die bürgerliche Stellung zur Regel machte, wiewohl diese durch die zahlreichen Ausnahmen e n o r m b e s c h r ä n k t wurden.[27.)]

Verordnung der Ministerien des Kultus und öffentlichen Unterrichtes und des Innern, die Schließung der Ehebündnisse unter den Juden betr., vom 6. Mai 1839. (G.u.Vbl.1839.S.164.)

„Auf Veranlassung der in dem Gesetze vom 16. August 1838, einige Modificationen in den bürgerlichen Verhältnissen der Juden betreffen, enthaltenen Bestimmungen, hat sich auch das Erfordernis näherer Vorschriften in Bezug auf die Schliessung von Ehebündnissen unter den Juden dargestellt, welche, mit Sr. Königl. Majestät allerhöchster Genehmigung, in Folgendem ertheilt werden:

§ 1. Ehebündnisse unter Juden können in hiesigen Landen gültiger Weise nur in Gegenwart des von dem Ministerio des Cultus und des öffentlichen Unterrichts bestellten Oberrabbiners oder dessen Stellvertreters, welcher die dabei statt findenden Ceremonien leitet und die religiöse Weihe ertheilt, abgeschlossen werden.

§ 2. Diese religiöse Weihe darf nicht ertheilt werden, wenn nicht ausser Zweifel gesetzt ist, dass sowohl die Braut als der Bräutigam zu den im Königreiche Sachsen einheimischen Juden gehören, oder, dafern die Braut. Inländerin, der Bräutigam hingegen Ausländer, bevor nicht von dem letzteren die Zustimmung der competenten auswärtigen Behörde zu der beabsichtigten Verehelichung und deren Zusicherung wegen Aufnahme der Ehefrau gebracht worden ist.

§ 3. Eine von inländischen Juden im Auslande oder mit einer Ausländerin, ohne vorher dazu erlangte Genehmigung des Minsterii des Innern, geschlossene Ehe ist in Bezug auf das Königreich Sachsen ungültig.

§ 4. Dem Gesuche um diese Genehmigung, welches zunächst bei dem Stadtrathe einzureichen und durch die Kreisdirection an das Ministerium des Innern zu berichten ist, sind jedesmal vollständige glaubhafte Nachweise über die Unbescholtenheit, sowie die gesamten persönlichen und Vermögensverhältnisse der Braut beizufügen.

Dresden, am 6. Mai 1839."[28.)]

*

Nachdem die Regierung die Juden mit anderen Konfessionen gleichgestellt hatte, wurde ihnen ausdrücklich die Erbauung eines öffentlichen Gotteshauses gestattet, sowie ein jährlicher Beitrag von 200 Talern zur Unterhaltung ihres Kultus bestimmt.

Von dieser Zeit schreibt sich das eigentliche Bestehen der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden her.

Im Jahre 1840 wurde die Synagoge eingeweiht und 1843 drückte der Kultusminister auf dem Landtage seine Zufriedenheit mit der jüdischen Schule in Dresden aus und fügte hinzu, daß der Schule aus Staatsmitteln ein jährlicher Betrag von 200 Talern zu bewilligen sei, welches auch vom Landtage gebilligt wurde. Auch die Dresdner Stadtkasse trug jährlich 100 Taler zur Erhaltung der Schule bei.

Eine Verordnung vom 20. April 1849, von König Friedrich August unterzeichnet, brachte unter dem Ministerium Held auf Unterlage der Grundrechte, die vollständige Gleichstellung der Juden Sachsens mit den christlichen Mitbürgern. Der neue Umschlag der Verhältnisse führte allgemein nach den Vorgängen des Jahres 1849 die Aufhebung der Grundrechte herbei. Das Ministerium Zschinsky legte den Kammern einen Gesetzesentwurf über ein neues Wahlgesetz, sowie über Grundrechte vor, in welchen ausdrücklich bemerkt wurde, daß es hinsichtlich der Juden bei den Grundrechten zu verbleiben habe.

Die erste Kammer, die sich diesem Gesetzentwurfe in vieler Hinsicht widersetzte, wollte auch die Juden von politischen Rechten ausgeschlossen und auch in ihren bürgerlichen Rechten beschränkt wissen und sie auf den drückenden Standpunkt vom Jahre 1838 zurückversetzen.

Der Minister des Innern, von Friesen, erklärte jedoch energisch, daß die Regierung hierauf nicht eingehen und den Juden das einmal erworbene Recht nicht wieder entziehen werde, zumal die Juden durch ihre Aufführung hierzu nicht Veranlassung gegeben und sie keinen Mißbrauch von den ihnen zustehenden Rechten gemacht hätten.

Der Gesetzesentwurf kam hierauf in die zweite Kammer.
Die mit der Begutachtung beauftragte Deputation erklärte sich mit ihm hinsichtlich der Juden einverstanden; doch durch den Einfluß eines als Demokraten bekannten Abgeordneten, der hervorhob, daß wenn Anderen nichts von den Grundrechten verbleibe, mögen auch die Juden ihren Teil verlieren. (Er folgerte trefflich: die Juden also wieder der Rechte des Menschen berauben, die ihnen doch die Grundrechte nicht geschenkt, sondern nur nicht geraubt hatten!), beschloß die zweite Kammer in ihrer jedoch nicht überwiegenden Majorität, daß zwar den in DRESDEN und LEIPZIG wohnenden Juden die einmal zugestandenen Rechte verbleiben, jedoch sollen die Juden n u r auf diese zwei Städte beschränkt und ihnen der Wohnsitz an anderen Orten des Landes Sachsen untersagt werden. (!)
Der Minister von Friesen erhob auch hiergegen den kräftigsten Einspruch und erklärte, daß die v ö l l i g e Gleichstellung der Juden unangetastet bleiben müsse.

Als hierauf der Gegenstand in der ersten Kammer zur nochmaligen (!) Verhandlung kam, teilte sich die Deputation in eine Majorität und Minorität. Die Minorität schlug der Kammer vor, bei ihrem früheren Beschluß – der drückenden Beschränkung der Juden – stehen zu bleiben.
Die Majorität, von menschlichen Gefühlen bewegt, wollte daß man dem Beschlusse der zweiten Kammer beitrete.

Beide Anträge fielen bei der Abstimmung durch und es blieb allein die Vorlage der Regierung stehen. Kaum vermag man hier die höhere Fügung zu verkennen: aus der ersten Kammer, die sich den Juden so entschieden feindlich gezeigt hatte, kam die Anerkennung der Gleichstellung der Juden an die zweite Kammer zurück! Der Minister wiederholte nun daselbst in einer prägnanten Rede, daß die Regierung keineswegs der Krone anraten könne, jene Verordnung zurückzunehmen und die Juden in irgendeiner Weise zu schmälern. Daraufhin trat die zweite Kammer in überaus großer Majorität der Regierung bei.

Am 12. Mai 1851 erging nun hierauf ein Gesetz, welches die **völlige Gleichstellung der Juden** bis zu einer allgemeinen Regulierung der jüdischen Verhältnisse brachte.

Auf dem bald hierauf wieder zusammengetretenen Landtage wurde der zweiten Kammer eine Petition aus dem Vogtland übergeben, die die Beschränkung ausländischer Juden hinsichtlich des Handels in Sachsen beantragte (!). Der Minister erklärte, daß nach den Gesetzen des Zollvereines gegen die in den Zollvereinsstaaten wohnenden Juden Beschränkungen außer den in den Marktverordnungen liegenden n i c h t anzuwenden seien.
Die zweite Kammer beschloß dennoch, (!) die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Die Petition gelangte nun an die erste Kammer und leider erwachte hier wieder der früher feindliche Sinn. Die Kammer ging noch über den Inhalt der Petition hinaus und verlangte, daß die Regierung auch eine Vorlage über die inländischen Juden, d.h. eine Beschränkung ihrer staatsrechtlichen Verhältnisse gebe. Es wurde hierbei das Thema des **christlichen Staates** hervorgehoben!
In einer von hohem Gerechtigkeitssinne und seltener Anerkennung der Würde des Menschen begeisterten Rede wies der Minister von Friesen mit der ihm eigenen Energie und Charakterfestigkeit einen solchen Antrag zurück:

> *„. . . Der Staat, der von Bekennern des echten Christentums bewohnt sei, habe wohl eine andere Aufgabe, als die Juden wegen ihres Bekenntnisses zu unterdrücken. Und zeigen. Diese Anhänglichkeit und Treue gegen ihren Glauben, so seien sie deshalb nur zu ehren, und könne der Staat nur wünschen, dass ein solcher Sinn sich allgemein verbreite.*
> *Dringe man darauf, dass die Regierung einen Gesetzentwurf für die Juden Sachsens vorlege, so sei mit Bestimmtheit vorauszusagen, dass so die Juden in ihrem bisherigen tadellosen Verhalten fortfahren, die Vorlage nur zu ihrem Vorteile sein und ihnen die Gleichberechtigung noch mehr sichern werde."*

Der Antrag der ersten Kammer schien außerhalb derselben nirgends Billigung gefunden zu haben, es sprach sich vielmehr von vielen Seiten hierüber Entrüstung aus, die noch durch den Umstand erhöht wurde, daß, was man kaum vor einem halben Jahre zugestanden hatte, heute von Neuem angetastet wurde.
Es blieb also bei der völligen Gleichstellung der Juden mit den übrigen Bewohnern des Landes Sachsen. Welchen Ernst es aber die Regierung mit der Handhabung des Rechts hatte, beweist folgender Umstand:
Der Stadtrat der Privinzialstadt Borna ließ, wahrscheinlich durch ein Mißverständnis (?) der Landtagsmitteilungen verleitet, Anfang des Jahres 1851 in der Beilage zu der Leipziger Zeitung die Bekanntmachung ergehen, daß den auswärtigen Juden der Besuch des dortigen bald fallenden Jahrmarktes untersagt sei.
Doch schon einige Tage hierauf erfolgte in derselben Zeitung – auf höhere Anweisung – der Widerruf des Stadtrates, in welchem erklärt ist, daß jene Bekanntmachung zurückgenommen werde.[29.)]

In den nun folgenden Jahren festigte sich das Leben der Juden in Dresden und Leipzig. Zu den Verhandlungen der e r s t e n i s r a e l i t i s c h e n S y n o d e zu Leipzig, die vom 29. Juni bis 4. Juli 1869 stattfand, nahmen aus Dresden Oberrabbiner Dr. Wolf Landau, Rechtsanwalt Emil Lehmann, Bankier Joseph Bondi und Hofjuwelier Moritz Elimeyer teil. Die Synode befaßte sich mit der Lage der Verhältnisse der Juden in Sachsen.[30.)]
Im selben Jahr verfaßte der Rechtsanwalt Emil Lehmann einen Aufruf an die deutschen Glaubensgenossen mit der Überschrift: HÖRE ISRAEL ! In seinen Standpunkten legte Lehmann folgende jüdische Angelegenheiten klar: Die Ehe, die Beschneidung, das Haus, Sabbat und Feste, Freud' und Leid, die Schule, die Synagoge, die Gemeinden. Dieser Aufruf sollte zur Aufklärung Andersgläubiger dienen.[31.)]

*

c. Das Gemeindeleben am Anfang

Einer Privatmitteilung entnimmt man den Jahresbericht des Vorstandes der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden von 1868:

„Die Einnahmen betrugen insgesamt 11.851 Taler an Fonds und in bar. Betrachten wir die laufenden Einnahmen, so müssen wir ein sehr reges religiöses, oder wenigstens kulturelles Leben in Dresden voraussetzen. Denn zum Beispiel die Mizwoth (Spenden) brachten 128 Taler, der Mietzins für Betplätze 591 Taler, die Schlachtsteuer 1.200 Taler ein.

Ob nach dem Freizügigkeitsgesetze des norddeutschen Bundes noch ferner eine „Eintrittssteuer" von 130 Talern (im Jahre 1868) erhoben werden könne, ist fraglich. Bei den vielen der Gemeinde zugehörigen Stiftungen, brauchten dann auch nur 1.626 Taler an Kultussteuer erhoben zu werden.

Bemerkenswert und in anderen Synagogen nachzuahmen ist die „Stiftung für Totengebete" a 100 Taler, deren sich in diesem Jahre 2 ergaben.

Die Ausgaben betrugen 8.843 Taler, sodass sich der Kapitalbesitz der Gemeinde zu 6.108 Taler erhöht hat. Die Ausgaben für die Synagoge betrugen 2.175 Taler, worunter wir den Aufwand für den Chor mit 391 Tlr. verzeichnet finden.

Getrennt hiervon ist die Schulkasse, welche 6.121 Tlr. in Fonds behielt, sodass sie seitens der Gemeinde nur einen Betrag von 200 Tlr. erforderte. Zu bemerken ist, dass sie einen Zuschuss vom Kultusministerium von 200 Tlr. – wie die Gemeindekasse ebenfalls von 170 Tlr. und von der Stadtkasse 357 Tlr. erhielt. Ausserdem bestehen noch Fonds zum Erwerb eines Gemeinde- und Schulhauses, die in diesem Jahre (1869) von 4.573 auf 4.809 Tlr. stiegen."

Wodurch sich dieser Bericht vor ähnlichen anderer Gemeindevorstände vorteilhaft auszeichnet, ist, daß in demselben auch die allgemeinen Verhältnisse der Gemeinde besprochen werden. Er beginnt daher:

„Das Jahr 1868 ist für die Israeliten Sachsens bedeutungsvoller als irgendeines seiner Vorgänger, indem es ihnen deren bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichstellung verfassungsmässig feststellte. Dies ist geschehen durch Gesetz vom 3. Dezember 1868, einige Abänderungen der Verfassungsurkunde vom 1. September 1831 usw. betreffend, dessen Absatz II. lautet:

Der § 33 der Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 wird aufgehoben. An dessen Stelle tritt folgende Bestimmung:

„Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Glaubensbekenntnisse.

Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf das religiöse Bekenntnis keinen Abbruch tun."

Ferner besagte der Gemeindebericht:

„Die zweiterfreuliche Gabe des Jahres 1868 war die Folge einer den Ständen überreichten Petition des Gemeinderats-Mitgliedes Advokat Emil Lehmann erlassene Verordnung vom 3. August 1868, die Eidesleistungen der Juden betreffend, durch welche die Schwerfälligkeiten und Gehässigkeiten des JUDENEIDES vom 30. Mai 1840, insbesondere die Admonition des Rabbiners und zweier jüdischer Schriftgelehrten und die Eidesleistung auf den Pentateuch in Wegfall gestellt worden sind."

„Obschon dem Jahre 1869 zugehörig, darf doch der jüngste Gemeinderatsbeschluss, die hiesige israelitische Gemeindeschule Michaelis 1869 zu schliessen, hier nicht unerwähnt bleiben. Zu diesem Beschlusse drängte die Wahrnehmung, dass trotz der segensreichen Wirksamkeit dieser Schule der Besuch von Jahr zu Jahr abnahm, sodass die Schülerzahl zuletzt sich auf eine so geringe abminderte, wie sie für eine öffentliche Schule nicht statthaft ist. An dieser Erscheinung hat jedenfalls die Überzeugung von der Zweckmässigkeit gemeinsamen Schulbesuches mit den Kindern unserer christlichen Mitbürger ihren wesentlichen Anteil, nicht minder aber auch die Religionsschule, welche bereits seit Jahren gedeihlich wirkt, und deren Erweiterung durch vermehrte Klassen von nun an besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden soll. Die beiden Oberklassen derselben sind schon jetzt nach den Geschlechtern geschieden."

Die Gemeinde zählte Ende des Jahres 1868 insgesamt 869 Seelen. Es wurden 1868 geboren 23 und starben ebenso viele, 2 Trauungen fanden statt. Die Gemeinde erhielt an neuen Stiftungen 7.200 Taler. Interessant ist noch die zuletzt gegebene Übersicht der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögensbestandes der wohltätigen Vereine, deren Einnahmen sämtlich die Ausgaben überstiegen und die zusammen einen Vermögensbestand von rund 32.200 Taler besitzen. Als Curiosum wird die Gevatterkasse hervorgehoben, welche 1868 weder Einnahmen und Ausgaben, aber einen Bestand von 90 Talern hatte.[32.)]

Der deutsch-französische Krieg 1871 ging auch nicht spurlos an der Israelitischen Gemeinde Dresdens vorbei. In einem Gedenkbuch findet man folgende Juden aus Dresden aufgeführt:

Dr. Wilhelm Lehmanbeer, Oberstabsarzt. (Mit Orden dekoriert.)
Dr. Elb. Assistenzarzt.
Guido Lehmann, cand. juris.
Max Jakobi.
Albert Jakobs, Unteroffizier. (Gefallen bei Wörth.)
Jakob Raudnitz. Cäsar Trietsch. Eduard Cohne.
Max Raudnitz. Gefreiter.
Georg Gerson. Alle 10 genannten waren im 12. Armee-Corps.

Georg Sonnenthal. (Erhielt das Eiserne Kreuz.)
Jolles, Gefreiter, Garde-Regiment Nr. 4. zu Fuss.7.Comp. [33.)]

In den Jahren nach 1871 bis 1888 stieg die Seelenzahl der Juden in Dresden von 1246 (1871) auf rund 2.000 (1888). Die Gemeinde wuchs rapide. und so war es nicht verwunderlich, daß der Antisemitismus um 1880 Nahrung fand. Die Gleichstellung der Juden mit den anderen Bürgern war gewährleistet. Die Dresdner Juden waren angesehene Geschäftsleute und lebten im Wohlstand und die den Juden neidischen Zeitgenossen entfalteten antijüdische Propaganda.

*

d. Die antisemitischen Strömungen um 1880

1879 erhob der Deutsch-Israelitische Gemeindebund in Leipzig Klage gegen einen Dresdner Hofverlagsbuchhändler, der eine antijüdische Schrift verfaßt hatte.

I. Anklage

An das
Königliche Sächsische Ministerium *Leipzig, 5. Nov. 1879*
der Justiz.

Der ehrerbietigst unterzeichnete Vorstand des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, welchen nach Ausweis seiner anliegenden Statuten § 1 die Wahrnehmung aller gemeinsamen Angelegenheiten in Bezug auf die rechtliche und sociale Stellung der Bekenner der jüdischen Religion und Abwehr von Angriffen gegen dieselben obliegt, erachtet sich verpflichtet, dem Königl. Justizministerium Folgendes vorstellig zu machen.

Seit Beginn dieses Jahres ist, eingeleitet durch eine Schrift des ultraradikalen, auf nihilistischem Standpunkt stehenden MARR, der Buchhändlermarkt mit einer Broschürenliteratur überschüttet worden, deren Ziel es ist, gegen die Juden zu agitieren.

An den Schaufenstern der Buchhandlungen findet man eine ganze Anzahl solcher Schriften ausgestellt, oft, wie man an dem der Buchhandlung von Zahn auf der Schloßstrasse zu DRESDEN mit der Aufschrift „zur Judenfrage."

Neuerdings ist auch in DRESDEN im Verlage der Hof-Buchhandlung von R. v. Grumbkow die anliegende Schrift „Die Judenfrage" erschienen. Auf Grundlage derselben soll sich nach einem Bericht des Dresdner Anzeigers eine Anti-Semiten-Liga gebildet haben und constituirt sich ebenda ein deutscher Reformverein, dessen veröffentlichte Statuten unter anderen auch die Judenfrage betreffen und der gegen die sogenannte „goldene Internationale" zu wirken bestimmt ist, das auch dadurch bekundet, dass er nur Angehörige eines christlichen Bekenntnisses zur Mitgliedschaft zuläßt, eine Bestimmung, durch welche er die in seinem Programm ausgesprochene Unterscheidung zwischen Juden, die sich gut führen (in anderen Blättern und Schriften Ausnahme-Juden genannt) und den anderen, welche nichts taugen sollen und zu bekämpfen seien, wieder aufhebt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass in allen diesen Aufreizungen zu Racen- und Klassenhass staatsgefährliche ungesetzliche Handlungen liegen.

Sachsen hat durch Gesetz vom 3. December 1868 einige Abänderungen der Verfassungsurkunde betr. unter II verfassungsmässig festgestellt, dass

> *der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig ist von dem religiösen Bekenntnis.*

Denselben Grundsatz hat das norddeutsche Bundesgesetz vom 3. Juli 1869 ausgesprochen, das namentlich hinzufügt:

> *Insbesondere soll die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.*

Wenn nun in jenen judenhetzerischen Presseerzeugnissen und Vereinen geradezu darauf hingezielt wird, unseren Glaubensgenossen diese ihnen verfassungsmässig und reichsgesetzlich gewährleisteten Rechte zu entziehen, so stehen sie auf gesetzwidrigem Boden.

Das Schlimmste an derartigem Unfug leistet die beifolgende Broschüre, die auf Seite 6 geradezu die Juden als

eine fremde Race bekämpft, die

neben uns auf deutschem Boden als Gleichberechtigte keinen Platz haben kann und haben darf.

Es handelt sich nach ihr um einen

Kampf der deutschen Nation gegen die jüdische Nation.

Auf Seite 9 wird die jüdische Religion als

Geschäftsvertrag zwischen den Juden und Jehova

bezeichnet.

(Es folgen eine ganze Anzahl grober Beleidigungen gegen die Juden. Anm.)

Der Zweck dieser Schrift ist, nicht nur alle Juden aus ihren amtlichen und ehrenbürgerlichen Stellungen zu verdrängen, sondern auch gegen sie Hass und Verachtung zu verbreiten, sie im Lande unmöglich zu machen. Kein Denkender kann in Zweifel sein darüber, dass in ihr nicht bloss gesetzliche, auch ungesetzliche Mittel zur Verdrängung der Juden in Aussicht gestellt sind, dass diese Schrift einen GEIST des NEIDES, des HASSES enthält, wie ihn die schlimmste socialdemokratische Literatur darbietet.

Diese Schrift verstösst offenbar gegen das Strafgesetzbuch, insbesondere gegen die §§ 130, 166, 186, 187, denn es werden darin in einer

den öffentlichen Frieden gefährdeten Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt. (§ 130),

es wird darin

eine mit Corporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgemeinschaft beschimpft (§ 166),

es werden darin

unwahre Thatsachen behauptet und verbreitet, die die Juden verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind

und das offenbar wider besseres Wissen.

Es kann fraglich erscheinen, ob nicht selbst das Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie auf diese Flugschrift Anwendung zu erteilen habe. Der Nihilismus in seiner bedenklichsten Gestalt spricht deutlich aus der von dem Pseudonym Waldegg herausgegebenen, in einer Dresdner Hofverlagshandlung erschienenen Schrift.

An das Hohe Königl. Justizminsterium richten wir das ehrerbietigste Ersuchen

diesem staatsgefährlichen und staatsfeindlichen Gebahren entgegentreten und den unter dem verfassungsmässigen Rechtsschutze stehenden israelitischen Staatsangehörigen Schutz gegen derartige Angriffe zu Theil werden zu lassen und demgemäss das Erforderliche zu verfügen.

In grösster Ehrerbietung
Der Ausschuss des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes
Jakob Nachod 34.)

*

Die Gerichte befaßten sich mit der Anklage und es wurde festgestellt:

B e s c h l u s s
vom 7. Juli 1880.

Die Verfolgung des Hof-Verlagbuchhändlers R. von Grumbkow und eventuell des Schriftstellers Pinkert hier, in Richtung des § 130 des Reichs-Straf-Gesetz-Buches sowohl wie des § 166 1.c., wird abgelehnt.

Denn weder lässt sich aus der incriminirten Schrift „die Judenfrage", trotz der verschiedenartigsten Angriffe auf das Judentum (!) im Gegensatze zum Germanenthum, die Intention entnehmen, verschiedene Klassen der Bevölkerung einander, und ganz besonders gegen die Bekenner der mosaischen Religion aufzureizen, noch enthält die Schrift eigentliche Beschimpfungen der mosaischen Religionsgenossenschaft oder ihrer Einrichtungen oder Gebräuche.
Der Bezüchtigte als Verleger, und Pinkert als ermittelter Verfasser der fraglichen Schrift können hierbei mit Recht (!) auf Vorgänge, wie z.B. auf Rohling „Der Talmudjude" und den Verfasser Dr. von Treitschke sowie Andere mehr, worunter noch Dr. K. Martin edt. Dr. Joseph Rebbert (alles Antisemiten. Anm.) zu erwähnen, sich zu beziehen und würde für Jene, wenn sie sich bei der Verfassung und Veröffentlichung des Werkchens auf Autoritäten der genannten Art (das Gericht nennt Antisemiten Autoritäten. Anm.) zu stützen vermochten, wenigstens der gute Glaube entlastend eintreten (vergl. S. 42, 43 der incr. Schrift). Lehren des Talmud aber, wie sie Seite 73 flg., 80 flg. des Rohling'schen Werkes, und Seite 11 der Waldegg'schen Schrift, Seite 25, 47 flg. bei Dr. Rebbert, wiedergegeben werden, würden, wie mit Grund nicht bestritten werden könnte, nicht herb genug kritisiert und, aus Gründen der Erhaltung des Staates und der guten Sitte, mit der grössten Entschiedenheit von Jedermann bekämpft werden müssen.

Wenn nun endlich von dem Ausschusse des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes zu Leipzig Blt. 3b. noch Bezug auf das Reichs-Straf-Gesetzbuch genommen wurde , so ist von einer weiteren Entschliessung hierauf nach der Schlusserklärung B.4 abzusehen gewesen. R. von Grumbkow ist von dem Sachausgange Nachricht zu geben.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Dresden
Lufft. 35.)

Der antijüdische Geist, der aus diesem Beschluß sprach, bedarf keines Kommentares. Auf Betreiben des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes wurde Einspruch gegen die Ablehnung des Strafantrages erhoben.

*

Wiederholte Anklage. (Auszug)

An die
Strafkammer I. des Königl. Landgerichtes
zu Dresden

Dresden, 24. Juni 1881.

Anklageschrift des Staatsanwaltes beim Landgericht Dresden

gegen den Schriftsteller Alexander Friedrich Pinkert und den

Hofverlagsbuchhändler Richard von Grumbkow hier,

Wegen öffentlicher Beschimpfung der israelitischen Religionsgesellschaft;

In dem Verlag der Hof-Verlagsbuchhandlung von R. von Grumbkow hier erschien im Jahre 1879 die . . . Auflage einer Druckschrift unter dem Titel

„Ein Manifest an die Deutsche Nation. Die Judenfrage gegenüber dem Deutschen Handel und Gewerbe. Von Egon Waldegg."

In dieser Schrift finden sich Sätze. . , welche Beschimpfungen der mit Korporationsrechten innerhalb des Deutschen Reiches bestehenden israelitischen Religionsgemeinschaft enthalten.

. . . so werden Alexander Pinkert und Richard von Grumbkow
als Herausgeber und Verleger angeklagt, durch Verfassung resp. Druck und Verbreitung der Druckschrift „Die Judenfrage", sonach öffentlich. . . (die) israelitische Religionsgesellschaft in gemeinschaftlicher Ausführung beschimpft zu haben.

Vergehen strafbar nach § 166.47 des Reichsstrafgesetzbuches jct. §§ 20.21 des Pressgesetzes von 7. Mai 1878.

gez. Lufft.[36.)]

Die angeklagten Antisemiten wurden von der Strafkammer aufgefordert, ob sie Einwendungen gegen die Beweiserhebungen des Gerichtes beantragen wollen. Daraufhin rechtfertigten sich die Angeklagten wiederholt und bestritten die ihnen zur Last gelegten Straftaten. Der Prozeß wurde niedergeschlagen.

*

In Dresden fand 1885 ein Antisemiten-Kongress statt. Bei dem Kongress wurde ein Gemälde gezeigt, das einen Ritualmord darstellte. Das einem wirrem Kopf entsprungene Gemälde (es gab niemals Ritualmorde. Anm.) gab Anlaß zu Prozessen und das auf dem Gemälde abgebildete Mädchen sollte angeblich eine Prostituierte gewesen sein.[37.)]

Die Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung teilte in der Arbeiterzeitung 1891 mit:

> *„Die Antisemiten haben sich nicht nur im wüsten Schimpfen und Radaumachen zu zu bisher von Niemand erreichter Virtuosität entwickelt, sie fliehen nicht nur die Wahrheit wie die Pest. . . "*[38.)]

1894 meldeten die Dresdner Blätter, daß der antisemitische Reichstagsabgeordnete, Rittergutsbesitzer Lieber-Stroga, beabsichtigt sein Mandat demnächst niederzulegen. Lieber-Stroga ist Vertreter des 7. sächsischen Wahlkreises (Meissen-Riesa-Grossenhain), wo er bei der letzten Reichstagswahl den konservativen Hofrath Dr. Mehnert verdrängte.[39.)]

Die in Dresden erscheinende Zeitung „Deutsche Wacht" brachte am 2. Oktober 1895 unter der Spitzmarke „Verrufserklärungen Gewerbetreibender" die Mitteilung, daß das Königliche sächsische Oberlandesgericht entschied,

> *„dass öffentliche Verrufserklärungen Gewerbetreibender, welche bezwecken, denselben die Ausübung ihres Gewerbes durch Entziehung der Kundschaft zu schmälern oder gar unmöglich zu machen"*

zur Bestrafung gebracht werden.[40.)]

1896 wurde vor der Strafkammer des zweiten Landgerichtes in Dresden der Redakteur der antisemitischen Zeitschrift „Deutsche Wacht" Emil Hule wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. An leitender Stelle brachte das Antisemitenblatt „Deutsche Wacht" am 17. März 1895 einen Artikel, in dem ein jüdischer Kaufmann beschuldigt wird, den Bankerott eines Steinbruchsbesitzers in Bischofswerda verursacht zu haben. Diese böswillige Beschuldigung führte zu einem Prozeß, und der Schreiber des genannten Artikels erhielt drei Monate Gefängnis, der mitangeklagte Redakteur der „Deutschen Wacht" erhielt 200 Mark Geldstrafe.[41.)]

Das Antisemitenblatt „Deutsche Wacht" brachte am 2. Oktober 1896 folgende Notiz:

> *„Als vor einiger Zeit am Fürstlichen Thurn- und Taxischen Hof zu Regensburg für die gesammte Beamten- und Dienerschaft neue Uniformen angeschafft wurden, da erhielten die ansehnlichen Lieferungen nicht etwa christliche Schneidermeister, sondern der Auftrag für die sämtlichen – etwa 200 Uniformen – wurde dem Kleidergeschäft des Juden Nussbaumer übertragen. Dass die sämtlichen Pferde für die umfangreichen Fürstl. Stallungen wieder, und zwar ausschliesslich ein Jude liefert, ist selbstverständlich.*
>
> *Auch in Dresden liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Judengeschäfte werden durch Kundschaften aus hohen und höchsten Kreisen in jeder Weise unterstützt."*[42.)]

Der antisemitische Reformer und Dresdner Stadtverordnetenvicevorsteher Hartwig hatte zu seinen eigenen Gunsten Schiebungen gemacht. Das Schöffen- und Landgericht erkannten an, daß Hartwig zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Die Angelegenheit kam in der öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegs zur Sprache und man forderte Hartwig auf, Folgerungen zu ziehen.[43.)]

Die „Deutsche Wacht" brachte am 22. Februar 1901 eine bösartige Warnung an „deutsche Eltern" ihre Kinder ganz besonders in der Osterzeit zu hüten und vor jeglichem Verkehr mit verdächtigen Juden in Acht zu nehmen.

Daraufhin richtete Oberkonsistorialrat D. Dibelius, Superintendent an der Kreuzkirche am Bußtage in der etwa 5.000 Personen fassenden, überfüllten Hauptkirche Dresdens an die Bußgemeinde ungefähr folgende Worte:

> *„. . . Eine der Hauptsünden ist der Hass, der sich auch als politischer Hass geltend macht. In diesen Tagen hat ein hiesiges Blatt einen Artikel gebracht, durch den sich die jüdische Gemeinde tief gekränkt fühlt, und der auch viele Christen verletzt hat. Ich aber sage: Nein, das ist nicht christlich, sondern antichristlich. Heute am Bußtage sei es in feierlicher Stunde ausgesprochen: Wer in dieser Weise Hass verbreitet und nicht Liebe predigt, die Christus gepredigt hat, nicht kann zu ihm hinangezogen werden."*[44.)]

Graf Pückler aus Klein-Tschirne hielt Ende 1900 in Dresden auf Einladung des antisemitischen Reformvereines vor einer Versammlung von etwa 2.000 Personen einen Vortrag über „Das Judentum und das deutsche Volk", indem er sich der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten schuldig gemacht hatte.

Zu der ersten Verhandlung war Pückler nicht erschienen und das Gericht hatte zwangsweise Vorführung angeordnet. Er wurde am Mittwoch früh um 7 Uhr auf seinem Rittergut verhaftet und nach Dresden gebracht. Das Gericht verurteilte Pückler zu 100 Mark Geldstrafe wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens.[45.)]

In der sächsischen zweiten Kammer beklagte sich der antisemitische Abgeordnete Schubart darüber, daß zum Vorsitzenden des Schwurgerichtes in Chemnitz ein Jude ernannt worden sei. Der Anfang des Jahres 1904 verstorbene jüdische Richter Johannes Meyer wurde in einem Nekrolog wegen seiner beruflichen Tüchtigkeit und vorzüglichen Charaktereigenschaften besonders gelobt.[46.)]

*

Die Presseorgane der Antisemiten waren:

Deutsche Wacht	(Dresden)	Staatsbürgerzeitung	(Berlin)
Sachsenschau	(Magdeburg)	Deutsches Blatt	(Hamburg)
Mittelsächsische Zeitung	(Meissen)	Hannoversche Post	(Hannover)
Deutsch-soziale Blätter	(Leipzig)	Deutsch-Nationale Zeitung	(Düsseldorf)
Deutsche Volkswacht	(Offenbach/M)	Antisemitisches Volksblatt	(Kassel)

*

Mit diesen Berichten endet die fragmentarische Beschreibung der antijüdischen Kampagne in Dresden In den zwanziger Jahren flammte sie wieder auf.

*

Die Rolle Dresdens als Versandplatz übler antisemitischer Druckerzeugnisse bleibt ebenfalls unvergessen oder die Tatsache, daß der "Grand Mufti" Amin el Hussein im Laufe des Krieges auf dem Weißen Hirsch residierte, jener Mann, der die Rettung jüdischer Kinder nach Palästina beim Auswärtigen Amt sabotierte.*)

*) Hinweis von Dr. Robert M.W. Kempner.

IV. Die Gemeinde im 20. Jahrhundert

a. Die Verwaltungsberichte von 1887 bis 1915

Ende des Jahres 1887 besagte der Verwaltungsbericht der Gemeinde:

> *„Die Gemeinde zählt im Jahre 1887 = 460 stimmberechtigte Mitglieder. Aufgenommen wurden 49, und 32 schieden aus, nämlich 7 durch Ableben und 25 durch Wegzug. Am 8. April 1887 erfolgte die Wahl des Rabbiners Dr. Winter auf 3 Jahre. (Am 8. Januar 1888 beschloß der Gemeinderat einstimmig, Dr. Winter definitiv auf Lebenszeit einzustellen.)*
>
> *Zum Andenken an den sel. Oberrabbiner Dr. Wolf Landau wurde eine Stiftung beschlossen, für welche Beträge bis zu 2.109 Mark einliefen. Am 26. März (1888) feierte die Gemeinde den 25. Jahrestag des Eintrittes des Rechtsanwaltes Emil Lehmann in den Gemeinderat der jüdischen Gemeinde. Bemerkenswert ist, daß auch die städtischen Behörden ihre Glückwünsche darbrachten.*
>
> *Die Religionsschule und alle Wohltätigkeitsanstalten befinden sich in blühendem Zustande. (!) Die Einnahmen beliefen sich auf 37. 146 Mark darunter 16.980 an Cultussteuer. Die Ausgaben betrugen 30.110 Mark und heben wir daraus hervor, daß der Chor der Gemeinde 2.879 Mark kostet.*
>
> *Ehrenvoll ist es für die Gemeinde, daß sie 2.004 Mark auf ein Grabdenkmal für ihren sel. Oberrabbiner Dr. Wolf Landau verwandte. Die Gemeinde besitzt außer ihren Grundstücken einen Fonds von 35.239 Mark und einen Lehrer-Pensionsfond von 13.111 Mark."*[47.)]

Die Zeitschrift des Königlich statistischen Bureaus erfaßt die Gesamtbevölkerung Sachsens im Jahre 1888 folgendermaßen:

96,31 % Evangelisch,
2,73 % Katholisch,
0,27 % Israelitisch – also etwa unter 400 Christen einen Juden *(nämlich 7.755 Seelen)*

Dem Berufe nach widmen sich die Katholiken vorzugsweise der Glasfabrikation, dem Hüttenwesen, dem Bekleidungs- und Baugewerbe.

Von den Israeliten gehören 51,46 % dem Handelsstande an, also fast die Hälfte anderen Berufsarten.[48.)]

Im Mai 1892 gab eine Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern an, daß ab 1. Oktober 1892 beim Schlachten aller Tiere mit Ausnahme des Federviehs der Blutentzug stets die Betäubung vorausgehen, d.h. mit anderen Worten:

das jüdische Schächten wird verboten.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sollen mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder durch entsprechende Haftstrafe geahndet werden. Das Ministerium hatte sich zu dieser Maßnahme erst entschlossen, nachdem gutachtliche Äußerungen der Bezirksausschüsse, verschiedener Stadträte, sowie des Landeskulturrates fast einstimmig ein Verbot des Schächtens befürwortet hatten. Die gegenteiligen Vorstellungen verschiedener jüdischer Gemeinden blieben unberücksichtigt.[49.)] (1910 wurde das Schächtverbot wieder aufgehoben.)

Der Verwaltungsbericht der Gemeinde für das Jahr 1892 gab bekannt:

„505 stimmberechtigte Männer. Die Religionsschule wird von 269 Schülern besucht. Nach der letzten Volkszählung leben in Sachsen 9368 Juden, in Dresden speziell 2595."[50.)]

1893 ist ein größerer Verwaltungsbericht vorhanden:

„Die Dresdner Gemeinde zählt 1893: 492 stimmberechtigte Mitglieder. In der Schächtfrage hatten, nachdem das Ministerium des Innern die von den 3 Gemeinden Dresden, Leipzig und Chemnitz beantragte Vorlegung an das Kultusministerium zur Prüfung der Ritualfrage ablehnt, die Rabbiner der 3 Gemeinden sich direkt an das Kultusministerium gewendet. Im Einverständnis mit der Gemeinde Leipzig wurde beschlossen, vom Ministerium des Innern eine Abschrift der seiner Verordnung zu Grunde liegenden tierärztlichen Gutachten zu erbitten. Die Mitteilung der Abschrift wurde abgelehnt. (!)

Es sind im Jahre 1893 für die verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde Spenden im Betrage von 2.729 Mark eingegangen. Der Stand der hiesigen Wohltätigkeitsvereine war im Berichtsjahre folgender: Die Krankenverpflegungsgesellschaft (Bikur Cholim) hatte bei 336 Mitgliedern einen Vermögensstand von 73.084 Mark, die Beerdigungsbrüderschaft (Gemilut Chassodim) einen Bestand von 16.664 Mark wozu durch den Begräbniskassenverein ein Zuwachs von 8.064 Mark kommt, das Krankenunterstützungs-Institut (Mischeness Hacholim) besitzt ein Vermögen von 18.799 Mark bei 206 Mitgliedern, der israelitische Frauenverein zählt 306 Mitglieder und hat einen Fonds von 46.672 Mark, der Mendelssohn-Verein zählt 179 Mitglieder und verwaltet 32.434 Mark, der Armen- und Fremden-Unterstützungs-Verein hat 192 Mitglieder, in Folge starker Ausgaben nur einen Bestand von 8.146 Mark, dagegen besitzt der Verein Hachnosass Kalo (Brautuntersützung) ein Vermögen von 50.978 Mark, der Verein zur Bekleidung der Armen schließt mit einem Bestand von 16.021 Mark ab, die Dr. Beer-Stiftung mit 11.630 Mark.

Die Religionsschule wurde 1893 von 247 Schülern besucht. Sie hat 6 Knaben- und Mädchenklassen. Der Lehrer-Pensions-Fond besitzt 16.000 Mark in 3 % Sächs. Rente." [51.)]

1895 bietet der Verwaltungsbericht ein erfreuliches Bild:

„500 stimmberechtigte Mitglieder, ausgeschieden sind 27, davon 7 infolge Ablebens, 17 infolge Wegzuges, 2 wegen Übertritt zur christlichen Religion, 1 wegen Steuerrückstandes.

Die Religionsschule besuchten 259 Schüler.

Der Haushaltsplan für 1895 ergibt 44.934,30 Mark Ausgaben. Einnahmen 50.086,85 Mark. Durch Spenden sind im Jahre 1895 insgesamt 2.793 Mark eingegangen. An Grundstücken besitzt die Gemeinde: Die Synagoge, das Haus Zeughausstraße 2, die beiden Friedhöfe. Der Synagogen-Renovations-Fonds beträgt 2.000 Mark, der Lehrer-Pensions-Fonds 16.000 Mark."[52.)]

Nach der Volkszählung von 1895 befanden sich am 3. Dezember 1895 von insgesamt 9.902 Juden in Sachsen:

4.872 in Leipzig
2.547 in Dresden
995 in Chemnitz
147 in Zittau
146 in Plauen
90 in Annaberg.[53.)]

1897 gibt der Verwaltungsbericht bekannt:

> *„489 stimmberechtigte Mitglieder. Die Jahresrechnung weist auf an Einnahmen 53.705,61 Mark, an Ausgaben 49.708,43 Mark.*
>
> *Wegen der Schächtfrage wurde eine neuere, durch Autoritäten gestützte Eingabe, an das Ministerium beschlossen.*
>
> *Eine neue Stiftung wurde am 28. Oktober 1897 auf den Namen Salomon-Mattersdorff-Stiftung mit 30.000 Mark gegründet."*[54.)]

Anläßlich der Jubelfeier des 70. Geburtstages und des 25jährigen Regierungsjubiläums des Königs wurde am 19. April 1898 auch eine Beglückwünschungs-Deputation der israelitischen Gemeinden im Anschluß (!) an die Deputationen der anderen Kirchengemeinden empfangen. Die Delegation bestand aus den Herren Rabbiner Dr. Winter und Vorsteher Sulzbach, Dresden, Rabbiner Dr. Porges und Vorsteher Magnus, Leipzig, Rabbiner Dr. Mühlfelder und Vorsteher Bergmann, Chemnitz. Rabbiner Winter aus Dresden richtete eine Ansprache an den König, die er in Erwiderung beantwortete. Sämtliche Mitglieder der Delegation waren zur königlichen Tafel und zur Galavorstellung am Hoftheater geladen. Bankier Salzburg war auch zum Ball im königlichen Schlosse eingeladen. In allen Synagogen in Sachsen wurden Festgottesdienste abgehalten.[55.)]

1899 hatte das Dresdner Stadtverordneten-Kollegium einen bemerkenswerten Beschluß gefaßt. Zur Beratung stand das Naturalisationsgesuch eines jüdischen Kaufmannes aus Österreich, der in Dresden wohnte. Es fand über den Antrag eine eingehende Erörterung statt und schließlich wurde das Gesuch des österreichischen Juden abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit kam auch zur Sprache, ob man nicht in Zukunft grundsätzlich die Naturalisation ausländischer Juden verweigern solle. Bei der Verhandlung über diese Frage konnte man nicht im Zweifel bleiben, daß die Dresdner Stadtverordneten in ihrer Mehrheit entschlossen sind, derartigen Gesuchen in Zukunft die erforderliche Genehmigung zu versagen.[56.)]

Am 7. März 1899 wurde in Chemnitz die große Synagoge eingeweiht. Die Zahl der Festteilnehmer überstieg wohl 700. Die Behörden waren n i c h t vertreten. Die Festrede hielt Rabbiner Dr. Winter aus Dresden, anknüpfend an ein Gesicht des Ezechiel (Hesekiel 40,2), das er in geistvoller Weise auslegte.[57.)]

Für das Jahr 1904 teilt der Verwaltungsbericht mit:

> *„534 stimmberechtigte Mitglieder, Ausgeschieden 34, durch Ableben 11, weggezogen 3, Austritt aus dem Judentum 1. Die Religionsschule besuchten 165 Knaben und 141 Mädchen.*

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 befanden sich von 12.419 Juden in Sachsen:

6.314 in Leipzig
3.059 in Dresden
1.137 in Chemnitz
114 in Zittau
208 in Plauen
116 in Annaberg
65 in Bautzen
83 in Freiberg.

Das Gesetz, die israelitischen Religionsgemeinden betreffend ist unter dem 10. Juni 1904 erlassen. Ingleichen hat das Königliche Kultusministerium hierzu eine Ausführungsverordnung unter dem 29. Juni 1904 erlassen. Danach ist die Vereinigung s ä m t l i c h e r Israeliten des Landes zu Religionsgemeinden verfügt, deren Bezirksabgrenzung durch das Kultusministerium erfolgt. Die Verpflichtung der Gemeindemitglieder zur Tragung der Gemeindelasten und die Berechtigung zur Einziehung der Gemeindesteuern und Gebühren auf behördlichem Wege durch Zwangsvollstrekkung ist darin gesetzlich festgelegt. Die israelitischen Gemeinden sind als juristische Personen öffentlichen Rechtes, die durch ihren Vorstand vertreten werden, anerkannt. Die Errichtung eines Statutes für jede Gemeinde ist vorgeschrieben und die Genehmigung des Statutes dem Kultusministerium vorbehalten.

Zugleich regelt das Gesetz den Austritt aus den israelitischen Religionsgemeinden, sowie die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen. An dem Bezirk der Gemeinde Dresden ist n i c h t s geändert worden. Derselbe erstreckt sich nach wie vor über das ganze Gebiet der Kreishauptmannschaft Dresden.

Die Sitze und Bezirke der israelitischen Religionsgemeinden Sachsens sind nunmehr laut Bekanntmachung des Kultusministeriums vom 7. März 1905 folgende:

1. *Bautzen,*
   Bezirk: Amtshauptmannschaften Bautzen und Kamenz;
2. *Zittau,*
   Bezirk: Amtshauptmannschaften Zittau und Löbau;
3. *Dresden,*
   Bezirk: Kreishauptmannschaft Dresden;
4. *Leipzig,*
   Bezirk: Kreishauptmannschaft Leipzig mit Ausnahme der Amtshauptmannschaft Rochlitz;
5. *Chemnitz,*
   Bezirk: Amtshauptmannschaften Chemnitz, Flöha, Glauchau, Rochlitz;
6. *Annaberg,*
   Bezirk: Amtshauptmannschaften Annaberg und Marienberg;
7. *Zwickau,*
   Bezirk: Amtshauptmannschaften Zwickau und Schwarzenberg;
8. *Plauen,*
   Bezirk: Amtshauptmannschaften Plauen, Oelsnitz und Auerbach

Die Einnahmen der Gemeinde betrugen 209.732,51 Mark, die Ausgaben 203.740,89 Mark."[58.)]

Gesetz,

die israelitischen Religionsgemeinden betreffend vom 10. Juni 1904

Wir, Georg, von Gottes Gnaden, König von Sachsen usw.
verordnen unter Zustimmung Unserer getreuen Stände was folgt:

§ 1. Die israelitischen Religionsgemeinden haben die Aufgabe, die zur Pflege des israelitischen Kultus erforderlichen Anstalten und Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten.

Zu diesem Zwecke haben sie das Recht, innerhalb des Gemeindebezirkes unter staatlicher Aufsicht insbesondere

1. *Bethäuser und Begräbnisplätze einzurichten, Religionsunterricht und Beerdigungswesen zu regeln,*
2. *Rabbiner und sonstige Religionsdiener anzunehmen,*
3. *gottesdienstliche Zusammenkünfte in den dazu bestimmten Räumlichkeiten zu veranstalten und*
4. *sowohl in diesen wie in den Wohnungen der Mitglieder die ihren Religionsgrundsätzen entsprechenden Gebräuche auszuüben.* *)

§ 2. Die sämtlichen israelitischen Glaubensgenossen des Landes sind zu Religionsgemeinden zu vereinen.
Die Abgrenzung dieser Bezirke der Gemeinden erfolgt durch Verfügung des Ministeriums des Kultus und des öffentlichen Unterrichts.

§ 3. Die Mitglieder der Religionsgemeinden haben zu deren Lasten durch Zahlung von Gebühren. . . durch Anlagen angemessen beizutragen. Die Betreibung der Anlagen und Gebühren erfolgt auf Antrag des Vorstandes durch die Aufsichtsbehörde im Wege der Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen.

§ 4. Die Religionsgemeinden sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, sie werden durch den Vorstand vertreten.

§ 5. Für jede der Gemeinden ist ein Statut zu errichten. Das Nähere über dessen Errichtung wird vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichtes bestimmt.

§ 6. Auf den Austritt aus der israelitischen Religionsgemeinde. . . . . finden die Vorschriften in § 20 des Gesetzes die Einführung der Zivilstandsregister usw. betreffend, vom 20. Juni 1870 entsprechende Anwendung.

§ 7. Das Verbot der sogenannten Privatsynagogen wird mit der Massgabe aufrechterhalten, dass das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichtes ermächtigt bleibt, Ausnahmen zu gestatten.
Im übrigen wird das Gesetz, die Religionsausübung der Juden usw. betreffend, vom 18. Mai 1837 (G. u. V.B. S.66) aufgehoben.

§ 8. Mit der Ausführung des Gesetzes, insbesondere mit der Ordnung der Aufsicht über die israelitischen Religionsgemeinden wird das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts beauftragt.

Gegeben zu Dresden, am 10. Juni 1904. *gez. Paul von Seydewitz.*

---

*) Die den aufgenommenen christlichen Konfessionen auf Grund von § 55 der Verfassungsurkunde vom 4. Sept. 1831 vorbehaltenen Rechte kommen den israelitischen Religionsgemeinden **nicht** zu.[59.)]

Verordnung

zur Ausführung des Gesetzes, die israelitischen Religionsgemeinden betreffend vom 29. Juli 1904

Zur Ausführung des Gesetzes, die israelitischen Religionsgemeinden betreffend, vom 10. Juni 1904 (G- u. V.-Bl. S.206) wird hierdurch verordnet:

§ 1. *Die Aufsicht über die israelitischen Religionsgemeinde wird in erster Instanz von den unteren Verwaltungsbehörden geführt.*
Oberaufsichtsbehörde ist das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

§ 2. *Der Genehmigung der Oberaufsichtsbehörde bedarf es:*
1. *zur Anstellung von Rabbinern und Religionslehrern,*
2. *zur Erbauung von Synagogen und sonstigen Gebäuden für gottesdienstliche Zwecke sowie zur Anlegung und Säkularisation von Begräbnisplätzen,*
3. *zur Aufnahme von Anleihen, zum An- und Verkaufe von Grundstücken.*

§ 3. *Der Aufsichtsbehörde liegt ob:*
1. *Die Genehmigung der Gemeindebeschlüsse wegen Erhebung von Kultusanlagen. (Aufgehoben und ersetzt durch das Gesetz über das Steuerrecht.)*
2. *Die Verpflichtung der Rabbiner und Religionslehrer nach näherer Anordnung der Aufsichtsbehörde.*

§ 4. *Der Aufsichtsbehörde hat der Vorstand der Religionsgemeinde Anzeige zu erstatten:*
1. *über die Wahlen der Gemeindeorgane (Vorstand, Gemeindeverordnete usw.)*
2. *über Anstellung sämtlicher besoldeter Gemeindebeamten,*
3. *bei Beginn jeden Kalenderjahres über Ort, Zeit des regelmäßigen Gottesdienstes sowie über die Zusammensetzung des Vorstandes.*

§ 5. *Von der Einrichtung des Religionsunterrichtes. . . Anzeige zu machen.*
(§ 5 aufgehoben.)

§ 6. *Dem Vorstande der Religionsgemeinde ist auf sein Verlangen von der Aufsichtsbehörde ein Zeugnis über Zusammensetzung und Zuständigkeit zum Zwecke der Legitimation vor Behörden auszustellen.*

§ 7. *Das Statut der Religionsgemeinde ist vom Vorstande aufzustellen.*

§ 8. *Der Austritt aus der israelitischen Religionsgemeinde ist jedem Israeliten. . . gestattet.*

§ 9. *Über die religiöse Erziehung der Kinder. . . entscheidet. . . der Vater. Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter.*

§ 10. *Die in Gemäßheit dieser Vorschriften aus der israelitischen Religionsgesellschaft Ausgetretenen sind in das Dissidentenregister einzutragen.*

§ 11. *Die Vorschriften der §§ 8 und 9 finden keine Anwendung, wenn ein Israelit in eine aufgenommene christliche Konfession eintritt. Insbesondere ist dieser Eintritt auch minderjährigen Israeliten gestattet und eine Anzeige bei Gericht nicht erforderlich.*

Dresden, den 29. Juni 1904

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts
Paul von Seydewitz[60.)]

Für die Zusammenstellung des Statistischen Jahrbuches des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes erhielt die Dresdner Gemeinde einen Fragebogen, der die wichtigsten Daten des Gemeindelebens 1903/1904 ermitteln sollte.

Fragebogen

1. *Ort und Bezeichnung (z.B. Synagogen-G., Israelitische-G.) der Gemeinde: Wenn die Gemeinde nicht selbstständig ist, mit welchen anderen Gemeinden bildet sie ein Ganzes?*
2. *Zahl der jüdischen Seelen.*
3. *Zahl der jüdischen Haushaltungen.*
4. *Namen der Vorstandsmitglieder.*
5. *Namen der besoldeten Beamten mit Bezeichnung des Amtes.*
6. *Welche Beamten sind lebenslänglich angestellt?*
7. *Angabe der von der Gemeinde abhängigen oder zu ihr in Beziehung stehenden Schulen (Name d. Schule, d. Lehrer, Schülerzahl.)*
8. *Wird an öffentlichen, staatlichen oder städtischen Lehranstalten Ihres Ortes jüdischer Religionsunterricht erteilt und an welchen und in welchen Klassen?*
9. *Besteht dort die Einrichtung des Jugendgottesdienstes ?*
10. *Angabe der innerhalb der Gemeinde bestehenden Anstalten, Stiftungen und Vereine zu Wohltätigkeits- und Bildungszwecken.*
11. *Wie hoch beläuft sich Ihr Gemeindeetat in Einnahme und Ausgabe?*
12. *Wieviel Prozente der Staatseinkommensteuer beträgt die direkte Kultussteuer und wieviel bringt sie ein?* [61.)]

*

Der Verwaltungsbericht auf das Jahr 1905 bot ein übersichtliches Bild reger Tätigkeit im Interesse des Gemeinwohles.

> *„Die Israelitische Religionsgemeinde Dresden hatte 549 stimmberechtigte Mitglieder. Ausgeschieden 36; und zwar 12 infolge Ablebens, 20 infolge Wegzuges, 3 wegen Steuerrestes, 1 wegen Austritt aus dem Judentum. Die Religionsschule besuchten 173 Schüler.*
>
> *Die Ministerien des Kultus und der Finanzen haben unterm 7. März 1905 folgende Verordnung erlassen: § 1. Auf Ansuchen der Vorstände haben die Gemeindevorstände über die staatliche Einkommensteuerveranlagung derjenigen Israeliten. . . Auskunft zu erteilen. § 2. Die Vorstände haben in ihrem Gesuche diejenigen Personen nach Namen und Wohnung zu bezeichnen, über deren Veranlagung. . . Auskunft gewünscht wird. § 3. Die Gesuche alljährlich bei der Gemeinde einzureichen. § 4. Die Vorstände. . . sind verpflichtet (alle Auskünfte) streng geheim zu halten. Unserer Gemeinde sind an milden Spenden und Stiftungen zugeflossen: Von Familie Heller zum Andenken an ihre Eltern 5.000 Mark sächs. 3% Rente zur Errichtung einer „Baruch-Heller-Stiftung" und 4.000 Mark dergleichen zur Errichtung einer „Ludmilla- und Jenny-Heller-Stiftung" zusammen 9.000 Mark. Von den Herren Max und Georg Arnhold sind zur Verstärkung der „Dr. Adolph Arnhold-Stiftung" für 1.000 Mark Pfandbriefe übergeben worden. Von Herrn Geh.Kom.Rat Leopold Koppel, Berlin, 1.000 Mark bar.*
>
> *Die Gründung eines Verbandes der Israelitischen Gemeinden des Königreiches Sachsen, ist nunmehr soweit gediehen, daß die gemeinsame Beratung ihrer Vertreter zur endgültigen Fassung der Statuten einberufen werden soll."* [62.)]

1907 zeigt der Verwaltungsbericht folgendes auf:

„Durch das Gesetz, die israelitischen Religionsgemeinde betreffend, vom 10. Juni 1904, und die Ausführungsverordnung dazu vom 29. Juni 1904, sind die Verhältnisse der sächsischen Gemeinden auf eine „gemeinsame gesetzliche Grundlage" gestellt und diese als öffentlich-rechtliche Korporation mit dem Recht der Steuererhebung anerkannt worden. Das diesem Gesetz entsprechende neue Statut der israelitischen Religionsgemeinde Dresden ist am 1. Januar 1907 in Kraft getreten. Das Königreich Sachsen zählt nach der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1905 insgesamt 14.697 Juden = 0,32 Prozent. Diese verteilen sich auf die einzelnen israelitischen Religionsgemeinden wie folgt:

Annaberg	*147 Juden*
Bautzen	*75 "*
Chemnitz	*1.569 "*
Dresden	*3.931 "*
Leipzig	*7.938 "*
Plauen	*609 "*
Zittau	*197 "*
Zwickau	*231 "*

Summa: 14.697 Juden. Stand 1. Dezember 1905.

Übertritte zum Judentum: (Dresden) 1. Austritte 4. Der Haushaltsplan der Gemeinde ergab für das Jahr 1907 einen Kultussteuerbedarf von 61.380 Mark. Schulpflichtige jüdische Kinder 412. Einnahmen 106.013,46 Mark, Ausgaben 94.676,21 Mark."[63.)]

1909 bereitete der Ausschuß des Verbandes der israelitischen Religionsgemeinden in Sachsen eine Petition an die Landesregierung um Aufhebung des Schächtverbotes im Königreich Sachsen vor.[64.)]

Am 18. März 1910 hatte der Verband der israelitischen Religionsgemeinden in Sachsen eine Vorsprache im Kultusministerium wegen der schon lang diskutierten Schächtfrage. Von den Judengegnern wurde ein Verbot des Schächtens gefordert, während gerichtlich festgestellt wurde, daß Schächten keine Tierquälerei sei. Ein Sachverständiger erklärte, daß nach der Schlachtung das Schmerzbewußtsein beim Tiere minimal sei und die nachträglichen Zuckungen nur unbedeutende Reflexbewegungen sind.
Die Delegation, die aus den Herren L. Ladewig, Chemnitz, Kommerzienrat Max Elb und Rabbiner Dr. Jakob Winter, Dresden, sowie Julius Magnus und Dr. Hildesheimer aus Leipzig bestand,wurde vom sächsischen Kultusminister Dr. Gustav Beck empfangen. Die Besprechung führte zur Aufhebung des Schächtverbotes in Sachsen.[65.)]

Aber schon 1911 meldete der Verwaltungsbericht unter anderem:

„Die Tätigkeit des Verbandes der israelitischen Religionsgemeinden im Königreich Sachsen – Vorsitzender Kommerzienrat Max Elb, Dresden – wurde während der Berichtsperiode durch die Abwehr der von unseren Gegnern (den Antisemiten) mit großem Eifer betriebenen Agitation um Wiedereinführung des Schächtverbotes in Sachsen in erheblichem Maße in Anspruch genommen. Die Verbandsleitung ging hierbei mit den Vorständen der am meisten beteiligten Gemeinden Leipzig und Dresden Hand in Hand.

Durch die von den städtischen Körperschaften in Leipzig im Verwaltungswege versuchte Einführung hoher Sondergebühren für das Schächten und sonstiger auf eine Erschwerung das gesetzlich wieder zugelassenen Schächtens abzielende Maßnahmen gegen welche die Gemeinde Leipzig – teilweise schon mit Erfolg – die erforderlichen Schritte unternommen hat, ist das Schächten in Leipzig h e u t e n o c h n i c h t möglich gewesen. Bei den städtischen Körperschaften in Dresden schweben seit Juli 1911 ähnliche, durch antisemitische Anträge entstandenen Verhandlungen, gegen die der Vorstand der Gemeinde energische Gegenmaßnahmen getroffen hat. Auf den in der II. Kammer des sächsischen Landtages von der konservativen Fraktion eingebrachten Antrag auf Wiedereinführung des Schächtverbotes in Sachsen und von Tierschutzvereinen und Vereinigungen von Tierärzten in Eingaben an die I. und II. Ständekammer gegen das Schächten gerichteten Angriffe wurden von seiten des Verbandes unter wertvoller Mitwirkung des Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden des Zentralvereines deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Gegenschriften an die in Betracht kommenden Stellen gerichtet."[66.)]

Im November 1912 kam es in der Stadtverordnetensitzung zu einer lebhaften Debatte über die Schächtfrage. Der Rechtsausschuß der Stadt Dresden hatte ein Gutachten vorgelegt, betreffend den Antrag der Stadtverordneten auf Einführung einer Zuschlagsgebühr für Schächtungen, ferner die Eingabe der israelitischen Religionsgemeinde Dresden und die Eingabe des Tierschutzvereines Dresden. Zum Schächten sollen nur die Personen zugelassen werden, die vom Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde Dresden hierzu bestellt sind und der Direktion des Schlachthofes ein Zeugnis darüber vorlegen. Dieses Gutachten wollte dem Erlaß der Bekanntmachung über das Schächten zustimmen mit Ausnahme des § 3, der fordert, daß das Fleisch von geschächteten Tieren nur dann gewerbsmäßig verkauft werden soll, wenn die Verkaufsräume durch darauf bezügliche Plakate ausdrücklich kenntlich gemacht sind. Nach langer Debatte fand dieses Gutachten schließlich mit ganz knapper Mehrheit Annahme![67.)]

DRESDNER ANZEIGER

14. Februar 1913

„Bekanntmachung über das Schlachten nach jüdischem Ritus (Schächten) und die dabei zu erhebenden Gebühren.

Unter Bezugnahme auf § 6 der Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern . . .über das Schlachten (Schächten). . . wird hiermit folgendes bestimmt:

§ 1. Für die oberbehördlich angeordnete besondere Überwachung des Schächtens und die mit der Schächtung verbundene Inanspruchnahme der Einrichtungen des Schlachthofes ist zugleich mit der Schlachtgebühr eine zu zahlende Zuschlagsgebühr zu entrichten. Für:

3 Mark – Pfennig für ein Rind ohne Rücksicht auf das Schlachtgewicht,
75 Pfennig für ein Kalb und
60 Pfennig für ein Schaf.

§ 2. Zum Schächten werden nur diejenigen Personen von der Schlachthofverwaltung zugelassen, die von dem Vorstande der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden hierzu bestellt sind und der Direktion des Schlachthofes ein Zeugnis darüber vorlegen.

§ 4. Die Geschäftsräume... in denen Fleisch von geschächteten Tieren verkauft wird müssen an einer in die Augen fallenden Stelle die deutliche, nicht verwischbare Inschrift „VERKAUF von FLEISCH rituell geschlachteter TIERE" tragen.

§ 4. Zuwiderhandlungen | werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit entsprechender Haft geahndet.

Dresden, den 13. Februar 1913 *Der Rat zu Dresden".*[68.)]

Das Jahr 1914 brachte schwere Belastungen für die Gemeinde. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die damit verbundenen personellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten stellten die Gemeinde vor neue Aufgaben.

1915 meldet der Verwaltungsbericht:

„Von Ausbruch des Krieges bis Mai 1915 gibt die Israelitische Religionsgemeinde folgendes bekannt: Durch den Aufruf der Gemeinde um Angabe der bei Ausbruch des Krieges unter den Fahnen stehenden, freiwillig ins Heer Eingetretenen und Einberufenen für eine deutsche Gesamtstatistik über Art und Umfang der Beteiligung der deutschen Juden am Kriege und durch spätere Ermittlungen des Gemeindeamtes ist festgestellt worden, daß aus der Gemeinde Dresden 190 Männer im deutschen Heer und 86 Männer im österreichischen Heere stehen.

Den Heldentod fürs Vaterland (!) sind 15 Männer gestorben. (Siehe Seite 200) *Nach den bei der Gemeinde eingegangenen Berichten wurden mit dem eisernen Kreuze und sonstigen Orden und Ehrenzeichen 19 Juden aus Dresden ausgezeichnet ! Zu Offizieren wurden bisher sechs Gemeindemitglieder bezw. deren Söhne befördert.*

Von den Beamten der Gemeinde stehen unter den Fahnen: der Lehrer Herr Leo Anschel, der Lehrer Herr Dr. Eugen Gärtner, der Friedhofsinspektor Bruno Jakobsohn, der als Kanonier bei Reims verwundet und in französische Gefangenschaft geriet, sowie der Schächter Eduard Salzmann.

An die Wohltätigkeitseinrichtungen der Gemeinde sind durch den Krieg bedeutend höhere Anforderungen gestellt worden. Eine Anzahl junger Damen stellte sich in den Dienst der Verwundetenpflege. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges errichtete die Gemeinde mit Geldspenden eines stillen Wohltäters in Höhe von 19.000 Mark eine Lebensmittelausgabestelle für Bedürftige. Jeweilig 120 Parteien erhalten regelmäßig je nach Familienzahl Lebensmittel. Der jüdische Kinderhort verpflegt während des Krieges auch christliche Kinder und der Frauenverein unterzieht sich der Beköstigung armer Kinder ohne Unterschied der Konfession."[69.)]

Daß sich die Lage der Ostjuden im Frühling des Jahres 1921 erheblich verschlechterte, hing zum Teil mit der Änderung der preußischen Regierungskoalition zusammen. Es erfolgte eine Internierung unerwünschter Ausländer in den zu diesem Zweck errichteten Konzentrationslagern in Stargart und Cottbus. Am 1. Juni 1921 erschien ein Zeitungsartikel mit der Überschrift "Hölle Stargart":

"... In der Provinz Sachsen werden ostjüdische Arbeiter verhaftet ohne jeglichen Grund, ohne vorherige Ausweisung, entgegen dem Gesetz. Wenn sich die ordnungsgemäß angemeldeten Leute abmelden wollen, verweigert man ihnen die Abmeldung. Und wenn sie ihre Bitte wiederholen, verhaftet man sie ..." *)

*.) Adler-Rudel, Salomon. Ostjuden in Deutschland 1880 - 1940. S.117

b. Die Satzungen von 1923

SATZUNG der ISRAELITISCHEN RELIGIONSGMEINDE zu DRESDEN

Gültig vom 1. Januar 1923

An Stelle des Statutes der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden vom 15. November 1912 tritt am 1. Januar 1923 folgende Satzung:

§ 1.

Bezirk

Die Gemeinde umfaßt den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden und untersteht der Aufsicht dieser Behörde.

§ 2.

Sitz

Sitz der Gemeinde ist Dresden. Ort ihrer gottesdienstlichen Zusammenkünfte und Veranstaltungen ist Dresden und, soweit an den hohen Feiertagen Bedürfnis vorliegt, auch FREIBERG — unbeschadet des Rechtes der Gemeinde, sonstige Kultushandlungen und Religionsunterricht auch an anderen Orten des Bezirkes zu veranstalten.

§ 3.

Mitgliedschaft

Mitglieder der Gemeinde sind sämtliche Israeliten, die im Bezirke

a) Wohnsitz oder wesentlichen Aufenthalt haben,
b) Grundstücke besitzen,
c) selbstständig Gewerbe betreiben oder
d) an einem im Bezirk gelegenen gewerblichen Unternehmen daselbst einkommensteuerpflichtig sind.

§ 4.

Gemeinderat

Die Angelegenheiten der Gemeinde werden von ihrem Gemeinderate verwaltet, der aus den 5 den Gemeinderat bildenden Vorstehern und 15 Gemeindeverordneten besteht.

§ 5.

Vorstand

Der Gemeinderat hat

a) die Beschlüsse des Gemeinderates zu vollziehen, die laufenden Geschäfte zu erledigen, das Gemeindevermögen zu verwahren und die Einzelverwaltung zu führen,
b) die Gemeinde gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten und
c) Urkunden für die Gemeinde zu unterzeichnen.
Urkunden müssen von mindestens 2 Vorstehern unterzeichnet sein.

§ 6.

Geschäftsleitung

Die Leitung der Geschäfte und der Vorsitz in den Gemeinderatssitzungen wechselt unter den Vorstehern nach einer unter ihnen zu vereinbarenden Reihenfolge.

§ 7.

Geschäftseinteilung

Im übrigen ist den Vorstehern die Teilung der Geschäfte unter sich, vorbehältlich der Genehmigung des Gemeinderates überlassen.

§ 8.

Stellvertretung

Falls ein Vorsteher verhindert ist, sein Amt zu verwalten, hat der Gemeinderat zu bestimmen welcher Gemeindeverordneter die Stellvertretung führen soll.

§ 9.

Beschlussfähigkeit

Zur Beschlussfähigkeit des Gemeinderates gehört Teilnahme von mindestens 14 Mitgliedern, darunter 3 Vorstehern.

§ 10.

Mehrheitsbeschlüsse

Beschlüsse werden nach absoluter Mehrheit der Stimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die nächste Sitzung und eventuell die Stimme des Vorsitzenden, im Falle von Wahlen aber sofort das Los.

§ 11

Stimmenthaltung

In Angelegenheiten, die ein Gemeinderatsmitglied persönlich betreffen, hat sich dasselbe der Abstimmung zu enthalten.

§ 12.

Geschäftsordnung

Das Verfahren in den Sitzungen des Gemeinderats regelt eine seiner Beschlußfassung unterliegende Geschäftsordnung.

§ 13.

Sitzungen

Der Gemeinderat hält Sitzungen auf Einladung des geschäftsführenden Vorstehers (§6). Überdies ist Sitzung anzuberaumen, wenn 2 Vorsteher oder 6 Gemeindeverordnete unter Angabe des Beratungsgegenstandes darauf antragen.

§ 14.

Protokollführung

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderats sind Protokolle aufzunehmen.

§ 15.

Wahl

Die Mitglieder des Gemeinderates werden von den stimmberechtigten Mitgliedern auf 6 Jahre gewählt. Die Wahl der Vorsteher und Gemeindeverordneten erfolgt an ein und demselben Tage. Die Vorsteher und Gemeindeverordneten werden in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Beim Gemeindevorstand sind spätestens am 14. Tage vor dem Wahltage die Wahlvorschläge einzureichen. Die Vorschläge müssen von mindestens 40 Wählern unterzeichnet sein.

§ 16.
Ausscheiden

Es folgen die Bestimmungen.

§ 17.
Ersatzmänner

Es folgen die Bestimmungen.

§ 18.
Wahlhandlung

Es folgen die Bestimmungen.

§ 19.
Stimmberechtige und Wahlliste

Es folgen die Bestimmungen.

§ 20.
Wählbarkeit

Es folgen die Bestimmungen.

§ 21.
Ablehnung

Es folgen die Bestimmungen.

§ 22.
Anzeige

Über die Gemeinderatswahlen ist der Aufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten.

§ 23.
Rabbiner

Der Gemeinderat kann einen oder mehrere Rabbiner anstellen. Die Wahl der Rabbiner erfolgt durch den Gemeinderat, der sich zu diesem Behufe um 10 von ihm zuzuwählende stimmberechtigte Gemeindemitglieder verstärkt, in öffentlicher Sitzung durch Stimmzettel.
Zur Gültigkeit der Wahl ist Anwesenheit von mindestens 10 Mitgliedern des Gemeinderates und 8 zugewählten Gemeindemitgliedern erforderlich. Der zu Wählende muß mindestens zwei Drittel der Stimmen der Anwesenden auf sich vereinigen. Ist diese Mehrzahl nicht zu erlangen, so hat der verstärkte Gemeinderat zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen, durch Wahl zu entscheiden.

§ 24.
Anstellung und Wirkungskreis der Rabbiner

Die Anstellung der gewählten Rabbiner und die Festsetzung ihres Gehaltes erfolgt durch den Gemeinderat, der auch ihre Obliegenheiten und die Abgrenzung ihrer Tätigkeit bestimmt. In Angelegenheiten des Kultus und Religionsunterrichtes sind die Rabbiner zu den Sitzungen hinzuzuziehen. Bei den Abstimmungen hat jedoch nur der anwesende Rangälteste und bei gleichem Rang der Dienstälteste Stimmrecht.
Die Anstellung bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

§ 25.

Lehrer

Die Anstellung von stellvertretenden Rabbinern und von Religionslehrern erfolgt durch den Gemeinderat und bedarf ebenfalls der Bestätigung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

§ 26.

Religions–Unterricht

Von der Einrichtung des Religionsunterrichtes hat der Vorstand dem städtischen Schulamt und dem Bezirksschulamt unter Bezeichnung der Religionslehrer und der Unterrichtslokale Anzeige zu erstatten.

§ 27.

Gemeindebeamte

Die Anstellung aller übrigen Gemeindebeamten erfolgt ebenfalls durch den Gemeinderat. Die Anstellung besoldeter Beamten ist auch der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

§ 28.

Vermögensverwaltung

Dasjenige Gemeindevermögen, welches nicht für die laufenden Ausgaben gebraucht wird und nicht in Grundstücken besteht, oder nicht zur Erwerbung von Grundbesitz zu verwenden ist, muß in Hypotheken oder Wertpapieren nach den für die Verwaltung vom Mündelvermögen geltenden Grundsätzen angelegt werden, soweit es nicht in Zuwendungen besteht, bei denen vom Geber etwas anderes vorgeschrieben ist. Bei Wertpapieren sollen Stücke und Zinsbogen nicht von ein und derselben Person verwahrt werden.

§ 29

Stiftungen

Stiftungen sowie Vermächtnisse und Schenkungen zu besonderen Zwecken sind gesondert zu verwalten, auch ist über deren Verwaltung gesonderte Rechnung zu legen.

§ 30.

Vereine

Die in der Gemeinde bestehenden Wohltätigkeits- und gemeinnützigen Vereine und Anstalten stehen unter der Aufsicht des Gemeinderats und haben ihm alljährlich ihre Rechnungen zur Prüfung vorzulegen.

§ 31.

Gemeindeeinnahmen

Die Gemeindeeinnahmen bestehen, außer etwaigen Staatszuschüssen, in

I. Den Erträgnissen des Gemeindevermögens;
II. den Gebühren, als:
  a) für Vermietung von Betplätzen, für Trauungen und Ausstellung von Zeugnissen,
  b) Religionsschulgeld,
  c) für Lösung von Grabstätten,
  d) für Bestattungen;
III. der Gemeindeeinkommensteuer.

Die Steuerangelegenheiten werden durch eine besondere Steuerordnung geregelt.

§ 32.
Gebühren

(Siehe § 31.)

§ 33.
Nachsichterteilung.

Dem Vorstand steht das Recht der Gestundung, der Ermäßigung oder des Erlasses von Gebühren zu.

§ 34.
Zwangsvollstreckung

Die Betreibung der Gebühren. . . bei Nichtzahlung erfolgt. . . im Wege der Zwangsvollstrekkung.

§ 35.
Verfügungsgeld

Dem Vorstand ist alljährlich für Gemeindezwecke ein vom Gemeinderat festzusetzender Betrag zur Verfügung zu stellen.

§ 36.
Rechnungsprüfung

Nach Schluß jeden Kalenderjahres haben der Vorstand. . . dem Gemeinderat Rechnung unter Beifügung der Unterlagen zu legen.
Der Gemeinderat hat die Rechnungen zu prüfen und nach Erledigung. . . den Rechnungsführern Entlastung zu erteilen.

§ 37.
Verwaltungsbericht

Alljährlich ist eine Rechnungsübersicht mit einem Verwaltungsbericht aufzustellen.

§ 38.
Änderung der Satzung

Änderungen dieser Satzung können vom Gemeinderat nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschlossen werden und bedürfen einer zweimaligen Lesung. Jede Lesung hat in einer besonderen Sitzung stattzufinden.
Änderungen dieser Satzung bedürfen ferner der Genehmigung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Dresden, am 1. November 1922.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde
O. Lesser, M. Elb, L. Nathansohn

1. Nachtrag

Gebührentarif der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden.

I.

Die Gebühr über mietweise Überlassung eines Betplatzes beträgt nach Bestimmung des Vorstandes, je nach Lage des Platzes, jährlich:

a) 6 RM. bis 60 RM. in der Synagoge,
b) 3 RM. bis 30 RM. in einem Nebengottesdienst.

Es folgen die Bestimmungen II. und III.

IV.

Die Gebühren für Grabstellen betragen:

1. *Für ein Erbbegräbnis, bestehend aus zwei Stellen an der Mauer, je nach der Lage:*
   a) 2.000 RM. oder
   2.500 RM. oder
   3.000 RM. für Gemeindemitglieder;
   b) 3.000 RM. oder
   3.750 RM. oder
   4.500 RM. für Nichtmitglieder.

Die Sätze werden vom Vorstand im voraus für alle Stellen festgesetzt.

2. *Für eine Grabstelle auf den Feldern, je nach Bestimmung des Vorstandes, unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse:*
   a) 50 RM. bis 500 RM. für Gemeindemitglieder deren Frauen und unselbständigen Kindern;
   b) 10 RM. bis 100 RM. für Kinder derselben bis zum erfüllten 6. Lebensjahre.
   c) 100 RM. bis 1.000 RM. für Nichtmitglieder;
   d) 20 RM. bis 200 RM. für Kinder von Nichtmitgliedern bis zum erfüllten 6. Lebensjahr.
3. *Die Gebühr für die Aufstellung eines Denkmales beträgt drei von Hundert der gesamten Kosten des Denkmals.*

V.

Die Gebühren für die Bestattungen betragen nach Bestimmung des Vorstandes unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse 5 RM. bis 250 RM. und fallen an die Beerdigungskasse der Beerdigungsbrüderschaft.

Außerdem sind die wirklichen Auslagen dieser Brüderschaft zu berechnen.

Dresden, den 7. Oktober 1925.

Der Vorstand der Israelitischen Gemeinde
Siegfried Pionkowski, Rechtsanwalt Paul Salinger, Max Levi,
Dr. S. Salzburg, Dr. E. Zimmermann.[70.)]

In Zusammenhang mit den Statuten ist es erwähnenswert, daß die Satzungen der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main vom 10. März 1957 eine starke Ähnlichkeit mit den ehemaligen Dresdner Satzungen aufweisen.

*

c. Die Verwaltung von 1926 bis 1937

Das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde gab am 28. Oktober 1926 bekannt:

> *„Das Gesamtministerium veröffentlicht in Nr. 32 des Sächsischen Gesetzblattes vom 21. September 1926 folgende*
>
> *BEKANNTMACHUNG*
>
> *über die Bildung des Sächsischen israelitischen Gemeindeverbandes vom 13. September 1926.*
>
> *Die Sächsischen israelitischen Religionsgemeinden haben sich zu einer Religionsgesellschaft unter der Bezeichnung "Sächsischer israelitischer Gemeindeverband" vereinigt. Die Religionsgesellschaft hat ihren Sitz in Dresden. Sie und ihre Unterverbände, die zur Zeit bestehenden acht israelitischen Religionsgemeinden zu*
>
> *Annaberg, Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zittau und Zwickau*
>
> *sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.*
>
> *Dresden, den 13. September 1926.*
>
> *Gesamtministerium*
> *Heldt, Ministerpräsident.*

Mit diesem Akt der sächsischen Staatsregierung ist die Judenheit des Landes Sachsen als eine einheitliche Glaubensgemeinschaft, gleich den beiden großen christlichen Kirchen anerkannt worden. Durch die staatliche Anerkennung, die Erklärung zu einer öffentlich rechtlichen Religionsgesellschaft, ist der sächsischen Judenheit die verfassungsmäßige **volle Gleichberechtigung** mit der evangelischen und katholischen Kirche öffentlich ausgesprochen."[71.)]

Auf Einladung des Vorsitzenden der Gemeinde, Siegfried Pionkowski, fand am 26. Januar *1927* eine Gemeinderatssitzung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

> *Antrag des Vorstandes auf einen Zusatz zum Gebührentarif.*
> *Festsetzung des Haushaltsplanes für das Jahr 1927.*
> *Festsetzung einer Gemeindesteuer-Abschlusszahlung für 1926*
> *Antrag des Vorstandes auf Änderung der Gemeindesatzung vom 1.11.1922 § 18 und 19 und des § 3 Absatz 1.* 72.)

Die unfreundliche Haltung der deutschen Juden gegenüber den ausländischen Juden hatte im Verlauf der Jahre wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen geführt. Charakteristisch für diese Einstellung, in der Frage um das Wahlrecht der Ausländer in den Gemeinden, war die Rede des Vertreters der Israelitischen Religionsgemeinde Chemnitz auf dem 15. ordentlichen Deutsch-Israelitischen Gemeindetag am 23. Januar 1921 in der er u.a. folgendes sagte:

> *"Bei uns (in Sachsen) besteht die weitaus größte Mehrzahl der Juden aus Ausländern. Das Verhältnis . . . ist bei uns 1 : 4. Von den 20 000 Seelen der Leipziger Gemeinde sind 16 000 Ausländer . . . Wir haben wohl ein Herz für unsere ausländischen Glaubensgenossen und wir haben das bewiesen . . . wir wollen ihnen alles gewähren, aber eines können wir nicht: Wir können ihnen nicht das Wahlrecht geben. Wir können nicht die Ausländer über uns deutschen Juden verfügen lassen."* *.)

---

*) Adler-Rudel, Salomon. Ostjuden in Deutschland 1880 - 1940. Seite 29

Im März 1928 fand eine Gemeinderatssitzung statt, bei der folgendes erörtert wurde:

1. *Beschlußfassung über den Entwurf des Haushaltsplanes 1928.*
2. *Bericht über die Finanz- und Steuerverhältnisse der Gemeinde.*
3. *Erhebung einer Gemeindesteuer von 250.000 Mark.*
4. *Entlastung des Vorstandes für das Jahr 1927. (Kein Widerspruch)*
5. *Gemeindesteuervorauszahlung für das Jahr 1928.*[73.)]

Im Mai 1928 eröffnete Vorsteher Rechtsanwalt Paul Salinger die Gemeinderatssitzung und teilte mit:

> *„Der Gemeindeverordnete Sally Hurwitz starb kürzlich und zu dessen Ehren erheben wir uns von unseren Plätzen. Die Familie Hurwitz überwies der Gemeinde 1.000 Mark zur Errichtung einer Stiftung zur Betreuung von Armen.*
>
> *Rabbiner Prof. Dr. Jakob Winter, der als Delegierter der Gemeinde und des Sächsischen Israelitischen Gemeindeverbandes der Leipziger Friedhofseinweihung beigewohnt hat, teilte mit, dass die Dresdner Gemeinde sich über die Fertigstellung der wundervollen Leipziger Friedhofsneuanlage vor allem deshalb mitfreuen dürfe, weil ihrem Erbauer, dem Architekten Wilhelm Haller, die Durchführung seines Studiums aus Mitteln der Dresdner Mendelssohn-Stiftung ermöglicht werden konnte.*
>
> *Es werden Vorbereitungen getroffen, einen orthodoxen Gottesdienst einzurichten. Wegen Einrichtung dieses Gottesdienstes wird eine Debatte und eine Abstimmung stattfinden."*[74.)]

Am 10. Juni 1928 hielt der Sächsische Israelitische Gemeindeverband eine Ausschußsitzung in Dresden ab. Im Rahmen der Tagesordnung wurde u.a. über die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft für jüdische Wandergewerbetreibende und über die Regelung der Pensionsfragen in kleinen Gemeinden,(z.B. Annaberg, Bautzen, Plauen, Zittau) wozu ein Antrag von Schocken vorlag, beraten.

Nach der Zählung der Wohnbevölkerung, über das Sächsische Statistische Landesamt, gab es am 16. Juni 1925 in Dresden bei einer Gesamtzahl von 619.157 Einwohnern 5.120 Israeliten. Davon waren 2.564 männlich und 2.556 weiblich. Mithin betrug das Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Dresdens 0,82 Prozent Israeliten.

Ende Mai 1928 wurde der Synagogeninspektor Julius Sondheim, der 42 Jahre im Dienste der Dresdner Gemeinde tätig war, zu Grabe getragen.

Die in Dresden seit mehreren Jahren für die Förderung zeitgenössischer Literatur tätige und als Veranstalterin von Kunstabenden wegbahnende wirkende Frau Anna Joachimsthal-Schwabe sprach über Poesie und Prosa von Friedrich Schnack, der als einer der stärksten modernen Lyriker neben Franz Werfel gilt.

Der Schwesternverein der Fraternitas-Loge zählte 175 Mitglieder, deren Beiträge monatlich etwa 400 Mark ergaben.[75.)]

Im August 1928 feierte Hofrat Dr. phil. Alfred Zucker, Direktor der chemischen Werke Max Elb A.G., der sich in Fachkreisen, insbesonders auf dem Gebiet der balneologischen Wissenschaft, eines großen Rufes erfreute, sein 25jähriges Berufsjubiläum. Aus diesem Anlaß wurde er vom Vorstand der Israelitischen Gemeinde beglückwünscht. In der gleichen Weise ehrte die Gemeinde an seinem 60. Geburtstage den Vorsteher Sanitätsrat Dr. Siegmund Salzburg.[76.)]

Über die Wahlen in den jüdischen Gemeinden Sachsens entspann sich eine politische Polemik und die Leipziger Jüdische Wochenschau berichtete am 21. November 1929:

Wahlrecht und Wahlunrecht in Sachsen

„Zu den elementarsten Rechten eines jeden Angehörigen einer Gemeinde oder eines Staatswesens gehört das Wahlrecht. Das allgemeine Wahlrecht ist der Ausdruck moderner menschlicher Gesinnung. Betrachtet man in dieser Hinsicht die Verhältnisse in den sächsischen jüdischen Gemeinden, so mutet es einem unbefangenen Betrachter an, als seien Jahrzehnte spurlos an diesen Gemeinden vorübergegangen. Denn hier liegen die Verhältnisse so, dass die Majorität der Gemeindemitglieder von einer Minorität beherrscht wird. . .

Der Kampf gegen dieses Wahlunrecht hat begonnen. In Dresden hat die liberale Fraktion der Gemeinde dem Druck, den die Majorität der Ausländer auf sie ausgeübt hat, nachgeben müssen; es ist ein Kompromiss geschlossen worden, nachdem auch die nicht deutschen Gemeindeangehörigen stimmberechtigt und wählbar sind, also aktives und passives Wahlrecht haben. In derselben Zeit aber, in der in Dresden die Ausländer diesen unbestreitbaren Erfolg errungen haben, lehnt man es in Chemnitz ab, über diese Frage überhaupt zu diskutieren.

Halten wir uns doch nur einmal die Leipziger Verhältnisse vor die Augen! Leipzig, die viertgrösste Gemeinde Deutschlands, hat 19 Synagogen. Eine davon wird von der Gemeinde verwaltet, die achtzehn anderen erhalten von ihr nichts. Würde sich „an den bestehenden Verhältnissen" etwas ändern, dann müsste eine solche Gemeinde aufhören Verwaltungsbehörde zu sein und müsste anfangen, Zentrum des jüdischen Lebens der Stadt zu werden. Da das mit enormen Kosten verbunden ist, verzichtet man an der Mitwirkung der Ausländer am Gemeindeleben. . . . Das Ganze ist also nicht zuletzt eine wirtschaftliche Frage.

Und damit kommt man zum Kernpunkt des Fragenkomplexes. Bei der wachsenden wirtschaftlichen Not mehren sich die Reibungsflächen zwischen der ausländischen Majorität und den Gemeinden als Verwaltungsbehörden. Man kann und darf es den Ausländern nicht verübeln, wenn sie steuerwillig werden. Stehen sie vor der Entscheidung, ihr Geld entweder den Institutionen, die sie brauchen und haben wollen, oder der Steuerkasse der Gemeinde, die nichts für sie tut und tun will, geben sollen, dann liegt ihnen nahe, die Gemeinde zu verlassen. Das stösst aber bei der in Sachsen augenblicklich noch herrschenden Verfassung der jüdischen Gemeinden auf grösste Schwierigkeiten, denn der Austritt aus der Gemeinde kommt dem aus dem Judentum gleich.

Sollten, besonders nachdem der Kampf durch die Dresdner Ereignisse einen neuen Auftrieb erhalten hat, die Parteien, die jetzt die Macht haben, sich gegen diese Forderungen weiter sträuben, so ist zu befürchten, dass diese Streitigkeiten nicht mehr im innerjüdischen Forum ausgefochten werden.

In der heutigen schweren Zeit können wir Kämpfe, wie sie schon im Gange sind, keinesfalls brauchen, gerade jetzt tut Einigkeit mehr denn je not." [77.)]

Im Januar 1930 wurde eine Änderung des Gemeindewahlrechtes beantragt. Schon beim letzten Wahlkampf im Jahre 1929 war es ein Hauptangriff- und Programmpunkt der Jüdischen Volkspartei, die nun erneut den Stein ins Rollen bringt, daß insbesondere die Wählbarkeit in den Gemeinderat, also das passive, daneben auch das aktive Wahlrecht gewissen Beschränkungen unterliegt, die in Gestalt von Wohnsitz seit einer bestimmten Zeit, Staatszugehörigkeit und Steuerleistungen in den Gemeindesatzungen vorgesehen und verankert sind.
Auf Antrag der Jüdischen Volkspartei hat der Gemeinderat nun beschlossen, die im Frühjahr gewählte Satzungskommission jetzt in Aktion treten zu lassen; es ist weiter beantragt, die dabei durchzuberatenden Satzungen in der Weise zu ändern, daß § 19 Anfang künftig lautet: „Stimmberechtigt sind alle im Gemeindebezirk seit einem Jahr ununterbrochen wohnenden, mindestens 21 Jahre alten Gemeindemitglieder. . . " § 20 soll die Fassung erhalten:
„In den Gemeinderat können gewählt werden alle stimmberechtigten Gemeindemitglieder, welche das 28. Lebensjahr erfüllt haben und seit 2 Jahren im Gemeindebezirk wohnen."

Zu dieser Änderung schreibt die Jüdisch-Liberale Zeitung am 22. Januar 1930:

> *„Auch wer mit Struktur und Politik des Dresdner Gemeinderats nicht in allen Teilen einverstanden ist, darf die Gefahren dieser grundlegenden Umänderung, für welche in Broschüren usw. immer wieder Stimmung seitens gewisser Kreise gemacht wird, nicht übersehen. Sie bedeutet nichts anderes als die von liberalen deutschen Juden gegründete und hochgehaltene Dresdner Gemeinde ihres deutsch-jüdischen Charakters berauben, (!) und dass dies nicht eintritt, weil es verheerende Folgen für den Bestand der Gemeinde überhaupt haben würde, dafür müssen und werden hoffentlich alle in Betracht kommenden Persönlichkeiten und Organisationen wachsamen Auges sorgen."*[78.)]

Aus der Gemeinderatssitzung im März 1930 wird berichtet, daß die Geschäftsführung auch in diesem Jahr Rechtsanwalt Salinger inne hat.

Die Steuerordnung wird auf ein weiteres Jahr verlängert. Es wurde beschlossen, Subventionen nur in vereinzelten Ausnahmefällen zu gewähren. Als neue Einnahmequelle wurde beschlossen, das Schulgeld, welches seit vielen Jahren in Wegfall gekommen war, zu erheben, da der Religionsunterricht eine Hauptgegenleistung der Gemeinde sei.[79.)]

Am 5. März 1930 kam unter anderen Punkten auch das Wahlrecht, auf der Tagung der Vereinigung der Rabbiner im Freistaat Sachsen, zur Sprache. Dieses wurde als ein unhaltbarer Zustand geschildert, „daß in der heutigen Zeit noch den jüdischen Gemeindebeamten das passive Wahlrecht vorenthalten wird. Es soll im Einvernehmen mit dem Lehrerverbande und mit den Verwaltungsbeamten dagegen angegangen werden."[80.)]

Im Juni 1930 wurde bei der Gemeindesitzung bekanntgegeben:

> *Rabbiner Prof. Jakob Winter hat einen bedauerlichen Unfall erlitten, anlässlich dessen ihm vom Vorsitzenden baldige völlige Genesung gewünscht wird. Ein Schreiben teilt mit, dass das Schächtverbot gegenstandslos ist; ferner wird hingewiesen, dass bei der Vergebung von Gemeindearbeiten jüdische Handwerker in erster Linie bevorzugt werden. Auf Antrag der Jüdischen Volkspartei werden verschiedene Punkte der Wahlordnung zur Debatte stehen, die dann abgeändert werden sollen. In der Gemeinderatssitzung entspann sich eine heftige Kontroverse in der Angelegenheit der Satzungsabänderungen."*[81.)]

Vier Monate fanden dann in Dresden keine Gemeinderatssitzungen statt. Erst im November 1930, nach einem „gesetzlosen" Interregnum, war die Sitzung nur dadurch möglich, daß von 5 der seinerzeit zurückgetretenen Herren der Jüdischen Volkspartei Erklärungen eingegangen waren, wonach ihre Mandatsniederlegungen nicht von ihnen selbst, sondern korporativ ausgesprochen worden wären und somit keine Gültigkeit besäßen – eine prinzipiell wichtige Frage, deren allgemein interessierende Entscheidung wohl noch selten in einer Körperschaft zur Debatte gestanden hat.

Die Tagesordnung besagte:

> *„1.) Änderung der vorgelegten Satzung, besonders in den Paragraphen, die das Gemeindewahlrecht behandeln.*
> *2.) Antrag des Finanzausschusses (der angenommen wurde) über einen Nachkredit von 20.000 Mark.*
>
> *Die Finanzlage wird mit folgenden Zahlen beleuchtet: Mehrverbrauch der Gemeinde 30.000 Mark, Einnahmen 7.000 Mark, Verbrauch bis 1. Oktober 1930 = 42.000 Mark, bis Ende des Jahres voraussichtlich noch 5.000 Mark"*[82.)]

Die Jüdische Telegraphen Agentur teilte in diesem Zusammenhang mit:

> *„DRESDEN: Die Krise in der jüdischen Gemeinde durch friedliche Übereinkunft beendigt.*
>
> *Der Jom-Kippur (höchster jüd. Feiertag. Anm.) bringt der Gemeinde Dresden und allen denen, welche an der Beendigung der dort seit Monaten herrschenden Krise interessiert sind, die frohe Botschaft, dass die bestehenden Differenzen restlos beigelegt sind, und dass ein wirklicher Verständigungsfrieden zustandegekommen ist, bei dem es keine Sieger und keinen Besiegten gibt.*
>
> *Die Einigungen sind so vollständig, dass für die Neuwahlen eine gemeinsame Liste aufgestellt und zwischen Liberalen und Jüdischer Volkspartei also keinesfalls ein Wahlkampf geführt wird. Alle Beteiligten sind überzeugt, dass diese Verständigung den Anfang einer neuen friedlichen und erfolgreichen Aera der Dresdner – und auch der anderen sächsischen Gemeinden einleitet".*[83.)]

Im Dezember 1930 fand eine Festsitzung des Gemeinderates statt. Sanitätsrat Dr. Emil Zimmermann stand seit 1925 im Dienste der Gemeinde und feierte sein 25jähriges „Dienstjubiläum". Der Gemeinderat dankte im Rahmen der Feier dem Jubilar, der mit unermüdlichem Fleisse das Finanzdezernat leitete.[84.)]

Im Januar 1931 lag das Ergebnis des mit größter Erbitterung geführten Wahlkampfes der Dresdner Gemeinde vor. Das Jüdische Familienblatt schrieb:

> *„So wie der sachliche und politisch einwandfreie Kampf der Jüdischen Volkspartei wert ist, dass man ihn lobend hervorhebt, so verwerflich muss man die Art und Weise finden in der die Gegenpartei für sich Reklame machte. In der wüsten persönlichen Hetze gegen den Vorsitzenden der Jüdischen Volkspartei, Dr. Schornstein, entblödete man sich nicht, Zitate aus antisemitischen Skandalzeitungen in einer öffentlichen Wahlversammlung vorzulesen, sie durch Argumente erweiternd und erklärend."(!)*[85.)]

Die Israelitische Religionsgemeinde Dresden gibt die Ergebnisse der Gemeindewahl am 26. Januar 1931 bekannt:

Es wurden gewählt zum Vorstand:

1. *Rechtsanwalt Paul Salinger (liberal),*
2. *Sanitätsrat Dr. Emil Zimmermann (liberal),*
3. *Direktor Erich Schapira (liberal),*
4. *Kaufmann Samuel Weiger (Jüd. Volkspartei),*
5. *Dr. John Levy (Jüd. Volkspartei),*

zu Gemeindeverordneten:

1. *Direktor Artur Glauber (liberal),*
2. *Kaufmann Max Lesser (liberal),*
3. *Fabrikbesitzer Egon Feuerstein (liberal).*[86.)]

Die Gemeinderatssitzung im März 1931 behandelte vorzüglich den Haushaltsplan und die Festsetzung des neuen Etats. Ein Bericht besagte:

> *„Wie in fast allen Gemeinden kann man auch den hiesigen Etat nur als einen Notetat bezeichnen. Keine Ausgabe ohne Deckung; deshalb standen der Finanzausschuss und der Vorstand vor sehr schwerwiegenden Entschlüssen.*
>
> *An Einnahmen aus Steuern wird mit 208.000 Mark, aus Wohlfahrtszuwendungen mit 28.000 Mark, aus Betplatzvermietungen mit etwa 19.000 Mark, aus der rituellen Fleischversorgung mit 11.000 Mark gerechnet.*
>
> *Die Unterstützung des Ritualbades (Mikwa) mit 1.500 Mark bleibt bestehen unter der Voraussetzung, dass dem Verlangen nach Rechnungslegung endlich entsprochen wird. Mittel für den Synagogenchor werden nicht bewilligt. Weitere Anträge auf Subventionen werden abgelehnt."*[87.)]

*

Im März 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht. Es kam zu blutigen Ausschreitungen gegen Sozialisten, Kommunisten und Juden. Eine Chemnitzer Zeitung schrieb am 21. März 1933:

> *„Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden werden verhaftet. Der jüdische Marxismus plant Attentat auf Hitler. Wenn Hitler etwas passiert, so wird ein entsetzliches Blutbad, wie es die Weltgeschichte in seinem grauenvollem Ausmaße noch nicht gesehen hat, an den Juden vollzogen!"*[88.)]

(Judenboykott siehe Seite 334)

Die Hetze gegen die Nationalsozialisten hörte in der jüdischen Presse schlagartig auf. Ein Teil Juden stand abwartend beiseite, der andere Teil versuchte angesichts der Terrors ins Ausland zu gelangen. Trotzdem kam es Anfang 1934 zu einem Gemeindekonflikt, der erst durch Schiedsspruch der Reichsvertretung entschieden wurde. Über den Gemeindekonflikt berichtete das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig im April 1934:

„Innerhalb der Gemeinde Dresden war in den letzten Wochen ein Verfassungsstreit ausgebrochen, der in seinem Kern über den Dresdner Fall hinaus von Bedeutung ist. Die Gemeinde stand vor der Neuwahl ihrer Gemeindevertretung, des Gemeinderates. Da Verhandlungen über die Aufstellung einer Einheitsliste nicht zum Ziele führten, glaubte der Gemeindevorstand, einen Wahlkampf dadurch vermeiden zu müssen, dass er „unter vorübergehender Ausserkraftsetzung entgegenstehender Bestimmungen der Satzungen" die Mitglieder des neuen Gemeinderats von sich berief. Diese Berufung ist im Gemeindevorstand einstimmig unter Mitwirkung der Vorstandsmitglieder aller Parteirichtungen erfolgt. Gegen diese Massnahmen haben einige Organisationen der Dresdner Gemeinde entschieden Widerspruch erhoben. Sie machten dabei Bedenken geltend, dass unter Ausserachtlassung der Gemeindeverfassung die Gemeindevertretung vom Gemeindevorstand berufen werde. Um eine Lösung zu finden, haben der Gemeindevorstand, sowie die Hauptopponentin, die Jüdische Volkspartei, die Reichsvertretung der deutschen Juden (Berlin) um einen Schiedsspruch ersucht mit der Erklärung, dass sie sich einem solchen Schiedsspruch unterwerfen würden.

Der Schiedsspruch der Reichsvertretung billigt zunächst die Auffassung, dass bei der augenblicklichen Lage des deutschen Judentums (der nationalsozialistischen Hetze. Anm.) die Vermeidung eines Wahlkampfes wünschenswert sei. Der Schiedsspruch führt dann weiter aus:

„Die Gemeinde ist dadurch, dass eine Einheitsliste nicht zustandegekommen ist, in eine Notlage geraten, die irgendwie gelöst werden muss. Es muss aber auch für diese Lösung daran festgehalten werden, dass eine Führung der Gemeinde nur möglich ist durch eine Körperschaft, die vom Vertrauen der Gemeinde getragen ist. Der verfassungsmässige Apparat der Gemeinde funktioniert zur Zeit nicht ohne Gefährdung der Gemeinde. . . .Es muss entweder die Zustimmung der Gemeinde in der Einigung aller ihrer weltanschaulichen Gruppen über die Zusammensetzung der Gemeindevertreter zum Ausdruck kommen, oder es muss von einer dritten Stelle entschieden werden, ob die in Betracht gezogenen Berufungen ihre Legitimation in den Bedürfnissen und im Willen der Gemeinde finden."

Der Schiedsspruch entscheidet auf Grund dieser Feststellungen dahin:

„Die Zusammensetzung des Gemeinderates der Gemeinde Dresden gemäss den Beschlüssen des Gemeindevorstandes vom 11., 14. und 27. Februar 1934 berücksichtigt alle für das Gemeindeleben wichtigen Weltanschauungen und Kräfte.

Der Gemeinderat in dieser Zusammensetzung ist in allem wesentlich von der Zustimmung der grossen Gruppen des Dresdner Gemeinderates getragen. Die Einwendungen, die gegen die Zusammensetzung des Gemeinderats vorgebracht werden, berühren seine Verbundenheit mit der Gemeinde, seine Legitimation in der Gemeinde und seine Fähigkeit zur Führung der Gemeinde nicht. Diese Zusammensetzung wird deshalb hierdurch gebilligt. Die neuen Gemeindevertreter leiten ihre Befugnis ab aus dem Willen der übergrossen Mehrheit der Gemeinde und der Feststellung dieses Willens durch die Reichsvertretung.

Die Feststellung auf diesem Wege ist notwendig, weil der verfassungsmässige Weg zurzeit nicht gangbar ist. Die Berufung erfolgt für die Dauer der laufenden Wahl-Periode bis zum 31. 12. 1935. Danach hat die Neubildung der Gemeindekörperschaften auf dem verfassungsmässigen Wege stattzufinden.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden."[89.)]

Die Differenzen in der Jüdischen Gemeinde wurden immer geringer. Die fortwährenden Schikanen der Nazis zwangen die Juden zur Auswanderung und die Zurückgebliebenen mussten sich die grössten Sorgen um ihren Lebensunterhalt machen. Die Zahl der Gemeindemitglieder nahm ständig ab. Die sozialen Einrichtungen der Gemeinde arbeiteten auf Hochtouren. Der Exodus der Dresdner Juden war im Gange.

Im Mai 1935 fand in Dresden die Tagung des Sächsischen israelitischen Gemeindeverbandes statt. Alle sächsischen Gemeinden hatten Vertreter entsandt. Die Reichsvertretung der deutschen Juden hatte Landesgerichtsrat a.D. Dr. Lilienthal als Delegierten entsandt. Der Tagung entnimmt man folgende Angelegenheiten:

„Der Etat weist gegenüber dem Vorjahre wesentliche Erhöhungen in den Ausgabepositionen auf, die durch den vermehrten Bedarf der (jüdischen) Landeswohlfahrtsstelle bedingt ist.

Die Landeswohlfahrtsstelle fungiert neuerdings gleichzeitig als Landesstelle für Wirtschaftshilfe. Bewilligt wurden einmalige Zuwendungen an die Hebräische Universität Jerusalem aus Anlass ihres 10jährigen Bestehens und an den Keren Kajemet (Palästina-Fonds).

Die Tätigkeit des Verbandes soll sich auf dem Gebiet der Jugendarbeit noch mehr als bisher betätigen. Es wurde ein dringender Apell an die Gemeinden gerichtet, das jüdische Schulwesen weiter auszubauen.

Im Anschluß an die Tagung erstattete Dr. Lilienthal ein umfassendes Referat über die Tätigkeit der Reichsvertretung der deutschen Juden."[90.)]

Die traurige Situation in der Dresdner Gemeinde spiegelt ein Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 5. März 1936 wieder:

„Von den Ausführungen über die Sozialarbeit der Gemeinde wird interessieren, dass leider wiederum ein A n s t e i g e n der Betreutenzahl zu verzeichnen ist. Erfreulicherweise kann in diesem Jahre dank dem Entgegenkommen ausländischer Freunde bereits zu den Osterferien eine Erholungsverschickung von Kindern durchgeführt werden.

Einen schönen Beweis sozialer Verbundenheit lieferten auch die jüdischen Kaffeehändler in San Salvator, die der Jüdischen Winterhilfe in Deutschland eine grössere Sendung Kaffee zur Verfügung gestellt haben, wovon auf die Dresdner Gemeinde 60 Pfund entfallen!

Die Abteilung Berufsausbildung der Gemeinde bereitet einen Schlosser- und einen Gärtner-Kursus vor, auch zur kaufmännischen Ausbildung trägt die Gemeinde bei, und es wird den Jungkaufleuten nahegelegt, eine Fremdsprache zu erlernen.
Folgende Personenstandsveränderungen wurden bekanntgegeben:

	Jahr:	1933	1934	1935
Geburten :	Anzahl:	19	19	23
Eheschliessungen :		16	12	20
Sterbefälle :		66	64	62
Austritte :		51 (!)	22	14
Wiedereintritte :		1	13	8
Eintritte :		8	7	6."[91.)]

Am 17. Oktober 1936 wurde das 50jährige Amtsjubiläum des Gemeinderabbiners Prof. Dr. Jakob Winter mit einem feierlichen Festakt in der Synagoge begangen, bei dem die Festpredigt der Präsident der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Dr. Leo Baeck, hielt. Am Abend wurden in der Synagoge Orchesterwerke und Solovorträge gehalten, bei denen ca. 1.500 Gemeindemitglieder anwesend waren. Als Ehrengabe veröffentlichte Rabbiner Professor Dr. Winter eine Übersetzung des Sifra, die er in den letzten Jahren fertiggestellt hatte.[92.)]

Über die Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 1936 berichtet das Gemeindeblatt nur in 24 Zeilen ! Man hatte Angst grössere Berichte zu publizieren.

> *„Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 1936.*
>
> *Rechtzeitig vor Jahresschluss lag dem Gemeinderat der Etatentwurf für 1937 vor. Nach eingehenden Beratungen wurde der Haushaltsplan 1937 durch einstimmigen Beschluss auf der Einnahmen- und Ausgaben-Seite gleichlautend auf den Betrag von RM 259.689,– mit einer durch Gemeindesteuer aufzubringenden Summe von RM. 194.573,– festgesetzt.*
>
> *In seinem Schlusswort gab der Vorsitzende, Max Lesser, einen kurzen Überblick auf die zu Ende gehende Tätigkeitsperiode des Gemeinderates, der in 20 arbeitsreichen Sitzungen Wertvolles für die Gemeinde geleistet hat."*[93.)]

Die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde teilten am 1. Januar 1937 mit:

> *„Betrifft rituelle Fleischversorgung.*
>
> *In den jüdischen Fleischereien Dresdens wird zur Zeit in der Hauptsache eingeführtes Geflügel verkauft. Dieses Geflügel, das in Eispackungen ankommt, ist von den meisten orthodoxen Rabbinaten in Deutschland zum Genuss erlaubt worden. Gegen die Verwendung solchen Fleisches ist also auch in Dresden kein Bedenken zu erheben."*[94.)]

Eine der letzten Mitteilungen aus Dresden war die Tagung des sächsischen israelitischen Gemeinde-Verbandes im Juni 1937.

> *„In Dresden fand die diesjährige Tagung des sächsischen Israelitischen Gemeindeverbandes statt. Bei den Wahlen zum Verbandsvorstand für die Geschäftsjahre 1937 und 1938 ging der Vorsitz auf Max Lesser (Dresden) über, während Carl Goldschmidt (Leipzig) zum zweiten Vorsitzenden und Hermann Schocken (Dresden) als weiteres Vorstandsmitglied gewählt wurden.*
>
> *In einem Referat „Die Gemeinden als Steuerträger" brachte der Verbandssyndikus, Dr. Saalheimer aus Dresden einen ausgearbeiteten Vorschlag über Steuerausgleich bei Fortzügen aus Notstandsgemeinden."*[95.)]

Im August 1937 wurde das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde offiziell von den Nationalsozialisten unter Zensur gestellt. Die Nachrichten im Gemeindeblatt wurden immer spärlicher. Im November 1938 erschien die letzte Ausgabe des Gemeindeblattes.
(Siehe Pressewesen Seite 307)
Nach dem 9. November 1938 konnte die Gemeinde nur bekanntgeben, welche Massnahmen die Gewalthaber, die Nationalsozialisten, gegen die Juden anordneten.

*

d. Das Finanzwesen

Uber die Depositionen des Gemeindevermögens kann hier noch eine gute Übersicht aus den Jahren um 1800 bis 1938 dargestellt werden.

Am 20. Dezember 1816 starb der Judenälteste Simon Bondi. Er hatte die Gemeindekasse in Verwahrung, wie vor ihm sein Schwiegervater Isaak Simon Bondi. Die Überlebenden Ältesten, Moses Lehmann, Joel Nathan Schlesinger, Kaim Samuel und Mendel Schie übertrugen die Kassenführung Michael Kaskel. Bondis Hinterlassene: seine Schwiegermutter Eleonore Bondi und seine Witwe Nanette Bondi lehnten es aber ab, Michael Kaskel die Kasse herauszugeben.

Die Ältesten beantragten beim Stadtrat am 30. Dezember 1816 er solle den „Bondischen Witwen" die Kasse abfordern.

Noch am selben Tag erklärte Frau Nanette Bondi durch ihren Gerichtsvormund Markus Bondi an Ratsstelle: Sie habe Bedenken, die Kasse an die Ältesten abzuliefern, sie wolle sie beim Rat deponieren und bitte, sie den Ältesten nicht eher abzuliefern, bis dieselben auf weitere Ansprüche an den Nachlass ihres Gatten verzichteten. Sie lieferte dann auch sofort an den Rat ab:

Gemeindekasse	*1.400 Thaler*	*Staatspapiere, 97 Tlr. 23 Gr. 2 Pfg. bar,*
Schulkasse	*350 "*	*" 54 " 6 " 4 " "*
zu einem gewissen Behufe deponiert	*350 "*	*" 27 " 2 " - " "*
Begräbniskasse	*225 "*	*und 1.000 Fl. in Staatspapieren*
Krankenhausanstalt	*100 "*	*in einem Staatspapier.*

Markus Bondi und Abraham Bondi verlangten unter Appellation immerwährende Deposition der Papiere beim Rat, nur die Zinsen und die Barschaft sollten die Ältesten erhalten.

Letztere widersprachen und legitimierten sich:

> *„Laut Verordnung vom 11. November 1797 sind als Älteste am 3. Februar 1797 gewählt worden: Wolf Nathan, Salomon Bondi, Veit Meyer, Joel Nathan Schlesinger, Samuel Lazarus, Lehmann Aaron Emanuel, Seligmann Meyer und Josef Kaskel.*
>
> *Am 3. August 1806, nach dem Tode von Salomon Bondi, Samuel Lazarus und Lehmann Aaron Emanuel wurden Moses Lehmann und Simon Wolf Bondi am 18. Februar 1814 – da nur noch die Ältesten Joel Nathan Schlesinger, Moses Lehmann und Simon Bondi lebten, wurden Kaim Samuel und Mendel Schie zugewählt."*

Am 7. Januar 1817 erstattete der Rat Bericht und war der Ansicht:

> *„Den Ältesten könne die Administration nicht gut entzogen werden."*

Die Landesregierung trat dieser Ansicht am 23. Januar 1817 bei und verwarf die Bondische Appellation, nachdem beide Teile in unmittelbaren Vorstellungen ihren Standpunkt dargelegt hatten.

Die Ältesten klagten am 3. Januar 1817: Ihr Amt sei sehr beschwerlich und undankbar. Simon Bondi verdiene ihr Zutrauen in jeder Hinsicht. Darum ließen sie ihm nach seines Schwiegervaters Tode die Kasse. Bei dem niedrigen Stand der Staatspapiere sei alles kaum 2.000 Taler wert. Bei den vielen Armen, den Ausgaben für Schule und Begräbnis müssen sie in der Lage sein, auch über das Kapital, nicht bloss über die Zinsen verfügen zu können. Es seien der Gemeinde geschenkt worden:

200 Taler Legat von Leopold Horbitz zur Disposition der Ältesten, halb für Krankenanstalt, halb für Schulunterricht,

100 Taler von Kaim Samuel für Schulunterricht,

1.000 Fl. von Baron Adlersthal für die Begräbniskasse.

Fernere Geschenke würden unterbleiben wenn die Ältesten nicht die Verfügung über die Gemeindekasse erhielten. Die beiden Bondi seien streitsüchtig.

Die Bondis appellierten mehrere Male und forderten, daß Schlesinger sein Amt niederlegen solle. Sie argumentierten, daß Schlesinger vor langer Zeit 150 Taler aus der Gemeindekasse geborgt hätte. 17 Gemeindemitglieder verbürgten sich für ihn und bezahlten das Darlehen zurück. Er hat auch im Mai und Oktober 1816 25 Taler und 30 Taler aus der Gemeindekasse entliehen, er ist eigennützig gegenüber den Fleischern und steht in der Gemeinde in Mißkredit.

Die fünf Fleischer, die damals koscheres Fleisch verkauften, sprachen sich auf Befragen des Rates vom 14. März 1817 dahin aus: Schlesinger habe sie aus Gewinnsucht vielfach turbiert. Schlesinger schrieb eine Verteidigungsschrift und fügte ein Zeugnis des Oberrabbiners Hirschel Löbel vom 25. Februar 1795 bei, in dem ihm bestätigt wird, daß er „ein kenntnisvoller und wohltätiger Mann" sei.
Die Regierung verordnete am 14. August 1817, daß bis auf weiteres keine Zuwahl von Ältesten zu erfolgen habe, es sollen nur vier Älteste im Amt sein. Diese erhielten nun die Staatspapiere.[96.)]

Die Dresdner Israelitische Religionsgemeinde gab seit dem Jahre 1862 regelmäßig einen Jahresbericht über ihre Verwaltung, was vielen anderen Gemeinden zum Beispiel diente.

Nur in den Kriegsjahren 1866 und 1871 wurde der Bericht auf das nächste Jahr verschoben.

Im Jahre 1882 entnimmt man einem Bericht, daß das Vermögen der Dresdner Gemeinde ständig wächst. Das Budget für dieses Jahr belief sich auf Mark 30.500, Bedarf auf Mark 14.900, so daß Mark 15.000 durch Steuern aufgebracht werden mußten.[97.)]

1883 teilt die Gemeinde in ihrem Finanzbericht mit, daß sie zu den wenigen israelitischen Gemeinden zählt, welche für die Gemeindekosten einen immerhin beträchtlichen Fonds besitzt und im Stande ist, nach dem Abschluß der Bilanz Kapitalien in Effekten anzulegen. Der Abschluß des Berichtes besagt:

„Jedenfalls ist die Dresdner Gemeinde in Synagoge, Schule, Wohltätigkeitsanstalten und in ihrer Finanzlage eine blühende."[98.)]

1886 war der Kassenbestand der Gemeinde auf Mark 42.872 angestiegen und wiederum lobt der Finanzbericht „ein glänzendes Finanzgebaren" einer jüdischen Gemeinde.[99.)]

Eine gute Übersicht über die Kultussteuer, die im Laufe der Jahre ganz bedeutend stieg, zeigt folgende Aufstellung:

1896	=	*29.000 Mark*
1897	=	*29.650 "*
1898	=	*29.953 "*
1899	=	*30.305 "*
1900	=	*35.700 "*
1901	=	*36.000 "*
1902	=	*36.080 "*
1903	=	*40.535 "*
1904	=	*41.140 "*
1905	=	*41.030 "*
1906	=	*49.632 "*
1907	=	*61.300 "*
1911	=	*68.000 "*
1913	=	*76.200 "* [100.]

Die Haupteinnahmen der Gemeinde waren die Kultussteuern. Nach dem sächsischen Kirchensteuerrecht war jeder in Dresden lebende Jude, der von der Gemeinde, als Prozentsatz der Staatseinkommensteuer, festgelegten Steuer unterworfen. Es bestand Zwangsmitgliedschaft, der sich ein Einzelner nur durch offiziellen Austritt aus dem Judentum entziehen konnte.

1914, bei Ausbruch des I. Weltkrieges, hatte sich ein jüdisches Hilfskomitee gebildet, daß die Fürsorge für die in Dresden und in dem Bezirk sich aufhaltenden, durch Krieg in Not geratene Juden, besonders die aus Rußland und Galizien, übernahm.

Im März 1915 reichten die Mittel des Komitees nicht mehr aus, um alle Anforderungen zu befriedigen. Nach eingehenden Erörterungen zwischen dem Vorstand des Komitees und dem Gemeindevorstand, hatte dieser dem Komitee die Last der Unterstützungen abgenommen. Durch diese großen finanziellen Zuwendungen wurde die Gemeindekasse schwer belastet. Bei Gottesdiensten wurden zusätzlich noch Spenden für karitative Zwecke gesammelt.[101.]

Trotz der angespannten Finanzlage der Gemeinde wies der Bericht vom Jahre 1916 k e i n Defizit aus. Die Ausgaben betrugen 175.581,32 Mark, gegenüber den Einnahmen von 260.213,24 Mark. Das Gemeindevermögen belief sich auf 84.631,92 Mark.[102.]

Die Reichseinkommensteuersätze der Dresdner jüdischen Gemeindemitglieder wurden vertraulich (!) nebst den Steuersätzen für das Jahr 1924 der Gemeindeverwaltung zugeschickt. Auf Grund dieser Auskünfte konnte das Steuerkonto jedes Zensiten abgerechnet werden.

Mit Hilfe einer für alle öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften verbindlichen Anweisung des Reichsministeriums der Finanzen vom 18. Februar 1925 wurde in gleicher Weise die Gemeindesteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger festgesetzt und abgerechnet.

Die endgültige Gemeindesteuer für die Gemeinde Dresden vom Jahre 1924 ist vom Gemeinderat der israelitischen Religionsgemeinde mit Genehmigung des Ministeriums für Volksbildung auf 15 Prozent festgesetzt worden.[103.]

Steuerordnung für die Israelitische Religionsgemeinde Dresden von 1924

§ 1.

Der Steuerbedarf der Gemeinde wird durch Zuschläge zur Reichseinkommensteuer gedeckt:

§ 2.

Die Höhe des Zuschlages zur Reichseinkommensteuer wird alljährlich auf Grund des Haushaltsplanes durch Gemeinderatsbeschluss festgesetzt.

§ 3.

Die Verwaltung der Steuer geschieht durch die Religionsgemeinde. Die Steuer wird zum ersten Male für die Jahre 1921 und 1922. . . für das Jahr . . . und so fort, erhoben.

§ 4.

Steuerpflichtig sind alle zur Reichseinkommensteuer veranlagten Mitglieder der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden.
Von der Steuer befreit sind:

1. *die nach der Reichsgesetzgebung zur Reichswehr gehörenden Personen.*
2. *solche Personen, die im Wege der öffentlichen Armenpflege laufende Unterstützung beziehen.*

§ 5.

Der Besteuerte kann binnen drei Wochen. . . schriftlich Einspruch erheben. Über den Einspruch entscheidet der Gemeindevorstand.

§ 6.

Die Betreibung der rückständigen Steuern erfolgt, wenn Zahlungsaufforderung erfolglos bleibt. . . im Wege der Zwangsvollstreckung.

§ 7.

Die mit der Bearbeitung von Steuersachen befassten Personen sind verpflichtet. . . Verhältnisse der Steuerpflichtigen geheim zu halten.

§ 8.

Diese Steuererklärung tritt rückwirkend vom 1. April 1921 an in Kraft und gilt vorläufig bis zum 31. März 1924.

Dresden, 25. September 1922.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden
Max Elb. Oscar Lesser. Leon Nathason.

SÄCHSISCHES MINISTERIUM *Dresden = N., den 25. Oktober 1922.*
des Kultus und öffentlichen Unterrichts.
II 290 aK

An den
Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden.

Das Ministerium bewilligt hierdurch auf Grund von § 18 des Gesetzes über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften vom 1. Juli 1921 (GBl.S.202). . . des mit Schreiben vom 3. Oktober 1922 vorgelegten Entwurfes für die Israelitische Religionsgemeinde zu Dresden. . . , dass gegen den bezeichneten Entwurf von Staatswegen sonst nichts einzuwenden ist.

Für den Minister:
i.A.gez.
Dr. von Zimmermann

MINISTERIUM für VOLKSBILDUNG *Dresden - N., den 3. April 1926.*
K 3b Steu.

An den
Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden.

Das Ministerium für Volksbildung verlängert im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Geltungsdauer der Steuerordnung für die Israelitische Religionsgemeinde zu Dresden vom 25. September 1922 weiter bis zum 31. März 1927.

Für den Minister:
i.A.gez.
Dr. von Zimmermann[104.)]

Haushaltsplan der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden 1926

Einnahme 1925	Festsetzung	Voranschlag 1926
1 Betplatzmiete		
a) aus Jahresplätzen	8.000,–	8.000,–
b) aus Feiertagsplätzen	2.000,–	2.000,–
c) aus Feiertagsplätzen im Betsaal	2.000,–	3.000,–
2 Trauungsgebühren	700,–	700,–
3 Aus dem Verkauf von Gebetbüchern, Seelenlichtern Gebühren für Zeugnisse	200,–	200,–
4 Friedhofseinnahmen:		
a) aus Grabstellen		
b) aus Denkmalsgenehmigungen	2.000,–	10.000,–
5 Gebühren f. Schwesternpflege	50,–	50,–
6 Zinsen aus Staatspapieren pp.	–	50,–
7 Gewinn aus den Häusern Zeughausstr. 1 u. 3	–	2.500,–
8 Verschiedene Einnahmen	50,–	1.500,–
	15.000,–	28.000,–
Etat für 1925 ist nur für 10 Monate aufzubringen (März bis Dezember). Die Summe verringert sich dadurch um 1/6 = ...	2.500,–	
	12.500,–	
Durch Steuern sind demnach aufzubringen	102.500,	242.000,–

Ausgabe 1925	Festsetzung	Voranschlag 1926
1 Gehälter und Löhne für Beamte	68.000,–	108.000,–
2 Für den Synagogenchor	7.400,–	8.000,–
3 Pensionen	3.600,–	5.000,–
4 Synagoge u. Gemeindeamt:		
a) Heizung		
b) Beleuchtung f. Gemeindeamt, Synagoge		
c) f.d.Wochentagsgottesdienst	6.000,–	10.000,–
d) Mieten f. Gemeindeamt,		
e) Bürobedarf f.Gemeindeamt	2.000,–	2.000,–
f) Porti u.Straßenbahnfahrgeld	3.000,–	3.000,–
g) Fernsprechgebühren,		
h 1 Haupt-,5 Nebenstellen	1.500,–	1.500,–
h) Steuern, Reichsangestelltenversicherungsbeiträge, Krankenkasse	3.000,–	3.000,–
i) f.d.Nebengottesdienst	3.000,–	5.000,–
k) f.d.Gottesdienst in Freiberg	200,–	500,–
l) f.d.Betsaal	2.000,–	3.000,–
m) f.d.Synagoge	5.000,–	10.000,–
n) an die Finanzämter	300,–	500,–
o) Rabbinat	500,–	500,–
5 Religionsunterricht	3.000,–	7.600,–
6 Wohlfahrtspflege	10.000,–	15.000,–
7 Für die Friedhöfe	3.000,–	3.000,–
8 Beiträge f. Vereine, Verbände	2.000,–	5.000,–
9 Zur Verfügung d.Vorstandes	1.000,–	2.000,–
10 Schächtausgaben (sächliche)	500,–	1.000,–
11 Für das Tauchbad	1.000,–	1.500,–
12 F.d.Lesehalle u.Bibliothek	1.500,–	1.500,–
13 Für das Henriettenstift	2.000,–	4.000,–
14 Restschuld auf die Instandsetzungsarbeiten d. Gemeindehäuser pp.	–	40.000,–
15 Zinsen und Schuldentilgung:		
a) Gebr. Arnholdscher Pensionsverein	–	8.620,–
b) Grundrenten u. Hypothekenanstalt d.Stadt Dresden	–	1.764,–
c) 3% Zinsen des Restkaufgeldes f.d.Flurstück 979		877,–
d) Bankzinsen an Gebr. Arnhold	–	2.500,–
16 Zeichnung f. die Enzyklopädie des Judentums	–	500,–
Subvention d.Verb.Jüdischer Studentenvereine in Deutschland	–	300
Gesolei, Düsseldorf 1926	–	300,–
17 Verschiedene Ausgaben	8.500,–	14.539,–

Fortsetzung des Haushaltsplanes 1926.

			(Der Etat ist für 10 Monate aufzubringen (März bis Dez.), die Summe verringert sich dadurch um 1/6	138.000,– 23.000,–	
Mark:	115.000,–	270.000,–	Mark:	115.000,–	270.000,–

Gegenwärtiger Haushaltsplan wurde in der heutigen Sitzung des Gemeinderates, in Einnahme und Ausgabe gleichlautend, zur Summe von M. 270.000,– in Worten: Zweihundertsiebenzigtausend Mark, festgesetzt, und die Erhebung einer Gemeindeeinkommensteuer von M. 242.000,– beschlossen.

Dresden, den 27. Januar 1926. Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden [105.)]

Haushaltsplan der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden für das Kalenderjahr 1928[106.)]

Einnahme 1927	Festsetsetzung 1928		Ausgabe 1927	
1 Betplatzmiete	12.460,–	12.500,–	1 Gehälter	114.790,–
2 Trauungsgebühren	1.100,–	1.100,–	2 Für den Synagogenchor, sächliche und persönliche Ausgaben	11.430,–
3 Für Seelenlichter usw.	130,–	200,–	3 Pensionen	2.950,–
4 Friedhofseinnahmen (Grabstellen u. Denkmalsgenehmigungen)	8.220,–	8.000,–	4 Synagoge, Gemeindeamt u. Rabbinat: a) Heizung, Beleuchtung	11.890,–
5 Schächtgebühren	5.300,–	5.300,–	b) Bureaubedarf	4.470,–
6 Zinsen aus Staatspapieren usw.	90,–	100,–	c) Porti u. Straßenbahnfahrgeld	4.100,–
7 Gewinn aus den Häusern Zeughausstraße 1 und 3	3.800,–	3.800,–	d) Fernsprechgebühren	2.540,–
8 Verschiedene Einnahmen	8.100,–	9.000,–	e) Steuern	6.440,–
Einnahme für Position 6	19.420,–	–	f) Synagoge – Instandhaltung	13.120,–
Durch Steuern sind demnach aufzubringen	208.810,–	250.000,–	g) an die Finanzämter	500,–
			h) für den Nebengottesdienst	2.060,–
			i) für den Gottesdienst in Freiberg	200,–
			j) für die Zwecke eines orthodoxen Gemeindegottesdienstes	4.625,–
			5 Religionsunterricht, Lehr- und Lernmittel	8.780,–
			6 Wohlfahrtspflege	59.680,–
			7 Für die Friedhöfe	3.000,–
			8 Beiträge f. Vereine, Verbände usw.	7.740,–
			9 Garantiefonds f.d.Delegiertentagung	
			10 Zur Verfügung des Vorstandes	400,–
			11 Schächtausgaben (sächliche)	2.760,–
			12 Für das Tauchbad	2.000,–
			13 Für die Lesehalle u. Bibliothek	3.860,–
			14 Für das Henriettenstift	7.210,–
			15 Zinsen und Schuldentilgung: a) Gebr.Arnholder Pensionsverein	9.040,–
			b) Grundrenten	30,–
			c) 5% Zinsen des Restkaufgeldes für das Flurstück 979 am Hasenberg	
			d) Bankzinsen an Gebr. Arnhold	5.570,–
			e) Zinsen von aufgewerteten Hypotheken und Darlehen: I. an das Henriettenstift	705,–
			II. an die Moritz-Elimeyer-Waisenstiftung	225,–
			III. an den Synagogen-Neubaufonds	1.027,–
			16 Für die Enzyklopädie des Judentums III. Rate	500,–
			17 Verschiedene Ausgaben	15.820,–
	267.430,–	290.000,–		307.552,–

Gegenwärtiger Haushaltplan wurde in der heutigen Sitzung des Gemeinderats, in Einnahme und Ausgabe gleichlautend, zur Summe von 290.000 RM., in Worten: Zweihundertneunzigtausend Reichsmark, festgesetzt und die Erhebung einer Gemeindeeinkommensteuer von 250.000 RM., in Worten: Zweihundertfünfzigtausend Reichsmark, beschlossen.

Dresden, den 29. Februar 1928.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden.

gez. Rechtsanwalt Paul Salinger
gez. Siegfried Pionkowski

Haushaltsplan der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden für das Kalenderjahr 1930 107.)

Der Gemeindehaushaltplan erscheint in dieser Form zum ersten Male. — Der besseren Übersicht wegen sind insbesondere die Gehälter bei den einzelnen Abteilungen — Schule, Kultus, Ritus usw. — aufgeführt. Der Etat für das Kalenderjahr 1929 war 10.000 Mark höher.

Pos.	Einnahme	Festsetzung 1930	Pos.	Ausgabe	Festsetzung 1930
		Mark			Mark
1	Allgemeine Verwaltung			Per Saldo am 1. Januar 1929	
	Für Schreibgebühren, Zeugnisse, Telephongebühren	200	1	Allgemeine Verwaltung	
2	Rabbinat			I. Gehälter	26.500
3	Gottesdienst			II. Pensionen	6.900
	A. Synagoge			III. Sachliche Kosten	
	a) Betplatzmiete von der Synagoge Jahresplätze	10.000		a) Miete f. Gemeindeamt, Sitzungssaal usw.	2.500
	b) Betplatzmiete von der Synagoge Feiertagsplätze	3.000		b) Instandhaltung u. Inventar	1.200
	c) Trauungsgebühren	1.000		c) Bürobedarf	3.000
	d) Seelenlichter, Gebetbücher usw.	120		d) Porto u. Straßenbahnfahrgeld	4.000
	B. Gemeindegottesdienst nach altem Ritus Adaß Jeschurun			e) Fernsprecher	2.000
	a) Betplatzmiete vom Gemeindegottesdienst nach altem Ritus Adaß Jeschurun	4.000		f) Heizung u. Beleuchtung	2.000
	b) Spenden im Gemeindegottesdienst nach altem Ritus Adaß Jeschurun	1.000	2	Rabbinat	
4	Schule			Gehälter	27.500
	I. Schulgeld	3.000	3	Gottesdienst	
	II. Zuschuß zum Gehalt des Lehrers in Bautzen			A. Synagoge	
	a) v. Sächs. israel. Gemeindeverband 1.200 M.	1.200		I. Gehälter	20.000
	b) von d. Israel. Religionsgemeinde Bautzen 1.200 M	1.200		II. Sachliche Kosten	
5	Friedhöfe			a) Instandhaltg.d.Synagoge	5.000
	a) Gebühren für Grabstellen	5.500		b) Synagogenchor	6.000
	b) Denkmalsgenehmigungen	600		c) Minjin	4.200
6	Wohlfahrtspflege			d) Aufseher, Reinigung, Heizung u. Beleuchtung	2.250
	a) aus Stiftungen	13.500		e) besondere Aufwendungen a.d.hohen Feiertagen	300
	b) aus Spenden	3.000		f) kleine Erfordernisse, Geschenke	150
	c) Rückvergütungen v. Wohltätigkeitsvereinen usw.			B. Gemeindegottesdienst nach altem Ritus Adaß Jeschurun	
	d) Beiträge zur Pessachversorgung	1.500		I. Gehälter	6.600
7	Henriettenstift			II. Sachliche Kosten	
8	Rituelle Fleischversorgung Schächtgebühren	9.000		a) Miete einschl.Beleichtung, Heizung u. Reinigung	3.500
9	Ritualbad			b) bes.Aufwendungen a.d. hohen Feiertagen	2.500
10	Gemeindebibliothek			c) Verschiedenes und Weiterleitung der Spenden	1.000
11	Beiträge für Vereine u. Verbände Zinsen der Albert-Wolf-Stiftung	150		C. Gottesdienst in Freiberg an den hohen Feiertagen	225
12	Steuern und Abgaben		4	Schule	
13	Verfügungsgeld des Vorstandes			I. Gehälter	23.000
14	Zinsen und Schuldentilgung			II. Subventionen d. Vereins	
	a) aus Wertpapieren	150		III. Machsike Thora	5.400
	b) Bankzinsen			IV. Sachliche Kosten	2.000
15	Gemeindehäuser	3.000	5	Friedhöfe	
16	Verschiedene Einnahmen	4.880		I. Gehälter	1.800
17	Gemeindesteuer	214.000		II. Sachliche Kosten	2.500
			6	Wohlfahrtspflege	
				I. Gehälter	6.000
				II. Unterstützungen	30.000
			7	Henriettenstift	1.500

8	Rituelle Fleischversorgung	
	I. Gehälter	22.000
	II. Sachliche Kosten	
	a) Geflügelschächtlokal (Miete)	720
	b) Miete f.e.Raum a.d.Städt. Schlachthof	180
	c) Verschiedenes	1.000
9	Ritualbad	1.500
10	Gemeindebibliothek Sachl. Kosten	500
11	Beiträge f. Vereine u. Verbände	8.000
12	Steuern und Abgaben	
	a) Grundsteuer	500
	b) Reichsangestelltenversicherung	4.000
	c) Krankenkasse, Arbeitslosen- u. Invalidenversicherung	4.200
13	Verfügungsgeld des Vorstandes	1.000
14	Zinsen-und Schuldentilgung	
	a) Grundrenten- und Hypotheken-anstalt der Stadt Dresden	624
	b) Restkaufgeld für das Flurstück 979	2.250
	c) Sächs.Bodenkreditanst.zu Dresden	14.700
	d) Bankzinsen	–
	e) Amortisation u. Verzinsung d. aufgenommenen Darlehen	15.000
15	Gemeindehäuser Zeughausstraße 1 und 3	–
16	Verschiedene Ausgaben	4.301
17	Gemeindesteuern	–
	280.000	280.000

Gegenwärtiger Haushaltplan wurde in der heutigen Sitzung des Gemeinderats in Einnahme und Ausgabe gleichlautend zur Summe von 280.000 M., in Worten: Zweihundertachtzigtausend Mark festgesetzt und die Erhebung einer Gemeindesteuer von 214.000 M. in Worten: Zweihundertvierzehntausend Mark, beschlossen.

Dresden, den 5. Februar 1930

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden
Rechtsanwalt Paul Salinger, Sanitätsrat Dr. Zimmermann

Am 15. Oktober 1931 fand nach einer Pause von vollen drei Monaten die erste Gemeinderatssitzung statt. Sie wurde eingeleitet mit der Einführung von Dr. Schornstein, der als Ersatzmann für den Verstorbenen Weinreich in den Gemeinderat einberufen wurde.

Unter den eingegangenen Schreiben ist folgendes hervorzuheben: Ein Schreiben des bisherigen Vorsitzenden, Rechtsanwalt Salinger, worin er mitteilt, daß er infolge außerordentlicher beruflicher Belastung genötigt ist, seine Ämter in der Gemeinde niederzulegen.

In einem Referat bemerkte R.A.Dr.Schornstein, daß der Gemeinderat das gesetzgebende und verwaltende Organ der Gemeinde sei, der Vorstand sei lediglich Exekutiv-Organ. Es seien deshalb nur Beschlüsse vom Gemeinderat zu fassen, alle Angelegenheiten und alle Zuschriften dem Gemeinderat vorzulegen auch dann, wenn die Zuschriften an den Vorstand gerichtet seien.[108.)]

Einen Finanzskandal hatte die Gemeinde im Dezember 1931; dazu schrieb das Allgemeine Jüdische Familienblatt in Leipzig:

> *„Nicht nur jüdische, sondern auch Tageszeitungen haben die Meldungen von umfangreichen Unterschlagungen in der jüdischen Gemeinde Dresden gebracht. Die zwei ersten Beamten der Gemeinde, Bürodirektor Ploemacher und Kassierer Schubert haben eingestanden, ca. 60.000 RM. bzw. 30.000 RM. veruntreut zu haben.*
>
> *Beide Beamte sind sonderbarerweise – Nichtjuden, und die Naziblätter werden daher an dem an sich aufsehenerregenden Fall wenig Freude haben können. Die Begleitumstände dieser Affäre sind von besonderem Interesse.*
>
> *Im Sommer vorigen Jahres kritisierte in unserer Zeitung Dr. Schornstein aus Dresden, unter Anführung eines gravierenden Tatsachenmateriales die Finanzgebarung der Dresdner Gemeinde in recht scharfer Weise. Er stellte weiter fest, daß bei dem Gemeinderat kein Jahresabschluß und kein Jahresbericht vorgelegt wurde, daß es tatsächlich an jeder Kontrolle fehle, daß bei einem Posten von ca. 8.000 RM. ein Betrag von 3.500 RM. gefehlt habe, ohne dass Vorstand oder Finanzausschuss dies bemerkten, ein Umstand, durch welchen sein Verdacht gegen die betreffenden Beamten geweckt wurde. Dr. Schornstein forderte seinerzeit einen Untersuchungsausschuss, um die angeführten Tatsachen nachzuprüfen.*
>
> *Wie konnte es nun geschehen, dass eine so eindringleiche und wohlbegründete Aufforderung nahezu zwei Jahre lang überhört wurde? Erst nach Änderung des Dresdner Wahlrechts kam Dr. Schornstein (er ist Ausländer) im Oktober 1931 in den Gemeinderat, hat dort sofort den Antrag auf eine gründliche Revision der Finanz- und Steuergebarung gestellt, und die blosse Annahme dieses Antrages hat die beiden ungetreuen Beamten zu einem Geständnis getrieben, noch bevor die Revision begonnen hatte !*
>
> *Deutsche Christen haben die Gemeinde in unerhörter Weise bestohlen, und deutsche Juden, erfüllt von deutschem Wissen und deutscher Kultur, haben sich außerstande gezeigt, diese Zustände zu erkennen und ihnen abzuhelfen!*[109.)]

Die Leipziger Jüdische Wochenschau brachte ebenfalls einen Bericht:

"Unterschlagung bei der Dresdner Gemeinde

. . .im Wege einer Generalrevision entdeckte man schwere Verfehlungen zweier seit langen Jahren angestellter Beamten, des Bürodirektors Ploemacher und des Kassierers Schubert. Die Unterschlagungen betragen etwa 90.000 Mark und datieren seit dem Jahre 1910. Beide Beamten sind fristlos entlassen worden. Die endgültige Höhe der unterschlagenen Summen stehen noch nicht fest, denn die Revision der Bücher ist noch nicht abgeschlossen. Es wird damit gerechnet, dass die veruntreuten Gelder einen wesentlich höheren Betrag erreichen werden.

Die Angelegenheit ist sofort der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Es ist klar, dass diese Ereignisse in der Dresdner Gemeinde eine ungeheuere Erregung ausgelöst haben. Erst vor kurzer Zeit legte der bisherige geschäftsführende Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Salinger sein Amt nieder. Man weiss nicht, ob die Gründe dazu mit dieser Affäre in irgendwelchem Zusammenhang stehen.

Vor allem ist bemerkenswert, dass die beiden ungetreuen Beamten n i c h t dem Judentum angehören."[110.)]

Die beiden ungetreuen Beamten wurden später verurteilt.

Haushaltsplan der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden für das Kalenderjahr 1932 [111.)]

Einnahme	1931	Festsetzung 1932	Ausgabe	1931	Festsetzung 1932
	RM	RM		RM	RM
Allgemeine Verwaltung	434,80	200,–	Allgemeine Verwaltung	43.806,03	36.000,–
Gottesdienst:			Gottesdienst		
a) Synagoge	14.514,30	13.500,–	a) Synagoge	63.606,10	56.250,–
b) Gemeindegottesdienst nach nach altem Ritus Adaß Jeschurun	3.959,50	2.500,–	b) Gemeindegottesdienst nach altem Ritus Adaß Jeschurun	14.720,76	11.250,–
Schule	2.133,40	2.180,–	c) Gottesdienst in Freiberg an den hohen Feiertagen	245,80	250,–
Friedhöfe	8.596,85	5.800,–	Schule	29.478,08	28.900,–
Wohlfahrtspflege	46.254,01	25.000,–	Friedhöfe	6.440,36	5.000,–
Henriettenstift	–	–	Wohlfahrtspflege	73.025,79	52.800,–
Rituelle Fleischversorgung	6.585,37	5.000,–	Henriettenstift	3.676,75	4.000,–
Ritualbad	–	–	Rituelle Fleischversorgung	25.828,30	21.750,–
Gemeindebibliothek	–	–	Ritualbad	1.600,–	1.200,–
Beiträge f. Vereine und Verbände	–	150,–	Gemeindebibliothek	494,02	250,–
Steuern und Abgaben	–	–	Beiträge f. Vereine und Verbände	6.099,05	8.300,–
Verfügungsgeld d. Vorstandes	–	–	Steuern und Abgaben	12.201,84	10.500,–
Zinsen und Schuldentilgung	297,64	150,–	Verfügungsgeld d. Vorstandes	785,–	4.000,–
Gemeindehäuser	5.422,85	5.000,–	Zinsen und Schuldentilgung	26.707,57	17.570,–
Verschiedene Einnahmen	13.379,79	2.520,–	Gemeindehäuser	–	–
Gemeindesteuer	202.227,91	205.000,–	Verschiedene Ausgaben	6.875,08	1.680,–
Disposition	–	–	Gemeindesteuer	225,–	300,–
Jugendheim	–	–	Revision	–	4.000,–
			Jugendheim	–	3.000,–
	303.806,42	267.000,–		325.815,53	267.000,–

Abschluß des Gemeindehaushaltes für das Kalenderjahr 1934 *(Bericht)*

Der Jahresabschluß des Rechenwerkes der Gemeinde für 1934 zeigt genau die eigenartige finanzielle Lage, in der sich die Gemeinde unter den gegenwärtigen Umständen befindet. Schon beim vorjährigen Abschluß war darauf hingewiesen worden, in welcher Notlage die Finanzen durch den Umschwung gekommen waren, vor allem durch die Auswanderung der Juden in das Ausland.

Die Abwanderung vieler Steuerzahler hatte die Einnahmen vermindert, die plötzlich aufgetretene Notwendigkeit, vielen Gemeindemitgliedern wirtschaftlich zu helfen, hatte die Ausgaben bedeutend erhöht. Im Jahre 1934 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt.

Die Ordnung und Genauigkeit, welche jetzt in der Verwaltung der Gemeinde gepflegt wurden, hat bewirkt, daß der Voranschlag der für 1934 aufgestellt war, fast genau eingehalten wurde. Ein Fehlbetrag, der leider nicht vermieden werden konnte, trat durch einen Minderertrag der veranschlagten Steuern in Höhe von RM 14.000,– ein. Es zeigt sich also, daß das gesamte Steueraufkommen rückläufig ist, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese rückläufige Bewegung auch in den laufenden Jahren anhalten wird.

Die gleiche Rückbildung zeigt sich auch in der Vermögenslage der Gemeinde. Die Aktivwerte, welche die Bilanz aufweist, verringern sich. Die Aktiven der Gemeinde bestehen außer ihren Kultstätten, Synagoge und Friedhof in den beiden Gemeindehäusern Zeughausstraße 1/3 und dem Kinderspielplatz hinter der Synagoge am Hasenberg, welche mit einem Betrag von 222.000,– RM. in der Bilanz aufgeführt sind und den Außenständen von 120.000,– RM, fast sämtlich Steueraußenstände.

Den Bankguthaben und Wertpapieren, welche am Bilanztage vorhanden waren, stehen laufende Verbindlichkeiten in größerer Höhe gegenüber. Die Schulden der Gemeinde zerfielen am Jahresabschluß in 182.000,– RM fundierte und 86.000,– RM laufende Verbindlichkeiten.[112.)]

Seit der Finanzaffäre von 1931 wurde das Rechnungswesen der Gemeinde besonders überprüft. Vor Beginn eines jeden Rechnungsjahres wurde ein genau ausgearbeiteter Haushaltsplan aufgestellt und von Vorstand und den Gemeinderatsmitgliedern bewilligt. Am Jahresende erfolgte ein Rechnungsabschluß, dessen Abweichungen vom Voranschlag wieder durch beide Gremien genehmigt und dann von einer Treuhandgesellschaft geprüft wurden. (In Frankfurt am Main wird ebenso verfahren. (1970). Anm.)

Unter den großen Ausgaben der Gemeinde in den Jahren 1933/34 und später, nahmen neben den normalen Lasten, den Gehältern, rituelle Aufwendungen, Wohlfahrt, Kulturbund, Grundstücksunterhaltung usw., die Förderung der Auswanderung und Berufsumschichtung einen steigenden Umfang an. Neben Gemeindemitteln wurden diese neuen, dringenden Ausgaben aus besonderen Sammlungen z.B. „Hilfe und Aufbau" gedeckt, die durch private Opferwilligkeit erhebliche Mittel aufbrachten. Neben dem Stiftungsvermögen von 150.000,– RM besaß die Gemeinde 1938 ein Verwaltungsvermögen von 200.000,– RM. in Grundbesitz, Hypotheken und Wertpapieren, die in Stück und Gewinnabschnitte getrennt, bei den beiden Bankhäusern Arnhold und Mattersdorff hinterlegt waren. Der nachfolgende Haushaltsplan vom Jahre 1938 zeigt die letzte genaue Übersicht über das Finanzwesen der Gemeinde:

HAUSHALTSPLAN
der
Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden.
Kalenderjahr für das 1938 .

		Voranschlag 1937	Voranschlag 1938
Zusammenstellung der Einnahmen			
I.	Verwaltungstätigkeit	194.123,–	187.951,–
II.	Kultusaufgaben	11.050,–	10.330,–
III.	Bildungswesen	2.690,–	2.690,–
IV.	Wohlfahrtsleistungen	27.000,–	36.000,–
V.	Wirtschaftshilfe	41.250,–	43,000,–
VI.	Finanzwesen	34.596,–	38.496,–
		310.709,–	318.467,–
Zusammenstellung der Ausgaben			
I.	Verwaltungstätigkeit	48.016,–	52.618,–
II.	Kultusaufgaben	76.699,–	80.245,–
III.	Bildungswesen	32.671,–	29.609,–
IV.	Wohlfahrtsleistungen	92.050,–	93.203,–
V.	Wirtschaftshilfe	41.250,–	43.000,–
VI.	Finanzwesen	20.023,–	19.783,–
		310.709,–	318.467,–

EINNAHMEN

Position	Titel	Voranschlag 1937	Erfüllung 31.10.1937	Voranschlag 1938
I.	**Verwaltungstätigkeit**			
1.	Schreibgebühren u. Zeugnisse	50,–	45,80	50,–
2.	Gemeindesteuern	194.073,–	180.000,–	187.901,–
		194.123,–		187.951,–
II.	**Kultusaufgaben**			
1a	Mieten,Jahresplätze -Synagoge-	4.770,–	4.439,–	4.200,–
b	" Feiertagsplätze - " -	2.000,–	2.074,–	2.000,–
c	Seelenlichter, Gebetbücher	100,–	71,50	100,–
2.	Betplatzmieten -Alter Ritus-	1.000,–	817,–	700,–
3.	Trauungsgebühren	350,–	185,–	200,–
4a	Grabstellengebühren	1.500,–	3.784,–	2.000,–
b	Denkmalgebühren	250,–	492,10	400,–
5.	Wohnungsertrag Friedhof	480,–	400,–	480,–
6.	Vergütg.d.Fleischer f. Aufsicht	600,–	247,65	250,–
		11.050,–		10.330,–
III.	**Bildungswesen**			
1.	Zuschuß z. Lehrergehalt Bautzen			
a	vom Verband	990,–	825,–	990,–
b	von I.R.G. Bautzen	900,–	698,50	900,–
2.	Gemeindesäle (Mieten)	800,–	514,–	800,–
		2.690,–		2.690,–
IV.	**Wohlfahrtsleistungen**			
1.	Von Vereinen	20.000,–	32.000,–	30.000,–
2.	Aus Spenden	7.000,–	5.310,–	6.000,–
V.	**Wirtschaftshilfe**			
1.	Geschätztes Spendenaufkommen	21.000,–	21.765,–	25.000,–
2.	Voraussichtl. Rückvergütg. von Zentralstellen usw.	12.000,–	17.132,–	12.000,–
3.	Zuweisung aus Gem.-Vermögen	8.250,–		6.000,–
		41.250,–		43.000,–
VI.	**Finanzwesen**			
1.	Zinsen von a) Wertpapieren	19.000,–	22.052,–	22.000,–
	b) Hypotheken	3.500,–	2.474,–	3.000,–
	c) Banken u.Spark.	200,–	1.397,–	1.500,–
2a	Zeughausstrasse 1	7.476,–	6.756,–	7.476,–
b	Zeughausstrasse 3	4.320,–	3.868,–	4.320,–
3.	Versch. Einnahmen	100,–	244,–	200,–
		34.596,–		38.496,–

AUSGABEN

Position	Titel	Voranschlag 1937	Erfüllung 31.10.1937	Voranschlag 1938
I.	**Verwaltungstätigkeit**			
1.	Gehälter	18.898,–	16.335,–	18.274,–
2.	Sämtl. Soziallasten	4.500,–	3.677,–	4.500,–
3a	Miete des Gemeindeamtes, Sitzungssaales, Parterrezimmer u. II.Stock einschl. Beleuchtung u. Heizung	2.293,–	1.598,–	2.319,–
b.	Instandhaltung & Inventar	800,–	953,–	1.000,–
c	Bürobedarf, Porti, Fernsprecher und Strassenbahn	4.200,–	4.479,–	4.200,–
4.	Beitrag an Gemeindeverband einschl. Reichsvertretung	14.000,–	16.835,–	18.000,–
5.	Verfügungsgeld d.Vorstandes	2.000,–	2.471,–	3.000,–
6a	Beschaffung d.Steuerunterlagen	225,–	225,–	225,–
b	Vollstreckungskosten	100,–	–,–	100,–
		48.016,–		52.618,–
II.	**Kultusaufgaben**			
1a	Gehälter - Rabbinat -	10.042,–	7.568,–	10.042,–
b	Sachl. Kosten	500,–	112,–	500,–
2a	Gehälter - Synagoge -	9.964,–	8.303,–	11.703,–
b	Chor	1.500,–	1.602,–	2.200,–
cc	Minjan	2.400,–	2.000,–	2,400,–
3a	Instandhaltung d. Synagoge, Beleuchtung & Heizung	4.500	4.570,–	5.000,–
b	Besondere Aufwendungen an Feiertagen, Barmizwoth und Jugendfeiern	1.500,–	1.611,–	1.500,–
c	Kaddisch u. Jahrzeitlichter	60,–	87,–	100,–
4.	Gehälter - Alter Ritus -	7.268,–	6.057,–	7.268,–
5a	(Miete) Beleuchtung, Heizung, Verschiedenes	3.000,–	990,–	1.000,–
b	Besondere Aufwendungen an Feiertagen und zu Barmizwoth	850,–	1.307,–	850,–
6.	Auswärtige Gottesdienste an Feiertagen	200,–	484,–	300,–
7.	Gehälter - Friedhöfe -	1.672,–	1.254,–	1.672,–
8a	Sachliche Kosten "	3.000,–	2.775,–	3.000,–
b	Grabsteine f. Unbemittelte	300,–	–,–	200,–
c	Grabpflege-Verpflichtungen	1.100,–	1.115,–	1.100,–
9.	Gehälter - Fleischversorgung -	5.760,–	4,800,–	2.160,–
10.	Tauchbad	1.200,–	1.006,–	1.200,–
11.	Steuer für Synagoge	250,–	260,–	250,–
12.	Pensionen	21.633,–	19.104,–	27.609,–
		76.699,–		80.254,–

Fortsetzung Ausgaben

Position	Titel	Voranschlag 1937	Erfüllung 31.10.1937	Voranschlag 1938
III.	**Bildungswesen**			
1.	Gehälter -Religionsschule-	12.321,–	8.521,–	11.789,–
2.	Sachl. Kosten "	1.600,–	1.092,–	1.500,–
3.	Subventionen d.Vereins Machsike Thora	6.600,–	4.950,–	3.300,–
4.	Beitrag f. Volksschule	7.000,–	4.104,–	7.000,–
5.	Gemeindebibliothek	550,–	415,–	550,–
6a	Jahresbeiträge	100,–	88,–	100,–
b	Laufende Zuschüsse	1.200	1.154,–	1.320,–
7.	Jugendheim, Gemeindevorträge, Lehrhaus	2.500,–	1.764,–	2.800,–
8.	Gemeindesäle (und neue Gemeinderäume)	800,–	795,–	1.000,–
9.	Zuschuss Gemeindeblatt			250,–
		32.671,–		29.609,–
IV.	**Wohlfahrtsleistungen**			
1.	Gehälter -Wohlfahrtsstelle-	9.240,–	7.780,50	7.248,–
2.	Sachl. Kosten "	2.710,–	2.959,–	2.736,–
3.	Unterstützungen	74.000,–	69.200,–	74.000,–
4.	Zuschüsse an Vereine u.Verbände	2.200,–	150,–	2.200,–
5.	Henriettenstift (Altersheim)	2.800,–	2.774,–	2.800,–
6.	Oberrochwitz (Ferien- und Erholungsheim)	1.100,–	1.069,–	1.100,–
7.	Gemeindeschwestern			3.119,–
		92.050,–		93.203,–
V.	**Wirtschaftshilfe**			
1.	Wanderung	10.000,–	9.539,–	12.000,–
2.	Berufsausbildung & Umschichtg.	20.000,–	18.179,–	20.000,–
3.	Kredithilfe	6.000,–	4.465,–	5.500,–
4.	Sachl. Kosten	5.250,–	4.900,–	5.500,–
		41.250,–		43.000,–
VI.	**Finanzwesen**			
1a	Zinsen f.Restkaufgeld Hasenberg bisher 45.000,– zu 6%	2.700,–	2.025,–	2.460,–
b	Zinsen f. Sachsenboden 110.000,– zu 4,9 %	5.390,–	4.042,50	5.390,–
2a	Zeughausstrasse 1	4.165,–	3.914,58	4.165,–
b	Zeughausstrasse 3	2.768,–	1.822,–	2.768,–
c	Abschreibung auf Häuser	3.000,–	2.500,–	3.000,–
3.	Unvorhergesehene Ausgaben	2.000,–	1.321,–	2.000,–
		20.023,–		19.783,–

113.)

*

Eine interessante Registrierung und Schätzung des Vermögens der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden stellte am 11. Oktober 1938 Hermann Schocken in New-York auf. Der nachstehende Bericht befindet sich im Original im Leo-Baeck-Institut in New-York. *)

Jüdische Kultusgemeinde Dresden
Adresse: Zeughausstraße 3

2 Synagogen: Zeughausstrasse 1b und Moritzstrasse 1b	RM. 500.000
Neue zusätzliche Kosten für Betsaal, Mikwa etc.	80.000
Verwaltungsgebäude, fünf Stockwerke	200.000
Wohnhaus für Angestellte und Bedienstete u.a.	150.000
Schule	----------
Sanatorium (Ausgaben für zwei Räume)	80.000
Kindergärten	----------
Altersheim	100.000
Gebäude Bautzenerstrasse 20	100.000
Friedhöfe und Friedhofsgebäude	100.000
Zeremonialgegenstände, Bibliothek, Kunstgegenstände	250.000
Versicherungen (Einheitswert) ca.	500.000
Gesamt:	2.060.000

11. Oktober 1938 114.)

Einen Monat später, am 9./10. November 1938, wurde durch die barbarischen Zerstörungen der Nationalsozialisten das Vermögen der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden um rund eine Million Reichsmark dezimiert.

Verlorene und vernichtete Werte geschätzt:	**In RM.**
2 Synagogen zerstört und/oder verbrannt	500.000
Einrichtungen für Betsaal und Mikwa	80.000
Zerstörungen in den Friedhöfen und Friedhofsgebäuden	50.000
Zerstörung von Zeremonialgegenständen, Büchern, Kunstwerken	250.000
Andere Zerstörungen	100.000
Gesamt:	980.000

*) Hermann Schocken war langjähriges Vorstandsmitglied der Dresdner Gemeinde. Er starb in Amerika im Alter von 87 Jahren, 1956.

Bilanz der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden von 1816 bis 1938

Jahr:	Einnahmen:	Währung	Etat in Mark	Währung	Etat in Mark	Quellen-Nachweis
1816	Gemeindevermögen rund 2.000 Taler					1
1869	14.951	Taler	8.843	Taler		2
1880	53.072	Mark	64.569	Mark		3
1881	14.900	"	?		30.500	4
1883	17.653	"	?			5
1885	37.146	"	32.679	Mark		6
1886	?		28.161	"		7
1888	37.146	"	30.110	"		8
1892	84.653	"	87.619	"		9
1895	50.086,85	"	44.934,30	"		10
1886	?		46.030	"	29.000	11
1897	53.705.61	"	49.708,43	"	29.650	12
1898	55.675,15	"	51.117	"	29.593	13
1899	?		?		30.305	14
1900	83.498,54	"	89.887	"	35.700	15
1901	?		?		36.000	16
1903	59.156,85	"	52.243,65	"	40.535	17
1904	209.723,51 ?	"	203.740,89 ?	"	41.140	18
1905	?		?		41.030	19
1906	?		?		49.632	20
1907	106.013,46	"	94.676,21	"	61.300	21
1908	125.066,18	"	112.649,69	"		22
1909	105.125	"	?			23
1910	108.600	"	103.048	"		24
1911	?		?		68.000	25
1913	113.500	"	113.500	"	76.200	26
1916	260.213,24	"	175.581,32	"		27
1925	115.000	"	115.000	"		28
1926	270.000	"	270.000	"	60.000	29
1927	267.430	"	307.552	"		30
1928	290.000	"	290.000	"		31
1929	280.000	"	280.000	"		32
1930	280.000	"	280.000	"		33
1931	303.806,42	"	315.815,53	"		34
1932	267.000	"	267.000	"		35
1933	243.000	"	243.000	"		36
1934	248.000	"	248.000	"		37
1936	254.789	"	254.789	"		38
1937	310.709	"	310.709	"		39
1938	318.467	"	318.467	"		40

Quellennachweis zur Bilanz der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden

1.	Gemeindeblatt der Isr. Rel.-Gem. Dresden	Jg. 4.	Nr. 1.	28. Mai	1928	S.	1
2.	Allgemeine Zeitung des Judentums	33.	18.	4. Mai	1869	S.	351ff
3.	Ebenda	44.	20.	18. Mai	1880	S.	312
4.	"	46.	20.	16. Mai	1882	S.	325
5.	"	48.	17.	28. April	1884	S.	270
6.	"	50.	24.	8. Juni	1886	S.	375
7.	"	50.	24.	8. Juni	1886	S.	375
8.	"	52.	19.	10. Mai	1888	S.	296
9.	"	56.	17.	28. April	1892	S.	2
10.	"	60.	19.	8. Mai	1896	S.	2
11.	"	60.	19.	8. Mai	1896	S.	2
12.	"	62.	20.	20. Mai	1898	S.	3
13.	Der Israelit. 2. Beilage	50.	43.	31. Mai	1899	S.	827ff
14.	Ebenda	50.	43.	31. Mai	1899	S.	827ff
15.	Allgemeine Zeitung des Judentums	65.	33.	16. Aug.	1901	S.	3
16.	Ebenda	65.	33.	16. Aug.	1901	S.	3
17.	Statistisches Jahrbuch d.dt.-isr.Gem.-Bundes				1903	S.	106
18.	Allgemeine Zeitung des Judentums	69.	41.	12. Okt.	1905	S.	2
19.	Ebenda	69.	41.	12. Okt.	1905	S.	2
20.	"	69.	41.	12. Okt.	1905	S.	2
21.	"	72.	30.	24. Juli	1908	S.	2
22.	"	73.	27.	2. Juli	1909	Beilage	
23.	"	75.	33.	18. Aug.	1911	S.	2
24.	"	75.	33.	18. Aug.	1911	S.	2
25.	"	75.	33.	18. Aug.	1911	S.	2
26.	Handbuch d. Jüd. Gemeindeverwaltung ff				1913	S.	157
27.	Allgemeine Zeitung des Judentums	81.	40.	5. Okt.	1917	S.	1
28.	Gemeindeblatt der Isr. Rel.-Gem. Dresden	2.	10.	28. Febr.	1926	S.	7
29.	Handbuch der Jüd. Gemeindeverwaltung ff				1924/25	S.	112
30.	Führer durch die Jüd. Gemeindeverwaltung ff				1928/29	S.	144
31.	Ebenda				1928/29	S.	144
32.	Gemeindeblatt der Isr.Rel.-Gem. Dresden				1928		
33.	Jüd. Liberale Zeitung	11.	14.	8. April	1931	S.	
34.	Gemeindeblatt der Isr.Rel.-Gem. Dresden	8.	5.	Mai	1932	S.	6
35.	Ebenda	10.	6.	Juni	1934	S.	1
36.	"	10.	6.	Juni	1934	S.	1
37.	"	10.	6.	Juni	1934	S.	1
38.	"	12.	1.	Jan.	1936		
39.	Kopie d.Haushaltplanes d.Isr.Rel.-Gem.Dresden				1938		
40.	Ebenda						

*

e. Geistige Größen der Gemeinde

Ein glänzendes Bild geistiger Persönlichkeiten weist die Dresdner Gemeinde auf. Auf den folgenden Seiten können nur die biographischen Aufzeichnungen und Erinnerungen aufgezeigt werden, die noch vorhanden waren. Von vielen anderen Persönlichkeiten, die es unbedingt verdient hätten, an dieser Stelle rühmlich erwähnt zu werden, fehlen leider die entsprechenden Unterlagen.

Am Anfang der Gemeinde in Dresden waren die Juden großen Schwierigkeiten gegenübergestellt. Es ist ein Beweis von der großen geistigen Kraft des Judentums, daß trotz dieser äußeren Erschwerungen ein reges jüdisches Leben vorhanden war. Von den hervorragenden Führern ist allerdings aus jener Zeit des Werdens wenig bekannt. Es ist der Gesamtgeist des Judentums, der da wirksam erscheint.

Wenn einzelne Familien, wie z.B. die Familie Schie, die Familie Bondi, von der Gesamtheit sich abheben, so hat das seinen Grund ebenso in den sozialen Verhältnissen wie in der Fähigkeit einzelner Männer aus diesen Familien zu geistiger Führung.[115.)]

Zur Erinnerung schrieb das Dresdner Gemeindeblatt im Februar 1929:

Emil Lehmann
Ein Adelsmensch in der deutschen Judenheit
geboren vor hundert Jahren, am 2. Februar 1829, in Dresden

„Es gibt Menschen, deren Geistigkeit sub specie aeternitatis steht, die unbewußt oder stets leise ahnend am Kleide der Ewigkeit mitwirken. Diesen Zug von Begnadung hatte Emil Lehmann. Als Schüler unsres Dresdner Kreuzgymnasiums und als Student der Rechte in Leipzig erlebte er empfänglichen Gemütes die europäische Sturm- und Drangperiode zu Beginn und Mitte vorigen Jahrhunderts, und diese Jugendeindrücke, genährt und verstärkt durch Humanitätsgedanken eines Lessing, Mendelssohn, Berthold Auerbach, wurden für die Geistesrichtung des heute Gefeierten und für seine fortschrittlich-freiheitliche Gesinnung zeit seines Lebens bestimmend.

Mit glänzenden Gaben der Rechts- und Bibelkunde, des Wortes und der Feder ausgestattet, war Emil Lehmann der geborene Anwalt des Rechtes. Darum war es für ihn, der schon frühzeitig als Kämpfer in die politische Arena sprang, eine Ehrenpflicht, **die rechtliche Stellung der Juden namentlich im für sie wenig günstigen Sachsen** öffentlich zu beleuchten und, wo es ging, zu verbessern.
Als er viel zu früh, im 70. Lebensjahr unserer Gemeinde entrissen wurde, trauerten auch viele Andersgläubige, die beruflich oder im amtlichen Zusammenwirken seine Ritterlichkeit schätzen gelernt hatten, an seiner Bahre. Dies in einer Zeit, wo die Judengegnerschaft arge Blüten in Deutschland trieb, so daß ungeheurer Mut dazu gehörte, sich gleich Emil Lehmann offen als Jude zu bekennen und voll heiligen Zornes für die Ehre des jüdischen Bekenntnisses zu streiten".[116.)]
Am 27. März 1862 wurde er als Gemeindedeputierter gewählt und hatte dieses Amt bis an sein Lebensende mit größter Hingebung verwaltet. 1865 war er erster bzw. zweiter Vicevorsteher im Dresdner Stadtverordneten-Kollegium und dem Sächsischen Landtag gehörte er von 1875 bis 1880 an. Eine seiner hervorragenden Geistesschöpfungen ist das Werk: Emil Lehmann, Gesammelte Schriften. Viele Auszüge aus diesem Buch sind in der vorliegenden Dokumentation wiedergegeben.



Dr. Bernhard B e e r
Verweser des „Aeltestenamtes"
von 1837 bis 1861



Emil L e h m a n n , Rechtsanwalt
Deputierter von 1862 bis 1869
Vorsteher bis 1898



Max E l b , Kommerzienrat
Deputierter von 1894 - 1902
Vorsteher bis 1924



Oscar L e s s e r
Deputierter von 1890 - 1906
dann Vorstand und Ehrenvorsitzender

Ein Lebens- und Zeitbild zeichnete Oberrabbiner Zacharias Frankel im Jahre 1862 von

Dr. Bernhard Beer

Bedeutende Menschen stehen nie allein und losgerissen in und von ihrer Zeit. Die Begebenheiten auf den verschiedenen Gebieten des Lebens drängen einander unaufhörlich und stehen scheinbar vereinzelt; dem tiefen forschenden Blick offenbart sich in ihnen ein Zusammenhang, und wie sie aus einander sich entwickelnd, eine in sich geschlossene, durch Ursache und Wirkung motivierte Reihe bilden, die, der Ausdruck geistigen Lebens und Ringens, die vorübergehenden Erscheinungen zur Zeitgeschichte macht.

An den Mann, dem die folgenden Zeilen ein wenn auch nur schwaches Denkmal setzen wollen, knüpfen sich Erinnerungen der verschiedensten Art. Durch sein Leben, das ein Bild edler Harmonie des Geistes und des Herzens, des gediegenen ernsten Wissens, zieht sich ein Gedanke: die Schätze seines Wissens und seiner angeborenen und erworbenen Fähigkeiten zur Hebung der geistigen und politischen Stellung seiner Glaubensgenossen zu verwerten. Diesem Ziele galt seine literarische Tätigkeit und sein unermüdliches Wirken auf dem Markte des Lebens. Ein rastloser Kämpfer für das unterdrückte (jüdische) Recht, suchte er Licht über den verkannten Glauben der Juden zu verbreiten, für die er immer in die Schranken trat.[117.)]

Bernhard Beer, seit dem Jahre 1834 Dr.phil., war Autodidakt. Er hat keine Gelehrtenschule, keine Universität besucht, sich aber ein tiefes Wissen in jüdischer Geschichte und Literatur, wie in der Philosophie überhaupt zu eigen gemacht, was Anzahl trefflicher Schriften bekundet. Er brachte eine sehr umfassende, reiche und wertvolle Bibliothek zusammen und lebte und arbeitete in ihr mit rührender Emsigkeit.

Seine philosophischen Studien führten ihn in Berührung mit dem Leipziger Professor Krug, der auf Dr. Beer's Anregung und Vorstellungen hin in der Ersten Sächsischen Kammer als Vertreter der Universität die bürgerliche Gleichstellung der Juden warm befürwortete. Dr. Beer gab Anlaß und den Stoff hierzu in einer Reihe von Denkschriften.

Infolge der von Dr. Beer verfaßten Vorstellung und der Befürwortung Krug's beschlossen die Kammern im Jahre 1838 einstimmig, die Regierung um Revision der Gesetzgebung über die Juden und um eine Gesetzesvorlage zur Verbesserung ihrer bürgerlichen Lage zu ersuchen.

Nach Dr. Beer's Ableben fiel sein reicher Bücherschatz zum größten Teile dem Breslauer Seminar, im Übrigen der Universität Leipzig zu. Das Kultusministerium dankte mittels Bekanntmachung vom 20. März 1862 öffentlich für diese Schenkung.

Das Seminar in Breslau verwaltete die ihm zugefallenen Bücher als „Dr. Beer's Bibliothek" und hat zwei Stipendien zu je 150 Mark für zwei würdige Seminaristen begründet. Der in Dresden der Witwe verbliebene Rest der Bibliothek Dr. Beer's fiel nach deren Ableben 1874 der israelitischen Religionsgemeinde zu und bildete den Grundstock ihrer Gemeindebibliothek (von diesen Büchern ist nichts übriggeblieben. Anm.)

Hervorragende Eingaben an die Regierung sind von Dr. Beer: „Vorstellung der israelitischen Gemeinde zu Dresden an die hohe Erste Kammer der Ständeversammlung des Königreiches Sachsen, eingereicht 1833 von Prof. Krug", sowie „Betrachtungen über den Gesetzentwurf, einige Modifikationen an den Verhältnissen der Juden in Sachsen betr. 1837."[118.)]

Emil Lehmann gibt eine gediegene Biographie des bekannten Dichters:

Berthold Auerbach
1812 - 1882

Berthold, ursprünglich Baruch Auerbach, ist „in einer lustigen Purimnacht", am 28. Februar 1812 zu Nordstetten in Württemberg geboren. In ihm waren die Hauptstücke von verschiedenartiger Natur seiner Großväter vererbt – wie er sich selbst, wenige Monate vor seinem Tode am 20. September 1881 – kennzeichnete. „Der leichtlebige lustige Musikant von mütterlicher, und der ernst vornehme grüblerische Rabbi von väterlicher Seite, seltsam gemischt."

Nach Vollendung seines dreizehnten Lebensjahres ging er nach Hechingen ins Lehrhaus (Jeschiwa), um jüdische Theologie zu studieren. Zwei Jahre später setzte er dieses Vorhaben in Karlsruhe fort, bis er auf das Gymnasium in Stuttgart kam. Auerbach gab das Talmudstudium auf, die rabbinische Kasuistik widerstrebte ihm.

Im Sommer 1833 studierte er in München. Als Mitglied der Burschenschaft geriet er in Untersuchung. Er ging nach Heidelberg und schrieb dort sein erstes Buch: Geschichte Friedrich des Großen. Er benutzte ein Pseudonym: Theobald Chauber. „Wegen der veralteten und doch nicht antiguirten Demagogengeschichte" – so schrieb Auerbach Ende 1835 – ließ man ihn nicht zum Examen zu und mußte zwei Monate auf dem Hohenasperg in Haft bleiben um, wie er sich biblisch ausdrückte, „für die alte Sünde zu büssen".

1837 schrieb er eine Abhandlung über Baruch Spinoza. Dieser blieb sein Ideal. 1846 gab er eine Übersetzung seiner sämtlichen Werke und seine Biographie heraus. 1845 sehen wir Auerbach in Leipzig. 1846 in Dresden. Im November 1846 verlobte er sich in Breslau, wo er auch heiratete. Das Eheglück war kurz. Am 5. April 1848 starb seine Gattin nachdem sie ihm einen Sohn geschenkte hatte. „Mir ist" – so schrieb er – „die Welt zerfallen". Im September 1848 ging er nach Wien, „um mich zu zerstreuen und zu vergessen".

Am 18. April 1849 verlobte er sich in Wien und zog im Oktober 1849 nach Dresden. Er schrieb hier sein Drama „Andreas Hofer" sowie später „Der Wahrspruch" und einige Lustspiele wie „Das erlösende Wort". In Dresden entstand der besonders in Lehrerkreisen wegen seiner geistvollen Blicke in die Erziehungswelt gefeierte Roman „Neues Leben", dann „Barfüssele", „Joseph im Schnee", „Edelweiss"; hier schrieb er die schönen Erzählungen für den von ihm herausgegebenen trefflichen Volkskalender, wie „Friedrich von Schwaben", „der Brauer von Kulmbach" usw. In Dresden gab Auerbach seine gesammelten Werke heraus.

Charakteristisch sind Auerbachs Urteile über damals in Dresden lebende Persönlichkeiten. „Mit Gutzkow" – so schrieb er 1850 – „läßt sich nicht in einem schönen menschlichen Verhältnis leben". Ein Hauptgrund für diese Äußerung war, daß Gutzkow judenfeindlich eingestellt war. Von Dr. Beer rühmt er 1855 „sein kernhaft echtes Wesen und seinen edlen Gemeinsinn".

Ostern 1859 schied Auerbach von Dresden und zog zunächst nach Schandau, von da Ende des Jahres nach Berlin. Auf der Höhe seines Lebens und des Ruhmes stehend erglühte er immerdar für das deutsche Volk, aber auch zugleich für seine Glaubens- und Leidensgenossen. Er wandte sich nicht vornehm von ihnen ab, verleugnete sie nicht; nein von ihm heißt es richtig „und Joseph erkannte seine Brüder". Er war ebenso groß als Dichter, wie als Mensch, er war Deutscher, er war Jude in der Worte edelster Bedeutung.[119.)]

Kommerzienrat Max Elb

Es ist nicht leicht, ein Bild des weit über Dresden hinaus bekannten Mannes zu zeichnen, der aus einem erfolggekrönten Dasein am 5. April 1925 entrissen und der durch drei Jahrzehnte ein berufener Führer unserer Gemeinde – und auf immerdar einer ihrer bedeutendsten – gewesen ist . Mit dieser Einleitung beginnt der Nekrolog im Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinde Dresden vom 25. Mai 1925.

Einer von künstlerischem Geiste erfüllten, altangesehenen Familie entstammend, hatte Max Elb, dessen Vaterhaus in einem der malerischsten Teile Alt-Dresdens, in der Schössergasse steht, eine strenge Erziehung genossen, auf die er es selbst nicht zum wenigsten zurückführte, daß er ein frühzeitig gereifter, über seine Jahre hinaus ernster Knabe gewesen ist.

21jährig konnte er nach eben beendetem Studium der Chemie es wagen, sich ein Heim und einen selbständigen Beruf zu gründen. Sorgen um Geschäft und um die sich vergrößernde Familie bildeten den Inhalt der ersten Jahre seiner Selbständigkeit, und hieraus erklärt es sich, daß Max Elb, der so früh zu arbeiten begonnen hatte, erst verhältnismäßig spät – 1895 – sich dem Dienst an der Dresdner Gemeinde zuwendete.

Hierzu regte ihn hauptsächlich der Verkehr mit Emil Lehmann an, den er zeitlebens hoch verehrte. Schon sieben Jahre nach Max Elb's Eintritt in den Gemeinderat erfolgte seine Wahl zum Vorsteher und dieses Amt hat er über 20 Jahre bekleidet, worauf er nach Amtsniederlegung als Ehrenvorsteher, einer für ihn neugeschaffenen Würde, weiterhin in Verbindung mit der Gemeindevertretung blieb.

Wohl seine wichtigste Schöpfung ist der Verband der israelitischen Religionsgemeinden Sachsen, dessen erster Vorsitzender er gewesen ist. Noch einen anderen Zeiterfolg hat er erleben dürfen: die bis dahin wie so vieles andere an der Lauheit unserer Glaubensgenossen gescheiterte Gründung einer Ortsgruppe der Vereinigung für das liberale Judentum auch in Dresden. Obwohl sich Max Elb als deutscher Jude fühlte, suchte er sein alles Jüdische umfassender Sinn auch einer Richtung wie dem ZIONISMUS, der so viele Kräfte mobil gemacht hatte gerecht zu werden und bei jeder Gelegenheit hat er sich daran beteiligt,landvertriebenen Juden eine Heimstätte zu bereiten.

Daß ein Mann von solchen Eigenschaften von fast allen Organisationen in Anspruch genommen wurde, ist nur zu verständlich. So gehörte er dem Ausschusse des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes und dem Vorstand des Zentral-Vereines an, die nicht nur seinen klugen Rat, seine Sachkenntnis, sein warmes jüdisches Herz schätzten, sondern auch ihm für seine stete Bereitschaft neben fast 50jähriger angestrengter Berufsarbeit Dank wußten.

Der Krieg 1914 – 1918 und die Nachkriegszeit haben auch auf Max Elb schwer gelastet. In demselben Maße, wie er für sich persönlich anspruchslos war, bekümmerte es ihn, daß er an Arme nicht mehr so mit vollen Händen geben konnte, wie er es von früher gewohnt war. Die Mildtätigkeit lag ihm von jeher, ohne daß es sozialer Umwälzungen bedurft hätte, im Blute und die Dresdner Gemeinde hat mit den einzelnen, die seiner Fürsorge teilhaftig wurden, einen Wohltäter verloren. „Liebe und Recht wahre und auf deinen Gott hoffe stets!" steht als Vorspruch über einer kleinen lesenswerten Schrift, die – einen Ausschnitt der Dresdner Gemeindegeschichte bildend – von Max Elb dem obenerwähnten Krankenunterstützungs-Institut gewidmet wurde.[120.)]

Am 13. August 1925 feierte Max Levi seinen 70. Geburtstag. Der Senior des Vorstandes und des Gemeinderates beging diesen seltenen Tag, um allen Ovationen aus dem Wege zu gehen, mit seiner treuen Lebensgefährtin, außerhalb Dresdens.

Die Israelitische Gemeinde sandte ihm folgendes Telegramm:

„Dem seit einem Vierteljahrhundert treu bewährten Vertreter der Interessen unserer Gemeinde, dem langjährigen verehrten Vorsitzenden des Synagogenausschusses,

Herrn Gemeindevorsteher Max Levi

widmen wir, in dankbarer Anerkennung seiner besonderen Verdienste als Gemeindeverordneter und Vorsteher, und insbesondere als liebevoller Verweser der Angelegenheiten der Synagoge und des Gottesdienstes, zum bevorstehenden 13. August, da er sein 70. Lebensjahr erfüllt, die herzlichsten Glückwünsche .

Dresden, 7. August 1925.

Der Vorstand der Isr.Rel.-Gemeinde Dresden"

Max Levi entstammt einer der ältesten jüdischen Familien Dresdens. Sein Großvater, Wolf Simon Levi, war 1838 unter den „einstweiligen Verwesern des Ältestenamtes" aufgeführt. Sein Vater, Wolf Levy, ist unter den späteren Gemeindedeputierten genannt worden. Der Gemeindeälteste, Sanitätsrat Dr. Hirschel, war sein Onkel. Max Levi selbst ist seit Januar 1902 Mitglied der Synagogenkommission, wurde am 30. November 1902 in den Gemeinderat gewählt, dem er seitdem ununterbrochen, seit Anfang 1923 als Vorsteher, angehört.[121.)]

Der sächsische Israelitische Gemeindeverband würdigte in einem Nekrolog

Simon Schocken

den 1. Vorsteher der Gemeinde Zwickau, der bei einem Autounfall im Oktober 1929 ums Leben kam und im Gemeindeverband eine gewichtige Stimme besaß.[122.)] Schocken ist eine deutsch-jüdische Familie von Warenhausbesitzern und Philanthropen, die aus Posen stammen. Sie entwickelten von Zwickau i.Sa. aus den Warenkonzern Schocken, der 1933 über 30 Filialgeschäfte in allen Teilen Deutschlands hatte.*)

Ein Vierteljahrhundert Arbeit an der Gemeinde:

Sanitätsrat Emil Zimmermann

„Am 10. Dezember 1930 sind es 25 Jahre" – so schrieb das Gemeindeblatt – „seit Sanitätsrat Dr. Emil Zimmermann in den Gemeinderat der israelitischen Religionsgemeinde Dresden gewählt wurde. 25 Jahre wirkt er mit vorbildlichem Eifer, vornehmer Gesinnung, aufrichtiger Liebe zum Judentum an dem verdienstvollen Werke.

Seit 1925 gehört er dem Vorstand an und betreut das Finanzdezernat. Stets liebenswürdig und zurückhaltend, reich an Erfahrung und Kenntnis des Lebens, wie sie die aufopfernde Arbeit des Arztes mit sich bringt, hat er sich die Achtung und Zuneigung aller, die ihm begegnen und erst recht derer, die mit ihm zu arbeiten haben, in außerordentlichem hohem Maße gewonnen, und seine Friedensliebe hat sich stets wohltuend und Spannungen lösend ausgewirkt. Die ganze Gemeinde dankt ihm an seinem Ehrentage und freut sich aufrichtig, einen Mann seiner Art an ihrer Spitze zu haben."[123.)]

*) Diamant, Adolf. Zur Chronik der Juden in Zwickau. Frankfurt 1971.

Am 28. Oktober 1920 beglückwünschte das Gemeindeblatt zum 70jährigen Geburtstag den Rechtsanwalt und Notar, Geheimer Justizrat **Felix Bondi**

Der Jubilar entstammt einer seit mehreren Generationen in Dresden ansässigen Familie, deren Mitglieder seit jeher wegen ihrer kaufmännischen Tüchtigkeit und ihres Gemeinsinns allenthalben großes Ansehen genossen.

Hier in Dresden verlebte auch Felix Bondi seine Jugend, und hier ließ er sich nach beendeter Ausbildungszeit im Jahre 1886 als Rechtsanwalt nieder. Seine hervorragende Tüchtigkeit, sein klarer Blick, die Lauterkeit seiner Gesinnung, die Verbindlichkeit seines Wesens verschafften ihm in kurzer Zeit eine bedeutende Praxis und gewannen ihm die Hochschätzung seiner Kollegen und der Richterschaft, mit denen er bei Findung des Rechts zusammenarbeitete.

Durch wissenschaftliche Tätigkeit, insbesondere auf handelsrechtlichem Gebiete, so auch als Mitherausgeber des maßgeblichsten Kommentars zum Handelsgesetzbuch, wurde er, der längst zu den angesehensten Anwälten seiner Heimatstadt zählte, allenthalben in Deutschland bekannt, und die deutsche Anwaltschaft nennt ihn mit Stolz einen ihrer prominentesten Vertreter.

Im Jahre 1920 berief ihn die **deutsche Reichsregierung** in das deutsch-französische Schiedsgericht, das auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrags zusammentrat. Hier übt er über vier Jahre lang eine verantwortliche und bedeutsame richterliche Tätigkeit aus.

Der anstrengende Beruf des vielbeschäftigten Anwalts und Wissenschaftlers ließ ihm aber stets noch Zeit, sich nicht nur in Mußestunden künstlerischen Interessen hinzugeben, sondern Felix Bondi, der immer ein aufrechter Jude war, stellte seine Arbeitskraft und seinen klugen Rat stets willig in den Dienst der jüdischen Gemeinschaft. So wurde er im Jahre 1862 zum Gemeindeverordneten gewählt, während er vom Jahre 1898 bis zum Ende des Jahres 1902 das Amt eines Gemeindevorstehers bekleidete. Seit 1902 aber hat Geheimrat Bondi in aller Stille eine umfängliche segensreiche Tätigkeit für einen großen Kreis armer, hilfsbedürftiger Juden in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Mendelssohn-Vereines geleistet. Ihm ist in erster Linie zu danken, wenn in den letzten Jahrzehnten vielen jungen jüdischen Leuten beiderlei Geschlechts die Möglichkeit gegeben wurde, ein Handwerk zu erlernen, eine Schulbildung zu genießen oder ein Studium zu ergreifen, daß ihnen sonst verschlossen gewesen wäre.

So gesellt sich denn die Jüdische Religionsgemeinde Dresden voll Dankbarkeit in die Reihe der Gratulanten ein, die sich aus Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft, Anwaltschaft und Richterschaft um das Geburtstagskind scharen wird, und wünscht ihm, daß es ihm vergönnt sein möge, nocht recht lange Jahre in bisheriger Frische seinem Berufe nachzugehen. Dann wird, dessen ist sie gewiß, auch seine Anteilnahme an allen Angelegenheiten der Jüdischen Religionsgemeinde eine gleich rege bleiben wie bisher.[124.)]

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden, zugleich im Namen ihrer Organisation, nahm im Juni 1933 in einem Kondolenzschreiben Abschied von

Oscar Lesser

1851 - 1933

In Trauer geeint stehen alle Kreise unserer Gemeinde an der Bahre ihres verstorbenen Ehrenvorsitzenden Oscar Lesser. Sein Name war ein Begriff, seine Persönlichkeit die Gewähr für Lauterkeit der Gesinnung, unbeirrbare Vaterlandsliebe und nie versagende, aus seinem jüdischen Herzen fließende Hilfsbereitschaft.

Ja, er war unser und er war es in einem mehrfachen Sinne. Einer mit Deutschland seit Generationen verwurzelten Familie entstammend, hat Oscar Lesser den größten Teil seines Lebens in seiner Vaterstadt Dresden verbracht. Ihr galt deshalb seine besondere Liebe, doch in nicht geringerem Maße hing er an seiner Dresdner Gemeinde, deren Interessen er in mannigfacher Weise aufs wärmste vertrat.

Seit 1891 als Deputierter im Gemeinderat tätig, hat Oscar Lesser danach, und zwar bis Ende 1924, dem Vorstand angehört, zuletzt im glücklichsten Vereine mit seinen Kollegen Kommerzienrat Max Elb und Richard Mattersdorf sel. A. Aber auch nach seinem Ausscheiden aus in ganzen 33 Jahre umfassender hochverdienstlicher Gemeindearbeit stand Oscar Lesser, wo er nur konnte der Gemeinde mit seinem wertvollen Rat zur Seite; ganze Generationen blickten zu ihm auf, und mit bewundernswerter Frische hat der fast 82jährige noch bis in die letzten Tage, ja Stunden seines Lebens voll mitfühlender Teilnahme die ihm am Herzen liegenden jüdischen Geschicke verfolgt.

Ein Hort den Bedrängten, ein Fels in dem bewegten Getriebe dieser Tage ist mit Oscar Lesser, unserem patriarchalischen Führer dahingegangen. Auch viele Organisationen und Wohlfahrtsbestrebungen bedauern den Tod des prächtigen Mannes und schulden ihm Dank.

Der von ihm mitbegründete Sächsische Israelitische Gemeindeverband, der Mendelssohnverein, die Krankenverpflegungsgesellschaft, die Beerdigungsbrüderschaft und nicht zuletzt das Henriettenstift verlieren in ihm einen ihrer kraftvollsten Förderer, einen Mann, der in dieser Universalität jüdisch-humanitären Wirkens immer einzig dastand und dem kaum irgendwo jemand an die Seite zu stellen ist.

Das Bild unseres nun entschlafenen Führers, eine Radierung von Georg Jahn anläßlich seines 70. Geburtstages, ziert unsere Amtsräume, das Bild aber seines Wesens, die Erinnerung an sein segensreiches Wirken, lebt fort in vielen Tausenden von Herzen und wird darin nicht verlöschen. „Denn er war unser!" Seine Werke zeugen für ihn, wir können ihm nur in Worten danken mit dem Gelöbnis, daß seine Lichtgestalt uns immerdar vorschweben und unseren verdunkelten Pfad erhellen wird über alle Grenzen des Zeitlichen hinaus.[125.)]

f. Die Rabbiner und Kantoren

Rabbiner Dr. Zacharias Frankel

Erhielt vom Rat der Stadt Dresden am 21./27. März 1836 die Vokation, durch die er zum Rabbiner der israelitischen Religionsgemeinde Dresden ernannt wurde. Am 29. März 1836 erwiderte er dem Rat, daß er sich durch diese Bestallung geehrt fühle und bereit sei, nach seiner besten Einsicht für die israelitische Religionsgemeinde tätig zu sein, auch jeden Ministerialauftrag für Dresden wie zur Revision des Kultus und Unterrichtswesens in Leipzig nachzukommen. Er fährt fort:

> *„Und wie sollte ich es nicht! Geht doch die ganze Sorgfalt, die das hohe Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichtes auf die israelitischen religiösen Angelegenheiten verwendet, aus dem Prinzip edler Humanität hervor. Gerechte und menschliche Aufsicht und Beförderung der religiösen Angelegenheiten der Juden von Seiten der hohen Potentaten Deutschlands lassen das schönste Resultat erwarten, und vor allen bewährt sich hier in Sachsen. . .*
>
> *Als einer der vorzüglichsten Punkte, an welche sich bald das religiöse Fortschreiten der israelitischen Gemeinde zu Dresden knüpft, ist unleugbar der Bau eines gemeinschaftlichen Gotteshauses zu betrachten. Ich wage schon heute einem hohen Ministerio des Kultus und öffentlichen Unterrichts und einem wohl löblichen Rathe diesen Wunsch auszudrücken, denn nur so wird der Volkslehrer auf seine ganze Gemeinde einwirken können, es lässt sich endlich nur in einem allgemeinen Gotteshause, wo der Rabbiner unmittelbar den Gottesdienst leitet, die gewünschte Andacht und Ordnung herstellen. Vielleicht könnte meine Gegenwart etwas zur Beförderung dieses Unternehmens beitragen und ich wünsche daher bald mein Amt in Dresden anzutreten."*

(Eine erforderliche Niederlassungsgenehmigung für Dr. Frankel, dessen Gattin und deren Köchin wurde am 28. März 1836 ausgefertigt.)

Sonntag, den 29. Mai 1836 kam Dr. Frankel, an der Landesgrenze in Hellendorf von einem Gemeindemitglied, in Pirna von den Gemeindeältesten, den Mitgliedern des Religionsausschusses und den Vorstehern der Beerdigungsbrüderschaft, der beiden Krankenvereine und des Mendelssohnvereines empfangen und begrüßt, in Dresden an. In seiner Wohnung Pfarrgasse, waren die Schüler der Landau'schen und der Meyer'schen Schule, mit ihren Lehrern aufgestellt und begrüßten den Ankömmling mit wohleingelernten Versen.

Am folgenden Sabbat (Parschat Behaoloscho), hielt er im Bethaus hinter der Frauenkirche seine Antrittspredigt.[126.)]

Dr. Zacharias Frankel, der spätere Rabbiner und Seminardirektor wurde im Jahre 1801 in Prag geboren und starb 1875 in Breslau. Väterlicherseits stammte er von Rabbi Jakob (Koppel) Fränkel, einem Wiener Exulanten vom Jahre 1670, sowie von der berühmten Rabbinerfamilie Spira, mütterlicherseits von der Familie Fischel, die der Gemeinde Prag eine Reihe von bedeutenden Talmudgelehrten schenkte.

In der Jeschiwa (Lehranstalt) seiner Vaterstadt gewann Frankel ein ausgebreitetes halachisches Wissen; er promovierte 1830 in Budapest. Im folgenden Jahre wurde er von der Regierung zum Kreisrabbiner von Leitmeritz, mit dem Sitz in Teplitz ernannt. Er war der erste Rabbiner mit moderner Bildung in Böhmen und richtete sein Augenmerk vor allem auf die Hebung des Kultus und des Jugendunterrichtes.

1836 wurde er als Oberrabiner nach Dresden berufen. Hier wirkte er an der Seite des Dresdner Gemeindevertreters Bernhard Beer für die rechtliche Besserstellung der Juden in Sachsen, und bewirkte durch seine Schrift „Die Eidesleistung der Juden in theologischer und historischer Beziehung", daß nicht nur in Sachsen und den meisten anderen deutschen Staaten der „Judeneid" eine würdigere Form annahm, sondern daß auch der französische Kassationshof den „Judeneid" abschaffte.

Eine Berufung nach Berlin als Oberrabbiner lehnte er ab, da die preußische Regierung sich weigerte dieses Amt öffentlich anzuerkennen. Er blieb bis 1854 in Dresden und wurde dann als Direktor des eben gegründeten Jüdischen theologischen Seminars nach Breslau berufen, an dessen Spitze er bis zu seinem Tode,1875, segensreich wirkte.

Neben dieser seiner amtlichen Tätigkeit hat Frankel ununterbrochen mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten gelebt. Seine eigenen wissenschaftlichen Arbeiten begann er mit den „Vorstudien zu der Septuaginta" (Leipzig 1841) und setzte sie in besonderen folgenden Werken fort: „Über den Einfluß der palästinensischen Exegese auf die alexandrinische Hermeneutik" (Leipzig 1851); Wertvolle Abhandlungen erschienen in den Beilagen zu den Jahresberichten des Jüdisch-theologischen Seminars. Eine Fundgrube für die mannigfachsten wissenschaftlichen Studien und Zeitschilderungen bildete die von Frankel begründete „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums" und in der er eine Reihe wertvoller Arbeiten veröffentlichte.

In den religiösen Kämpfen seiner Zeit wurde Frankel der Führer der Mittelpartei, der sogenannten positiv-historischen Schule. Seine Stellungnahme in dem Hamburger Gebetbuchstreit erweckte das Mißfallen der Orthodoxen Juden, weil er Änderungen in dem überlieferten Ritual für statthaft erklärte und der Reformer, weil er vom historischen und dogmatischen Standpunkte an dem Gebetbuch mancherleit Unstimmigkeiten feststellte.

Großes Aufsehen erregte sein Schreiben vom 18. Juli 1845, in dem er seinen Austritt aus der in Frankfurt am Main tagenden 2. Rabbinerversammlung erklärte, da er nicht mit Rabbinern zusammenarbeiten könne, die die hebräische Sprache für unnötig für den öffentlichen Gottesdienst erklärten!

Es begann ein Streit um diese Fragen. Die große jüdische Öffentlichkeit verhielt sich diesem Streite gegenüber gleichgültig, und Frankels Stellung wurde immer mehr gestärkt durch die große Zahl seiner Schüler, die sich als Gelehrte und Repräsentanten des konservativen Judentums einen Ruf erwarben, und von denen nur einige und zwar Wilhelm Bacher, Moritz Güdemann, Israel Lewy, Josef Perles und Moses Samual Zuckermandel genannt werden sollen.[127.)]

Rabbinische Gelehrsamkeit war das Erbteil seines Hauses; bereits sein Großvater, der aus Lissa stammende David Wolf Landau, bekleidete im Anfang des 19. Jahrhunderts, fünfzehn Jahre lang, das Dresdner Rabbinat, der erste in einer Reihe verdienter Männer. An seinen Namen knüpft eine der zahlreichen Legenden an, die sich um den Namen und das Geschick des großen Korsen ranken; er soll Napoleon vor dem Zuge nach Rußland gewarnt haben. Als Enkel dieses David Wolf Landau wurde (Oberrabbiner)

Wolf Landau

am 1. März 1811 in Dresden geboren. Den ersten Unterricht erteilte ihm sein Vater, der gleichfalls dort als Lehrer tätig war; dann ward er der Schüler Abraham Löwys, des Nachfolgers seines Großvaters, um zuletzt seine Studien auf talmudisch-rabbinischem Gebiete bei einem Rabbiner Böhmens, R. Aaron Kornfeld in Jenikau, zum Abschluß zu bringen.

Erst als neunzehnjähriger junger Mann, in einem Alter, in welchem unsere junge Welt das das Gymnasium zu verlassen pflegt, bezog er 1830 das Gymnasium seiner Vaterstadt, sechs Jahre später, 1836, die Universität Berlin, auf welcher er sich vornehmlich philosophischen Studien widmete; nach dem Abschluß kehrte er in seine Vaterstadt zurück, um sie nicht wieder zu verlassen und in seiner Heimatgemeinde in einer an Umfang und Erfolgen gleich reichen Tätigkeit nahezu fünfzig Jahre zu dienen.

Die Dresdner Gemeinde hatte, kurz nachdem Wolf Landau die Universität bezogen hatte (1837), eine eigene Gemeindeschule errichtet; an sie wurde der junge Gelehrte zunächst berufen. Hier wirkte er unter den Augen des dritten in der Reihe der Dresdner Rabbiner, Zacharias Frankels, bis zum Jahre 1854, in welchem Frankel nach Breslau an das dort neu gegründete jüdisch-theologische Seminar übersiedelte. Es war für Landau eine Ehre und ebenso große Anerkennung für seine bisherige Wirksamkeit, daß er einstimmig zum Nachfolger Frankels gewählt wurde, die am 26. Juli 1854 erfolgte und am 24. August 1854 vom sächsischen Kultusministerium bestätigt wurde. Titel und Amt eines Oberrabbiners erhielt er bald darauf, am 27. Dezember des gleichen Jahres.

Wolf Landau war von Haus aus eine stille Gelehrtennatur. Sein Wissen und seine Fähigkeiten berechtigten ihn sich neben die Männer zu stellen, welche im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts die Wissenschaft vom Judentum begründeten und durch ihre grundlegenden Werke ihren Namen für alle Zeiten Dauer verliehen. Zeugnis dessen sind die wenigen Abhandlungen, die er in Frankels Zeitschrift für die religiösen Interessen des Judentums und später in der Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums veröffentlichte. Sie behandeln philosophische und talmudische Gebiete und sind auch teilweise h e u t e noch von Interesse, so zum Beispiel die Abhandlung, in welcher er die im Judentum herrschenden Auffassungen über den Begriff der Tierquälerei darlegt. Aber sein eigentlicher Beruf war die Wissenschaft gleichwohl nicht, vielmehr war dies die rabbinische Tätigkeit innerhalb der Gemeinde.

Unendlich größer aber noch als seine, sagen wir geistliche oder seelsorgerische Tätigkeit muß seine soziale Wirksamkeit gewesen sein. Ihren Umfang ermessen und zu begreifen, ist in unserer Zeit der umfassenden sozialen und fürsorgerischen Arbeit fast nicht mehr möglich.

Er bewältigte die soziale Arbeit als einzelner, wozu heute ganze Ämter mit Berufsbeamten erforderlich sind. Er war nicht nur der Wohltäter zahlreicher Einzelpersonen seiner Gemeinde, sondern erweckte und erhielt noch in ihr das Bewußtsein der Verpflichtung aller gegen alle, in dem allein eine Gemeinschaft leben und gedeihen und sich zu einer sittlichen Gemeinschaft entwickeln kann. Wo es zu lehren, wo es zu helfen galt, da war Landau am Platze, sonst aber liebte er es nicht hervorzutreten.

Aber auch gegen seine Neigung trat er dann an die Öffentlichkeit, wenn die Pflicht es erheischte. Der größte Teil seiner amtlichen Tätigkeit fällt in die Zeit der Emanzipationsbestrebungen der deutschen Juden.

In diesem Kampf hat auch Wolf Landau eingegriffen, indem er 1846, also bald nach Abschluß seiner akademischen Studien und lange vor seiner Wahl zum Rabbiner seiner Vaterstadt, eine Petition des Vorstandes der Israelitischen Gemeinde zu Dresden und in ihr Schicksal in der Zweiten Kammer in einer Schrift vor der Öffentlichkeit behandelte.

So wurde Oberrabbiner Dr. Wolf Landau immer mehr und mehr der geistige Führer, der anerkannte Mittelpunkt seiner Gemeinde, der Repräsentant der sächsischen Judenheit vor der Öffentlichkeit bis zu den höchsten Stellen des Staates. Mit den Geistlichen der christlichen Bekenntnisse stand er in bestem Einvernehmen. Bei der Trauerfeier für ihn erschien, was damals viel beachtet wurde, einer der christlichen Geistlichen im Ornat in der Synagoge. Auch bei Hof erfreute Landau sich verdienter Wertschätzung; König Johann von Sachsen (1854 bis 1873) empfing ihn wiederholt in Audienz und vererbte die Achtung, die er dem selbstlosen, verdienten Manne entgegenbrachte, auf seinen Sohn und Nachfolger Albert (1873 bis 1902).

Am meisten verehrte ihn aber seine Gemeinde. Diese Verehrung für ihn kam zum ersten Male zum überwältigenden Ausdruck im August 1879, als die Gemeinde an dem „dreifachen Jubeltage" sein vierzigjähriges Jubiläum als Lehrer und sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Rabbiner mit der Hundertfünfzigjahrfeier der Geburt Moses Mendelssohns (geb. 6.Sept.1729) verband. Damals überreichte ihm der Mendelssohnverein, dem Landau seit 1851 wertvolle Dienste geleistet hatte, die bereits erwähnte Adresse, und der sächsische König ehrte den Jubilar durch Verleihung des Albrechtkreuzes I. Klasse, eine Auszeichnung, wie sie bis dahin noch nicht vielen Rabbinern in Deutschland zuteil geworden war.

Sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum zu feiern, war ihm nicht vergönnt, ein sanfter Tod erlöste ihn am 24. August 1886 nach einem kurzen Krankenlager in einem Alter von 75 Jahren. Die Trauer um ihn war allgemein; selbst die nichtjüdischen Blätter und sogar die antijüdischen Blätter Dresdens weihten dem Toten Worte der Anerkennung. Am 26. August 1886 fand in der Synagoge die Trauerfeier statt, an welcher zahlreiche weltliche und geistliche Würdenträger, vor allem aber die Gemeinde, sowie Deputationen der auswärtigen Gemeinden aus Sachsen teilnahmen. Als erster der Trauernden nahm der Vorsitzende der Gemeinde Emil Lehmann das Wort, dann sprachen die Rabbiner Dr. Goldschmidt, Leipzig, und Dr. Feilchenfeld, Schwerin, worauf der Trauerkondukt sich zum Friedhofe begab. Dort sprachen noch am Grabe die Rabbiner Dr. Mühlfelder, Chemnitz, und Dr. Baerwald, Saaz. Die Gemeinde ehrte den Heimgegangenen noch besonders, daß sie ihm (und seiner Gattin, die ihm 1891 folgte) ein würdiges Grabmal setzte. Später wurde noch eine Dr. Wolf-Landau-Stiftung aus freiwilligen Beträgen errichtet, die später der Inflation zum Opfer fiel.[128.)]

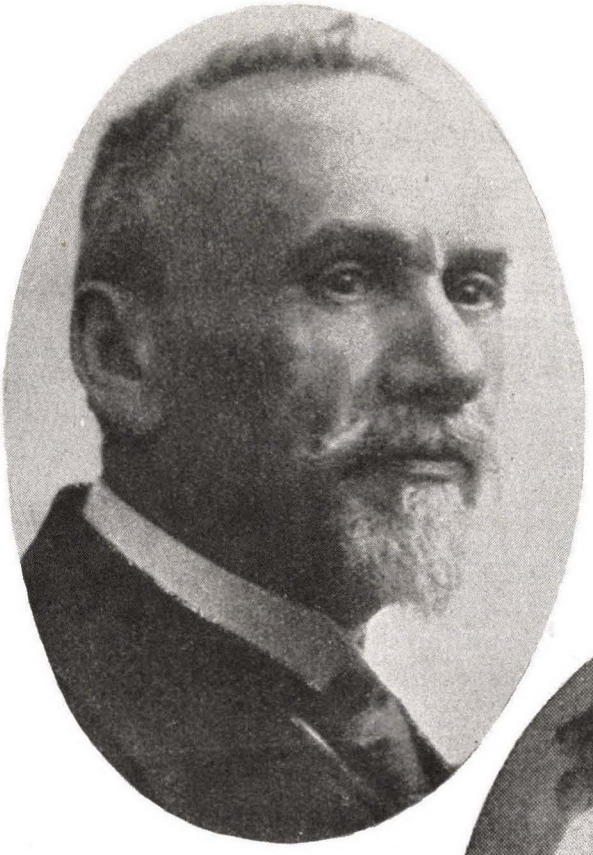
Siehe auch Seite 123)



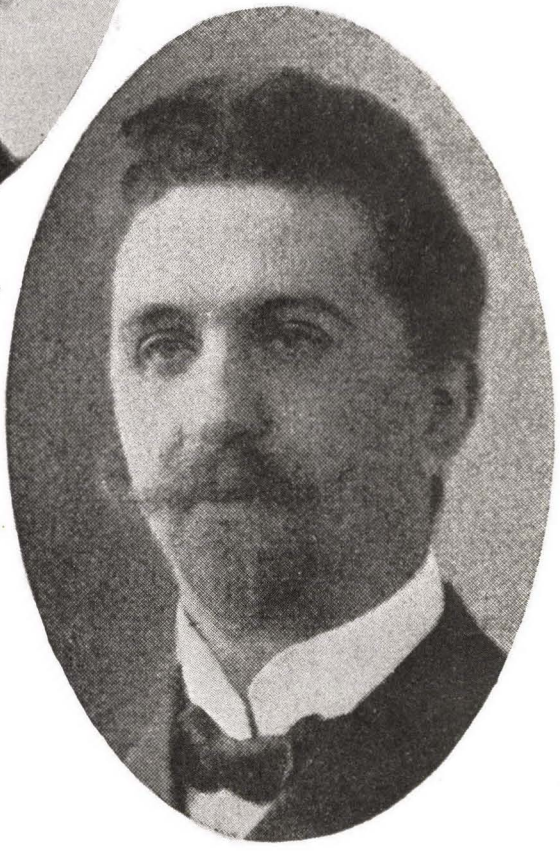
Dr. Wolf L a n d a u
1854 bis 1886
Oberrabbiner



Dr. Zacharias F r a n k e l
von 1836 - 1854,
Oberrabbiner
dann in Breslau Begründer
und Leiter des Rabbiner-
Seminars bis 1875



Professor Dr. Jakob W i n t e r
Rabbiner von 1886 - 1940



Dr. Leopold S t e i n
Rabbiner und Religionslehrer
von 1907 - 1916

Rabbiner Professor Dr. Jakob Winter

Er wurde am 30. Juni 1857 in Sandorf, einem kleinen slovakischen Dorf im damaligen Ungarn geboren. Seine Eltern hatten eine Bäckerei und Landwirtschaft. In dem Dorf lebten etwa 20 jüdische Familien. Schon sein Vater hatte ein großes Bildungsbedürfnis, er war sogar auf eine deutsche Zeitung abonniert und am Sabbat Nachmittag versammelte sich die Judenheit des Örtchens im Hause der Eltern, um sich von dem Vater Winters die Vorgänge der Welt erzählen zu lassen.

Jakob Winter selbst meint, daß dadurch auch in ihm trotz seines intensiven Talmudstudiums, welches er seit frühester Jugend betrieb, das Verlangen nach profaner Bildung rege wurde. Als er 12 Jahre alt war, starb seine Mutter und der Knabe kam nach St. Johann, gleichfalls einem Dorf in der Nähe seiner Heimat, um dort weiter Talmud zu lernen. Er war zu „Täg" (Kosttage), jeden Tag wo anders und schlief auf dem Backofen oder auf einer Bank. Als er im nächsten Jahr Bar-Mitzwa (Konfirmant) wurde, nähte man aus dem Hochzeitsrock seines Vaters seinen Bar-Mitzwa-Rock.

Der Vater hatte inzwischen die Schwester seiner verstorbenen Frau geheiratet. Mit 14 Jahren kam Jakob Winter zum Talmud Studium nach Miava; abends, wenn der Rabbi am warmen Ofen stand, ging er ins Nebenzimmer zu der Tochter des Rabbi, um von dieser Französisch zu lernen, und um 4 Uhr morgens stand er auf, um deutsche Bücher zu studieren. Winter sagt selbst, daß er sich nicht erinnere,als Kind gespielt zu haben. Arbeit und Entbehrung, das war seine Jugend.

Schon in Miava schloß Winter Freundschaft mit Dr. Eckstein, dem späteren Bamberger Rabbiner, mit dem er bis zu dessen Ableben in den 30er Jahren oft und gern zusammentraf. Die beiden jungen Leute gingen dann mit 17 Jahren nach Preßburg, wo sie den Vorträgen in der Hochschule für Rabbinatskandidaten lauschten. Aber auch Preßburg wurde diesen strebsamen jungen Menschen bald zu eng. Sie beschlossen – ohne alle Mittel – nach Berlin zu fahren, um das im Jahre 1873 gegründete Hildesheimer'sche Rabbiner-Seminar zu besuchen. In Berlin erwartete sie die große Enttäuschung: Die Schwierigkeiten der Zulassung zum Seminar waren unüberwindlich, und sie waren schließlich glücklich, zunächst „auf Probe" in die Lehrerbildungs-Anstalt, die damals unter der Leitung von Direktor Horwitz stand, aufgenommen zu werden. Dieser erkannte nach wenigen Monaten das ernste Bestreben der jungen Leute und nahm sie endgültig als Schüler auf. Die beiden hatten Stipendien, sie erhielten allmählich einige Privatstunden und setzten ihr Studium unter unendlichen Entbehrungen fort; sie hatten zusammen ein Zimmer mit einem Bett und während der eine ruhte, studierte der andere. Nach dreijährigem Besuch der Anstalt erhielt Winter das Zeugnis als Preußischer Volksschullehrer, auf das er immer stolz war.

Schon damals machte ihn sein Direktor auf einen freiwerdenden Lehrerposten in Dresden mit dem Bemerken aufmerksam, daß er ihn dort empfohlen habe; Winters Streben war aber ein höheres. In Berlin waren die Bildungsmöglichkeiten größere und er besuchte zunächst als erwachsener junger Mensch das Königstädter Gymnasium, um sein Abitur zu machen. Wie intensiv Winter lernte, zeigt, daß er noch als Achtzigjähriger die Oden des Horaz in lateinischer Sprache auswendig kannte. Er war schon als junger Mensch ein Verehrer deutscher Kultur, das Studium der deutschen Klassiker war für ihn höchster Genuß – wie er sagte.

Nach mehrjährigem Besuch des Breslauer Seminars wurde der 29jährige Rabbinatskandidat zum Probepredigen nach Dresden geladen, wo durch den Tod von Rabbiner Landau die Rabbinerstelle frei geworden war.

An den hohen Feiertagen des Jahres 1886 predigte Dr. Winter zum ersten Male in Dresden; seine jugendliche Begeisterung und der Schwung seiner Rede sicherten ihm die Sympathien der Gemeinde.

Aus einer dreijährigen Probezeit wurde bereits nach eineinhalb Jahren ein lebenslänglicher Vertrag und dem Bund mit der Gemeinde folgte im Jahre 1886 der Bund der Ehe, mit Grace Allen. Die Gemeindemitglieder erinnern sich mit wehmütiger Liebe „unserer Räbbizen"; sie war im wahrsten Sinne des Wortes eine „Mutter der Gemeinde". Wenn sie in rührender Frömmigkeit an den hohen Feiertagen im weißen Kleid auf ihrem Tempelplatz stand, wenn sie sich in Liebe alter gebrechlicher Gemeindemitglieder annahm und ihnen Gesellschaft leistete, wenn sie – schon noch als junge Frau – Verstorbenen den letzten Liebesdienst erwies, immer konnte diese Rabbinersfrau der Liebe und Verehrung der Gemeinde sicher sein. Drei Kinder entstammten der Ehe.

Winter als Kanzelredner: Er hat es sich und der Gemeinde nicht leicht gemacht, seine von tiefen philosophischen Wissen erfüllten Reden zwangen zu ernstem Nachdenken und oft zu anstrengender Arbeit, um sie im tiefsten Sinn voll erfassen zu können. Er sprach auf der Kanzel nie die Sprache des Alltags: „populär" zu predigen lag ihm nicht, und trotzdem war es ein Genuß, seinen Ausführungen zu folgen, seine Predigten waren durchgearbeitet bis zur Vollendung, sie waren druckreife Werke eines Gelehrten.

Winter als Lehrer: Das was man unter einem „Pädagogen" versteht, ist Winter nie gewesen. Man mußte zu ihm kommen mit dem unbedingten Willen zu arbeiten. Hatte man aber diesen Willen, so war es ein Vergnügen, von ihm zu lernen. Er verlangte von seinen Schülern viel, und befaßte sich gern nur mit denen, die wirklich lernen wollten.

Winter in der Gemeinde: Der Rabbiner des Ausgleiches. Kein Liberaler konnte ihm je nachsagen, daß er zu orthodox, und kein Orthodoxer, daß er zu liberal sei. Dabei fest und unerbittlich in seinen Ansichten. – Als Seelsorger geliebt von seiner Gemeinde! Seine gesellschaftlichen Beziehungen zu den Gemeindemitgliedern waren sehr, sehr rege. Man kannte ihn als geistvollen Erzähler selbst erlebter Anekdoten, und – als liebenswürdigen Skatspieler.

Winter als Gelehrter: Viele schriftstellerische Werke entstammen seiner Feder, und der Autorenname Winter und Wünsche, mit welch letzterem er manche Werke gemeinsam schuf, ist nicht nur in jüdischer, sondern in der Gesamttheologie bekannt und geehrt. Die hohe Wertschätzung des Gelehrten Winter wurde auch von behördlicher Seite durch die Verleihung des Titels „Professor" anerkannt.

Zum 50jährigen Amtsjubiläum im Oktober 1936 brachte das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden mehrere Würdigungen zu Ehren des Jubilars.[129.)]
Aus dem selben Anlaß hielt Rabbiner Leo Baeck in der Dresdner Synagoge eine Laudatio für Rabbiner Winter.

Bis zu seinem Tode hört man von Prof. Dr. Winter nichts mehr. Er war ja ein greiser, in Ehren gehobener Rabbiner, dessen Amtsgeschäfte nun Dr. Albert Wolf wahrnahm. Rabbiner Jakob Winter starb am 18. März 1940 in Dresden.[130.)]

Eines christlichen Hebraisten und Übersetzers muß hier an dieser Stelle gedacht werden.

August Wünsche

Er wurde im Jahre 1839 in Hainewalde bei Zittau geboren und starb 1913 in Dresden, wo er als Oberlehrer an der städtischen höheren Töchterschule von 1869 bis 1905 tätig war.

Seit seinen Studienjahren in Leipzig, in denen er Schüler von Franz Delitzsch und Julius Fürst gewesen war, widmete er sich der Erforschung des jüdischen Schrifttums.

Besonders ist er als Übersetzer folgender Werke bekannt geworden:

1, *Midraschim, (Forschung für religiöse Schrifterklärung, eine Darstellung der mündlichen Lehre und Schriften in denen sich beides befindet. Anm.).*

2. *haggadischer Talmud, (erzählende Belehrung/Interpretation. Anm.)*

3. *Jerusalemischer Talmud, (dieser wurde in seinen erzählenden Bestandteilen zum ersten Male ins Deutsche übertragen.)*

4. *der Babylonische Talmud in seinen haggadischen Bestandteilen, (1886 - 1889).*

5. *Midrasch rabba, (Methode religiöser Schrifterklärung, eine Form der Darstellung der mündlichen Lehre, Schriften in denen sich beides befindet. Anm.)*

6. *Passikta de Raw Kahana, (Gesamtbezeichnung für Sammlungen von einzelnen Lektionen aus der Thora oder aus Prophetenvorlesung. Anm.)*
   Die beiden letzteren Werke hatte Wünsche in den Jahren 1880 - 1885 bearbeitet.

7. *Aus Israels Lehrhallen, bearbeitet von 1907 bis 1910. In fünf Bänden brachte er Übersetzungen und Legenden vom Leipziger Prediger Adolph Jellinek sowie dessen Werk „Beth hamidrasch" (Lehrhaus. Anm.) heraus.*

8. *Die jüdische Literatur seit Abschluß des Kanons, gab Wünsche zusammen mit dem Dresdner Rabbiner Jakob Winter in den Jahren 1894 bis 1897 heraus; in einer dreibändigen Anthologie war dies die erste zusammenfassende Übersicht des gesamten jüdischen Schrifttums mit ausgiebigen Proben.*

9. *Die Schönheit der Bibel, erschienen im Jahre 1906.*

10. *Die Bildersprache des alten Testaments, erschienen auch 1906; die letzteren Schriften sind zwei ästhetische Würdigungen der Bibel, die besonders hervorgehoben werden sollten.* [131.)]

Rabbiner Dr. Albert Wolf

trat im Jahre 1920 sein Amt als Rabbiner in Dresden an der Seite von Dr. Jakob Winter an. Schon in seiner Studienzeit war er ein Verehrer Winters und in seiner Antrittsrede konnte er Winter sagen, daß „er ihm ein guter Bekannter sei,obwohl er ihn noch nie gesehen habe".

Dr. Wolf studierte im Breslauer Seminar bei Professor Levy und brachte profunde jüdische Kenntnisse zur Hochschule mit.

Von seiner Tätigkeit in Dresden kann hier leider nicht viel berichtet werden, da dementsprechendes Material fehlt. In der „Kristallnacht" am 9./10. November 1938 wurde Dr. Wolf mit vielen anderen Juden in Dresden verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht, wo er besonders bestialisch mißhandelt wurde. Ein Augenzeuge berichtete: „daß er den Rabbiner Dr. Wolf nicht wiedererkannt habe, da sein Gesicht blutig und geschwollen war". 1939 wurde Dr. Wolf aus dem KZ-Buchenwald entlassen und kehrte für ganz kurze Zeit nach Dresden zurück,um im Februar 1939 nach England zu emigrieren. Später wanderte er nach den USA aus, war Rabbiner in Chikago und starb dort.[132.)]

Rabbiner Hirsch Horowitz

(geb. 1872) war das geistliche Oberhaupt der orthodoxen Juden in Dresden. Diese hatten sich 1919 zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen und bezeichneten sich „Schomre-ha-dat". (Hüter des Gesetzes)[133.)]

Rabbiner Dr. Eugen Gärtner

amtierte nur kurze Zeit in Dresden. 1916 brachte eine kurze Pressenotiz die Erwähnung des Rabbiners:

> *„Nachdem Rabbiner Dr. Gärtner seit Kriegsausbruch an der Front im Westen stand, ist er jetzt erstmalig zu mehrmonatigem Urlaub zurückgekehrt und wird seine Tätigkeit als Religionslehrer in dieser Zeit wieder ausüben.*
>
> *Dr. Gärtner ist mehrfach ausgezeichnet (Militär-, St.-Heinrichs-Medaille, Friedrich-August-Medaille) und Offiziersaspirant. Während des Sommerurlaubes von Rabbiner Professor Dr. Winter hat er dessen Vertretung und diese mit dem letzten Freitagabendgottesdienst begonnen."*[134.)]

Dr. Eugen Gärtner wurde am 7. Dezember 1885 in Schweinfurt geboren. 1927 war er Rabbiner der Gemeinde Zwickau i. Sachsen und Vertreter der dortigen Landeswohlfahrtsstelle in Dresden. Vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1938 war er Landesrabbiner von Braunschweig und Präsident der Leopold-Zunz-Loge. Am 28. April 1938 landete er mit Frau und Tochter in New York. Seit 1954 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Leo-Baeck-Institutes. 1967 klagte er über ein Augenleiden.[135.)] 1971 beging Dr. Gärtner sein 86. Lebensjahr.

Rabbiner Dr. Leopold Stein

Er wurde am 4. April 1873 geboren und war Rabbiner und Religionslehrer in Dresden von 1905 bis 1916. Er hat Einlagen zum Gebetbuch für Neujahr und Versöhnungstag zum Gebrauch der SYNAGOGE DRESDEN verfaßt, die vor 1915 gedruckt wurden. Außerdem hat er noch verschiedene wissenschaftliche Arbeiten geschrieben, die ebenfalls publiziert wurden. Er starb in Dresden am 16. Januar 1916 und wurde auch dort beerdigt.

Rabbiner Emanuel Königshofer

Geboren am 30. Mai 1908 in Frankfurt am Main. Seine Jugend verlebte er in Halberstadt, wo er jüdische und profane Erziehung erhielt. 1928 kam er an das Hildesheimer Rabbiner-

Seminar in Berlin wo er – nach Unterbrechung einige Jahre an der Thoralehranstalt in Mir in Polen weiterstudierte – und im Jahre 1934 als Rabbiner und Lehrer anerkannt wurde. In diesem Jahr wurde er in Dresden als Rabbiner in den Räumen der B'nai-B'rith-Loge bei der orthodoxen Gemeinde und zusätzlich als Lehrer in der Talmud-Thora-Schule angestellt. Mit der Gründung der Gemeindeschule wirkte er dort als Religionslehrer. Im Jahre 1937 verließ er Dresden nach seiner Berufung als Klaus-Rabbiner in Hamburg. 1938 wanderte er nach England aus, wo er als Mitglied am Institut für Rabbinats-Studien sechs Jahre tätig war. Später war er Leiter einer Talmud-Thora Schule in London. 1963 wanderte er mit seiner Familie nach Israel aus. Dort ist er Vorsitzender an der Jeschiwa (Lehranstalt) in Kfar Saba. Wissenschaftliche Abhandlungen von ihm sind in Arbeit, nebenbei publiziert er auch wissenschaftlich in Zeitungsberichten. Er wohnt derzeit in Bne-Berak, einer besonders orthodoxen Stadt.

Kantor Raphael Hofstein

„Am Mittwoch, dem 18. Februar 1891, folgte ich einer Berufung der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden zur Abhaltung eines Probevortrages.

Mein erster Auftrag war, mich zu dem Rabbiner, Herrn Dr. Winter, zu begeben, der die Probekandidaten einer Prüfung im Hebräischen unterzog. Die Probe ging glatt vonstatten. Meine Stimme war klar und rein und,wie ich später erfuhr, waren zu diesem Probevortrag Professor Kranitz, Direktor der königlichen Konservatoriums, Kammersänger Scheidemantel und Kapellmeister Hagen von der Hofoper als Sachverständige eingeladen, die auch ihre Anerkennung über das Gehörte aussprachen.

Nachdem ich in Krotoschin, wo ich sieben Jahre amtierte, große Kämpfe zu bestehen hatte, denn die dortige Gemeinde wollte mich nicht entlassen, konnte ich dem Wunsche der Dresdner Gemeinde nachkommen und am 1. Juni 1891 die Kantorstelle in Dresden antreten.

Während meiner 40jährigen Amtszeit in meiner mir liebgewordenen Gemeinde hat sich in der Zeit viel gewandelt. Ich habe viel Freuden erlebt, aber auch Kummer und Leid blieben mir nicht erspart. Nun bin ich ein alter Mann, aber Gott gelobt körperlich und geistig noch frisch und hoffe noch lange zu Ehre Gottes und zum Wohlgefallen meiner Gemeinde wirken zu können. Dresden, im Mai 1931."[136.)]

Zum 80. Geburtstage von Oberkantor Raphael Hofstein gratulierte die gesamte Dresdner Gemeinde . Das „Jüdische Gemeindeblatt Dresden" schrieb am 15. Januar 1938:

> *„. . . dass sich dieser edle Bariton bis ins hohe Alter so kultiviert erhalten hat, ist fraglos der trefflichen Ausbildung zu danken. Aber wenn Hofstein künstlerisch hochstehend Lieder und Balladen – insbesonders von Schubert und Carl Löwe – vortrug, so prädestinierte ihn doch seine gesamte Veranlagung für die Synagoge und nicht für das Konzertpodium. Denn in ihm lebte zugleich das große und seltene Talent des echten jüdischen Rhapsoden, dem die Kunstform des freien Improvisierens, des musikalischen Erfindens beim Gebetgesang ein natürliches Erbe ist.*
>
> *Wertvolle Aufzeichnungen befinden sich innerhalb eines großen Sammelwerkes von Hofstein, in welchem er in unermüdlicher Arbeit die Früchte seines Wirkens in der Dresdner Synagoge zusammengetragen hat."*[137.)]

In den kleinen Betstuben fungierten ebenfalls Kantoren, die aber als Vorbeter bezeichnet wurden.

Zur Geschichte der Familie Salomon

Die Geschichte der Dresdner Familie Salomon, deren Häupter sich sogar noch 1928, in der dritten Generation, dem Kunst- und Antiquitätenhandel gewidmet haben, läßt sich in Dresden nur bis etwa zur Mitte des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen, also bis in die Zeit, in der der Judenschaft der Hauptstadt die ersten gesetzlichen Grundlagen vom Kurfürsten gegeben wurden.

Ein Zweig der Salomons führte ursprünglich einen anderen Namen; erst der 1774 oder 1775 in Dresden geborene Vorfahr hat gemäß der obrigkeitlichen Verordnung den jetzigen Familiennamen festgelegt; dies scheint etwa 1810 geschehen zu sein.

Bedauerlicherweise sind aus der ältesten Dresdner Periode außer einigen wenigen Traditionen und wenigen Familienpapieren keinerlei näheren Aufschluß gebende Altertümer erhalten geblieben, und die sandsteinernen Denkmäler auf dem alten israelitischen Friedhof an der Pulsnitzer Straße sind dermaßen verwittert, daß sie heutzutage nichts mehr zu sagen vermögen.

In der Mitte und der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat es in Dresden mehrere jüdische Familien Salomon gegeben, die nicht sämtlich miteinander blutsverwandt waren; sie sind aus Berlin, Warmbrunn, Wandsbek, Waldenburg, Filene, Hannover und anderen Orten eingewandert. Auch die um das Jahr 1800 schon in Dresdner Ratsakten vorkommenden vier Familien Salomon gehören augenscheinlich nicht in den Stammbaum des Geschlechts, von dem hier geredet werden soll.

Dies letztere hieß ursprünglich Schorr oder Schur. Dieser hebräische Name (Schaur) bedeutet Ochs, Stier; er bezieht sich nach mündlicher Mitteilung von Rabbiner Dr. A. Wolf in Dresden auf eine Stelle im letzten Segen des Moses (5.Mos.,Kap.33.Vers 17), den er über die zwölf Stämme Israels einzeln vor seinem Tode aussprach: „Seine Herrlichkeit ist wie eines erstgeborenen Stiers und seine Hörner sind wie Einhornshörner usw." Das war dem Stamme Joseph gesagt, dem der Stier gleichsam als Symbol oder Wappentier vorgehalten wurde, ähnlich wie Juda mit dem Löwen oder Naphtali mit dem Hirsch in Verbindung gebracht wird. Es ist also mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß der älteste Schorr Joseph geheißen hat. In Polen kommt der Name Schorr häufig vor. (Auch im Staate Israel. Anm.)

Im Dresdner Ratsarchiv befindet sich eine aus dem Jahre 1803 und vorher stammende, vom Gouvernement geführte dickleibige Konduitenliste über die einzelnen Väter der Dresdner Judenschaft und ihre Vermögens- und Familienverhältnisse. Über die Familie Schorr ist dabei kein Vermerk gemacht. Es läßt sich also das Jahr, in dem der erste Schorr oder Schur in Dresden erschien, noch nicht mit einer glatten Ziffer nennen; es dürfte wohl in die Regierungszeit Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen, der als König von Polen August III. genannt wurde, oder spätestens in die erste Periode des Kurfürsten Friedrich August des III. fallen.[138.)]

Das Auktionshaus Salomon in Dresden war eines der führenden und bekanntesten in Deutschland.

Die Gemeindeverwaltung im Jahre 1932/33:

Vorsitzender Max Lesser, Dresden, Hübnerstraße 18
Geschäftsführender Vorsitzender Dr. jur John Levy, Dresden, Hohe Straße 38
Stellvertretender Vorsitzender Egon Feuerstein, Dresden, Kipsius Straße 10
Direktor Erich Schapira, Dresden, Bernhardstraße 37
Vorsitzender Samuel Weiger, Dresden, Bayreuther Straße 38
Syndikus Dr. Saalheimer, Dresden;

Ausschüsse:

Bibliotheksausschuß, Friedhofsausschuß, Stiftungsausschuß; Ausschuß für das Henriettenstift, Fürsorgeausschuß, Ausschuß der Emil-Lehmann-Stiftung. Wohlfahrtsstelle, Pressekommission, Rechtsausschuß, Satzungs- und Geschäftsordnungskommission, Schulausschuß, Synagogenausschuß, Steuerberufungskommission, Hausverwaltungsausschuß, Orthodoxe Kultuskommission;

Rabbiner:

Professor Dr. Jakob Winter, Dresden, Blochmann Straße 14
Dr. Albert Wolf, Dresden Zeughausstraße 1

Lehrer:

Leo Anschel, Dresden, Anton-Graff-Straße 17
Jakob Blum, Bautzen, Sedan Straße 17
Bernhard Isaak, Dresden, Münchener Straße 2
Dr. Eva Stein, Dresden, Elsasser Straße 5

Kantoren:

Oberkantor Raphael Hofstein, Dresden, Stephanien Straße 1
Harry Peglin, Dresden Zeughausstraße 1
Moritz Halmos, Dresden, Zeughausstraße 3

Angeschlossene Orte:

Dippoldiswalde, Freiberg, Freital, Glashütte, Gottleuba, Grossenhain, Heidenau, Klotzsche, Kötzschenbroda, Meissen, Neustadt, Pirna, Radebeul, Radeberg, Riesa, Sebnitz.[139.)]

An dieser Stelle muß ehrend an die Führer der jüdischen Gemeinde Dresden gedacht werden, die schon im Jahre 1933 unter den Drangsalen der Nationalsozialisten litten.

Noch schwerer hatten es die Gemeindeführer nach dem 9. November 1938 als sie gedemütigt, geschlagen und in Konzentrationslager eingewiesen sich nicht mehr um das Gemeindewohl bemühen konnten. Am schwersten hatten es die Gemeindeältesten in den Jahren 1940 bis 1943 als sie das sogenannte „Judenhaus" verwalteten. Bei der Liquidation der Gemeinde kamen die letzten Gemeindevorsteher nach Auschwitz – fast keiner überlebte.

*

g. Die sozialen Einrichtungen

Wohlfahrtspflege.

Die Anfänge der Dresdner jüdischen Wohlfahrtspflege gehen bis in das Jahr 1821 zurück. (Chemnitz 1875). Damals wurde eine „Gesellschaft der Freunde" gegründet, die es sich zur Aufgabe machte, arme Dresdner Israeliten zu unterstützen. Zu dieser Zeit bestand daneben auch schon der Kranken-Unterstützungs-Verein und ein Fremdenunterstützungs- Verein (gegr. 1863).
Diese Vereine waren die Grundlage einer reglementierten Wohlfahrtspflege. Jahrzehnte betreuten diese Vereine – zu denen im Laufe der Jahre noch andere hinzukamen – bedürftige und fürsorgeberechtigte Juden in Dresden. Aus den spärlichen Unterlagen aus dieser Zeit entnimmt man z.B. folgende gezahlte Unterstützungsbeihilfen: (1912)

Chemnitz	*452*	*Mark*	*an*	*134*	*Personen,*	*davon*	*wurden*	*65*	*Personen*	*abgewiesen,*
Dresden	*2090*	*"*	*"*	*546*	*"*	*"*	*"*	*91*	*"*	*"*
Leipzig	*5208*	*"*	*"*	*1018*	*"*	*"*	*"*	*456*	*"*	*"*

Zusammengefaßt und organisatorisch wurde die Wohlfahrtspflege erst 1925 gegründet und zwar als

Landesverband der jüdischen Wohlfahrtspflege und Landeswohlfahrtsstelle des Sächsisch – Israelitischen Gemeindeverbandes

In diesem waren acht Gemeinden zusammengeschlossen: Annaberg, Bautzen, Chemnitz, Leipzig, Plauen, Zittau und Zwickau. Die Geschäftsstelle befand sich in Dresden, Zeughausstraße 3. Der Zweck dieser karitativen Unternehmung war Organisation und Ausbau der jüdischen Wohlfahrtspflege in Sachsen, sowie die Aufbringung größerer Geldmittel für schwierige Aufgaben und Fälle.[140.)]

Bericht über die Tätigkeit der Wohlfahrtsstelle der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926.

Die Tätigkeit der Wohlfahrtsstelle der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden erstreckt sich auf sämtliche in Dresden hilfsbedürftig werdenden Personen jüdischen Glaubens, dass dieses Arbeitsgebiet räumlich und sachlich ein riesengrosses ist, ist ohne weiteres ersichtlich.

Die Dresdner Wohlfahrtsstelle, die erst seit 1925 besteht, muß durch ihre Leistungen und durch die Art des Arbeitens das Vertrauen der Hilfe- und Ratsuchenden aus allen Bevölkerungsschichten zu gewinnen suchen, beides Faktoren, die für eine erfolgreiche Tätigkeit unersätzlich sind, besonders wenn man nach den modernen Grundsätzen vor allem vorbeugende – rationelle – Fürsorge treiben will.

Um eine Übersicht über die an die Wohlfahrtsstelle gestellten Anforderungen und über ihre Leistungen zu gewinnen, muss man wissen, dass sich ihre Tätigkeit auf das Gebiet der Wirtschaftsfürsorge, der Gesundheits- sowie der Jugend- und Altersfürsorge ausdehnt, wozu noch besonders das Gebiet der Wanderfürsorge und seit kurzem die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung kommt. In der Praxis lassen sich natürlich die einzelnen Aufgabengebiete nicht streng voneinander trennen, denn oft findet man in einer Familie eine Notlage, die in mehrere Gebiete der Fürsorge einschlägt.

Die Wohlfahrtsstelle Dresden hat im Jahre 1926 etwa 250 Familien mit insgesamt 600 Personen betreut. Davon sind 100 Fälle im Jahre 1926 neu hinzugekommen. Nach der Staatsangehörigkeit betrachtet setzen sich diese 250 Familien folgendermassen zusammen:

78 Deutsche,
96 Polen,
14 Tschechen,
21 Staatenlose und
31 Personen verschiedener Staatsangehörigkeit.

Die meisten Notstände sind durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse (1925/26) bedingt; dies spielt bei den Juden nichtdeutscher Staatsangehörigkeit eine besonders grosse Rolle. Das Eingreifen wegen Krankheit oder wegen Alters kommt an nächster Stelle, Erholungsbedürftigkeit, Verwahrlosung und Aufsichtslosigkeit von Kindern und Jugendlichen nehmen gleichfalls einen verhältnismässig grossen Raum ein.

Hilfsbedürftigkeit bei Arbeitslosigkeit bzw. zu geringem Verdienst war bei 90 Familien vorhanden, infolge Krankheit bei 60 Familien, infolge Alters und Gebrechlichkeit 45 Familien, infolge Erholungsbedürftigkeit in 20 Familien, infolge Verwahrlosung in 10 Familien, Beratungen verschiedener Art bei 25 Familien.

In 55 Fällen musste eine laufende Unterstützung gewährt werden, die je nachdem für Unterhalt, Miete, Pflegegeld für Kinder, Ausbildungszwecke usw. verwendet wurde.

Mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken und einmaliger Geldunterstützung wurde 150 Familien geholfen. Grössere Beträge, die zum Aufbau einer neuen Existenz bestimmt waren, sind in 14 Fällen gegeben worden.

In Krankheitsfällen (Tuberkulose) wurden im Jahre 1926 25 Fälle unterstützt. Es wurden ca. 600 Hausbesuche von Fürsorgern gemacht. Im selben Jahre haben 2000 Personen die Sprechstunden besucht. Nachfolgend geben wir über die Durchwandererfrequenz, über Hilfsmassnahmen und die Abfertigung der Durchwanderer, eine Aufstellung:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Zahl der Bittsteller:	42	44	47	30	38	69	41	54	46	40	45	47
Davon wurden befördert:	19	21	19	13	12	36	21	25	24	28	18	29
Davon wurden unterstützt:	11	3	3	9	7	20	11	19	15	10	11	6
Davon wurden abgewiesen:	12	20	25	8	19	13	9	10	7	2	16	12
Die Kosten in RM.	195	178	170	113	113	380	313	222	308	296	193	322.

Der Staatsangehörigkeit nach gliedern sich die 543 Durchwanderer in

107 Deutsche,
123 Polen,
81 Rumänen,
40 Ungarn,
38 Österreicher,
35 Staatenlose,
85 Tschechoslowaken,
10 Letten
9 Russen und
15 Personen verschiedener Staatsangehörigkeit.

Wie aus der Statistik ersichtlich, sind vier Fünftel aller Durchwanderer Ausländer. Das Gebiet der Wanderfürsorge ist heute und voraussichtlich für lange Zeit das schwierigste Problem der Wohlfahrtsarbeit.

Der Vorstand und der Gemeinderat der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden erkennen wohl die ungeheuere grosse und verantwortungsvolle Aufgabe der Wohlfahrtsstelle an und haben daher beschlossen, den Etat für Wohlfahrtszwecke für das Jahr 1927 um 10.000 Mark zu erhöhen. Sie sind sich aber bewusst, dass auch hiermit noch lange nicht die an die Wohlfahrtsstelle herangetretenen Anforderungen befriedigt werden können.[141.)]

Nach fünf Jahren Tätigkeit der Wohlfahrtsstelle, vom Jahre 1925 bis 1930 gab diese einen Rechenschaftsbericht ab:

„. . . Die wirtschaftliche Notlage stellte ungeheuere Anforderungen. Es ist klar, dass an erster Stelle die Wirtschaftsfürsorge steht, bedingt durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise. . .

Der Jugendfürsorge wurde besondere Beachtung geschenkt. . . Trotz dem angespannten Etat wurde die Erholungsfürsorge für Kinder noch wenig eingeschränkt, etwa 80 Kindern wurde im Jahr 1930 im schönen Ferienheim der Fraternitas-Loge in Oberrochwitz vier Wochen lang ein Erholungsurlaub zuteil. Leider ist die Zahl der Tuberkulosen verhältnismässig recht hoch. . . wir legen besonderen Wert auf diese Fürsorge. Einige Zahlen mögen die Arbeit im Jahre 1930 illustrieren. Insgesamt wurden verausgabt:

für Wirtschaftsfürsorge	*41.666 Mark*
für Jugendfürsorge	*7.913 "*
für Wanderfürsorge	*5.201 "*
für Gesundheitsfürsorge	*4.836 "*
für Pessachverteilung	*598 "*
	60.214 Mark

An regelmässigen monatlichen Unterstützungen sind von obiger Summe monatlich 1.100 Mark für Wirtschaftshilfe und 400 Mark für Jugendliche verausgabt worden.

Insgesamt wurden im Jahre 1930 370 Einzelfälle mit etwa 1.000 Köpfen betreut."[142.)]

Schlussbericht über die Winterhilfe 1931/32

Eingang an Geldspenden	*14.968,18 Mark*	
Eingang an Warengutscheinen	*1.507,50 "*	
Ausgaben für Mieten etc.	*6.320,48 "*	
Ausgaben für Lebensunterhalt	*6.573,85 "*	
Ausgaben für Kohlenverteilung	*1.073,85 "*	
Zuschuss für Mittelstandsküche	*500,– "*	
Zuschuss für Pessachverteilung	*500,– "*	*143.)*

In den Jahren 1933 bis 1938 stieg die Wohlfahrtstätigkeit rapide an. Der Boykott der Nationalsozialisten zwang die Juden zum Auswandern, soweit sie über Geldmittel verfügten, ein großer Teil der Zurückgebliebenen fiel der Wohlfahrt zur Last.

Übersicht über die „Jüdische Winterhilfe Dresden 1937/38"

1. Unterstützte Parteien und ihre Personenzahl

Hilfsbedürftige Parteien	mit je hilfsbedürftigen Personen	Insgesamt Personen
141	1	141
105	2	210
52	3	156
44	4	176
22	5	110
3	über 5	21
zusammen 367		814

davon 296 Parteien ohne Kinder unter 14 Jahren
" 49 " mit je 1 – 2, zusammen 76 Kindern unter 14 Jahren
" 22 " mit 3 und mehr, " 68 " " 14 "
zusammen 367 Parteien mit zusammen 144 Kindern unter 14 Jahren

2. Unterstützung nach Lebensalter und Geschlecht

Alter	männlich	weiblich
bis 6 Jahre	17	23
über 6 - 14 Jahre	63	41
" 14 - 21 "	41	32
" 21 - 35 "	36	39
" 35 - 45 "	68	67
" 45 - 65 "	116	150
" 65 "	45	76
ohne Angabe	–	–
zusammen	386	428

Unterstützte insgesamt 814

3. Die Unterstützten nach Beruf und Geschlecht

Beruf	männlich	weiblich
Landwirte	3	–
Handwerker		
selbständig	13	5
Gehilfen	15	5
Gelernte Arbeiter	15	6
Ungelernte Arbeiter	33	10
Vertreter	32	4
Händler	43	11
Sonstige selbständige Kaufleute	22	2
Kaufmännische und Büro-Angestellte	51	22
Freie Berufe	15	12
Hausangestellte	–	13
Rentner u. Pensionäre	19	–
Hausfrauen	–	275
Schüler	86	63
Ohne Beruf	39	–
Ohne Angabe	–	–
zusammen	386	428

Unterstützte insgesamt 814

4. Die Unterstützten nach Bekenntnis und Geschlecht

	männlich	weiblich
Juden	376	386
Nichtjuden	10	42
zusammen	386	428

Unterstützte insgesamt 814

Die jüdische Mittelstandsküche Dresden im Jahre 1937:

Verausgabte Portionen	davon an Selbstzahler	an unterstützte Personen
36.851	8.511	28.340 *144.)*

Haushaltsplan der Dresdner Wohlfahrtsstelle für das Kalenderjahr 1938

Einnahmen

	Voranschlag 1937	Voranschlag 1938
1. Zuschuß der Gemeinde		
I. Für Verwaltung	*12.366,–*	*13.103,–*
II. Für Unterstützungen	*43.000,–*	*38.000,–*
2. Spendeneinnahmen	*7.000,–*	*6,000,–*
3. Einnahmen von Vereinen und Privatpers.	*20.000,–*	*87.103,–*
	82.366,–	*87.103,–*

Ausgaben

		(1930)	Voranschlag 1937	Voranschlag 1938
1.				
a)	*Gehälter*		*9.240,–*	*7.284,–*
b)	*Unkosten*		*2.500,–*	*2.374,–*
c)	*Miete der Diensträume*		*362,–*	*362,–*
d)	*Miete der Diensträume der Schwester Lea*		*264,–*	*264,–*
e)	*Gemeindeschwestern*			*2.855,–*
			12.366,–	*13.103,–*
2. Unterstützungen				
a)	*Wirtschaftsfürsorge* (Mietbeiträge, Unterhalt, Beheizg., Beleuchtg. Passgebühren, sowie Henriettenstift)	*(41.666)*	*47.500,–*	*49.000,–*
b)	*Gesundheitsfürsorge* (Kur, Erhol,, Arzt, Medikamente)	*(4.836)*	*11.000,–*	*11.000,–*
c)	*Jugendfürsorge* (Schulgeldbeih., Ernährungszuschuss)	*(7.913)*	*5.500,–*	*5.000,–*
d)	*Wanderfürsorge*	*(5.201)*	*3.000,–*	*3.000,–*
e)	*Unvorhergesehene Sonderfälle*	----	*3.000,–*	*2.000,–*
f)	*Jahresunterstützungen*	----	----	*4.000,–*
		(60.214)	*82.366,–*	*87.100,–*

145.)

Bemerkenswert ist bei der Position 2a unter Ausgaben, der Vermerk Passgebühren. Damit ist bewiesen, daß die Dresdner Wohlfahrtsstelle Juden die Flucht in das Ausland vor den Nationalsozialisten ermöglichte.

*

Wanderfürsorge

Dieser Zweig der Wohlfahrtseinrichtungen bestand schon Jahrzehnte in Dresden und wurde erst im Jahre 1925 organisatorisch wirksam ausgebaut. Ein Protokoll einer Sitzung vom 8. November 1925, die im Gemeindeamt Leipzig, Löhrstraße 10, stattfand, behandelt nur die Wanderfürsorge und die damit zusammenhängenden Probleme.

P r o t o k o l l

Herr Rechtsanwalt Salinger (Dresden) eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit einer Begrüssung der Erschienenen. Dr. Kreutzberger von der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise aus Berlin erhielt das Wort und führte folgendes aus:

„Die wesentlichste Forderung auf der letzten Tagung in Sachsen (17. Mai 1925) war die Einbeziehung Bayerns in die Gesamtorganisation. In Bayern sollen drei Landeskassen eingerichtet werden, was in der nächsten Zeit zu erwarten ist. In Schlesien wird allgemein zufriedenstellend gearbeitet. Die Arbeit in Hannover und der Rheinprovinz – Köln – ist als vorzüglich zu bezeichnen. Ostpreussen und Pommern haben selbständige Kassen. Eine in Frankfurt am Main stattfindende Tagung (8. November 1925) beschäftigt sich mit der Reorganisation der Wanderfürsorge in Hessen und Hessen-Nassau. Der Anschluß Württembergs – Stuttgart – an die Gesamtorganisation steht unmittelbar bevor. Damit wäre dann das Netz geschlossen.

Die Hauptstelle hat die Empfindung, dass die Landeskasse im Freistaat Sachsen recht gut arbeitet. Wenn aber von den kleineren Gemeinden über zu starke Frequenzen an ihren Kassen geklagt werde, so dürfe man vermuten, dass die Richtlinien zu wenig eingehalten werden. Besonders sind hier Chemnitz und Plauen zu erwähnen, deren Durchwandererverkehr nach den statistischen Zahlen u n v e r h ä l t n i s m ä s s i g hoch gestiegen ist, ein Zeichen dafür, dass in Chemnitz und Plauen noch nicht in der vorgeschriebenen Weise gearbeitet wird. (!)"

Frau Flora Cahn (Leipzig) berichtete über den Verkehr an der Landeskasse. Hier sind im Jahre 1925 in den Monaten abgefertigt worden:

Juni	*113 Durchreisende,*	*davon*	*38 abgewiesen*
Juli	*117 "*	*"*	*32 "*
August	*142 "*	*"*	*62 "*
September	*127 "*	*"*	*49 "*
Oktober	*91 "*	*"*	*22 "*

Die Kassenübersicht der Landeskasse Leipzig ergibt, dass nach den Zahlungen der Gemeinden heute ein Überschuss von ungefähr 2.000,– Mark vorhanden ist. Es wurde beschlossen, den Überschuss nicht zur Verteilung an die einzelnen Kassen zu bringen, sondern für eventuelle Rückschläge einen ausserordentlichen Fonds zu errichten. Dagegen findet der weitere Vorschlag der Kommission, der Ortskasse Zittau und anderen kleinen Kassen, die es wünschen, ein Telefon anlegen zu lassen, um eine engere Verbindung mit Leipzig herstellen zu können, keine Zustimmung. Die Sorge soll den betreffenden Gemeinden überlassen werden. 146.)

Der nächste noch vorliegende Bericht der Landeskasse Sachsen für jüdische Wanderfürsorge stammt vom Jahre 1928. Die Sitzung fand im Gemeindeamt Chemnitz statt. Das Sitzungsprotokoll besagte unter anderem:

„. . . Die einstimmig genehmigte Abrechnung ergab einen Kassenbestand von rund 5.000,– DM (1925 = 2.000,– Mark.). Wie im abgelaufenen Geschäftsjahr, das nur neun Monate umfasste, soll für das laufende zwölfmonatige Geschäftsjahr als Beitrag zur Landeskasse 9,3 vom Tausend des Reichseinkommensteuersolls erhoben werden.

Rechtsanwalt Salinger (Dresden), der sich dafür einsetzte, die kleinen Kassen vorerst aufzulösen, bemerkte, dass diese Entscheidung dem Sächsischen Gemeindeverband obliege. Ein Antrag aus Prag forderte, dass nur Durchwanderer tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft durchgängig nach Prag befördert werden.

Über den Stand der Arbeiten zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Arbeiterkolonie berichtete Dr. Kreutzberger aus Berlin. Von privater Seite würde man kaum die Beschaffung der erforderlichen Mittel zu erwarten haben. Dies habe sich z.B. bei der Sammlung des Jüdischen Frauenbundes zur Gründung einer Lungenheilstätte gezeigt. (In Ruppertshain im Taunus besteht noch eine Lungenheilstätte die von Hannah Luise Rothschild erbaut wurde. Anm.) In Anbetracht, dass der Staat einen Kredit von 60.000,– Mark zusagte, müsste der Plan durchzuführen sein."[147.]

*

Statistik der Wanderfürsorge Dresden 1928

Zahl der Durchwanderer im Jahre 1928: 495.

Staatszugehörigkeit:	
Deutsche	*109*
Polen	*106*
Tschechen	*87*
Österreicher	*41*
Rumänen	*54*
Ungarn	*50*
Staatenlose	*27*
Verschiedene	*21*
Zusammen:	*495*

Monat	Zahl der Petenten	Beförd.	Unterst.	Abg.	Gesamtkosten Mark
Januar	*31*	*9*	*15*	*7*	*193,85*
Februar	*42*	*9*	*13*	*20*	*182,75*
März	*42*	*23*	*14*	*5*	*352,50*
April	*52*	*21*	*19*	*12*	*357,50*
Mai	*44*	*20*	*9*	*15*	*484,15*
Juni	*45*	*18*	*11*	*16*	*357,70*
Juli	*48*	*15*	*21*	*12*	*331,15*
August	*49*	*16*	*23*	*10*	*374,50*
September	*42*	*13*	*19*	*10*	*251,80*
Oktober	*41*	*18*	*18*	*5*	*320,80*
November	*30*	*10*	*11*	*9*	*229,15*
Dezember	*29*	*9*	*16*	*4*	*233,–*
Zusammen	*495*	*181*	*189*	*125*	*3.668,85* [148.]

Der Bericht von 1929 besagt, daß die Tuberkulose noch immer erschreckend verbreitet ist. In etwa 12 Fällen musste Hilfe geschaffen werden, besonders werden die Kinder überwacht. Die Jugendfürsorge machte öfters Hausbesuche. Laut ärztlichem Gutachten mussten Kinder und Jugendliche in eine Spezialkur gebracht werden und zwar:

Nach Kolberg	*7*	*nach Segeberg*	*3*
Döhlau	*2*	*Wyk*	*1*
Seesen	*2*	*Elmen*	*3* [149.]

In dem Bericht wird ferner erwähnt, daß sich die Leipziger Gemeinde mit aller Entschiedenheit um die Genehmigung ihres Arbeitsnachweises bemüht. Leider macht das dortige Landesarbeitsamt Schwierigkeiten, so daß die Hauptstelle Berlin gemeinsam mit der Leipziger Gemeinde genötigt war, eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers herbeizuholen. Die Entscheidung steht noch aus.[150.]

Haushaltsplan des Sächsischen israelitischen Gemeindeverbandes 1930 *8. Dezember 19*

Pos.	Einnahme	Festsetzung 1929 RM	Festsetzung 1930 RM	Pos.	Ausgaben	Festsetzung 1929 RM	Festsetzung 1930 RM
1	Vortrag aus 1929	––	3.200	1	Landeswohlfahrtsstelle	3.000	4.00
2	Beiträge der Verbandsgemeinden:			2	Beitrag z. Wanderfürsorge	3.000	3.00
				3	Beitrag f. Arbeiterkol.	––	2.50
	Annaberg	40	60	4	Beitrag z. dt.-isr. Gem.Bund.Bln.	100	10
	Bautzen	40	50	5	Zuschuß z. Bes.d.Lehrer in Bautzen	1.200	1.20
	Chemnitz	3.900	4.120				
	Dresden	4.000	4.800	6	Gefangenenfürsorge	600	60
	Leipzig	9.350	10.000	7	Gehälter	1.000	1.00
	Plauen	550	700	9	Reisekosten	400	40
	Zittau	70	70	10	Schreibhilfe, Drucksachen	500	60
	Zwickau	650	700	11	Beitrag z. Tbs-Hilfe Bln.	1.000	1.00
				12	Druckkost. Mit.-Blatt	1.000	7.20
	Landeskasse Sachsen f. jüd.			13	Druckkost. Mit.-Blatt	1.000	1.00
	Wanderfürsorge in Leipzig	––	1.500	14	Verfüg.d.Vorsitzenden	2.550	2.55
		18.000	25.500			18.600	25.50

Nach 1933 wurde eine Auswandererberatungsstelle in Dresden eingerichtet. Die Wanderfürsorge stand zurück, denn der Hilfsverein der Juden übernahm die Angelegenheiten der Ausreise. Da die Reisemöglichkeiten unter dem Druck der Nationalsozialisten immer schwieriger wurden, mußten die lokalen Behörden und ausländischen Vertretungen in Dresden berücksichtigt werden.

Gleichzeitig mit der Dresdner Beratungsstelle wurden neben den bestehenden in Berlin, Hamburg und Bremen 12 weitere eröffnet. Es war allgemein anerkannt, daß junge Menschen in erster Linie gerettet und in das Ausland verbracht werden müßten. In den Jahren 1933 bis 1935 glaubte man im allgemeinen, die jüdische Auswanderung planvoll durchführen zu können. Zu diesem Zweck wurden Umschulungsstätten für Jugendliche und Erwachsene, landwirtschaftliche Lehrgüter und vor allem Sprachkurse in Englisch, Französisch und Spanisch hauptsächlich durch die Gemeinden geschaffen.

Doch seit 1936 war eine, nach den im Wanderungswesen ausgebildeten Theorien gelenkte Auswanderung tatsächlich nicht mehr möglich. Anstelle der geplanten Wanderung trat die unterstützte und beratene Flucht.

Nach der ersten größeren KZ-Aktion gegen Juden im Juni 1938 waren aber die Einwandererländer im Gegensatz zu den vorgehenden Jahren schon weitgehend verschlossen. Trotzdem ist es gelungen, hauptsächlich nach südamerikanischen Ländern noch Auswanderungen ohne besondere Beziehungen zu erreichen.[152.)]

Die Juden aber, die in Dresden blieben und keine Möglichkeit hatten in das rettende Ausland zu gelangen, wurden später in die Vernichtungslager des Ostens gebracht und dort ermordet.

*

Das Dresdner Judenbad. (Mikwa)

In allen Orten, die von Juden bewohnt waren, befand sich ein rituelles Tauchbad, hebräisch Mikwa genannt. Der im Jahre 1567 gedruckte und jahrhundertalte, das Gewohnheitsrecht kodifizierte Schulchan Aruch – die rituellen Vorschriften der Juden – verlangt ein solches Bad mit, entweder Quell-, Fluß- oder Regenwasser. Die Reinheitsgesetze waren also bei den Juden genau festgelegt. Das älteste Judenbad in Deutschland vom Jahre 1180 besteht heute noch in Speyer, weitere Judenbäder, die unter Denkmalschutz stehen sind,noch in Worms (erbaut 1185), Köln (erbaut 1170), Andernach (erbaut 1220) und in Friedberg in Hessen (erbaut 1260).[153.)]

*

Die erste Nachricht über das Dresdner Judenbad datiert vom Jahre 1430. In der Kleinen Judengasse, der späteren Galeriestraße, stand das jüdische Gemeindehaus, der sogenannte „Judenhof". Die Badestube befand sich in der Judengasse, wahrscheinlich sogar im Judenhof selbst. Man muß annehmen, daß das „Judenbad" eine ansehnliche Größe hatte, denn nach dem großen Stadtbrand wurden die Fleischbänke dorthin verlegt. Die Kleine Judengasse hieß auch die Windische Gasse, offenbar weil dort auch Wenden in großer Zahl wohnten.[154.)]

Erst 300 Jahre später, um 1720, erwähnt ein Geschichtsschreiber nochmals ein Judenbad:

> *„. . . bis endlich unter August II. den Juden ein glücklicher Stern aufging, der ihnen sogar 1716 das Posthaus eingab, welches sie 20 Jahr lang mit Pracht besassen, 1721 sich einen niedlichen Garten und ein herrlich Bad einbaueten. . . "*

Dieses Judenbad hat offensichtlich noch Jahrzehnte weiterbestanden, denn im Jahre 1782 wird es nochmals erwähnt.[155.)]

In der ersten Zeit der Judenniederlassung mögen wohl die Judenbäder von wohlhabenden Handelsjuden erbaut worden sein, denn sie sind architektonische Sehenswürdigkeiten. Nach 1850 hat die Israelitische Religionsgemeinde die Aufsicht und den Unterhalt des Dresdner Judenbades innegehabt.

*

Die nächste Nachricht über das Judenbad, nun öfters als Tauchbad bezeichnet, datiert vom Jahre 1931. Im Gemeindevorstand wurde eine Subvention dieses Bades besprochen. Bei der Debatte um die Geldzuwendung ging es um folgende Probleme:

Die Gemeinde hatte bis zum Jahre 1923 ihr eigenes rituelles Tauchbad, die Gesamtkosten für die Unterhaltung der Anlage beliefen sich zuletzt auf 800 ,– Mark.Dieses Tauchbad war von einem streng orthodoxen Rabbiner als in religiöser Beziehung für einwandfrei befunden worden. Trotzdem gründete der Verein „Schomre Hadass" (Hüter des Gesetzes. Anm.) ein eigenes Tauchbad, welches dazu führte, daß die Gemeinde ihr Bad aufgab und auf das Tauchbad des Vereines angewiesen war. Daher wurde beschlossen, daß die Gemeinde das Tauchbad vom Verein pachtete. Nachdem der Verein das Tauchbad verpachtet hatte, stellte er laufend Subventionsforderungen an die Gemeinde. Im Laufe der Jahre stiegen diese Forderungen von 1.000,– Mark auf 3.500,– Mark jährlich. Die Forderungen wurden trotzdem bewilligt.

Gegen das Tauchbad des Vereines der „Hüter des Gesetzes" traten bereits seit dem Jahre 1925 die verschiedensten Beschwerden auf. Diese bezogen sich teils auf schwere religiös-sittliche und hygienische Mängel, teils auf das gesetzes- und satzungswidrige Verhalten des Vereines. Infolge dieser Klagen wählte der Gemeinderat am 29.2.1928 und in den folgenden Jahren immer wieder eine besondere Kommission zur Überwachung des Bades und der Geschäftsgebarung des Vereines.

In der Gemeinderatssitzung am 15. Oktober 1931 wurde aufgrund von neueren Beschwerden eine Besichtigung des Tauchbades angeordnet. Es ergab sich, daß die Beschwerden zum Teil berechtigt waren und es wurden verschiedene Vorschläge zur Beseitigung von Mängeln gemacht. Bezüglich des Finanzgebarens des Vereines beschuldigte ein Gemeindeverordneter den Vorstand des Vereines, daß die Ausgaben für das Tauchbad viel höher angegeben wurden, als sie in Wirklichkeit waren.[156.)]

Da aber im Jahre 1931 Zwistigkeiten im Gemeinderat der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden bestanden und die Gemeinderäte sich wegen politischer Gegensätze befehdeten, wurde die oben geschilderte Beschuldigung auf ihre Richtigkeit nicht überprüft.

*

1932 wurden wieder Beschwerden über das Tauchbad laut. Die Kommission zur Überprüfung des Vereines „Hüter des Gesetzes" faßte daraufhin folgende Beschlüsse:

1. *Das Wasser des Tauchbades ist an jedem Abend nach Gebrauch abzulassen und am anderen Tage vor Gebrauch des Bades zu erneuern. Die Bestellung für die Einzelbenutzung des Bades ist gegen Entrichtung der erhöhten Gebühr zulässig.*
2. *Das Bassin Nr. 1 ist zu leeren und zu reinigen, die Holzrinnen am Dach und die Zuleitungsrinne zum Bassin Nr. 1 sind gründlich zu reinigen, instandzusetzen oder zu erneuern.*

   Die Leerung des Bassins Nr. 2 (das mit dem Tauchbad in Verbindung steht) unterbleibt wegen zu grosser Schwierigkeiten.
3. *Der Pächter des Bades ist verpflichtet, die Benutzung nur jüdischen Besuchern zu gestatten.*
   (Rituelle Vorschrift. Anm.)
4. *Von 16.00 bis 19.00 Uhr sind sämtliche Badezellen ausschliesslich jüdischen Besucherinnen vorzubehalten.*
5. *Die Kontrolle über das Tauchbad wird dem Rabbinat unterstellt.*

Nachdem diese Beschlüsse ausgeführt waren und das Tauchbad in einem einwandfreien hygienischen Zustand war, wurde die Kommission zur Überprüfung der Zustände aufgelöst.[157.)]

Das Tauchbad befand sich im Jahre 1932 in der Ziegelstraße 54.

Laut vorstehenden Schilderungen kann man jetzt noch eine genaue Rekonstruktion des Tauchbades erstellen.

Nach der rituellen Vorschrift *(Kodex Schulchan Aruch)* wurde in Dresden zum Baden Regenwasser benutzt. Das Wasser wurde vom Dach über Holzrinnen durch Holzrohre in das Füllbassin Nr. 1 geleitet. Nachdem es gefiltert war kam es in das Tauchbassin, dem Bad. Das Tauchbassin wurde mit Dampf erhitzt. Es dürfte in diesem Zusammenhang interessant sein zu erfahren, daß in Frankfurt am Main im Jahre 1950 von dem Architekt Hermann Guttmann ein Tauchbad im Hause Baumweg Nr. 7 erbaut wurde, das dem des Dresdener Bades in der Anlage sehr ähnlich ist. Eine Duplizität architektonischer Ähnlichkeit weisen die Anlagen des Mittelalters, in Worms und Speyer, die um 1185 erbaut wurden, auf.

Die letzte offizielle Nachricht vom Dresdner Judenbad stammt vom Jahre 1937. Der Haushaltsplan der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden weist für das Kalenderjahr 1938 unter „Kultusaufgaben" einen Betrag von 1.200 RM. für das Tauchbad aus.

In der Pogromnacht des 9./10. November 1938 wurde auch das Dresdner Judenbad in Mitleidenschaft gezogen und zum Teil demoliert.

*

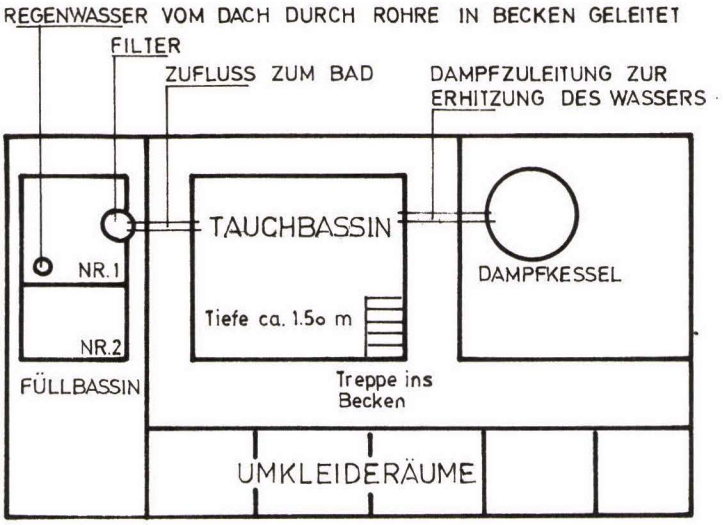
Das Dresdner und das Frankfurter Judenbad

Von Dipl. Ing. Hermann Guttmann, Frankfurt am Main.

Die Ähnlichkeit des Judenbades, der Mikwa, in Dresden ist im Vergleich mit der Mikwa in Frankfurt am Main, Baumweg 7, verschieden, denn die Mikwa im Baumweg hat nur eine sogenannte "Haschukah", d.h. eine Berührungsfläche zwischen Regenwasser und dem Wasser im Tauchbassin. Für das Regenwasser gibt es zwei Zisternen. Von jeder dieser Zisternen führt einsolches "Haschukah-Rohr" in das Tauchbassin. Der Sinn der Sache ist der, daß wenn einmal eine Regenwasser-Zisterne gereinigt werden muß, die andere ihre Rolle erfüllt und das Tauchbassin ohne Unterbrechung in Betrieb sein kann. Aus meiner Skizze ist das ersichtlich.

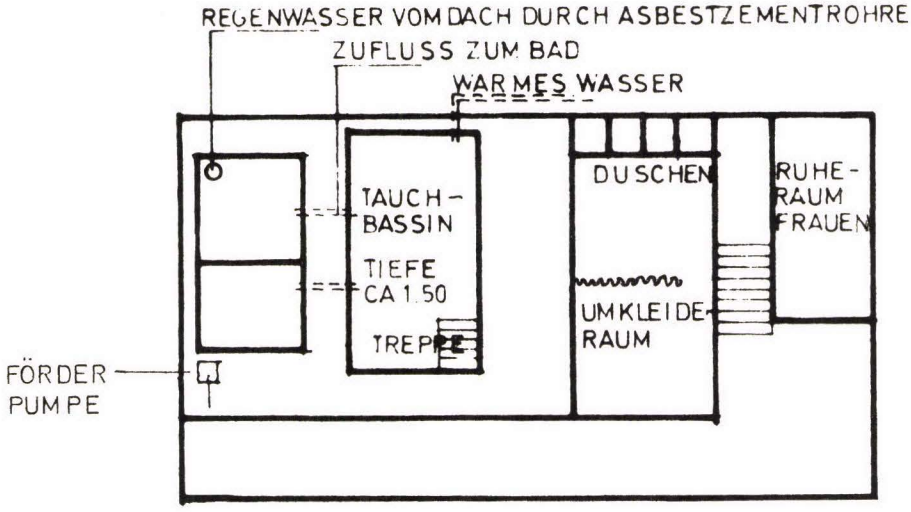
Das Wasser im Tauchbassin wird durch Warmwasser-Zuleitung in der Mikwa Baumweg 7 warm gemacht und nicht mittels Dampf, wie dies in Dresden eingerichtet war. Aus welchen Gründen die Dresdner Mikwa verschmutzt war kann man heute nicht mehr feststellen, da keine Konstruktionspläne mehr vorliegen.

REKONSTRUKTION DES DRESDNER JUDENBADES UM 1930



VERGLEICH:

FRANKFURTER JUDENBAD, ERBAUT 1950



Zeichnung des Frankfurter Judenbades:
Dipl. Ing. Hermann Guttmann

Die Gemeindebibliothek

Den eigentlichen Grundstock zu dieser Bibliothek bildete ein Teil der Büchersammlung von Dr. Bernhard Beer, der von seiner Witwe im Jahre 1874 der Gemeinde übergeben wurde.

Im Laufe der Jahre erwarb die Israelitische Gemeinde sehr viele Bücher. Auch wurden der Bibliothek viele Werke von Privatpersonen vermacht.

1911 kaufte die Gemeinde den gesamten Buchbestand des bekannten Professors August Wünsche, der sich speziell hebräischer Literatur gewidmet hatte.

In der Gemeindebibliothek befand sich auch ein Gebetbuch mit einer äußerst bedeutungsvollen Abänderung des Gebetes "Kol-Nidre" von Rabbiner Dr. Wolf Landau. So unterzog er dieses Gebet einer grundlegenden Revision, indem er glaubte alles nach seiner Auffassung Unzeitgemäße streichen oder ändern zu müssen; so sollte diese Formel, durch die alljährlich zu Eingang des Versöhnungstages die im abgelaufenen Jahre aus Unbedachtsamkeit ausgesprochenen, die eigene Person betreffenden Gelübde gelöst werden, die von den Antisemiten in gehässiger Form verbreitet wurden. So änderte er "Kol-Nidre" (Alle Gelübde) in "Kol-Sissre" (Alles verborgen) ab, da er jeden Stein des Anstoßes entfernen wollte. Trotzdem blieb der Text in der alten Fassung bis heute bestehen. In diesem Zusammenhang soll das bekannte Konzertstück "Kol-Nidre" des Kölner Komponisten Max Bruch erwähnt werden, das sich heute noch großer Beliebtheit, besonders in Kurorten bei Konzerten, erfreut.*)

Die Gemeinde ließ einen eigenen Katalog zu ihrer Bibliothek herstellen, der nicht mehr vorhanden ist. Nach Schätzung besaß die Gemeindebibliothek bis zum Jahre 1933 rund 10.000 Bände aus allen Wissensgebieten sowie Belletristik.

In einem barbarischen Akt der Rohheit verbrannten die Nationalsozialisten 1933 „artentfremdende" Bücher. Nicht nur hebräische Literatur wurde verbrannt – sondern auch Geisteswerke von Juden, die in deutscher Sprache schrieben, so zum Beispiel Heinrich Heine. Und so sollte sich dessen Prophezeihung erfüllen:

„Wo Bücher verbrannt werden, da werden auch bald Menschen verbrannt."

Die Gemeindebibliothek bestand noch bis zum Jahre 1940. In dem Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden sind bis November 1938 noch Neuzugänge von Büchern verzeichnet, die den Gemeindemitgliedern somit bekannt gemacht wurden.

Im Jahre 1970 verfügt die Gemeinde Dresden nur über eine ganz geringe Anzahl von Büchern, die im Gegensatz zur einstigen Bibliothekssammlung kaum einen bedeutenden Wert darstellen.

*

Machsor Dresden, Kodex aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts, siehe unter Bibliotheken Seite 311 – 315.

*

*) Assaria Zwi. Die Juden in Köln. Köln 1959. Seite 238.

Die Mittelstandsküche

Als im Jahre 1923 die Not immer größer wurde, schlossen sich einige tatkräftige Gemeindemitglieder unter Führung von S. Pionkowski zusammen, um den Armen und Bedürftigen wenigstens zu einem warmen Mittagessen zu verhelfen.

Sie gründeten den Verein „Mittelstandsküche der jüdischen Gemeinde zu Dresden", der die finanzielle Sorge für eine einzurichtende Mittelstandsküche übernehmen sollte. Damen und Herren der Gemeinde stellten sich in den Dienst der Guten Sache: sie opferten jahrelang Zeit und Mühe für die Verwaltung.

Dank der Opferwilligkeit wohltätiger Gemeindemitglieder konnte die Mittelstandsküche jahrelang weitergeführt werden und war eine der segensreichsten Einrichtungen der Gemeinde geworden. Die Existenznotwendigkeit der Mittelstandsküche, die sich, von der Gemeindeschwester umsichtig geleitet, im ersten Stock des Hauses Rietschelstraße 13 befand, war jahrelang noch die gleiche wie bei ihrer Gründung: Die Frequenz war seit langer Zeit fast stabil, 90 bis 100 Personen nahmen die Einrichtung täglich in Anspruch.

Die Räume sind vom Kinderhort der Fraternitas-Loge zur Verfügung gestellt worden. Arme und Mittellose erhalten das Essen – Suppe, Fleisch, Gemüse oder Kompott – unentgeltlich. Erwerbstätige mit bescheidenem Einkommen gegen ein geringes Entgelt.[158.)]

In der Gemeinderatssitzung im Dezember 1932 wurde festgestellt, daß die Mittelstandsküche – nun von der Gemeinde großzügig subventioniert – in den Räumen des Jugendheimes untergebracht ist, ohne daß sie den Betrieb des Heimes stört. Der Besuch in den neuen Räumen der Mittelstandsküche weist eine noch höhere Frequenz auf als in den alten Räumen. Gleichzeitig wird in dieser Sitzung erwähnt, daß der K i n d e r h o r t , in dem (1932) 70 Kinder betreut werden, im Winter auf 90 bis 100 Kinder ansteigen wird, einen monatlichen Zuschuß von 100 Mark seitens der Gemeinde erhält.[159.)]

Israelitischer Kinderhort zu Dresden

Im Jahre 1904 gründeten einige Damen des Schwesternvereins der Fraternitas-Loge den Israelitischen Kinderhort. Die Gründungsschrift sagte dazu:

> *„Dem sozialen Streben der Zeit Rechnung tragend, ist man bemüht, den unbeaufsichtigten Kindern der arbeitenden Klasse für die Nachmittage einen Aufenthalt zu schaffen, wo sie unter Aufsicht einer geprüften Kindergärtnerin Schularbeiten anfertigen und spielen, wo sie an Pflichttreue, Sauberkeit, Ordnungsliebe und gutes Betragen gewöhnt werden sollen. Nicht Wohltätigkeit im landläufigen Sinne, sondern soziale und vor allen Dingen erzieherische Arbeit sollte gewährleistet sein."*

Wie nötig die Gründung des Kinderhortes war, beweist dessen Entwicklung. Er wurde 1904 mit 20 Kindern im Alter von 4 bis 14 Jahren eröffnet und zwar wurde der Gemeindehaussaal zur Verfügung gestellt. Infolge des zunehmenden Zuspruchs mußte der Kinderhort ständig vergrößert werden. Im Jahre 1905 waren es bereits 40 Kinder täglich, und 1913 stieg die Zahl auf 60 bis 70. Bis zum Jahre 1933 blieb die Kinderzahl im Hort konstant. Durch das Abwandern der Gemeindemitglieder in das Ausland nahm auch die Zahl der Kinder im Hort ständig ab.[160.)]

*

Ferienheim Ober-Rochwitz

Am 4. Juli 1909 wurde das Ferienheim in Ober-Rochwitz in Anwesenheit des damaligen Königs und von Vertretern der Stadt feierlich eröffnet. Vorher schon bestand bereits provisorisch in Ullersdorf und in Loschwitz eine Ferienkolonie, bis die Fraternitas-Loge und die Maria-Ascher Stiftung die Mittel zur Errichtung eines eigenen Heimes zur Verfügung stellten.[161.)]

Seit Jahren wurden in diesem Heim in der Zeit bis zu den großen Schulferien und danach Angehörige aller B'nai-B'rith-Logen gegen Vergütung der Verpflegungskosten aufgenommen.

In den Schulferien stand das Heim ausschließlich Kindern und Jugendlichen zur Verfügung, die dort einen herrlichen Sommerurlaub verbrachten. Einer Zeitungsnotiz vom Jahre 1926 entnimmt man , daß in der Zeit vom 4. bis 7. Juli in dem Ferienheim 25 Zöglinge der Gartenbauschule Ahlem ihren Urlaub verbrachten. Zu dieser Zeit waren zur Aufsicht der Kinder ein Lehrer, die Leiterin des Kinderhortes, sowie zwei Kindergärtnerinnen beschäftigt, die über 100 Kinder sorgten.[162.)]

Obwohl das Ferienheim der Fraternitas-Loge gehört, hat die Gemeinde diese Erholungsstätte mit Zuschüssen bedacht, wie aus einem Bericht des Jahres 1927 hervorgeht. Von den zur Verfügung gestellten Mitteln wurden Decken, Wäsche und Kissen neu angeschafft. In diesem Jahre (1927) war die Zahl der Kinder so gestiegen, daß der Beschluß gefaßt wurde, zwei Abteilungen Kinder je drei Wochen im Heim aufzunehmen. Die Kinder wurden jede Woche von einem Arzt untersucht; je ein Krankenzimmer für Knaben und Mädchen war vorhanden, das aber bis dahin nicht benötigt wurde. Zum Schluß erwähnt der Bericht, „daß die strahlenden Gesichter der Kinder beweisen, wie wohl sie sich in dem Heim fühlen."[163.)]

*

Im Februar 1927 richtete die Gemeinde ein neues Studentenheim ein. Gleichzeitig wurde dort eine Mensa eröffnet, die nur koscheres Essen ausgab. Auf einem alten vergilbten Bild kann man noch die erfreuten Gesichter der jüdischen Studenten sehen, die an festlich gedeckten Tischen, an der Einweihungsfeier teilnahmen.[164.)]

*

V. Die Synagogen

a. Die Betstuben

Die erste Nachricht über das Bestehen eines jüdischen Gotteshauses in Dresden stammt aus dem Jahre 1265. Damals erließ Markgraf Heinrich der Erlauchte eine Judenordnung. Die erste Judengemeinde siedelte am Judenhof, der Platz vor dem Johanneum, an dessen Stelle die Synagoge stand, am nördlichen Ausgang der großen und kleinen Judengasse. Nach den Verfolgungen von 1349 und 1411 wurden sie um 1430 vertrieben.

Eine alte Chronik berichtet über diese erste Synagoge:

> *„Von alten Zeiten hat ein großes Hauss gestanden / welches man der JUDEN=HOF / oder / wie etliche wollen / der JUDEN SYNAGOG geheissen / welches aber / nach Abschaffung der Juden / jederzeit zu einem gemeinem Brauhausse gebraucht worden / und so lange gestanden / biss man den Chur=Fürstlichen Stall gebauet / da dann dieses Haus / zu Erlangung eines freyen Prospects, abgebrochen werden müssen / also / dass nichts mehr davon übrig blieben / als der obgedachte Brunnen / und der Name des JUDEN = Hoffs / . . . . "*

Weiter schreibt derselbe Chronist um 1718:

> *„In Dresden wären die Juden gern wieder / dann wo Hofhaltungen sind / dahero wurde von Hamburg vom 24. Januarii 1716 geschrieben: Von Dressden hat man / dass die Juden zum anderenmahl angehalten / allda zu wohnen / und ausserhalb der Stadt eine SYNAGOGEN bauen mögen / wofür sie drei Millionen Reichsthaler geboten haben. Der Hof = Jude Lehmann solle dieses Ansuchen unterstützen. Sie sind aber bisshero zu ihrem Zweck nicht gelanget . . ."*

Eine Haggada schel Passach (Osterhaggada), die im Besitz des Dresdner Stadtmuseums war, stammte angeblich aus der Zeit der ersten Judengemeinde in Dresden. Leider ist dieses wertvolle Dokument im II. Weltkrieg durch Kriegseinwirkungen verbrannt, wie das Institut und Museum für Geschichte der Stadt Dresden im April 1970 mitteilt.

Über dreihundert Jahre wurde nichts über ein Bethaus der Juden berichtet. Erst im Anfang des 17. Jahrhunderts bestanden wieder in Dresden Betstuben. Diese verschiedenen Betstuben hatten darin ihren Grund, daß nach der Judenordnung für die Residenzstadt Dresden vom Jahre 1772 den Juden weder eine Synagoge, noch ein besonderer Ort zur Verrichtung ihrer Zeremonien gestattet war, sondern daß jeder Hausvater solche mit den Seinigen in möglichster Stille üben sollte. So konnten sich nur Privatbeträume allmählich bilden.

Nach einem, im ehemaligen Gemeindearchiv der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden, vorhanden gewesenem hebräischem Namensverzeichnis, der Besucher von 7 Betstuben, (das Gemeindearchiv ist verbrannt. Anm.) vermutlich aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts, wurden folgende Besucher genannt:

Betstube Löb Lekesch (oder Sekkel)	*48*
Betstube Bondi	*59*
Betstube Greditz (oder Philipp Aron)	*51*
Betstube Eibeschütz	*39*
Betstube Wolf	*29*
Betstube Schie	*46*
Betstube Kaskel	*33*
zusammen	*305 Besucher der Betstuben.*

Die Betstuben von Eibeschütz und Michael Kaskel gingen ein, Kaskels traten später zum Christentum über. Unterhalten wurde jede Betstube von dem Oberhaupt der Familie, dessen Namen sie führte und dem sie einen gewissen Einfluss verlieh.

Nur die Ollek'sche Betstube bildete eine Ausnahme, indem sie von ihren Besuchern und aus dem Erlös der mitten im Gottesdienst versteigerten Ehrenbezeugungen (Alijot) erhalten wurde. Deshalb gilt diese Betstube als die eigentliche Gemeindebetstube.

Aus seinen Jugenderinnerungen berichtet Emil Lehmann über die Betstube von Mendel Schie auf der Webergasse im Arnold'schem Hause um 1833:

> *„Diese Synagoge, zu deren fleissigem Besuch ich schon in frühester Kindheit angehalten wurde, hatte eine für damalige Zeiten und Anschauungen feierliches und würdiges Ansehen. Sie umfasste zwei Stockwerke und bestand aus einem hohen, grossen viereckigen Raume mit einer Frauengalerie im Obergeschoss und mit der viereckigen Bühne, dem Almemor, in der Mitte, zu dem zwei kleine Treppen führten. Im Osten stand, gleichfalls auf einer Treppe, der noch (1900) in der Wintersynagoge befindliche heilige Schrank.*
>
> *Rings an den vier Wänden liefen Bänke, ebenso vor und hinter der Bühne. Vor den Bänken befanden sich den Notenpulten ähnliche, jedoch zumeist mit Kästen versehene Ständer. Die Besucher dieses Bethauses waren vorzugsweise Mitglieder der der Familie Schie. Der Bankier Mendel Schie, der Gemeindeältester in den Jahren 1813 bis 1837 war, erhielt die Betstube aus eigenen Mitteln, wie zuvor, sein Vater, mein Urgroßvater, der Judenbesteller Jakob Löbel Schie."*

Ein großer Teil Silbergeräte, kostbare Thoravorhänge sowie der große Chanukkahleuchter, werden später, um 1880, in die Semper'sche Synagoge verbracht.

Neben diesem Betsaal gab es um 1830 noch drei Betstuben:
Der Betsaal Philipp Aron auf der Zahnsgasse,
die Bondische Betstube auf der Schreibergasse,
die Ollek'sche oder Sekkel'sche hinter der Frauenkirche.
Diese Räume waren alle weniger hoch, einfacher eingerichtet und mit anstossender, durch verhängte Schranken getrennter Frauenbetkammer.

Zur damaligen Zeit wurden die Bethäuser eifrig und regelmäßig, nicht bloss an Sabbathen und Feiertagen, besucht. Es war sehr leicht möglich, da es an anhaltender beruflicher Tätigkeit fehlte. Auf dem Wege hin und zurück, mitunter auch in Unterredungen dort, bildeten sich Gruppen, Meinungsaustausche, Vereinigungen, so dass man wohl von verschiedenen Parochien in der einen kleinen Gemeinde reden kann, die manchen Sturm im Wasserglas erregten.

Eine Novität in der Betstube von Schie führte der jugendliche Gelehrte Bernhard Beer ein. Er war der Erste, der in Dresden in deutscher Sprache predigte.Beer setzte sich auch später tatkräftig für jüdische Belange ein. [165].

Die drückende Lage der Dresdner Juden veranlasste diese in einer Petition an die Ständeversammlung darzulegen. Die Verwaltung desMendelssohn-Vereins verfasste diese Eingabe, die am 22. Dezember 1836 an die erste Kammer übergeben wurde.

Über diese Eingabe beschloss die erste Kammer auf den Antrag des Prinzen Johann und des Präsidenten von Gersdorf, nachdem Staatsminister von Lindenau die Vorlegung eines Gesetzes über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden als wahrscheinlich und über die erweiternden Befugnisse der Juden hinsichtlich ihrer Religionsübung als gewiss bezeichnet hatte,

> *„das Gesetz wo möglich noch im Laufe des jetzigen, spätestens aber im nächsten Landtage vergelegt werden möchte."*

In Folge eines Königlichen Dekretes vom 14. Januar 1837 wurde nun der ersten Kammer ein Gesetzentwurf mitgeteilt

> *„. . . wonach den jüdischen Glaubensgenossen zu Dresden und Leipzig gestattet wird, an einem jeder dieser Orte in eine Religionsgemeinde sich zu vereinigen und als solche ein gemeinschaftliches Bet- und Schulhaus zu haben, auch damit sie ein solches durch Ankauf eines Gebäudes oder durch Erwerbung eines Bauplatzes errichten können – die bisherigen Bestimmungen wegen des Verbotes von Grundbesitz, ingleichen einen besonderen Ort zur Verrichtung ihrer jüdischen Zeremonien noch einen sonst einen öffentlichen Cultus zu haben, in soweit aufgehoben werden . . ."*

Zugleich bestimmte dieser Gesetzentwurf

> *„. . . dass die bisher üblichen Privatsynagogen aufzuheben seien . . ."*

Die letzterwähnte Bestimmung war grösstenteils von der israelitischen Gemeinde selbst angeregt, allerdings in der Absicht entstanden, um dadurch den jüdischen Kultus, welcher bei der damaligen Zersplitterung und der vorherrschenden Willkür einzelner Synagogen-Besitzer an mancherlei Mängeln leidete, mehr Würde und Erhebung zu verleihen, so war doch nicht zu verkennen, dass dem Prinzip unbedingter Gewissensfreiheit dadurch einigermassen Recht geschehen ist.

Sowohl das von der Liturgie der übrigen Israeliten in Deutschland vielfach abweichende, nach dem Vorbilde des neuen Hamburger Tempels eingerichtete Bethaus, genannt Beth-Jakob zu Leipzig (worin früher Zunz, dann Auerbach und Philippsohn predigten) würde, wenn eine allgemeine Synagoge in Leipzig zu Stande käme, nach dem Buchstaben des Gesetzes geschlossen werden müssen.

Nachdem nun der Bürgermeister von Pirna, Ritterstädt, in einer Auseinandersetzung seine Bedenken sowohl als gegen den Entwurf, gegen das Deputationsgutachten aussprach, entwickelte sich eine Diskussion, in der Dr. von Ammon, Oberhofprediger, und der protestantische Superintendant zu Leipzig, Dr. Grossmann, in der Kammer zu Wort kamen.

Als Ergebnis der Verhandlungen in der Kammer stellte sich Folgendes heraus:

1.) Alle Redner waren übereinstimmend der Ansicht zugetan, dass der israelitische Kultus . . . den gleichen Anspruch auf Schutz und Vergünstigung von Seiten des Staates wie die übrigen jetzt bestehenden Gottesverehrungen (besitzen).

2.) . . . Kommt ein neues gemeinschaftliches Bethaus in Dresden und Leipzig zu Stande, so ist es unzweifelhaft, dass dabei auf die neueren Bedürfnisse Rücksicht genommen und der Cultus würdig umgestaltet wird. . .

Der Beschluss der ersten Kammer über den verhandelten Gegenstand gelangte mittels eines Protokollauszuges zur zweiten Kammer und wurde in dieser ihrer 1sten oder Gesetzgebungsdeputation zur weiteren Vorbereitung übergeben. Das von Letzterer abgegebene Gutachten schloss sich dem Entwurf an, der auch mit Königlichem Dekret bestätigt wurde, sodass damit der Weg frei wurde, in Dresden eine gemeinschaftliche grosse Synagoge zu bauen. [166)]

So wurde am 1. November 1837 ein Grundstück an der Promenade beim Moritzmonument gekauft und acht Monate später der Synagogengrundstein gelegt.

Gebet vor der Grundsteinlegung am 21. Juni 1838 von Rabbiner Zacharias Frankel

Herr ! aus der Tiefe rufe ich dich und erhebe zu dir meine flehende Stimme. Du thronst hoch und erhaben und deine Majestät durchdringt das Weltall, und dein Blick durchschaut Verborgenes, dringt ein in der Tiefen Tiefstes. – Zu deines Namens Ruhm senken wir heute diesen Stein in die Erde, dass sich ein Haus dir geweiht erhabe, ein Haus o Gott ! dem Gläubigen zur Labung, deinen Kindern zum Troste. Herr ! ohne deinen Schutz, was ist unser Beginnen, was unser Vollenden? Wessen können wir uns je rühmen, welchen Vorsatz mit Zuversicht heben, welches Gelingen voraussagen, so du nicht mit uns bist? Nur durch dich, unser Fels und Schutz! wird unser Vorhaben ausgeführt, du wirst unsern frommen Willen stärken, dass wir vollenden, was wir heute in deinem Namen beginnen.

Preis und Dank tönt o Gott ! dir aus der Höhe und aus der Tiefe, und die Himmel und die Erde und die Meere verkünden deinen Ruhm : Preis dir und Dank aus dieser Tiefe: zum Preise deines Namens wird dieser Stein in tiefen Schacht gelegt, und in kindlichem Danke erhebt sich unsere Seele zu dir, dass du zum Beginnen uns geholfen. Herr ! unserer Schwäche werden wir uns hier von deinem Namen bewusst und wir fragen: was ist der Mensch, dass du sein gedenkst, der Erdensohn, dass du ihn achtest? Dieser Stein wird Geschlechter überdauern; wir aber, die wir ihn hier einsenken, unser Name wird kaum im folgenden Geschlechte genannt. Doch du bleibst in Ewigkeit, und was zu deines Namens Ehre ausgeführt ist, das besteht lange vor dir, und deine Gnade ist mit Jenen, die vor Dir wandeln. So hofft denn auf dich, o Herr ! unsere Seele: wir beginnen ein Werk, das ein Grundstein der Frömmigkeit und der Bruderliebe sein soll, du wirst uns beistehen: du unser Wächter schlummerst nicht, du bist mit uns des Tages und des Nachts, du wirst den Bau überwachen und mit den Bauenden sein: du wirst uns Kraft geben, das Werk zu befördern, zu vollenden das fromme Unternehmen. Aus gering Begonnenem wird Grosses hervorgehen: wir legen hier einen Stein, der einen Grundstein der Frömmigkeit und der Bruderliebe werden soll: diese werden hier einst wohnen, dieses der Schmuck des Hauses sein, das wir in deinem Namen erbauen werden. Amen ! [167.)]

Rede nach der Grundsteinlegung (gekürzt).

Von Rabbiner Zacharias Frankel.

So ist der Grundstein in die Erde gesenkt und mit ihm ein Werk begonnen, das unserer Zierde und Stolz einst sein wird; es ist ein kleiner Anfang nur, doch Grosses soll sich daran reihen. Bald wird Stein auf Stein sich häufen und ein Haus unserem Gotte erstehen. Doch nicht der Stein, nicht das Haus soll uns erhöhen; unsere Gefühle, mit denen wir einst dort eintreten, werden Schmuck sein: die Gefühle mit denen wir heute hier verweilen, sie sind es, die diesen Tag feierlich machen. – Denn in des Menschen Seele hat die Gottheit tief einen Grundstein gelegt: dort ist in dem innersten Schachte Heiliges verborgen, und nicht wird es nur dunkel geahnt, nicht bedarf es des Meisters Hand, um ans Licht gefördert zu werden, das fromme Gefühl tut sich laut kund; tut sich kund, so wir es nicht mit Gewalt unterdrücken, es spricht sich aus, in der Sehnsucht nach Gott, in der Freude an frommen Tun, in dem Entzücken über frommes Ausführen; was in Gott erfasst wird, erhebt uns, was in Gott vollendet wird, erfüllt uns mit frommer Wonne; denn laut sagt es eine göttliche Stimme: die Annäherung an den Herrn ist des Menschen höchste Seligkeit!

Uns beseelt die Wonne des Glaubens, die frohe Aussicht, Gott bald in seinem Hause anzubeten, bald zu beschwichtigen die Sehnsucht unseres Gemüthes nach der Schwelle des Herrn.

„Der Vogel findet sein Haus, die Schwalbe ihr Nest, wo sie ihre Jungen hegt, ich deine Altäre, Herr des Weltalls und mein Gott." (Psalm 84,4).

Und im Vorgefühl solcher Wonne, die uns bald werden soll, freuen wir uns heute und freuen viele Edle mit uns: es ist die Freude und der Triumph der Religion. Und wenn auch in unseren Tagen sich zuweilen Kälte für sie kund tut, wir lassen nicht von ihr. Unser Stolz und unsere Wonne ist es, ein würdig Haus dem Herrn zu erbauen; unser Labsal findet sich in dem Gedanken, uns bald hier zu Gott zu erheben; es ist ein grosser Tag und wir erkennen in tiefer Rührung:

„Diesen Tag hat Gott gemacht, lasst uns an ihm froh und freudig sein."
(Psalm 118, 24)

Und weil der Glaube des Menschen seligste Stütze ist, und weil im Gotteshause er mächtigen Trost findet, darum sind wir heute beglückt in dem Hochgefühle der Religionsfreiheit, die uns wurde. Wahrlich ! der Wunsch nach Freiheit des Glaubens, das Verlangen das, was wir als wahr erprobt, als wahr von Vorfahren übernommen, vor den Augen der Welt als solches auszusprechen, die Forderung, dass sie ein solches Recht nicht beeinträchtige, dass sie nicht das Urteil, das der Gottheit allein zukommt, sich anmasse, ist in unserem Gefühle des Göttlichen gelegen.

Doch Gott, der gerechte Fürsten erhebt und sie auf den Thron setzt, er hatte unseren gerechten König (von Sachsen) auserkoren, dass unter ihm die Freiheit des Glaubens Jedem gegeben werde, dass unter Ihm Jeder nach seiner Überzeugung den Herrn verehre, Jeder sich in seinem Glauben glücklich fühle und sich dessen in frommer Freude rühme. Und es erkannten die edlen Vertreter des Landes, dass solche Freiheit Niemanden vorenthalten werden darf: es wurde uns das, was uns beglückt, und wir legen heute den Grundstein zum Hause des Herrn, den wir auf unsere Weise hier anbeten wollen. Denn Gott sprach und siehe ! Licht wurde in dem Dunkel; er

„der so hoch thront und tief herabschauet, auf den Himmel, auf die Erde, und vom Staube den Dürftigen erhebt," (Psalm 113,5)

er befahl, und aufgerichtet wurde unser Gemüt: die göttliche Freiheit ist bewahrt, sie ist anerkannt: mit dem heutigen Tage feiert sie ihren Triumph, an ihm treten wir in diesem Lande in die Reihe freier Menschen, wir haben die religiöse Freiheit erworben; wahrlich ! der heutige Tag ist gross !

In solchem Sinne begehen wir den heutigen Tag, und der Grundstein, den wir gelegt, er spreche davon auf ewige Zeiten. Hier sei ein Haus der Andacht ! ein Haus der Andacht für Jeden, der sie hier findet; unter Bruder- und Menschenliebe gedeihe das Haus, dieses soll seine höchste Zierde sein.

Es ist unsere Freude, uns Söhne des Landes nennen zu dürfen, dessen Obrigkeiten nur Recht und Gerechtigkeit pflegen. Es ist unsere Freude, uns Söhne dieser Stadt zu nennen, in deren Mauern Liebe, in deren Innern Sinn für Gerechtigkeit weilt.

Erhalte o Gott ! das Königliche Haus in deinem Namen. Und deine Weisheit sei mit den Räten des Königs und in deiner Liebe bewahre sie: und in deinem Segen werden sie ihr hohes Amt vollführen. Deinen Segen, o Gott ! allen Menschen: sei mit Jedem, lehre das Menschengeschlecht in deinem Namen wandeln: Belehre es, dass Wahrheit und Recht mehr gedeihen, dass der Glaube an dich, der du in Liebe wohnst, anerkannt werde. Wir treten dann in dein Haus ein, um dich zu ehren, uns fern von dir zu nahen: die völlige Annäherung wird, o Gott uns jenseits werden in deiner Herrlichkeit ! Amen ![167.)]

*

b. Finanzierung und Grundstückskauf der grossen Synagoge

Am 23. November 1835 vereinigten sich in der Wohnung von Levi Wallerstein mit diesem Dr. Baer, Jonas Bondi, Hofjuwelier Elimeyer, Philipp Elimeyer, Markus Lehmann, Simon Meyer, Adolph Schie und Jontua Bondi als „vorbereitendes Comitee" zur Begründung einer allgemeinen Synagoge. Sie wollten ein Kapital von 10 000 Taler in 400 Aktien zu 25 Taler beschaffen. Jeder Anwesende zeichnete sofort 10 Aktien. Sie versandten im Dezember 1835 eine gedruckte Aufforderung an die Gemeindemitglieder mit dem Sinnspruch:

„Wenn Gott das Haus nicht bauet, so arbeiten vergeblich die daran bauen." (Ps. 127, 1.)

Weiter hiess es in der Druckschrift:

> *„Geleitet von dem mehrseitig ausgesprochenem Wunsche, die hiesige Israelitische Gemeinde in einem Bethause vereinigt zu sehen, sowie von der Überzeugung durchdrungen, dass Alle, denen das sittlich-religiöse Fortschreiten unserer Gemeinde am Herzen liegt, dass immer dringender werdende Bedürfnis einer solchen Vereinigung wohl einsehen werden, sind mehrere Mitglieder vorgedachter Gemeinde zusammengetreten, um zu diesem Endzweck einen angemessenen Plan zu entwerfen.*
>
> *Nachdem selbige vorerst die Ermiethung eines passenden Lokales zu einem allgemeinen Betsaal in Erwägung gezogen und sich von den mancherlei damit verbundenen Übelständen überzeugt haben, halten sie dafür, dass die Begründung einer der Gemeinde eigenthümlich zugehörigen SYNAGOGE weit zweckmässiger sei, und erlauben sich daher die Errichtung eines Aktienvereines zur Begründung einer allgemeinen SYNAGOGE für die ISRAELITISCHE GEMEINDE zu DRESDEN, unmassgeblich vorzuschlagen."*

Diesem Rundschreiben waren „Vorläufige Bestimmungen" beigefügt. Danach sollte jeder Aktienzeichner bei Kauf oder Miete von Betplätzen bevorzugt, wer mindestens 10 Aktien zeichnet,Comiteemitglied werden. Die Synagoge sollte das Eigentum der Aktionäre sein. Bei Vermietung der 400 Betplätze zu durchschnittlich 2 1/2 Taler sei zu hoffen, dass nach einiger Jahren die Einzahlungen zurückerstattet werden könnten. 100 Aktien seien bereits gezeichnet, wenn die übrigen 300 Stück untergebracht seien, sollte eine Generalversammlung einberufen werden, 1/10 sollte angezahlt werden, der Rest auf je vierwöchige Kündigung in Fristen von mindestens zwei Monaten in Raten zu höchstens 5 Taler auf die Aktie.

Die gleichzeitig unter den Gemeindemitgliedern in Umlauf gesetzte Zeichnungsliste ergab bis zum 18. Februar 1836, dass 85 Gemeindemitglieder 378 Aktien gezeichnet hatten.

Das provisorische Komitee entwickelte nun eine rege Tätigkeit und es teilte sich am 11. Januar 1836,in drei Sektionen:

1. Verfassungs- und Statuten Ausschuss,
2. Korrespondenz- und Kassenangelegenheiten Ausschuss,
3. Ausschuss für Bauangelegenheiten.

Das Komitee veranlasste am 2. Februar 1836 den Religionsausschuss beim Kultusministerium um unentgeltliche Überlassung eines Bauplatzes nachzusuchen. Dieser Religionsausschuss war in Folge einer Ministerialverordnung vom 12. Oktober 1835 als Beirat der Ältesten gewählt worden. Die Ältesten und der Religionsausschuss, letzterer bestehend aus den Mitgliedern Israel Herz, Lazarus, Lehmann, Dr. Beer und Philipp Elimeyer, genehmigten die von Dr.Beer verfasste Vorstellung. Sie wurde durch eine Deputation im März dem Kultusminister von Lindenau überreicht. In diesem Schriftstück heisst es:

„Einer der wesentlichsten Übelstände, der jede verbesserte Einrichtung im Kultuswesen für die gesammte hiesige israelitische Gemeinde seither nothwendig verhindern musste, war deren Zersplitterung in mehrere zum Teil auf Kosten von Privaten erhaltene Synagogen. Mit freudiger Teilnahme vernahmen daher alle wohlgesinnten Mitglieder der gedachten Gemeinde die in § 14 des uns zur Begutachtung mitgeteilten Entwurfes einer Verordnung, die künftig Organisation des israelitischen Kultus und Schulunterrichtes betreffend, enthaltene Bestimmung, dass sämmtliche Mitglieder der Gemeinde in Einer Synagoge zu vereinigen seien.

Zur baldigen Verwirklichung . . . dieses Wunsches bildete sich ein aus Gemeindemitgliedern gebildetes Comitee, welches die Glaubensgenossen zur Teilnahme daran aufforderten. Die Mitglieder der in noch sehr bedrängten Verhältnissen lebenden Gemeinde, haben ein sehr reges Interesse für die Errichtung eines gemeinsamen Gotteshauses gezeigt, dass die als Erfordernis hierzu vorläufig angenommene Summe von 10.000 Taler fast ganz gedeckt ist."

Weiterhin wurde geschrieben, dass nach sachverständigem Gutachten koste aber der äussere und innere Ausbau eines auf die einfachste Weise einzurichtenden angemessenen Bethauses wenigstens 14.000 Taler. Sollte die Gemeinde hierzu noch den Grund und Boden ankaufen müssen, so müsse, da das ihre Mittel übersteige, der Bau unterbleiben. Daher die Bitte um unentgeltliche Überlassung eines Bauplatzes.

Als solche wurden genannt: der auf dem Antonsplatze, am Ausgang der Breitegasse, der Platz am Hofopernhaus, oder der an der Kleinen Schiessgasse unweit der katholischen Kapelle.

Das Kultusministerium verwendete sich bei dem Finanzministerium für unentgeltliche Überlassung eines dieser Plätze. Das Finanzministerium erklärte sich aber hierzu ausserstande, denn der Raum am Antonsplatz sei zu einem Schaugebäude bestimmt gewesen, der Platz am Hofwaschhause sei zu dem gewünschten Zweck schon seiner Lage nach unpassend und der dritte Platz werde von der chirurgisch-medizinischen Akademie benutzt. Ebensowenig seien andere fiskalische Räume vorhanden deren Abtretung unbedenklich falle.
Nach dieser Mitteilung vom 2. April 1836 lenkte das Komitee sein Augenmerk auf den städtischen Budenschuppenplatz am Gewandhausplatz und richtete im Verein mit den Ältesten am 18. Mai 1836 an den Rath das Ersuchen um dessen Überlassung an die Gemeinde, gegen die Verpflichtung, die unterirdischen Budenschuppenräume mauerfest zu überwölben, sodass dieselben unterhalb des zu errichtenden Bethauses fernerhin benutzt werden können. Das Münchner Bethaus, dessen Zeichnung beilag, solle als Vorbild dienen. Im Stadtrat erhoben sich bei der Beratung dieses Gesuches Bedenken, ob nicht die unmittelbare Nachbarschaft der reformierten Kirche stören würde. Der Rat forderte hierüber eine gutachtliche Äusserung des eben ins Amt getretenen Rabbiners Dr. Frankel darüber, ob nicht durch die gottesdienstlichen Handlungen selbst oder durch sonstiges Geräusch ausser dem Gottesdienst Störung für die benachbarte reformierte Kirche zu besorgen sei.

Es war jedenfalls das erste Gutachten, das Dr. Frankel in Dresden am 14. Juni 1836 erstattet hatte. Es war sehr gründlich und ausführlich, er hat es offenbar zur Aussprache seines Standpunktes benutzt. Es verdient Beachtung auch seines allgemeinen Inhaltes wegen als Kennzeichen für den Mut und das persönliche Eintreten des jungen Rabbiners zu Gunsten seiner bedrängten Gemeinde, als ehrenvolles Gedenken.

Dr. Frankel führte aus, daß die zeitliche Verschiedenheit der Ruhe- und Feiertage, sowie der Umstand, dass der Wochengottesdienst nur von wenigen besucht werde, jede Störung ausschliesse. Die Israelitische Gemeinde werde sorgfältig jeden Anlass zur Klage vermeiden. Auch sei noch ein gehöriger Zwischenraum zwischen beiden Grundstücken. Rabbiner Dr. Frankel schloss sein Gutachten:

> *„ . . . Möge der Rath die Lage der Dinge berücksichtigen. Der Muth will die Bedrängten verlassen, sie strengen sich vergebens an, um ihre heiligen Ansprüche, ihre Hoffnungen zu verwirklichen . . .*
>
> *Möge daher der Stadtrath sich in Güte für diese leidende Konfession verwenden, sei es durch Abtretung des besagten Platzes und die Versicherung an die reformierte Gemeinde, dass sie keinen Anlass zur Klage finden werde, „so er nicht wollen gefunden werden," sei es sonst durch Empfehlung eines geeigneten Platzes."*

Das Gutachten hatte nicht den gewünschten Erfolg. Auch die Kommunalrepräsentanten erklärten sich abfällig.

> *„ . . . so innig man auch von dem Wünschenswerten der Ausführung des Vorhabens überzeugt und dem gemeinnützigen Unternehmen die Hand fördernd zu bieten bereit war . . . "*

Am 19. September 1836 verkündete der Rat abschlägig den Ältesten der Israelitischen Gemeinde.

Nachdem die staatlichen und städtischen Behörden unentgeltlich kein Grundstück zur Verfügung stellen wollten, beriet nun das Komitee über verschiedene käuflich zu erwerbende Bauplätze, nachdem es sich in öffentlichen Zeitungen nach solchen erkundigte. Es kamen in Frage:

1. *Ein Gartengrundstück am Jüdenteiche,*
2. *ein Teil des Jädicke'schen Gartens an der Brühl'schen Strasse.*

Unterdessen ersuchten die Ältesten direkt bei dem König um unentgeltliche Überlassung eines Platzes. Der König liess durch Herrn von Minckwitz am 21. September 1836 erwidern:

> *„ . . . dass kein Platz sich vorfinde, der ihm angehöre, und dass er bedaure, hier nicht unmittelbar helfen zu können."*

Am 22. Oktober lud Rabbiner Dr. Frankel das Synagogenkomitee in seine Wohnung ein und empfahl nun endlich einen Platz zu kaufen. Man beschloß „zwei Plätze am Jüdenteich, eventuell den an der Terasse", ins Auge zu fassen. In der Zeit von wenigen Tagen folgten mehrere Komiteesitzungen, bis nach dem Scheitern anderer Kaufabschlüsse das Komitee sich am 29. Oktober für den Platz an der Terrasse entschied.

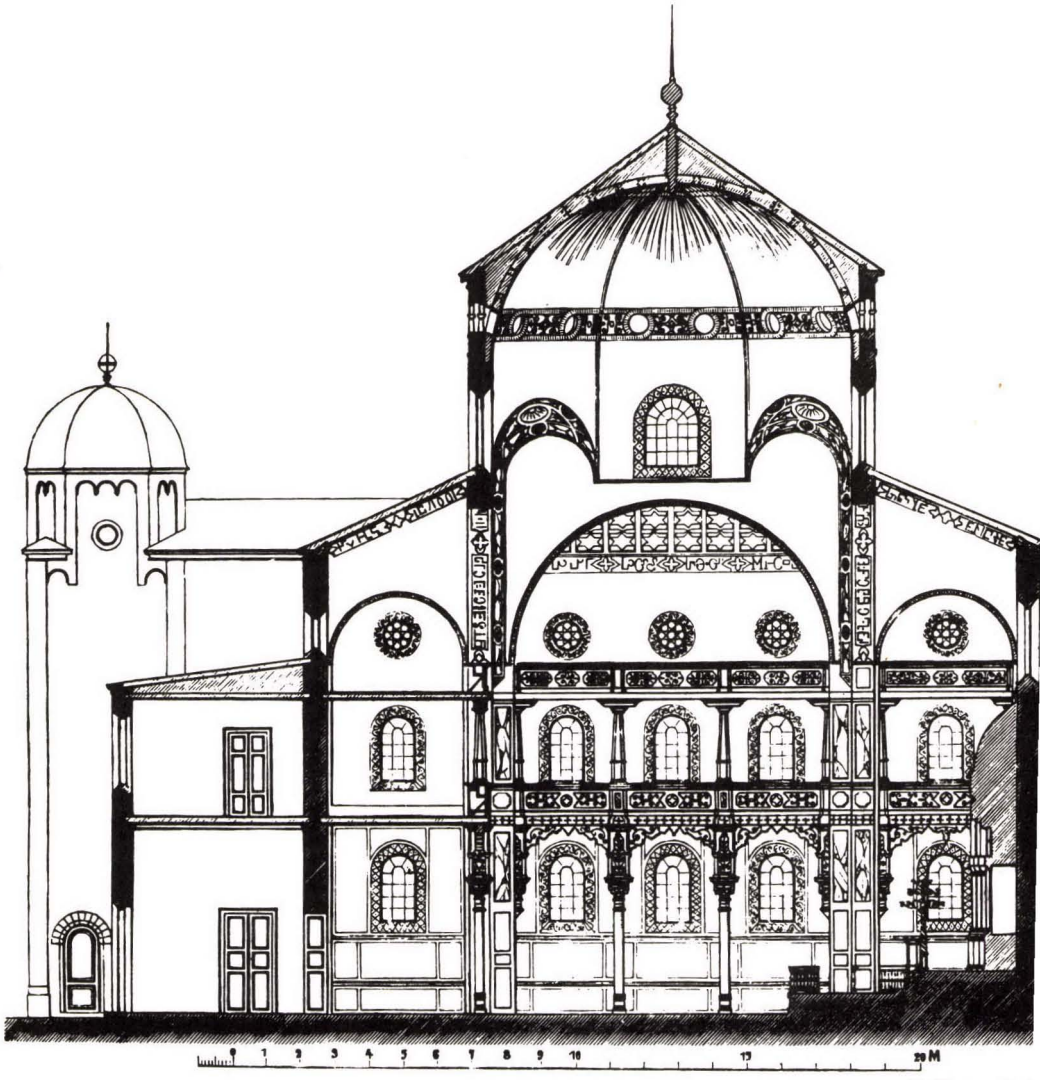
Im September 1837 beriefen die Ältestenamtsverweser die Gemeindemitglieder zu einem Konvent. Sie schlugen der Gemeinde vor: Die Kosten für Bauplatz, Bau und innere Einrichtung dürften 20.000 Taler nicht übersteigen. Davon waren 10 bis 12.000 Taler bereits durch Aktienzeichnen bewilligt. Die noch erforderlichen 8 bis 10.000 Taler hofften die Ältestenamtsverweser durch Unterstützung aus Regierungsmitteln, durch Stiftungsgelder oder Darlehen zu beschaffen. Die eingezahlten Beiträge sollten, soweit sie nicht durch Ankauf von Betplätzen getilgt werden, aus den Synagogeneinnahmen allmählich zurückgezahlt und mit 3% verzinst werden.

Mit dieser wichtigen Gemeindeversammlung war der bedeutungsvolle, erste Schritt getan, das Privatunternehmen eines Synagogenbaues auf Aktien zur Gemeindesache zu erheben. Am 1. November 1837 kaufte die Gemeinde „mit Vorbehalt der zu erlangenden höchsten Genehmigung" vom Lederhändler Stadtrat Jädicke einen Teil seines Gartengrundstückes oberhalb des Gondelhafens an der Promenade bei dem Moritzmonument Nr. 51 für 5000 Taler, wovon 500 Taler angezahlt wurden, 2000 Taler bei der Kaufbestätigung gezahlt und 2500 Taler zu 4% gegen 1/2 jährige Kündigung hypothekarisch stehen bleiben sollten. Der Kauf wurde am 12. Dezember 1837 im Justizamt Dresden anerkannt,und am 17. August 1838 von demselben durch eine Konfirmationsurkunde bestätigt.

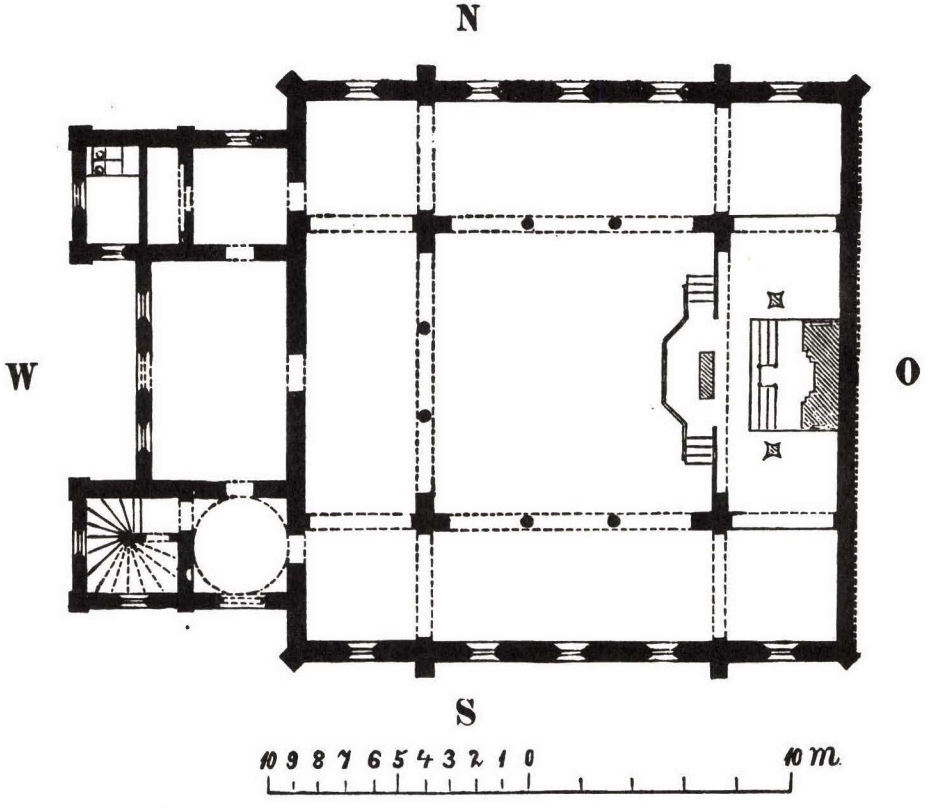
Im April 1838 wurde der Architekt Professor Semper um Anfertigung des Baurisses und artistische Baubeaufsichtigung ersucht. Er übernahm das für 500 Taler. Nach dem Plane Sempers wurde der Bau dem Maurermeister Spiess für 10 982 Taler übertragen, die Zimmerarbeit dem Zimmermeister Kluge für 2050 Taler.

Die feierliche Grundsteinlegung fand am 21. Juni 1838 statt. Emil Lehmann, dem die gesamten Vorgänge zum Synagogenbau, die hier geschildert werden, zu verdanken sind, beschreibt die Grundsteinlegung:

> *„Am Donnerstag, den 21. Juni 1838 um 9 Uhr früh fand die Grundsteinlegung statt. Vom Kurländer Haus, in deren Konferenzsaal die Gemeindemitglieder und die eingeladenen Ehrengäste sich versammelten, ging's im feierlichen Zuge nach dem Bauplatz. Wir Schulkinder bildeten die Spitze unter Führung unserer Lehrer, es folgten zwei Kommissare, Beamte, darunter die Minister von Lindenau, von Nostitz-Jänkendorf, Kreisdirektor von Wietersheim, Hofprediger Käuffer, protestantische und katholische Geistliche, Bürgermeister Hübler, Abordnungen vom Stadtrat und Stadtverordneten, der Polizeideputation, des Generalkommandos der Armee, vom Kommunalgardenausschuss, hohe Staatsbeamte, Kammermitglieder, angesehene Bürger, dann Rabbiner Dr. Frankel, die Ältestenamtsverweser. Die Gemeindemitglieder und zwei Kommissare bildeten den Schluss des langen Zuges.*
>
> *Auf dem Bauplatz angekommen sangen wir Schulkinder den Psalm 113: „Lobet, Diener des Herrn" in hebräischer Sprache. Dr. Beer verlas eine geschichtliche Darstellung des bisherigen Sachverlaufes in deutscher Sprache und hebräischer Übersetzung.*
>
> *Verschiedene Urkunden wurden vom Rabbiner und den Ältesten unterschrieben, ein Gesetz- und Verordnungsblatt vom 18. Mai 1837, und alle Drucksachen über den Synagogenerwerb und einem Speziesthaler von 1838 in ein Kästchen gelegt, das Rabbiner Dr. Frankel nach einem kurzen deutschen Gebet in den Grundstein senkte. Der Rabbiner und die Ältestenverweser taten die üblichen Hammerschläge und Dr. Frankel hielt die ergreifende Weiherede ."* 168.)



Durchschnitt der Synagoge



Grundriß der Synagoge

c. Die Bauausführung

Nun begann der Bau, mit ihm eine Zeit schwerer Sorgen, für die – wie die Grundsteinsurkunde besagte – nur 631 Seelen zählende Gemeinde und besonders für deren Leiter. Die Sitzungsprotokolle der Ältestenverweser und des Kontrollausschusses ergaben, daß man die Vorstände der Beerdigungsbrüderschaft und der Krankenverpflegungsgesellschaft um Darlehen von je 1000 Talern zum Synagogenbau anging, und daß Dr. Frankel die Heizung der Synagoge anregte, und daß man während des Baues mit steter Geldnot kämpfte. Im Juli 1838 berechnete man den Geldbedarf auf 22.200 Taler.

Im August 1838 erbaten die Ältestenamtsverweser, da sie vor einem Defizit von ca. 12.000 Talern standen, bei dem Kultusministerium einen Vorschuß von 10.000 Talern womöglich zu 2%. Sie erwähnten dabei, daß eine Sammlung bei ausländischen israelitischen Gemeinden geplant sei.

Am 24. August 1838 wandten sich Rabbiner Dr. Frankel und die Ältestenamtsverweser an Anselm von Rothschild in Frankfurt am Main und schilderten in ergreifender Weise die Not der kleinen Gemeinde Dresden.

> *„Jeder bürgerlichen Freiheit beraubt, war uns selbst das heiligste Recht der Menschen, die öffentliche Gottesverehrung nicht gewährt. In kleinen unanständigen Gemächern mussten wir den Gott unserer Väter anbeten. Da war es die edle Humanität unserer jetzigen hochlöblichen Regierung, welche, indem sie unsere bürgerlichen Fesseln allmählich zu lösen begann, auch ihr hohes Augenmerk auf unsere religiösen Verhältnisse richtete. Nicht nur, dass selbige in einem jährlichen Beitrag aus der Staatskasse zur Unterhaltung unseres Kultus bewilligte, sondern sie ordnete auch an, dass die seither bestandenen kleinen Privatsynagogen sämtlich geschlossen würden, wogegen von Seiten der Gemeinde ein allgemeines Bethaus erbaut werde.*
>
> *. . . so brachten doch diese Wenigen (Dresdner Juden) einen Fond von 11 bis 12.000 Taler zusammen. So ward am 21. Juni in Gegenwart der Herren Minister u.s.w. der Grundstein feierlich gelegt.*
>
> *. . . zu den Baukosten von mehr als 22.000 Taler über 10.000 Taler fehlen und gebeten Hochfreiherrliche Gnaden wollen den begonnenen Bau der hiesigen Synagoge durch einen geeigneten Vorschuss oder auf sonstige, durch einen der (ihm vom Bundestag in Frankfurt her bekannten) Minister von Lindenau oder von Carlowitz, welche die Angelegenheiten mit väterlicher Sorgfalt leiten, zukommen lassen und damit diesen eine grosse Freude bereiten, in den Herzen der Gemeinde und ihrer Nachkommen aber sich ein unvergessliches Denkmal der Liebe und Verehrung setzen."*

Da das Schreiben ohne Antwort blieb, richteten am 30. Januar 1839, die Vorsteher der israelitischen Gemeinde Dresden ein nochmaliges Bittgesuch an Herrn von Rothschild und sie teilten mit, daß inzwischen noch einige tausend Taler von wohlgesinnten Mitgliedern der Dresdner Gemeinde eingegangen sind, um vorläufig die dringendsten Bedürfnisse des Baues davon zu bestreiten. Es sei aber noch viel erforderlich und man wolle sich die Ehre nicht rauben lassen, Hochfreiherrliche Gnaden als edlen Förderer des Baues nennen zu können. Darauf ging folgender Brief bei der Gemeinde ein:

„Die Herren M.A. Rothschild und Söhne beehren sich auf das schätzbare Schreiben vom 30. Januar dem wohllöblichen Vorstand der israelitischen Gemeinde zu Dresden zu dem in obererwähntem Briefe genannten Zweck durch den Eilwagen 25 Thaler in einer Rolle gez. J.G. Nr. 1 zu übersenden. Sie wünschen deren besten Empfang und verbleiben ergebendst des wohllöblichen israelitischen Gemeindevorstandes ergebendste Diener.
Frankfurt am Main, 7. Februar 1839."

Diese 25 Taler wurden von den Dresdner Juden zurückgeschickt, da sie diesen Beitrag als zu gering empfanden.

Das Darlehensgesuch vom 20. August 1838 wurde vom Ministerium abschlägig beschieden, da das Gemeindestatut noch nicht fertig sei,und es deshalb an der formellen Grundlage für Eingehung von Gemeindeverbindlichkeiten durch die Gemeindebehörden fehle. Man wollte ein Darlehen gewähren, wenn sich eine Anzahl der angesehenen Gemeindemitglieder solidarisch dafür verbürge. Das war aber nicht zu erzielen. Inzwischen war der Baubedarf einschließlich der Kosten für den inneren Ausbau auf 30.000 Taler gestiegen.

Der Gemeindevorstand erbat deshalb am 11. November 1839 vom Ministerium ein Darlehen von ca. 15.000 Taler gegen billigen Zinsfuß und allmähliche Rückzahlung. In dieser Eingabe wurde betont, daß

„bei den Bessergesinnten in der Gemeinde sich allenthalben Theilnahme an dem fortzusetzendem Synagogenbau zeigt und ein fast enthusiastischer Aufschwung, mit dem nicht nur sämtliche, auf 10.637 Thaler, sich belaufende, früher bewilligte Aktieneinzahlungen, sondern auch noch weitere Schenkungen von über 3.000 Thaler, seitens unserer Gemeindemitglieder erfolgten."

An Schenkungen hatten bis zum November 1839 folgende Gemeindemitglieder bewilligt:

Markus Bondi	*1.000 Taler*
Mendel Schie	*500 Taler*
Dr. Beer	*500 Taler*
Michael Kaskel	*350 Taler*
Jontua Bondi	*200 Taler*
Wolf Simon Levi	*100 Taler*
Moritz Meyer	*50 Taler.*

Die Brüder Salomon und Levi Wallerstein stifteten die HEILIGE LADE im Wert von 600 Talern.

Das Ministerium erklärte sich in einem Schreiben vom 23. Dezember 1839 bereit, 5.000 Taler zu leihen, wenn entsprechende Bürgen gestellt werden. Die Bürgschaftserfordernis konnte aber nicht gestellt werden.

Die Gemeinde war mit der Finanzierung während des Baues in größte Schwierigkeiten geraten. Am 14. Januar 1840 stellte der Gemeindevorstand dem Synagogenausschuß eine Alternative: Entweder die fehlende Summe selbst aufzubringen oder den Bau zu unterbrechen und zur Befriedigung der vorhandenen Schulden das Synagogengebäude auf dem Wege der Zwangsversteigerung dem Meistbietenden zu überlassen. Ein Schriftstück des Vorstandes und des Ausschusses vom 19. Januar 1840 enthält die wenigen aber inhaltsschweren Worte:

„Die Gemeinde ist in der traurigen Nothwendigkeit, die neuerbaute Synagoge zu Befriedigung der darauf haftenden Schulden subhastiren zu lassen, wenn die geehrten Gemeindemitglieder nicht Opfer bringen wollen, um die Ehre der Gemeinde zu retten, und die bereits hinein verwendete beträchtliche Summe nicht ganz zu verlieren. Die Unterzeichneten bitten daher ergebendst, durch Bewilligung von Darlehen zu 4%, welche nach beiliegendem Plan getilgt werden sollen, die gute Sache zu unterstützen."

Auf diesen Bogen und der angefügten Subskriptionsliste wurden sofort in der Zeit vom 19. bis 22. Januar 1840 von 38 Gemeindemitgliedern 7025 Taler gezeichnet, und zwar in Beträgen zu:

1.000 Taler = 3 Zeichnungen
400 Taler = 5 Zeichnungen
200 Taler = 3 Zeichnungen
150 Taler = 1 Zeichnung
100 Taler = 6 Zeichnungen
50 Taler = 7 Zeichnungen
25 Taler = 13 Zeichnungen.

Der Vorstand schreibt am 30. Januar 1840 an das Ministerium:

„Mit Stolz müssen wir es sagen, diese kleine, noch hart bedrängte Gemeinde erschöpft alle ihre Kraft, um das Gotteshaus dennoch herzustellen. Jeder unter uns strengte sich aufs äusserste an, wenige schlossen sich aus, die Wohlhabenden leisteten grössere Summen und selbst Unbemittelte trugen ihr Schärflein bei, um das Fehlende zusammenzuschiessen, sodass vor der Hand wenigstens der dringende Bedarf zur Zahlung der Bauhandwerker gedeckt ist."

Nochmals bat der Vorstand das Ministerium um einen Beitrag von 200 Talern zur jährlichen Bestreitung des durch die grössere Synagoge erhöhten Kultusaufwandes der Gemeinde aus Staatsmitteln zu gewähren.

Am 28. Februar 1840 bewilligte das Ministerium

„. . . da ein nachträgliches Postulat an die Stände nicht thunlich, um der israelitischen Gemeinde allhier die erste Einrichtung ihres Cultus in der neuerbauten Synagoge so viel als möglich zu erleichtern."

eine außerordentliche Unterstützung von 200 Talern. Anfang April 1840 war der Synagogenbau abgeschlossen. [169]

Nach dem Entwurf und Leistung von Oberbaurat Professor Gottfried Semper wurde zwei Jahre, von 1838 bis April 1840, auf dem zwischen der Zeughausstraße und dem Elbstrome gelegenen, leider mehrfach von Gebäuden umschlossenen Grundstück, die Synagoge erbaut.

Sempers ursprünglicher Plan ist nicht zur Ausführung gekommen. Nach diesem sollte die Kuppel von Stein, die Umfassung massiver, die Emporen von auf Säulen ruhenden steinernen Bögen getragen werden.

Dagegen mußte sich Semper, da die Geldmittel zur Ausführung dieses Projektes nicht reichten, zu einer anderen Konstruktion entschließen. So wurde die Kuppel aus Holz gezimmert, es wurden die projektierten steinernen Bögen der Emporen durch hölzerne Träger ersetzt, die Wandflächen der äußeren Umfassungen mit Mörtelputz versehen und nur Sockel, Gesimse, Tür- und Fenstereinfassungen von rein bearbeitetem Sandstein ausgeführt.
Während die äußere Architektur einfache und strenge Formen des byzantinischen Stiles zeigt, ist im Innern eine reiche buntfarbige Dekoration maurischer Motive zur Verwendung gekommen.
Die Grundform der Synagoge (siehe Bild) bildet einen quadratischen Raum mit einem gegen Südwesten gelegenen Anbau. Ersterer hat 20 Meter Durchmesser, aus dessen Mitte die achteckige Kuppel, mit einem Zeltdach überdeckt, hervorragt. Der innere Raum hat vom Fußboden bis zur Kuppeldecke eine Höhe von 23,5 Meter.

Das Mittelschiff und die beiden Seitenschiffe enthalten 300 Sitzplätze für Männer, die in zwei Etagen übereinander liegenden Emporen 200 Sitzplätze für Frauen.

Auf dem nach Osten gelegenen erhöhten Altarplatze steht der heilige Schrein aus Eichenholz mit eingelegten Ornamenten reich verziert. In diesem sind die Thorarollen, die auf Pergament geschriebenen Gesetze der fünf Bücher Moses, enthalten und die silbernen Geräte zur Schmückung derselben aufbewahrt.

Unmittelbar vor diesem Schrein steht die Kanzel, zu deren Seiten zwei reich verzierte Kandelaber aufgestellt sind. Auf dem unteren Teile des Altarplatzes befindet sich das Pult für den Vorbeter. Darüber hängt eine silberne Ampel mit dem ewigen Lichte, mittels silberner Kette an einem oberen Balken befestigt. Über dem Allerheiligsten ist, nach altem Vorbild, ein Bogen. Rechts und links des Altarplatzes stehen auf Konsolen zwei siebenarmige Leuchter. Seit 1872 ist auf der dem Altarplatz gegenüberliegenden zweiten Empore eine Orgel aufgestellt. Im westlichen Teil des Gebäudes ist im Parterre eine größere Vorhalle, in welcher früher die Gemeinde zu Beratungen sich versammelte. Um 1878 wurde dieser Raum schon zur Wintersynagoge benutzt, da er zu beheizen war.

Der Vorplatz mit dem Eingangstor, in welchem ein Waschbecken aufgestellt ist, die Treppe, ein Garderoberaum, einige dahinter liegende Nebenräume, sowie die in der ersten Etage liegende Wohnung des Synagogeninspektors zeugen von gut durchdachter Konzeption. [170]

Über dem äußeren Hoftor war auf einem Tympanon die hebräische Inschrift angebracht:

„Mein Haus werde genannt ein Haus der Andacht allen Völkern."

In Sandstein gemeißelt waren über dem Haupteingang die Worte des 118. Psalms:

„Dies ist das Tor zu Gott, Fromme gehen hindurch."

Der alten Tradition folgend wurde diese Inschrift ebenfalls auf dem Tympanon über dem Eingang zur, im Jahre 1950 eingeweihten Synagoge auf dem jüdischen Friedhof in der Trinitatisstraße, angebracht.

*

An dieser Stelle soll noch der jüdische Architekt Otto Simonsohn aus Dresden erwähnt werden, der ein ebenbürtiger Schüler Sempers war und im Jahre 1855 die Leipziger große Synagoge erbaute.

*



Synagoge Dresden
Erbaut in den Jahren 1838 - 1840 von Gottfried Semper
Innenraum, Schrägblick zum Altar



Synagoge Dresden
Erbaut in den Jahren 1838 - 1840
Innenraum, Schrägblick mit Lesepulten und großem Leuchter im Vordergrund

d. Die Einweihung der großen Synagoge

Schon im April 1840 konnten die Betplätze in der Synagoge versteigert werden. Ostern 1840 wurden die Privatsynagogen geschlossen. Die Besucher der Schie'schen Synagoge ließen diese malen und schenkten das Bild Mendel Schie. In den wenigen Wochen bis zur Einweihung der großen Synagoge fand im Gemeindehaus an der Mauer Interimsgottesdienst statt.

Wieder berichtet Emil Lehmann als Augenzeuge:

> *Und nun nahte endlich der langersehnte Tag der Synagogenweihe, auf den wir Schulkinder als Mitglieder des Synagogenchores uns lange vorher, auch durch Gesangproben in der Synagoge vorbereitet hatten. Sie fand am Freitag den 8. Mai 1840 (5.Ijar 5600 nach jüdischem Jahr) Abends statt, "am Vorabende des Sabbaths", (Hakodesch) an welchem die Hauptgrundlehren der mosaischen Religion*
>
> *Seid heilig ! Liebet den Nächsten ! Liebet den Fremden !*
>
> *aus der Thora vorgelesen wurden.*
> *Es war eine glänzende, erhebende Feier. Die Synagoge war dicht besetzt, im Schiff von den eingeladenen Ehrengästen, wiederum den höchsten Staatsbeamten und Vertretern der Behörden, auf den übrigen Plätzen von der Gemeinde die Mitglieder.*
>
> *Der Eintritt war nur gegen Karten gestattet. Als Kommissare waren tätig: Wilhelm Schie, Julius Salomon, und Bernhard Gutmann zum Empfang der Minister und hohen Beamten und zu deren Unterbringung in den fünf ersten Schiffsbänken, Elias Mendelcohn und Moritz Aaron Meyer, zur Kartenabnahme am Eingang, Dr. Hirschel und Moritz Meyer für die erste Gallerie, Joseph Bondi die zweite, Julius Mendelcohn und Anton Levi als Kerzenträger vor dem Festzuge, Eduard Hirsch und Louis Lesser als solche hinter demselben.*
>
> *Der Chor war durch Musik verstärkt. Nach dem Gesang Matowu ward Psalm 24 vorgetragen. Dr. Frankel, die Vorsteher der Gemeinde und der Wohltätigkeitsanstalten, unter ihnen Lazarus Lehmann, „ein Greis von 80 Jahren und allgemein geehrt" und die übrigen, hierzu bestimmten Gemeindemitglieder zogen aus der anstoßenden sogenannten Winter-Synagoge mit den festlich geschmückten Thorarollen unter Vortritt und Nachfolge der, brennende Kerzen tragende Kommissare und hielten einen siebenmaligen Umzug durch die Synagoge unter dem Psalmgesang ana adonaj.*
>
> *Nachdem Dr. Frankel das „Höre Israel" gesprochen, die Gesetzesrollen unter den Klängen des Uwnucha jomar zum Erstenmal in die heilige Lade gestellt wurden, hielt Dr. Frankel die Weiherede, den ergreifenden Glanz- und Mittelpunkt des Festes."* 171)

Die hervorragende Rede von Dr. Frankel wurde auf Veranlassung der Gemeinde zum Besten der Synagogenkasse zu Dresden in Druck gegeben.

Rede bei der Einweihung der neuen Synagoge zu Dresden am 8. Mai 1840.

Herr ! du durchschauest des Herzens Tiefen und kennest des Menschen verborgenste Gedanken, vor dir ist offenbar, was heute unser Gemüt bewegt, welche Gefühle uns beim Eintritte in dieses Haus beleben. Woher Worte nehmen, woher Worte des Dankes und der Anbetung, dass du o Gott ! mit uns warest, dass du für den heissersehnten Tag uns erhieltest, uns einziehen lässt in das dir erbaute Haus ?

Du warst mit uns, du hast unseren Willen belebt, dass wir zu Ehren deines Namens ausführten: Unsere Lippe erstarrt, unsere Zunge verstimmt, sie findet nicht den Ausdruck für das überströmende Gefühl, das unser Innerstes durchbebt. – Doch solcher Dank ist dir Herr der Geister angenehm, Gefühle dir geheiligt sind, die reichsten Opfer, die der Mensch dir darzubringen vermag: so lehre uns denn wie wir sie dir stets weihen, lass uns in dieser Stunde die Heiligkeit deines Hauses begreifen, dass wir einsehen wie wir stets an dieser Stätte erscheinen, wie wir sie deinem Namen heiligen. Amen.

Wir haben nun vollendet ! Wir haben gering begonnen und Grosses vollendet, ein Haus haben wir errichtet dem Herrn unserem Gott. Was der sehnlichste Wunsch vieler Geschlechter war, wir erlangten es am heutigen Tage: wir treten nun ein mit Lobgesang in die Hallen des Herrn: es öffnen sich die Pforten, es tun sich auf die Tore, wer zieht ein ? der Herr der Macht und der Gnade, der Gott der Ewigkeiten, er ziehet ein mit uns, in diesem Hause soll Alles ihm geheiligt sein, hier ist der Herr uns gegenwärtig. – Wir haben begonnen und vollendet: und als wir begannen da war es im Vertrauen auf Gott, und da wir vollenden, wie freuen wir uns dass unser Vertrauen so trefflich belohnt wurde ! Wir begannen mit schwacher Kraft, und als vor zwei Jahren wir den Grundstein legten da knüpften sich fromme Wünsche und Hoffnungen daran, noch die Erfüllung erschien uns in weiter Ferne. Es erhoben sich viele Schwierigkeiten und bange fragten wir zuweilen: Werden wir denn auch vollenden ? Doch als wir zagend sannen, woher werde Hilfe kommen, da kam sie von Gott und er liess nicht wanken unseren Fuss. Wir erhoben uns in seinem Namen, schritten vorwärts, mit uns war der Herr der Macht und der Gnade: Er war eingezogen in unser Herz, er belebte unseren Willen.

Wir haben begonnen und vollendet, der Herr stand uns bei: doch ist unser Vollenden nur ein Beginnen, was wir getan, ist ein schwacher Anfang nur, das Werk soll weiter ausgeführt werden. Es werde vom Vater dem Sohne, es werde den entferntesten Enkeln übergeben, dass sie daran bilden, das Begonnene fortsetzen, bis es einst in die Tage spätestens seine Vollendung erreicht habe. Das Haus ist ausgeführt mit seinen geräumigen Hallen, es ladet zur Andacht ein: doch was es heilige dieses muss von innen kommen, was es zur Wohnstätte Desjenigen mache, den nicht die Himmel umfassen und die Himmel der Himmel, woher anders als aus uns kann es hervorgehen ? Nicht vermag des Künstlers sinniges Denken es aufzuführen, nicht kann des Meisters Hand, nicht sein kunstgeübter Griffel und Meissel es herbeischaffen. Hier baute jeder selbst, hier muss jedes Geschlecht von Neuen beginnen, bis einst das Werk gefördert ist, bis einst die Stunde schlägt wo Gottesfurcht allein auf Erden wohnt.

Darum muss unsere Sorge sein, wie wir den heiligen Schmuck des Hauses herbeischaffen. Durch Menschenhände ist das Aeussere ausgeführt, nun sollen wir von innen bauen: in dieser Stunde ist der Anfang, jetzt beginnt die Weihe, nicht als das Mauerwerk und Getäfel vollendet ward, sondern in dieser Stunde, in welcher wir uns hier versammeln und viele Edle mit uns, beginnt seine Heiligkeit. Was bringen wir nun heute mit, was soll uns stets in dieses Haus hineinbegleiten ?

Die Worte des frommen Sängers, die sich in Psalm 42, 2, 3, finden und die zu unserem Texte wir wählen wollen mögen uns hierüber belehren:

So wie das Reh nach frischen Quellen schmachtet, so schmachtet meine Seele, Gott ! nach dir. Es lechzet meine Seele nach dem Herrn, des Lebens Quelle, wann komme ich und zeige mich vor Gott !

Darum sei dieses Haus uns ein Vaterhaus, hier nahen wir uns in Demut und erfassen zugleich den Stolz des Glaubens. Der Mensch sei demütig und unterwürfig dem Herrn, und diese Unterwürfigkeit erzeuge in ihm das hohe Bewusstsein dass der Glaube über alles geht, dass er den Sieg über das Irdische mit seinen Reizungen und Lockungen davontrage. Und dieses ist der Stolz auf den Glauben, dass wir ihn in keiner Weise verleugnen, dass wir auch den glänzendsten Vorteil nicht erringen wollen, wenn er beeinträchtigt, wenn nur der Schein einer Beeinträchtigung sich zeigen sollte. Ach, selbst da, wo wir nicht nach Vorteil haschen, sondern nur das Recht ansprechen, das Recht, das Gott jedem Menschen der Erde, an sich selbst, an die Gesellschaft eingeräumt hat, auch da ist der Glaube und das Höchste, das Heiligtum werde bewahrt, es werde unverletzt erhalten. –

So sind wir uns Brüder, so sind alle Menschen uns Brüder, so wird das Werk vollendet, so sei dieser Tempel dem Herrn geweihet. Es entspreche ganz der Inschrift, die er an seiner Stirne trägt:

„. . . mein Haus werde genannt ein Haus der Andacht allen Völkern."

Wer in Einheit Gottes hier eintritt, der finde Erbauung, der fühle sich hier heimisch: dann ist das Haus dem Ewigen wahrhaftig geheiligt, es ist die Stätte, von der der Herr verkündet: "Hier will ich tronen, an diesem Ort habe ich Gefallen." Und solche Einheit zeuget Liebe, mit der wir eintreten und die sich stets hier erneuern soll. Ein inhaltsvolles Wort hat der Herr seiner Schöpfung aufgedrückt, wohl dem der die göttlichen Züge zu lesen vermag: sie heissen Liebe.

So öffnen sich die Pforten und es ziehen mit uns ein Anhänglichkeit, Einheit und Liebe. In der Geschichte unserer Väter bekundet sich der Herr in der Treue. In ihrer Treue gegen Gott, in ihrer Treue gegen den König. Und so wollen auch wir es bewahren:

Treue dem Glauben, Treue dem König, Treue dem Vaterlande.

Und so mögest du o, Herr ! stets Gefallen finden an diesem Orte, möge er dir für ewige Zeiten geheiligt sein. Sei o, Herr ! hier auch stets mit den Lehrern, hier soll Wahrheit und Heiligung deines Namens von ihrem Munde fliessen, und sie komme in das Herz der Hörer, dass sie dort dir geweihte Früchte tragen. –

Herr ! unser innigstes Gebet erhöre für das Leben und Wohl unseres geliebten Königs Friedrich August . . .
deiner Gnade erfreue sich unsere geliebte Königin Marie . . .
und es sei dein Segen mit dem erhabenen Prinzen . . .
Segne, o Herr ! mit deiner Einsicht die Räte unseres Königs . . .
Und es komme deine Huld auf die obere Behörde . . .
Und es komme deine Einsicht auf die Abgeordneten . . .
und dein Segen über diese Stadt und ihrer Obrigkeit . . .
Dein Segen o, Gott, sei mit allen Menschen . . .

Sei mit diesem Hause, deinem Schutz empfehlen wir es; in ihm, dir geheiligt, werde uns der Vorgeschmack der Seligkeit, die dort auf ewige Zeiten uns erwartet.

Amen ! 172)

(Anm. Die Festrede wurde gekürzt).

*

„Die Einweihungsfeier war nicht nur ein Fest der Erhebung für die israelitische Gemeinde in Dresden", so berichtete die Zeitung des Judentums, „sondern die Stadt Dresden feierte gleichsam ein Bundesfest der solennen Aufnahme des israelitischen Kultus unter den gesetzlich anerkannten Gottesverehrungen des Landes."

Bemerkenswert ist, daß das Hoftheater ankündigte, daß die Vorstellung des Abends erst **nach** Beendigung der Synagogeneinweihungsfeier beginne !
Wie sehr die Einweihungsfeier und das für die damalige Zeit – namentlich in Anbetracht der beschränkten Mittel – schöne Bauwerk die Aufmerksamkeit und Teilnahme in Dresden erregte, das bekunden zwei Spenden, die am Morgen des Festtages bei dem Vorstand eingingen.

Ein christlicher Bürger, ein früherer Stadtverordneter sandte dem Vorstand 50 Taler als Beitrag zu den Kosten mit dem Wunsche:

„. . . dass fortschreitende Aufklärung und Bildung die Israeliten auch noch zu dem fördern möge, was ihnen noch zur gänzlichen Gleichstellung fehlt."

Der Advokat Voland sandte seine Spende von 4 Talern mit dem Sinnspruch:

„Wir glauben alle an einen Gott !"

Für die Inneneinrichtung der Synagoge stifteten viele Gemeindemitglieder. Die heilige Lade ist ein Geschenk der Brüder Wallerstein im Werte von 600 Talern.
Die silberne Lampe, das Ewige Licht, mit dem von Ludwig Wolf gestifteten Rubinglas, ist ein Geschenk, das unverheiratete Gemeindemitglieder der Synagoge bei der Errichtung spendeten. Die Lampe wurde nach einer Zeichnung Semper's gearbeitet. Professor Semper erhielt von der Gemeinde einen Pokal, zu dem einzelne Mitglieder Beiträge spendeten.

Der Gesamtaufwand für die Synagoge betrug 30.204 Taler, davon 5.150 für den Bauplatz, 24.007 Taler für den Bau. Aufgebracht wurde dieser Aufwand durch 17.185 Taler Darlehen der Gemeindemitglieder, 3.753 Taler und 20 Groschen durch Schenkungen derselben, 2.570 Taler 25 Groschen für verkaufte Betplätze. Im Jahre 1846 waren die Schulden bis auf rund 5.000 Taler getilgt.



Synagoge Dresden

Die Darlehensgeber verzichteten zumeist auf die Zinsen.

5 Taler = Gelübde von Aaron Simonsohn bei der Grundsteinlegung.
1000 Taler = Markus Bondi.
500 Taler = Mendel Schie.
500 Taler = Dr. Beer.
600 Taler = Kommerzienrat Michael Kaskel.
250 Taler = Nachlass von Abraham Salomon Bondi.
200 Taler = Jontua Bondi.
100 Taler = Wolf Simon Levi.
48 Taler = Moritz Meyer.
100 Taler = Salomon Heine aus Hamburg.
25 Taler = Lehmannbeer.
50 Taler = Ungenannt.
4 Taler = Advokat Voland.
11 Taler = Drei Dresdner Bürger.

3393 Taler Insgesamt.

Die Synagogenbaukosten wurden allmählich, der Rest 1853 getilgt. [173]

Das fünfundzwanzigjährige Synagogenjubiläum wurde am 1. Mai 1865 festlich begangen. Dr. Wolf Landau, Oberrabbiner der Gemeinde, hielt eine hervorragende Predigt in der Synagoge. Die Predigt wurde gedruckt,und der Reinertrag war zum Erwerb eines Schul- und Gemeindehauses gedacht. Um diese Zeit begannen auch die zeitentsprechenden Synagogenreformen. [174]

Die Einführung deutscher Gesänge in der Synagoge wurde im Jahre 1867 beschlossen. Die Orgel ist seit 1870 in Betrieb gewesen. Die Aufstellung der Orgel wurde durch ein Legat des 1869 verstorbenen Vorstehers des Kommerzienrates Moritz Aaron Meyer von 2000 Taler und durch 1000 Taler Schenkung seiner Witwe ermöglicht. (Der Orgelbauer ist nicht bekannt.)

Für das Aufstellen einer Orgel erklärten sich nach einer schriftlichen Umfrage des Vorstandes von den 123 Stimmberechtigten 86 Mitglieder. Gegen die Aufstellung sprachen sich 37 Mitglieder aus. Der Widerspruch Einzelner wurde auf Befürwortung des Gemeinderates und des Oberrabbiners Dr. Landau vom Kultusministerium zurückgewiesen. Es wurde darauf hingewiesen, daß Dr. Beer schon 1848 erklärt hatte, es „sei die Anbahnung zur künftigen Einführung einer Orgel beim Gottesdienst anzuraten." Oberrabbiner Dr. Landau betonte: Der Orgel stehe kein dogmatisches und rituelles Bedenken entgegen. Es frage sich nur, ob sie der Gemeinde zusage, „wobei die Rücksicht auf die Heranziehung der Jugend zum Gottesdienst auch in's Gewicht falle."

(In Frankfurt am Main befindet sich in der Synagoge in der Freiherr vom Stein Straße eine Orgel, die auch nach der Wiederherstellung der Synagoge seit dem 6. September 1950, sogar 20 Jahre später noch nicht benutzt wurde. Landesrabbiner Dr. Isaak Emil Lichtigfeld sprach sich gegen einen liberalen Gottesdienst mit Orgelbegleitung aus.)

Die Einführung deutscher Festgebete wurde 1878, die Beseitigung der sogenannten Tropp-Melodie 1879, die Einführung des Stein'schen Gebetbuches für die hohen Feiertage 1879, die Gasbeleuchtung der Synagoge 1879 und die Einführung des Joel'schen Gebetbuches für die Zeit außerhalb der hohen Feiertage 1888, beschlossen. [175]

Der Synagogenbaufonds hatte Ende des Jahres 1912 die Summe von 492.832,50 Mark erreicht. In längeren Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Dresden war es 1913 zu einem Vertrag gekommen, wodurch die Israelitische Gemeinde zur Arrondierung des Synagogengrundstückes das der Stadtgemeinde gehörende, an der Zeughausstraße gelegene Flurstück zum Preise von 65.000 Mark erwerben konnte. Der Kaufvertrag wurde dem königlichen Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichtes vorgelegt. [176]

Am 23. Januar 1928 feierte der Kantor Raphael Hofstein seinen siebzigjährigen Geburtstag und das 38. Jahr seiner Tätigkeit als Kantor in der Synagoge. Das Gemeindeblatt widmete dem Jubilar die erste Seite ihrer Ausgabe. [177]

Am 7. Februar 1928 starb der langjährige (christliche) Organist Max Birn, der mehr als zwanzig Jahre die Orgel in der Synagoge meisterhaft bediente. [178]

*

Die Anfänge des nationalsozialistischen Terrors in Sachsen wiesen den Weg, wohin diese extreme Partei steuerte.

1927 überfiel eine Gruppe Nationalsozialisten, die in einer Chemnitzer Hauptstraße marschierten, einen jüdischen Geschäftsmann und schlugen ihn zusammen. An den schweren Verletzungen starb er. [179]

Im März 1930 wurde die Synagoge in Plauen zweimal geschändet. Einmal wurde ein verendetes Ferkel in das Gotteshaus gelegt und einige Tage später wurden 14 Scheiben eingeschlagen. [180]

Oktober 1931 störten eine Gruppe Nazis den Dresdner Gottesdienst. Das Allgemeine Jüdische Familienblatt nahm dazu Stellung:

> *„Dresden. Der Ruhm der Hitlerhelden vom Kurfürstendamm hat etlichen ihrer von gleichem Mut und gleich edler Gesinnung erfüllten Parteigenossen in Dresden den Schlaf geraubt: Auch sie dürsteten danach, ruhmreiche Taten zu begehen, durch welche Deutschland aus aller Not errettet werden kann. Und so fanden sich denn 8-10 der tapfersten Hitlermannen am zweiten Tage des Laubhüttenfestes um 9.00 Uhr morgens in der Gastwirtschaft des Künstlerhauses – einem ihrer ständigen Stammlokale – ein, entflammten sich noch schnell durch geistige Getränke und verfügten sich dann in den Garten des Künstlerhauses, wo sie zwecks Störung des im grossen Saal des Künstlerhauses stattfindenden Gottesdienstes eine „Gesangprobe" hielten !*
>
> *Die Freude an dem Geschrei und den geistvollen Kriegsgesängen dauerte freilich nicht lange: Zwei Polizeibeamte genügten, um die tapferen Recken zum Rückzug in ihr Hauptquartier – die Kneipe – zu bewegen. Wie wir hören, wird der Vorstand der Gemeinde von der Polizei verlangen, dass gegen die Tapferen (Nazis) Anzeige wegen Religionsstörung erstattet wird."*

e. Der Synagogenanbau 1935

Trotz der antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten nach 1933 waren die Dresdner Juden so optimistisch, daß sie einen Anbau an die große Synagoge im Jahre 1935 durchführten. Der Beschluss des Gemeinderates über den Anbau beruhte auf eingehender Überlegung und Würdigung aller Umstände, die für ein derartiges Bauvorhaben sprachen. Die Synagoge hatte nach fast 100 Jahren viele bauliche Mängel, so daß schon seit Jahrzehnten Neubau- und Umbaupläne bearbeitet wurden. Die Wendeltreppen zu den Frauenemporen sind sogar nach den Vorschriften der Baupolizei nicht mehr zulässig, da sie bei entstehender Gefahr Anlass zu Unglücksfällen geben könnten. Man hat jedoch seit Jahren Teilverbesserungen hinausgeschoben, weil die Synagoge ohnehin der Vergrößerung der Gemeinde seit der Zeit der Erbauung (1840) längst nicht mehr genügte, und daher an der Ostseite auf dem am Hasenberg hinzugekauften Grundstück schon seit Jahrzehnten vorgesehen war. Diese Planung, zu der auch die Mittel schon in einem Synagogen-Neubaufonds gestiftet waren, ist nur durch Krieg (1914-1918) und Inflation verhindert worden. 1935 stand die Erkenntnis fest, daß es zu einem derartig großzügigen Erweiterungsbau nicht mehr kommen wird.

*

Wenn auch die Synagoge an den Hohen Feiertagen noch immer nicht immer genug Platz für alle Erscheinenden bietet, so ist doch diesem Mangel durch einen kleineren Anbau abzuhelfen, während die früher geplante Vergrößerung durch die starke Abwanderung von Gemeindemitgliedern (durch die Schikanen der Nationalsozialisten. Anm.) und den erheblichen Überschuß der jährlichen Todesfälle über die Geburten ihre Grundlage verloren hat.

Nachdem der ehemalige große Erweiterungsplan endgültig verlassen werden mußte, ließ sich die Beseitigung der bestehenden baulichen Mängel nicht ins Ungewisse aufschieben. Die Treppen zu den Emporen gaben jedesmal bei den Hohen Feiertagen Anlaß zu ernsten Bedenken. Außerdem wurde der Mangel einer Garderobe schon seit Jahren dringend beklagt. Schließlich zwang aber der Zustand der Wochentags-Synagoge zu einer Änderung. In seiner Querlage war der Raum zur Abhaltung von Gottesdiensten sehr ungeeignet, durch den Mangel an Zentralheizung bei schlechter Witterung kalt. Auch bei Trauungen wurde die Stimmungslosigkeit des Raumes oft gerügt.

Der vom Gemeinderat beschlossene Anbauplan ging also dahin, die Wochentags-Synagoge durch einen Anbau zwischen den beiden Treppenhaustürmen zu erweitern, eine Empore zu schaffen, daß die Gottesdienste auch für Frauen zugänglich sind und unter dem Anbau ein Untergeschoß anzulegen, wodurch außer der Garderobe ein weiterer Raum entstehen sollte. Zugleich wurden die Treppen zu den Emporen in einer den Vorschriften entsprechenden Weise umgebaut. Es wurde also außer der Verbesserung der Treppen und der Schaffung der Garderobe ein Versammlungsraum gewonnen, der bei den Schwierigkeiten für jüdische Organisationen (1935) geeignete Versammlungsräume zu bekommen, einem dringenden Bedürfnis der Gemeinde entsprach. Es wurde durch den Anbau eine kleine würdige Synagoge mit einem Fassungsvermögen für etwa 180 Männer und 80 Frauen geschaffen. Der Anbau stand durch einen breiten Durchbruch mit der Hauptsynagoge in Verbindung. [181)]

Über die Einweihung des Synagogen Anbaues berichtete das Gemeindeblatt:

„Am Freitag, dem 25. Oktober 1935 am Vorabend des Sabbat Bereschit, wurde der an den altehrwürdigen Tempelbau Gottfried Sempers angebaute Neubau als selbständige Gebetstätte eingeweiht, das Ewige Licht wurde zum ersten Male zum Leuchten gebracht.

Schon zu den Hohen Feiertagen war unserer Gemeinde der Erweiterungsbau unseres Gotteshauses zugänglich, der nach Westen das Synagogenschiff um 14 Meter verlängert und eine Empore mit amphitheatralisch ansteigenden Platzreihen umfasst, sodass fast 300 Plätze mehr zur Verfügung stehen.

Nunmehr wurde der würdige Raum durch eine hierzu konstruierte Roll-Holzwand von dem grossen Tempelbau abgetrennt und dadurch die Aufstellung eines eigenen „Heiligen Schreines" für die nicht so stark besuchten Gottesdienstes der Sabbathe geweiht. Diese heilige Lade zur Aufnahme der Thorarollen ist aus dem alten kleinen Gebetsraum entnommen und durch farbige Auffrischung und Vergoldung in Verbindung mit dem wundervollen grünlichen, gestickten Vorhang, der mehrere hundert Jahre alt ist, das kultische Hauptstück des Raumes, in das am Einweihungsabend unter lithurgischen Gesängen die Thorarollen eingehoben wurden.

Der feierliche Gottesdienst in dem überfüllten neuen Bau wurde durch eine Weiherede des Vorsitzenden des Gemeindevorstandes Max Lesser, eingeleitet, der die Geschichte des Baues kurz darlegte, der hochherzigen Stifterin des Baufonds, Henriette Schie, gedachte und dem Baumeister, Architekt, Fritz Brauer, für das bautechnisch sowie künstlerisch-stilistisch hervorragend gelöste Werk dankte.

Dann sprach unser ehrwürdiger Rabbiner Dr. Winter Worte des Dankes an den Gemeindevorsitzenden und den Baumeister. Der Freitag-Abend Gottesdienst wurde von Kantor Paglin als Vorbeter und dem kleinen Frauenchor unter Frau Anschel-Hofstein in gewohntem schönen musikalischen Rahmen dargeboten.

Die Ansprache von Rabbiner Dr. Wolf knüpfte an das erste Wort des Thora-Abschnittes „Bereschith" (Anfang) an: dem Judentum sei noch immer ein neuer Anfang möglich gewesen.

So wird sich der bei der Einweihung überfüllte Neubau in Zukunft sowohl als religiöse Andachtsstätte, wie auch als „Beth hak'nesseth", als Versammlungsraum der Gemeinde für geplante Kulturveranstaltungen bewähren als Zeichen eines ungebrochenen Idealismus."

Für die Stifterin Henriette Schie, wie für die im Kriege 1914-1918 Gefallenen der Dresdner Gemeinde, wurden zwei Gedenktafeln aus der Künstlerhand Bruno Gimpels angebracht. [182]

Das traurige Ende der Gemeinde ist aus dem Gemeindeblatt vom Juni 1938 zu entnehmen:

„Uns ist in diesen Tagen nichts mehr geblieben als unsere Synagoge. Sie ist uns seelische Heimat geworden und der Ort, an dem sich alles kulturelle Leben abspielt." [183]

Am 24. Juni 1938 fand eine Feier in der Synagoge, anläßlich des einhundertjährigen Tages der Grundsteinlegung des Semper'schen Baues, statt.

Am 9. November 1938 verbrannten und zerstörten die nationalsozialistischen Gewalthaber die ehrwürdige, fast 100 Jahre alte Synagoge. *(Die Zerstörung der Synagoge S. 404)*



Gedenktafel in der kleinen Synagoge Dresden

an die gefallenen jüdischen Soldaten 1914–1918

Entwurf der Gedenktafel von Bruno Gimpel. Enthüllt 1936.

לסדר העבודה

Einlagen

zum

Gebetbuche von Dr. L. Stein

für

Neujahr und Versöhnungstag

zum Gebrauche in der Synagoge

zu

Dresden.

Druck von Adolf Mendel in Dresden.

Forschungsabteilung Judenfrage
des Reichsinstituts für Geschichte
des neuen Deutschlands

f. Die Baubetrachtung *Von Dipl. Ing. Architekt Salomon Korn*

Gottfried Semper, der Erbauer der Synagoge zu Dresden, wurde 1803 in Hamburg geboren und starb 1879 in Rom. Er war nach Schinkel der bedeutendste Baumeister des 19. Jahrhunderts.

Sempers Hauptwerke sind das Hoftheater in Dresden (1837–41, abgebrannt 1869, Neubau als Opernhaus 1871–78); die Synagoge und Gemäldegalerie in Dresden; das Polytechnikum und die Sternwarte in Zürich; das Rathaus in Winterthur; das Burgtheater und die forumartige Anlage mit dem Hofmuseum in Wien. ①

1834 wurde Semper auf Empfehlung von Schinkel als Professor an die Bauakademie in Dresden berufen. Von dort mußte er wegen seiner Beteiligung am Maiaufstand 1848 – er leitete selbst Bau und Verteidigung einer Barrikade – fliehen. Die Zeit seines Aufenthaltes in Dresden gilt als die Periode "der größten praktischen Entfaltung seines Könnens und Entwicklung zur künstlerischen Reife". ②

1839 erbaute er am rechten Elbufer (i. d. Neustadt, Holzhofgasse) den Sommersitz des Bankiers Oppenheim, die Villa Rosa, welche als freie Schöpfung im Renaissancestil an italienische Villen erinnerte. Auf der Bürgerwiese begann Semper im Jahre 1845 für den gleichen Bauherrn mit der Errichtung des im Stil der Hochrenaissance gehaltenen "Stadtpalais des Bankiers Oppenheim". (Später Wohnsitz des Hofbankiers Michael Kaskel.)③ Die künstlerische Leistung bestand in der meisterhaften dreieckigen Grundrißentwicklung, die unumgänglich geworden war, weil trotz aller Versuche, die Arrondierung des Grundstückes fehlschlug.

Daß Sempers Anlehnung an frühere Baustile nie zu epigonenhaften Kopien führte, zeigte die 1838–40 mit romanisch–orientalischen Motiven errichtete Synagoge in Dresden eindrucksvoll. Hans Semper, der Sohn des Baumeisters, weist darauf hin ④ , daß die Synagoge vollkommen dem Programm entspricht, das sein Vater in seiner Gebäudelehre für jüdische Tempel aufstellte. (Dieses "Programm" befindet sich nicht in der zugänglichen Literatur von und über Semper. Anm.) Sempers exakte Kenntnisse des Stiftzeltes und des Salomonischen Tempels ⑤ lassen im Vergleich mit der Synagoge den Rückschluß zu, daß das schon oben erwähnte "Programm" an wesentlichen Elementen der beiden Tempel orientiert war.

Die Synagoge wurde auf quadratischem Grundriß (Zentralbau) mit einer Zeltdachkuppel (Durchmesser 19 mtr.)⑥ über dem Mittelraum, für etwa 500 Personen errichtet. Vier im Quadrat angeordnete Pfeiler (die vier Pfeiler des Stiftzeltes)⑦ mit je drei dazwischenliegenden Arkaden stützten die umlaufende hölzerne Empore, die ebenso wie die Kuppel ursprünglich in Stein projektiert war. Wegen der angespannten Gemeindefinanzen mußte Semper mit Holz vorlieb nehmen. Er erlag dabei nicht der Versuchung, eine massive Steinkonstruktion vorzutäuschen, sondern versah die Arkaden der Empore sowie die übrigen Zierflächen des Innenraumes mit reichgeschmückten, farbigen Dekorationen, wie sie den Materialeigenschaften des Holzes entsprachen. Die mit byzantinischen und maurischen Elementen versehenen Ornamentik, die Semper auf seinen Studienreisen in Sizilien kennengelernt hatte, lehnte sich an die "orientalische Herkunft des jüdischen Stammes" ⑧ an. Sämtliche Ausstattungsgegenstände der Synagoge wie Ampeln, Kandelaber, Kanzel und Vorbeterpult sind nach Sempers Entwürfen hergestellt worden, wodurch eine künstlerische Einheit des Ganzen erreicht wurde. ⑨

Lipsius betont, daß die Synagoge mit den von niederen Kuppeltürmen flankierten Vorbau, in ihrem Äußeren, in dem romanischen Elemente vorherrschten, unzweifelhaft die "großartige, weihevolle Erscheinung des jüdischen Tempels erkennen läßt." (10) Er fährt fort: "Auch das Innere, bei dem nur der vermittelnde, vorbereitende Vorraum vermißt wird, hat die hohe, feierliche Stimmung des Gotteshauses."

Rachel Wischnitzer weist darauf hin, daß auch das zeltförmige Kuppeldach an den Aufbau des Stiftzeltes erinnere. (11)

Gottfried Semper, der übrigens nie eine Kirche baute, hat mit geringsten Mitteln, im Gegensatz etwa zur Synagoge Chemnitz, trotz Mischung lombardisch-romanischer Motive mit byzantinisch – maurischen Elementen, aus seiner großen theoretischen Kenntnis der Baustile heraus sowie in Anlehnung an die Architektur der beiden jüdischen Tempel ein originelles Kunstwerk geschaffen.

Es ist in seinem Aufbau großartig einfach, bewahrt bei aller Hoheit noch das weltliche Element der Synagoge, die stets auch Versammlungsraum der Gemeinde war und unterscheidet sich dabei wohltuend von den meist der Kirchenarchitektur nachempfundenen, blutleeren Synagogenbauten des 19. Jahrhunderts.

Bibliographie:

1. "Wasmuths Lexikon der Baukunst", Bd. IV., Berlin 1932, S. 360
2. "Allg. Lexikon d. bildenden Künstler", Bd. 30, Leipzig 1936. S. 489
3. Ebenda. S. 490
4. Hans Semper: "G. Semper – ein Bild seines Lebens ff." Berlin 1880. S. 14.
5. Gottfried Semper: "Kleine Schriften". Hrsg. von M. und H. Semper, Berlin-Stuttgart 1884. S. 388.
6. B. C. Roth: "Die Kunst der Juden". Bd. II. Frankfurt a.M. 1964. S. 111
7. Gottfr. Semper: "Kleine Schriften" S. 388
8. Hans Semper:"G. Semper – ein Bild seines Lebens ff." Berlin 1880. S. 14
9. Ebenda.
10. Lipsius, Constantin:"G. Semper in seiner Bedeutung als Architekt". Berlin 1880. S. 42
11. Wischnitzer, Rahel: "The Architecture of the European Synagogue", Philadelphia 1964, S. 198.

VI . Die jüdischen Stiftungen in Dresden

Die erste jüdische Stiftung in Dresden, die im Jahre 1796 errichtet wurde, war von Phillip Aaron für Kultzwecke gedacht.

1815 folgte eine Stiftung für die Armenpflege (Unterstützung) und 1820 wurde für Jahrzeitfeiern in den Privatsynagogen die nächste Stiftung errichtet.

Ab 1850 setzte dann eine große Stiftungswelle ein, die bis zum Jahre 1900 anhielt. Nach dieser Zeit sind nur einzelne wenige Stiftungen erfolgt. Nach 1913 kam der Stiftungswille fast völlig zum erliegen.

Bis 1870 gab es 29 jüdische Stiftungen,
1910 gab es 88 jüdische Stiftungen, *185.)*
1913 gab es 88 jüdische Stiftungen,
1924 gab es 3 jüdische Stiftungen,
da diese zweckmäßig in Vereine umfunktioniert wurden
1932 gab es 3 jüdische Stiftungen.

Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß in **Leipzig** erst nach 1850 Stiftungen zu verzeichnen sind, so zum Beispiel die

Mendelssohn — Stiftung im Jahre 1861, die
Isr. Waisen — Stiftung im Jahre 1878, die
Isr. Alters-
versorgungs — Stiftung im Jahre 1888 und die
Isr. Armen — Stiftung im Jahre 1890
(auch für Christen). Im Jahre 1913 sind 43 Stiftungen registriert.*)

In **Chemnitz** wurden jüdische Stiftungen erst ab 1899 gegründet und bis zum Jahre 1918 bestanden 27 Stiftungen, die in den Jahren der Inflation ebenso wie in anderen Städten, schnell entwerteten. 184.)

*

Es gab fast kein humanitäres Gebiet auf dem sich die Dresdner Juden nicht gemeinnützig und wohltäterisch verdient gemacht hatten.

Die nachfolgende Aufzählung der einzelnen Stiftungen und deren Zweckbestimmung ist **nicht** vollständig. Unterlagen existieren nicht mehr.

*) Handbuch der jüd. Gemeindeverwaltung ff. 1913.

1851 wurde eine der größten mildtätigen Stiftungen der damaligen Zeit gegründet: Das **HENRIETTENSTIFT.** 1904 wurde diese Anstalt vergrößert und umgebaut. Alte Zeitungsberichte nahmen Notiz von der Einweihungsfeier:

„Die Israelitische Religionsgemeinde beging am 2. Oktober 1904 die Einweihung des umgebauten und vergrößerten Henriettenstifts des Asylhauses für arme israelitische Familien, einer 1851 begründeten milden Stiftung des 1861 verstorbenen Bankiers Wilhelm Schie, welche 10 armen Familien Wohnung gewährte und nach dem Vermächtnis der 1893 verstorbenen Witwe Henriette Schie auch Verpflegungsbeihilfen macht. Das letztere Vermächtnis bot jetzt die Möglichkeit, das Haus für 10 Familien einzurichten.

Der Bau wurde von März 1904 bis September desselben Jahres von dem Architekten Paul Marcus nach eigenen Plan ausgeführt. In jeder der freundlichen Wohnungen befindet sich ein Zimmer, Kammer, Küche und Vorhaus, sowie Wasserleitung , Leucht- und Kochgasvorrichtung und Badeeinrichtung.

Zahlreiche Gemeindemitglieder fanden sich zu der Feierlichkeit im Vorsaal des zweiten Obergeschosses ein. Orgelspiel und Sologesang von Kantor Hofstein leiteten die Feier ein. In einer sehr gemütvollen und ergreifenden Rede gedachte der Stiftsvorsteher Fabrikdirektor Max Elb der edlen Stifter und der gedeihlichen Entwicklung der Stiftung. Innigen Dank zollte er allen Förderern, Schützern und Helfern am neuen Werke, an erster Stelle dem Könige, den königlichen und städtischen Behörden, dem Architekten und den Mitarbeitern in der Verwaltung. Die Weiherede hielt Rabbiner Dr. Winter. Abermaliger Sologesang beschloss die Feier, der eine Besichtigung der neuen Räume sich anschloss." 186)

Dem 75jährigen Bestehens des Henriettenstiftes im Jahre 1927 widmete das „Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden" eine Sondernummer. Darin heißt es:

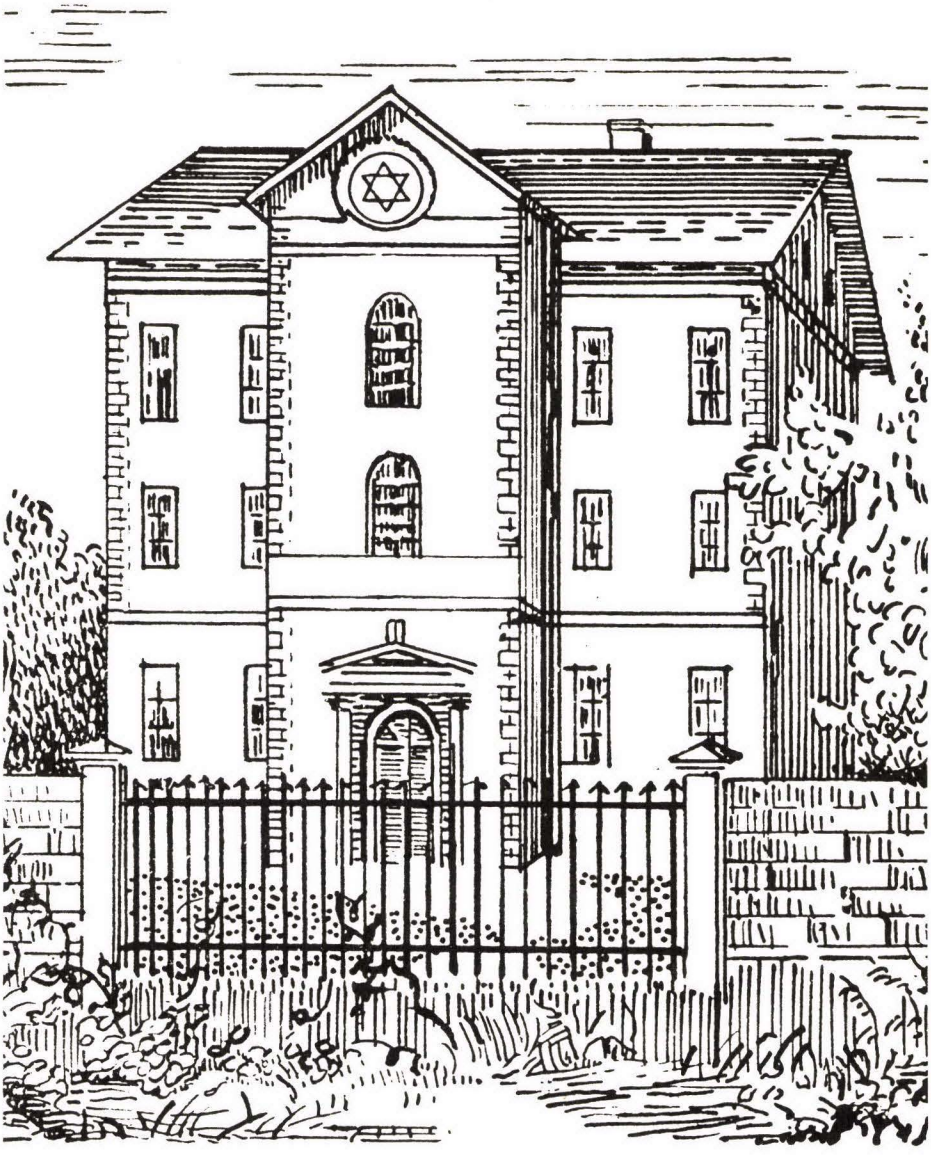
„Zum Jubiläum des Henrietten-Stifts

Inmitten eines alten friedlichen Gartens an der Eliasstrasse liegt das Altersversorgungshaus unserer Gemeinde: Das Henriettenstift. In dieser öffentlich anerkannten milden Stiftung besitzt unsere Gemeinde nunmehr seit 75 Jahren eine ihrer bedeutsamsten, der Mildtätigkeit dienenden Institutionen.

Der durch seinen Wohltätigkeitssinn hervorragende, in ehrenden Andenken stehende Bankier Wilhelm Schie, der damalige Vorsteher unserer Gemeinde, erwarb im April 1851 das Gartengrundstück Nr. 24 in der Eliasstrasse und errichtete durch Schenkungsurkunde am 18. Mai 1852 die Stiftung, die er mit dem Namen seiner Gattin Henriette benannte, die ihm gleich als Wohltäterin bekannt und geehrt ist.

Die Stiftung hatte den Zweck, zunächst 9 oder 10 bedürftigen und unbescholtenen jüdischen Mitgliedern der Dresdner Stadtgemeinde, allein oder mit ihren Familien, ohne Unterschied des Geschlechtes, freie Wohnung zu gewähren, und sie mit Geldbeihilfen zu unterstützen.

Der Erweiterungsbau im Jahre 1904 schaffte Wohnungen für 6 weitere Ehepaare oder Einzelpersonen. Die nach dem Krieg (1914-1918) eintretende Wohnungsnot gebot der Stiftungsverwaltung, einzelne Wohnungen zu teilen. 1927 wohnen 24 Personen im Henrietten-Stift.



Das alte jüdische Henriettenstift in Dresden vor dem Umbau
Benannt nach der Stifterin Henriette Schie
Zeichnung von Max Busyn

In der Zeit der Geldentwertung, die den Krieg ablöste, erfuhr das Kapital des Henrietten-Stifts das traurige Schicksal fast aller milden Stiftungen – es zerfloss in nichts. Die notwendigsten Aufwendungen für das Stift und seine Bewohner wurden seitdem unter Zuhilfenahme des Überschusses des Wohltätigkeitsfestes vom 13. Oktober 1925 von der Wohlfahrtsstelle unserer Gemeinde bestritten. Zur Feier des 75jährigen Jubileums des Henrietten-Stiftes, dem diese Nummer des Gemeindeblattes in erster Linie gewidmet ist, trifft die Gemeindeverwaltung Vorbereitungen zu einer Wohltätigkeitsveranstaltung, die am 19. März in der Ausstellung stattfindet. Der Reinertrag soll dem Stift und allen anderen Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde weitere Betriebsmittel zuführen." 187)

Am 22. Juni 1870 wurde zum Andenken an sein menschenfreundliches Eintreten zu Gunsten der Juden die Stiftung

„KRUGSTIFTUNG DER ISRAELITEN DRESDENS"

zu Stipendien ohne Glaubensunterschied gegründet. Für seine pro-jüdische Gesinnung hatte Prof. Krug mancherlei Unbill zu erleiden. Dresdner Bürger verfluchten und verhöhnten ihn als „König der Juden." 188)

Demgegenüber bildeten Oberrabbiner Dr. Wolf Landau, Joseph Meyer, Moritz Elimeyer und Advokat Emil Lehmann ein Komitee für eine „Krug-Stiftung" und erliessen einen Aufruf an die Israeliten Sachsens:

„Am 22. Juni 1870 wird es ein Jahrhundert, dass Prof. Krug geboren wurde. Ausser der Wirksamkeit dieses Mannes auf dem Gebiete der Philosophie, der Rechtspolitik und der Humanität überhaupt, hat er sich für die bürgerliche Gleichstellung der Juden, namentlich in Sachsen, grosse Verdienste erworben, und wer die Geschichte dieser politischen Entwicklung, die gerade in Sachsen ausserordentlich schwer vor sich ging, weiss, wie viel Krug als Abgeordneter und Schriftsteller hierfür tat.
Aber er begnügte sich auch nicht mit Wort und Schrift. Als der Mendelssohn Verein zu Dresden gestiftet wurde, um jüdische Studierende, Künstler und Handwerker zu unterstützen, wies er ihm 250 Taler zu, während er doch keineswegs ein vermögender Familienvater war.

Die sächsischen Israeliten sollen daher zum 22. Juni eine Stiftung veranlassen mit der Bestimmung, dass aus den Zinsen dieses unter dem Namen **„KRUG-STIFTUNG der ISRAELITEN SACHSENS"** *zu verwaltenden Kapitales alljährlich Studierenden an der Landesuniversität Leipzig, an welcher Krug ein Menschenalter hindurch (1809-1842) segensreich gewirkt, ohne allen Unterschied der Konfession, jedoch unter vorzugsweiser Berücksichtigung von Nachkommen des verewigten Professor Krug, Stipendien während der Studienzeit und des ersten Jahres nach deren Beendigung gewährt werden."*

Im Nachwort zu diesem Aufruf wurde erwähnt, dass die Damen Frau Dr. Beer, Rosalie Zunz, sowie die Herren Elimeyer und Joseph Meyer je 100 Taler gezeichnet haben und erwartet wird, dass der Aufruf in Dresden und Leipzig nicht erfolglos bleiben wird.

„Wir können dem Unternehmen nur ein günstiges Resultat wünschen; das Andenken der Kämpfer für Recht und Wahrheit muss erhalten und geehrt werden, während wir willig die Vergessenheit über die Verfechter des Unrechtes, des Vorurteiles und des Hasses fallen lassen, um sie nicht der Schande bei freieren Geschlechtern anheimzugeben." 189)

1877 wurde eine jüdische Stiftung in den Dresdner Ortsgesetzen aufgenommen:

„Bestimmungen für die israelitische **LIPPMANN-STIFTUNG** *vom Jahre 1877.*

Die jährlichen Zinsen des Stiftungs-Kapitales sollen immer einem Mitgliede der Stadtgemeinde Dresden zu Gute kommen, welches krank und mittellos ist, und zwar entweder einem mittellosen Manne, welcher an Blasen- oder Nierenkrankheit leidet, oder einer mittellosen Frau, welche an Brustkrebs leidet.

Die Auszahlung der Zinsen soll in zwei gleichen, jedesmal zu Johannis und zu Weihnachten jeden Jahres fälligen Zinsen erfolgen.

Der Kranke soll diese Zinsen erhalten **ohne Unterschied der Konfession** *und des Standes und ohne Rücksicht, ob er verheiratet ist oder nicht. Doch soll er vor Empfang der ersten Zinsrate vor dem jeweiligen Oberbürgermeister der Stadt Dresden feierlich das Bekenntnis ablegen, dass er an einen Gott glaube. Vermag er dies nicht, so kann er in den Zinsengenuss nicht eintreten."*

Die Stiftungsurkunde sagte ferner, daß nur untadelige Bürger in den Genuß der Stiftung kommen. Der Stadtrat soll entscheiden,wer von den Bewerbern überhaupt zu berücksichtigen ist und wer keinen Anspruch zu erheben hat. Die Bewerber sollen nur Dresdner Bürger sein, und der Stadtrat soll nach seinem Ermessen entscheiden. [189 A)]

Ein kleiner Bericht gibt einen Überblick über das Stiftungswesen im Jahre 1889:

„Bildet das Statut das Gerippe einer Religionsgemeinde, so der Kultus, Synagoge, Religionsschule, Wohltätigkeit ihr Fleisch und Blut. Abgesehen von 10 Wohltätigkeitsvereinen, zum Teil aus der Zeit von 1750 und 1790, führte die im Februar 1889 veröffentlichte Zusammenstellung der

„Stiftungen der israelitischen Religionsgemeinde in Dresden"

deren 63 auf, die bis auf 6, im letzten Jahrhundert errichtet sind. Zu ihnen kamen seitdem zwei, darunter die am 19. Juni 1889 zum WETTIN-Jubelfeste in dankbarer Erinnerung dessen,
„was in dem letzten Halbjahrhundert unter der segensreichen Regierung, wie der Könige Friedrich August und Johann, so der gegenwärtigen und insbesondere unter der hochherzigen Empfehlung und Förderung des unvergesslichen König Johann, an grundlegenden Gesetzen und erspriesslichen Einrichtungen zur Gleichstellung der Bekenntnisse, zur Förderung des religiösen Friedens dem glücklichen Sachsenlande gewährt wurde",
mit 15.000 Mark errichtete „Wettin-Jubelfeststiftung der israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden" für eine Freistelle im Carola-Krankenhaus daselbst." [190)]

Im Jahre **1890** wurden in Dresden **61** jüdische Stiftungen verzeichnet:

1.	Fanny Ascher geb. Loebel	Stiftung	für Wohltätigkeit
2.	Phillip Aaron	"	für Wohltätigkeit
3.	Beer	"	zur Unterstützung sächs. Studierender
4.	Bernhard Beer'sche	"	für Gemeindezwecke
5.	Dr. Bertha Beer	"	für Wohltätigkeit
6.	Clara Bondi	"	(I) für Lehrerpensionen
7.	Clara Bondi	"	(II) für Mietbeiträge
8.	Markus Bondi'sche	"	für Krankenpflege o. Unterschiede

9.	Ebendick	Stiftung	für Armenpflege / d. Konfession
10.	Simon Bondi	"	für Stipendien jüd. Theologen
11.	Elimeyer	"	für Jahrzeitfeier und Armenpflege
12.	Moritz Elimeyer'sche	"	für Waisen
13.	Jeanette Gerson'sche	"	für Armenpflege
14.	Bernhard und Marie Gutmann	"	für Armenpflege
15.	Frau verw. Ladendorf	"	für Krankenpflege
16.	Markus Lehmann'sches Legat	"	für Jahrzeitfeier
17.	Eva Levi'sche	"	für Jahrzeitfeier
18.	Maltzan'sche	"	für Armenpflege
19.	Carl Mankiewicz	"	für Kultuszwecke
20.	Samuel Markus'sche	"	für Brautausstattung
21.	Julius Mendelcohn	"	für Jahrzeitfeier
22.	Anton Meyer	"	für Jahrzeitfeier
23.	Ester Meyer	"	für Jahrzeitfeier
24.	Moritz Aaron Meyer'sche	"	für Kultuszwecke
25.	Wilhelm Schie'sches Legat	"	für Armenpflege
26.	Betty Schwarz	"	für Armenpflege
27.	Friedericke Sonnenthal	"	für Jahrzeitfeier
28.	Unbekannte	"	für Witwen- und Waisenunterstützung
29.	Nanette Schie	"	für Unterstützung armer Frauen
30.	Therese Wallerstein	"	für Jahrzeitfeier
32.	Gabriel Wolf	"	für Armenpflege
33.	Rosalie Zunz	"	für Armenpflege
34.	Joschua Zeitlin	"	für Stipendien
35.	Levi Wallerstein	"	für Armenpflege
36.	Lippmann Alexander Zunz (I)	"	für Armenpflege
37.	Lippmann Alexander Zunz (II)	"	für Jahrzeitfeier
38.	Rosalie Zunz	"	für Lehrergehalt
39.	Lippmann Alexander Zunz (III)	"	für Wohltätigkeit
40.	Henriettenstift	"	für Armenhaus
41.	Sidonienstift	"	für Armenhaus
42.	Clara Beer	"	für Wohltätigkeit
43.	Beith'sche	"	für Wohltätigkeit
44.	Joseph Bondi	"	für Wohltätigkeit
45.	Markus Bondi'sche (I)	"	für Wohltätigkeit
46.	David Cohn'sche	"	für Jahrzeitfeier
47.	Mendel Cohn	"	für Jahrzeitfeier
48.	Emilien	"	für Jahrzeitfeier
49.	Salo Fuchs	"	für Jahrzeitfeier
50.	Herminen	"	für Kinderarmenpflege
51.	Hirschel'sches Legat	"	für Jahrzeitfeier
52.	Krug	"	für Studierende
53.	Dr. Wolf Landau	"	für Kinderspenden zu Channukah
54.	Lazarus'sche	"	für Armenpflege
55.	Wolf Simon Levi'sche	"	für Waisenpflege
56.	Julius Loebel	"	für Jahrzeitfeier
57.	Simon Mattersdorff'sche	"	für Konfirmanden
58.	David und Johanna Mendelcohn	"	für Jahrzeitfeier
59.	Friedrich Rudolf Peyer'sche	"	für Wohltätigkeit
60.	Mendel Schie'sche	"	für Armenpflege
61.	Nanette Schie	"	für Armenpflege 191.)

1895 gab der Verwaltungsbericht unter anderem eine neue Stiftung bekannt:

> *„Dresden, den 13. Mai 1895. Die Israelitische Religionsgemeinde ist in der Lage, wiederum über eine grössere Stiftung zu berichten, deren Einrichtung den Vorstand während des Berichtsjahres beschäftigt hat.*
>
> *Am 31. Juli 1894 ist die* **Wilhelm Schie-Stiftung** *bestätigt worden. Die Verwaltungsordnung bestimmt im Wesentlichen: „Verschämte Arme, Alte, Kranke, Schwache, vom Schicksal unverschuldet Betroffene werden vorzugsweise berücksichtigt."*
>
> *Im Berichtsjahr sind aus den sehr bedeutenden Erträgnissen der Stiftung an 10 Verwandte des Stifters 4.800 Mark und an 82 Arme der hiesigen Religionsgemeinde zweimal, im September und im Dezember, zusammen 16.158,– Mark vom Vorstand verteilt worden, nachdem er zuvor von den Vorständen der in hiesiger Gemeinde bestehenden Wohltätigkeitsanstalten Auskunft über die von ihnen Unterstützten erbeten hatte. Der Vorstand versichert, dass ihm bei der Austeilung der Unterstützungen Einblicke in die Verhältnisse hiesiger armer Gemeindemitglieder zu Teil wurden, und zwar sowohl in der Zahl als auch der Not nach in einer so ungeahnten Höhe, dass er mit dankbarer Verehrung von dem edlen Stifter erfüllt ist, der solche Segnungen ermöglichte."* [192]

Zu Ehren des am 25. Februar 1898 verstorbenen Gemeindevorstehers Rechtsanwalt Emil Lehmann hat der Gemeindevorstand der Dresdner Religionsgemeinde eine „EMIL-LEHMANN-STIFTUNG" ins Leben gerufen.

Der Grundstock zu dieser Stiftung wurde beschafft durch eine unter den Mitgliedern der hiesigen Israelitischen Gemeinde veranstalteten Sammlung die 14.781 Mark ergeben hatte.

Die Stiftung hat den Zweck, Personen, welche durch schriftstellerische oder Lehrtätigkeit irgendwelcher Art zur Aufklärung über Judentum – dessen Religion und Geschichte, oder durch Hebung des geistigen, insbesonders des religiösen Lebens im Judentum – beigetragen haben oder im Begriff stehen, beizutragen, sofern sie dessen in Hinsicht auf ihre Tätigkeit bedürfen, durch Bewilligung von Ehrengaben in ihrem Unternehmen zu fördern, bezw. für solches auszuzeichnen.

Die Konfession ist für die Zubilligung der Ehrengaben nicht ausschlaggebend; die Gesuche um Berücksichtigung sind bei dem Gemeinderat der Israelitischen Gemeinde zu Dresden einzureichen. [193]

Im Januar 1899 erhielt die Israelitische Gemeinde von einem Mitglied, das in diesen Tagen verstarb, 260.000 Mark als Schenkung.

Die Summe war bereits vor Jahren der Stadt Dresden testamentarisch ausgesetzt, der Erblasser hat sich jedoch durch den kürzlichen Beschluß der hiesigen Stadtverordneten gegen die Naturalisation eines sonst hochgeachteten, völlig einwandfreien Mitgliedes der hiesigen Israelitischen Gemeinde zur Änderung seines letzten Willens bestimmen lassen. [194]

1905 hatte die Verwaltung der **Marie Ascher Stiftung** beschlossen, aus Mitteln dieser Stiftung eine Gemeindebibliothek zu begründen, die bestimmt ist, als öffentliche Sammlung für die Gemeindemitglieder zur Belehrung über das Judentum, als wissenschaftliche Amtsbibliothek für den Rabbiner und die Lehrer, als Sammelstelle für die Gemeindegeschichte – Archiv – und als jüdische Jugendbibliothek zu dienen. Es wurde hierüber eine Bibliotheksordnung am 19. Januar 1905 aufgestellt und vom Gemeinderat mitvollzogen. [195]

Um 1900 erstand der Dresdner Gemeinde ein Wohltäter in der Person des Konsuls Max Arnhold, Chef des Bankhauses Gebrüder Arnhold, eines Mannes, dem der Ausgleich der Glaubensbekenntnisse stets besonders am Herzen lag.

Er machte der Gemeinde wertvolle Stiftungen und ist der Gründer der **„Sozialen Stiftung"**, deren Erträgnisse unter Leitung eines katholischen Geistlichen, eines evangelischen Pfarrers und eines Rabbiners nur an Wohlfahrtseinrichtungen dieser drei Bekenntnisse verteilt werden durften, die wiederum Arme ohne Unterschied der Religion unterstützten. Auch die Nachfolger von Max Arnhold, sein Bruder der Geheime Kommerzienrat Georg Arnhold und dessen Söhne taten viel Gutes für die Gemeinde.

1908 verstarb **Max Arnhold** und hatte zahlreiche Vermächtnisse an Vereine und Privatpersonen gemacht, unter anderem 120.000 Mark an die Beamten und Beamtinnen des Bankhauses Gebrüder Arnhold, 100.000 Mark dem Gebrüder Arnhold Pensionsverein, dem nahezu alle dem Bankhause Gebr. Arnhold nahestehenden Aktiengesellschaften angehören, und 100.000 Mark an die Israelitische Religionsgemeinde für die „Soziale Stiftung."

Den diesbezüglichen Bestimmungen hat der Erblasser hinzugefügt, daß durch dieses Vermächtnis nach Jahrhunderten große Summen anwachsen, und alljährlich zur Verwendung gelangen können. Er hoffe, daß, wenn auch dann noch Religions- und Nationalitätshader unter den Menschen bestehen sollten, das Vermächtnis dazu beitragen werde, solche sorgsam zu bekämpfen. [196]

Um 1910 stiftete **Georg Arnhold** ein Schwimmbad für die Stadt Dresden. Auch stellte er sein, auf San Domenico befindliches Haus, Künstlern zeitweise zur Verfügung. [197] (Siehe Anm.)

Nachfolgend der Stand der jüdischen Stiftungen im Jahre 1910:

Anm.: Das Arnhold-Bad wurde in der Nazizeit in „Güntz-Wiesenbad" umbenannt. Arnholds Tochter wurde der Zutritt zum Bad verwehrt. Daraufhin soll Arnhold (es war 1933/34) der Stadt Dresden den Kredit gesperrt haben. Das Schwimmbad heißt heute, 1972, wieder Arnhold-Bad.

Im Jahre 1910 wurden mit 88 Stiftungen, die größte Anzahl dieser humanitären Einrichtungen erreicht:

1.	Dr. Bernhard Beer	Stiftung im Jahre	1861	für gemeinnützige Zwecke
2.	Wilhelm Schie	"	1861	für Armenpflege
3.	Phillip Aaron	"	1796	für Synagogenzwecke
4.	Dr. Adolf Arnhold	"	1889	für Armenpflege
5.	Marie Ascher	"	1889	für Wohltätigkeit
6.	Fanny Ascher	"	1884	für Wohltätigkeit
7.	Dr. Bertha Beer	"	1874	für Wohltätigkeit
8.	Beer	"	1874	für Unterst. sächs. Studierend.
9.	Clara Beer	"	1839	für Wohltätigkeit
10.	Beit'sche	"	1794	für Wohltätigkeit
11.	Clara Bondi (I)	"	1869	für Lehrerpensionen
12.	Clara Bondi (II)	"	1875	für Mietbeiträge
13.	Josef Bondi	"	1886	für Wohltätigkeit
14.	Markus Bondi (I)	"	1860	für Wohltätigkeit
15.	Markus Bondi (II)	"	1869	für Krankenpflege o. Untersch.
16.	Natan Helene Bondi	"		für Armenpflege / d. Konfess.
17.	Simon Bondi	"		für Stipendien f. jüd. Stud.
18.	David Cohn	"	1872	für Jahrzeitfeier
19.	Mendelcohn	"	1820	für Jahrzeitfeier
20.	Ebendick	"	1868	für Armenpflege
21.	Josef W. Elb	"		für Studien
22.	Elimeyer	"		für Armenpflege
23.	Moritz Elimeyer	"	1871	für Waisen
24.	Emilien	"	1873	für Armenpflege
25.	Adolf Fliegel	"		für Armenpflege
26.	Salo Fuchs	"	1881	für Jahrzeitfeier
27.	Jeanette Gerson	"	1860	für Armenpflege
28.	Bernh. und Marie Gutmann	"	1887	für Armenpflege
29.	Theodor und Ida Hannes	"	1899	für Armenpflege
30.	Isaak Hirschel	"	1862	für Jahrzeitfeier
31.	Clara Hirschmann	"	1899	für Krankenunterstützung
32.	Carl Jacobsen	"		für Armenpflege
33.	Adolf Kroch	"	1898	für Armenpflege
34.	Krug	"	1870	für Stipendien f. Studierende
35.	Frau Ladendorf	"	1834	für Krankenpflege
36.	Dr. Wolf Landau	"		für Chanukkahbescherung
37.	Lazarus	"	1815	für Armenpflege
38.	Emil Lehmann	"	1898	für Wissenschaft
39.	Marcus Lehmann	"	1871	für Jahrzeitfeier
40.	Eva Levy	"		für Armenpflege
41.	Wolf Simon Levy	"	1844	für Waisenpflege
42.	Julius Lobel	"	1886	für Jahrzeitfeier
43.	Maltzan'sche	"	1863	für Armenpflege
44.	Adolf Mankiewicz	"	1894	für Armenpflege
45.	Karl Mankiewicz	"	1871	für Kultuszwecke
46.	Samuel Marcus	"	1835	für Brautausstattung
47.	Cäcilie Mattersdorff	"		für Armenpflege
48.	Salomon Mattersdorff	"		für Mietzins
49.	Simon Mattersdorff	"	1869	für Konfirmanden
50.	Bertha Meineck	"		für Gräberfürsorge
51.	David und Johanna Mendelcohn	"	1880	für Jahrzeitfeier
52.	Julius Mendelcohn	"	1880	für Wohltätigkeit
53.	Carl und Juliette Metz	"	1901	für Wohltätigkeit
54.	Anton Meyer	"	1858	für Wohltätigkeit
55.	Moritz Aaron Meyer	"		für Kultuszwecke
56.	Moses Meyer	"		für Kultuszwecke

57.	Ella Oppler	Stiftung		für Waisenunterstützung
58.	Friedrich Rudolf Peyer	"	1857	für Wohltätigkeit
59.	Piucus	"	1829	für Armenpflege
60.	Michael Priester	"		für Armenpflege
61.	George Salomonski	"		für Waisenunterstützung
62.	Mendel Schie	"	1848	für Armenpflege
63.	Nanette Schie	"	1864	für Armenpflege
64.	Henriette Schie	"		für Armenpflege
65.	Henriette Schie	"		für Synagogenbau
66.	Betty Schwarz	"	1867	für Armenpflege
67.	Sidonien	"	1870	für Kultuszwecke
68.	Friedericke Sonnenthal	"	1883	für Jahrzeitfeier
69.	Unbekannte	"	1869	für Wtw. und Waisen
70.	Nanette Schie	"	1865	für Arme Frauen
71.	Anton Wallerstein	"		für Armenpflege
72.	Levi Wallerstein	"	1865	für Armenpflege
73.	Therese Wallerstein	"	1874	für Jahrzeitfeier
74.	Osias Werner	"		für Armenpflege
75.	Gabriel Wolf	"	1874	für Armenpflege
76.	Joschua Zeitlin	"	1888	für Stipendien
77.	Lippmann Alexander Zunz (I)	"	1867	für Armenpflege
78.	Lippmann Alexander Zunz (II)	"	1875	für Jahrzeitfeier
79.	Lippmann Alexander Zunz (III)	"	1868	für Mietshilfe
80.	Rosalie Zunz	"	1868	für Armenpflege
81.	Henrietten	"	1852	für Wohltätigkeit
82.	Sidonien	"		für Schulgeld
83.	Ferdinand Elb	"	1899	für Friedhofspflege
84.	Baruch und Ludmilla Heller	"		für Wohltätigkeit
85.	Franziska Hirsch	"		für Wohltätigkeit
86.	Louis und Friedericke Lesser	"		für Wohltätigkeit
87.	Emma und Adolf Schleich	"	1903	Friedhofspflege
88.	Albert Wolf	"		für Wissenschaft 198.)

1911 setzte der verstorbene Geheime Kommerzienrat **Georg Arnstädt** testamentarisch seine Gattin zur Universalerbin ein, mit der Maßgabe, daß nach ihrem Tode der Nachlaß mit einigen Ausnahmen an die Stadt Dresden fallen soll. Sofort zur Auszahlung kam ein Legat für die Stadt in Höhe von 300.000 Mark. Diese Summe und der später anfallende Nachlaß sollte als **„Georg-Arnstädt-Stiftung"** verwaltet werden. Die Zinsen sind bestimmt zur Förderung der Gesundheitspflege, der Wissenschaft und Kunst und zur Unterstützung würdiger Armen und älterer erwerbsloser Frauen.

Auch die Dresdner Bank, deren langjähriger Generaldirektor der Verstorbene gewesen war, ist mit einem 300.000 Mark Legat bedacht worden, die Israelitische Religionsgemeinde mit 40.000 Mark, die Platen-Stiftung, das Unterstützungsinstitut der Königlich-musikalischen Kapelle und die Pensionskasse des Königlich Sächsischen Hoftheater-Opernchores mit je 15.000 Mark, das Soldatenheim zu Dresden, der Albert-Verein mit je 10.000 Mark. [199)]

Am 26. Januar 1917 konnte die Israelitische Religionsgemeinde Dresden einen Bericht über die **SOZIALE STIFTUNG** veröffentlichen:

> *"Die Soziale Stiftung wurde im Jahre 1910 nach den Bestimmungen und mit Mitteln des 1908 verstorbenen Kommerzienrates Max Arnhold von der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden zur Pflege von Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit für die Allgemeinheit errichtet.*
>
> *Durch sinnreiche, vom Begründer erdachte Massnahmen vermehrt sich der jährlich zur Verfügung stehende Ertrag in sechzigjährigen Staffeln stetig ansteigend. Nach Beendigung der zweiten Staffel wird unter Annahme eines Zinsfusses von vier Prozent bereits ein jährlicher Ertrag von 55.000 Mark zur Verfügung stehen. In dem ersten sechzigjährigen Zeitraum ist der Ertrag der Stiftung noch gering. Um aber auch während dieses ersten Zeitraumes, der noch die nächsten 53 Jahre umfasst, der Stiftung zu ermöglichen, für ihre edlen Zwecke erhebliche Jahresaufwendungen zu machen, haben die Brüder und ein Neffe des Begründers, die Geheimen Kommerzienräte Georg Arnhold in Dresden und Eduard Arnhold, Mitglied des Herrenhauses in Berlin, sowie Bankier Adolf Arnhold in Dresden, der Stiftung bedeutende Kapitalzuwendungen gemacht, wodurch in diesem Zeitraum jährlich ein Ertrag von 30.000 Mark entsteht, von dem u.a. die Stiftung und der Dresdner Verein Heimatdank jährlich je 5.000 Mark erhalten sollen.*
>
> *Im übrigen besteht für die Verwendung nach Satzung die weitestgehende Freiheit; es dürfen aber aus der Sozialen Stiftung Beiträge nicht an Einzelpersonen, sondern nur an Vereinigungen gewährt werden, die ohne Unterschied des Glaubens oder sonstiger trennender Momente wohltätig oder gemeinnützig wirken.*
>
> *Die Kanzlei der Sozialen Stiftung, Dresden, Zeughausstrasse 2 I, übersendet auf schriftliches Verlangen an Vereine oder Anstalten, die sich um Beiträge bewerben wollen, Satzungen der Sozialen Stiftung."* [200)]

1926 rief die Gemeinde ihre Mitglieder zur Unterstützung der Stiftungen auf:

Betr.: Milde Stiftungen *Dresden 28. Januar 1926.*

Eines der schmerzlichsten Opfer der Inflation ist für die Gemeinde der Verlust der vielen Stiftungen. Die Kosten der gesamten Wohlfahrtspflege, für die in dem diesjährigen Gemeindeetat die Summe von 25.000 Mark eingestellt werden musste, um nur die dringendsten Aufgaben in bescheidenstem Umfange zu erfüllen, konnten früher aus den Erträgnissen der Stiftungen bestritten werden.

Von allen diesen Stiftungen sind nach der Barablösung der Wertpapiere nur wenige Mark übriggeblieben.

Der Gemeinderat wendet sich deshalb an die noch lebenden Errichter von Stiftungen oder deren Hinterbliebene mit der Bitte, zunächst im Familienkreise zu beraten und zu erwägen, ob und inwieweit die Bereitwilligkeit und nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und der immer noch andauernden schweren Wirtschaftskrise die Möglichkeit besteht, der Stiftung durch Überweisungen von neuem Kapital neues Leben einzuhauchen, damit der gute Zweck der Stiftung und der Wille des Stifters aufrecht erhalten bleibt. [201]

Dieser Aufruf hatte fast keinen Erfolg. Die Stiftungen waren in Nichts zerflossen und die Wirtschaftskrise lastete schwer auf der Bevölkerung.

Trotzdem hatten 1927 die Hinterbliebenen des Ende 1926 verstorbenen Geheimrates Georg **Arnhold** der Israelitischen Religionsgemeinde zur Kenntnis gebracht, daß der Verstorbene bei der Niederschrift seiner letzten Wünsche zum Ausdruck brachte, daß es ihm am Herzen stets gelegen habe, einzelne Legate auszuwerfen, daß er aber die Bestimmungen im einzelnen seinen Söhnen überlassen wolle. Diese schrieben an die Gemeinde:

„Die Hinterbliebenen glauben am ehesten im Sinne ihres verstorbenen Vaters zu handeln, wenn sie der Israelitische Religionsgemeinde nom. 100.000 Mark zur Verfügung stellen mit der Bestimmung, dass daraus die folgenden bei der Israelitischen Religionsgemeinde bestehenden, mit dem Namen ARNHOLD verknüpften Stiftungen, deren Vermögen der Inflation zum grössten Teil zum Opfer gefallen ist, und zwar die

Dr. Adolf- und Mathilde-Arnhold-Stiftung I
Dr. Adolf- und Mathilde-Arnhold-Stiftung II
Max Arnhold-Stiftung
Anna Arnhold-Stiftung

mit je nom. 2.500 Mark 8prozentige Obligationen

neu errichtet werden. Darüber hinaus sollen Verwendung finden

nom. 5.000 Mark 8prozentige Obligationen

zur Errichtung einer Georg- und **Anna Arnhold-Stiftung** *(Zweck: Wohltätigkeit.) Weitere nom. 5.000 Mark 8prozentige Obligationen bitten wir, dem Israel. Armenunterstützungsverein zur Errichtung einer Georg- und Anna Arnhold-Stiftung auszuhändigen. Die nach der Errichtung dieser Stiftung noch verbleibenden nom. 80.000 Mark 8prozentige Obligationen bitten wir der SOZIALEN STIFTUNG aushändigen zu wollen.* [202]

Das Ende des Stiftungswesens zeichnete sich schon 1932 ab. In diesem Jahre sind nurnoch drei Stiftungen vorhanden:

Die 1749 gegründete Israelitische Krankenverpflegungsgesellschaft und der 1892 gegründete Verein zur Bekleidung der Armen. Die Henriettenstiftung erfüllte 1932 auch noch ihren Zweck. [203)]

Mit dieser Darstellung endet die Stiftungstätigkeit der Dresdner Juden. Schon bei dem Aufkommen des NS-Regimes wurden keinerlei Stiftungen mehr vorgenommen. Die Juden benötigten das vorhandene Geld zum Lebensunterhalt oder zur Flucht in das Ausland und zu im Ausland gründenden Existenzen. 1933 war ein großer Teil der Juden auf Spenden und Geldanweisungen jüdischer Organisationen angewiesen, da die neue NS-Regierung harte Maßnahmen gegen die Juden ergriff. Aus den Stiftern wurden Wohlfahrtsempfänger. 1939 wurde die Angelegenheit „Jüdische Stiftungen" von den NS-Behörden mit einem Erlass „geregelt":

Erlass des Reichsinnenministers *8. Mai 1939*

An die
preussischen Regierungspräsidenten.

Betrifft: *Jüdische und paritätische Stiftungen.*

1. Die Genehmigung zur Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung gemäss §§ 80ff BGD liegt im freien Ermessen der Genehmigungsbehörden. Es sind bei mir vielfach Zweifel darüber geäussert worden, wie zu entscheiden ist, wenn eine Stiftung von Juden oder zugunsten von Juden errichtet wird, ferner welche Massnahmen gegen bereits bestehende jüdische oder paritätische (d.h. für deutsche Volksgenossen und Juden bestimmte) Stiftungen angewandt werden können, um diese Stiftungen nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Staatsführung auszurichten.

2. Wie vorweg bemerkt sei, kann aus der Tatsache allein, dass nach der Satzung einer Stiftung die Stiftungsmittel den Bedachten, „ohne Rücksicht auf die Konfession" zugute kommen sollen, nicht gefolgert werden, dass auch Juden aus den Stiftungsmitteln bedacht werden müssen. Derartige Satzungsbestimmungen sind vielmehr dahin auszulegen, dass für die Auswahl der Genussberechtigten ihr religiöses Bekenntnis gleichgültig ist, dass dagegen die Zugehörigkeit der jüdischen Rasse vom Genuss der Stiftungsmittel ausschliesst.

3. Im übrigen bestimme ich zur Behebung der aufgetauchten Zweifel, im Einverständnis mit dem Stellvertreter des Führers und den sonst beteiligten Reichsressorts die nachstehenden Grundsätze, die ich auch den Gemeinden und Gemeindeverbänden bekannt zu geben bitte.

I. Behandlung von Anträgen auf Genehmigung einer Stiftung.

1. Einer von einem Juden errichteten Stiftung, die nach ihrem Zweck nur deutschen Volksgenossen zugute kommen soll, ist die Genehmigung zu versagen, ebenso einer zugunsten der deutschen und jüdischen Bevölkerung errichteten Stiftung eines Juden.

Sind nach dem Willen des jüdischen Stifters nur Juden aus der Stiftung zu bedenken, so kann die Genehmigung zur Errichtung der Stiftung grundsätzlich nur dann erteilt werden, wenn nach ihrer Zweckbestimmung die Stiftungserträgnisse zur Förderung der jüdischen Auswanderung oder zur Fürsorge . . . verwendet werden. In jedem solchen Fall ist meine Weisung einzuholen.

2. Soweit deutsche Volksgenossen Stiftungen errichten sollten, deren Erträgnisse laut ausdrücklicher Satzungsbestimmung nur Juden oder auch Juden zugedacht sind, ist die Genehmigung zu versagen, da die Förderung von Juden durch Deutsche, insbesondere im Wege der Stiftungserrichtung dem deutschen Volksempfinden widerspricht. Sieht eine Stiftungssatzung die Förderung von Juden zwar nicht ausdrücklich in der Bestimmung über den Zweck vor, ergibt sich aber diese Förderung aus dem sonstigen Inhalt der Satzung (z.B. aus der Bestimmung über die Zusammensetzung des Vorstandes, über den Anfall des Stiftungsvermögens usw.), so ist ebenso zu verfahren.

II. Behandlung bestehender Stiftungen.

1. Vergebung von Stipendien für eine wissenschaftliche Forschung können bestehen bleiben; jedoch sind im Wege einer Satzungsänderung der etwaige jüdische Stiftungsname und jegliche jüdische Mitwirkung bei der Verwaltung der Stiftung zu beseitigen.

2. Bei den Stiftungen von Juden, die ausschließlich für die jüdische Bevölkerung bestimmt sind, ist von Fall zu Fall zu prüfen, ob ein Weiterbestehen nach Massgabe der bisherigen Zweckbestimmung mit den Grundsätzen der Judenpolitik vereinbar ist. . .

3. Gegen den Fortbestand vorhandener Stiftungen von Juden ausschliesslich für deutsche Volksgenossen bestehen keine Bedenken, jedoch ist zu veranlassen, dass im Wege einer Satzungsänderung der etwaige jüdische Stiftungsname beseitigt wird, und dass fortan die Verwaltung der Stiftung ausschliesslich in Händen deutscher Volksgenossen liegt.

4. Der unveränderte Fortbestand von Stiftungen - einerlei ob von Juden oder deutschen Volksgenossen errichtet -, deren Mittel satzungsgemäss sowohl für deutsche Volksgenossen als auch für Juden ausgesetzt sind (paritätische Stiftungen), kann künftighin nicht mehr gutgeheissen werden . . .
Den Vorständen solcher paritätischer Stiftungen ist von stiftungsaufsichtswegen nahezulegen, die Satzungen in der Weise zu ändern, dass aus der Stiftung nur noch deutsche Volksgenossen betreut werden . . .

5. Stiftungen von deutschen Volksgenossen, die nur Juden zugute kommen, sind aufzulösen.

III. Behandlung nichtrechtsfähiger Stiftungen.

Für die nichtrechtsfähigen Stiftungen kann im Anwendungsgebiet der Deutschen Gemeindeordnung gemäss § 66 a.a.O. in gleicher Weise verfahren werden, wie oben für die rechtsfähigen Stiftungen dargelegt ist.

IV. Behandlung von Stiftungen, bei denen Ausländer beteiligt sind.

Soweit Ausländer als Stifter oder Schenker in Frage kommen, oder satzungsgemäss dem Stiftungsvorstand angehören, oder soweit der Kreis der Bedachten durch die Stiftungsbestimmungen ausdrücklich auf Ausländer erstreckt ist, müssen für die Entscheidung im Einzelfall die besonderen aussenpolitischen Erwägungen bedacht werden. In diesen Fällen ist daher jeweils dem Auswärtigen Amt Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. [204]

Mit diesem Erlass erloschen sämtliche jüdische Stiftungen in Dresden.

*

VII . Die Vereine

Die ersten jüdischen Vereine wurden in Dresden um 1750 gegründet: Die Israelitische Beerdigungbrüderschaft (*Chewrah-Kadischa)* und die Krankenverpflegungsgesellschaft.

1890 gab es 10 größere Vereine die fast alle bis zum Jahre 1933 bestanden. Daneben existierten noch mehrere kleine Vereinigungen, die unter den Zeitumständen teils große Bedeutung erhielten.

Die nachstehende Aufstellung gibt ein Bild von 18 Vereinigungen.

a. **Der Armenunterstützungsverein**
b. **Der Bethaus-Verein und kleine orthodoxe Vereine**
c. **Der Central-Verein**
d. **Die Chewrah-Kadischa (Totenbruderschaft)**
e. **Die Fraternitas-Loge**
f. **Der Frauen-Verein**
g. **Der Hilfs-Verein**
h. **Die Jugend-Vereine**
i. **Der Konservative-Verein**
j. **Der Krankenunterstützungs-Verein**
k. **Der Krankenverpflegungs-Verein**
l. **Der Mendelssohn-Verein**
m. **Der Mittelstandsküchen-Verein**
n. **Der Ort-Verein (Berufsumbildung)**
o. **Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Die jüdischen Gefallenen 1914-1918)**
p. **Die Sport-Vereine**
q. **Die Volks-Partei**
r. **Die zionistische Vereinigung** *(siehe Zionismus)*

a. Der Armenunterstützungsverein

Der Zweck dieses Wohltätigkeitsvereines war ursprünglich die Unterstützung von Durchreisenden. In einer Niederschrift vom März 1863 heißt es:

> *„. . . der Israelitische Fremdenunterstützungsverein, nach längerem Bestehen 1851 reorganisiert, gewährt armen durchreisenden Israeliten Geldspenden und Beköstigung."*

Ende des Jahres 1862 wies der Verein eine Mitgliederzahl von 100 und einen Vermögensstand von 167 Taler, 12 Neugroschen, 6 Pfg. auf. Als Vorsteher wurden Julius Mendelcohn und Adolf Schie genannt.

Aus einem Bericht des Jahres 1879 geht hervor, daß der Verein seinen Namen in „Israelitischer Fremden- und Armenunterstützungsverein" umgewandelt hat. 1892 änderte die „Gesellschaft der Freunde" ihren Namen in „Verein zur Bekleidung der Armen." Mit diesem Namen wurde der Verein für Bekleidung der Armen von jeher vom Vorstand des Armen- und Fremdenunterstützungsvereins mit verwaltet.

Als der Krieg 1914 ausbrach, mußte der Armenunterstützungsverein seine Tätigkeit darauf verwenden, die durch den Krieg in der Gemeinde selbst hervortretende Not lindern zu helfen.

Einer der letzten Berichte des Vereines stammt vom Jahre 1934: 205.)

Jahresabrechnung des Israelitischen Armen- Unterstützungsvereines zu Dresden. 1934.

Einnahmen:		*Ausgaben:*	
Barbestand von 1933	*RM. 432,75*	*Unterstützungen*	*RM. 5.913,–*
Mitgliedsbeiträge	*2.124,50*	*Kohlenrechnung*	*361,70*
Freiwillige Spenden	*796,50*	*Inkasso-Provisionen*	*254,68*
Erlös aus Synagogen-Büchse	*231,56*	*Druckkosten, Spesen*	*16,31*
Zinsen aus Wertpapieren	*725,90*	*Barbestand bei Bank*	*129,92*
Wohlfahrtsrente	*317,25*		
Erlös aus verk. Wertpapieren	*174,45*		
Erlös aus geloster Landesrente	*550,–*		
Vom Bekleidungsverein erhalten	*1.322,70*		
	RM. 6.675,61		*RM. 6.675,61*

Jahresabrechnung der Gesellschaft zur Bekleidung der Armen 1934

Einnahmen:		*Ausgaben:*	
Barbestand von 1933	*RM. 1.279,30*	*Gel. Kleidung usw.*	*RM. 740,81*
Mitgliedsbeiträge	*209,50*	*Armen-Unterstütz. Verein erstattet*	*1.322,70*
Freiwillige Spenden	*62,50*	*Inkasso-Provisionen*	*27,05*
Zinsen aus Wertpapieren	*439,75*	*Barbestand per 31.12.34*	*36,24*
Für gel. Landeskulturrente	*75,–*		
	RM. 2.066,05		*RM. 2.126,80* 206.)

b. Der Bethaus-Verein und kleine orthodoxe Vereine

Dieser Verein wurde um 1920 gegründet und zwar von ostjüdischen Gemeindemitgliedern, die nach orthodoxem Ritus beten wollten. (In Frankfurt am Main beten im Jahre 1971 ostjüdische Orthodoxe in einem besonderen Betsaal). Zu diesem Zweck hatten sich die Mitglieder des Dresdner Bethaus-Vereines ein besonderes Betlokal gemietet, wo täglich 10 Männer zum Minjan, der Mindestzahl Männer zur Thoravorlesung, anwesend waren.

Der Bethaus-Verein sorgte auch um die Beschaffung für dieses Betlokal mit Kultgeräten und Gebetbüchern und hatte auch einen eigenen Hilfsprediger. Im Jahre 1932 beantragte der Verein „Ahawas Reim" (vermutlich nannte sich der Bethaus-Verein so zu dieser Zeit) bei der Gemeinde eine Subvention für die Einstellung eines Vorbeters. Der Antrag wurde abgelehnt, da es in Dresden mehrere kleine orthodoxe Vereine gab, die dann ebenfalls mit Subventionen unterstützt werden mußten, vielleicht aber auch schon deshalb, da die politische Konstellation mehrere kleine Betvereine- und Lokale nicht wünschenswert erscheinen ließ. Die Mitglieder des Bethaus-Vereines waren orthodoxe Juden, die meist Bärte trugen und eine Liberalisierung des Judentums nicht akzeptieren wollten. Nur so kann der Widerstand der Gemeinde gegen die Orthodoxen erklärt werden. [207.)]

Weitere Splittervereine der orthodoxen Juden waren:

Machsike Thora. e.V. (Halter des Thora-Vereines.)

Diese ebenfalls ostjüdischen Gemeindemitglieder hatten sich schon um 1912 zusammengeschlossen und diesen Verein gegründet. Zwar rechnete man mit Opposition und Gleichgültigkeit unter den Glaubensgenossen. Dies traf insofern zu, da man kaum pünktlich die Gehälter der Lehrer zahlen konnte. Der Zweck des Vereines war, die Erteilung von Religionsunterricht, hebräisch lesen, beten, Bibel und Mischna übersetzen und lernen sowie alles, was einem jüdischen Kinde beigebracht werden sollte. 1924/25 hatte diese Schule 172 Schüler und zwar 132 Knaben und 40 Mädchen. Der Unterricht wurde von drei Lehrern erteilt. 65 Schüler erhielten kostenlos Unterricht. Wie prekär die finanzielle Situation des Vereines war, erwies sich, als 1925 das Lehrerhaus in der Cranach-Straße einzustürzen drohte und der Rat zu Dresden, die Bauverwaltung, eine sofortige Instandsetzung forderte. Es fand sich keine Hilfe seitens der Gemeinde. Nur ein Gönner des Vereines stiftete den Betrag zur Instandsetzung des Gebäudes. In den 30iger Jahren löste sich der Verein auf. [208.)]

Eine andere Aufgabe dieses Vereines bestand darin, die Aufsicht über das rituelle Tauchbad (die Mikwa) zu führen und die Kaschruth (die rituellen Gesetze) zu überwachen.

Schomre Hadass. (Verein der Hüter des Gesetzes).

Dies war ein kleiner Verein, der dem Zweck diente, alle jüdischen Angelegenheiten in orthodoxem Sinne zu fördern. Er hatte ein eigenes Grundstück in der Ziegelstraße 54 und unterhielt im sogenannten Wilhelmsbade ein rituelles Tauchbad noch um 1932.

Tomche Nizrochim (Verein zur Unterstützung Bedürftiger)

Ebenfalls ein orthodoxer Verein, der die Gottesdienste in althergebrachter Weise abhielt und Unterstützung in Not geratener Mitglieder erteilte. Beide letzteren Vereine lösten sich ebenfalls in den 30 ger Jahren auf.

*

c. Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Der C.V.e.V. wurde im Jahre 1893 in Berlin gegründet. Er zählte 1926 über 60.000 Einzelmitglieder, die in 555 Ortsgruppen und 21 Landesverbänden vereinigt waren. Der C.V. vertrat 300 000 deutsche Juden. Der Zweck des C.V.'s wurde bei seiner Begründung folgendermaßen festgelegt:

> *„Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bezweckt die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrbaren Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken."*

Der Verein lehnte also bei völliger religiöser Unparteilichkeit den jüdischen Nationalismus ab und sah die deutschen Juden als Angehörige des deutschen Volkes an. Einer Siedlung in Palästina, wie überhaupt jeder Siedlung, die verfolgten Juden eine Heimstätte bietet, wie z.B. das Projekt in Südrußland, steht er freundlich gegenüber, während er jede nationale Einstellung auch in Siedlungsfragen bekämpft.

Die Aufgaben des Vereines erstreckten sich in erster Linie auf das politische Gebiet. Hier kamen im einzelnen als Arbeitsgebiete in Frage:

> *Bekämpfung des Antisemitismus in jeder Gestalt, besonders des politischen mit allen gesetzlichen und moralischen Mitteln.*
>
> *Eingreifen bei Wahlen durch besonders vorgebildete Redner, usw.*

Die Gedankenführung des Vereines läßt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: Die Juden waren einmal ein Volk (!); sie sind durch die universale Tendenz der jüdischen Lehre zu einer religiösen Gemeinschaft geworden, die die Schranken des Volkstums überwunden hat. Sie haben dann auch infolge der geschichtlichen Entwicklung die Eigenschaft als Staatsvolk verloren.

Auch im späten Altertum war von einer nationalen Einheit des Judentums nicht mehr die Rede. Was die Juden verbindet, ist überwiegend die gemeinsame Abstammung und vor allem die gemeinsame religiöse Grundlage.

Wenn somit die deutschen Juden nach der Emanzipation die unbedingte außerreligiöse Einheit aller Juden in der Welt nach ihrem wirklichen inneren Erleben, ihrer Geschichte und ihrer politischen Zukunftshoffnung ablehnten, so war das nichts anderes, als daß sie als Deutsche betrachtet werden wollten und konnten. Der Umstand, daß sie völlig im deutschen Kulturkreise aufgingen, daß sie innerlich mit dem deutschen Volke verbunden sind, macht sie zu Deutschen, und zwar zu „Deutschen jüdischen Glaubens".*)

Gemessen an dem antisemitischen Rufe, den das Sachsenland vor 1914 genoß, hätten das Wirken des

Central-Vereines deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens

weitaus stärker sein müssen als im ganzen übrigen Deutschland. Leipzig war das Zentrum des literarischen Judenhasses, denn hier lebte Theodor Fritsch und gab seinen „Hammer" heraus, der ein Sammelbecken für alle Spielarten des Antisemitismus wurde.

*) Jüdisches Lexikon, Bd. I. A–C. Sp. 1289 ff.

Im Jahre 1893, dem Gründungsjahre des Central-Vereines, gab es in Sachsen etwa 8 000 Juden, von denen 40 Prozent deutscher Staatsangehörigkeit waren. So waren es nur sehr wenige, die für die Mitgliedschaft im Central-Verein in Betracht kamen. Es bildeten sich zwar kleine Ortsgruppen in Chemnitz, Dresden und Leipzig, aber ihre Mitgliederzahl war gering.

Noch im Jahre 1917 betrug sie etwa 400 – und ihr Einfluß war nicht zu spüren. Der erste Generalsekretär des CV, war der aus Dresden stammende Redakteur Alphonse Levy.

Rabbiner Dr. Felix Goldmann, der dem Hauptvorstand des Central-Vereines bereits seit 1910 angehörte, kam im Herbst 1917 von Oberschlesien nach Leipzig und erhielt von Maximilian Horwitz den Auftrag, dem CV in Sachsen Stärkung zu erteilen. Mit dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden, Max Elb, gelang es zunächst, die drei genannten Ortsgruppen zu einem Landesverband zu vereinen, dessen Vorsitz Elb bis zu seinem Tode führte.

In reger Agitation gelang es bald, Ortsgruppen des Central-Vereines auch in den Orten Plauen, Zwickau, Annaberg, Bautzen und Zittau zu gründen und die Zahl der Mitglieder stieg zeitweilig bis auf 1600.

1931 war der Vorsitzende des Landesverbandes Rabbiner Goldmann, stellvertretender Vorsitzender Arthur Sussmann in Chemnitz. An der Spitze der Leipziger Ortsgruppe stehen Stadtrat Julius Krause und Moritz Ury, in Dresden leitet den Verein Rudolf Apt, in Chemnitz Rechtsanwalt Hans Hartmann, in Plauen Rechtsanwalt Dr. Goldberg, in Bautzen Lehrer Blum, in Zittau Prediger Elend, in Zwickau Ludwig Wilmersdörfer und in Annaberg Max Richter. Seit dem Jahre 1924 ist der Landesverband in der Lage ein Syndikat zu unterhalten, das unter der Führung von Frau Leni Weill steht und in Leipzig seinen Sitz hat.

Der Central-Verein unterstützte die Tendenz der Erziehung der Mitglieder zu selbstbewußten Juden durch zahlreiche Versammlungen, in denen zu den brennenden Fragen des jüdischen Lebens und zu Problemen der Vereinstendenz Stellung genommen wurde. Die Monatsausgabe der CV-Zeitung wurde in Tausenden Exemplaren auch in nichtjüdischen Kreisen verteilt.

1931 drohte dem Rechte der Juden, abgesehen von den Plänen der Nationalsozialisten, durch den Antrag auf ein Schächtverbot ernste Gefahr. Es wurde viel Mühe aufgewandt, um den Gegnern die unsinnige Behauptung zu widerlegen, daß Schächten keine Tierquälerei ist.[209.)]

*

1932 erließ der CV einen Aufruf an seine Mitglieder zu den Reichstagswahlen. Die Juden wurden aufgefordert demokratische Parteien zu wählen:

Aufruf des C.V. an die deutschen Juden zu den Reichstagswahlen am 31. 7. 1932 :

Freunde !

Der 31. Juli ist ein Entscheidungstag ! An ihm sollt ihr sagen, ob Ihr ein freiheitliches Deutschland wollt, ob Ihr bereit seid, für die Zukunft Deutschlands und Eure Zukunft innerhalb des deutschen Vaterlandes einzustehen. Nichts ist Euch in den letzten Monaten, Wochen und Tagen erspart geblieben. Man verdächtigt Euch, in Synagogen Waffen zu verstecken und zwingt euch, (durch die Nationalsozialisten. Anm.) Eure Läden zu schliessen; man droht Euch Rache für Geschehnisse an, an denen Ihr unbeteiligt wart. Unseren Central-Verein nennt man verleumderisch die Stelle, an der die Fäden der „roten Mordbanditen" zusammenlaufen.
Wir aber antworten laut unseren Gegnern: Hände weg von unserer Ehre, Hände weg von unserer Gleichberechtigung! Seid stark, bleibt fest! Wählt am 31. Juli 1932 eine der Parteien, die Euch ein Unterpfand für Freiheit und Gleichberechtigung in einem Deutschland ohne Terror und Bürgerkrieg geben!

Der Vorsitzende
des Centralvereins deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens e.V.

Justizrat Dr. Julius Brodnitz[210.)]

*

d. Die Chebrah-Kedischah *(Totenbruderschaft)*

Dieser Verein wird zum ersten Male offiziell 1751 erwähnt. Das genaue Gründungsjahr ist aber nicht bekannt. 1795 erklären die Ältesten der Dresdner Judenschaft,nichts über die Einnahmen zu wissen, weil keiner von ihnen Kassierer der Begräbnisgesellschaft sei.[211.)]

Die Aufgabe dieses Vereines bestand hauptsächlich darin, daß jedesmal, wenn ein Mitglied der Gemeinde starb, die ,,Totenbrüder" dem Verblichenen die letzte Ehre erwiesen. Sie waren zur Stelle, wenn es galt,Witwen und Waisen zu trösten, oder dem Mann an der Bahre seiner Frau Mut zuzusprechen. Ein Jahr nach der Bestattung sorgt die Totenbruderschaft für das Aufstellen eines Grabsteines und gleichzeitig sind 10 Männer zur Stelle, wenn das ,,Kaddisch", das Totengebet, am Grabe gesprochen wird. Aber nicht nur den letzten Dienst am Toten erwiesen sie. Der Versorgung der Hinterbliebenen und der Ausbildung der Kinder wird Rechnung getragen. Dafür stand der Totenbruderschaft eine eigene Kasse zur Verfügung, aus der Geld für diese humanen Zwecke entnommen wurde.[212.)]

Über den Stand der Totenbruderschaft gibt folgende Aufstellung Auskunft:

1862: 59 Mitglieder. Lippmann Jakobsohn und Behrend Lehmann, Vorsteher. Adolf Schie und J. Wallerstein, Deputierte.
1868: Vorstand wie 1862. Marianne Baumann und Clara Hirschmann. (Zum ersten Male wurden Frauen in den Vorstand gewählt.)
1870: Wird Moritz Eger als Vorsteher genannt.
1872: Neue Deputierte: Julius Hirschmann und Ferdinand Schie.
1877: Neue Deputierte: Theodor Taussig
1881: In gleicher Eigenschaft Moritz Zobel.
1890: Vorsteher Moritz Eger. 4 Deputierte, 2 Vorsteherinnen
1900: Vorsteher und Kassierer: Oscar Lesser.
1903: Neue Frauenvorsteherin: Henriette Bergel.
1906: Neue Frauenvorsteherin: Frau Rabbiner Winter.
1907: Vorsteher: Oscar Lesser.
1910: Ebenso.
1927: Ebenso.
1938: Im Gemeindeblatt kein Vermerk über die Beerdigungsbrüderschaft. [213.)]



Übersetzung:

Dieser Pinkas (Protokollbuch) gehörte der Heiligen Bruderschaft für Krankenfürsorge, die im Monat Tebeth des Jahres 5548 (= Dez. 1787) gegründet wurde und im Monat Tischri 5560 (= Okt. 1799) durch die Vorsteher R. Daniel A'Sch (Eisenstadt?) und R. Mosche Leib Winterberg erneuert worden ist.

Foto: The Central Archives for the history of the Jewish People, Jerusalem.

e. Die Fraternitas-Loge

Der „Unabhängige Orden B'nai-B'rith" (Brüder des Bundes) wurde am 13. Oktober 1843 durch Henry Jones, einen nach Amerika eingewanderten deutschen Maschinenbauer, in New-York gegründet und hat sich – B'nai-B'rith besteht heute noch – unter der Devise

Wohltätigkeit, Bruderliebe und Eintracht

die Aufgabe gestellt:

> *„Israeliten zu vereinigen zur Förderung der höchsten Interessen der Menschheit, den geistigen und sittlichen Charakter dieses Stammes weiter zu entwickeln und zu heben, die reinsten Grundsätze der Menschenliebe und der Ehre ihm einzuprägen, Kunst und Wissenschaft zu fördern, die Not der Armen und Dürftigen zu lindern Kranke zu besuchen und zu pflegen, den Opfern der Verfolgung zu Hilfe zu kommen, Witwen und Waisen zu beschützen und ihnen mit allen Kräften hilfreich beizustehen".*

Der Bund richtet also sein Augenmerk auf die jüdischen Glaubensgenossen, aber nicht um sie von Bekennern anderer Religionen zu trennen.[214.)]

In den Berliner Logen fanden ab 1882 Aufnahmen von Dresdner Juden statt, die im Verlauf hiervon zur Gründung der Fraternitas-Loge in Dresden am 3. Mai 1885 führte.[215.)]

*

Einige Zahlen sollen eine gewisse Übersicht über die Ausweitung der Logen des B'nai-B'rith geben.

1885 bei der Eröffnung der Großloge bestanden bereits
12 Logen = 1 150 Mitglieder
1897 33 Logen = 3 200 Mitglieder
1912 79 Logen = 8 610 Mitglieder
1922 92 Logen = nominell
97 Logen = 13 000 Mitglieder [216.)]
1935 615 Logen = 69 207 Mitglieder
1972 über 2100 Logen = 600 000 Mitglieder.

1902 erschien eine Festschrift der Großloge in der aufgezeigt wird, daß dieselbe weit über 100 Wohltätigkeitsinstitute förderte und eine Summe von 2 500 000 Mark zugunsten karitativer Einrichtungen stiftete. [217.)]

*

Wie sehr sich die Tätigkeit der Logen innerhalb einer Einzelgemeinschaft auswirkte, das soll an dem Beispiel der Dresdner Fraternitas-Loge dargestellt werden. Seit der Gründung im Jahre 1885 wurden drei besonders große Leistungen der Loge verzeichnet. Dies waren:

1. **Das Ferienheim in Oberrochwitz,**
2. **das Mädchenheim des Schwesternbundes,**
3. **der Kinderhort.**

1. Das Ferienheim Oberrochwitz

Seine Anfänge gehen auf eine Anregung von Julius Guttentag, des Inhabers der Firma Brühl & Guttentag, zurück. Er regte an und stellte selbst Mittel zur Verfügung, erholungsbedürftige Kinder während der großen Ferien aufs Land zu schicken. Ein begütertes Logenmitglied nahm den Gedanken auf, und stellte ebenfalls größere Mittel zu diesem Projekt.

Da ein eigenes Heim noch nicht bestand, übernahm die Familie Wolfsohn die Betreuung in einem in Klotzsche ermieteten Grundstück. Der Gedanke blieb aber in dem Logenkreise fest verankert und 1910 wurde das Ferienheim in Oberrochwitz eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben. Seit dieser Zeit wurden jährlich bis zu 100 Kinder in den großen Ferien dort aufgenommen.

2. Das Mädchenheim

Die Frauen, die sich im Jahre 1902 zum Schwesternbund der Fraternitas-Loge zusammenschlossen, erkannten, daß die Schwestern aktiviert werden müßten, aber nicht nur zum Zwekke der Wohltätigkeit, sondern speziell zu sozialer Wohlfahrtsarbeit. Deshalb war ihre erste Schöpfung das Mädchenheim, in dem produktive Arbeit an der herangewachsenen weiblichen Jugend geleistet werden sollte. Diese Einrichtung war um so wertvoller, als es damals noch keine Jugendverbände gab.

In den Logenräumen in der Marschallstraße 14, wurden einmal wöchentlich junge Mädchen von 14 Jahren an, zu Bildungszwecken und Förderung jüdischer Interessen, eingeladen. An manchen Abenden waren bis zu 60 Mädchen anwesend. Die Kriegs- und Nachkriegszeit (1914-1918) stellte das Mädchenheim vor neue Aufgaben. Der starke Zustrom aus dem Osten bedingte ein stärkeres Sicheinsetzen gerade für diese Kreise. Durch Kurse in Deutsch und Französisch und anderen Fremdsprachen, durch belehrende, gemeinverständliche Vorträge, durch kleine Arbeitsgemeinschaften und Pflege der Geselligkeit wurden die jungen Mädchen in jeder Beziehung gefördert. Um die jungen Mädchen für ihren künftigen Beruf als Hausfrauen und Mütter vorzubereiten, wurden Kurse über Hygiene, Säuglingspflege, Kinderernährung und Kindererziehung unter der fachmännischen Anleitung eines Kinderarztes abgehalten. Auch Nähkurse wurden eingerichtet und sechs Nähmaschinen standen zur Verfügung.

3. Der Kinderhort

Im Mai des Jahres 1904 traten einige Damen des Schwesternbundes der Fraternitas Loge zur Gründung eines Hortes für israelitische Kinder der Dresdner Gemeinde zusammen. Dem sozialen Streben der Zeit Rechnung tragend, war man bemüht, den unbeaufsichtigten Kindern der arbeitenden Klasse für Nachmittage einen Aufenthalt zu schaffen, wo sie unter Aufsicht einer geprüften Kindergärtnerin gestellt wurden.

Mit 20 Kindern im Alter von 4 bis 14 Jahren wurde der Hort im Gemeindesaale eröffnet. Bis zum Jahre 1905 waren es 50 Kinder und 1913 stieg die Zahl auf 50 bis 60 an. Im Jahre 1914 trat eine grundlegende Veränderung ein. Infolge Vorstandsbeschlusses wurde vom Oktober 1914 der Hort interkonfessionell geführt. Die Zahl der Kinder stieg auf 70 bis 80 an. Diese Zahl blieb bis um 1930 konstant.[218.)]

Die Bedeutung des Ferienheims in Oberrochwitz war so groß, daß bei der Weihe am 4. Juli 1909 Vertreter der Landesversicherungsanstalt, die Vertreter des Stadtverordneten-Kollegiums, der Präsident der Großloge, zahlreiche Vertreter christlicher wie jüdischer Wohltätigkeitsvereine und vieler Logenangehöriger aus Dresden, Chemnitz, Teplitz und anderer Orte teilnahmen.

Am 12. Juli 1909 besuchte König Friedrich August das Ferienheim in Begleitung des Hofmarschalls von Metzsch-Reichenbach und des Flügeladjudanten von Criegern. Der König kam von seiner nahegelegenen Sommerresidenz Wachwitz und wurde von den Vorstandsmitgliedern der Loge, Dr. Max Eger, Dr. Cohn, Abeles, Max Lesser und Tuchler empfangen. Der König besichtigte die Anstalt auf das eingehendste, erkundigte sich wiederholt nach den Zwecken und Zielen der Loge und zeigte für alle Einzelheiten das lebhafteste Interesse. Nach Einzeichnung in das Fremdenbuch verabschiedete sich der König und wiederholte sein Wohlgefallen an dem Bau und seine besten Wünsche für das Gedeihen der Anstalt ausdrückend.

Am 3. September 1909 wurde daraufhin der Präsident der Fraternitas-Loge, Dr. Max Eger, zur königlichen Frühstückstafel zugezogen. Diese Auszeichnung der Bestrebungen einer jüdischen Vereinigung von so hoher Stelle dürfte wohl als wesentlicher Fortschritt für die Stellung der Juden in Sachsen betrachtet werden.[219.)]

Eine bemerkenswerte humanitäre Einrichtung war die Erstellung eines kompletten Lazarettzuges während des Weltkrieges 1914-1918. Die Großloge hatte von allen Logen Zuschüsse zu diesem großen Hilfswerk angefordert und auch erhalten.[220.)]

Noch während und nach dem Kriege wurden allmonatlich etwa 50 Kriegsverletzte im Logensaal bewirtet und mit Geschenken bedacht. Künstlerische Kräfte des Hoftheaters stellten sich in den Dienst der guten Sache und gestalteten die Nachmittage zu einem schönen Erlebnis. Diese Fürsorge übte der Schwesternverband der Loge aus, der auch eine Bahnhofshilfe stellte.[221.)]

Im Sommer des Jahres 1927 besuchte der Weltpräsident des Ordens B'nai-B'rith als erste deutsche Stadt des Binnenlandes, Dresden. Alfred M. Cohen aus Cincinnati besichtigte das Ferienheim in Oberrochwitz und die Sächsische Schweiz. Die Dresdner Fraternitas-Loge veranstaltete aus diesem Anlaß im großen Saal des Logenheimes eine Festsitzung, der eine größere Anzahl von Vertretern auswärtiger Logen, u.a. aus Chemnitz, Leipzig, Plauen, Breslau und Königsberg beiwohnten. Anschließend fand ein Festmahl im Dresdner Hotel Bristol statt.[222.)]

Im sächsischen Logenverband waren zusammengeschlossen:

1. Saxonia - Loge	*Chemnitz*
2. Fraternitas - Loge	*Dresden*
3. Leipzig - Loge	*Leipzig*
4. Eugen-Fuchs-Loge	*Plauen.*

Als 1933 die Nationalsozialisten zur Macht kamen, wurden viele Logenmitglieder (auch Freimaurer) verhaftet und mißhandelt. Am 19. April 1937 wurde die Fraternitas-Loge in Dresden durch folgendes Rundschreiben verboten:

Die Staatspolizeileitstelle Berlin

An den Vorsitzenden oder Vertreter
der Groß-Loge für Deutschland
VIII U.O.B.B.Dr.Leo Baeck

19. 4. 1937

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I Seite 83) hat der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei durch Erlaß vom 10. April 1937 – S-PP (II B) Nr. 331/36) – den „Unabhängigen Orden Bne Briss", die ihm angeschlossenen Tochter- und Neben- sowie alle dem U.O.B.B. ähnlich gearteten jüdischen Organisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Ich löse daher die in obiger Anschrift bezeichnete Organisation auf und weise darauf hin, daß die Fortführung oder Neugründung der aufgelösten Organisationen bzw. die Gründung getarnter Nachfolgeorganisationen bei Vermeidung der Folgen aus § 1 der oben angezogenen Verordnung vom 28. Februar 1933 verboten sind.

Gleichzeitig beschlagnahme ich auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 und auf Grund des Erlasses des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 10. April 1937 – II B 4 - 55/36 L – das gesamte Vermögen der oben bezeichneten Organisation, ohne Rücksicht darauf, wo es sich im Augenblick befindet. Ich weise darauf hin, daß hierunter auch sämtliche Grundstücke, bewegliches Eigentum, Forderungen, Bankkonten, Postscheckkonten usw. fallen. Verfügungen über das Vermögen oder einzelne Vermögensgegenstände sind daher unzulässig.

Die Zustellung dieser Verfügung ist dem aushändigenden Beamten durch Quittung zu bestätigen.[223.)]

*

f. Der Frauen-Verein

Der Israelitische Frauen-Verein zu Dresden gehört mit zu den ältesten Gründungen der Gemeinde. Im Jahre 1791 wurde von einer kleinen Anzahl frommer Frauen der Entschluß gefaßt, einen Verein zu gründen, um Hilfe in Not und Krankheitsfällen zu gewähren. Es wurden bei begüterten Familien Mittel gesammelt, um diesen guten Zweck erfüllen zu können.

Als erste Vorsteherin des Vereines wird Esther Wolf Bondi genannt. Ihr folgte Ella Itzig Wolf Bondi und Nannette Simon Bondi. Im Jahre 1857 wird als Vorsteherin Nanette Mendel Schie genannt, diese war die Mutter des großen Wohltäters der Gemeinde, Wilhelm Schie. Von anderen bekannten Namen der Gemeinde sind in den Akten des Frauenvereines zu lesen, Bertha Beer,Hermine Lehmann und Charlotte Elb. Bis zum Jahre 1926 stand der Frauenverein unter der Leitung von Gertrud Mattersdorff, danach war die Vorsitzende Frau Rabbiner Winter.

Neben dem obengenannten Frauen-Verein bestand die „Agudas-Noschim" (Frauen-Vereinigung) die erst im Jahre 1916 ins Leben gerufen wurde. Ebenso wie der Frauen-Verein befaßte sich diese Gruppe Frauen orthodoxer Juden (!) mit humanitärer Hilfe. Von Unterstützung zu Erholungsreisen bis zur kostenlosen Arztberatung usw. reichte die Arbeit dieser Frauen.[224.)]

*

Im Zusammenhang mit jüdischer Frauenarbeit wird nachfolgend ein Lebensbild von Frau Bianca Bondi-Robitscher gegeben:

Am 25. Januar 1845 wurde in Dresden Bianca Bondi, später verheiratete Robitscher, die jüngste von vier Töchtern des Rabbiners Dr. Jonas Bondi und seiner Frau Rosalie Bondi geboren. Im Jahre 1858 kam sie mit ihren Eltern nach Amerika. Sie besuchte dort eine Kunstakademie und erhielt sogar 1868 eine Auszeichnung für ihre ausgezeichneten Arbeiten auf dem Gebiet der Malerei.

Seit mehr als 50 Jahren war sie eine geistige Führerin im Vereinigten Orden treuer Schwestern und diente vielen barmherzigen Zielen des Ordens. Sie wurde Präsidentin der Hadassah-Loge Nr. 8, in die sie als treue Helferin 1879 eintrat und in der sie 1890 Großpräsidentin wurde ! Als Generalsekräterin des Ordens betätigte sie sich 27 Jahre. Bei ihrem 25jährigen Jubiläum ehrte man sie, indem man einen Bianca-Bondi-Robitscher-Fonds schuf, der den Zweck verfolgte, Bedürftigen zu helfen.

Ihr Vater, ein bedeutender Schriftsteller, seinerzeit viele Jahre Herausgeber des „Hebrew Leader", bestimmte sie, im Jahre 1884 die Zeitschrift „The Echo" zu begründen. Sie war bis 1923 Leiterin dieser Zeitschrift. Unter den vielen Ehrentiteln, die diese ehrenvolle Frau erhielt, war auch „The greatest mother of Lodges in the U.O.T.S.". Am 21. Dezember 1927 starb sie in New-York. Der bekannte Rabbiner Dr. Stephen Wise hielt in der Zentralsynagoge ihr zu Ehren eine Gedenkfeier ab.[225.)]

*

Julie Salinger gehörte zu den Vorkämpferinnen der Frauenbewegung. Sie ist als die Gründerin und Inspirantin fast aller Dresdner Frauenbewegungsvereine zu bezeichnen. Sie hat den Rechtsschutz für Frauen und die Eheberatungsstelle in Dresden mit Unterstützung der örtlichen Behörden geschaffen und besonders förderte sie das Gebiet der Jugendfürsorge.

g. Der Hilfsverein

Als nach Kriegsschluß (1918) viele von den jüdisch-polnischen Zwangsarbeitern, die durch die deutsche Heeresverwaltung nach Deutschland zur Arbeitsleistung gebracht wurden, aus ihren Arbeitsstellen auf Grund der Demobilmachungsbestimmungen entlassen werden mußten, fand sich eine Reihe von tatkräftigen Männern zusammen, um den auf die Straße geworfenen mittellos dastehenden Menschen zu helfen.

Im Jahre 1919 wurde der „Hilfsverein für Ostjuden e.V." ins Leben gerufen. Dieser nahm sich der Hilfsbedürftigen an, versorgte sie mit Geldmitteln und vor allem auch mit Legitimationspapieren.

Ein großer Teil von ihnen wurde nach Polen zurückgeschickt, ein anderer soweit ausgestattet, daß er sich eine Existenz gründen konnte. Später, als wieder normale Verhältnisse eintraten, war der Hilfsverein in den Zeiten der Inflation diejenige Organisation, die in Auswanderungs- und Durchwanderungsangelegenheiten mit den betreffenden Stellen der Gemeinde Hand in Hand arbeitete. 1927 entnimmt man einer Mitteilung des Hilfsvereines, daß er sich in vielen Paß- und Aufenthaltsgenehmigungen bei den Behörden einsetzt.[226.)]

Im Jahre 1936 wurde der „Hilfsverein der Juden in Deutschland" gegründet. Anbetracht der immer größeren Abwanderung der Juden in das Ausland unter dem Druck der Nationalsozialisten, versuchte der Verein die Möglichkeit der Auswanderung zu fördern. Die Beratungsstelle Leipzig des Hilfsvereines gab im April 1937 einen Bericht über ihre Tätigkeit ab:

> *„1.Die Beratungsstelle hat einen Bezirk, der die Länder Sachsen, Thüringen, Anhalt-Dessau und Provinz Sachsen mit etwa 25 000 Juden umfaßt, zu betreuen.*
>
> *2. In der Zeit vom 1. Februar 1936 bis 31. Dezember 1936 wurden rund 1 600 Personen, teils mündlich, teils schriftlich, beraten; davon 1 000 männlich und 600 weiblich.*
>
> *Hinsichtlich der Berufsgliederung ist zu bemerken, daß Kaufleute, Vertreter, Angestellte, selbständige Handwerker, handwerkliche Gehilfen, freie Berufe, sowie weibliche Hausangestellte beraten wurden.*
>
> *3. Als Auswanderungsziele wurden Europa, Südafrika, sonstiges Afrika, Amerika, Kanada, Argentinien, Brasilien, sonstiges Südamerika angegeben. Ein Teil hatte kein bestimmtes Auswanderungsziel.*
>
> *Aus dem ganzen Bezirk sind mit geldlicher Unterstützung des Hilfsvereines und teilweiser Unterstützung der Gemeinden 129 Personen ausgewandert. Die vom Hilfsverein gezahlten Zuschüsse zu den Fahrtkosten betrugen im ganzen Bezirk rund RM. 23.000,—.*
>
> *Der Hilfsverein kann nur Zuschüsse zu den Fahrtkosten, ausnahmsweise zu den Visum-Kosten, aber nicht wie irrtümlich vielfach angenommen, auch zu den Gepäck-, Umzugs- und Ausstattungskosten gewähren. Da wo die Gemeinde keine Notstandsgemeinde ist, teilen sich Gemeinde und Hilfsverein in die Kosten. Für die Zuschußgelder ist der Hilfsverein eine Art Treuhänder."* [227.)]

h. Die Jugendvereine

Bis zum Jahre 1914 hatte in Dresden bereits ein neutraler Jugendverein für männliche Jugendliche bestanden. Im Jahre 1918 wurde eine Jugendgemeinschaft aus Kreisen der sächsischen B'nai-B'rith-Logen gegründet.[228.)]

Im Roten Saal der Fraternitas Loge wurde eine Tagung 1919 abgehalten, in der der Zusammenschluß des Landesverbandes Sachsen im Verbande der jüdischen Jugendvereine in Deutschland getätigt wurde. Heinrich Guttmann, Vorsitzender des Jüdischen Jugendbundes in Chemnitz, gab in einem ausführlichen Referat ein Bild der Ziele und Aufgaben des neuen Landesverbandes.[229.)]

Aus diesem Verband ging 1919 der Dresdner Jugendbund hervor mit dem Streben, die jüdische Jugend Dresdens – ein bis dahin noch nicht vorhandener Begriff – auf überparteilicher Grundlage zu sammeln und im Sinne der Jugendpflege zu erziehen. Dieses Ideale Ziel konnte aber nicht immer erreicht werden. Verschieden waren die Nöte und Probleme der Nachkriegszeit (1918) der Inflation und anderer Schwierigkeiten.[230.)]

Die Dresdner Jugendbünde geben ein Abbild der bündischen Arbeit in Deutschland überhaupt. Es bestanden 1934 vier zionistische Bünde, außer zwei Chalutzorganisationen.* Diese Bünde, in der Richtung entsprechend den Richtungen der Zionistischen Organisation, haben ein gemeinsames Ziel: Erziehung für Palästina. Über diesen Bünden steht der Hechaluz und die gesetzestreue Chalutzorganisation,der Brith Chaluzim Datiim. (Bund der frommen Pioniere).

Auf der deutsch-jüdischen Seite bestand der Deutsch-Jüdische Jugendbund. Dieser Bund erzog seine Mitglieder in dem Sinne, in dem Land zu leben, wo sie geboren sind und,es war (noch 1934!) ein Streben nach Erneuerung deutlich durch den Willen, das Leben überhaupt nach bündischen Gesichtspunkten neu zu gestalten. In einer Mitteilung vom Dezember 1934 schreibt man:

> *„Wir suchen beim Bund deutsch-jüdischer Jugend, das Ringen um eine Neuordnung in einem Land, in dem wir leben und eine Erziehung zum Ausharren und zum Kampf um die deutsch-jüdische Symbiose".* [231.)]

Der Jung-jüdische Wanderbund

In der für Sachsen einschlägigen jüdischen Literatur ist der „Jung-jüdische Wanderbund" nicht aufgeführt, er war eine Nebenorganisation der jüdischen Jugendvereine so zum Beispiel wie der „Jüdische Pfadfinderbund" oder die „Deutsch-jüdische Jugendgruppe".

Eine kurze historische Darstellung zu diesem Wanderbund gibt Gerson Schocken, ehemals in Zwickau, heute in Israel der Herausgeber der angesehenen Tageszeitung „Ha'aretz" (Das Land). Es handelt sich bei dem „Jung-jüdischen Wanderbund" um eine Bewegung, die ursprünglich deutsch-jüdisch und n i c h t zionistisch war, die aber wohl um 1923/24, gleich mit der großen Krise im Blau-Weiß, sich mit einer anderen zionistisch-sozialistischen Jugendbewegung, namens BRITH-OLIM, fusionierte. Seitdem war der J.J.W.B. zionistisch-sozialistisch mit entscheidender Betonung von Hachscharah (handwerkliche Ausbildung künftiger Palästina-Pioniere) und Chaluziuth (Pionierbewegung). In Zwickau i. Sachsen war die Mehrheit der Mitglieder wohl ostjüdischer Abstammung, aber es gab auch einen beträchtlichen

*) Chalutz = Pionier in Palästina.

Anteil von deutsch-jüdischer Jugend, besonders in den Ortsgruppen in West- und Süddeutschland. Die Zwickauer Ortsgruppe des Jung-jüdischen Wanderbundes bestand seit dem Jahre 1925, für **Dresden** ist wahrscheinlich dasselbe Gründungsjahr anzunehmen. Salman Schocken *(siehe auch Seite 93)* förderte in Zwickau die Entwicklung des Wanderbundes auch dadurch, daß er mehrere Male Jugendführern, die von auswärts kamen, in der Schocken-Zentrale Stellung gab, wobei sich diese aber wahrscheinlich den größeren Teil der Zeit der Jugendarbeit widmeten. Salman Schocken tat das, obwohl er mit der sozialistischen Tendenz nicht sehr einverstanden war, aber er setzte sich darüber hinweg, weil für ihn die zionistische Erziehung der Jugend das e n t s c h e i d e n d e war und es damals keine andere passende Jugendbewegung gab. Mehrere Angehörige dieser Jugendgruppe wurden später Kommunisten.

Durch die zionistische- sozialistische Erziehung des Jung-jüdischen Wanderbundes kam ein großer Teil der Jugend zur Hachscharah und wanderte dann nach Palästina aus, siedelte dann in Kibbutzim (Kolchosen) an.

Noch 1934 bestanden in Dresden folgende Jugendbünde:

1. *Bund deutsch-jüdischer Jugend,*
2. *Habonim, (die Erbauer) zionistisch,*
3. *der jüdische Pfadfinderbund Haschomer Hazair, (junge Hüter),*
4. *Hechaluz, (Pionier), zionistisch,*
5. *Makkabi Hazair, (Jugendsportgruppe),*
6. *Tenuat Thora wa' Awoda, (Bewegung Lehre und Arbeit),*
7. *der Jüdische Jugendbund zu Dresden.*[232.)]

Im Zuge der Jugendarbeit muß noch das „Jugendorchester" erwähnt werden, das im Gemeindeamt ein Zimmer zur Verfügung gestellt bekam, etwa 30 Mitglieder um 1930 zählte und regelmäßig Übungsstunden abhielt.[233.)]

Anfang des Jahres 1930 wurde ein „Jugendring" gegründet, der sämtliche Jugendvereine Dresdens umfassen sollte. Auf der Gründungsversammlung wurde die Schaffung eines jüdischen Jugendheimes als dringende Angelegenheit gefordert.[234.)]

Die Arbeitsgemeinschaft der jüdisch-liberalen Jugendvereine (JLJ), der Spitzenverband der liberalen Jugendorganisationen Deutschlands, lud am 14. Juni 1930 zu einer Großtagung ein.

200 junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands bekannten sich zum jüdischen Liberalismus. Am anderen Tag, Sonntag, wurde eine religiöse Feierstunde durch die Jugendgemeinschaft der Reformgemeinde durchgeführt. Sämtliche Kulthandlungen, Verlesung des Thoraabschnittes, Verlesung aus den Propheten wurden von Jugendlichen durchgeführt.[235.)]

Auf einer weiteren Kundgebung im Juni 1930 forderten die Jugendlichen wieder die Schaffung eines eigenen Jugendheimes,und im Dezember 1930 wurde im Gemeindeblatt ein Aufruf erlassen:

AUFRUF

für ein jüdisches Jugendheim in Dresden!

In einer Zeit größter wirtschaftlicher Sorgen, schwierigster Finanzlage bei der Gemeinde und Verbänden erkennt der Jüdische Jugendring Dresdens aus der besonderen Not der jüdischen Jugend die Verpflichtung, ihr durch Schaffung eines Jugendheimes zu helfen.

Die Verwirklichung dieser schon seit langem bestehenden Idee ist nunmehr unerläßlich geworden. . . . Andere Städte sind uns vorausgegangen, in Frankfurt und Köln, Breslau und Leipzig wurden in letzter Zeit Jugendheime errichtet.

Die jüdische Jugend Dresdens — als künftiger Träger der Gemeinde — ruft jedes einzelne Gemeindemitglied zur Unterstützung auf, in dem Bewusstsein, dass die Verwirklichung unseres Werkes der Gesamtheit unserer Gemeinde dienen wird !

Jüdischer Jugendring Dresden.

Unser Aufruf wird befürwortet vom:

Rabbinat der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden
Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, e. V.
Fraternitas-Loge
Volkspartei Dresden
Misrachi-Ortsgruppe Dresden
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, e. V.
Vereinigung für das liberale Judentum
Zionistische Ortsgruppe Dresden.[236.)]

Aber noch zwei Jahre dauerte es, bis am 20. März 1932 das Jüdische Jugendheim eröffnet werden konnte. Über die Eröffnung schrieb das Gemeindeblatt:

„Der schon lange Zeit in der Dresdner jüdischen Jugend vorhandene Wunsch nach einem Jugendheim wurde zu Purim (1932) durch die Gemeinde erfüllt. In den Räumen des Gemeindehauses, Zeughausstrasse 1, entstand im Erdgeschoss ein Heim, das durch seine schöne helle Einrichtung und Ausstattung seinem Zweck, der Jugend zu dienen, ganz besonders gerecht wird. Im Rahmen einer kurzen Feier wurde das Heim seiner Bestimmung übergeben".[237.)]

Nur kurze Zeit konnte die Jugend ruhig in dem Heim verbringen. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 begannen auch Maßnahmen gegen die jüdische Jugend, und das Gemeindeblatt mußte bekanntgeben:

September 1934.

Behördliche Massregeln für die Arbeit der jüdischen Jugendbünde

Der Landesausschuss Sachsen der Jüdischen Jugendverbände gibt folgende von den Staatsbehörden veranlassten Massregeln für die jüdische Jugendarbeit bekannt:

1. Sämtliche Zusammenkünfte der Jugendverbände, also Heimabende, Unterrichtskurse, Apelle, Trainingsabende, Kameradschaftszusammenkünfte, Sitzungen usw. müssen mindestens vier Tage vor dem für sie vorgesehenen Termin bei der zuständigen Polizeibehörde angemeldet werden und zwar mit Ort, Tag und Zeit der Veranstaltung, auch wenn sie in Privatwohnungen stattfinden.

2. An den Sonntagen dürfen mit Rücksicht auf den Staatsjugendtag k e i n e r l e i irgendwie geartete Veranstaltungen der Jugendverbände in Deutschland, also auch der jüdischen Bünde, stattfinden. An Sonntagen sind also sowohl Fahrten als auch Heimabende, Kurse usw. verboten.

3. Das Auftreten geschlossener Jugendgruppen (jüdischer) in einheitlicher Tracht ist unerwünscht, auch soweit die Bundeskluft nicht ausdrücklich verboten ist.

4. Die Nichtbeachtung dieser Maßregeln hat polizeiliche und sonstige behördliche Maßnahmen zur Folge, die sämtliche jüdischen Vereinigungen sehr empfindlich treffen können.

5. Die Maßregeln treten sofort in Kraft.[238.)]

Ein allgemeines Verbot der jüdischen Organisationen beendete auch die Jugendarbeit:

Geheime Staatspolizei *4. 5. 1940*

Rundverfügung.

Da die bisher eingegangenen Meldungen ergeben haben, dass sämtliche jüdische Organisationen im Bereiche der hiesigen Dienststelle in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Sitz Berlin, eingegliedert bzw. aufgelöst sind. . . .

Sollte wider Erwarten noch nachträglich das Vorhandensein einer solchen Organisation festgestellt werden, so bitte ich, mir sofort Meldung zu erstatten.[239.)]

*

i. Der Konservative Verein

In einer Mitgliederversammlung im Jahre 1919 kamen in diesem Verein interessante Verhältnisse zur Sprache. Der Vorsitzende betonte, daß die Konservativen sich als Realpolitiker auf den Boden der neuen Verhältnisse stellen und sich, wenn auch unter schweren Kämpfen, von den alten Auffassungen freimachen müssten, wenn man eine „Volkspartei" im wahrsten Sinne des Wortes sein wolle. Er empfahl das Aufgehen in der Deutsch-nationalen Partei.

In der Aussprache wurde der Vorwurf erhoben, daß in konservativen Kreisen viel zu wenig kritisiert worden sei, und man äußerte zwei Bedenken gegen den Namen deutsch-national. Man wolle verhütet sehen, daß unter diesem Namen sich alldeutscher Nationalismus wieder breitmache,und die Gefahr des Antisemitismus wieder heraufbeschworen würde.[240.)]

Die Auseinandersetzungen in diesem Verein – aber auch in anderen Vereinen – waren die Folgen der in vielen jüdischen Gemeinden diskutierten Probleme über das deutsche Judentum und anderer politische Streitfragen. Der konservative Verein wurde in der darauffolgenden Zeit (um 1920) aufgelöst.

j. Der Krankenunterstützungs-Verein

Im Jahre 1807 gegründet, gab sich der Wunsch der Mitglieder 1819 zu erkennen, jährlich eine religiöse Stiftungsfeier zu begehen. Aus diesem Anlaß wurde eine Festschrift zum fünfzehnjährigen Bestehen des Vereines herausgegeben, in der es unter anderem heißt:

> *„. . . Die seit 1816 hinzugekommenen Verfassungsbestimmungen wurden 1819 in einem Anhang zusammengestellt und jedem Mitglied zugestellt. . . .1823 wurde bestimmt, dass die Namen der Unterstützungsempfänger nicht mehr im Cassabuch, welches dem Convente öffentlich ausliegt, eingetragen werden. . . Die stets zunehmende Mitgliederzahl erweiterte den Fonds.*
>
> *Seit 1826 wurde die jährliche religiöse Stiftungsfeier in der Synagoge in der Regel mit einem in deutscher Sprache gehaltenen Vortrage begleitet.*
>
> *1829 ging von den Deputierten des Vereines die Aufforderung aus, das Stiftungsmahl desselben mit der am 10. September 1829 eintretenden Säcularfeier der Geburt Moses Mendelssohn zu verbinden.*
>
> *Als im September 1831 die Cholera im nördlichen Deutschland sich zu verbreiten begann. . . , wurden laut Beschluss 200 Thaler bei eintretender Cholera zur Hilfeleistung gestellt.*
>
> *1854 und 1855 wurden dem Verein eine Menge geldlicher Zuwendungen zuteil. . . "*.[241.)]

Im Jahre 1927 wird der Verein unter Mischenes Chaulim (Krankenhilfsverein) genannt. Noch im Jahre 1932/33 wird er in einer Vereinsliste geführt. Nach dieser Zeit ist von dem Verein nichts mehr bekannt. Die Vereine wurden alle in einer Wohlfahrtsstelle zusammengeschlossen.[242.)]

k. Der Krankenverpflegungs-Verein

Die „Jüdische Allgemeine Krankenverpflegungsgesellschaft" wurde im Jahre 1750 von einigen „damals allhier anwesenden Hausvätern" errichtet. Sie hielt an dem Grundsatz fest, daß alle verheirateten Juden ihr entweder als Mitglieder beitreten oder ihr einen bestimmten Geldbeitrag geben müssen. Dreizehn Männer waren die Gründer der Krankenverpflegungsgesellschaft oder wörtlich „Krankenbesuchergesellschaft Chewrath bikur cholim".

Am 13. Januar 1788 kam es zu einer Art „Konkurrenz", indem sich 47 Unverheiratete zu einer „Gesellschaft der ausübenden Wohltätigkeit" zusammenschlossen. 1798 wurden Statuten festgelegt.

Das Nebeneinander der zwei Krankenvereine führte zu Unverträglichkeiten. Die Konflikte traten mit der Verheiratung ein. Der Umstand, daß die jüngere Gesellschaft, zum großen Teil aus der ärmeren Klasse bestehend, ganz junge Unmündige aufnahm, führte zu häuslichen Streitigkeiten; ja es wurde geklagt, daß Kinder ihre Väter bestohlen hätten, um Steuern zu zahlen!

Deshalb wurde am 7. Juni 1799 in allen sieben Synagogen eine Bekanntmachung des Ältesten angeschlagen: Von jetzt an dürfe kein Verheirateter in der sogenannten Jungchewra verbleiben und,es werde keinem die Trauerlaubnis erteilt, bevor er sich bei dem Vorsteher der älteren Krankenverpflegungs-Gesellschaft gemeldet hätte. Der Anschlag machte böses Blut. Ein Mitglied der Jungchewra, Itzig Eybeschütz, riß ihn ab und „entblödete sich nicht, in selbigen zu schnezen". In anderen Synagogen wurden die Siegel der Anschlages herausgeschnitten. Sowohl die Ältesten als auch die Jungchewra reichten nun beim Stadtrat Beschwerde ein.

Am 9. Juli 1799 fand hierauf im Rathaus ein Verhör zwischen den beiden Parteien statt. Die Landesregierung entschied am 24. Oktober 1799, daß die Jungchewra (Eybeschütz und Genossen) sollen ihr Institut auflösen und sich mit der bestehenden Krankengesellschaft begnügen. Die Vereinsstatuten wurden erst nach jahrelangen Verhandlungen 1801 vom Stadtrat anerkannt. Von der Landesregierung wurden die Statuten nicht unterschrieben, nur der Rat konfirmierte diese am 28. März 1801.[243.)]

Über Jahrzehnte konnte der Krankenverpflegungs-Verein seine segensvolle Tätigkeit ausüben. Im Weltkrieg 1914-1918 half er Soldaten und deren Angehörigen. In der Inflationszeit schrumpfte das Kapital der Vereinigung ganz enorm zusammen und 1927 erfolgte ein Aufruf im Gemeindeblatt:

> *„. . . uns fehlen die Mittel, viele Leiden zu mildern, trotzdem der Verein nur für die notwendigsten Fälle im Jahre 1926 etwa 1.200 Mark mehr ausgab als er einnahm.*
>
> *Wir richten an alle Gemeindemitglieder die Bitte:*
> *Helft uns, indem ihr die Wohltätigkeitsveranstaltung am 19. März 1927 unterstützt!"*[244.)]

Bei der Wohltätigkeitsveranstaltung am 19. März wurde dann auch ein ansehnlicher Betrag für diese humanitäre Einrichtung von verschiedenen begüterten Gemeindemitgliedern gestiftet. 1932 wird der Krankenverpflegungs-Verein nochmals erwähnt, danach ging er in der Wohlfahrtspflege auf.

I. Der Mendelssohn-Verein

Die Dresdner Juden hatten allen Grund Moses Mendelssohn zu ehren. Hatte er sich doch persönlich im Jahre 1777 für sie eingesetzt, als eine größere Anzahl Juden aus Dresden ausgewiesen werden sollte. In ihrer Not suchten sie unter der Fürsprache Moses Mendelssohns um fernere Duldung nach. Dieser schrieb am 19. November 1777 aus Hannover an den Geheimen Kammerrat von Ferber in Dresden. Der Brief lautete folgendermaßen:

> *" In der äussersten Bestürzung und Niedergeschlagenheit, darin ich mich befinde, wage ich es. . . grossmüthiger Menschenfreund ! meine Zuflucht zu nehmen.*
>
> *Ich vernehme mit der letzten Post, dass viele Hunderte meiner Mitbürger aus Dresden vertrieben werden sollen. . . .*
>
> *Das Vertreiben ist für einen Juden die härteste Strafe: mehr als blosse Landesverweisung, gleichsam als Vertilgung von dem Erdboden Gottes, auf welchem das Vorurteil ihn von jeder Grenze mit bewaffneter Hand zurückweist. . .*
>
> *Mein Herz ist so voll, mein Gemüth so unruhig, und keiner überlegenden Fassung fähig. Vergeben Sie, verehrungswürdiger Beschützer der Unschuld, wenn ich nicht so an Sie schreibe, wie ich an Sie schreiben sollte. Ich bin mir aber gleichwohl völlig bewusst, mit welcher Ehrerbietung und Hochachtungich bin u.s.w. Moses Mendelssohn."*[245.)]

Am 10. September 1929 wurde der Mendelssohn-Verein — dem hundertjährigen Geburtstag Moses Mendelssohns — gegründet. Seine Hauptaufgabe bestand darin, unbemittelte jüdische Knaben zu Handwerkern ausbilden zu lassen und jungen Mädchen durch geeignete Ausbildungskurse zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu verhelfen.

Das Gewerbe-Blatt für das Königreich Sachsen vom 30. März 1837 griff deshalb den Verein heftig an:

> *„. . . Wohl jedem unbefangenen Leser der Vorstellung des Mendelssohn-Vereines werden die, inderselben und den Anmerkungen enthaltenen, übertriebenen selbstlosen und anmassenden Äußerungen welche weitläufiger anzuführen und zu widerlegen jedoch nicht hierhergehört, gewiss nicht entgehen. . . dass die Tendenz des Vereines, als auch die Erlernung und den, die Juden bisher noch nicht ganz anheim gefallenen, selbständigen Betrieb zünftiger Künste und Handwerk gerichtet ist. . . wie sich genugsam durch die vielen dagegen laut gewordenen Stimmen erweist, so muß es DRESDEN um so mehr sein, auf welches diese Last am drückendsten liegt. . . ".*[246.)]

In der Inflationszeit (1923) hat der Mendelssohn-Verein, wie alle anderen mildtätigen Stiftungen, sein Vermögen verloren. In den nachfolgenden Jahren entfaltete der Verwaltungsrat (um 1927) eine rege Werbetätigkeit um den Verein wieder auf die alte Höhe zu bringen. Die letzte Nachricht des Mendelssohn-Vereines stammt aus dem Jahre 1932. Im Zuge der nationalsozialistischen Gesetzgebung wurde er wie alle jüdischen Organisationen und Vereine 1937 aufgelöst.

m. Der Mittelstandsküche-Verein

Als in den Jahren der Inflation (1923) und der größten Verarmung der Bevölkerung die Beschaffung von Lebensmitteln äußerst erschwert war, fand sich eine Reihe von Frauen und Männern zusammen, um insbesondere dem in Not geratenen Mittelstand mit Nahrung zu helfen.

Auf Initiative von Siegfried Pionkowski wurde im Jahre 1923 der „Verein-Mittelstandsküche der jüdischen Gemeinde zu Dresden" gegründet. Von überall flossen reiche Spenden dieser hochwillkommenen Neugründung zu. Die Fraternitas-Loge stellte im Heim des Kinderhortes, Rietschelstraße 13, die Räume zur Verfügung, wo eine streng rituelle Küche eingerichtet wurde. Täglich wurde dort – auch noch Jahre später – an Arme und Minderbemittelte kräftiges, schmackhaftes Mittagessen, an den Festtagen auch Abendessen, unentgeltlich gereicht. Aber auch im Beruf Stehende hatten die Möglichkeit, sich für wenig Geld eine Mittagsmahlzeit zu leisten.

Der Verein zählte 1927 etwa 250 Mitglieder, die ihn mit einem monatlichen Beitrag unterstützen. Außerdem fließen ihm von Zeit zu Zeit aus Anlaß von freudigen Familienereignissen Spenden zu, so daß die Mittelstandsküche keinen Gemeindezuschuß mehr benötigt. Allerdings hatte die Gemeinde im Anfang größere Geldmittel zur Verfügung gestellt, um diese gemeinnützige Sache zu unterstützen. Im Jahre 1926 sind 24.878 Portionen ausgegeben worden.

Auch Auswärtige genossen die Wohltaten der Mittelstandsküche. Der Wanderbund Blau-Weiss, gelegentlich seiner Tagung in Dresden, Zöglinge der Gartenbauschule Ahlen bei Hannover, bei ihrem Besuch der Gartenbau-Ausstellung in Dresden und Studenten vom KJV. bei ihrem dreitägigen Kongress in Dresden.[247.)]

n. Der "O R T" Verein

Um dem Leser die Aufgaben dieses Vereines klar zu machen, wird nachstehend ein Aufruf im Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden vom Mai 1929 abgedruckt:

A U F R U F

Nicht weniger als rund 3 Millionen Juden sind durch Krieg, militärische Maßnahmen, Pogrome, Bürgerkrieg und Unterbindung von Handel und Handwerk ruiniert worden, und zwar in einem Maße, der ihre Wiederaufrichtung mittels der bisher geübten Philanthropie völlig unmöglich macht.

Diesen Millionen ist nur durch wirtschaftliche produktive Maßnahmen zu helfen. Die breiten Schichten der jüdischen Bevölkerung, die sich bisher vom Gelegenheitshandel ernährten, werden durch die gegenwärtigen Zustände in Rußland, Polen, Litauen und den anderen Ländern des östlichen Europas gezwungen, sich neuen Erwerbsquellen zuzuwenden. Ein Drang nach Betätigung in Handwerk, in Landwirtschaft und in verwandten Berufen hat eingesetzt und ist durch die Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika noch erheblich gesteigert worden.

Diesem Bedürfnis nach werktätiger Arbeit entgegenzukommen, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Es gilt unter den jüdischen Massen produktive Beschäftigungen, Handwerk und Landwirtschaft zu fördern und zu verbreiten, um auf diese Weise Menschen heranzubilden, die nützliche Bürger werden.

Der „Verband der Gesellschaft zur Förderung des Handwerkes und der Landwirtschaft unter den Juden", " ORT ", stellt es sich zur Aufgabe, dem Streben der Massen nach Gesundung entgegenzukommen und ihre Verelendung zu verhindern.

Der Verband der Gesellschaften " ORT ", in den verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas sowie in den USA vertreten, wendet sich an die gesamte Judenheit mit der dringenden Bitte, den von ihm zur Lösung der oben geschilderten Aufgaben geschaffenen Wiederaufbaufonds zu unterstützen.

Die deutschen Juden haben nicht nur ein ideelles, sondern auch ein materielles Interesse an der Gesundung des wirtschaftlichen Lebens der jüdischen Massen in den an Deutschland angrenzenden Ländern.

In Dresden fanden am 18. April 1929 zwei bedeutende Kundgebungen statt, die mit der wirtschaftlichen Lage der Juden aufs engste verknüft waren. Der Vorsitzende des vorbereitenden Dresdner ORT-Kommittees, Erich Schapira, legte den Gästen in eindringlicher Weise dar, wie notwendig auch für deutsche Juden die Frage der Förderung von Handwerk und Gewerbe sei. Alsdann legte der Generalsekretär der Gesellschaft ORT, Dr. Michael Taub, Berlin, die Ziele und Bestrebungen seiner Organisation vor:

„. . . ORT hat es unternommen, in den östlichen Ländern Schulbetriebe einzurichten, um die jungen und auch die älteren Leute, anzulernen gewerbliche Arbeit zu verrichten. So sind in Lodz Schulfabriken eingerichtet, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen in der mechanischen Weberei angelernt werden. In anderen Städten Osteuropas sind Lehrwerkstätten der verschiedensten Handwerke eingerichtet worden.

Neben dieser Ausbildungsarbeit wird ferner dafür gesorgt, die angelernten Juden mit mit modernen Werkzeugen und Maschinen zu versehen, die auf Grund eines Darlehensvertrages ausgeliefert und ratenweise abbezahlt werden müssen. Die dritte Aufgabe des ORT sei die Ansiedlung von Juden auf dem Lande und die Überführung in landwirtschaftliche Berufe. Auch diese Tätigkeit hat sich bewährt. . . ".[248.)]

Die Tätigkeit des ORT war so nutzbringend, daß nach dem II. Weltkrieg in Flüchtlingslagern in denen Juden untergebracht waren, in 6 Jahren 80.000 Juden in den verschiedensten Berufen ausgebildet wurden. ORT ist zur Zeit das größte private gemeinnützige Fachschulsystem der Welt (!), vorwiegend in Israel und Frankreich, aber auch in anderen europäischen Ländern, in Afrika und in Amerika.[249.)]

o. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (R.J.F.)

Die zunehmende Aggressivität des Antisemitismus und insbesonders der ständige Vorwurf, daß die Juden Deutschlands im Weltkriege 1914-1918 ihrer Militärpflicht nicht nachgekommen wären, veranlaßte einen ehemaligen jüdischen Hauptmann, einen Bund aller jüdischen Soldaten Deutschland zu gründen, die ehemals an der Front gekämpft hatten.

So entstanden unmittelbar nach dem Ende des Weltkrieges 1918 in vielen Städten Deutschlands Ortsgruppen – auch in Dresden – des Frontsoldaten-Bundes, die bei den damals auftretenden pogromartigen Unruhen oft gezwungen waren, die Sicherheit des Lebens und Eigentums von Juden zu verteidigen. Bei einer Gerichtsverhandlung in Berlin wurde dem wegen Bildung bewaffneter Haufen angeklagten Reichsbund jüdischer Frontsoldaten sogar das Recht der Notwehr zuerkannt.

Die zunehmende Beruhigung des öffentlichen Lebens in Deutschland hat dem Bunde seitdem die Gelegenheit gegeben, sich seiner inneren Organisation sowie neuen Arbeitsaufgaben zuzuwenden. Er umfaßte 1925 16 Landesverbände mit 500 Orts- oder Untergruppen bei etwa 40.000 Mitgliedern.

Die Vereinigung aller jüdischen Sport- und Turnvereine hat der Bund, der auch eine große Anzahl eigener Sport- und Jugendgruppen hat, gleichfalls seinem Arbeitsprogramm einbezogen. Auch der Förderung der jüdischen Siedlung in Deutschland durch zur Ansiedlung geeignete jüdische Bauern und Gärtner widmet sich der RJF. Für die Durchführung dieser Arbeiten wurde der „Reichsbund für jüdische Siedlung" und die „Jüdische Landarbeit GmbH" gegründet, denen die führenden Männer des deutschen Judentums angehören. Eine eigene Wochenschrift „SCHILD" wurde Anfang der 20er Jahre herausgegeben.[250.)]

Nach den bei der Israelitischen Gemeinde Dresden eingegangenen Berichten vom Anfang des Jahres 1917 dienten 190 Juden im deutschen Heere und 86 Männer im österreichischen Heere, also standen zusammen 276 Dresdner Juden 1915 unter den Waffen.

Zur selben Zeit wurden mit dem eisernen Kreuze und sonstigen Orden und Ehrenzeichen 19 Juden aus Dresden ausgezeichnet, deren Namen in dem Bericht verzeichnet sind. Zu Offizieren wurden 6 Gemeindemitglieder, beziehungsweise Söhne solcher befördert. Von den Beamten der Israelitischen Gemeinde waren an den Fronten: der Lehrer Leo Anschel im deutschen Ostheer, der Lehrer Dr. Eugen Gärtner, der Friedhofsinspekteur Bruno Jacobsohn wurde als Kanonier bei Reims verwundet und befand sich in französischer Gefangenschaft. Der Schächter Salzmann diente im österreichischen Heere. Mindestens standen 300 Juden aus Dresden unter Waffen.

Der III. sächsischen Armee war Rabbiner Dr. Levin aus Leipzig als Feldgeistlicher zugeteilt. Die Dresdner Gemeinde und die unter ihrer Aufsicht stehenden Institutionen zeichneten auf die erste und zweite Kriegsanleihe insgesamt 195.000 Mark.[251.)]

1917 wurde der Gemeinde offiziell bekanntgegeben, daß sechs ihrer Mitglieder zu Offizieren befördert wurden. Aus der Religionsschule schied nach kurzer Lehrtätigkeit Daniel Mansbach aus dem Lehrkörper, da er zum Heeresdienst einberufen wurde. Die bald nach Kriegsausbruch eingerichtete Verteilung von Lebensmitteln wurde aufrechterhalten.[252,)]

Im April 1928 sprach auf Einladung der Dresdner Ortsgruppe des RJF im Logensaal Dr. Elkeles, Berlin, über die Aufgaben und Ziele des Bundes. Der bevorstehende Reichstagwahlkampf werde kurz, aber umsomehr antisemitisch sein. Die Deutschnationalen dürften keineswegs verzichten, sich mit dieser Wahlparole des Völkischen zu bedienen. Den Kameraden des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten liege es daher ob, zumindest darauf zu achten, daß die Ehre der jüdischen Gefallenen nicht verletzt werde. Wir brauchen kraftvolle Juden, die bei aller Würdigung des Geistes Mut genug haben, sich ihren Angreifern entgegenzustellen. Ein Beispiel dafür boten die Abwehr von antisemitischen Ausschreitungen in Berlin.[253.)]

1929 hatte die Ortsgruppe Dresden des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu einer Kundgebung für den Siedlungsgedanken unter den Juden in Deutschland eingeladen. Zwei anerkannte Fachmänner auf dem Gebiete der Siedlung waren als Redner gewonnen: Professor Dr. Franz Oppenheimer und der Domänendirektor Dyk.

Dyk legte in etwa einstündiger Ausführung die Notwendigkeit dar, die bereits in Deutschland ausgebildeten Gärtner und Landwirte anzusiedeln; es komme im Augenblick nicht so sehr darauf an umzuschichten, als anzusiedeln. Prof. Oppenheimer hielt einen glänzenden Vortrag mit geschliffenen Stil. Er betonte, daß dem Siedlungsgedanken unbedingt Opfer gebrachtwerden müßten. Er betonte, daß man sich diesbezüglich aus zwei Broschüren Informationen holen kann. Aus einer Denkschrift des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten", im Verlag „Der Schild", Berlin, erschienen, und aus der Broschüre „Zurück zur Scholle" verfaßt von Domänendirektor Dyk.[254.)]

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten begann die Überwachung jüdischer Vereine und Institutionen:

Das Geheime Staatspolizeiamt Berlin an alle Staatspolizeistellen, 11.7.1933

Mit Rücksicht auf das in letzter Zeit beobachtete besonders starke Eindringen marxistischer Elemente in jüdische, insbesondere national-jüdische Vereine und Verbände, ersuche ich bis zum 5. 8. 1933 getrennte Nachweisung in doppelter Ausfertigung aufzustellen über alle in ihrem Bezirke vorhandenen:

a) jüdischen politischen Vereine pp. sowie ihre Nebenorganisationen jeder Art,

b) jüdischen angeblich unpolitischen Vereine und deren Nebenorganisationen,

c) ausländischen Juden, die bisher in irgendeiner Form in politischer Hinsicht in Erscheinung getreten sind,

e) inländischen Juden, die bisher in irgendeiner Form in politischer Hinsicht in Erscheinung getreten sind.

Die genaueste Innehaltung der angegebenen Frist sowie strengste Geheimhaltung mache ich zur Pflicht.[255.)]

Eine Gefallenen-Gedächtnisfeier wurde am 15. März 1936 in der Kleinen Synagoge vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten abgehalten. Der Ortsvorsitzende des Bundes übergab eine in Bronze ausgeführte Gedenktafel in die Obhut der Dresdner Israelitischen Religionsgemeinde mit tief eindrucksvollen Worten.

Der Entwurf der Tafel stammte von dem Dresdner jüdischen Künstler Bruno Gimpel und lautete:

1914 DEM GEDÄCHTNIS DER IM WELTKRIEG 1918
GEFALLENEN SÖHNE

der israelitischen
Religionsgemeinde
D r e s d e n

gewidmet vom Reichsbund jüdischer
Frontsoldaten Ortsgruppe Dresden.[256.)]

(Siehe Bild Seite 153)

*

„Jüdische Flieger im Weltkrieg 1914–1918" ist der Titel eines Buches von Felix A. Teilhaber in dem er berichtet:

Aus Dresden stammte Fritz Gerstle, Student der Medizin und Dr. Alexander Lippmann (Jude ?) von der Fliegertruppe Dresden Kaditz.

Richard Neumann rückte als Freiwilliger mit dem I.R.101 ins Feld; schon früh wurde er dekoriert und war Juli 1915 als hervorragender tüchtiger Flieger ununterbrochen tätig. Ausgezeichnet wurde er mit dem Fliegerzeichen, dem EK I. und einem noch höherem sächsischem Orden.

Über das Ende des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten geben zwei aussagekräftige Dokumente Auskunft:

Runderlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin *18. 3. 1937.*

In letzter Zeit konnte eine rege Tätigkeit der assimilatorisch eingestellten Juden in Berlin beobachtet werden. So hat z.B. der jüdische Zentralverein in einer Woche nach einer längeren Versammlungspause gleich drei Veranstaltungen stattfinden lassen, die im großen Stil aufgezogen waren.

Die gleiche rege Versammlungstätigkeit konnte beim Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten beobachtet werden.

Wie weiter vertraulich in Erfahrung gebracht werden konnte, sind allein in einer Woche in Berlin 150 neue Abbonnenten für die Zeitschrift „Schild" des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten gewonnen worden, ohne daß eine besondere Werbung durch die Zeitschrift durchgeführt worden ist.

Ich ersuche, die Betätigung der assimilatorisch eingestellten Juden genauestens zu überwachen und mir gegebenenfalls zu berichten.

Der Erlaß ist zur Bekanntgabe an die Orts- und Kreispolizeibehörden geeignet.[257.)]

Die letzte Nachricht von der Ortsgruppe Dresden des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten stammt vom Mai 1938,als diese wieder eine Gefallenen-Ehrung in der Synagoge abhielt.[258.)]

Schnellbrief der Geheimen Staatspolizei *21. 8. 1942*

Betrifft: Evakuierung von Juden nach Theresienstadt (Protektorat.)

Am Dienstag, dem 1. 9. 1942, ist für die Staatspolizeistelle (Dresden) ein Abtransport von Juden vorgesehen. Bei dieser Evakuierung werden. . . . . auch die Juden aus den Landkreisen des Regierungsbezirkes. . . abgeschoben. Nach den Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin sind folgende Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.35, RGB1.I.S.1333) zu erfassen:

1. *Über 65 Jahre bzw. 55 Jahre alte gebrechliche Juden . . .mit Ehegatten und Kindern unter 14 Jahren.*
2. *Inhaber des Verwundetenabzeichens (EK I, goldene Tapferkeitsmedaille u.s.w.) . . .mit Ehegatten und Kindern unter 14 Jahren.*
3. *Jüdische alleinstehende Mischlinge, die nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen als Juden gelten.*[259.)]



Jüdischer Feldgottesdienst während des Weltkrieges 1914 - 1918

Der Oberbürgermeister
der Königlichen Haupt- und Residenzstadt
Dresden.

Dresden, den 11. November 1918.

Herrn

Direktor Benno Weinberg

hier.

Sehr geehrter Herr !

Seine Majestät der Kaiser hat Jhnen das Verdienstkreuz für Kriegshilfe zu verleihen geruht. Jch beglückwünsche Sie zu dieser Auszeichnung und übersende sie Jhnen anbei.

Die anliegende Standesnachweisung wollen Sie gefl. ausfüllen und nach unterschriftlicher Vollziehung an die Stadtkanzlei gelangen lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Oberbürgermeister

Hierzu :
1 Auszeichnung,
1 Standesnachweisung.

Name	Geburtsdatum Geburtsort	Todestag	Truppenanteil und Dienstgrad	Verlust-meldung
DRESDEN				
1. Abraham, Georg	26. 6.88 Bromberg	8. 9.14	3/Felda.R.12 Utffz.	30 Sa.
2. Blass, Max	16. 6.92 Breslau	9. 5.15	8/bayr.R.I.R.12	197 Bay.
3. Bondi, Herbert	10. 3.91 Dresden	24.10.14	3/bayr.Felda.R.9 Utffz.	150 Bay.
4. Bruck, Ernst	6.11.77 Dresden	14. 2.17	7/I.R.438 Gftr.	778
5. Feige, Arthur	9. 9.97 Dresden	19. 8.17	Sockel Flak.Btt.515	448 Sa.
6. Goldberg, Willy	10. 2.89 Dresden-Blasewitz	31.10.14	6/R.I.R.241	76 Sa.
7. Gross, Ewald	11. 7.96 Dresden	6. 4.16	3/Schützen R. 108 Gftr.	274 Sa.
8. Hartmann, Max	10. 4.83 Haideberg, Krs. Schildberg	28. 2.15	1/Brig.E.Btl.46	129 Sa.
9. Löwenstein, Willy	9.10.93 Dresden	25. 2.18	Fernspr. Zug 841	1109
10. Meth, Erwin	24. 5.96 Dresden	26.11.16	Ers.Btl./Pion.Btl.12 Utffz.	407 Sa.
11. Meyer, Georg	9. 2.86 Konitz	24.10.14	7/Grd.R.101 Vzfeldw.	55 Sa.
12. Morgenthau, Albert	12. 8.87 Reinheim/Hess.	31. 8.18	Trupp.Nachr.Zug.d.III. Btl./Ers.I.R.23	553 Sa.
13. Perl, Isaak	11.12.90 Pilchowitz	22. 9.15	4/R.I.R.103	212 Sa.
14. Rosenberg, Erich	2. 8.85 Dresden	24. 5.15	2/R.Jäg.Btl.26 Oberj.	159 Sa.
15. Roth, Hans	20. 7.90 Dresden	16.10.16	2/Grd.R.100 Utffz.	532 Sa.
16. Rotholz, Leo	3. 4.96 Pudewitz	14. 3.17	I.Gfgsch. 5/R.I.R.204	1255
17. Sandmann, Johann	6. 5.87 Dresden	3.11.16	Fernspr.Abt.19/Tel. Btl. 7	358 Sa.
18. Schneemann, Eugen	4.10.93 Myslowitz	14.12.16	7/R.I.R.241 Gftr.	376 Sa.
19. Selbiger, Wilhelm Nikolaus	27. 1.92 Berlin	23.11.17	11/Schützen R.108 Utffz.	477 Sa.
20. Singer, Willy	11. 2.82 Schmiedeberg	6. 9.16	12/R.I.R.241 Utffz.	343 Sa.
21. Sondheim, Rudolf	26. 2.88 Prag	17.12.14	3/R.I.R.101	150 Sa.
22. Strauß, Ludwig	22. 8.96 Chemnitz	26. 9.18	Nachr.Abt.Grd.R.101	565 Sa.
23. Sulzberger, Moritz	4. 6.91 Bruchsal	22. 4.18	1/Felda.R.12 Gftr.	523 Sa.
24. Tikotin, Dr. Georg	5. 7.89 Glogau	26. 1.15	10/I.R.178 Gftr.	110 Sa.
25. Timmendorfer, Emil	18. 2.81 Gleiwitz	31.10.17	Stab d.241.I.Div.	494 Sa.
26. Wolff, Fritz	14. 2.93 Rothmannsdorf	4. 1.15	3/I.R. 65 Utffz.	140
27. Butze, Herbert	1. 6.92 Dresden	7. 6.17	7/I.R.58	877
28. Cohn, Walter	17. 1.89 Dresden	2.11.18	2/Fussa.Btl.84	1461
29. Hirschlaff, Alfred	17.12.76 Dresden	23. 6.17	Inf.Ausb.Btl.	908
30. Jakier, Max	2. 9.93 Dresden	1. 1.15	6.Leib.Grd.Reg.8	129
31. Kosminski	27.11.85 Dresden	2. 2.15	11/Ga.Füs.Reg.	182
32. Margolius, Alexander	29. 9.89 Dresden	28.12.15	1.Grd.Reg.I.	903
33. Soraver, Eugen	21. 4.86 Dresden	23.10.14	R.Brig.E.Btl.10	87
34. Wechselmann, Emil	4. 2.86 Dresden	11.10.15	7/Felda.R.29	362
35. Oschinski, Max	24. 6.81 Dresden	24.10.14	4/L.I.R.10	760
36. Schäfer, Hans	26.10.94 Dresden	6. 3.18	3/R.Felda.	1104
37. Salomon, Hans	12. 2.79 Dresden	27.10.15	2/I.R.112	385
38. Gutmann, Erich	25. 3.90 Dresden	8. 5.15	2/R.Jäg.Btl.25 260.)	

39. Schrauer, Eugen
40. Löbl, Arthur
41. Luft, Kurt
42. Kohn, Max
43. Popper, Fritz
44. Hofstein, David
45. Lazarus, Eugen
46. Liffmann, Hugo
47. Meth, Moses M.
48. Hess, Hernst M.
49. Mehrländer, Bernhard
50. Neufeld, Siegfried
51. Rath, Gustav
52. Rauch, Josef
53. Posner, Robert, F.
54. Wolff, Salo
55. Singer, Eisig
56. Stern, Geza
57. Schwarz, Alexander
58. Taubenschlag, Selmar
59. Schindler, Bernhard E.
60. Zuckerberg, Leopold
61. Robinsohn, Herbert
62. Reichl, Theodor
63. Taubenschlag, Erhard
64. Elber, Jakob
65. Gerstle, Fritz
66. Beutler, Heinrich
67. Harnik, Bernhard
68. Birkhahn, Hermann
69. Fürstenwalde, Alfred
70. Behlow, Ernst S.
71. Blumenkranz, Kalmann
72. Blumenreich, Wolfgang
73. Freudenfels, Georg
74. Gutmann, Hans, Dr.
75. Hartmann, Curt
76. Sachs, Richard, Dr.
77. Sachs, Martin, Dr.

Demzufolge sind insgesamt 77 Juden aus Dresden im Krieg 1914-1918 gefallen.
Eine andere Liste weist allerdings nur 76 Gefallene auf.[261.)]

Gefallene jüdische Offiziere aus Sachsen 1914 - 1918

Truppengattung:	Anzahl:
Infanterie	14 Offiziere
Kavallerie	1 Offizier
Artillerie	1 Offizier
Train	4 Offiziere
ohne Truppenteilangabe	2 Offiziere
insgesamt	22 Offiziere gefallen*)

Aufgrund dieser Gefallenenliste steht fest, daß Juden in jeglicher Waffengattung es zum Offizier gebracht hatten.

*

Insgesamt fielen **12 000 Juden** während des Weltkrieges 1914 - 1918.

*

*) Im Deutschen Reich. Jg.28.Nr.3./4.März/April 1922.

p. Die Sport-Vereine

Ursprünglich gab es drei jüdische Sportvereine in Dresden: Makkabi, Schild und Bar-Kochba. Der letztere war der größte und wurde als eingetragener Verein im Jahre 1920 gegründet. Die beiden anderen Vereine haben nur kurze Zeit bestanden und gingen dann im Bar-Kochba e.V. auf.

Die Zahl der Gründer war sehr, sehr klein. Ja, es waren so wenig Leute, die sich damals zur Gründung eines jüdischen Sportvereines zusammenschlossen, daß man keine Übertreibung begeht, wenn man sagt: Bar-Kochba bestand anfangs aus 12 bis 15 fußballspielenden Jünglingen. Daß heißt „Jünglinge" waren sie nur dem Alter nach. Die Zeit, in der sie den wichtigsten Teil ihrer Jugend verleben sollten, war durch den Krieg völlig außer Rand und Band geraten, indem sie teils von der Schulbank, teils aus der Lehre sofort zum Militärdienst berufen wurden. Im Jahre 1919 besannen sich die Wiederzurückkehrenden langsam wieder darauf, daß sie trotz aller Prüfungen und Heimsuchungen der Kriegsjahre noch immer jung waren und daß ihr Körper mehr als je ein Anrecht auf Ausarbeitung durch Sport und Spiel hatte.

Der Antisemitismus, der gerade in der Nachkriegszeit immer weitere Gebiete des öffentlichen Lebens verseuchte, veranlaßte sie zur Gründung eines jüdischen Sportvereines.

Die Pioniere des jüdischen Sportes in Dresden hielten an der richtig erkannten Idee „Kräftigung der jüdischen Jugend durch Sport und Spiel" fest. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, was der Führer des jüdischen Sportvereines „Hakoah", Berlin, über diesen Punkt sagte:

> *„. . . Man hört häufig von älteren Menschen darüber Klage führen, daß der Sportgedanke auf Kosten der geistigen Entwicklung zu sehr in den Vordergrund geschoben werde und wir sind auch die letzten, die alle Auswüchse eines nur auf Sportsensation eingestellten Vereines mitzumachen wünschen. Aber wir sind uns klar darüber, daß der jugendliche Körper, besonders des Großstadtmenschen, heute weit mehr als früher trainiert werden muß, um Nerven und Muskeln gegen den ungeheueren Abnutzungsprozeß, dem wir alle unterliegen, widerstandsfähig zu machen. . . Bei der wirtschaftlichen Struktur der Kreise aus denen unsere Mitglieder in der Hauptsache entstammen, bietet Beaufsichtigung und dauernde Kontrolle der Jugendlichen den Eltern sehr große Schwierigkeiten, sodaß wir ihnen durch Anleitung ihrer Kinder zur Disziplin (eine der Grundsätze des Schild-Sport Vereines.Anm.) durch Förderung des Gemeinschaftsgeistes einen wesentlichen Teil der Erziehungsarbeit abnehmen."*[262.)]

Diese Sätze trafen auch für Bar-Kochba Dresden zu.

Der Verein trieb Fussball und Leichtathletik. Die Fussballabteilung kämpfte mit drei Mann – schaften um die jeweilige Klassenmeisterschaft. Das leichtathletische Training wurde zum Teil im städtischen Stadion auf der Lennestraße abgehalten, das Fußballtraining auf dem Brandenburgerplatz in Mickten.

Am 14. Oktober 1928 weihte der Dresdner Bar-Kochba seine Sportplatzanlage auf dem von der Stadt Dresden pachtweise überlassenen Gelände im Ostra-Gehege ein. Ein Aufmarsch sämtlicher aktiver Mitglieder erfolgte, dem sich ein Fußballspiel zwischen den ersten Mannschaften von Hakoah Breslau und Bar-Kochba Dresden anschloß.[263.)]

Nachrichten über die Tätigkeit dieses Sportvereines findet man im Gemeindeblatt:

> *12. Juli 1931: Bar-Kochba Dresden siegte beim Staffellauf „Rund um den Großen Garten" und gewinnt den Ehrenwanderpreis der „Dresdner Nachrichten".*[264.)]

Die körperliche Ertüchtigung der Jugend lag den jüdischen Vereinen ganz besonders nach 1933 ob. Da man sich schon viel mit der Auswanderung beschäftigte, sollten die Leute besonders fit sein, um den neuen Anstrengungen gewachsen zu sein.

In den Jahren 1935, 1936 und 1937 fanden auf dem jüdischen Sportplatz in Chemnitz, den eine jüdische Firma zu diesem Zweck freigestellt hatte, leichtathletische Sportfeste statt. An diesen nahmen auch die Mannschaften aus Dresden, Leipzig, Jena, Halle und Magdeburg teil.[265.)]

Ein Jahr darauf wurden alle jüdischen Vereine auf Grund nationalsozialistischer Verordnungen aufgelöst. Ähnlich wie in Frankfurt am Main dürfte auch in Dresden folgender Vorgang zutreffend sein:

> *„Niederschrift des Sportamtes über die Besprechung beim Oberbürgermeister vom 2. 11. 1938.*
>
> *Herr Oberbürgermeister entscheidet auf Vortrag, daß der Sportplatz... den Juden entzogen... wird."*[266.)]

q. Die Volkspartei .

Diese Volkspartei, die mehr ein Verein ausländischer Juden war, hatte schon immer große Differenzen mit anderen Vereinen und Parteien der Dresdner Gemeinde. In Anbetracht, daß die Mitglieder der Volkspartei „Ausländer" waren, betrachteten die „deutschen Juden" diese Partei von oben herab. Der langjährige Vorsitzende dieser Partei, Dr. Max Schornstein deckte einen Finanzskandal in der Gemeinde auf, sodaß die Differenzen noch größer wurden. 1930 legten vier Vertreter der Partei ihre Ämter im Gemeinderat nieder, da sie Verbesserungen der Wahlrechtsreformen in der Gemeinde forderten und seit 8 Jahren kein Fortschritt zu verzeichnen war.[267.)]

Am 18. September 1932 fand noch eine öffentliche Versammlung der Volkspartei in Leipzig statt. Es sprachen die Oberrabbiner aus Leipzig und Dresden, Dr. Max Schornstein, Dresden, Dr. Max Sichel, Chemnitz, Dr. Lehrfreund, Leipzig. In ungeklärten Angelegenheiten innerhalb der Sächsischen Gemeinden wollte die Volkspartei die Probleme bereinigen.[268.)]

Nach dem Aufkommen der F a s c h i s t e n ging die Volkspartei einen gemäßigten Kurs. Sie löste sich um 1935 auf.

*

r. Die zionistische Vereinigung. Siehe Seite 327

VIII. DIE FRIEDHÖFE

a) Der alte Friedhof

Die Einrichtung des ersten Friedhofes im Jahre 1750/51.

Die Dresdner Juden benützten bis 1751 vor allem die Friedhöfe von Teplitz, aus dem ja viele von ihnen stammten, und Suborten. Ein halbes Jahrhundert lang findet Sachsen gar nichts daran, daß seine Juden jeden Toten über die Grenze schaffen müssen.

Zwar erlaubt schon August der Starke am 7. Dezember 1715 dem Berend Lehmann, in seinem Garten vor dem Pirnaischen Tor Juden begraben zu lassen, aber diese Anordnung ist die Antwort auf Lehmanns Beschwerde darüber, daß der Rat der Stadt Dresden die Beerdigung der Tochter Jonas Meyers verboten hat.

Da setzt aber sofort der Entrüstungssturm der protestantischen Bürger ein. Die Dresdner Kaufmannschaft protestiert am 28. Februar 1716:

> *„. . .es sähe so aus, als ob Lehmann und Meyer hier eine recht ordentliche Heimat veranstalten wollten. . . "*

Auch der Rat der Stadt Dresden protestiert: mit der Erlaubnis zum Begräbnis sei erstens ein Recht der Juden zum Grundbesitz und zweitens ein öffentlicher Kultus anerkannt, beides Dinge, die den Juden nicht zustehen. Und drittens könnten dann auch Reformierte und Katholiken mit der gleichen Forderung kommen. Die Präliminarschrift vom 8. April 1716 unterstreicht diese Beschwerden, also kein Begräbnis ohne Zeremonien und des öffentlichen Kultus.

Vor so viel Entrüstung zieht sich, so wie manches Mal, August der Starke zurück. Auch in dem Garten des Posthauses, das er seinem Residenten am 20. August 1717 einräumte, dürfen nach einem Reskript vom 21. März 1718 keine Toten begraben werden. So kann der König in der Resolution auf die Landtagsschrift am 5. Mai 1718 versichern, wegen der Juden bleibe er

> *„. . .nochmahls dabei, dass denenselben weder ein öffentlicher Kultus noch der Ankauff von Immobilien gestattet werden sollte, gestalt denn das vormahlige Post-Haus dem Residenten Lemannen bloss pfandweise auf etliche Jahre und mit ausdrücklicher Bedingung, in dem Garten keine Leichen zu begraben, eingeräumet wird. . . "*

Die Dresdner Katholiken, in der gleichen Lage wie die Juden, bekommen ihren Friedhof aber schon 1719/20. Die Juden müssen noch bis 1751 warten.

Man versteht, daß der Plan, einen jüdischen Friedhof zu schaffen zwischen 1740 und 1750 reift, in dem Jahrzehnt, das die Zahl der in Dresden wohnenden Juden so beträchtlich vermehrt und ihrer Ansiedlung rechtliche Grundlagen gibt.

Am 18. März 1750 richtet

„Sämtliche allhier wesentlich concessionirte Judenschafft und im Nahmen derselben Michael Samuel"

der bekannte Hoffaktor und Hofpetschierstecher, ein Mann, der sich der Gunst des Hofes und besonders der Brühls erfreut, an den König, und zwar gleich direkt Cabinet, folgendes Gesuch:

„Es sind wir armen Leute zu allerzeit höchstschmerzlichst bekümmert, dass unsere Todten mit so grossen Kosten, Zeit-Verlauf und Gefahr von hier weggeschaffet, und zum öffteren so wohl durch den so entfernten, als auch besonders zur Winters-Zeit und Leib und Lebens Gefahr zu passierenden sehr gefährlichen Weg des Geyersberges auf so entsetzliche Weise, ehe selbte noch in der Erde verwahret werden, zu Schaden gemachet sehen sollen, worüber nicht nur wir, sondern auch meist alle unsere absterbenden mit Thränen seufzen, und diesen elenden Zustand bejammern.

Nun haben Ew. Königl. Majt. nach Dero Weltbekannten Gnade uns bis hieher Dero allergnädigsten Schutz allermildreichst angedeyhen lassen, . . .dass wir uns . . .unterwinden, nach dem Exempel des Patriarchen Abrahams, Allerhöchst Ew. Königl. Majt. um eine Grab Stätte fussfälligst anzuflehen. . .

. . .einen entlegenen Orth ausser der Stadt (Dresden) in gehöriger Vermachung etwan 100 Ellen lang und Breit, als weshalber wir Ew. Königl. Majt. allergnädigsten Entschliessung uns lediglich überlassen, iedoch ganz ohnemassgeblich ausserhalb Friedrichs-Stadt, auf denen so genannten Ostrauer Forwergs Feldern, hierzu allerunterthänigst vorgeschlagen haben wollen . . .

. . .erbieten wir uns, ob schon solches allermeist sehr hart ankommt, dennoch in Zweyen Terminen eine Summe von drey hundert Thaler, nicht minder einen alljährlichen Canonem von dreyssig Thaler allerunterthänigst zu erlegen."

Auf den Gedanken mit Friedrichsstadt hat die Juden wohl der Katholische Friedhof gebracht. Das Bestreben, Friedhöfe weit außerhalb der Stadt anzulegen, ist im 18. Jahrhundert allgemein. Gleichzeitig geht ein Bittschreiben an Brühl persönlich mit der

„ganz demühtigsten, gehorsamsten Bitte, solches allerfussfälligstes Gesuch bey Ihre Königl. Majt. zu einer consolanten allergnädigsten Erhörung durch Ew.Excell. allein höchstviel vermögendes Vorwort zu befördern."

Der König entscheidet sich nach Brühls Fürsprache am 17. April 1750 für die Genehmigung der Bitte. An diesem Tage erhalten die Geheimen Räte vom Cabinet (durch Brühl) die Anweisung, Vorsorge zu treffen,

..wie. . . , wann es mit diesem Leichbestattungs-Raum zu völliger Richtigkeit gediehen, ein- und anderer Einrichtung, theils zu Vermeidung alles Aufsehens bey denen Jüdischen Beerdigungen, theils auch sonst etwan, besonders wann ihr die Erlegung eines gewissen, von ieder Leiche an die hiesige Evangelische Geistlichkeit nach dem Fuss der bey den Begräbnissen derer hier versterbenden Christen üblichen Jurium stoae gut finden solltet, zu treffen seyn dürffte".

Mit der eigentlichen Ausführung dagegen beauftragt das Cabinet am selben Tag das Kammerkollegium:

> *„Ihr wollet einen dergl. bequemen Platz, etwan auf dem Sande vor hiesiger Neustadt, oder aber in der daranstossenden Heyde, ohneweit von hier, allwo es ohne Nachtheil der Wildbahne, und Unseres Jagd-Plaisier, als weshalb von euch mit Unserm Ober-Hof Jägermeister, Grafen von Wolffers, sich zufördert zu vernehmen, am thunlichsten, . . .von hinlänglichem Raum der Länge und Breite ausfindig machen, solches sodann denen allhier sich aufhaltenden Juden, gegen Erlegung sowohl vorizo eines auf einige hundert Thaler mehr, als die offerirte Summe, (!) ansteigenden Angeldes zu Unserer Rent-Cammer, als auch eines künfftigen gewissen Quanti, von jedem Begräbnis, so von euch nach Proportion des Alters und Vermögens der verstorbenen Juden und Jüdinnen, billigmässig zu bestimmen, und wegen dessen iedesmahligen Einlieferung zu dem Amte allhier iemand aus der Judenschafft unter erforderlichen Preacautionen zu bestellen, zur Umgebung einer Vermachung, und Begrabung ihrer Todten einräumen, darüber behörige Concession ausfertigen, und die von denen Juden dieserwegen gegenwärtig und führohin entrichtenden Gelder resp bey der Rent-Cammer, und hiesigen Amts-Verwalterey treulich berechnen lassen."*

Am 24. April 1750, übrigens von Leipzig aus, gibt das Kammerkollegium (Hennicke) diese Entscheidung weiter an den Rat und das Amt zu Dresden.

Die Lage des Friedhofes wurde genau bestimmt. Da es sich um kurfürstlichen Boden handelte, konnte einfach darüber verfügt werden. Ein genauer Lageplan wurde angefertigt. Neu war nur das Verbot, ein Gebäude auf dem Friedhof zu errichten.

Das Ablösegeld für den Friedhof wurde vom Kammerkollegium auf 1000 Taler erhöht, die vom Cabinet gewünschte Abgabe von jedem Begräbnis auf 15 Taler, bei Kindern bis zum erreichten 12. Lebensjahre auf 7 Taler festgesetzt. Amt und Rat wurden beauftragt, das den Juden bekannt zu geben und die Zahlung der 1000 Taler zu veranlassen. Die Verhandlungen mit den Juden führte der Dresdner Oberamtmann, Hof- und Justitientar Essenius, dem noch zwei Beamte aus dem Amt und zwei Wildmeister zur Seite standen.

Am 11. Mai 1750 berichtet das Amt über seine Verhandlungen. Den Juden waren die geforderten Summen zu hoch. Sie boten ein Ablösegeld von 600 Talern in zwei Raten, dazu wie früher 30 Taler jährlich zu zahlen. Auch baten sie für den Totengräber ein Gebäude errichten zu dürfen. Am 26. Mai 1750 bescheidet das Kammerkollegium (Hennicke) Amt und Rat. Aber es blieb bei den 1000 Talern. Doch wurden die Begräbnisgebühren auf 12 Taler, für Kinder auf fünf Taler ermässigt. Ein Haus für den Totengräber durfte gebaut werden, doch mußte dieser ein Christ sein und vom Amt verpflichtet werden. Für weitere Verhandlungen sollten die Juden einen Bevollmächtigten ernennen.

Als solche Bevollmächtigte erschienen nunmehr die Hoffaktoren Joseph Jonas Meyer, Michael Samuel, Ephraim Abraham Levy, Aron Salomon Israel und der Münzjude Simon Bondi. Diese Juden erklärten sich mit den Geldsätzen einverstanden und ersuchten die Behörden, daß der christliche Totengräber von ihnen benannt werden dürfte und daß der Begräbnisplatz an das Wasser grenze, das die Juden für die Totenreinigungen benötigten. Die Beamten traten in ihrem Bericht an das Kammerkollegium dafür ein und erklärten, daß für den Wildwechsel noch genug Platz an der Priessnitz bis zur Heide sei. Damit sah das Kammerkollegium seine Aufgabe als erledigt an.

Am 6. März 1751 zahlen die Juden die 1000 Taler an die Kammer in je 100 Dukaten und Louisdor. Das wird ihnen offenbar nicht leicht. Nach 1786 steckt die Judenschaft Dresdens deswegen und wegen der Kosten für die Errichtung einer Umgrenzungsmauer in Schulden. 1788 bis 1804 kommt es deswegen zu einem Streit in der Gemeinde.

Noch an demselben 6. März 1751 befiehlt das Kammerkollegium dem Amt und Rat, der Judenschaft den Begräbnisplatz ordentlich zu verrainen und einzuzäunen. Am 10. März 1751 treffen sich auf dem in Aussicht genommenen Platz die Beamten und Sachverständigen unter der Führung von Essenius, sowie die fünf Bevollmächtigten unter Meyers Führung und der Gärtner Behrends. Die Grenzlinie und der Rainstein wurden im Protokoll genau beschrieben.

Schon am 25. April 1751 wird der Judenfriedhof benutzt durch die Beerdigung eines auf dem Festungsbau verstorbenen Juden (Baugefangener) und der Witwe des Münzjuden Isaac Meyer.

Fünf Jahre nach der Errichtung des Friedhofes kommt es zu einer kleinen Verschärfung der Bestimmungen. Am 23. April 1756 stirbt der Hoffaktor Ephraim Abraham Levy. Nachmittags um 4.00 Uhr – nach anderer Aussage 1/4 6 – wird die Leiche im Wagen nach dem Begräbnisplatz gebracht. Ihr folgten die Juden in 8 - 10 Lohnkutschen, je vier Mann in einem Wagen. Nach dem Bericht der Nachbarn benehmen sich die Juden dabei still und ruhig. Nur stehen von Mittag an etliche hundert Personen vor dem Sterbehaus auf der Wilsdruffer Gasse und wollten zuletzt in das Haus dringen, sodaß die Juden die (Ordnungs) Wache herbeiriefen. Auf den entrüsteten Bericht des Rates hin, verordnet am 21. Juli 1756 das Oberkonsistorium, daß die Juden ihre Toten früh in der Stille und ohne Kondukt zu beerdigen haben.

Die Friedhofskonzession sagte von Leichensteinen nichts. Die Setzung von Grabsteinen war allerdings nach Meinung des Kammerkollegiums "wider die klare Disposition der Conzession". Da die Errichtung von Grabsteinen offiziell nicht gestattet war, wurde die nachträgliche Einziehung von Strafen schwierig, da von den etwa 30 Leichensteinen viele von österreichischen und preußischen Juden stammten. Für die Zukunft empfahl daher das Kammerkollegium, von jedem Stein eine Gebühr von sechs bis 10 Taler zu erheben, da die Dresdner Handwerker dadurch einen ansehnlichen Gewinn hätten. Brühl erhielt von den Juden ein Geschenk von 1000 Talern für seinen Einsatz in der Friedhofsangelegenheit.

Trotz dieser vernünftigen Verordnung ordneten die Geheimen Räte ein volles Jahr nach dem Eingang des Berichtes am 22. April 1756, durch Verfügung an die Landesregierung die Wegschaffung der Leichensteine an. Der Streit um die Grabsteine – sie werden schließlich doch geduldet – zieht sich bis zum Jahre 1774 hin.[269.)]

In der langen Zeit von 1751 an, füllte sich langsam, im gleichmässigen Ablauf von Werden und Vergehen die Erde des Judenfriedhofes an der Pulsnitzer Straße mit den Gebeinen der Verstorbenen. Reihe um Reihe legten sich die Gräber. Der Weg von dem Eingang zur frisch aufgeworfenen Grube wurde von Reihe zu Reihe kürzer. Ein Verzeichnis vom Jahre 1852, dem ein in Kupfer gestochener Plan des Friedhofes beigegeben war, verzeichnete 1067 belegte, zum Teil aber schon vergebene Grabstellen.

Am 3. Mai 1862 trat der Rat der Stadt Dresden an die Israelitische Gemeinde mit der Aufforderung heran, auf die Anlegung eines neuen Friedhofes bedacht zu sein, da der alte Friedhof spätestens mit dem Ende des Jahres 1863 geschlossen werden müsse. Der Judenfriedhof war inzwischen von fast allen Seiten umbaut worden, und die Besitzer der angrenzenden freien Grundstücke dachten bald diese zu bebauen.

Die Gemeinde verwies in ihrer Antwort an den Rat auf ihr gutes Recht als Eigentümer. Sie sagte zu, sich um einen neuen Begräbnisplatz zu bemühen, da der alte Friedhof nur noch für ungefähr ein Jahrzehnt ausreiche, erinnerte aber gleichzeitig daran, daß nach den Vorschriften der jüdischen Religion Begräbnisplätze weder säkularisiert noch sonst die Grabstellen berührt werden dürfen – ein Umstand dem die Erhaltung des alten Judenfriedhofes bis auf den **heutigen Tag** zu verdanken ist.

Der Rat bewilligte schließlich die Verlängerung der gestellten Frist bis zum Ende des Jahres 1869, worauf dann die Gemeinde nachsuchte, daß bereits erworbene Grabstellen über diesen Zeitpunkt hinaus belegt werden dürften. Das lehnte der Rat zunächst ab, er forderte die Schließung des alten Friedhofes mit dem 31. Dezember 1869 ohne Vorbehalte, genehmigte aber dann doch noch die Belegung von neunundzwanzig bereits erworbenen Grabstellen. Mit dieser Ausnahme wurde der Friedhof Ende des Jahres 1869 geschlossen.



Foto: Im Sommer 1972



Alter jüdischer Friedhof in Dresden-Neustadt
Oberer Teil des Grabsteines von Mendel Cohn. Grabstein um 1870



Der Judenfriedhof

Bild von Jakob von Ruisdael aus der Dresdner Gemäldegalerie

Vom alten Judenfriedhof gibt in einer heimatkundlichen Studie von 1926 Edgar Hahnewald ein eindrucksvolles Bild:

Seit der Schliessung des Friedhofes im Jahre 1869 liegt er fast unberührt im grünen Schatten der Bäume, die ihr Laub immer dichter über den Gräbern schließen. 1926. Herbst. Auf den sauber gehaltenen Wegen, die an den Mauern entlang wie Gänge in alten verschollenen Klostergärten die Gräber umziehen, lag das welke Laub hingestreut. Auf den Mauern bauscht sich das Geblätter des Weines, in dem reife Trauben hängen. Tomatenstauden mit schweren Frucht an Frucht gepressten Lasten roter und noch grüner Früchte wachsen entlang der Mauer.

Kein Hüter lässt sich blicken, aber gehütet wird dieser Friedhof von sorgsamen Händen. Der Friedhof wird in gutem Zustande gehalten, ohne daß in das stille Walten der Zeit „verschönernd" eingegriffen wird.

In diesen Grabsteinreihen gibt es kaum ein künstlerisch unersetzliches Werk. Es sind mit Ausnahme einiger Grabmäler aus späterer, nicht mehr so stilsicherer Zeit schlichte, zum grössten Teil fast gleich hohe Steine in einfachen, aber manchmal sehr schönen Formen des Barock und der dem Barock folgenden Stilarten. Die gewisse Gleichartigkeit dieser Grabsteine ist einmal auf die von den kurfürstlichen Behörden erlassenen Vorschriften, dann wohl aber auch darauf zurückzuführen, dass der Gemeinderat der Israelitischen Religionsgemeinde nicht nur die Aufschriften der Steine zensierte und nicht nur die Vorlegung der Zeichnung, sondern auch der Leichensteine selbst vor der Aufstellung verlangte. Der schlichte Reiz der von tüchtigen Handwerkern gearbeiteten Steine wird meistens noch durch eigenartige Ornamentik der hebräischen Schrift erhöht. Viele dieser Inschriften hat freilich die Verwitterung ausgelöscht, da der für die Grabsteine verwendete Sandstein weich war und dem Zahn der Zeit nicht stand hielt.

Die Grabmäler stehen in lockeren, nicht ganz regelmässigen Reihen, und die Unregelmässigkeit bringt eine Bewegtheit in die annähernde Ähnlichkeit der mit der Schriftseite sämmtlich nach Osten gerichteten Steine. Das gute schlichte Gras wuchs längst über alle Wege und Gänge zwischen den Gräbern. Wolfsmilch blüht in kleinen gelb gewipfelten Wäldern und vor der hebräischen Inschrift eines Grabsteines reckt eine Königskerze aus weissfilziger Blattrosette ihren blütengeschmückten Stab. . .[270.)]

Ewige Ruhe sollten die Toten dort nicht haben. Im Bombenhagel der alliierten Luftflotten wurde auch der alte Judenfriedhof schwer in Mitleidenschaft gezogen. Nach Beendigung des II. Weltkrieges, im Mai 1945, wurde gleich begonnen, den Friedhof wieder in pietätvollen Zustand zu bringen. Heute, im Jahre 1972, ist dieser alte Friedhof Zeuge einer bewegten Geschichte der Juden in Dresden.

*

b) Der neue Friedhof in der Blasewitzer Straße

Begräbnisordnung für den neuen israelitischen Friedhof zu Dresden.

Der neue, an der Blasewitzer Strasse Nr. 18b hierselbst gelegene, der hiesigen Israelitischen Religionsgemeinde gehörende Friedhof ist am 2. Juni 1867 zum Gebrauche für Beerdigungen israelitischer Glaubensgenossen eröffnet worden.

1.

Die hiesige Israelitische Religionsgemeinde besitzt zwei Friedhöfe: den älteren: Pulsnitzer Strasse Nr. 8, den neueren an der Blasewitzer Strasse Nr. 18b, dessen Anlegung infolge Ratsbeschlusses vom 20. November 1862, nach dessen Inhalt der ältere Friedhof, mit Ausnahme der älteren reservierten Plätze, jetzt nicht mehr benutzt werden darf, sich erforderlich machte.

2.

Der neue Friedhof in seinem dermaligen Zustande ist in vier Quartiere geteilt, von denen das erste hinter der Kapelle nordöstlich, das zweite hinter derselben nordwestlich, das dritte vor derselben südöstlich, das vierte vor derselben südwestlich liegt. Die Gräber werden auf diesen Quartieren streng nach der Reihenfolge abgesteckt, doch können die Eckplätze rechts für Rabbiner und sonst durch ihre Wirksamkeit innerhalb der Gemeinde oder für das Judentum überhaupt hervorragende Personen freigehalten werden. Darüber, wer auf diesen Plätzen zu begraben ist, entscheidet der Gemeindevorstand nach vorgängigem Gehör des Vorstandes der Beerdigungsbrüderschaft. Jedes Grab ist zwei Meter lang und achtzig Zentimeter breit anzulegen.

3.

Die Gräber sind reihenweise – das eine seiner Länge nach unmittelbar neben dem anderen – dergestalt anzulegen, dass jede Gräberreihe von der nächstfolgenden durch einen freien, als Durchgang zu betrachtenden Raum von 30 Zentimeter Breite getrennt ist.

4.

Die Begräbnisstellen zerfallen in

1. *Erbbegräbnisse,*
2. *Begräbnisse auf den Feldern.*

Letztere sind:

a) *reservierte,*
b) *nicht reservierte.*

Die Preise werden hierfür wie folgt normiert:

(Es folgen die Gebühren, die im Laufe der Jahre mehrfach geändert wurden)

Die Reservierungsgebühr ist aufgehoben worden.

5.

An den Umfassungsmauern des Friedhofes – mit alleiniger Ausnahme des dem Eingangstore gegenüberliegenden Teiles, welcher in Zukunft bei voraussichtlicher Erweiterung des Friedhofes durchzubrechen ist – werden Erbbegräbnisse, und zwar in der Regel der Reihenfolge nach, angelegt. Für diese Erbbegräbnisse ist ein Raum von zwei Meter, von der Umfassungsmauer an gerechnet, reserviert, während ein Raum von 1 1/2 Meter Breite für den Weg bestimmt ist, welcher diese Erbbegräbnisse von den Quartieren trennt.

6.

Ein Erbbegräbnis kann nur für je 2 Personen gelöst werden. Die Platzweite beträgt 2 1/4 Meter an der Ost- und Westseite, zwei Meter an der Nord- und Südseite. Jeder Erwerber eines Erbbegräbnisses hat letzteres auf seine Kosten abzuputzen und zu unterhalten, auch das Recht, seinen Namen darauf anbringen zu lassen. Die Umfassungsmauer verbleibt im Eigentum der Gemeinde, alle daran und darin von dem Erwerber des Erbbegräbnisses anzubringende Dekorationen und Baulichkeiten unterliegen der vorgängigen Genehmigung des Gemeindevorstandes und des Vorstandes der Beerdigungsbrüderschaft. Der Erwerb von Erbbegräbnissen gibt nicht die Berechtigung, dass auf denselben der Erwerber und so viele seiner israelitischen Familienangehörigen beerdigt werden können, bis die Anzahl der Personen, für welche diese Erbbegräbnisse erworben wurden, erfüllt ist.

7.

Erbbegräbnisse bilden einen Teil des Vermögens des Erblassers, können aber nur an Mitglieder der Dresdner Israelitischen Religionsgemeinde vererbt oder veräussert werden. Jede Veräusserung oder Vererbung an eine andere Person ohne Genehmigung des Gemeinderates gilt als Verzicht auf das Erbbegräbnis und fällt der Gemeinde zu.

8.

Gleiches Heimfallrecht des Erbbegräbnisses trifft in folgenden Fällen zu:

1. *Wenn der Erwerber die erforderlichen Reparaturen. . . unterlässt.*
2. *Wenn der Erwerber stirbt und sich binnen 10 Jahren kein Erbe bei dem Gemeinderat legitimiert.*
3. *Wenn der Erwerber Dresden verlässt und binnen 5 Jahren nicht zurückkehrt.*

9.

Eine Verpflichtung der Israelitischen Religionsgemeinde zur Instandhaltung der Erbbegräbnisse findet an sich nicht statt, doch kann sie solche in einzelnen Fällen übernehmen, wenn ihr durch besondere Stiftungen die hierzu erforderlichen Mittel gewährt werden.

10.

Bei Beerdigungen sowie beim Setzen von Denkmalen, bei Anbringen von Dekorationen und Baulichkeiten auf den Grabstellen ist den Anordnungen des Gemeindevorstandes und des Vorstandes der Beerdigungsbrüderschaft allenthalben Folge zu leisten.

11.

Ein besonderer Platz ist zur Beerdigung von Kindern bis zum erfüllten sechsten Lebensjahre vorzubehalten.

12.

Die Oberaufsicht über den neuen Friedhof führt der Gemeinderat der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden durch seinen Vorstand im Verein mit dem Vorstande der Beerdigungsbrüderschaft. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Gemeinderat.

13.

Für das Setzen der Leichensteine und für die Umfriedung ist eine Gebühr nicht zu entrichten.

14.

Jede Grabschrift unterliegt der vorherigen Genehmigung des fungierenden Vorstehers, des Oberrabbiners und des Vorstehers der Beerdigungsbrüderschaft. Sie ist jedenfalls in hebräischer Sprache, kann aber ausserdem noch in deutscher Sprache abgefasst werden.

15.

Grabreden sind nur mit Genehmigung des fungierenden Vorstehers oder, in dessen Abwesenheit, des Vorstehers der Beerdigungsbrüderschaft zu halten.
Eine Grabrede seitens des Oberrabbiners findet nur in den Fällen statt, in denen der Gemeindevorstand bei hervorragenden Verdiensten des Heimgegangenen um die Gemeinde oder das Judentum beschlossen wird. In anderen Fällen wird am Grabe nur ein deutsches Gebet gesprochen. Es wird jedoch der Herr Oberrabbiner auf Wunsch der Leidtragenden in der Sterbewohnung eine Gedächtnisrede halten.

16.

Im übrigen verbleibt es bis auf weiteres bei den Statuten der Beerdigungsbrüderschaft, soweit nicht im Vorstehenden und durch Beschluss der Gemeindeversammlung vom 9. Mai 1865 in § 22 derselben Abänderungen bewirkt worden sind.

Dresden, am 1. Januar 1876.

Der Gemeinderat der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden
Durch deren Vorsteher:
Joseph Meyer, Joseph Bondi, Emil Lehmann

Die Deputation der Beerdigungsbrüderschaft zu Dresden
Durch deren Vorsteher:
Moritz Eger

Den Erfordernissen der neuen Zeit hatte sich die Gemeindeverwaltung und die Beerdigungsbrüderschaft nicht verschlossen. Am 1. Mai 1911 wurde die (christliche Anm.) Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden in Tolkewitz in Betrieb genommen. Es bestand seitdem die Einrichtung, daß bei den, zur Einäscherung bestimmten Leichen je nach Wunsch der Angehörigen die Trauerfeier im Trauerhause oder auf dem Friedhof oder auch im Krematorium selbst, unter Mitwirkung eines Gemeinderabbiners stattfinden kann (!). Der Anteil der Juden an den Einäscherungen war als stark zu bezeichnen. Ein Wunsch, dessen ausnahmslose Erfüllung der Gemeindeverwaltung und der Beerdigungsbrüderschaft sehr am Herzen lag, war, daß aus Gründen der Pietät und aus den Gefühlen der Zusammengehörigkeit die Aschereste Verstorbener – an Stelle der dauernden Aufbewahrung in der Urnenhalle des Krematoriums – auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt werden sollten.

Ein weiteres Zugeständnis an die Neuzeit war die Anschaffung einer Pflanzendekoration, die wenn es gewünscht wurde, bei Beerdigungen in der Friedhofshalle Aufstellung fand.[271.)]

Zum Andenken an die jüdischen Gefallenen des I. Weltkrieges 1914 - 1918 wurde auf dem neuen Friedhof im Jahre 1916 ein Denkmal errichtet.

Ehrung der jüdischen Gefallenen 1914 - 1918

Außer der natürlichen, aber darum nicht immer eingehaltenen Verpflichtung, den Opfern des Krieges und ihren Angehörigen einen entsprechenden Unterhalt zu bieten, bestand der aus dem Innern kommende Wunsch, der Trauer um die Gefallenen sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Es ist ein selbstverständliches Verlangen der Angehörigen, irgendeine Stelle zu wissen, an welche sich im besonderen die Erinnerung an den teuren Toten knüpft. Der engste Kreis ist die Familie. Als nächstgrößter Zusammenschluß wären die öffentlichen Anstalten und Institutionen zu nennen.

Eine bessere Möglichkeit Gedenkstätten zu schaffen hat die Religionsgemeinde. Sie tut es auf eigenem Gebiet, also im Gotteshaus oder auf dem Friedhof oder an beiden Stellen.

An dieser Stelle interessiert am meisten die Ehrung der jüdischen Gemeinden, und zwar im besonderen in den Großgemeinden Sachsens. In Chemnitz befand sich in der großen Synagoge am Kassberg eine Gedenktafel in künstlerischer Gestaltung, die an die Gefallenen erinnerte.

Das Dresdner Ehrenmal wurde am 28. Mai 1916 in Gegenwart von Zivil- und Militärbehörden eingeweiht. Besonders ist Kommerzienrat Max Elb zu nennen, der sich für die Errichtung des Gedenkmales und in der Hauptsache für die Durchführung des Projektes sorgte. [272.)]



Der neue Judenfriedhof vor der Zerstörung





Neuer jüdischer Friedhof in Dresden
Oben: Gedenkmonument an die gefallenen jüdischen Soldaten im Krieg 1914 – 1918
Unten:Stiftungstafel

Die Weihe des Ehrenmales an die jüdischen Gefallenen im Kriege 1914 - 1918

Am 28. Mai 1916 wurde auf dem Israelitischen Friedhof in Dresden-Johannstadt ein Kriegerdenkmal zum Gedächtnis der Gefallenen und der im Dienst des Vaterlandes Gestorbenen geweiht. Die Totenhalle war bis auf den letzten Platz schon lange vor Beginn gefüllt. Unter den Anwesenden waren die Spitzen der Militär- und Stadtbehörden vertreten, eine Abordnung des Schützen-, Gardereiter- und des Husarenregimentes sowie andere Militärabordnungen. Rabbiner Dr. Winter hielt die tief ergreifende Weiherede, umrahmt von Chorgesang, und er sprach zum Schluß an dem enthüllten Denkmal das Seelengebet für die Verstorbenen. Daraufhin ergriff ein Mitglied des Gemeindevorstandes das Wort und legte namens der Gemeinde einen Lorbeerkranz mit Schleife und Widmung nieder. Daran schloß sich ein Rundgang mit Besichtigung des Denkmales, daß ungeteilten Beifall fand. Es ist aus hartem Sandstein, mit strengen architektonischen Formen. Die auf Sockeln stehenden Granittafeln tragen auf der Hauptseite die gleichzeitig als Ornament wirkende Inschrift, während die drei anderen die Namen der Gefallenen aufweisen. Mit dem Entwurf und der Bauleitung war Architekt Wilhelm Haller aus Leipzig beauftragt, die Ausführung war der Firma Hermann Stein in Dresden übertragen worden. Das Denkmal ist von gärtnerischen Anlagen umgeben, gewährt aber gerade durch seine Schlichtheit Erhebung und wirkt fesselnd auf den Beschauer.

Die Ausführung wurde durch die Großzügigkeit des Herrn Kommerzienrat Elb in Dresden, der die Mittel in uneigennützigster Weise zur Verfügung stellte, ermöglicht.[273.)]

Rede gehalten zur Weihe des Denkmales für die im Weltkriege 1914 - 1918 im Dienste des Vaterlandes verstorbenen Angehörigen der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden am Sonntag, den 28. Mai 1916 in der Halle des Israelitischen Friedhofes von Rabbiner Professor Dr. Jakob Winter :

„Haus der Ewigkeit" nennt die heilige Sprache die Stätte der Gräber. Und in der Vorhalle zur Stätte der Gräber, wo wir unseren Verstorbenen den letzten Gruss zum Gang in das Haus der Ewigkeit entbieten, haben wir uns zusammengefunden, um ein Denkmal zu weihen.

Was bedeutet dieses Mal ?

Der fromme König Josijahu war am Werke, den von gottlosen Königen vor ihm durch Götzendienst entweihten Tempel zu reinigen und des Volkes Herz zu läutern. Sein Blick ging über eine Grabstätte hin, und er sah ein aufragendes Mal. Palmen grünten und schatteten zu dessen Seite. Da fragte er: „Was bedeutet dieses Mal ?"

Und die Leute der Stadt sprachen zu ihm: „Es ist das Mal eines Gottesmannes, der in den Tagen Jerobeams aus Juda nach Bet-El gekommen war und vorher verkündet hatte alle Dinge, die Du jetzt getan auf dem Altar, das Werk der Reinigung und der Läuterung und des Sieges der Gottessache."

Die Rede der Leute der Stadt eine Deutung. Eine Deutung zum Heil.

Hochgeehrte Versammlung !

Sieg und Frieden, wie wir ihn erhoffen und erflehen und mit Zuversicht erwarten dürfen, steht bei Gott, wie der Ausgang jeglicher menschlicher Unternehmung, des Einzelnen und auch der Völker. Dass aber die Gottessache in uns siege, das steht bei uns. Das Denkmal draussen mahne uns jeden, ein Josijahu zu sein im Eifer der Selbstläuterung, damit das Götzentum in seiner Vielgestalt, – Menschenanbetung und Menschenhass, bei viel Barmherzigkeit und Wohltun rücksichtsloser Eigennutz und erbarmungslose Gewinnsucht – endlich aus unserem Lande schwinde, damit die Tempel und die Altäre, die Seelen und die Herzen geläutert und geweiht werden und bleiben. Dann hat der menschenmordende Krieg Menschentum belebt, Gottessinn entfacht und bei allem Weh, dass er bereitet, Heil geschafft. Er hat das Werk vollbracht, dazu er ist ausgesandt, hat sich erwiesen als der eiserne Schmelztiegel der Läuterung. Dann grünen und schatten Palmen zur Seite des Males, Zeichen heiligen Sieges und heiligen Friedens.

Man errichtet für die Frommen nicht Denkmale, ihre Taten sind ihr Gedächtnis. Aber das Volke hatte, wie auf prophetische Mahnung, auch in seinem Herzen Male aufgestellt und richtete das Augenmerk auf die Bahn, auf den Weg, den es gegangen, und erkannte die Ursache seiner Schwäche und besiegte sie, besiegte sich selbst, die Sucht zu Eigenbrödlertum, und der Siegespreis war Einigkeit und die Frucht der Einigkeit Kraft, und die Kraft schmiedete nach glorreichem Sieg über den begehrlichen Schürer der Uneinigkeit die in alle Ewigkeit unzerstärbare Einheit. Da konnte man deutschem Lande zurufen:
„Es segne Dich der Ewige, Du Aue der Gerechtigkeit, Du Berg der Heiligkeit."

Und jetzt, wo die Grundfesten des Erdballes erschüttert scheinen, steht unser Volk da, stark und machtvoll, und hält eine Welt von Feinden in Schranken. Die Geschichte ist eine Lehrmeisterin. Unsere deutsche Geschichte ist uns in besonderem Sinne Lehrmeisterin. Darum soll dieses Denkmal, wie jedes, das in deutschen Landen den im Weltkriege gefallenen Heldensöhnen errichtet wird, ein Wegweiser sein in die Zukunft, ein Mahnzeichen zur Ewigkeit und zur Einigkeit, die stark macht.

Aber nicht das Geschick des Handvoll Israel innerhalb des grossen Vaterlandes – das Geschick des Vaterlandes selbst bewegt in dieser ernsten schweren Zeit, und also auch bei dieser Feier, die ja eine vaterländische ist, unser Herz.

Angesichts der Tausende junger Menschenleben, die in den Staub sanken, angesichts der erschütternden Trauer, die in so viele friedsame Familienhäuser eingezogen, angesichts der Vernichtung so zahlreicher und wertvoller wirtschaftlicher Güter, angesichts der Hemmungen, die dem Leben in Wissenschaft und Kunst bereitet sind, angesichts des Druckes, der heute auch auf der stärksten, mutigsten und zuversichtlichsten Seele lastet, hat es etwas Befreiendes und Erlösendes, sich gerade von einem Jeremis, der grösseres Leid sah, als wir sehen, der in der schwersten Leidenszeit seines Volkes aufforderte, Male und Merkzeichen aufzustellen, um die Hoffnung auf Erlösung aufrecht zu halten und das Herz auf Gott lenken zu lassen.

Das Denkmal, das sich unserem Auge bald enthüllen wird, erhebt sich an der Grenze unseres Friedhofes zwischen der Gräberstätte und der Stadt des werktätigen Lebens. Es weist auf das Haus der Ewigkeit und auf das Heim in der Zeit. Ewigkeitsgedanken sollen uns leiten bei allem Walten in Heim und im Leben. Und all' unserem Walten im Heim und im Leben entsprieße Frucht für die Ewigkeit.

Amen.[274.)]

*

Die Projektierung eines weiteren Friedhofes nach 1920

Im Jahre 1920 stellte die Gemeindeverwaltung fest, daß auf dem Friedhof an der Trinitatisstraße nur noch 680 Quadratmeter, also nur noch Raum für etwa 260 Beerdigungen zur Verfügung stand. Der Gemeindevorstand wurde beim Rat zu Dresden vorstellig. Die Verhandlungen mit dem Rat der Stadt Dresden endeten damit, daß der Israelitischen Religionsgemeinde eine rund 690 Quadratmeter große Fläche - zehn Meter Tiefe - aus der an den Friedhof angrenzenden Stadtgärtnerei käuflich überlassen wurde. Wenngleich die Israelitische Religionsgemeinde durch diesen Kauf von der großen Sorge um die Bestattung ihrer Toten für einige Jahre befreit war, so mußte sie doch den Plan der Errichtung eines neuen - dritten - Friedhofes weiter verfolgen.

Entscheidung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichtes vom 12. Oktober 1920:

> *„Kraft ihres Eigentumsrechtes ist die Gemeinde nicht nur berechtigt, das gesamte Begräbniswesen selbst zu übernehmen, die Leichenbestattung unter Ausschluß jedes anderen Unternehmers selbst zu besorgen und eine Benutzung des Begräbnisplatzes im einzelnen regelnde Begräbnisordnung zu erlassen, sondern auch befugt, über Art und Weise der Leichenbestattung Bestimmungen zu treffen, durch die das Betreten ihres Eigentums jedem untersagt wird, der ein Gewerbe darauf ausüben will."*

Die Stadtgemeinde Dresden hatte vom Stadtfiskus in der zum Staatsforstrevier Klotzsche gehörenden „Jungen Heide" eine große Fläche zur Anlage eines Waldfriedhofes käuflich erworben. Die Israelitische Religionsgemeinde trat am 11. Juli 1927 an die Stadtgemeinde Dresden mit der Bitte heran, bei der Anlage eines Waldfriedhofes Vorkehrungen zu treffen, damit der Gemeinde daraus ein größeres Areal zugewiesen werden konnte. In dieser Abteilung würden dann die Leichen der Angehörigen der Israelitischen Religionsgemeinde abgesondert von denen anderer religiöser Bekenntnisse, bestattet werden. In dieser jüdischen Abteilung würde dann auch eine besondere Halle erbaut werden müssen.

In diesen Verhandlungen mit dem Rat zu Dresden wurde darauf hingewiesen, daß nach jüdischem Brauch eine Säkularisation des (alten und neuen) Friedhofes nicht stattfinden darf und daß es nach dem jüdischen Religionsgesetz verboten ist, Gräber mehrmals zu belegen.

Der Rat der Stadt Dresden hatte darauf durch Stadtrat Kirchhof erklären lassen, daß grundsätzlich Bereitwilligkeit bestehe, bei der Schaffung des Gemeindefriedhofes in der „Jungen Heide" den besonderen Bedürfnissen der Israelitischen Gemeinde Rechnung zu tragen.[275.)]

Der Gemeinderat der Israelitischen Religionsgemeinde beriet im Mai 1928 im zweiten Hauptpunkt der Tagesordnung über die Einrichtung der jüdischen Abteilung auf dem Gelände „Junge Heide". Rechtsanwalt Salinger machte Mitteilung über die Verhandlungen, die von ihm in dieser Sache mit Stadtrat Kirchhof und dem Gemeindedirektor Pleomacher mit Stadtbaurat Wolf gepflogen wurden. Das Ergebnis bestehe darin, daß der Rat zu Dresden auf dem Gelände des Waldfriedhofes ein Areal in der Größe des (Blasewitzer) Friedhofes, der höchstens noch 10 Jahre benutzt werden könne, kostenlos zur Verfügung stelle. Gleichfalls kostenlos wollte der Rat in der interkonfessionell zu gestaltenden Friedhofshalle die dem jüdischen Ritus entsprechenden Totenkammern Leichenwaschungsräume einbauen. Bei Ablehnung dieses Vorschlages müßte die Gemeinde eine eigene Halle errichten. Salinger empfahl die Zustimmung zu diesem entgegenkommenden Anerbieten der Stadt Dresden, die ferner die Umfriedung der mit besonderem Eingang versehenen jüdischen Friedhofsabteilung, die Bezahlung des dort benötigten Personales und die Errichtung der Gärtnerwohnungen übernimmt.

Nach kurzer Debatte beschloß der Gemeinderat einstimmig, das Anerbieten der Stadt Dresden unter der Voraussetzung, daß der Gemeinde gemäß einem Vorschlag von Rechtsanwalt Dr. Hirsch der spätere Bau einer eigenen Halle überlassen bleibe, anzunehmen.[276.)]

Das Projekt „Judenfriedhof Grüne Heide" wurde nicht realisiert. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten und der darauffolgenden „Endlösung der Judenfrage" wurde kein jüdischer Friedhof mehr benötigt.

*

Adreßbuch der Landeshauptstadt Dresden 1940:
Über die Israelitische Religionsgemeinde kein Eintrag.

Israelitische Friedhöfe

a.) Alter Friedhof, Pulsnitzer Straße 12.
b.) Neuer Israelitischer Friedhof, Fiedler Straße 3.

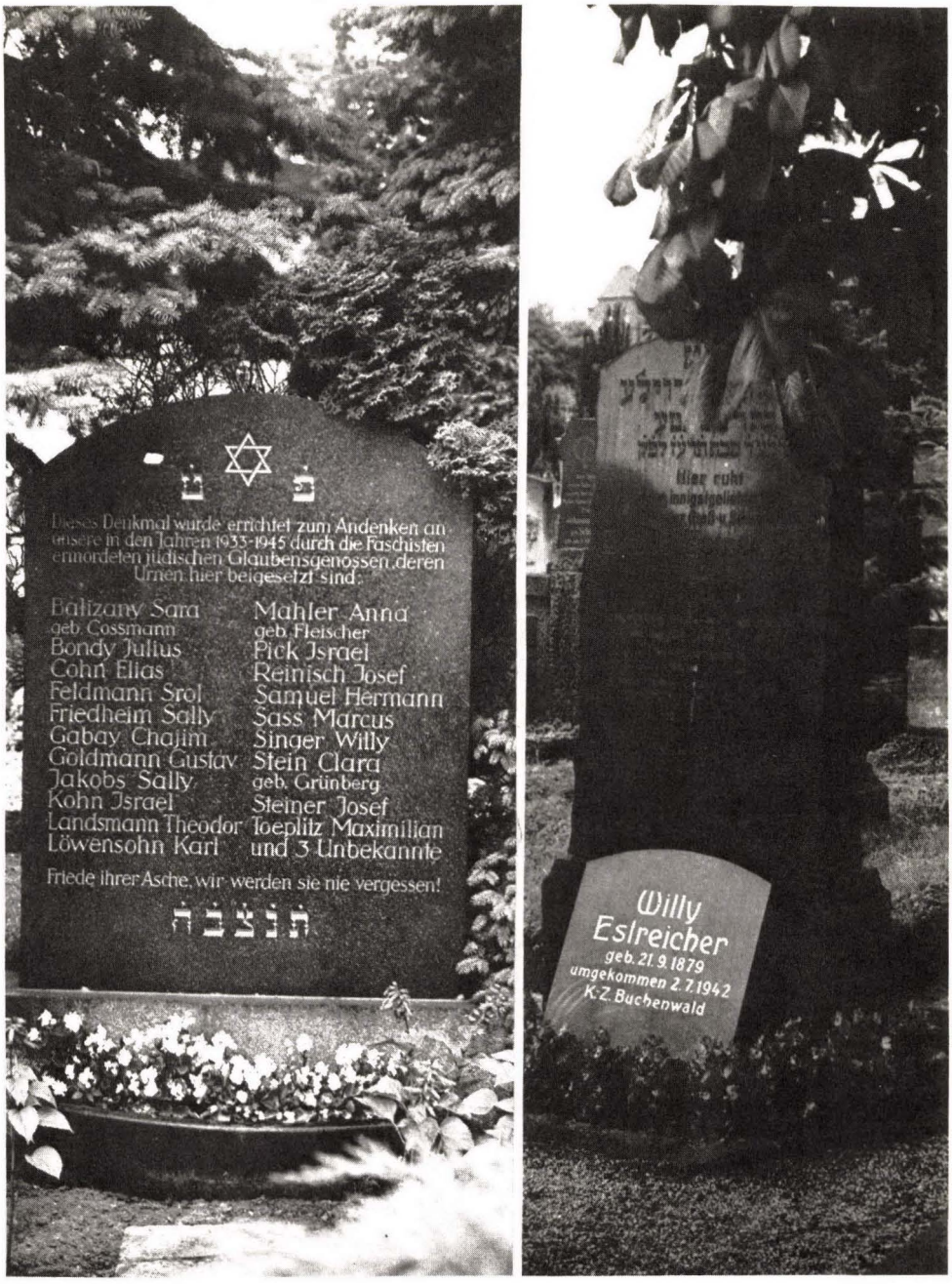
Im Februar 1945 wurden die Judenfriedhöfe Dresdens bei den Luftangriffen schwer beschädigt.

*





Oben: **Neuer jüdischer Friedhof in Dresden**
Ansicht vom Friedhof
Unten: **Gedenktafel für die zerstörte Friedshofhalle**



Neuer jüdischer Friedhof in Dresden
Mahntafel für die Opfer des Faschismus



Grabsteininschrift:

Um der Verschickung in das KZ durch das Naziregime zu entgehen wählte unsere Schwester Wanda Kohn am 19. Januar 1942 den Freitod

Ein Grab von vielen derartigen

Die Judenfriedhöfe nach 1945

Über tausend Grabsteine des neuen Friedhofes waren während des Zweiten Weltkrieges durch Vandalismus oder die Auswirkungen der Luftangriffe umgeworfen und weggeschleudert worden. Der (christliche) Friedhofsmeister, ein freundlicher Mann namens Herbert Acker, der seinem Beruf mit offensichtlicher Liebe nachgeht, setzte die Grabsteine in jahrelanger mühevoller Arbeit, soweit wie möglich auf die Gräber zurück. Eine große Anzahl Grabsteine wurden an der Friedhofsmauer aufgestellt, da die ursprünglichen Gräber nicht mehr auffindbar waren. Mit „eineinhalb Helfern" hält der Friedhofsgärtner die Anlage in Ordnung, pflanzt Bäume und Sträucher und rodet das Unkraut aus.[277.)]

Auf dem alten Judenfriedhof befinden sich 1970 rund 4.000 Grabstellen, auf dem neuen Friedhof sind noch rund 1.200 Gräber vorhanden, die in eine alte und eine neue Abteilung, außerdem noch in links und rechts unterteilt sind.

Hier befinden sich die Gräber bekannter Dresdner Juden: Die Rabbiner Dr. Wolf Landau, Prof. Jakob Winter, Dr. Leopold Stein. Von den prominenten Dresdner Juden sind noch Gräber vorhanden von Bankier Georg Arnhold und Dr. Heinrich Arnhold, Richard Mattersdorff,die Familiengrabstätte Bondi in der u.a. der Kommerzienrat Joseph und der Geheime Justizrat Julius Bondi ruhen. Zu erwähnen ist auch noch Gustav Klemperer, Edler von Klemenau und Professor Dr. Julius Wahle, der Direktor des Goethe- und Schiller-Archives in Weimar war.

Am Ehrenmal sind am Tage der Weihe der neuen Synagoge, dem 18. 6. 1950, – 3. Tammus 5710 – 22 Urnen von in Konzentrationslagern und Arbeitslagern umgekommenen Juden beigesetzt worden.[278.)]

Und ebenso wie auf dem Friedhof in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) ist die Erinnerung an die Nationalsozialistischen Mordtaten in Dresden in Stein gemeisselt:

Olga Klinger, geb. Riess mit Max und Rolf 1942 vergast in Polen

Oder erschütternd lakonisch:

Gestorben in Auschwitz

*

Die Dresdner Judenfriedhöfe werden in vorbildlicher Weise gepflegt. Der Verband der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik mit Sitz in Dresden, betreut die Jüdischen Friedhöfe in der DDR – insgesamt 125 – mit den zuständigen Gemeinden mit Mitteln, die die Regierung der DDR dafür alljährlich zur Verfügung stellt. So werden die letzten Ruhestätten der Juden pietätvoll in Ordnung gehalten.[279.)]

IHRE SEELEN SOLLEN RUHEN IM BÜNDEL DES LEBENS

*

IX. Die Bevölkerungsentwicklung.

a) Die Verteilung der Juden in Sachsen.

Die Seelenzahl der acht Bezirksgemeinden des Sächs. Israelitischen Gemeindeverbandes.

Kreishauptmannschaft Chemnitz

Stadt bzw. Amtshauptmannschaft		1925 jüd.Bev.	1925 Quote	1933 jüd.Bev.	1933 Quote	Abnahme bei der jüd. Bev. absolut	Abnahme bei der jüd. Bev. in %
Stadt	Chemnitz	2.796	0,84	2.387	0,68	409	14,63
"	Glauchau	20	0,07	30	0,10	10	Zunahme
"	Meerane	17	0,07	27	0,11	10	Zunahme
Amtsh.	Annaberg	70	0,06	51	0,04	19	27,14
"	Chemnitz	86	0,06	78	0,05	8	9,30
"	Flöha	47	0,05	34	0,03	13	27,66
"	Glauchau	21	0,02	19	0,02	2	9,52
"	Marienberg	15	0,02	7	0,01	8	53,33
"	Stollberg	24	0,03	21	0,02	3	12,50
Kreish.	**Chemnitz**	3.096	0,32	2.654	0,26	442	14,28

Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen

Stadt	Bautzen	100	0,25	73	0,17	27	27,00
"	Dresden	5.120	0,83	4.397	0,68	723	14,12
"	Freiberg	66	0,19	54	0,15	12	18,18
"	Freital	17	0,05	18	0,05	1	Zunahme
"	Meißen	60	0,14	40	0,09	20	33,33
"	Pirna	22	0,07	23	0,07	1	Zunahme
"	Riesa	14	0,06	12	0,05	2	14,32
"	Zittau	124	0,32	103	0,26	21	16,94
Amtsh.	Bautzen	21	0,02	22	0,02	1	Zunahme
"	Dippoldiswalde	12	0,02	14	0,02	2	Zunahme
"	Dresden	124	0,08	68	0,04	56	45,16
"	Freiberg	1	—	1	—	—	—
"	Großenhain	6	0,01	14	0,02	8	Zunahme
"	Kamenz	6	0,01	9	0,01	3	Zunahme
"	Löbau	55	0,05	39	0,04	16	29,10
"	Meißen	7	0,01	6	0,01	1	14,29
"	Pirna	42	0,03	28	0,02	14	33,33
"	Zittau	10	0,01	17	0,02	7	Zunahme
Kreish.	**Dresden-Bautzen**	5.807	0,31	4.938	0,26	869	14,97

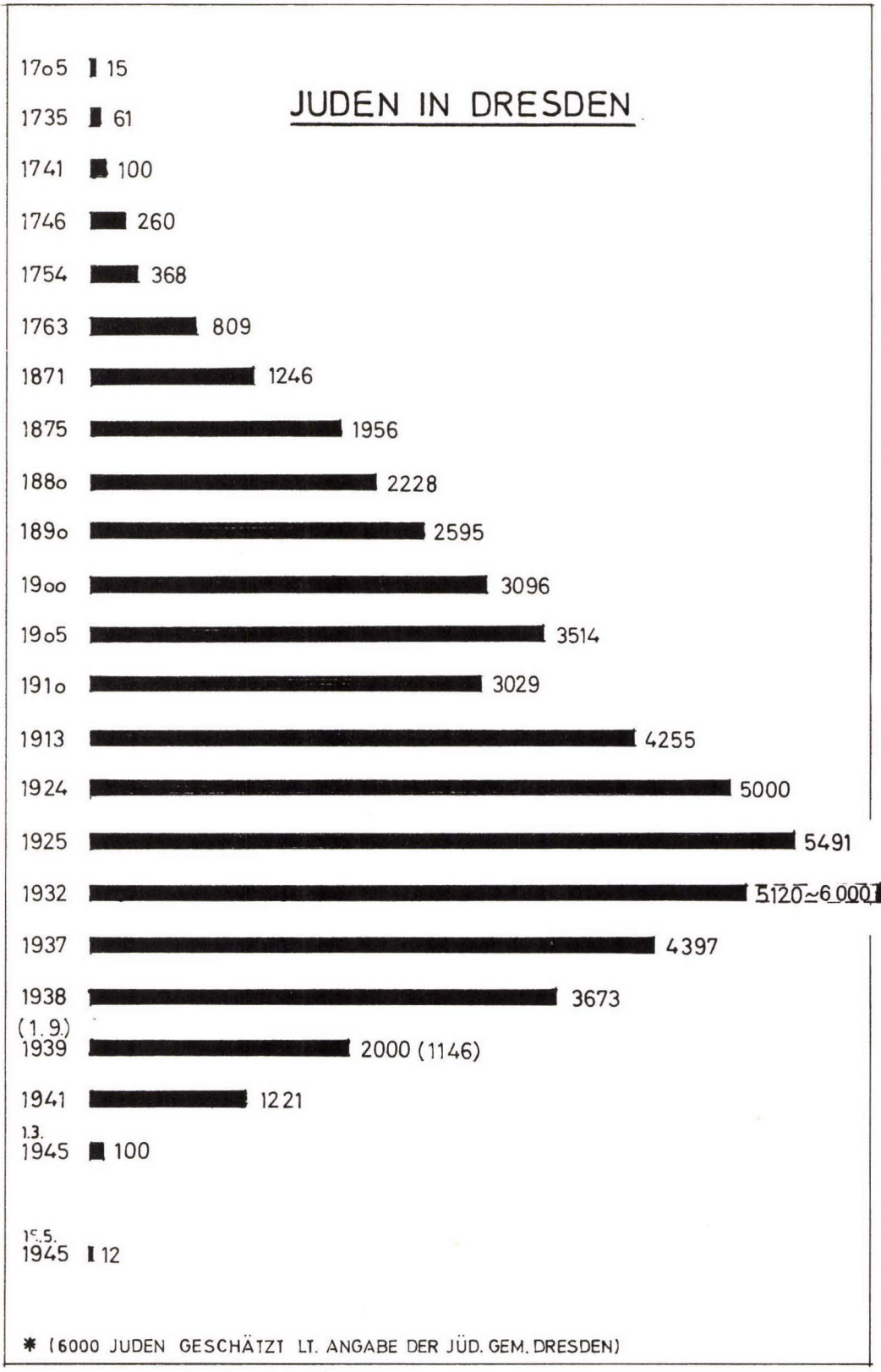
Kreishauptmannschaft Leipzig

Stadt bzw. Amtshauptmannschaft		1925 Jüd.Bev.	Quote	1933 jüd.Bev.	Quote	Abnahme bei der jüd. Bev. absolut	in %
Stadt	Döbeln	31	0,14	29	0,12	2	6,45
"	Leipzig	12.594	1,86	11.564	1,62	1030	8,18
"	Mittweida	68	0,35	24	0,18	44	64,71
"	Wurzen	15	0,08	9	0,05	6	40,00
Amtsh.	Borna	66	0,07	26	0,03	40	60,61
"	Döbeln	53	0,05	37	0,04	16	30,19
"	Grimma	69	0,07	50	0,05	19	27,54
"	Leipzig	111	0,10	103	0,08	8	7,21
"	Oschatz	23	0,04	27	0,04	4	Zunahme
"	Rochlitz	17	0,02	11	0,01	6	35,29
Kreish.	**Leipzig**	13.047	1,00	11.880	0,87	1167	8,94

Kreishauptmannschaft Zwickau

Stadt	Aue	29	0,14	18	21,32	11	37,94
"	Crimmitschau	8	0,03	9	0,03	1	Zunahme
"	Plauen	623	0,56	519	0,46	104	16,69
"	Reichenbach	30	0,10	19	0,06	11	36,67
"	Werdau	6	0,03	4	0,02	2	33,33
"	Zwickau	362	0,45	353	0,42	9	2,49
Amtsh.	Auerbach	133	0,11	105	0,08	28	21,05
"	Oelsnitz	45	0,06	26	0,04	19	42,23
"	Plauen	5	0,01	2	–	3	60,00
"	Schwarzenberg	47	0,04	43	0,03	4	8,51
"	Zwickau*)	14	0,01	14	0,01	–	–
Kreish.	**Zwickau**	1.302	0,15	1.112	0,13	190	14,59 [280.)]

*) mit der früheren Amtshauptmannschaft Werdau.


JUDEN IN DRESDEN
1705 15
1735 61
1741 100
1746 260
1754 368
1763 809
1871 1246
1875 1956
1880 2228
1890 2595
1900 3096
1905 3514
1910 3029
1913 4255
1924 5000
1925 5491
1932 5120~6.000*
1937 4397
1938 3673
(1.9.)
1939 2000 (1146)
1941 1221
1.3.
1945 100
15.5.
1945 12
* (6000 JUDEN GESCHÄTZT LT. ANGABE DER JÜD. GEM. DRESDEN)

b. Anzahl der Juden in Dresden zwischen 1704 - 1970

Jahr:	Anzahl:	Literaturnachweis:
1704 -	3	Lehmann, Emil, Ges. Schriften. Berlin 1899. S. 121
1705 -	15	Ebenda.
1723 -	44	Ebenda.
1735 -	61	Költzsch, Fritz, Kursachsen und die Juden i. d. Zeit Brühls.
1741 -	100	Ebenda. Engelsdorf-Leipzig. 1928. S. 278.
1746 -	260	Ebenda.
1754 -	386	Ebenda. Große Zählung durch den Rat.
1763 -	809	Ebenda.
1781 -	891	Dresdner gelehrte Anzeigen. Dresden 1781. Sp. 505 - 508.
1800 -	1031	Allg. Jüd. Familienblatt. Jg. 12. Nr. 14/15. 20. 4. 1931. S. 5.

Unter der französischen Besatzung litt die Dresdner Bevölkerung, ebenso aber der jüdische Bevölkerungsanteil, sodaß die jüdische Seelenzahl um 500 sank.

1815 -	500	Allg. Jüd. Familienblatt. Jg. 12. Nr. 14/15.20.4.1931.S.5.
1832 -	712	Ruppin, Arthur, Zeitschrift für Demographie u. Statistik
1834 -	682	Ebenda. der Juden. Berlin 1908. IV. Jg. S. 142.
1837 -	647	Ebenda.
1840 -	644	Ebenda.
1843 -	626	Ebenda.
1846 -	660	Ebenda.
1849 -	672	Ebenda.
1855 -	700	Ebenda.
1858 -	679	Ebenda.
1861 -	719	Ebenda.
1864 -	859	Ebenda.
1867 -	870	Ebenda.
1871 -	1246	Ebenda.
1875 -	1956	Ebenda.
1880 -	2228	Ebenda.
1885 -	2315	Ebenda.
1890 -	2595	Ebenda.
1895 -	2558	Ebenda.
1900 -	3096	Ebenda.
1905 -	3514	Ebenda.
1910 -	3029	Handbuch der Jüd. Gemeindeverwaltung ff. 1911. S. 93.
1913 -	4255	Ebenda. 1913. S. 139.
1924 -	5000	Ebenda. 1924. S. 116.
1925 -	5120	Jüd. Liberale Zeitung. Jg. 8. Nr. 23. 8. 6. 1928.
1928 -	5491	Führer durch die Jüd. Gemeindeverwaltung ff. 1928. S. 144.
1932 -	5120	Ebenda. 1932/33. S. 329.
1933 -	4675	Gemeindeblatt d. Isr. Rel.-Gem. zu Leipzig. Jg. 11. Nr. 21. S. 35.

Jahr	Anzahl	Quellennachweis
1934	4397	Zander, F.H. Die Verbreitung d. Juden i. d. Welt. Berlin 1937.
1936	?	Auswanderungen und Flucht.
1937	?	Auswanderungen und Flucht.
1938	3000	Geschätzt. Nach dem Abtransport von 724 Juden n. Polen.
1939	2000	Adler-Rudel, Salomon. Ostjuden i. Dtschld. 1880 - 1940. Tübingen 1959. S. 164 ff.
1. 9.1939	1146	Lt. Liste der Gestapo. (Archiv d. Jüd. Gem. Dresden.)
1940	?	
31. 5.1941	1221	Dokumente z. Gesch. d. Frankfurter Juden 1933 - 1945. S.467.
31.12.1942	200	Geschätzt nach der Deportation in die Todeslager.
3. 3.1943	100	Geschätzt (nach dem Transport nach Auschwitz.)
13. 2.1945	100	Sächsische Zeitung Nr. 111. 10. Mai 1961.
3.1945	60	Ebenda.
15. 5.1945	12	Ebenda.
31.12.1945	50	Geschätzt von Heinz Meyer.
1950	?	Keine Angaben erhältlich.
1955	?	Ebenso.
31.12.1960	92	Lt. Schreiben d. Jüd. Gem. Dresden v. 10.3.1972.
31.12.1965	99	Ebenda.
31.12.1970	93	Ebenda.
31.12.1971	89	Todesanzeigen i.d. Nachrichtenbl.d.Jüd.Gem.i.d.DDR. 1970-1971.
31.12.1972	85	Ebenda. 1971-1972.

*

Zum Vergleich: **Juden in Leipzig nach 1945**

Jahr	Anzahl	Quellennachweis
1945	334	Lt. Schreiben der Isr. Religionsgemeinde zu Leipzig vom 22.2.1972.
1950	280	Ebenda.
1955	180	"
1960	146	"
1965	114	"
1970	94	"
1971	90	"

Zum Vergleich: **Juden in Chemnitz nach 1945. (Karl-Marx-Stadt)**

Jahr	Anzahl	Quellennachweis
1945	53	Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz
1968	20	Ebenda. -heute Karl-Marx-Stadt-. Ffm.1970. S.22

Zum Vergleich: **Juden in Zwickau nach 1945**

Jahr	Anzahl	Quellennachweis
1946	6	Diamant, Adolf. Zur Chronik der Juden in Zwickau.
1971	—	Ebenda. Frankfurt 1971. S. 43.

c. Die Anzahl der ausländischen Juden in Sachsen von 1880 - 1939

Ort	Jahr:	Jüdische Bevölkerung:	Davon ausländische Juden	v. H.
Sachsen	1880	6.516	1.000	15.3
Leipzig	1880	3.265	331	10.1
Dresden	1880	2.280	299	13.1
Sachsen	1890	9.368	2.800	29.9
Leipzig	1890	4.136	1.696	41.0
Dresden	1890	2.585	933	36.1
Sachsen	1900	12.416	5.637	45.5
Leipzig	1900	6.117	3.677	60.1
Dresden	1900	3.096	1.244	40.2
Sachsen	1910	17.578	10.378	59.0
Leipzig	1910	9.434	6.376	67.6
Dresden	1910	3.734	1.985	53.2
Sachsen	1925 +	23.000 +	15.000 +	65.2 +
Leipzig	1925 +	12.700 +	10.250 +	80.7 +
Dresden	1925 +	5.000 +	3.000 +	60.0 +
Sachsen	1933 +	20.584 +	13.716 +	66.6 +
Leipzig	1933 +	11.564 +	8.547 +	73.9 +
Dresden	1933 +	4.397 +	2.671 +	60.7 +
Sachsen	1939 ++	7.017 ++	4.000 ++	57.0 ++
Leipzig	1939 ++	5.000 ++	2.500 ++	50.0 ++
Dresden	1939 ++	2.000 ++	1.000 ++	50.0 ++

+) Die Zahlen für 1925, soweit sie nicht geschätzt sind, und für 1933 beruhen auf den Ergebnissen der amtlichen Volkszählung in den genannten Jahren.

++) Die Religionsgliederung der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Wirtschaft und Statistik. 21. Jg. Nr. 9. Berlin Mai 1941. 281.)

Die Bevölkerungsherkunft

Die in Dresden wohnenden Juden sind nach einer Erhebung vom Jahre 1938 aus der Provinz Sachsen, Sachsen, Thüringen, Anhalt und Brandenburg zugezogen. Hinter diesen Ländern rangierten Schlesien, Bayern und mit Abstand Hessen.

Die „ausländischen" Juden stellten folgendes Kontingent dar:
Polen (dominierend), Rußland, Litauen, Galizien, Lettland, Rumänien u. a. *)

*) Arlt, Fritz. Volksbiologische Untersuchungen über die Juden in Leipzig. Leipzig 1938.S.13 ff. (NS-Tendenz)

d. Judentaufen

Über die Zahl der bis 1940 zum katholischen und evangelischen Glauben übergetretenen Juden in SACHSEN liegen keinerlei genauere Angaben vor. Im Jahr 1936 veranstaltete das Evangelisch-lutherische Landeskirchenamt eine Umfrage bei den sächsischen Pfarrämtern über die Zahl der eingetragenen Judentaufen. Von knapp 1000 Kirchspielen meldeten 91 das Vorhandensein von solchen Einträgen. Noch nicht einmal 10% oder 7,5% der von 1200 Kirchgemeinden. Im ganzen sind seit dem Einsetzen der Kirchenbücher bis zum Jahr 1936 in SACHSEN 650 Juden als getauft eingetragen worden.

Noch in der Vergangenheit oder gegenwärtig ist niemand in der Lage, genaue Zahlen zu ermitteln. Zwei Erwägungen stehen hierbei im Vordergrund.

Erstens sind nicht mehr alle jeweils geführten Kirchenbücher vorhanden. Die Frage nach der Anzahl der in ihnen verzeichneten Judentaufen muß deshalb für immer unbeantwortet bleiben. Ein Blick auf die nachfolgende Gesamtzahl für das 16., 17. und 18. Jahrhundert zeigt aber, daß sie verschwindend gering gewesen sein wird. Eine gegenteilige Auffassung kann der Geschichtsforscher auch aus anderen Gründen nicht vertreten.

Die zweite Erwägung hat zu beachten, daß zur genauen Feststellung der Zahl auch ein lückenloses Studium der Kirchenbücher gehört. Zum Durchlesen der weit über 10000 dickleibigen älteren Kirchenbücher haben sich in SACHSEN – und kaum auch anderswo – nicht die erforderlichen Kräfte gefunden.

Die nachstehend angegebenen Zahlen stammen aus dem Sächsischen evangelischen Kirchenblatt und sind keinesfalls zutreffend.

Bis zum Jahre 1800 sind in SACHSEN 68 Judentaufen vorgenommen worden. Von dem Jahre 1801 - 1900 sind 332 (Dresden geschätzt ca. 180) und in den Jahren 1901 - 1936 sind insgesamt 230 Juden getauft worden. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß bis zur Emanzipation nur ein geringer Prozentsatz der Juden das Bedürfnis zu einem Glaubenswechsel gehabt hat, daß aber dann sogleich das Bestreben lebhafter wurde.

An der Spitze der Judentaufen steht Leipzig. Mehr als 300 Juden haben dort dem mosaischen Glauben abgesagt.
In weitem Abstand erst folgt Dresden. Rund 180 bis zum Jahre 1900 und seit 1901 - 1936 103. Die letzteren finden sich ausschließlich in den Vorstädten, während die ersteren in der Innenstadt wohnhaft waren.

An dritter Stelle steht Zittau mit insgesamt 27 Judentaufen. Die 5 Kirchengemeinden Chemnitz hatten nur 14 Judentaufen vorgenommen, in den übrigen 59 sächsischen Kirchengemeinden bleibt die Zahl unter 10. Und zwar liegt das Schwergewicht auch hier in der Neuzeit, denn nur 10 Gemeinden mit 15 Taufen gehören vor das Jahr 1800. 28 Gemeinden, von denen nur eine zu den oben genannten 10 gehört, mit 46 Taufen fallen in das 19. Jahrhundert und 41 Judentaufen sind - außerhalb Leipzig, Dresden, Zittau, Chemnitz und Dölzig - in den Jahren 1901 bis 1936 erfolgt. [282.)]

In den Jahren 1896 bis 1900 sind jährlich in Deutschland ca. 480 Juden, 1904 sind 497 Juden zum Christentum übergetreten. Von 1886 bis 1906 traten in Dresden jährlich 10 Juden zum Christentum über. Das sind auf je 10.000 Juden 33 Austritte.[283.)]

Auskunft über Judentaufen gibt die Dresdner Chronik von Klemm aus dem Jahre 1837:[284.)]

14. Januar	*1561*	*Judentaufe*	*in der*	*Kreuzkirche*
	1700	*"*	*"*	*" ein Jude*
20. Juni	*1719*	*"*	*"*	*" von Weiler*
24. Oktober	*1747*	*"*	*"*	*" eine Jüdin*
9. November	*1747*	*"*	*"*	*" eine Jüdin*
19. Januar	*1750*	*"*	*"*	*Frauenkirche, 1 Knabe*
26. September	*1754*	*"*	*"*	*Neustädter Kirche*
4.März	*1755*	*"*	*"*	*Neustädter Kirche eine Jüdin u. Tochter*
8. Januar	*1765*	*"*	*"*	*Frauenkirche 1 Mädchen*
	1767	*"*	*"*	*drei Juden*
20. Mai	*1769*	*"*	*"*	*Frauenkirche, 1 Jüdin*
10. Dezember	*1771*	*"*	*"*	*Annenkirche 1 Jüdin*
12. März	*1776*	*"*	*"*	*Frauenkirche 1 Jüdin*
23. Juli	*1776*	*"*	*"*	*Frauenkirche 1 Jüdin*
17. Juni	*1778*	*"*	*"*	*Frauenkirche 1 Jüdin*
18. März	*1779*	*"*	*"*	*Frauenkirche 1 Jude*
1. August	*1793*	*"*	*"*	*Kreuzkirche 1 Jude*

Zum Vergleich
Taufen in Leipzig:

1701 = 1 Jude
1703 = 3 Juden
1715 = 1 Jude
1718 = 5 Juden
1721 = 1 Jude
1724 = 1 Jude
1726 = 2 Juden
1730 = 1 Jude
1739 = 4 Juden
1743 = 1 Jude
1754 = 1 Jude
1764 = 1 Jude
1765 = 2 Juden
1768 = 1 Jude
1802 = 1 Jude
1803 = 1 Jude
1804 = 1 Jude
1805 = 2 Juden
1806 = 2 Juden
1807 = 2 Juden
1810 = 1 Jude
1812 = 12 Juden
1816 = 1 Jude
1819 = 5 Juden
1820 = 4 Juden)*

---

*) Hartenstein, Joh.G. Die Juden i.d.Geschichte Leipzigs. Berlin 1938.S.102,103

Erst ab 1886 kann man chronologisch wieder Austritte und Übertritte vom und zum Judentum in Dresden verfolgen:[285.)]

Jahr	Austritte	Übertritte zum Judentum
1886	*8*	–
1887	*6*	–
1888	*3*	*2*
1889	*9*	–
1890	*3*	*1*
1891	*10*	–
1892	*7*	–
1893	*3*	*2*
1894	*6*	–
1895	*22*	*1*
1896	*5*	–
1897	*9*	*1*
1898	*15*	–
1899	*12*	*1*
1900	*4*	*1*
1901	*8*	–
1902	*18*	–
1903	*17*	–
1904	*8*	*1*
1905	*12*	*2*
1906	*15*	*3*

Die nächsten Nachrichten über Aus- und Übertritte vom und zum Judentum erteilt das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden:

1933	*51*	*51*
1934	*22*	*22*
1935	*14*	*7*[286.)]

Die hier angegebenen Zahlen stellen nur einen fragmentarischen Ausschnitt dar. Exakte Angaben werden wohl kaum noch zu ermitteln sein, dazu wäre ein umfangreiches Studium von Kirchenbüchern, die z.T. **nicht** existieren, notwendig.

e. Die Geburten und Sterbefälle

Das absolute Ansteigen der jüdischen Minorität kann auf dreifachem Wege entstehen. Durch Übertritte, durch Zuwanderung und schließlich durch Geburtenüberschuß. Die Übertritte zum Judentum sind im allgemeinen gering. Die Austritte überwiegen meistens. Über die konfessionelle Wanderung der Dresdner Bevölkerung ist man zwar auch nicht gut informiert, weil eine derartige Statistik nicht geführt wird.

Man sieht einen ständigen Geburtenrückgang sich vollziehen. Im Jahre 1900 kamen auf 100 Juden 16,8, 1905: 15,6, 1910: 14,1 Geburten. Das Jahr 1915 bringt nur mit 19,9 pro Mille eine Zunahme. Dies stellt nur ein Ausnahmejahr dar. Die jüdische Bevölkerungsbilanz, die vor 1914 aktiv war, ist allmählich passiv geworden. Es sterben in Dresden mehr Juden als geboren werden. Eine hohe Geburtenzahl könnte als Regulierungsfaktor dienen, aber einer zunehmenden Mortalität steht eine fehlende Geburtenrate gegenüber.

Die jüdischen Ehen sind kinderarm, die Mischehen noch kinderärmer. Die folgende Rechnung erbringt den Beweis. In den Jahren 1920 – 1929 wurden in Dresden 879 jüdische Kinder geboren. In demselben Zeitraum wurden 363 jüdische Ehen eingegangen. Unter Berücksichtigung obiger Kinderzahl entfallen 1920 bis 1929 auf 100 Eheschließungen 242 ehelich geborene jüdische Kinder. Die Geburtenzahl muß noch geringer sein, wenn man erwägt, daß in ihr auch Geburten aus Ehen vor dem Jahre 1920 enthalten sind.

Jahr	Lebend-Geburten				Sterbefälle	
	aus jüd. Ehen	aus Mischehen Mann jüdisch Frau nichtjüd.	Frau jüdisch Mann nichtjüd.	zus.	Jüdisch	davon unter ein Jahr
1771	*17*				*29*	
1804	*4*				*36*	
1888	*444*				*33*	
1899	*65*	*7*	*4*	*11*	*36*	*6*
1900	*51*	*6*	*6*	*12*	*28*	*5*
1901	*51*	*7*	*3*	*10*	*33*	*4*
1902	*67*	*7*	*6*	*13*	*34*	*8*
1903	*50*	*9*	*5*	*14*	*46*	*7*
1904	*61*	*6*	*2*	*8*	*38*	*9*
1905	*56*	*10*	*4*	*14*	*45*	*4*
1906	*74*	*5*	*6*	*11*	*32*	*6*
1907	*62*	*6*	*7*	*13*	*33*	*7*
1908	*62*	*4*	*4*	*8*	*47*	*10*
1909	*84*	*6*	*2*	*8*	*51*	*12*
1910	*53*	*7*	*1*	*8*	*46*	*9*

Jahr	Lebend-Geburten				Sterbefälle	
	aus jüd. Ehen	aus Mischehen Mann jüdisch Frau nichtjüd.	Frau jüdisch Mann nichtjüd.	zus.	Jüdisch	davon unter ein Jahr
1911	*60*	*7*	*5*	*12*	*47*	*10*
1912	*58*	*12*	*4*	*16*	*47*	*10*
1913	*67*	*8*	*7*	*15*	*34*	*2*
1914	*66*	*5*	*2*	*7*	*53*	*4*
1915	*49*	*5*	*2*	*7*	*57*	*1*
1916	*36*	*7*	*1*	*8*	*53*	*2*
1917	*20*	*6*	*5*	*11*	*60*	*2*
1918	*32*	*6*	*1*	*7*	*50*	–
1919	*46*	*4*	*7*	*11*	*42*	*2*
1920	*108*	*9*	*1*	*10*	*58*	*8*
1921	*92*	*7*	*7*	*14*	*65*	*8*
1922	*106*	*11*	*6*	*17*	*54*	*3*
1923	*131*	*10*	*6*	*16*	*65*	*6*
1924	*99*	*6*	*8*	*14*	*76*	*6*
1925	*102*	*7*	*1*	*8*	*59*	*6*
1926	*77*	*5*	*5*	*10*	*53*	*6*
1927	*58*	*3*	*2*	*5*	*37*	*2*
1928	*57*	*4*	*2*	*6*	*62*	*2*
1929	*49*	*2*	*7*	*9*	*74*	*2*
1930	*55*	*7*	*2*	*9*	*62*	*4*
1933	*19*				*66*	
1934	*19*				*64*	
1935	*23*				*62*	287.)

f. Die Ehen und Mischehen

Aus den 199 Mischehen in der Zeit von 1920 - 1929 entsprossen 109 Kinder. Das bedeutet auf 100 Eheschließungen entfallen 0,53 Kinder oder auf zwei Mischehen kommt ein Kind. Sie sind also gleichsam zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Überhaupt bilden die Mischehen nach jüdischer Ansicht eine große Schädigung für das Judentum. Für eine jüdische Bevölkerung als solche, weil die Nachkommen überwiegend aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ausscheiden.

Jährlich wurden in Dresden durchschnittlich 20 jüdische Ehen geschlossen. Bei 5000 Juden ist diese Zahl außerordentlich gering. Über das Alter der Eheschließenden, Zahl der Ledigen, Verwitweten und Geschiedenen gibt es keine Unterlagen, sodaß man sich diesbezüglich kein Bild über die Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung Dresdens machen könnte.

Über die Mischehen läßt sich in dieser Hinsicht auch nur zahlenmäßig belegen, daß mehr als doppelt soviel jüdische Männer Christinnen heirateten, als christliche Männer Jüdinnen zur Frau nahmen. Dieser Zustand kann in anderen deutschen Städten, ja für Deutschland insgesamt festgestellt werden.

Jüdische Ehen und Mischehen 1805 - 1935

Jahr	Jüdische Ehen	Mischehen		
		Mann jüdisch Frau nichtjüd.	Frau jüdisch Mann nichtjüd.	zusammen
1805	*26*			
1888	*15*			
1899	*15*	*9*	*2*	*11*
1900	*9*	*2*	*1*	*3*
1901	*15*	*8*	*3*	*11*
1902	*14*	*4*	*–*	*4*
1903	*14*	*7*	*2*	*9*
1904	*15*	*5*	*1*	*6*
1905	*14*	*8*	*3*	*11*
1906	*14*	*7*	*5*	*12*
1907	*15*	*3*	*3*	*6*
1908	*20*	*6*	*–*	*6*
1909	*16*	*8*	*5*	*13*
1910	*10*	*10*	*3*	*13*
1911	*10*	*7*	*6*	*13*
1912	*17*	*9*	*1*	*10*
1913	*23*	*7*	*2*	*9*
1914	*8*	*9*	*5*	*14*
1915	*5*	*12*	*1*	*13*
1916	*10*	*6*	*2*	*8*
1917	*5*	*10*	*3*	*13*
1918	*15*	*7*	*1*	*8*
1919	*51*	*10*	*6*	*16*
1920	*57*	*18*	*7*	*25*
1921	*47*	*15*	*12*	*27*
1922	*48*	*15*	*4*	*19*
1923	*69*	*23*	*8*	*31*
1924	*40*	*12*	*1*	*13*
1925	*24*	*13*	*8*	*21*
1926	*27*	*14*	*5*	*19*
1927	*10*	*6*	*6*	*12*
1928	*21*	*16*	*4*	*20*
1929	*20*	*9*	*3*	*12*
1930	*26*			
1931	*8*			
1932	*8*			
1933	*16*			
1934	*12*			
1935	*20*			

Ab 15.9.1935 wurden laut Gesetz der Nationalsozialisten Mischehen verboten. [288.)]

X . Der soziale Stand

a) Handel und Berufe

In einer Eingabe vom 12. Dezember 1705 beschwerten sich sämtliche christlichen Krämer und Handelsleute über das Handelsgebahren der Juden in Dresden. Zu dieser Zeit lebten (1704) drei Juden aus Böhmen in der Stadt:

Joachim Zschie von Raudnitz,
Elias Nicolsburg von Prag und
Simon Nasse von Teplitz.

Die an den Dresdner Stadtrat gerichtete Beschwerde besagte:

> *„Sonst durfte kein Jude außerhalb Neu- und Altdresdner Jahrmärkte sich hier aufhalten. Jetzt laufen sie fast täglich auf allen Strassen und Gassen herum und treiben ihren Handel öffentlich und ohne Scheu. Werde nicht Änderung geschaffen, ziehen die Juden gleichsam das Mark des Landes an sich und lassen uns die Hülsen. Sie unterstehen sich, Jahr aus, Jahr ein sich hier aufzuhalten, ordentliche Logis gegen Entgelt und Entrichtung jährlichen Zinses zu mieten, sogar Gewölbe und Niederlagen einzurichten, sie handeln mit Waren und Juwelen, als ob sie angesehene Bürger wären.*
>
> *Johann Georg III. habe noch am 4. März 1683 die Aufnahme von Juden verboten. Gleichzeitig und gleichmässig wurden „sämmtliche Verwandte der Gold- und Silberarbeiter-Innung allhier" und „sämmtliche Viertelsmeister" vorstellig, weil Juden gute Groschen und Thaler auswechseln und Silber aufkaufen".*
>
> *Die Viertelsmeister fügten beschwerend hinzu:*
>
> *„... dass die Juden ihre eigenen Handwerksleute von ihrer Sekte bei sich haben und dass sie ihre Zusammenkünfte und Zeremonien halten."*

Der Rat der Stadt Dresden ließ nun eine „Spezifikation der anjetzt befindlichen Juden" am 23. Dezember 1705 aufnehmen.

Es waren 15 Juden, *„darunter einer, der sich auf den Hofjuden Lehmann berief"* und Siegmund Jochim Zschie.

Auf Grund dieser Vorstellungen berichtete der Geheimrat am 31. Januar 1707 AUGUST dem STARKEN über den Handel der Juden mit

Wolle, Mehl, Branntwein, Silber für die Münze.

Die Handelsleute und Krämer beschweren sich „wehmütigst", daß Juden gestohlene Sachen billig an sich bringen und ihre Feste halten. Der Bericht schließt

> *„... dass es bei dem bisherigen Gesetz bewende und dass auch Königl. Majestät nicht gestatten, dass durch diese bösen Leute, welche täglich unseren Heiland erschrecklich lästern, deren arme Untertanen weiter gekränkt und ausgesogen werden".*

Statt eine Antwort auf diesen Bericht zu erteilen, forderte am 23. September 1707 AUGUST der STARKE vom Stadthalter und vom Geheimrat ein Gutachten über die von seinem Residenten Berend Lehmann samt Bevollmächtigten und Familie für Dresden und Leipzig erbetene Niederlassung – und das mit Worten und in einem Tone, die den entschiedensten Gegensatz zu jenen Vorstellungen und Berichten bildete.

> *„Wir werden" – schreibt August der Starke – „mittels Beischlusses von unserem Residenten, Berend Lehmann, derer uns von vielen Jahren her in Ungarn, Polen und allhier geleisteten treuen Dienste genügend erinnert, zugleich auch untertänigst angelanget, dass wir um der angeführten Ursachen willen, ihm nebst seiner Familie und einem Bevollmächtigten, sich hier und in Leipzig gegen Erlegung eines Schutzgeldes wesentlich aufzuhalten..."*[289.)]

An anderer Stelle liest man um 1830:

> *„Trotz der beschränkten Gewerbefreiheit haben mehrere Juden im Vertrauen auf eine bessere Zukunft, weder das Opfer, noch die Kosten gescheut, ihren Kindern ein Handwerk oder eine Kunst lehren zu lassen, so Goldarbeiter, Tischler, Schlosser, Uhrmacher, Buchbinder, Schneider-Gesellen und Silberplatierer.*
>
> *Was den Geschäftsbetrieb der älteren Juden betrifft, so wird wohl jeder mit Recht zugestehen müssen, dass solcher auf weit reellere Weise als sonst statt findet. Selbst die ärmere Klasse der Juden zieht es vor, der Unterstützung des Wohlhabenden zu geniessen, als mit unrechtem Gute ihren Unterhalt zu sichern.*
>
> *Um der Wahrheit gerecht zu werden, mögen die Civil- und Polizeibehörden bezeugen, wie g e r i n g seit Jahren die Zahl derer ist, die wegen groben Betruges in Untersuchung geraten und dass wohl kein e i n z i g e r Israelit schweren Verbrechens halber in Haft genommen worden ist."*[290.)]

1836 wird berichtet: Die Aufdingungen von jüdischen Lehrlingen, sowie deren Lossprechung und weiteres Arbeiten als Gesellen, ist erlaubt, nur ist für jeden einzelnen Fall Bericht an die höhere Behörde zu erstatten, dieses muß aber Stempel- und kostenfrei geschehen.[291.)]

Über den Zustand der Juden in Sachsen, namentlich in Dresden, schreibt 1837 das Gewerbe-Blatt:

> *„Mehrere Juden sind bereits in Dresden Hausbesitzer, freilich noch unter dem Schutze christlicher Lehnträger. Der Wert eines dieser geringsten Häuser erreicht mindestens 6 - 8000 Thaler.*
>
> *Die Mehrzahl der Dresdner Wechsel-Comptoirs gehört Juden. Noch beschäftigen sich mehrere derselben mit dem Handel von Staatsschulden-Papieren, Aktien und sonstigen Geldgeschäften.*
>
> *Der Handel mit Juwelen, Perlen und anderen Pretiosen fällt, besonders in den öffentlichen Auktionen, nur in die Hände der Juden, ebenso der Handel mit Gold und Silber, welcher wohl nicht unbedeutend sein kann, da Juden in der Königlichen Münze mehrere Mark Gold, öfters aber noch grössere Massen Silber schmelzen. Es wird auch von den Juden mit solchen geschmolzenen Metallen ein bedeutender Handel ins Ausland getrieben.*

Zu der ersten Klasse der wohlhabenden Juden gehören noch einige Lotterie-Haupt-Collecteurs und noch solche, durch Wohlhabenheit begünstigt, sich Künsten und Wissenschaften widmen konnten und nun solche ausüben.

Die zweite Klasse welche sich mit dem Handel von allerlei Gegenständen beschäftigt, ist auch noch als wohlhabend zu bezeichnen, da bei einem solchen ganz schlichten Handelsmann 5-6-spännige Fuhren nicht ausreichen, um sein Warenlager an Kleidern, Betten, Wäsche, Lederzeug, Kupfer, Zinn und dergleichen anderes gerichtlich ausräumen zu können.

Die dritte Klasse, welche als die der armen Juden anzunehmen sein dürfte, kann ihren Spekulationsgeist nur auf den Handel mit alten Waren und Gegenständen wenden. Es würde eine Übertreibung sein, sagen zu wollen, dass gar keine armen, Unterstützung bedürfenden Juden in Dresden vorhanden wären." [292.)]

Ein großer Teil der Abgeordneten war für die Emanzipation gesinnt, stimmten aber nur für die Erweiterungen der Gesetze. Die Gesetzentwürfe schlossen die Juden aus:

§ 6.1 Vom Halten von Apotheken
Von beiden Kammern angenommen, jedoch in der zweiten Kammer nur unter der ausdrücklichen Erklärung, dass Juden Apothekerlehrlinge, Gehilfen, Provisoren und selbst Verwalter von Apotheken sein können, nur sollen sie einen christlichen Namensträger haben. (!)

§ 6.2 Vom Betrieb von Schank- und Speise-Wirtschaften (jedoch exklusiv, wenn sie bloß für Juden bestimmt sind)

§ 6.3 Vom Schacher- und Trödelhandel
Die erste Kammer hatte noch hinzugefügt:
1) die Ausschließung von Buchhandel,
2) Verbot der Branntweinbrennerei,
3) Nichtzulassung zur Advokatur,
4) Verbot Klein- und Ausschnitthandel zu treiben."

Die Verhandlung über die Gesetze, die fünf volle Sitzungen der 2ten Kammer am 23., 26., 27., 29. und 30. Juni 1837 gewährt hatte, war, wenn auch nicht materiell, so doch moralisch ein Lichtblick für die Juden in die Zukunft.[293.)]

Einer der ersten Juden, die sich als Handwerksmeister in Sachsen bewährten und Achtung erwarben, der letzte Obermeister der ehemaligen Dresdner Messerschmiede-Innung, Hermann Levy, der im Hause Schloss-Straße 10 (der späteren Schössergasse 3) in Dresden im Jahre 1847 ein Geschäft feiner Stahlwaren eröffnete, konnte nach 50 Jahren sein Geschäftsjubiläum im Jahre 1897 feiern. [294.)]

Die Verhältnisse in Sachsen zeigen mit Deutlichkeit, daß die berufliche Struktur der jüdischen Bevölkerung im Jahre 1925 die gleichen Züge wieder erlangt hat wie im Jahre 1895. Der Anteil der in der Industrie und im Handwerk Beschäftigten, der sich von 20,6 % im Jahre 1895 auf 23,1 % im Jahre 1907 gehoben hatte, ist zurück auf 20,6 % gesunken. Die Abteilung (Tabelle) Handel und Verkehr, die im vorangegangenen Intervall sieben Prozentpunkte eingebüßt hatte, zeigt 1931 dieselbe Stärke wie im Jahre 1895.

Tabelle über den beruflichen Aufbau der erwerbstätigen jüdischen Bevölkerung im Freistaat Sachsen von 1895 bis 1925

Wirtschaftsabteilung	Gesamtbevölkerung 1925		Jüdische Bevölkerung 1925		Jüdische Bevölkerung 1907 %	Jüdische Bevölkerung 1895 %
	absolut	%	absolut	%		
Land- und Forstwirtschaft	334.900	11,1	26	0,2	0,1	0,1
Industrie und Handwerk 1.)	1.637.555	54,1	2.481	20,6	23,1	20,6
Handel und Verkehr 2.)	457.004	15,1	6.899	57,4	52,8	60,0
Verwaltung, Heereswesen, Kirche, freie Berufe, Gesundheitswesen 3.)	162.883	5,4	671	5,6	5,0	5,7
Häusliche Dienste, Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung ff.	99.141	3,3	157	1,3	0,4	0,2
Ohne Beruf und Berufsangabe	333.484	11,0	1.790	14,9	18,6	13,4
Insgesamt	3.024.967	100,0	12.024	100,0	100,0	100,0

1.) Einschließlich Bergbau und Baugewerbe

2.) Einschließlich Gast- und Schankwirtschaft

3.) Einschlißlich hygienisches Gewerbe und Wohlfahrtspflege 295.)

In der Wirtschaftskrise 1930 erließ die Israelitische Religionsgemeinde in dem Gemeindeblatt einen Notruf:

Aufruf !

Die Not unter einem großen Teil der selbständigen jüdischen Handwerker in Dresden wegen mangels an Arbeitsaufträgen ist groß. Trotz elfjähriger Propaganda, die mit schweren Geldkosten verbunden war, sind wir um noch keinen Schritt vorwärtsgekommen. Der Dresdner jüdische Handwerker ist in seinem Beruf ebenso Fachmann wie in anderen Städten.

Darum appellieren wir an das Solidaritätsgefühl eines jeden und wenden uns mit besonderer Eindringlichkeit an unsere Brüder mit der Bitte:

Gebt unseren jüdischen Handwerksbrüdern Arbeitsmöglichkeit !
Entlohnt sie aber auch nach ihren Leistungen ! Keiner nutze die Arbeitskraft seiner Mitmenschen infolge der ungeheueren Not aus ! 296.)

*

Statistisches über die Juden im sächsischen Wirtschaftsleben

In der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" wurden bereits Ende 1935 sehr aufschlußreiche Ausführungen und Tabellen veröffentlicht über „Die Glaubensjuden im Deutschen Reich nach Staatsangehörigkeit, Gebürtigkeit, Alter und Beruf". Auf Grund von Auszählungen, die das SÄCHSISCHE STATISTISCHE LANDESAMT durchgeführt hat, brachte Anfang 1936, die „Sächsische Wirtschaft" (Nr. 3/36) eine interessante Zusammenstellung über die Berufsgliederung der Juden in Sachsen. Wenn auch seit dem Stichtag der Volkszählung am 16. Juni 1933 hauptsächlich infolge Abwanderung (durch den Terror der Nationalsozialisten.Anm.) manche Zahl sich verschoben haben mag, so ist die Veränderung keineswegs so wesentlich, daß die Zahlen 1936 entwertet wären. Im Gegenteil, derartige Zusammenstellungen bieten den jüdischen Stellen wertvolle Anhaltspunkte für sozialpolitische Maßnahmen. Von 100 jüdischen Erwerbspersonen gehörten in Sachsen

0,3 der Landwirtschaft — *66,1 Handel und Verkehr*
23,6 Industrie und Handwerk — *10,0 Öffentlicher Dienst, häuslicher Dienst an.*

Bevorzugt werden in Sachsen von den Juden folgende Berufe:

Reisende, Vertreter, Agenten	*1136*	*Kaufmännische u. Büroangestellte*	*1422*
Verkäufer	*738*	*Ärzte*	*242*
Buchhalter, Korrespondenten usw.	*466*	*Rechtsanwälte und Notare*	*78*

Bezieht man die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte und Ärzte auf die Gesamtzahl der Angehörigen beider Berufe, so findet sich bei den Rechtsanwälten eine Anteilziffer von 4,4 v.H. (im deutschen Reich 16,3 v.H.) und bei den Ärzten eine solche von 3,6 v.H. (im deutschen Reich 10,9 v.H.). Bei den typischen Akademikerberufen liegen die Juden in Sachsen also weit u n t e r dem Reichsdurchschnitt der Juden in Deutschland !

In sozialer Hinsicht ergab sich in Sachsen folgendes:

Unter 100 jüdischen Erwerbspersonen befanden sich 46 Selbständige, gegenüber 16 bei der Reichsbevölkerung. Unter 100 jüdischen Erwerbspersonen waren ferner 6 mithelfende Familienangehörige. 37 Beamte und Angestellte, 10 Arbeiter und 1 Hausangestellte.[297.)]

Der Verein jüdischer Handwerker in Dresden und Umgebung registrierte im Mai 1933 folgende handwerkliche Betriebe:

1 Bettfedernfabrik,	*2 Drechsler,*	*2 Elektro-Installateure u. Mecha-*	*1 Schlosser,*
1 Schildermaler,	*3 Fleischer,*	*1 Graveur,*	*niker,* *6 Uhrmacher,*
3 Klempner,	*3 Kürschner,*	*8 Schneider,*	*1 Damenhutfabrik,*
7 Schuhmacher,	*1 Tischler,*	*1 Schreibstube,*	*9 Wäschenähereien.*[298.)]

Die Zahl der handwerklichen Betriebe dürfte höher gewesen sein, da nicht alle jüdischen Unternehmer im Verein der jüdischen Handwerker eingetragen waren. Im letzten Vierteljahr 1938 wurden offiziell in Sachsen folgende Gewerbebetriebe gezählt, die in jüdischer Hand waren: Leipzig 797, Dresden 161, Chemnitz 40. *)

---

*) Diamant, Adolf. Zur Chronik der Juden in Zwickau. Frankfurt 1971. S. 57.

Zigarettenfabriken. (Um 1930.)

In der Zigarettenfabrikation lag der Marktanteil der Juden fast bei 100%. Die ersten Zigarettenfabriken in Dresden wurden von deutschen Juden gegründet. Erst später stiegen Ostjuden in dieses Geschäft ein. Folgende unvollständige Aufstellung gibt die Fabriken an:

1. Zigarettenfabrik Haus Bergmann — Inhaber Carl Bergmann *(Galizischer Jude)*
2. Zigarettenfabrik Bulgaria — Inhaber Krinter
3. Zigarettenfabrik Delta — Inhaber Tschache und Bensky *(dt. und poln. Jude)*
4. Zigarettenfabrik Eckstein — Inhaber Eckstein *(dt. Jude)*
5. Zigareteenfabrik Lande — Inhaber William Lande *(Litauischer Jude)*
6. Zigarettenfabrik Monopol — Inhaber Hurwitz *(Polnischer Jude?)*
7. Zigarettenfabrik Oramis — Inhaber Berger
8. Zigarettenfabrik Xanthi — Inhaber Shulman *(Polnischer Jude)*
9. Zigarettenfabrik Yramos — Inhaber Levine

*

Jüdische Kaufhäuser und Großgeschäfte bis 1933

Die nachstehenden Unternehmen stellen nur einen Teil der bekanntesten und größten Geschäftshäuser dar. Über die Anzahl der kleinen Geschäfte gibt es keine Unterlagen; sie war aber besonders im Textilhandel sehr beträchtlich, der größte Teil der jüdischen Geschäfte wurde schon 1933 "arisiert".

Residenzkaufhaus (REKA)	Prager - Ecke Waisenstraße
Kaufhaus Kornblum	Wettinerstraße
Kaufhaus Hermann Tietz	Webergasse 32, Scheffelstr. 27/29, Wallstr. 11/15
Kaufhaus Messow und Waldschmidt	Wilsdrufferstraße
Kaufhaus Renner	Am Altmarkt
Schuhhaus Sommer Nachf.	Wildrufferstraße und Filiale
Schuhhaus Leopold Neustadt	Grunaerstraße 2
Schuhhaus Kurt Löwenstamm (1932)	Scheffelstraße, Wilsdrufferstraße, Kesselsdorferstraße
Schuhhaus Goldmann	Wettinerstraße
Firma Alsberg, Konfektion	Wilsdrufferstraße
Firma Eger & Sohn, Herrenkonf.	König-Johann Straße
Firma Goldmann, Konfektion	König-Johann Straße 1 und Galeriestraße 1
Firma Hirschel & Co., Damenkonf.	Pragerstraße
Firma Nagelstock, Konfektion	Pragerstraße 14
Firma Posner & Falk, Damenkonf.	Wilsdrufferstraße
Firma M. Sass & Co., Konfektion	Gröbelstraße 2
Firma Julius Smetana, Modellhaus	Pragerstraße 24
Firma Mimosa AG	Bärensteinerstraße 31
Fabrik photogr. Papiere und Filme	
Firma Verax GmbH	(Tochtergesellschaft der Mimosa AG)
Firma Trapp & Münch AG	
Firma Albert Stern & Julius Hirsch, Holzhandels- und Industrie Gesellschaft (gegr. um 1900)	

Zahlreiche kleinere Fachgeschäfte der Textilbranche, die ihre Waren meistens von jüdischen Händlern aus Chemnitz bezogen, gab es in der Pragerstraße, am Altmarkt und in der Seestraße.

In der Brüdergasse lagen die kleinen jüdischen „Ramschläden" dicht aneinander und verkauften mitunter Waren zu Spottpreisen, weshalb diese Geschäfte bei der Bevölkerung beliebt waren.

Die „Eger'sche Buchhandlung" soll hier auch erwähnt werden. Sie wurde vor 1800 gegründet und befand sich unweit des königlichen Schlosses und war als Hoflieferant zugelassen und bekannt.

Robert Pohly wirkte in Dresden als leitender Kopf der Elbtalschmelzwerke. Der Dresdner Industrielle erhielt das Vertrauen seiner Fachgenossen, indem man ihn in den Vorstand deutscher Metallhändler berief, ebenso wie die Integrität seiner Tätigkeit als vereidigter Sachverständiger an den Gerichten Dresdens einen Namen hatte. Pohly und seine Frau Marie, flüchteten während des NS-Terrors nach New-York. Seine Persönlichkeit fand auch dort Anerkennung und erleichterte ihm das Wiederfußfassen in der Metallbranche New-Yorks.

Sein Sohn, Dr. Henry Pohly, den der Titel Dr.phil. der Universität Leipzig ziert, gelangte an die Spitze der B'nai-B'rith Logen des New-Yorker Stadtteils Queens und wurde zum Sprecher und Repräsentanten von 50 Logen und Logen-Ortsgruppen.

*

Eine Werbeschau des jüdischen Handwerkes veranstaltete der Verein jüdischer Handwerker während der Osterfeiertage 1932 in den Räumen der Fraternitas-Loge. Mit besonderer Befriedigung konnte festgestellt werden, daß die zur Schau gestellten Gegenstände, sach- und fachkundig hergestellt, den jüdischen Handwerkern der Dresdner Gemeinde ein gutes Zeugnis ausstellten. Vertreten waren alle Arten von handwerklichen Erzeugnissen. Um nur einiges aus der Fülle zu nennen:

Blecharbeiten, Feinmechanik, Elektrotechnik, Glaserei, Drechslerei, Schneiderei, Wäschemanufaktur usw.

Zur Eröffnung hatte sich eine große Zahl Gemeindemitglieder eingefunden. Nach begrüßenden Worten des I. Vorsitzenden des Vereines, der auch einen Überblick über die Entstehung der Vereines gab und insbesonders der Gemeinde für die tatkräftige Unterstützung dankte, sprach der Delegierte des Zentralverbandes jüdischer Handwerker, Herr Markus aus Berlin.

Sodann begrüßte im Namen der Gemeindekörperschaften Gemeindevorsteher Dr. John Levy und im Namen des Rabbinats Dr. Wolf. An diese schlichte aber bedeutungsvolle Feier, schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellungsräume an. Das Publikum besichtigte mit großem Interesse die ausgestellten Gegenstände.[299.)]

Zur Wirtschaftsgeschichte der Familie Arnhold

Die Geschichte der Familie Arnhold zu schreiben, bleibt einem Biographen vorbehalten, doch soll in kurzen Worten ein Abriß der Wirtschaftsgeschichte hier skizziert werden. Dem Arzt Dr. Adolph Arnhold in Dessau wurden drei Söhne geboren.

Der älteste **Max**, der 1864 der Begründer des Bankhauses Gebr. Arnhold in Dresden war und der zweite Sohn **Georg**, der dem Bankgeschäft seines Bruders Max im Jahre 1875 beitrat. Beide Brüder sind in Dresden als bedeutende Stifter und Wohltäter hervorgetreten. Es soll z.B. nur die "Soziale Stiftung" hier erwähnt werden. (Siehe auch Seiten 167, 168.)

Der dritte Sohn war **Eduard Arnhold**, der am 10. Juni 1849 in Dessau geboren wurde. 1863 von der Firma Caesar Wollheim in Berlin als Lehrling aufgenommen, stieg er in kurzer Zeit zu einem der Kohlenkönige Deutschlands auf. Nach dem Tode Wollheims übernahm er dessen Firma und gestaltete sie zu einem Weltunternehmen aus. Ihm gelangen auch die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse zwischen den verschiedensten Kohlesyndikaten in einem Zeitalter als die Kohle der wichtigste Rohstoff der Industrie war. Seine enorm weiten Verbindungen in der Wirtschaft trugen ihm Aufsichtsmandate in dem Loewe-Konzern, der AEG, der Harpener Bergbau AG., der Rheinstahl AG und noch anderen Unternehmen ein. Seit 1903 hatte er einen Sitz im Zentralausschuß der Reichsbank und auch dem Aufsichtsrat der Dresdner Bank gehörte er an. 1901 wird er Geheimer Kommerzienrat und Kaiser Wilhelm II. verleiht ihm "für hervorragende soziale Verdienste" bei Stiftungen den Wilhelmsorden. Er war ein Kunstmäzen und die Galerie Arnhold war die bedeutendste private Gemäldesammlung in Deutschland. Er starb plötzlich am 10. August 1925.*)

---

*) Zielenziger, Kurt. Juden in der deutschen Wirtschaft. Berlin 1930. S. 155 ff.

Die Wirtschaftliche Orientierung

Während in Chemnitz und Zwickau die Juden im Unternehmerstand, der Textil- und Strumpfwirkerindustrie, tätig waren, zeigt Dresden einen starken Einsatz der Juden im Geldhandel (Bankgewerbe) und der industriellen Betätigung.

In Leipzig handelten die Juden auf breitem Spektrum: Mit Fellen, Leder, Gebrauchsartikeln, Büchern, Stoffen, Geld u.a.

Chemnitz, Plauen und Zwickau sind entsprechend ihrer engeren Geschäftsverbindungen nach dem Raum südlich des Erzgebirges gerichtet: Der Tschechoslowakei. Ebenso einseitig ist Dresden dorthin orientiert, während Leipzig eine weltweite Orientierung aufweist. *.)

---

*) Arlt, Fritz. Volksbiologische Untersuchungen über die Juden in Leipzig. (NS-Tendenz) Leipzig 1939. S.6ff

Der offizielle Boykott durch die Faschisten begann am 29. März 1933.

Anweisung der Gauleitung der NSDAP zum Boykott gegen Juden:

Der Boykott richtet sich gegen :

1. *Jüdische Geschäfte (auch Buchhandlungen und Händler),*
2. *Jüdische Waren (Markenartikel), die von Juden hergestellt werden, ebenso Bücher),*
3. *Jüdisches Theater und jüdische Stücke auf deutschen Theatern, jüdische Schauspieler und Sänger,*
4. *Jüdische Kinos, (nicht gegen jüdische Filme allgemein, da fast alle amerikanischen jüdisch, Aktion nur gegen jüdische Besitzer von Kinos),*
5. *Jüdische Ärzte,*
6. *Jüdische Rechtsanwälte,*
7. *Jüdische Kioske und Zeitungshändler.*

Außerdem sind von den Boykott-Komitees folgende Forderungen aufzustellen und in Handzetteln in Versammlungen und Zeitungen zu verbreiten :

1. *In Mittelschulen,*
2. *in höheren Schulen,*
3. *in Universitäten dürfen nur 1% der Lehrkräfte und Schüler Juden sein,*
4. *Von allen Ärzten,*
5. *Von allen Rechtsanwälten dürfen nur 1% Juden sein.*

Numerus clausus.[300.)]

Um die Zugehörigkeit zu der "Herrenrasse" zu betonen, gaben die Nationalsozialistischen Gauleitungen "Ariernachweise" heraus:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung *Sachsen*

Briefzeichen: J/Schr. *Dresden, den 2. Juni 1933.*

Bescheinigung.

Nach eingehender Prüfung der uns vorgelegten amtlichen Unterlagen ist einwandfrei festgestellt, dass die gesamte Geschäftsführung in den Händen Herbert Braun, Dresden-Rähnitz-Hellerau liegt, welcher rein arischer Abstammung ist.

Das Unternehmen ist daher als

rein - deutsches - christliches Unternehmen

anzusehen.

Aktions - Komitee zur Durchführung
der Boykott-Bewegung
Kreis Dresden.

gez.
(Unterschrift)

Stempel:
Aktions-Komitee zur Durchführung
der Boykott-Bewegung, Kreis Dresden.[301.)]

Leserbrief „arischer" Dresdner vom September 1938:

Lieber Stürmer !

Die Jüdin Toni Lehmann, geb. Schneller in der Lindenstrasse 24 zu Dresden hat einen echt jüdischen Dreh herausgefunden, wie man mühelos Geld verdient. Sie ist Mieterin von 6 Grosswohnungen und zwar in der Franklinstrasse 11, Eg. Zinzendorfstrasse, 2a, Eg.II. und III. Etage, Lüttichaustrasse 15, II., und Lindengasse 24.II.

Die Jüdin vermietet die einzelnen Zimmer leer weiter. Sie tut das wahllos und fragt überhaupt nicht, ob die Leute nun verheiratet sind oder nicht. Um ihre Untermieter kümmert sie sich nicht im geringsten. In jeder Wohnung war eine Mietpartei mit der Wahrnehmung der Hausordnung beauftragt, gegen einen entsprechenden Mietnachlass. Die Behörden griffen nun ein und verboten der Jüdin eine weitere Untervermietung.

Zusatz: Die Dresdner (Christen) irren sich, wenn sie glauben, dass die Juden lediglich im Kaffee „Südhöhe" verkehrten, wo nun ein Schild angebracht ist "JUDEN UNERWÜNSCHT". Es sind in Dresden noch mindestens 20 Kaffeehäuser am Platze, wo Juden auch noch heute gern gesehen werden. Es wird den Dresdner Lokalen ein einheitliches Schild zur Verfügung gestellt werden, aus dem hervorgeht, dass JUDEN UNERWÜNSCHT sind.[302.)]

NS-Massnahmen nach der Pogromnacht am 9./10. November 1938:

Reichsgesetzblatt 1938. I.Nr.189 – Tag der Ausgabe 14. November 1938.1581

Verordnung
zur Wiederherstellung des Strassenbildes bei
jüdischen Gewerbebetrieben.

Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzblatt I.S.887) verordne ich folgendes:

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9., und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den übrigen Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers vom 18. 11. 1938:

An die Regierungspräsidenten.

Betrifft: Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 12. November 1938. (RGBl.I.S.1581)

1. Durch die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 scheiden die Juden vom 1. Januar 1939 ab als Unternehmer aus dem Einzelhandel, dem Handwerk und dem Marktverkehr endgültig aus. Soweit jüdische Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe infolge der Ereignisse (Pogrome Anm.) am 8., 9. und 10. November geschlossen worden sind, sollen sie als jüdische Gewerbebetriebe grundsätzlich nicht wieder eröffnet werden.

2. Auch jüdische Gaststätten ersuche ich in gleicher Weise geschlossen zu halten.

3. Die Genehmigungsverfahren auf Grund der Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. April 1938 – RGBl.I.S.415 – und des Einzelhandelsschutzgesetzes sind bei den Gewerbebetrieben, die von dem Verbot des § 1 der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben betroffen werden, mit allen Mitteln zu beschleunigen.

4. Die Verordnung umfaßt alle Juden, auch soweit sie eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Bei auftretenden Schwierigkeiten ist mir zu berichten. Insbebesonders ist mir vor Schliessung von Betrieben in allen Fällen zu berichten, bei dees sich um Staatsangehörige der USA, des Britischen Reiches oder Frankreich handelt.

B

Dazu Ergänzung vom 21. 11. 1938.

In dem Runderlass vom 18. November 1938 – III Jd.8782/38 – ist durch Versehen der Kanzlei in Absatz I Ziffer 2 ein Zwischensatz weggelassen worden. Die Ziffer 2 muss in vollem Wortlaut wie folgt heissen:

„2. Auch jüdische Gaststätten, die nicht ausdrücklich mit der Beschränkung auf den Besuch von Juden zugelassen sind, ersuche ich in gleicher Weise geschlossen zu halten". 303.)

*

Ende des Jahres 1938 waren sämtliche Juden vom Wirtschaftsleben in Deutschland ausgeschlossen. Die Endphase der Judenvernichtungen hatte begonnen.

*

b. Bankwesen

Die Dresdner Hofjuden um 1720

Der Ursprung der in Sachsen ansässigen Judenschaft sind in Leipzig die Münzjuden, in Dresden die Hofjuden. Aber die Dresdner Judenkolonie ist im 18. Jahrhundert größer und wichtiger als die in Leipzig. Das erhellt die Bedeutung des Hofjudentums in Sachsen überhaupt. Zwischen 1720 und 1740 kommt eine jüdische Familie nach der anderen über die Grenze, bis es soviel geworden sind, daß der Staat in einem Mandat von 1746 diese vollendete Tatsache anerkennen muß.

Patriarch und Urbild der sächsischen Hofjuden ist Berend Lehmann. Zwar ist sein Hofdienst unabhängig vom Dresdner Wohnsitz und seine Heimat blieb bis zu seinem Tode Halberstadt, aber deshalb wurde er schon als Auslandsjude behandelt. Er ist der Schützer der ersten jüdischen Niederlassung in Dresden seit dem 16. Jahrhundert und somit der Stammvater der Juden in Sachsen.

1707 bittet Lehmann, sich mit seinen Leuten in Dresden und Leipzig niederlassen zu dürfen. Von Leipzig hört man später nichts mehr. In einem Schutzbrief vom 8. März 1708 erlaubt ihm König August, sich in Dresden Haus und Garten zu kaufen und mit Familie, Gesinde und Bevollmächtigte da zu wohnen. Als Bevollmächtigter und Vertreter zieht darauf hin sein Schwager Jonas Meyer von Hamburg nach Dresden und erwirbt 1710 ein Haus auf der Wilsdruffer Gasse. Am 20. August 1717 überläßt König August Lehmann das dem Kurfürsten gehörende Posthaus auf der Pirnaischen Gasse, später Landhausstraße.

In diesem Haus regiert neben Jonas Meyer der älteste Sohn Lehmann's Lehmann Berend. Er zeigt 1718 der Obrigkeit an, daß er für seinen Vater in Halberstadt das Geschäft in Dresden betreibe. Mit Meyer zusammen handelt er mit Seiden und Materialwaren. Er hat bedeutende Lieferungen an den Hof. Im März 1718 richtet er im Posthaus das erste ansehnliche Dresdner Wechselgeschäft ein. Es geht der Firma um 1720 herum offenbar sehr gut. Aber auf die guten Jahre folgen bald schlechte. Kaufleute und Stände stürmen immer wieder wie wild gegen den Lehmann'schen Handel an und erreichen zuletzt doch die Auflösung seines Lagers 1727. Der Zusammenbruch mehrerer großer Schuldner schwächt die Stammfirma. Als Berend Lehmann 1730 stirbt, folgt ein Jahr später der Bankrott von Lehmann Berend.

Genauer genommen scheint eine ganze Kette von Bankerotten vorzuliegen. Die Dresdner Kramerinnung redet am 2. Oktober 1741 vom Bankrott Lehmann und Meyers. Die Landesregierung erklärt am 18. Juni 1735: der Nutzen,

> *„so man damahls durch die Einführung grosser Summen Geldes in das hiesige Land gegenwärtig gewesen", sei „durch der Juden Verfall gänzlich geschwunden".*

Die Unterstellung, daß der Lehmann'sche Bankrott betrügerisch sei, ist auch die Meinung des Rent-Sekretärs Christian Voigt.[304.)]

Nach der bisherigen Annahme, hat Berend Lehmann dem Kurfürsten bei der Beschaffung der Kaufsumme von 10.000.000 Gulden für die polnische Königskrone, durch diplomatische Bemühungen nach der Absetzung August II. im Jahre 1703 und später noch einmal 1709 große Dienste erwiesen. Zweifellos ist Friedrich August mit Hilfe reichlicher Geldmittel auf den polnischen Thron gelangt. Auch Behrend Lehmann gehörte zu diesen Geldgebern. Die von ihm

geleisteten Vorschüsse waren sehr beträchtlich und gingen in die Millionen. Neben Gelddarlehen besorgte er Warenlieferungen für die Armee und die Privatbedürfnisse des Königs insbesondere Anschaffung von Schmuck. Der in den Abrechnungen aus dem Jahre 1697 aufgeführte Posten von 400.000 Gulden zeugt vom Reichtum Lehmanns.
Außer dem Kurfürsten und den Hofbeamten nahmen auch andere mit dem Hof in Verbindung stehende Persönlichkeiten Lehmann's Dienste in Anspruch. Moritz von Sachsen honorierte er Wechsel und lieh ihm 20.000 Taler, die König Moritz später nicht zahlen wollte.[305.)]

Die Hoffaktoren der Familie Lehmann.

1. Generation:
a) Behrend Lehmann in Halberstadt 1661-1730. Kgl. Polnischer Resident und Kursächsischer Hofjude.
b) Herz Lehmann, gest. 1746, Hofjude in Wien.

2. Generation:
a) Lehmann Behrend, gest. 1774, Hoffaktor in Dresden,
b) Elias Behrend Lehmann, Hofschutzjude in Dresden,
c) Kosmann Berend in Hannover
Söhne des Residenten.

3. Generation:
a) Kosmann – getauft Christian Gottlieb – Lehmann, Hoffaktor in Dresden, gest. 1801,
b) Isaak – getauft Christian Leberecht – Lehmann, Hoffaktor in Dresden, gest. 1801,
c) Hirschel Lehmann, Hoffaktor in Dresden, Söhne von 2a.
d) Lehmann Elias, Hoffaktor in Dresden,
e) Lehmann Anna,
f) Lehmann Mariana, kurprinzliche Hoffaktoren.
Kinder von 2b.

4. Generation:
Michael Behrend, Hofagent in Hannover, Enkel von 2c. gest. 1832.

5. Generation:
Kosmann Behrend, Hofagent in Hannover (1801-1886) Sohn von 4.

Zeit der Wirksamkeit vom Ende des 17. bis Mitte des 19. Jahrhunderts.[306.)]

Der Hoffaktor Loeb Hirschel hatte immer dafür gesorgt, daß es dem König nie an Geldmitteln für die Soldaten, Mätressen und sonstige Liebhabereien fehlte. Das Land war durch ihn auch in schweren kriegerischen Zeiten mit genügend Lebensmitteln versorgt, und er genoß – außer bei den unbelehrbaren Judenfeinden – große Achtung. Wenn er aus seinem Leben erzählte, das ihn viel auf Reisen geführt hatte, vergaß er nie zu erwähnen, daß er manchesmal dem Dichterfürsten Goethe begegnet war.

„Ein feiner Mann, ein großer Mann", sagte er und setzte schmunzelnd hinzu: „Ich werde versuchen, ihn zu überleben". In der Tat war es so. Loeb Hirschel starb 1833.

August der Starke, Kurfürst von Sachsen und König von Polen besaß ein besonders schönes Tafelservices, das in der Manufaktur eigens für ihn angefertigt wurde. In großer Geberlaune machte er es eines Tages seinem Hofjuden zum Geschenk. Durch Generationen blieb es in der Hand der jüdischen Familie. Es kam auch nie in den Handel. Selbst als eine große Summe Geldafür geboten wurde, war es unverkäuflich.[307.)]

Die Verpfändung des Königlichen Tafelgeschirres im Jahre 1758

Auch nachdem Gerd Levi und Jonas Meyer, beide im Jahre 1710 von Hamburg nach Dresden gezogen sind, hat der sächsische Hof und Staat in diesem Geldzentrum noch seine jüdischen Vertrauensleute.

Nur zufällig lernt man in Ephraim Abraham Levy (seltener Levi) einen davon kennen. 1727-1730 und 1736/7 erscheint er als Hamburger in den Meßlisten. Am 20. März 1737 wird er zusammen mit Marx Assur von den Messjuden nach Dresden gesandt, um wegen der Kultusfreiheit zu verhandeln. Man würde Ephraim Abraham Levy nicht abordnen, wenn er nicht mit den maßgebenden Männern in Dresden gut bekannt gewesen wäre. Das bestätigt er selber, wenn er in seinem Gesuch am 21. Dezember 1746, noch vor seiner Übersiedlung nach Dresden, schreibt, er habe sich in allen Fällen zu des Königs Diensten parat finden lassen. Der späteren Rolle seines Sohnes und der Natur der Sache nach werden diese Dienste in der Geldbeschaffung bestanden haben.

Wenn er in dem eben erwähnten Gesuch sagt, er wolle mit seinem Vermögen sich jetzt gänzlich von Hamburg nach Dresden ziehen, so scheint er schon in den Jahren zuvor seine Dresdner Vertretung zu einer Filiale seiner Bank ausgebaut zu haben. Seine Söhne Samuel und Moses wohnten offenbar schon am 11. Juni 1746 in Dresden.

Auch von Dresden aus will Levy seine Verbindung mit den Geldmittelpunkten beibehalten. So läßt zum Beispiel der Prozess Abraham Hirschels seine Beziehungen zu Samuel Simon in Amsterdam offenbar werden. Von seinen vier Söhnen spielt nur Moses eine Rolle in Dresden. Jeremias, Judas und Samuel sind offenbar nicht so geschäftstüchtig wie Moses. Am 23. April 1756 stirbt Ephraim Abraham Levy. Der eigentliche Nachfolger des Vaters wird Moses Ephraim Levy. Ausdrücklich erhielt er als solcher am 1. Mai 1756 das Hoffaktordekret mit Kabinettsfreipass mit benötigten Bedienten. Dazu kommt noch am 13. August 1756 ein Hoffaktordekret der Kurprinzessin.

Dieser Moses Ephraim Levy, den man jetzt nur kurz Levy nennen wird, wird nun von 1758 an in einen Prozess verwickelt, der viel Licht auf die Tätigkeit dieses jüdischen **Bankiers** für den Dresden-Warschauer Hof wirft. Levys Gegenspieler in dieser Sache ist Graf von Bolza, eine der interessantesten und umstrittensten Gestalten der Brühlschen Zeit.

Am 16. Juni 1758 schließt dieser Bolza mit Levy in Dresden einen Kontrakt. Danach verschafft Levy dem Grafen zu 5% 100.000 oder 150.000 Taler 8 Tage, nachdem Bolza in Hamburg oder Amsterdam als Pfand Silbersachen im Wert von 110.000 bzw. 165.000 Taler überliefert hat. Die Rückzahlung ist vorläufig nach einem Jahr vorgesehen. Wer in 2 Monaten den Vertrag nicht hält, zahlt 1000 Dukaten.

Zur Beschaffung dieses Geldes bedient sich Levy der schon aus Hirschels Prozeß bekannten Handelskompanie „Benjamin und Samuel Simons". Schon am 28. Juni 1758 erhält Bolza auf die Simons gezogenen Wechselbriefe in Summa 50.000 Gulden holländisch Banco. Am 14. Juli 1758 will Levy in dieser Sache nach Amsterdam reisen. Am Abend zuvor händigt ihm Bolza drei Spezifikationen über 68 Kisten mit Gold und Silber aus. Mit Angabe des Gewichtes in Mark und Lot und des Dresdner Preises von 231.000 Taler. Die Abschriften dieser 3 Listen tragen die Daten vom 11.4. und 23.5.1758, was auf eine längere Vorbereitung dieses Geldgeschäftes hinweist. 46 Kisten sind über Frankfurt am Main, 22 über Hamburg nach Amsterdam gegangen.

Am 14. Juli 1758 verläßt Levy Dresden. Noch am selben Tag jagt ihm Bolza einen Brief hinterher, der ihn in Sonnewalde oder Luckau erreichen soll, aber erst in Berlin erreicht:

„Ich bin heute früh von Hoher Hand angegangen worden, daß ich wegen der Bärenburgischen Münze an Ihro Röm.-Kayserl. Majt. Bericht erstatten und einen Befehl auswirken möchte, daß zu dem vorgesetzten Gehalt alda Gelder zu prägen, durch den Reichs-Hof-Rat nicht gestattet werde, zumahlen die Leipziger und hiesige Müntze dabey grossen Nachteil haben. Ich habe Ihnen also hiemit nochmahlen auftragen wollen, daß Sie mit bey Hh. Ephraimo die verlangte Premie vor mich auswürcken und darüber Versicherung verschaffen, widrigenfalls schreibe ich nicht allein an Ihre Majt. dem Kayser um die Müntz-Pacht zu vernichten, sondern auch an den General Rezow, dass von Preussische Seite ebenfall ein Hinderniss in Weg gelegt werden sollte. Gegenwärrtige von Ihnen diessfalls eine baldige zuverlässige Antwort und verharre in dessen freundlich salutiert

EDDWD[lee] Graf von Bolza."

Dieser kulturgeschichtlich interessante Brief steht ganz isoliert in einem Aktenstück.

In Hamburg wartet Levy 16-17 Tage, bis die 22 Kisten bei seinem Korrespondenten David Isaac Wallach eingetroffen sind, dann reist er weiter nach Amsterdam, wo er wohl am 14. August 1758 eintrifft. Dort haben die Simons inzwischen für die am 1. August 1758 eingetroffenen Kisten bereits 190.000 Gulden bereitgestellt. Für die am 4. November eintreffenden Kisten dagegen können sie nur 132.000 Gulden leihen.

Diese Beträge kommen aber nicht gleich an Bolza, weil er Piastres haben will, deren Transport durch Kriegsgebiet gefährlich ist. Man fragt nochmals bei Bolza an und sendet schließlich 319.322 Gulden Piaster gegen 3/4 % Assekuranz an Pierre Ais und Sohn in Hamburg. Für Courtage haben die Simons 352 f, für andere Spesen 1079 f abgezogen. Die 1245 f, die dann an 322.000 f noch fehlen, haben sie Bolza auf anderem Weg zugeführt. Die letzte Geldsendung geht am 14. Oktober 1758 ab.

Graf Bolza hatte dem Levy in Dresden eine Carte blanche und einen Pfandbrief mitgegeben. Auf Grund dieser Vollmacht tritt nun Levy in Amsterdam selber als Schuldner der Simons auf. Am 12. November 1758 wird darüber beim Notar Bouman in Amsterdam ein Protokoll aufgenommen. Danach sind die 190.000 f am 1. November und am 1. August 1759 mit 5% zu verzinsen, die 132.000 f am 15. Februar und 15. August. Am 1. und 15. August ist das Kapital zurückzuzahlen, wenn keine Verlängerung verabredet wird. Bleibt eine dieser Zahlen aus, so haben die Simons das Recht, ohne gerichtliche Formalitäten und ohne pro advertentia das Silber- und Goldwerk zu verkaufen, eventuell auch eingeschmolzen.

Außerdem nimmt Levy alle Gefahr, die dem Schatz zustoßen könnte auf seine Seite. Emanuel Barents und Isaac Sallomon verbürgen sich für ihn. Ein Exemplar dieser Urkunde übergibt Levy dem Grafen nach der Rückkehr nach Dresden.

Soweit ist scheinbar alles in Ordnung. Aber Bolza ist mit den Levyschen Amsterdamer Abmachungen im höchsten Grade unzufrieden. Am 27. Januar 1759 veranlaßt er seine Verhaftung. Aus dem Amtsstockhaus wird Levy wegen seines kränklichen Körpers wieder entlassen, aber mit drei Mann Wache in seinem Haus in der Wilsdruffer Gasse bewacht.

Graf Bolza wirft Levy vor:

1. *Levy hat den Simons zu scharfe Klauseln zugestanden.*
   (Levy dagegen: Das ist Amsterdamer Stil.)
2. *Levy hat den Kontrakt mit Bolza unterschrieben „Ephraim Abraham Levy".*
   (Levy: Im Amsterdamer Kontrakt stehen beide Namen.)
3. *Das Geld, schon am 1. und 15. August aufgenommen; ist viel später geliefert worden.*
   (Levy: Verspätung wegen der Piaster.)

Levy arbeitet gegen den Haftbefehl, den Bolza „hohen Orts" erwirkt hat, gleichfalls höchsten Ortes. Der Status causae, den er am 5. März 1759 an den König(Kabinett) nach Warschau sendet, ist sicher nicht das Erste was er tut. Mit der Verhaftung hat ein Prozeß begonnen. In ihm stehen sich zwei Vertrauensmänner der Regierung gegenüber. Die Regierung hat also jetzt das Wort.

Der König wird nicht mit der Sache befaßt. Auch Brühl macht nur Vorschläge. Die Entscheidung überläßt er der Königlichen Hoheit in Dresden. Die Stellung wird ihm offenbar nicht leicht. Am 8. Mai wird allergnädigst anbefohlen, daß Levy freigelassen wird, wenn er sich handschläglich verpflichtet, für etwaigen, aus der ungemessenen Pfandvollmacht folgenden Schäden zu haften, die Simons zur Anerkennung der durch Bolza erfolgten Kündigung zu veranlassen und die Gerichtskosten zu tragen.

Am 10. Mai 1759 gibt Levy der Kommission im Amt Dresden die gewünschten Zusagen. Noch am selben Abend verfügt der Appellationsgerichtspräsident Freiherr von Ende an den Oberamtmann Schreiber, die Wache habe von Levy fortzugehen. Daß das geschehen, meldet am selben Tag der Ratswachtmeister im Amt.

Es ergibt sich folgendes Gesamtbild der Angelegenheit.
Im Einverständnis mit Warschau beauftragt die Kurprinzessin als Leiterin des Kammerwesens Bolza mit der Verpfändung des Silbergeschirres. Der Fiktion nach, handelt es sich um ein Privatgeschäft Bolzas. Weil aber Bolza dabei möglichst viel verdienen will, gibt er Levy eine sehr weitgehende Vollmacht. Aus diesem Grund und weil nun Levy auch dabei viel verdienen will, ist der in Amsterdam abgeschlossene Vertrag in zwei Richtungen für den Schuldner ungünstig. Die Akten des Bolzaprozesses vervollständigen nun das Bild von Moses Ephraim Levy. Er muß schwer reich gewesen sein. Nur einem reichen Mann können solche Aufträge gegeben werden. Sein Bankgeschäft ist aber auch weit verzweigt. In Frankfurt am Main, Berlin und Amsterdam hat er Geschäftsfreunde. Levy schied aus dem Handel aus und der Hof wandte sich anderen Juden zu.[308.)]

*

Die Münze

Schon Behrend Lehmann, Herz Lehmann und Lazarus Hirschel waren als Münzunternehmer tätig, bevor Sachsens erster großer Münztrepeneur Gerd Levy seinen Einzug hielt. Für die gewaltigen Geldbedürfnisse August des Starken genügte das Freiberger Silber nicht mehr. Der Handel mit Gold und Altsilber lag aber ganz in den Händen der Juden, die seit dem Dreißigjährigen Kriege den Markt völlig beherrschten. Die Münzfaktoren, die durch August den Starken nach Sachsen gezogen wurden, waren nicht nur Silberlieferanten wie auch in anderen Ländern, sondern auch die Hofbankiers.

Inzwischen hatte sich eine ganze Anzahl von Münzunternehmern in Dresden niedergelassen. Des älteren Gerd Levi Schwiegersohn Isaak Jakob kam 1712, 1715 oder 1720, etwa 25 Jahre alt von Hamburg nach Leipzig. Sein eigentlicher Herkunftsort war vielleicht Varrentrop in Westfalen. Von dort kam sein Bruder Meyer Jakob, der in Diensten Isaaks stand.

Isaak Jakob war Silberlieferant in selbständiger Stellung. Er lieferte seit 1715. In Dresden war er seit 1719 tätig. Mit seinem Bruder stand er unter dem besonderen Schutze des Hofmarschallamtes: Löwendahl hatte ihm am 3. Januar 1722 den Paß ausgestellt. 1727, 1736 und 1740 empfing er Kammerfreipässe.

Hertz Lippmann, ehemals bei der Münze in Leipzig tätig, war dann Silberlieferant in Dresden bei Isaak Jakob. 1750 scheint er dessen Teilhaber im Silberkauf gewesen zu sein.

Im Jahre 1745 kamen aus Prag Duschenes und Bondi als Münzer nach Dresden. Salomon Duschenes bat nach Ablieferung von 126 Mark Silber um einen Kammer-Freipaß, den er am 13. Juli 1745 für ein Jahr erhielt. Der Paß wurde im Juni des nächsten Jahres um ein halbes Jahr verlängert. Zweimal erhielt Duschenes den Titel Münzlieferant. Der General-Münz-Guardien Feral urteilte jedesmal recht günstig über ihn; das zweite Mal wies er darauf hin, daß Duschenes bis jetzt 654 Mark Silber geliefert habe; mehr als der „ordentliche Münzlieferant Levi Gerd"; sein Geschäft blühe. Am 12. Juni 1754 erhöhte daher Brühl durch einen neuen Kammerpaß die Bedientenzahl des Münzers von 2 auf acht. Anfang 1758 starb Duschenes. Die einzelnen registrierten Lieferungen von Salomon Duschenes betrugen

bis 13. 7. 1745 =	*162 Mark*
bis 16. 6. 1746 = insgesamt	*654 Mark = 6.248 Taler*
bis 17. 9. 1746 = neuerdings	*142 Mark = 1.436 Taler*
bis 13. 2. 1747 = insgesamt	*886 Mark = 9.000 Taler*
bis 10. 8. 1747 = insgesamt	*928 Mark = 9.635 Taler.*

Die wirklichen Lieferungen dürften im allgemeinen höher gewesen sein. Weil Duschenes sich immer „von den preußischen Falschmünzern ferngehalten und Sachsen treu gedient", wurde dem Obersten von Ehrenschild am 8. Juni 1762 befohlen, sich dessen Witwe, Duschenes zweiter Frau anzunehmen. Diese hatte sich wieder verheiratet und lebte mit vier Kindern in Prag als Frau Bunzlin. Mit dem Paß ihres ersten Mannes trieb sie in Dresden durch ihre Verwandten Salomon Aaron Vornles und Ariel Löbel Welsch Geschäfte. Die Silberlieferungen wurden von ihrem Sohne aus erster Ehe fortgesetzt. David Duschenes erhielt durch Dekret vom 10. Mai 1758 seine Ernennung zum Münzjuden. 1763 erhielt er den Kammerpaß erst für acht, dann für zehn Bedienstete. Am 10. April 1742 gab es noch einen Bruder Davids, Salomon Duschenes, in Dresden; im gleichen Jahr stand ein Duschenes in den Diensten Bondis; diese beiden Duschenes dürften wohl identisch sein.

Simon Isaak Bondi kam ebenfalls aus Prag nach Dresden, wo er zunächst als Bediensteter arbeitete, um sich von 1752 an selbständig als Münzlieferant zu betätigen. Auch Geldgeschäfte machte er. Der Titel Münzlieferant genügte ihm nicht, er wollte mehr erreichen. Am 8. Dezember 1763 gab er in einer Eingabe an, daß er als Münzlieferant bis 1756 für 150.000 Taler Silber seit dem Siebenjährigen Kriege bis jetzt nochmals für 6.000 Mark Feinsilber angeliefert und dazu auch Wechselgelder vorgeschossen habe. Er bat daher, ihm und seinem Sohne Salomon Simon das Prädikat als Hoffaktor zu verleihen. Am 11. Februar 1764 erhielt Simon Isaak Bondi auch das Dekret als Hoffaktor. Ihm wurde jedoch vier Jahre später Mißbrauch mit den ihm zum Silbereinkauf erteilten Freipässen nachgewiesen. Der Titel Hoffaktor wurde ihm jedoch nicht entzogen. In der Steuerliste von 1771 stand er als Hoffaktor mit 195 Taler, 12 Groschen an zweithöchster Stelle, er zählte also zu den reichsten Juden Dresdens. In seinen Diensten stand Mendel Hirschel.

Als Münzer betätigte sich Lehmann Aaron Emanuel,der von 1742 bis 1749 als Bediensteter bei Elias Behrend Lehmann beschäftigt war. Am 1. November 1762 wurde er kurprinzlicher Hoffaktor. Aus Berichten des Dresdner Rates erfährt man, daß seine Geschäfte in Münzlieferungen bestanden.

Die beiden folgenden Münzentrepeneurs gehören dagegen zu den selbständigen Silberlieferanten in Sachsen. Durch Dekret des Kabinetts vom 24. Mai 1753 wurde der Dessauer Hertz Oppenheimer zum Königlichen Münzfaktor bestallt. Er hatte Silber für die Pleissenburger Münze einzukaufen. Sein Wohnsitz war Leipzig. Aber die Leipziger Münze wollte Oppenheimer nicht mehr in Anspruch nehmen. Er wandte sich daher an Brühl und erhielt am 29. August 1755 einen Kammerpass, der ihm den Aufenthalt in Dresden gestattete. Er konnte sich aber nicht in Dresden halten und mußte seinen Wohnsitz in Dessau nehmen, blieb aber Münzfaktor.

Nathan Eibeschütz bat am 2. März 1754 von Altona aus den König um eine Konzession, indem er sich von seinem „Vetter" Joseph Jonas Meyer seine Ehrlichkeit bescheinigen ließ. In Dresden so schreibt er, „wolle er sich mit seinen wenigen Kapitalien ehrlich nähren".Brühl erteilte ihm, seiner Familie und sechs Dienern am 20. März 1754 und nochmals am 7. August 1756 Kammerpässe. Als Münzlieferant begann Eibeschütz 1763; eine Bestallung fehlte, aber nach dem Paß von 1763 sollte er bis zum 31. Oktober 1763 für 100 Mark Silber für die Dresdner Münze aufkaufen.[309.)]

Die stattliche Reihe der jüdischen sächsischen Münzfaktoren beschließt man mit der Familie Kaskel, deren Mitglieder noch die alte Institution des Hofjudentums verkörpern, zugleich aber schon hinüberführen in die neue Zeit.

Die Familie Kaskel schrieb sich lange Zeit Kaskele, richtig lautet der Name Chaskel, abgeleitet von Jecheskel / Ezechiel. Die Familie kam aus Polen, das ja in der napoleonischen Zeit zum drittenmal mit dem nunmehrigen Königreich Sachsen verbunden wurde. Die Kaskels hielten ihre Verbindungen nach Warschau und Posen lange Zeit aufrecht, auch dann noch, als sie schon längst in Dresden seßhaft waren. Ihre Niederlassung in Dresden wurde bald zum Hauptgeschäft. Von dort aus unterhielten sie Geschäftsbeziehungen nach Berlin, Wien, Köln und Frankfurt am Main. Ihre Mitglieder waren Hofbankiers der sächsischen Könige und im 19. Jahrhundert Staatsbankiers.

Der Begründer dieser Finanzdynastie war Jakob Kaskel . Er begann mit Getreidelieferungen für den sächsischen Staat und erstrebte dafür einen Hoftitel. Die Aufenthalts- und Handelskonzession hatte er schon am 7. Dezember 1771 erhalten. Doch Jakob Kaskel wollte noch mehr erreichen. Noch im gleichen Jahre kam er zum sächsischen Hof um die Ernennung eines Hofagenten ein. Seine Bitte wurde ihm abgeschlagen, doch wurde ihm ein Patent für das nächste Jahr in Aussicht gestellt, wenn er drei- bis viertausend Scheffel ausländisches Korn für den inländischen Verbrauch liefern würde. Jakob Kaskel lieferte darauf 3324 Scheffel ausländisches Getreide und kam von Magdeburg aus am 8. Januar 1772 erneut um das Patent als Hofagent ein, worauf am 25. April 1772 für Jakob Kaskel das Dekret als kurfürstlicher Hofagent ausgestellt wurde. Durch Verfügung vom 26. Juni 1779 ward er der Gerichtsbarkeit des Stadtrates entzogen und dem Amt unterstellt wie andere Hofbeamte.

Jakob Kaskel eröffnete in Dresden ein Bankgeschäft, erhielt aber auch die Erlaubnis zum Warenhandel aller Art wie christliche Kaufleute. Der erste Hofagent Jakob Kaskel starb 1788 und hinterließ acht Kinder. Sein Nachlaß betrug bereits 71.999 Rtlr. 3 Gr. 1 Pf., das war für die damalige Zeit ein großes Vermögen. Zwei Töchter hatten ins „Ausland" geheiratet, eine in die Familie Aaron nach Frankfurt an der Oder, die andere nach Wien in die jüdische, ebenfalls nobilitierte Familie von Hönigshof, auch Hennighofer geschrieben. Ein Nachkomme Kaskels diente bereits als Premierleutenant in der österreichischen Armee.

Von Jakobs Söhnen wurden mehrere Hofagenten und zwar Michel und Josef Kaskel in Dresden und Bär Kaskel in Posen, ein anderer Sohn, dessen Name nicht genannt wird, hatte sich nach Berlin verheiratet. „Herr Bär Kaskele" zu Posen erhielt sein Patent als königlicher Hofagent in Warschau am 5. Dezember 1808 ausgestellt. Ein Vermerk auf dem Patent besagte, daß es am 14. Dezember dessen Bruder, dem Bankier Michael Kaskel, übergeben wurde. Bär Kaskel erhielt das Dekret, als er seine Absicht kundtat, sein Wechselkontor von Posen nach Dresden zu verlegen; denn Joseph Kaskel in Dresden, gleichfalls Hofagent, war inzwischen verstorben.[310.)]

*

Folgende Banken wurden in Dresden von Juden gegründet:

1. Bondi und Maron	gegründet 1775	
2. Phillip Elimeyer	gegründet 1829	
3. S. Mattersdorff	gegründet 1849	
4. Gebrüder Arnhold	gegründet 1864	
5. Dresdner Bank	gegründet 1872	
6. Stein und Deser	?	311.)

Im Zentralausschuß der Deutschen Reichsbank befanden sich um 1875 unter 15 Mitgliedern 11 Juden:

Siegfried B. Behrend	*Dresden,*
Geh. Kommerzienrat Gerson von Bleichröder	*Berlin,*
Commerzienrat Karl Gelpke	*Berlin,*
Aaron Meyer	
Commerzienrat Abraham Mendelssohn	*Berlin,*
Freiherr Abraham von Oppenheim	*Köln,*
Geh. Kommerzienrat Gustav Plaut (Direktor der Dresdner Bank)	
Baron M. Carl von Rothschild	*Frankfurt am Main,*
Theodor Stern	*Frankfurt am Main,*
Geh. Kommerzienrat Otto Warschauer	*Berlin,*
Geh. Kommerzienrat Arthur Zwicker	*Berlin.* 312.)

Der langjährige Teilhaber der Dresdner Bankfirma Phillip Elimeyer, Generalkonsul a.D. Carl Mankiewicz starb Anfang 1896. Er war 35 Jahre der Teilhaber der Fa. Elimeyer. Er hatte zahlreiche industrielle Unternehmungen in Sachsen mit ins Leben gerufen. Neben seinen vielseitigen Geschäften hatte er noch Zeit sich an Wohltätigkeitsbestrebungen zu beteiligen, für die er regelmäßig erhebliche Opfer brachte.[313.)]

Bankdirektor Alfred Behrend war Vorstandsmitglied der Bank für Brauindustrie und in der Verwaltung für Beteiligung an Brauereien in Berlin und Dresden. Behrend war in verschiedenen Bank- und Getreidegeschäften Deutschlands tätig und befand sich seit dem 1. April 1919 in Stellung als Bankdirektor. Er war gleichzeitig Vorstandsmitglied der Getreidehandels-A.G. Dresden - Berlin, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gorkauer Societätsbrauerei A.G. und der Malzfabrik Gengenbach, sowie Aufsichtsratmitglied der Schöfferhoff-Binding-Bürgerbräu A.G., der Malzfabrik Mellrichstadt, der Enziger Union-Werke in Mannheim, des Henninger Reiffbräu in Erlangen und der Glückauf-Brauerei in Gelsenkirchen.[314.)]

Um 1912 befanden sich insgesamt rund 1.430 Millionäre in Sachsen. Davon waren 31 Juden:

Chemnitz	**2**
Dresden	**17**
Leipzig	**10**
in anderen Orten	**2.**

Folgende Liste gibt die Namen der jüdischen Millionäre in Dresden bekannt: (Um 1900.)

	Millionen Mark	
	Vermögen	Einkommen
1. Emma verw. Freifrau Felix von Kaskel geborene Freiin von Oppenheim	21,0	1,39
2. Salomon Zickel, Verlagsbuchhändler Besitzer des deutsch-amerik. Verlages S. Zickel in New-York	6,0	0,40
3. Generalkonsul Alfred Gutmann, alleiniger Inhaber der Bank B. Gutmann	5,9	0,43
4. Königl. Bayr. Kommerzienrat Georg Arnhold, Bankier, Teilhaber der Bank Gebr. Arnhold	5,5	0,33
5. Siegfried Schlesinger, Kaiserl. Pers. Generalkonsul	5,4	0,30
6. Gustav von Klemperer, Kommerzienrat, Generalkonsul, Dir. der Dresdner Bank	5,3	0,29
7. Julius Heller, Bankier, pers. haft. Gesellschafter der Komm.-Ges. Phillipp Elimeyer	3,3	0,22
8. Frau Clara verw. Kom-Rat Max Arnhold, Witwe des K.W.Konsuls u. Teilhaber der Bank Gebr. Arnhold in dem den Erben des Kom.-Rates M. Arnhold gehör. Hauses	3,0	0,18
9. Frau Verw.Geh.-Kom.-Rat Georg Arnstädt Witwe des Dir. der Dresdner Bank und kgl. ital. Gen.-Konsul	3,0	0,18
10. Justizrat Dr. Felix Bondi, Vors. des Aufsichtsrates f. Kartonnagen Industrie, sowie d. Hofbräuhaus Aktienbierbrauerei, stellv. Vors. d.A.R.D.sächs.-Böhm. Portland Zementfabrik A.G., M.D.A.R.der Corona-Fahrradwerke A.G.	1,5	0,14
11. Bankier Ignatz Leopold Maron, Teilh. der Bank, sowie d. Lotteriekollektion Bondi & Maron Dresden, Vors. d.A.R.D.Corona Fahrradwerke A.G. stellv. Vors. d.A.R.d.Societätsbrauerei Waldschlösschen Dresden	1,2	0,09
12. Bankier Ernst Maron, Teilh. d. Bank Bondi & Maron	1,2	0,09
13. Bankier Alfred Maron,Teilh.d.Bank Bondi & Maron, stellv. Vors. d. A.R.D. Glashüttenwerke Kamenz, stellv. Vors. d. A.R.D. Corona Fahrradwerke A.G. Mitgliedd. A.R.D.Mainkette A.G. Mainz, Societätsbrauerei Waldschlösschen Dresden	1,2	0,09
14. Bankier Adolf Arnhold, Teilh. neben Kom.-Rat Georg Arnhold u. Dr.jur. H.Arnhold d.Fa. Gebr. Arnhold, Bankgeschäft Dresden	1,0	0,08
15. Bankier Dr.jur. Heinrich Arnhold, Teilh. neben Km. Rat G. Arnhold u. Bankier Adolf Arnhold d. Fa. Gebr. Arnhold Dresden	1,0	0,08
16. Sanitätsrat Dr. med. Siegmund Salzburg, Dresden	1,0	0,08
17. Frau Wilhelmine verw. Arnhold, Rentnerin, Hausbesitzerin	1,0	0,04[315.]

Biographien zu jüdischen Millionären

Königlich Bay. Kommerzienrat **Georg Arnhold,** Bankier, königlich Württ. Konsul, Teilhaber des Bankgeschäftes Gebr. Arnhold in Dresden, Gellertstrasse 1, geboren am 1. März 1859 in Dessau als Sohn des Arztes Adolf Arnhold und seiner Ehefrau Mathilde Cohn, besuchte die städtische Realschule in Berlin, verheiratete sich am 2. Oktober 1882 mit Anna Bayer, Tochter von S. Bayer und Sabine geborene Freund, nachdem er in dem Bankgeschäft Gebr. Arnhold in Dresden gelernt hatte und seit 1881 Mitinhaber geworden war. Georg Arnhold hatte 6 Kinder:

Ella	geboren am 12. Juli	1883,
Adolf	geboren am 5. Sept.	1884,
Heinrich	geboren am 22. Juli	1885,
Kurt	geboren am 29. April	1887,
Hans	geboren am 30. Mai	1888,
Ilse	geboren am 22. Mai	1890.

Im Jahre 1902 war der Seniorchef des im Jahre 1864 gegründeten Bankhauses Gebr. Arnhold der Königl. Württ. Konsul Max Arnhold; aber schon damals hatte Georg Arnhold mehrere Aufsichtsratsstellen. Georg Arnhold war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bank für Brauindustrie, der Bautzener Tuchfabrik A.G., der Deutschen Bierbrauerei A.G., der Deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.G. usw., stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bayr. Aktienbierbrauerei in Aschaffenburg, der Mitteldeutschen Bodenkreditanstalt in Greiz usw. und hatte insgesamt rund 23 Aufsichtsratsstellen.
1912 sind seine beiden ältesten Söhne Adolf Arnhold und Dr. jur. Heinrich Arnhold Mitinhaber des Bankgeschäftes und zwar Adolf Arnhold seit 1908. Beide wohnen im Hause des Vaters.

Adolf Arnhold ist Mitglied des Aufsichtsrates der Bierbrauerei A. Schifferer A.G. in Kiel und von drei anderen Gesellschaften. Dr. jur. Heinrich Arnhold war stellv. Vorsitzender der Porzellanfabrik Unterweisbach und Mitglied des Aufsichtsrates der Hofbierbrauerei Schöfferhof in Frankfurt am Main.

Kommerzienrat **Otto Hoesch,** Dresden, Tiergartenstrasse 26, geboren im April 1868 ist mit Ellen Gilka aus dem Rittergut Weissagk, Kreis Lukau, Reg. Bezirk Frankfurt a.O. verheiratet. Aus dieser Ehe stammen zwei Söhne und eine Tochter.

Frau Kommerzienrat Hoesch ist eine Schwester der Frau Wertheim geborene Gilka aus Berlin, deren Ehemann Teilhaber des Warenhauses A. Wertheim ist. Kommerzienrat Otto Hoesch und Kommerzienrat Hugo Hoesch, beide in Dresden lebend, sind Brüder.

Generalkonsul **Siegfried Schlesinger,** Dresden, Schnorrstrasse 68 wurde am 4. Juli 1847 in Kattowitz geboren und war verheiratet mit Rosamunde Mendel aus Dresden, Tochter des Sanitätsrates. Aus dieser Ehe stammte ein Sohn Arthur, damals 34 Jahre alt und Arzt.[315.)]

*

Die Dresdner Bank A.G.

Die Gründungswelle im Bereich des Bankwesens fand auch in Sachsen mit seiner schon entwickelten und im Aufblühen entstehenden Industrie den fruchtbaren Boden. Ein Teil dieser neuen Banken bestanden nicht lange und verschwanden in dem auf die Gründerjahre folgenden Krach, so die Dresdner Wechslerbank, der Sächsische Bankverein, die Dresdner Discontobank und die Dresdner Handelsbank, die alle 1872 entstanden waren. In diesem Jahre wurde auch die Dresdner Bank gegründet.

Die Anregung zur Gründung ging von dem – in zweiter Generation als Bankier in Dresden ansässigen – damals 32 jährigen (!) Eugen Gutmann aus. Er bewog die Inhaber des alteingesessenen Dresdner Bankhauses Michael Kaskel zur Umwandlung ihres Geschäftes in eine Aktienbank, die sich somit von vornherein auf ein als solide bewährtes (jüdisches) Bankgeschäft von hohem Ansehen stützen konnte. Das Gründungsprotokoll wurde am 12. November 1872 fertiggestellt. Ein Bericht der damaligen Zeit besagte:

> *„(Die Dresdner Bank) ist die einzige in der Schwindelperiode der siebziger Jahre entstandene Bank, welche zu einer wirklich hervorragenden Bedeutung. . . und zu längerer Dauer gelangt ist. Die Ursache ist, daß in ihrer Gründung selbst der Keim des sicheren Erfolges schon enthalten war."*

Das ursprüngliche Kapital der Dresdner Bank betrug 24 Millionen Mark (8 Millionen Taler) bei 40% Einzahlung im Gründungsjahre.*)

Unter **Karl von Kaskel** beteiligten sich an der Gründung

Rothschild	in Frankfurt am Main
S. Oppenheim	in Köln am Rhein
Magnus und Bleichröder	in Berlin
Kaskel und Bassenge	in Dresden
Hartmann	in Chemnitz und dem
Fürsten von Schöneburg-Waldenburg	

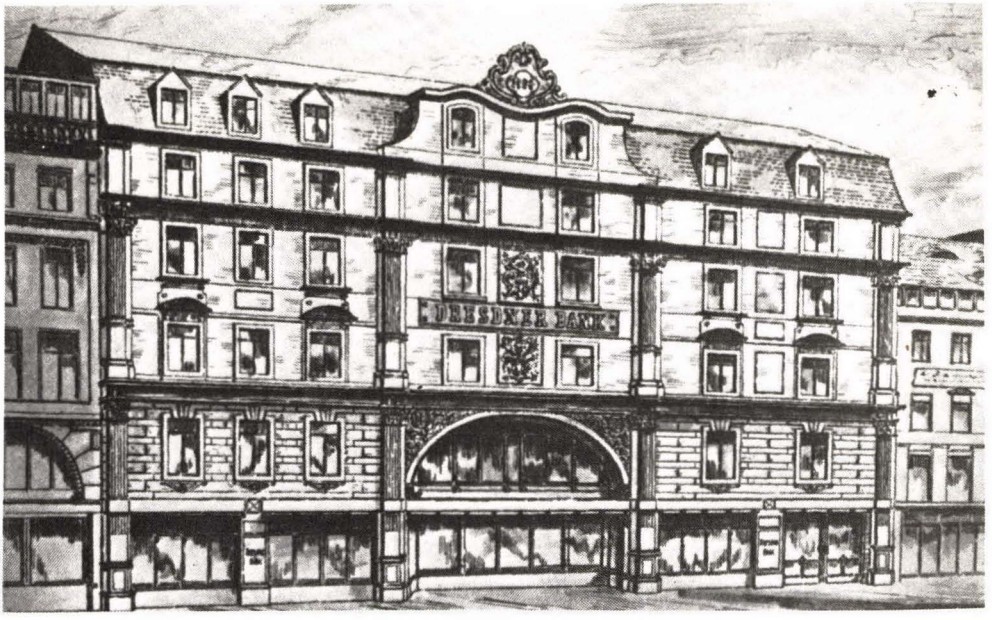
1873 wurden schon 9 Millionen Mark in Vollaktien umgewandelt und eine Aktiengesellschaft gegründet. Die rasante Aufstiegsbewegung hatte die Dresdner Bank A.G. dem Grundkapital von Kaskel und der ihr nahestehenden industriellen Gesellschaft zuzuschreiben.[316.)]

Die genannten Aktien wurden von den Inhabern des Bankgeschäftes **Michael Kaskel, Felix Freiherr von Kaskel** und dem Geheimen Kammerrat **Karl Freiherr von Kaskel,** von **Eugen Gutmann** und einigen anderen zu rund drei Achteln und im übrigen von einer als Konsortium fungierenden Gruppe von Aktienbanken übernommen. Einverleibt wurden 1873 teilweise die Dresdner Wechslerbank, der Sächsische Bankverein, die Dresdner Discontobank und die Dresdner Handelsbank, später 1892, die Anglo-Deutsche Bank in Hamburg.

Über die Eröffnung der Dresdner Bank schrieb 1872 das „Dresdner Journal":

> *„Wir können diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne der Firma Michael Kaskel, die wir mit Bedauern erlöschen sehen, die Anerkennung auszusprechen, daß sie während ihres fast 100jährigen Bestehens sich dem Publikum und den öffentlichen Interessen vielfach nutzbringend erwiesen und in schwierigen Zeitverhältnissen auch dem Staate gute Dienste geleistet hat".*

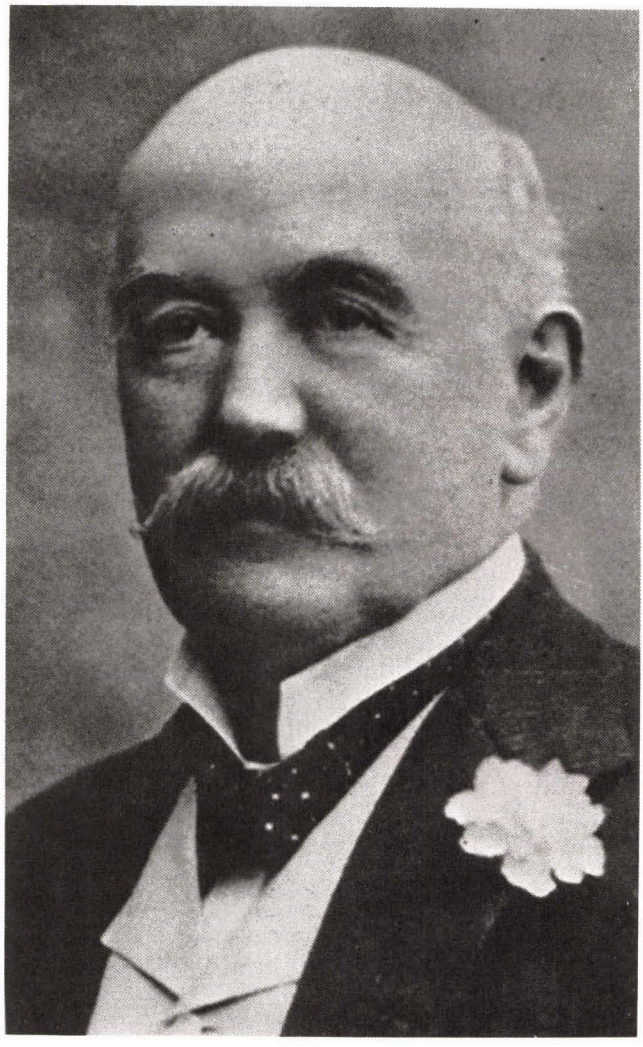
*) Hunscha, Kurt. Aus der Geschichte der Dresdner Bank 1872–1969. Frankfurt 1969. Seite 23, 24



Stammhaus der Dresdner Bank
in Dresden in der Wilsdrufferstraße,
1876 - 1897



Freiherr **Karl von Kaskel**



Geheimer Kommerzienrat **Eugen Gutmann,**
1840 - 1925

So eröffnete die Dresdner Bank am 1. Dezember 1872 mit 30 Angestellten ihre Schalter. Der wirtschaftliche Rückschlag, der im Jahre 1873 in der ganzen Welt einsetzte,zog auch das Geschäft der Dresdner Bank in Mitleidenschaft, insbesondere soweit sie sich im Finanzierungs- und Effektengeschäft betätigt hatte. Das Geschäft dehnte sich in den folgenden Jahren ständig weiter aus. Wie aber Eugen Gutmann bald erkannte, konnten die großen Geschäfte nur von Berlin aus getätigt werden. So wurde am 1. April 1881 eine Niederlassung in Berlin gegründet, der juristische Sitz blieb aber bis 1950 in Dresden.*)

Die hervorragende Rolle der Dresdner Bank fand darin ihre äußerliche Anerkennung, daß König Albert einem Mitgliede der Dresdner Israelitischen Religionsgemeinde, dem Direktor dieser Bank, **Georg Wilhelm Arnstädt**, das Ritterkreuz I. Klasse vom Albrechtsorden im Februar 1896 verlieh.[317.)] Nach seinem Tode 1911 hinterließ er der Dresdner Bank ein Legat von 300,000 Mark.
Eine weitere Spitzenfunktion in der Direktion der Dresdner Bank erhielt 1891 der Geheime Kommerzienrat Generalkonsul **Gustav von Klemperer** (1850-1926). Klemperer hatte sich zu jener Zeit als ein besonderer Förderer der sächsischen und österreichischen Industrie erwiesen. Als er 1913 aus dem Vorstand der Dresdner Bank ausschied, wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt. Eine weitere seltene Auszeichnung wurde Gustav von Klemperer noch zuteil: Die Dresdner Börse ernannte ihn zu ihrem Ehrenmitglied.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß Gustav von Klemperer eine der bedeutendsten Kunstsammlungen in Dresden besaß. 1938 wurden diese von den nationalsozialistischen Gewalthabern geraubt. Ein Teil befindet sich heute noch in Dresden.[318.)]

Die schillerndste und prägnanteste Persönlichkeit, welche die Geldgeschäfte der Dresdner Bank A.G. zusammen mit einem hervorragendem Organisationstalent verband, war **Eugen Gutmann** (1840-1925). Auf seine Initiative hin wurde die Bankgründung vorgenommen.

Das Stammhaus der Dresdner Bank A.G. befand sich von 1876 bis 1877 in der Wilsdrufferstraße. Es war ein bedeutender Entschluß von Eugen Gutmann, als er 1881 eine Niederlassung der Dresdner Bank A.G. in Berlin errichtete, die bald den Rahmen einer Lokalbank sprengte.

Um 1900 hatte auch der Geheime Kommerzienrat **Eduard Arnhold** (1849-1925) einen Sitz im Aufsichtsrat der Dresdner Bank inne und war außerdem noch im Zentralausschuß der Reichsbank eine führende Persönlichkeit, die im Wirtschaftsleben großen Erfolg und Einfluß hatte.

Die Berliner Niederlassung überflügelte schon im ersten Jahre ihres Bestehens den Dresdner Stammsitz. In den Tagen des Aufstieges des Deutschen Reiches hatte die Bank einen großen Anteil an der Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

In den Zeiten des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges erlitt sie schwere Rückschläge. Nach dem Bankkrach im Jahre 1931 erholte sich die Bank langsam wieder, nicht zuletzt durch die energische Hilfe des Reiches.[319.)]

Raphael Erlanger gründete in Frankfurt ein Bankgeschäft unter seinem Namen. 1904 ging das Stammhaus auf die Dresdner Bank über, die daraus den Grundstock ihrer Filiale bildete.

*) Hunscha, Kurt. Aus der Geschichte der Dresdner Bank 1872-1969. Frankfurt 1969. Seite 23, 24

Lazarus Wertheimber aus Fürth gründete 1854 unter dem Namen Louis Wertheimber in Frankfurt am Main eine Niederlassung des in Fürth bestehenden Bankhauses, das sich speziell im Hopfenhandel und Brauereigewerbe betätigte. Nach dem Tode von Lazarus Wertheimber ging das Haus auf die Dresdner Bank über.

Erlanger und Söhne, deren Initiative bedeutende Bankgründungen im In- und Ausland zu verdanken waren, überließen 1904 ihre Firma der Dresdner Bank.

Im Jahre 1925 bildeten die Juden 34% aller Bankinhaber. Von den 58 Leitern der zehn größten Banken in Deutschland, die 2/3 bis 3/4 des gesamten Kreditumsatzes kontrollierten, waren im Jahre 1928 28 Juden, das heißt, fast die Hälfte. An der Spitze der drei größten Banken Deutschlands, der

Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Darmstädter Bank

standen Juden. Im dritten Jahr der Krise, 1932, lagen 2/3 des gesamten Kreditapparates in den Händen der neuen Regierung.[320.)]

1918/19 waren im Vorstand der Dresdner Bank folgende Juden:

Eugen Gutmann
Henry Natan
Herbert M. Gutmann
Felix Jüdell
Wilhelm Kleemann
Carl Hrdina.

Die stellvertretenden Vorstände waren:

William Freymuth
Bruno Theusner
Franz Marcuse
Raphael Eberhard
Samuel Ritscher.

*

Um diese Zeit war die Dresdner Bank durch Aktienbesitz dauernd beteiligt:

Mecklenburg-Bank
Rostocker-Gewerbebank
Neupommersche-Spar-u. Creditbank
Deutsch-Südamerik. Bank
Eisenbahn-Rentenbank, Ffm.
Schwarzburgische Landesbank
Eschweiler Bank
Elberfelder Bankverein
Bergische-Credit Anstalt
Oldenburg-Landesbank
Hessische Landesbank
Deutsche Orientbank
Eisenbahn-Bank/Frankfurt /M.
Deutsch-Westafrikanische Bank
Treuhand-Vers. AG. Berlin
Herforder Diskontbank
Dürener Bank

Weiterhin war die Dresdner Bank noch indirekt oder direkt beteiligt:

Hardy & Co. GmbH, Delbrück
Schickler & Co. Berlin
Alwin Hilger GmbH, Duisburg.[321.)]
Joh. Ohligschläger GmbH, Aachen
Deichmann & Co. Köln

1933 - 1945

Gleich nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurden führende Direktoren, leitende Angestellte und Bankpersonal das jüdischer Abstammung war, aus den Banken entlassen. Allerdings waren die Banken nach einer Erklärung von Goebbels am 31. April 1933 vom Boykott ausgeschlossen, um nicht den Zahlungsverkehr ins Stocken zu bringen. Dokumente über die Entlassung von Juden aus der Dresdner Bank liegen nicht mehr vor. Dafür sind die Reichsgesetzblätter über die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben (RGB JG. 1938. T.1.) aussagekräftig:

„Ein Jude kann nicht mehr Betriebsführer sein . . .
Ist ein Jude leitender Angestellter, so kann ihm gekündigt werden . . . "

Auch in die Dresdner Bank wurden Vertrauensleute der NSDAP eingeschleußt. Dem Freundeskreis des Reichsführers der SS gehörten auch Vertreter der Dresdner Bank an. Die im Freundeskreis zusammengeschlossenen Konzerne und Banken überwiesen für „besondere Aufgaben" jährlich über eine Million Mark an die SS.

Als Rassenspezialist bei der Arisierung von Bankhäusern war Viktor Emanuel Preusker im Range eines SS-Führers eingesetzt, der als Vertrauensmann der Dresdner Bank galt.*)

Ende 1935 übernahm die Dresdner Bank das mitteldeutsche Geschäft der Gebrüder Arnhold in Dresden und einige Monate später „reorganisierte" ein Konsortium unter Leitung der Dresdner Bank das Bankhaus Hardy.

Da das NS-Wirtschaftsministerium laufend neue Verordnungen plante, war zeitweise bei der Arisierung ein gewisser Stillstand eingetreten, den die Dresdner Bank zu besonderen Anstrengungen auszunutzen strebte, da sie bereits über die zu erwartenden Bestimmungen informiert war. Es liegt ein Dokument vor, indem mitgeteilt wird, daß die Filialen der Dresdner Bank in Dresden und Breslau alles mögliche zur Förderung der „Arisierung" versuchten. Das Reichswirtschaftsministerium hatte einen ihrer Mitarbeiter ausdrücklich gebeten, die Informationen des RWM nicht in einem Rundschreiben zu verbreiten, damit nicht der Eindruck einer Bevorzugung der Dresdner Bank durch das Reich entstünde.[322.)]

1938 wurde fast der gesamte Bestand des Bankhauses S. Bleichröder für einen Bruchteil seines Wertes an die „arische" Firma Hardy & Co., GmbH und die Dresdner Bank übertragen.
Nach der am 28. Oktober 1938 dekretierten Ausweisung der polnischen Juden aus Deutschland, wurden deren Guthaben bei den Geldinstituten sofort beschlagnahmt. Guthaben und Werte von Juden bei der Dresdner Bank und deren Filialen in Sachsen unterstanden dem Oberfinanzpräsidenten in Leipzig. Die Überwachungsstelle für jüdisches Vermögen konnte in besonderen Fällen die Freigabe von Geldern bewilligen, wenn zum Beispiel Rechnungen, Wechsel, Steuerabgaben usw. an nichtjüdische Firmen oder Institutionen zu begleichen waren.

Die Pogromnacht am 9./10. November 1938 und deren Auswirkungen wurden dann von den Nationalsozialisten zum Vorwand genommen, das gesamte jüdische Vermögen zu beschlagnahmen. Die Gestapo erließ im Zuge der „Endlösung der Judenfrage" am 8. Juni 1942 eine Verfügung, demzufolge die gesamten inländischen jüdischen Vermögenswerte sicherzustellen seien.

---

*) In: Braunbuch der Kriegs- u. Naziverbrecher in der BRD. Berlin 1965. S.355

Die Dresdner Bank und auch alle anderen Banken lieferte diese und „Ausländergelder" nach Berlin auf das Konto der Haupttreuhandstelle, Sonderabteilung Altreich, bei der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G. ab. Um welche Werte es sich hierbei handelte, ist zum Beispiel der Aktion „Reinhard" zu entnehmen, als an die Reichsbank, beziehungsweise an das Reichswirtschaftsministerium beim SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt in Berlin zusammen 100.047.983,– Mark jüdischen Vermögens (in Reichsmark, Devisen, Edelmetalle und sonstige Werte) abgeliefert wurden.

Zu welchen Zwecken die von den Nationalsozialisten geraubten Gelder (z.B. Erlös von geraubten Kunstschätzen) von den verschiedensten Stellen unter anderem verwendet wurden, beweist folgender Vorgang: 1943 wurden im Konzentrationslager Auschwitz 79 Juden, 30 Jüdinnen, 2 Polen und 4 Innerasiaten – insgesamt 115 Menschen – zu rassenbiologischen Experimenten ausgesucht und in das Konzentrationslager Natzweiler gebracht und dort vergast. *)

Die Leichen kamen in das Anatomie-Institut der Universität Straßburg. Dieser SS-Betrieb war 1935 als Privatverein gegründet worden, um „Raum, Geist, Tat und Erbe des nordrassigen Indogermanentums zu erforschen" – wie die Satzung von 1939 der inzwischen umbenannten und dem SS-Imperium einverleibten „Forschungsgesellschaft" besagte.

Jahrelang diente das von einzelnen Firmen mitfinanzierte SS-Institut den Einfällen seines verbrecherischen Präsidenten Heinrich Himmler. Später betrieb das Institut rassenbiologische Experimente und Versuche, sogar an lebenden Menschen.[323.)]

Nach dem Krieg wurden die Filialen der Dresdner Bank in der sowjetischen Besatzungszone teilweise erst Ende 1945 geschlossen. Eine Rechtsnachfolge der geschlossenen Filialen der Dresdner Bank trat nicht ein. Die Deutsche Notenbank (zum Beispiel Chemnitz) in der DDR, die noch 1953 Anfragen wegen Guthaben bei der Dresdner Bank beantwortete, ist kein Nachfolger der rechtsverbindlich zuständig wäre.[324.)]

Auch bei der Dresdner Bank (wie auch bei allen anderen Banken) wurde das dort deponierte und von den Nationalsozialisten geraubte jüdische Vermögen nicht an die Besitzer zurückerstattet. Wiedergutmachungsbehörden kamen für diese Schäden auf und ersetzten sie, allerdings im Umtauschverfahren 1:5.

Für die Juden, die jetzt in der DDR wohnen, gab es keine den Gesetzen der Bundesrepublik ähnliche Entschädigung oder Wiedergutmachung. Dagegen erhalten die nicht in der DDR wohnenden Verfolgten, die früher – aber jetzt nicht mehr – auf dem Gebiet der jetzigen DDR lebten, Entschädigung und Rückerstattung nach den Gesetzen der Bundesrepublik.

*) Taylor, Telford. Die Nürnberger Prozesse. Zürich 1951. S. 56

Das Bankhaus Gebrüder Arnhold

Um 1864 wurde das Bankhaus von den Herren Kommerzienrat Max Arnhold und Geheimer Kommerzienrat Georg Arnhold gegründet. In zäher und harter Arbeit, gepaart mit sozialem Sinn haben es die beiden Brüder Arnhold verstanden aus dem kleinen Bankgeschäft ein Unternehmen zu entwickeln, welches für die deutsche und insbesonders für die sächsische Industrie und für den Handel von weitragendster Bedeutung wurde. 1931 folgte ein Zusammenschluß des Bankhauses Bleichröder mit dem Bankhaus Gebr. Arnhold, dessen günstige Auswirkung aber infolge der einsetzenden Naziverfolgung nicht lange andauerte. *)

In der Verwaltung waren 1935 unter dem Vorsitz Dr. Heinrich Arnhold Geistliche der drei großen Konfessionen beteiligt. Alle Inhaber der Bankhäuser Arnhold waren bewußte Juden. Ihr Ideal bestand in dem Ausgleich der Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Religionen. Sie waren Assimilationsjuden im guten Sinne des Wortes und haben sich in edelster Weise in dieser Richtung betätigt, ohne ihr Judentum je zu verleugnen.

1937 schlossen sich im Ausland die beiden Bankhäuser S. Bleichröder und Gebr. Arnhold zusammen und die Firma erhielt den Namen Arnhold and S. Bleichröder. Der Hauptsitz der Firma ist heute in New-York.

Eine kurze Pressemeldung berichtet von dem Untergang des Bankhauses in Dresden:

> *„Das Bankhaus Gebr. Arnhold hat mit dem 2. Dezember 1935 sein Dresdner Geschäft, soweit es sich um die sächsisch-thüringische Kundschaft handelt auf die DRESDNER BANK in Dresden übertragen. Diese beabsichtigt, das Geschäft als besondere Abteilung unter der Bezeichnung Dresdner Bank, Abteilung Waisenhausstrasse fortzuführen. Das Berliner Haus der Firma Gebr. Arnhold, in das die Frau des 1935 verstorbenen Teilhabers Dr. Heinrich Arnhold als Kommanditistin eintritt, wird als selbständiges Privatbankhaus von den bisherigen Inhabern unverändert fortgeführt unter Übernahme desjenigen Teiles des bisherigen Dresdner Geschäftes, der über den sächsisch-thüringischen Rahmen hinausgeht."*[325.)]

Das Bankhaus Phillipp Elimeyer

Im Jahre 1829 wurde dieses Bankhaus gegründet und gehörte zu den angesehensten Unternehmen Dresdens. Der Bankier Julius Heller (1866-1929) war der bekannteste Leiter dieser Firma, dessen Mitinhaber er 33 Jahre lang war.

Bis zum Tode von Julius Heller stand dieser an der Spitze des Dresdner Börsenvorstandes und war auch Mitglied des Vorstandes der Dresdner Industrie- und Handelskammer. In 36 Industrieunternehmungen vertrat Heller sein Haus als Mitglied des Aufsichtsrates.

Das Bankhaus Knauth, Nachod und Kühne Leipzig

Der Inhaber dieses Bankhauses war Jakob Nachod, der 1814 in Dresden geboren wurde. Neben seiner Tätigkeit im Bankwesen war er als bedeutender Philanthrop bekannt. In Leipzig begründete er 1844 die Gesellschaft der Freunde in Leipzig, aus der im Jahre 1846 die Israelitische Religionsgemeinde hervorging, in deren Leitung er bis zu seinem Tode 1882 in Leipzig tätig war. Nachod war Mitbegründer des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes und war an der Schaffung zahlreicher interkonfessioneller Stiftungen beteiligt.

---

*) Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Stuttgart 1963. Seite 201.

Das Bankhaus S. Mattersdorff

Es gehörte zu den ältesten und angesehensten Bankhäusern in Dresden, wurde 1849 gegründet und nahm unter Richard Mattersdorff, der bis zu seinem Tode Präsident der DRESDNER BÖRSE war, einen auf dem Rufe größter Solidität beruhenden stetigen Aufstieg. Richard Mattersdorff widmete seine reichen Erfahrungen besonders auch der Israelitischen Religionsgemeinde, als deren Vorstand er seit 1914 wirkte. Nach seinem Tode 1921 führte sein Sohn Hans Mattersdorff, der ebenfalls dem Vorstand der Dresdner Börse angehörte, das Bankhaus und baute es weiter aus, nicht nur als Börsenfirma, sondern speziell als Kreditinstitut für den Mittelstand. Als Teilhaber trat Anfang 1937 Dr. Emanuel Breit, Sohn des angesehenen Dresdner Juristen Professor James Breit ein. Die Entwicklung der Firma, die gerade unter den Dresdner Juden sehr zahlreiche gute Freunde hatte, fand 1937 unter dem Druck der Nationalsozialisten, nach fast 90jährigem Bestehen ihr Ende.[326.)]

Das Bankhaus Bondi und Maron

Als eines der ältesten Bankhäuser nicht nur in Sachsen, sondern in Deutschland ist dieses Bankhaus zu bezeichnen. 1775 eröffnete J.S.Bondi ein Bank- und Wechselkontor in Dresden. In dieses Geschäft trat 1871 der jüngere Schwager des Kommerzienrates Josef Bondi, Ignatz Maron (gest. 1921) als Teilhaber ein. Die Nachfolger waren seine Söhne. Alfred Maron war einer der Organisatoren der deutschen Privatbankiers im Kampfe gegen die Großbanken. Seit 1898 führte er das von seinem Vater übernommene Bankhaus Bondi und Maron.

Er gründete den Verband der Deutschen Privatbankiers, war dessen erster Vorsitzender und war Mitglied des Vorstandes des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes sowie des Deutschen Außenhandelsverbandes. Zum Vorsitzenden des Vorstandes der Dresdner Börse wurde er im Jahre 1929 gewählt.

Zuletzt wurde die Firma von seinem Bruder Ernst Maron und seinen Söhnen Rudolf und Walter Maron geleitet. Ebenso wie sein Vater hat Rudolf Maron im Centralverband an besonderer Stelle sich für die Interessen des Bankgewerbes und die Privatbankiers eingesetzt. Ende des Jahres 1930 konnte das Bankhaus sein 155jähriges Bestehen feiern.

Juden an der Dresdner Börse

Der Präsident der Dresdner Börse war bis 1921 Bankier Richard Mattersdorff.
Der Vorsitzende des Vorstandes der Dresdner Börse war von 1929 (bis 1932?) der Bankier Alfred Markus. An der Spitze des Börsenvorstandes stand jahrelang Julius Heller bis zu seinem Tode im Jahre 1929. Dem Vorstand gehörte der Bankier Hans Mattersdorff bis 1932/33 an. Zum Ehrenmitglied der Börse wurde Gustav von Klemperer ernannt.

Seit der Gründung der Dresdner Börse waren Juden an deren Aufbau und Geschäften maßgeblich beteiligt. Wie man sieht, wurden sie in bedeutende Positionen dieser Institution gehoben und hatten diese bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten inne.

*

Die Darlehenskasse

Die jüdischen Darlehenskassen waren als Träger jüdischer Kredit- und produktiven Wirtschaftshilfe in der Zentralstelle für jüdische Darlehenskassen e.V. in Berlin-Charlottenburg zusammengefaßt. Seit 1929 wurde ein systematischer Ausbau dieser Kassen in Deutschland vorgenommen.

Bezirks- und Ortsdarlehenskassen waren in Sachsen: Dresden, Chemnitz, Leipzig, Plauen und Zwickau. Die Darlehenskassen waren zumeist in Form eines eingetragenen Vereines registriert. Sie arbeiteten gemeinnützig, jedoch auf wirtschaftlicher Grundlage. Sie konnten in der Regel Kredite bis zu 1.000,– RM. für eine Laufzeit von 12 Monaten und gegen Sicherheit von zwei Bürgen ausleihen gegen einen mäßigen Verwaltungskostenbeitrag oder in bestimmten Fällen zinslos. Der American Joint Reconstruction Foundation und der American Joint Distributions Comitee hatten der Zentralstelle einen Kredit zur Verfügung gestellt, den diese an die einzelnen Darlehenskassen weitergaben.[327.)]

Die jüdische Volksbank.

Die von der Jüdischen Volkspartei, Dresden, seit langem geplante Gründung einer jüdischen Genossenschaftsbank ist im Juni 1931 der Verwirklichung nähergerückt. Auf Antrag von Dr. Schornstein beschloß der Gemeinderat, einen größeren Kreis von Gemeindemitgliedern zu einer Vorbesprechung über die Gründung einer Genossenschaftsbank oder Darlehenskasse einzuberufen.

Am 3. Juni 1931 waren Liberale und Volksparteiler der Einladung gefolgt, aber die „Volksvereinigung für jüdische Interessen" und die sogenannte „Mittelpartei" hatten von der ergangenen Einladung der Israelitischen Religionsgemeinde abgesehen, weil die Initiative von der Jüdischen Volkspartei ausgegangen war. (!)

Es verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, daß die spezifische Wirtschaftsnot der jüdischen Bevölkerung Deutschlands Männer in hohen und höchsten Stellungen des Wirtschaftslebens dazu veranlaßt hat, eine „Gesellschaft zur Förderung des Genossenschaftsdenkens unter den Juden in Deutschland" zu gründen. An der Spitze dieser Gesellschaft stand Dr. Wilhelm Kleemann, Direktor der Genossenschafts-Abteilung der Dresdner Bank, dem Vorstand gehörten ferner Gustav Benario, Willy Dreyfus, Georg Kareski, Heinrich Stahl und Oskar Wassermann an.[328.)]

Juden in anderen Banken

Auch in nichtjüdischen Banken waren Juden bis 1933 in Spitzenfunktionen. So auch Walter Opitz (geb. 13.6.1902), der nach Schulbesuch und Banklehre bis Ende 1927 bei einer Großbank und einer Sparkasse in Dresden tätig war. Anschließend wurde er Leiter der Filiale Dresden der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die – im Jahre 1923 von den freien Gewerkschaften als Arbeitnehmerbank gegründet – zu den Vorläufern der Gemeinwirtschaftsbanken zählt. Nach der Enteignung der Bank durch die Nationalsozialisten wurde Opitz aus politischen Gründen in Haft genommen. Nach dem Kriege war er bei verschiedenen Firmen in Dresden tätig.*)

*) In: Allgemeine unabh. jüd. Wochenztg. Nr. XXVII/24. 16. Juni 1972. S.4.

Kapitalausfuhr und Reichsinteresse (Nach 1933.)

Die Devisenstellen, stark mit ehemaligen Bankbeamten besetzt, arbeiteten in der Auswanderungs- und Transferfrage sehr unterschiedlich. Dresden hatte andere Grundsätze als Leipzig oder Frankfurt am Main. Die Reichsdevisenstelle in Berlin hatte als vorherrschendes Prinzip: was springt dabei für das Reich heraus ?

Transferfragen waren für die Juden bedeutsam, weil jeder Betrag im Ausland das künftige Leben dort erleichterte. Die Dresdner Auswanderungsberatungsstelle konnte sich nicht mit der Durchführung und Beratung dieser Angelegenheiten befassen. Interessenten wurden an sachverständige Devisenberater und Rechtsanwälte verwiesen. Bei den Transfergeschäften war nicht das Wohl des Auswanderers, nicht einmal die Förderung der Auswanderung als solche der Beweggrund zu ihrer Zulassung, sondern vielmehr der Nutzen, den das Reich oder Körperschaften sowie Einzelpersonen hierbei erzielen konnten.

Diese Einstellung lief dann im November 1938 in den ersten Versuch aus, gegen ausländische Devisen deutsche Juden auszutauschen. (Menschenhandel !) Wo nicht am reinen Transfergeschäft genug verdient wurde, erlegten die Devisenstellen Sonderabgaben an die deutsche Golddiskontbank auf. Bis 1937 wurde noch der sogenannte „Alltreu-Transfer" gehandhabt, der Personen, die nicht mehr als 30.000 Mark besaßen oder Familien von drei und mehr Personen, die nicht mehr als 50.000 Mark besaßen, einen beachtlich günstigeren Transfer bewilligte, als es der Verkauf der jüdischen Auswanderersperrmark war. Mit Hilfe dieses „Alltreu-Transfers" konnte der Hilfsverein auch eine bescheidene Anzahl von Landungsdepots und Vorzeigegeldern in verschiedenen Überseeländern beschaffen. Der „Alltreu-Fonds" war aber bald erschöpft die Vermögensverluste wurden ständig größer. Vom Juni 1939 ab konnten jüdische Auswanderer ihre Sperrmark nur noch an die deutsche Golddiskontbank verkaufen, die Zwangskurse festsetzte, Mitte 1938 noch 18% in Devisen bezahlte, um späterhin auf nur noch 4% herabzugehen, bis es zur restlosen Enteignung der Auswanderer-Sperrguthaben kam.[329.)]

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1938, Teil I. Seite 1580

Verordnung
zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.
Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzblatt I. S.887) wird folgendes verordnet:

§ 1.

(1) Juden (§5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 15. November 1935 – Reichsgesetzblatt I. S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tag verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

§ 2.

(1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrage, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3.

(1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember *1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.*

§ 4.

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

REICHSSTEUERBLATT

28. Jahrgang Berlin, 24. November 1938 Nr. 106 Seite 1075

1020 *Judenvermögensabgabe*

Runderlass des Reichsministers der Finanzen vom 23. November 1938 (S.3401-1 III)

Ich übersende Ihnen hiermit Abdruck der Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden vom 21. November 1938 und den Abdruck einer Pressenotiz. Ich ersuche, den Inhalt der Verordnung auch in anderer geeigneter Weise in Ihrem Bezirk unverzüglich bekanntzumachen.

Zu der Durchführungsverordnung bemerke ich im einzelnen:

1. *Grundsätzliches.* *(Es folgen die Bestimmungen)*
2. *Kreis der Abgabepflichtigen.* "
3. *Bemessungsgrundlage.* "
4. *Zuständigkeit.* "
5. *Feststellung der Bemessungsgrundlage.* "
6. *Kassenmässige Behandlung.* "
7. *Anrechnung, Inzahlungnahme von Sachgütern.* "
8. *Sicherheitsleistung.* "

1021. Pressenotiz des Reichsfinanzministeriums vom 23. November 1938.

Judenvermögensabgabe

Der Reichsminister der Finanzen teilt mit:

Zur Abwehr und Sühne der feigen Angriffe des Judentums hat der Generalfeldmarschall Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan durch Verordnung vom 12. November 1938 den Juden die Zahlung einer Kontribution von 1 MILLIARDE Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.[330.)]

Der „Sächsische Postillon" veröffentlichte am 25. November 1938 einen Artikel über das Vermögen der Juden in Sachsen. Die genaue Übersicht der Nationalsozialisten über das jüdische Vermögen diente zur Beraubung des jüdischen Eigentums. Die Zeitung schreibt:

25 jüdische Millionäre in Sachsen
Gesamtvermögen der „armen" Juden im Gaugebiet über 227 Millionen RM.!

Dresden. Die ungeahnten Ausmaße der skrupellosen Ausbeutung Sachsens durch die Juden, wie sie einmal möglich war, bis nach der Machtübernahme des Sachsengaues unter der zielbewußten Führung seines Gauleiters, des Reichsstatthalters Martin Mutschmann, dem hemmungslosen Treiben der Juden durch beispielgebende Massnahmen gebieterisch Einhalt gebot, enthüllt am Donnerstag „Der Freiheitskampf" durch aufschlußreiches Zahlenmaterial, das vom Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, vom Statistischen Landesamt und vom Gauwirtschaftsberater der NSDAP stammt.

Während der deutsche Volksgenosse mit seiner Familie in dem, einem einzigen Industriefriedhof gleichenden Sachsenland der Systemzeit unsagbare Not und Entbehrungen ertragen mußte, saugte der schmarotzende Jude die seinem Einfluß immer mehr erliegende sächsische Wirtschaft aus. Denn nur so war es möglich, daß dieselben Juden, die einst zum allergrößten Teil ohne jegliche Mittel nach Sachsen kamen, heute auf dicken Geldsäcken sitzen. In den einzelnen sächsischen Kreishauptmannschaften wurde im Frühjahr 1938 nach der Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, zur Erfassung des jüdischen Vermögens (!) folgendes rein jüdisches Vermögen festgestellt (anmeldepflichtig waren nur Vermögen über 5.000 RM.).

Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen	*10.265.099,48 RM.*
Stadt Dresden	*77.276.231,90 RM.*
Kreishauptmannschaft Leipzig	*4.258.854,00 RM.*
Stadt Leipzig	*88.430.360,00 RM.*
Kreishauptmannschaft Chemnitz	*10.132.595,00 RM.*
Stadt Chemnitz	*25.294.365,00 RM.*
Kreishauptmannschaft Zwickau	*5.552.356,39 RM.*
Stadt Plauen	*5.480.605,24 RM.*

Das ergibt ein Gesamtvermögen der Juden in Sachsen von 2.273.320.467,01 RM. Im sächsischen Gaugebiet befinden sich noch etwa 1800 Juden (Nov. 1938)(allein in Leipzig wohnen davon mehr als 50 v.H.), d.s. 0,34 v.H. der Gesamtbevölkerung Sachsens. Der Anteil des jüdischen Vermögens (Zählung vom Mai 1938) am steuerpflichtigen Gesamtvermögen in Sachsen (Zählung 1935) beträgt demnach rund 4,0 v.H. Auf einen Juden entfallen also 12.500 RM. des anmeldepflichtigen jüdischen Vermögens, während auf einen arischen Einwohner nur 1.050 RM. steuerpflichtigen Vermögens kommen. Wenn auch in der Höhe des anmeldepflichtigen jüdischen Vermögens und der steuerpflichtigen arischen Vermögensgrenze ein kleiner Unterschied besteht, so kann man doch nach den statistischen Unterlagen mit gutem Gewissen behaupten, daß die Juden in Sachsen immer noch ungefähr 10 mal soviel Vermögen besitzen, wie die deutsche Bevölkerung, während der Reichsdurchschnitt 4,57 v.H. beträgt.

Noch viel krasser tritt der Unterschied zu Tage, wenn man sich einmal der Sparte der Millionäre zuwendet. In Sachsen gibt es 25 jüdische Millionäre.

13 im Bereich der Kreishauptmannschaft Dresden,
7 im Bereich Leipzig,
4 im Bereich Chemnitz, und
1 im Bereich von Zwickau. (In Sachsen gab es 1938 mehr als 1000 christliche Millionäre. Anm.)

Es darf bei diesem Zahlenwerk nicht übersehen werden, daß es sich nur um anmeldungspflichtige Vermögen über 5.000 RM. handelt und daß die Zählung erst im letzten halben Jahr erfolgte. Wer weiß aber, wieviel Millionen und Milliarden die Juden seit 1933 ins Ausland verschoben haben, welche unermeßlichen Schätze und märchenhaft hohe Summen diejenigen Hebräer, die es vorzogen, bei Nacht und Nebel im Laufe der letzten Jahre aus Deutschland zu verschwinden, bereits unangemeldet und unversteuert mitgenommen haben.[331.)]

Dresdner Anzeiger. 17. November 1938. Nr.315

Wirtschaft und Sozialpolitik

Jüdische Vermögen in der Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen

In der Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen haben gemäß der Meldepflicht vom 26.4.1938 rund 1700 Juden ihr Vermögen angezeigt. Die Verordnung erfaßt allen Vermögensbesitz von 5.000 Mark aufwärts.

Verfügung der Geheimen Staatspolizei 8.6.1942.

Aufgrund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 beschlagnahme ich hiermit mit Wirkung vom 1. Mai 1942 die gesamten inländischen Vermögenswerte der Juden.

Zahlungen dürfen nur mit Genehmigung der zuständigen örtlichen Finanzämter, denen die Verwaltung und Verwertung des Vermögens obliegt, geleistet werden. Ausgenommen sind hiervon die unaufschiebbaren Zahlungen für Steuern, öffentliche Abgaben und Hypothekenzinsen.[332.)]

Werte aus der Aktion „Reinhard" wurden zwecks Weiterleitung an die Reichsbank, bzw. an das Reichswirtschaftsministerium beim SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, Berlin, abgeliefert und zwar:

a) Reichsmark-Beträge im Gesamtwert von	*RM*	*53.013.133,51*
b) Devisen in Banknoten aus allen Hauptländern	*RM*	*1.452.904,65*
c) Devisen in gemünztem Gold im Gesamtwert	*RM*	*843.802,75*
d) Edelmetalle (rund 1800 kg Gold, 10.000 kg Silber)	*RM*	*5.353.943,00*
e) Sonstige Werte, wie Schmuckgegenstände	*RM*	*26.089.800,00*
f) Rund 1000 Waggons Spinnstoffe im Gesamtwert v.	*RM*	*13.294.000,00*
Zusammen	*RM*	*100.047.983,91*

gez.
Globocnik
SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei[333.)]

Der Oberfinanzpräsident zu Leipzig forderte von den sächsischen Städten das jüdische Vermögen wie Reichsmark, Devisen, Gold, Edelmetalle und andere Werte, die bereits seit dem 9. November 1938 geraubt und in Banken deponiert wurden. Es handelte sich um das Vermögen von Juden aus den Städten Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau und den kleineren Orten.

Bei dem Landgericht Berlin im Archiv befindet sich ein Rechenschaftsbericht der Haupttreuhandstelle Ost für die Jahre 1939/1942, der Angaben darüber enthält, daß Gold- und Silbersachen, Edelsteine, sonstiger Schmuck und ähnliche Wertgegenstände durchweg in ein Depot dieser Stelle bei der Reichskredit-Aktiengesellschaft in Berlin deponiert waren.

Ein noch vorhandenes Aktenstück im Staatsarchiv Leipzig mit der Bezeichnung -Devisenstelle Leipzig Sig. 1389 – weist nach, auf welche Weise selbst Gegenstände ohne besonderen Wert den Juden „entzogen" wurden.

Devisenstelle Leipzig
-Zollfahndungsstelle-

Leipzig S 3, 14. Juni 1941
Adolf-Hitler Str. 143. Tel. 34311

Aktenz. 67/41 – Cs – IVtz
Betr.: Georg Israel Kosterlitz im Konzentrationslager.

Herrn
Oberstaatsanwalt

in Leipzig

Gegen den jüdischen Bankdirektor i.R. Georg Israel Kosterlitz. . . erstatte ich Strafanzeige wegen Vergehens. . . über die Anordnung des Vermögens von Juden vom 26.4. 1938 (RGBl.T.I.S.414).

Ich lege dem Beschuldigten zur Last. . . ihm gehörige Gegenstände aus Silber bzw. Gold nicht bei einer vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abgeliefert (zu haben.)

6 silberne Kaffeelöffel	*6 silberne Kaffeelöffel "K"*
6 silberne Speiselöffel	*12 silberne Fischmesser*
11 silberne Fischgabeln	*1 silbernen Gemüselöffel*
1 silberne Kuchenschaufel	*1 goldene Münznadel 900/1000 fein*
	hierzu 1 Stiel 585/1000 fein

Als Zeugen benenne ich: Devisenprüfer Alfred Neuschütz, Zollfahndungsstelle Leipzig, KOS Zenner, Geheime Staatspolizei Leipzig.

Die obengenannten Gegenstände befinden sich zur Zeit in Verwahrung der Oberfinanzkasse Leipzig. . .

i.A.
Wilhelm

Amtsgericht Leipzig

Leipzig S 3, 12. 3. 1942
Elisenstrasse 64

. . . die abgelieferten Wertsachen in der vorgenannten Strafsache sind mit RM 56,85 ausgewertet worden. . .

gez.
Franz J. Angert.

c. Ärzte und Anwälte

ÄRZTE

Eines nicht unbedeutenden Rufes in der Arzneikunde erfreuten sich um 1468 einige Juden, doch war deren Wirkungskreis in diesem Berufe innerhalb der christlichen Gemeinde durch kirchliche Verhältnisse mehrfach beschränkt. Indem selbst da, wo sich die Fürsten der ärztlichen Hilfe der Juden bedienten, nicht selten die Absolution verweigert wurde, wenn Derjenige, der danach verlangte sich in der ärztlichen Pflege eines jüdischen Arztes befand.

In Dresden scheint in dieser Beziehung „ein alter Jude" bekannt gewesen zu sein, der namentlich einmal unter dieser Bezeichnung von der Kurfürstin Margaretha nach Altenburg erbeten wurde, um einen ihrer Hofbeamten zu behandeln, der schwer krank darniederlag. Wahrscheinlich war es jener Meister Baruch, (alte Unterlagen sprechen von Waroch), welchem Ernst und Albrecht einen besonderen Schutzbrief erteilten, in welchem sie erklärten, daß der genannte Jude als Wundarzt berühmt sei, „wie er seine Kunst zu mehreren malen scheinbarlich bewiesen habe und daß sie ihn zu ihrem Diener und mitsammt seiner Wirtin, Weibe, Kind und Gesinde in ihren Schutz und Schirm aufgenommen hätten, auch dass er die Fürsten und andere Leute, welche sie ihm zuweisen würden, mit Wundarznei getreulich aufwarten und versehen sollte".

Dafür wollten ihm die Fürsten, so lange er ihr Diener war, jährlich dreißig Scheffel Korn, ein Faß Wein, sechs Viertel Bier, zwanzig Schafe und ein Rind geben und reichen lassen. Ferner sollte Baruch und zwei seiner Söhne – Meyer und Moses – mit ihren Weibern, Kindern und Gesinde, mit ihrem Leibe und Gute in der Stadt DRESDEN bei einander in einem Hause frei und sicher sitzen, wohnen, wandern und ihre Nahrung suchen gleich anderen.

> *„So sich aber Waroch's Söhne in andere Häuser in derselben Stadt setzen und ihren Bruder Abraham in dieser Häuser eines zu sich nehmen wollten, sollten sie das nicht ohne der Fürsten Wissen thun und sich deshalb mit den Fürsten vertragen, doch sollten die obengenannten zwei Söhne allein steuerfrei sein, den Bürgermeistern, die in der Stadt DRESDEN sassen und wohnten, thun mussten."*

Es scheint demnach, als hätte es überhaupt eines solchen besonderen Schutzbriefes von Seiten der Fürsten bedurft, um dem Arzt Baruch und seiner Familie als Juden den Aufenthalt in Dresden möglich zu machen, um so mehr da Baruch nicht bloß das Gewerbe eines Wundarztes trieb, sondern auch dem Haupterwerbszweig der Juden, dem Geldverleih, nicht untreu geworden war, denn der Schutzbrief erlaubt ihm, seinen Söhnen, Kindern und Gesinde, zugleich, ihr Geld zu leihen wann und wem sie wollten, nur nicht gestohlene Güter und Messgewand und andere zum Gottesdienst gehörende Geräte.

> *„So aber einer zu den Juden käme, den sie wohl nicht kannten, und versetzte ihnen ein Pfand, sollten ihn die Juden fragen, wie er heisse und den Namen von ihm eigentlichen innebehalten."*

Für alle Fälle des Zuwiderhandelns, sowie Streitigkeiten zwischen Christen und Juden blieben nach dem Inhalte dieses Schutzbriefes in der Hauptsache „die Bestimmungen früherer Judenordnungen in Kraft".Doch wird zum Schluß des Schutzbriefes ausdrücklich erwähnt, daß von den genannten Juden alle Gnaden, Freiheiten und Rechte zugestanden bleiben sollten, welche von Kaisern und Königen zu Eger, Nürnberg und Regensburg den Juden gegeben wären und die sie von Alters her hätten.[334.)]

Als aber Baruch im Jahre 1469 einen schwer kranken Hofbeamten in Altenburg geheilt hatte, erhielt dieser von dem Geistlichen keine Absolution, weil er zur heiligen Osterzeit von dem Juden Arznei genommen (!) und sich dieser auch dafür nicht entschlagen wolle. Der Rat belegte 17 Bürgersöhne und einen Tischler und seine Knechte mit Geldbuße, weil sie dessen Haus gestürmt und gehöhnt hatten.[335.)]

1830 entnimmt man einer lokalen Zeitung, „es practiciren zwei Aerzte in Dresden, und einer in Jung-Bunzlau, welche des Vertrauens der Christen nicht minder geniessen als desjenigen ihrer eigenen (jüdischen) Gemeinde." [336.)]

Erst über 50 Jahre später, 1886, wirft in Dresden der Fall des jüdischen Professors Dr. Weigert Licht auf die antijüdischen Zustände.

Dresden, 1. März 1886. (Privatmitteilung)

In den öffentlichen Blättern wurde der Fall vielfach besprochen, dass nach dem Tode des Professors Dr. Kohnheim das vollste Anrecht auf dessen Lehrstuhl dem in der anatomischen Pathologie berühmten Professors Dr. Weigert (Jude) zustand, ihm jedoch vom sächsischen Kultusministerium die Stelle verweigert wurde, so dass Weigert Leipzig verliess, um einen ehrenvollen Ruf als Prosektor nach Frankfurt am Main anzunehmen. Da dies nicht der einzige Fall auch in neuerer Zeit ist, wo nach allgemeiner Ansicht die Rücksicht auf Confession seitens des Kultusministers von Gerber vorwaltete, so glaubt man, dass dies auch hinsichtlich Professors Dr. Weigert stattgefunden.

Dies veranlasste den Abgeordneten Bebel bei Beratung des Etats des Kultusministeriums in der zweiten sächsischen Kammer den Staatsminister Dr. von Gerber zu interpellieren. Nachdem er den Standpunkt seiner Partei auf vollständige Trennung des Staates von der Kirche charakterisiert hatte, kam er auf die Besetzung des durch den Tod des Professors Dr. Kohnheim in Leipzig erledigten Lehrstuhles durch Professor Dr. Birch-Hirschfeld aus Dresden zu sprechen.

Diese Besetzung habe in Fachkreisen grosses Aufsehen erregt, weil jedermann erwartet hätte, dass Professor Dr. Weigert, der 17 Jahre als Assistent Kohnheim's selbständig fungiert habe, als grosse Autorität auf dem Gebiet der pathologischen Anatomie bekannt sei, mit dem sich Professor Birch-Hirschfeld jedenfalls nicht messen könne, der sich allgemeiner Beliebtheit in Leipzig zu erfreuen gehabt habe, nicht auf diesen Lehrstuhl berufen worden sei.

Dr. Weigert habe wegen dieses merkwürdigen Übergehens Leipzig verlassen und in Frankfurt am Main eine geachtete Stelle gefunden. Es werde nun teils behauptet, dass man von Dr. Weigerts Berufung abgesehen habe, weil dieser ungetaufter Jude sei, von anderer Seite habe man behauptet, dass man im Kultusministerium eine andere Persönlichkeit in Aussicht genommen habe, der Dr. Weigert im Wege gestanden, und dass die medizinische Fakultät nur deshalb unter den drei von ihr vorgeschlagenen Kandidaten den Dr. Weigert nicht benannt habe, weil sie damit im Sinne des Kultusministeriums zu handeln glaubte.

Auf diese Anfrage erwiderte Staatsminister von Gerber:
„Meine Antwort kann nur ganz kurz sein. Nachdem die Stelle durch den Tod des Professor Kohnheim erledigt war, ist die Fakultät ordnungsgemäss zum Vorschlage von Gelehrten aufgefordert worden, welche an die vakante Stelle zu treten hätten. Unter diesen Vorgeschlagenen befand sich Herr Professor Weigert nicht. Es war an erster Stelle ein berühmter Gelehrter aus Strassburg genannt worden, mit dem das Ministerium auch sofort in Unterhandlung getreten ist, – diese haben aber keinen Erfolg gehabt. Von den anderen zwei vorgeschlagenen war Herr Professor Birch-Hirschfeld nach unserer Auffassung die entsprechende Persönlichkeit zur Besetzung der vakanten Stelle". 337.)

Als bekannter Hömopath wirkte Bernhard Hirschel (1815–1874) in Dresden, der mehrere Grundrisse herausgab und in seinen zahlreichen Aufsätzen Gedankengänge entwickelte, die in der Nazizeit als richtungsweisend für eine nationale deutsche Medizin bezeichnet wurden!

In der Psychologie zeichnete sich Walter Blumenfeld (geb. 1882) als fruchtbarer Gelehrter und gleichzeitig als glänzender Theoretiker und Praktiker aus. Er wirkte als Professor an der technischen Universität Dresden.

Nach 1933 wurde Blumenfeld zur Emigration gezwungen und wurde in Lima (Peru) Ordinarius an der dortigen Staatsuniversität und gehörte zu den angesehensten Psychologen des südamerikanischen Kontinents.

1933 begann der Judenboykott. Anweisung der Gauleitung der NSDAP zum Boykott gegen Juden.

29. März 1933. Der Boykott richtet sich gegen:

1. Jüdische Geschäfte
2. jüdische Waren
3. jüdische Theater
4. jüdische Kinos
5. jüdische Ärzte
6. jüdische Rechtsanwälte
7. jüdische Kioske. 338.)

Besonders Ärzte und Rechtsanwälte hatten unter den Schikanen und dem Boykott zu leiden. Nach der Machtergreifung ersuchten die Jüdischen Gemeinden ihre Mitglieder,möglichst nur jüdische Ärzte und Rechtsanwälte zu konsultieren:

Jüdische Zeitung für Chemnitz. 13. April 1933

Vor einiger Zeit ist in unserer Zeitung wiederholt auf die Notlage derjenigen jüdischen Ärzte und Zahnärzte hingewiesen worden . . .

Es ist daher nicht mehr als eine jüdische und menschliche Pflicht, sich vorkommendenfalls derer zu erinnern, denen das Schicksal am härtesten mitgespielt hat. Hier ist eine Gelegenheit, ohne Opfer praktischen Gemeinsinn zu zeigen. 339.)

Eine Aufstellung der jüdischen Ärzte in einer amtlichen Statistik stellten die Nationalsozialisten im „Deutsches Ärzteblatt" Nr. 51 vom 26.12.1934 auf. Davon waren im

Ärzteregisterbezirk:	**Nichtarische Ärzte:**	**Davon Kassenärzte:**
Dresden	50	47
Leipzig	82	79
Chemnitz	43	41

340.)

A c h t u n g !

Judenärzte in Dresden, Radebeul und Hellerau.

Es besteht bei unseren (nazistischen Anm.) Volksgenossen in DRESDEN und Umgebung immer noch Unklarheit darüber, welche Ärzte jüdisch sind und daher für jeden anständigen Deutschen nicht für ärztliche Hilfeleistung in Frage kommen.

Damit nun keiner mehr mit der Ausrede kommen kann, er habe nicht gewußt, daß es sich bei dem betreffenden Arzt um einen JUDEN handle, ersuchen wir, das nachfolgende Verzeichnis der jüdischen Ärzte in Dresden und Umgebung zu beachten.

Folgende Ärzte in DRESDEN, RADEBEUL und HELLERAU sind jüdisch:

In Dresden:

1. *Dr. Johannes Barasch, Chemnitzer Str. 97*
2. *Dr. Josef Behr, Klettestr. 20*
3. *Dr. Martin Cohn, Prager Str. 26*
4. *Dr. Max Eger, Sidonienstr. 2*
5. *Dr. Adolf Fuhrmann, Amalienstr. 19*
6. *Dr. Phillip Gellert, Altenzellerstr. 4*
7. *Dr. Julius Gravi, Prager Str. 49*
8. *Dr. Georg Hallemann, Grossenhainer Str. 176*
9. *Dr. Valeria Handzel, Gr. Zwingerstr. 10*
10. *Dr. Franz Hepner, Reichenbachstr. 61*
11. *Dr. Brigitte Jähnig, Gabelsbergerstr. 25*
12. *Dr. Kurt Jonas, Hauptstr. 2*
13. *Dr. Alexandrine Kastner, Eliasstr. 4*
14. *Dr. Otto Kastner, Eliastr. 4*
15. *Dr. Willy Katz, Borsbergstr. 14*
16. *Dr. Alfons Korn, Pirnaischestr. 60*
17. *Dr. Paul Lang, Grossenhainerstr. 170*
18. *Dr. Max Leibkind, Pragerstr. 7*
19. *Dr. Fritz Magnus-Alsleben, Ammonstr. 2*
20. *Dr. Kurt Meyer, Zwinglistr. 43*
21. *Dr. Alfred Milch, Ferdinandstr. 15*
22. *Dr. Philippine Moses, Georgplatz 12*
23. *Dr. Benno Mosbacher, Tharandt*
24. *Dr. Erwin Oppenheim, Wettinerstr. 2*
25. *Dr. Leopold Prinz, Reichsstr. 10*
26. *Dr. Bruno Rosenbaum, Lüttichaustr. 26*
27. *Dr. Aron Schapiro, Wettinerstr. 2*
28. *Dr. Frieda Scharfe, Wallstr. 9*
29. *Dr. Alica Seelig-Herz, Bayreuther Str. 30*
30. *Dr. Franz Seligsohn, Hauptstr. 26*
31. *Dr. Franz Zimmermann, Radebergerstr. 25;*

In Radebeul:
Dr. Heinrich Conradi, Riesaerstr. 6 .

In Hellerau:
Dr. Fritz Pulvermacher. 341.)

Noch 112 jüdische Ärzte im Gau Sachsen.

Am 25. Juli 1938 hat der Führer und Reichskanzler auf Grund des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 verordnet, dass die Bestallungen der jüdischen Ärzte mit Wirkung vom 30. September 1938 erlöschen. Damit ist es vom genannten Zeitpunkt ab den jüdischen Ärzten **untersagt,** *ihre Praxis auszuüben.*

Innerhalb des Gaues Sachsen werden 112 jüdische Ärzte von dieser Verordnung betroffen. Allein in der Stadt Leipzig üben zurzeit noch 63 jüdische Ärzte ihre Praxis aus. (In Dresden 33.) Selbstverständlich war die Zahl der jüdischen Ärzte innerhalb Sachsens vor der Machtübernahme weitaus grösser.

Im Verlaufe der vergangenen Jahre hat jedoch dank der Massnahmen des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes Gau Sachsen eine grosse Anzahl jüdischer Ärzte Sachsen verlassen. Bezeichnend ist, dass von diesen ein hoher Prozentsatz nach Neuyork ausgewandert ist.

Ab 30. September 1938 durfte kein jüdischer Arzt mehr praktizieren. Die Ärzte waren ihres Broterwerbes beraubt.

*

Es hätte den Umfang dieses Werkes gesprengt, noch z.B. über die Bedeutung der jüdischen medizinischen Gelehrsamkeit auf dem Gebiete der Kinderheilkunde (Professor Schlossmann) oder der Hygiene (Hygiene Museum unter Dr. Neustätter) zu berichten.*)

*) Anmerkung von Dr. Robert M.W. Kempner.

ANWÄLTE

Im März 1933 waren in Sachsen insgesamt 116 jüdische Rechtsanwälte tätig. Davon waren in Chemnitz 15, Dresden 30, Leipzig und andere Städte 71. Als Stadtrechtsräte amtierten bis 1933 Dr. jur. Erwin Leyser und Dr. jur. Grün. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden die Juden aus den Ämtern entfernt und Zulassungen als Rechtsanwälte untersagt.

*

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1933, Teil 1. Seite 188

Gesetz über die Zulassung von Juden zur Rechtsanwaltschaft. Vom 7. April 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1. *Die Zulassung von Rechtsanwälten, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl.I.S.175)* **nicht** *arischer Abstammung sind, kann bis zum 31. September 1933 zurückgenommen werden. . .*

§ 2. *Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft kann Personen, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl.I.S.175)* **nicht arischer** Abstammung sind, versagt werden. . .

§ 3. Personen, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben, sind von der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen. . .

(Die §§ 4, 5, 6 sind Ausführungsbestimmungen und Interpretationen.)

Berlin, den 7. April 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

*

Der Stürmer **16. September 1938** **Leserbriefe**

In der Amalienstrasse 9 zu Dresden hat der deutsche Rechtsanwalt Paul eine Anwaltskanzlei inne. Er vertritt schon seit zehn Jahren die jüdische Firma „Greco" Maschinenfabrik Gretschel & Kronenthal.

Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, es sei für einen deutschen Rechtswahrer unwürdig, Angehörige der jüdischen Rasse zu vertreten, stellte er sich recht dumm. Wir Dresdner ziehen daraus jedenfalls unsere Konsequenzen und gehen nur zu solchen Rechtsanwälten, die es ablehnen, jüdische Interessen vor Gericht zu vertreten.

Der Volksgenosse Paul Jahn, wohnhaft in der Grossenhainerstr. 14 kann es immer noch nicht lassen, mit seiner Vertretung den Judenrechtsanwalt Dr. Ludwig Katz in der Wilsdruffer Strasse 17 zu beauftragen.

Sächsisches
Ministerium der Justiz
Fernruf 52341
Geschäftsnummer:
1174 I P/33.

Dresden-N. 6, am 21. April 1933
Hospitalstr. 7

Der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgerichte Dresden

Hans Jakob Gerson,

lt. Verordnung vom 16. August 1930 zugleich Mitglied des Landgerichts Dresden, wird auf Grund von § 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, RGBl. I S. 175, für die Zeit vom 1. Mai 1933 an in den Ruhestand versetzt.

Da Amtsgerichtsrat Gerson eine zehnjährige Dienstzeit noch nicht vollendet hat, kann ihm (vgl. § 8 des bezeichneten Gesetzes) ein Ruhegeld nicht gewährt werden.

Seine Dienstbezüge fallen mit Ablauf des 30. April 1933 weg.

Der Herr Präsident wird ersucht, das Vorstehende dem Amtsgerichtsrat Gerson umgehend durch Zustellung zu eröffnen und die Kasse entsprechend anzuweisen.

Der Nachweis der Zustellung ist hier einzureichen.

Der Beauftragte des Reichskommissars
Dr. Thierack.

An
den Herrn Präsidenten
des Amtsgerichts
Dresden.

Entlassung jüdischer Beamter.

Sächsisches
Ministerium der Justiz
Der Beauftragte des Reichskommissars

Dresden-N 6, am 31. März 1933

Az.: 946 P/33.

Durch die im Ausland betriebene, erlogene Greuelpropaganda gegen Deutschland ist eine solche Unruhe ins Volk getragen worden, daß zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Geschäftsbereiche des Justizministeriums mit Ermächtigung des Herrn Reichskommissars von Killinger gemäß der Verordnung vom 28. März 1933 in Verbindung mit Art.48 Abs.IV der Reichsverfassung folgendes verordnet wird:

1) Es werden bis auf weiteres vom Dienste beurlaubt:

Amtsgerichtsrat Dr. B a r a s c h – Dresden,
Landgerichtsrat Dr. C o h n – Chemnitz,
Arbeitsgerichtsdirektor F e d e r – Chemnitz,
Amtsgerichtsrat G e r s o n – Dresden,
Amtsgerichtsrat Dr. L e w i n – Leipzig.

2) Als Konkursverwalter, Vertrauenspersonen, Nachlaßpfleger, Nachlaßverwalter, Vormünder und zu ähnlichen Verrichtungen dürfen Personen jüdischer Abstammung nicht mehr bestellt werden.
In Zweifelsfällen ist dem Justizministerium Bericht zu erstatten.

3) In Armenrechtssachen dürfen Personen jüdischer Abstammung nicht mehr neu beigeordnet werden.

M i n i s t e r i u m d e r J u s t i z
Der Beauftragte des Reichskommissars
Dr. Thierack.

Ausgefertigt
Dresden, den 1. April 1933.
Neubert, JSekr.

An
alle Justizbehörden.

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1938 Teil I Seite 1404

Fünfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Vom 27. September 1938.

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (RGBl. S.1146) wird folgendes Verordnet:

Artikel I

Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft

§ 1.

Juden ist der Beruf des Rechtsanwaltes verschlossen. Soweit Juden noch Rechtsanwälte sind, scheiden sie nach Massgabe der folgenden Vorschriften aus der Rechtsanwaltschaft aus. (a. Im alten Reichsgebiet. b. In Österreich).

§ 2.

(1) Dienstverträge, die ein nach dieser Verordnung aus der Rechtsanwaltschaft ausscheidender Jude als Dienstberechtigter geschlossen hat, können von beiden Teilen, unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalendermonats auch dann gekündigt werden, wenn gesetzlich oder vertraglich eine längere Frist bestimmt oder das Dienstverhältnis für bestimmte Zeit eingegangen war. (Es folgen Ausführungsbestimmungen. Anm.)

Dresdner Anzeiger **17. November 1938** **Nr.315. S.9**

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die letzten jüdischen Rechtsanwälte scheiden aus

Im Zuge der Ausschaltung der Juden aus der Rechtspflege legen am 30. November 1938 die letzten 43 jüdischen Rechtsanwälte in Sachsen ihre Ämter nieder. Zur Wahrnehmung der Interessen jüdischer Klienten werden in Sachsen **e l f jüdische Konsulenten** *zugelassen, zwei davon in Dresden.*

Diese jüdischen Konsulenten, die nur ihre eigenen Rassegenossen vor Gericht vertreten dürfen, sind jedoch keine Rechtswahrer und keine Anwälte. Ein Teil der Gebühren, die sie von ihren jüdischen Klienten erheben, muss an eine Ausgleichskasse zur Unterstützung der ausgeschiedenen Anwälte jüdischer Rasse gezahlt werden.

Bei der Machtübernahme gab es in Sachsen von insgesamt 1734 Rechtsanwälten noch 116 jüdische. Bis Ende 1933 sank die Zahl der hebräischen Anwälte auf 68. Heute sind es noch 43, sie scheiden jetzt restlos aus.

Der Freiheitskampf **17. November 1938 Nr. 317** **Seite 5**

Keine Juden mehr als Rechtsanwälte!

Zu Beginn des Jahres 1938 hatten in Sachsen 25 jüdische Anwälte ihre Tätigkeit eingestellt. In **Dresden** *waren von 500 Anwälten bisher noch 14 jüdischer Abstammung. Nun ist es endlich soweit, daß sie alle aus dem Anwaltsstand ausscheiden, der jetzt nicht mehr belastet ist von diesen jüdischen Advokaten.*

d. Theater, Musik und Maler

Ab 1850 entfaltete sich in der jungen Dresdner Gemeinde ein reiches kulturelles Leben. Im ehemaligen Wohnsitz des Hofbankiers Michael Kaskel, ein von Gottfried Semper gebautes Palais, auf der Bürgerwiese, war der Mittelpunkt des Dresdner Kunstlebens,in dem besonders die Musik eine fördernde und liebevolle Pflege fand.[342.)]

Der bekannte Pianist Anton Rubinstein (geb. 1829) starb nach schwerer und langer Krankheit im Jahre 1894 in Dresden.

Trotz Krieg und Umsturz, trotz Inflation und anderer Erschütterungen hatten die Dresdner Theater jenen Aufschwung genommen, der sie berechtigte,in der Kunstwelt Deutschlands an besonderer Stelle genannt zu werden. Der Generaldirektor des Chemnitzer Zentraltheaters Blumenreich zog nach Dresden und verstarb dort 1935.[343.)]

Ein besonderes Ereignis war die Ausstrahlung Dresdner Synagogenmusik im Rundfunk. Dr. Leo Fantl hatte sich erfolgreich bemüht, daß durch den Rundfunk Synagogengesänge einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Am 10. April 1929 bereitete der Mitteldeutsche Sender Dresden-Leipzig der jüdischen Funkhörerschaft einen besonderen Genuß. Dr. Fantl leitete in einem glänzend aufgebauten Vortrag die Sendung und gab in seinem Referat einen geschichtlichen Abriß über die Entwicklung der Synagogenmusik. Alsdann wurden in einer guten Auswahl Werke der besten Komponisten synagogaler Musik ausgestrahlt.

Der Dresdner Kantor Hofstein trug mit Innigkeit und religiöser Inbrunst „Kol Nidre" und „Ki kschimcho" vor. Die Gemeinde hatte auch den Synagogenchor zu dieser Sendung zugelassen.

Diese Rundfunksendung hatte weit über Deutschlands Grenzen bei den jüdischen Hörern großen Beifall gefunden. Aus Österreich, Rumänien und sogar Jugoslawien kamen Danksagungen und Wiederholungsbitten. Aus einem Dorf schrieb ein jüdischer Kaufmann:

> *„. . . wir sind hier in einem armen Bergland weit und breit die einzige jüdische Familie und Sie können sich keine Vorstellung machen, mit welcher Freude wir Ihre jüdischen Gesänge angehört haben. Hoffentlich haben wir bald wieder solche Gelegenheit, uns an guter jüdischer Musik zu erfreuen."* 344.)

Die Jüdisch-Liberale Zeitung meldete am 26. April 1929 die Sensation, daß der 12-jährige Wundergeiger Jehudi Menuhin zusammen mit Fritz Busch in Dresden konzertiert hat.

Nach 1933 wurde jüdischen Künstlern das öffentliche Auftreten verboten. Die Jüdische Telegraphen Agentur meldete am 19. März 1933:

> *„Wie in Leipzig, wo gestern Reichskommissar von Killinger ein Gewandhauskonzert mit Bruno Walter verboten hat, ist diesem Dirigenten nun auch in Berlin das Dirigieren unmöglich gemacht worden."*

Ein Gastspiel im Alberttheater gab das Ensemble „Habima" (Die Bühne). Das Gemeindeblatt berichtete im Januar 1930 darüber:

> *„Zehn Jahre Habima. Zehn Jahre erstes jüdisches Theater. Beste Schauspielkunst. Und beste Theaterkunst zugleich. Zweifellos ein Spielen, wie man es heute selten findet. Diese Spieler erfüllen alle ihren Beruf als Sendung. Das zeigte sich grossartig in Calderons biblischem Drama „Davids Krone", zeigte sich aber auch in der Komödie „Der Schatz". Wer diese Aufführungen gesehen hat, – als drittes Stück brachten sie wieder den „Dybuk" mit starker Wirkung – der kann das Ensemble nicht so schnell vergessen.*
>
> *Dresden hat mindestens 3000 geistig interessierte Juden. In den fünf Habima Vorstellungen waren leider höchstens 1000 Besucher."* [345.)]

Der geringe Theaterbesuch war darauf zurückzuführen, daß in Dresden über 60 % ausländische Juden wohnten, die an deutschsprachigen Aufführungen kein besonderes Interesse hatten. Darbietungen in jiddischer Sprache, die zwar selten waren, hatten großen Zuspruch.

Anfang März 1931 fand in den Räumen der Fraternitas-Loge,in der Moritzstrasse, auf Anregung der Großloge eine Wanderausstellung von Bildern jüdischer Künstler statt.

Dresden behauptete auch nach 1918 seine Rolle als führende Kunststadt. Es ist deshalb kein Zufall, daß auch viele jüdische Künstler ihre Laufbahn in Dresden begonnen haben.[346.)]

Die nächste Ausstellung Dresdner jüdischer Künstler fand ebenfalls in den Räumen der Fraternitas-Loge statt. Die Ausstellung wurde Anfang März 1933 eröffnet und stand dem Publikum bis zum 20. März offen.

Unter den jüdischen Künstlern, die nach 1918 in Dresden lebten und schafften, nimmt Lasar Segall die erste Stelle ein. Motive, die Lasar Segall immer wieder zur Darstellung reizten waren (prophetische Aspekte der kommenden Jahre:) Pogrome, Fliehende, Kaddisch (Totengebet) sprechende Kinder und die „Ewigen Wanderer". Für diese erschütternden Bilder Worte zu finden ist unmöglich. Die Gestaltungsform Segalls war sehr stark der expressionistischen verwandt, und nur aus ihr heraus ist unter Nichtbeachtung der optischen Formen seine Kunst zu verstehen, die im Abstrakt-Geistigen ihre Ausdrucksform fand.

Hennoch Barcynski war Schüler der Dresdner Akademie. Seine Bilder in dieser Ausstellung sprechen von einer tiefen malerischen Intensität, die auf die impressionistischen Kunstformen zurückgreift. Das Grüblerische, das Humorvolle, seine Synthese, die er oft bei Menschendarstellungen anwandte, ist einer sinnlichen Farbenfreude gewichen.

Max Busyn, ebenfalls durch die Dresdner Kunstakademie gegangen, verfügt über starke, gestaltende Mittel. Seine Kunst kann man der jungen deutschen Richtung um Dix zuzählen, von dem die entscheidenden Einflüsse auf sein Schaffen ausgegangen sind.

Moritz Grosmann ist aus der Schule Gussmann der Dresdner Akademie hervorgegangen. Seine Bilder kann man schwer in eine bestimmte Kunstrichtung einreihen. Seine Arbeiten sind dekorativ. Er geht mehr auf den Zusammenklang der Farben als auf das rein Formale aus.

Alexander Riemer war Schüler des verstorbenen Professors Sterl in Dresden. Ausgehend von der impressionistischen Malweise seines Meisters, hatte er schon auf der Dresdner Akademie um die Überwindung dieses Stils gekämpft und neue Formen für sein Schaffen gesucht. Seine ausgestellten Blätter sind eigenartige abstrakte Kompositionen voll schwelgerischen Farbgefühls.

Bruno Gimpel war mit einem farbenfreudigen Stilleben und einigen stimmungsvollen Landschaften vertreten, wobei besonders das „Strandbild" Beachtung verdiente. (Später hatte Gimpel noch eine sehr schöne Kohlezeichnung der Dresdner Synagoge angefertigt,von der noch Abzüge vorliegen.)

In Miron Simas und Lea Langers Arbeiten herrschen fast ausschließlich soziale Motive vor. Der „Junge Arbeiter" von Sima besitzt eine stark organisierte Gestaltungsform und ist dabei farbig gut gelöst. Die graphischen Blätter Simas verraten gutes zeichnerisches Können. Die Zeichnungen von Lea Langer sind sehr gekonnt. Besonders in ihren Kinderbildnissen gibt sie ihr Bestes.

Zwei jüdische Künstler, die in ihren hoffnungsvollsten Entwicklungsjahren von Dresden gingen: Rudolf Jakobsohn und Wladimir Skomorowsky. Von dem sensiblen Jakobsohn legen ein duftiges Aquarell und eine bizarre Zeichnung Zeugnis ab. Wladimir Skomorowskys Zeichnungen sind fast reife Schöpfungen eines frühvollendeten vierundzwanzigjährigen Künstlers.

Jonny Friedländer war mit zwei für ihn typischen Arbeiten vertreten. Die Blätter „Mädchenkopf" und „Schauspielerinnen" sprechen von einer künstlerischen Feinfühligkeit.

Weiter waren in dieser Ausstellung nur einzelne Werke weit über Dresden hinaus bekannter Künstler zu sehen. Es sind dies Ludwig und Else Meidner, Jakob Steinhardt und Gregor Rabinowicz.

Diese Ausstellung sollte dazu beitragen, auch in jüdischen Kreisen mehr Verständnis für die bildende Kunst zu erwecken und man wollte mit dem Verkauf der Bilder den notleidenden Künstlern helfen.[347.)]

Eine fruchtbare Lebensarbeit leistete der Klaviermeister Charles Meyer in Dresden; er hatte nicht weniger als 800 Schüler als er seinen Lebensabend beschloß.

Paul Aron war 15 Jahre als Apostel des gesamten Musikmoderne für Kammermusik tätig. Seine Zyklen geben ein lückenloses Bild der gesamten Produktion dieser Zeit wieder.

Erwähnenswert sind Richard Taubers Auftritte in der Dresdner Oper als Mozart Sänger.

Der Schauspieler Ernst Deutsch (geb. 1890 in Prag) hat zuerst in Hasenclevers „Sohn" die Aufmerksamkeit nicht nur in Dresden erregt.

Der jüdische Kulturbund Dresden im Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland bat dringend in der Spielzeit 1938/39 (!) Abonnementskarten für die ganze Spielzeit zu erwerben, um den Fortbestand des Kulturbundes zu sichern.[348.)]

Gleich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im März 1933 wurden alle Juden aus dem deutschen Kulturleben entfernt. Hitlers Worte in „Mein Kampf" waren der Leitfaden zu dieser Aktion:

> *„. . . Sobald man die Entwicklung unseres Kulturlebens seit den letzten 25 Jahren vor dem Auge vorbeiziehen lässt, wird man mit Schrecken sehen, wie sehr wir bereits in der Rückbildung begriffen sind. Überall stossen wir auf Keime, die den Beginn von Wucherungen verursachen, an denen unsere Kultur früher oder später zugrunde gehen muss. . . "*

Die Generalintendanz der Sächsischen Staatstheater Dresden fragte im Juni 1933 in Berlin an *". . .man hat uns mehrfach vorgeworfen, daß wir die Oper . . .von Paul Graener im Spielplan halten, da Graener Halbjude sei. . . "* (Antwort: *Prof. Paul Graener ist Arier.*) *)

Ab Oktober 1933 wurden im Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinde fortlaufend Ankündigungen und Berichte über einschlägige Veranstaltungen publiziert. Es sollte in erster Linie den Dresdnern einheimischen und sächsischen jüdischen Künstlern Betätigungsmöglichkeit gegeben werden. Es wurde ein Programmaustausch mit anderen sächsischen Städten angestrebt. Die Gründung einer Ortsgruppe des Kulturbundes deutscher Juden war vorgesehen.[349.)]

Anfang 1933 war noch der Generalmusikdirektor und Leiter der Oper Fritz Busch, einer der bedeutendsten Dirigenten jener Zeit, der damals als Nachfolger von Schuch bereits über ein Jahrzehnt im Semperbau erfolgreich wirkte. Fritz Busch wurde wegen seiner hervorragenden Leistungen vom Dresdner Publikum und bis zum Machtantritt der Nazis auch von der Dresdner Presse sehr gefeiert. Aber Busch war Gegner der Nazis und des Terrors. Darum weigerte er sich auch, dem nach dem 30. Januar 1933 an ihn gerichteten Ansinnen zu entsprechen und sich von dem Konzertmeister und einigen anderen hervorragenden Mitgliedern nur darum zu trennen, weil sie Juden waren.

Doch das ging dem Gaukunstwart der NSDAP, einem Alexis Posse, gegen den Strich. Dieser ganz kleine unbedeutende und unbegabte Schauspieler des Staatstheaters organisierte im Auftrag der Nazi-Oberbonzen im Semperbau einen „Entrüstungssturm" des Volkes gegen den „undeutschen" Generalmusikdirektor Busch. Das war am 7. März 1933 zur Aufführung „Rigoletto". Alle Logen und das Parkett waren mit Braunhemden der NSDAP besetzt, von denen die meisten wahrscheinlich zum ersten Male in ihrem Leben den Semperbau betreten hatten. Als Fritz Busch ans Dirigentenpult trat, ertönte anstatt des üblichen stürmischen Beifalls ein grauenhaftes Pfeifen und Toben, das erst aufhörte, als Busch das Dirigentenpult verlassen hatte.

Am Morgen des 8. März erschien dann der Gaukunstwart Posse mit seiner braunen Garde im Büro des Generalintendanten Dr. Reucker. Er verkündete die fristlose Entlassung des Generalintendanten, weil er angeblich die Sächsischen Staatstheater nicht im deutschen Sinne geführt habe.[350.)]

Die Nazis organisierten auch eine Ausstellung „Entartete Kunst" in der jüdische Kunstwerke und Bilder wie Otto Dix „Triptychon gegen den Krieg", Gemälde von Hans Grundig und anderen Juden angeprangert wurden.[351.)]

Am 9. Mai 1933 sprach NS-Minister Joseph Goebbels vor deutschen Bühnenleitern auch über die Judenfrage und betonte, daß kein Jude Interpret des deutschen Volkstums sein könne.[352.)]

---

*) Wulf, Joseph. Musik im Dritten Reich. Gütersloh 1963. S.88 ff.

Als 1934 die erste „Reichstheaterwoche" in Dresden stattfand, kam Hitler nach Dresden um die Goebbels Rede demonstrativ zu unterstreichen:

> *„. . . Die nationalsozialistische Revolution hat auch diese, am Wesen vom wahren Künstlertum vorbeigreifenden Wertungen mit einem radikalem Federstrich beseitigt. . . "*[353.)]

1935 bewarb sich Dr. H. S. Ziegler aus dem Weimarer deutschen Nationaltheater bei Hitler um den Posten eines Leiters bei dem Dresdner Staatstheater.[354.)]

Als 1941 die „Endlösung der Judenfrage" anlief, wurde der Jüdische Kulturbund, auch in Dresden, aufgelöst.[355.)]

*

e. Kunst

Es ist eine interessante Beobachtung, daß einem gerade im Meissener Porzellan viel Jüdisches begegnet. Man weiß von Anna Konstanze Gräfin von Cosel, einer der schönsten und geistvollsten Frauen ihrer Zeit, der Freundin August des Starken. Man weiß, daß sie dem Landesherren den Graf von Rutowski geboren und sich weigerte, ein Dokument herauszugeben, welches ihre und ihres Kindes Anerkennung enthielt. Daher wurde sie wegen angeblichen Mordanschlages auf ihren königlichen Liebhaber auf Schloß Stolpen interniert. In der Einsamkeit ihrer Gefangenschaft studierte sie eifrig das alte Testament und lebte in den letzten Jahren ihres Lebens nach jüdischen Gesetzen.

Lange Zeit hat man sich darüber den Kopf zerbrochen, ob jene bekannt gewordene „Coselmarke", die auf verschiedenen Porzellanen der Dresdner Sammlung zu finden ist, wirklich historisch ist. Heute meint man jene Raute damit, die die Schwertermarke zudeckt, ein in Gold ausgeführtes Muster, das von zwei Seiten des Schwertermarke parallel gehenden Strichen durchgekreuzt ist.

Ein dichtes Dunkel lag lange über der seltsamen Hochzeitsgabe des Philosophen Moses Mendelsohn, den beiden Porzellanaffen, die sich im Besitz der Nachkommen Mendelssohns befanden. Seit den Tagen des Jubiläumsjahres, 1929, weiß man, daß die interessanten Arbeiten den Stempel der Meissner Manufaktur tragen und nach einem verschollenen Kändlermodell gearbeitet worden sein sollen. Auf Grund der Signierung mit der sächsischen Schwertermarke hat man sich belehren lassen, daß es nicht, wie man vielfach vermutete, um Berliner „Judenporzellan" handelte; denn dieses stammt aus der Zeit Friedrich des Großen. Ganz unmöglich ist es, von Meissen zu sprechen und nicht all der jüdischen Sammler zu gedenken, die das Meissner Porzellan liebten.[356.)]

Der Kunstsammler Albert Wolf

Er wurde 1841 in Dresden geboren und starb daselbst am 15. Februar 1907. Er besaß die schönste und reichhaltigste Sammlung von Kunst- und historischen Denkmälern des Judentums. Über 50 Jahre sammelte der Verstorbene mit großem Fleiß und tiefem Verständnis, sodass die Zusammenstellung jüdischer Münzen, Urkunden, Kultgegenständen, Bilder und anderes einen sehr großen Wert besaß. Die ganze Sammlung schenkte der Verstorbene der Berliner Jüdischen Gemeinde, die das reiche Erbe verwaltete.[357.)] [358.)]

Als bekannter Auktionator für Kunstgegenstände ist M. Salomon aus Dresden zu benennen. Der letzte Inhaber dieses Auktionshauses war Eugen Salomon, der 1953 in London starb.

Geraubte jüdische Kunstsammlungen

Jüdischer Besitz in der Dresdner Porzellangallerie und in der Sächsischen Landesbibliothek Dresden .

Die Auswirkungen der berüchtigten „Kristallnacht" sind vielfach geschildert worden, aber über die in der darauffolgenden Zeit geraubten jüdischen Kunstschätze ist bisher nur wenig bekannt. Als dominierendes Beispiel hierfür gilt die bedeutende, heute nicht mehr schätzbare Sammlung des ehemaligen Bankdirektors der Dresdner Bank, Viktor von Klemperer.
Diese Sammlung wurde von den Nazis geraubt und den Dresdner Kunstsammlungen übergeben. Bei den Bombenangriffen im Februar 1945 ging ein großer Teil dieser wertvollen Sammlungen zu Grunde. Trotzdem wurden aus den Bombentrichtern nach 1945 wieder ausgegrabene Scherben neu zusammengesetzt, restauriert und wieder öffentlich ausgestellt.*)

Viktor von Klemperer erteilte zu seinen Lebzeiten den Auftrag,einen bebilderten Katalog seiner Sammlung herauszugeben. Dieser erschien im Jahre 1928 in einer Auflage von nur 150 Exemplaren,worin diese Kunstsammlung und Bücherbestände erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Nach langen Ermittlungen gelang es dem Verfasser dieses Werkes noch zwei Kataloge festzustellen.
Der eine befindet sich im Bayrischen Nationalmuseum in München, der andere in den Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden. Beide Exemplare werden nur an Ort und Stelle zur Einsicht gegeben, zur Ausleihe anderen Orts kommen sie nicht.

Der Reichsstatthalter in Sachsen richtete an den Oberfinanzpräsidenten in Dresden ein Schreiben, indem er mitteilt, daß

> *„. . . am 22. Dezember 1938 von der Staatspolizeistelle (Gestapo) Dresden, aus der Wohnung des (geflüchteten) Juden Viktor Israel von Klemperer eine größere Anzahl von Kunstgegenständen sichergestellt und den Direktoren der Staatlichen Sammlungen in Dresden zur Aufbewahrung übergeben wurden.*
>
> *Es handelt sich um folgende Kunstsammlungen und -gegenstände:*
>
> 1. *Eine aus 836 Stücken bestehende Sammlung von Meissner Porzellan und 2 Fayencen.*
> 2. *eine aus 56 Stücken bestehende Sammlung kunstvoller Gläser,*
> 3. *eine Sammlung von 13 Handschriften, 549 Frühdrucken und 510 wertvollen Buchausgaben,*
> 4. *vier Gemälde,*
> 5. *12 Federzeichnungen, Radierungen oder Striche,*
> 6. *7 Plastiken,*
> 7. *33 Teppichen von Kunstwert,*
> 8. *136 Stück Möbel von Kunstwert,*
> 9. *55 Kunstgewerbliche Gegenstände von Kunstwert.*
>
> *. . . ich muss allergrössten Wert darauf legen, dass die Sammlung von Meissner Porzellan dem Lande Sachsen erhalten bleibt, ebenso die Sammlung von Frühdrucken und Buchausgaben. . . "*

---

*) Schreiben des Bayrischen Nationalmuseums vom 13. November 1970

Hinter den Kulissen waren Bestrebungen im Gange, die Kunstsammlung in das „Führermuseum" nach Linz in Österreich zu bringen, wo die Nationalsozialisten ein pompöses Museum mit den geraubten Kunstschätzen einrichten wollten. In diesem Zusammenhang schrieb die Staatliche Gemäldegalerie Dresden nach Berlin an Reichsleiter Martin Bormann, daß

> *„. . . zu den wenigen privaten Kunstsammlungen. . . die des Juden Klemperer ist, die bedeutenden Wert besitzt. Die aus 836 Stücken bestehende Sammlung von Porzellanen würde eine empfindliche Lücke in der weltbekannten Dresdner Museumssammlung schliessen. . .*
>
> *Bei der Überweisung an die Sächsische Landesbibliothek von etwa 100 Frühdrucken, würden sonstige Drucke als Dubletten für die Linzer Bibliothek frei. . . "*

Eine fundierte wissenschaftliche Begründung zur Belassung der Kunstwerte in Dresden, erteilte die Staatliche Porzellangalerie Dresden, Abteilung Meissner Porzellan am 17. Januar 1942:

> *„. . . Die Porzellane der Klemperer-Sammlung. . . tragen noch heute die alte Johanneums Marke. . . und trägt also zur Wiederherstellung des alten Bestandes dieser weltberühmten Sammlung August des Starken bei. . . die Sammlung enthält in der Hauptsache figürliche Plastik und Gruppen. Gerade diese Gattung ist in der Dresdner Sammlung stets unzulänglich vertreten gewesen. . . würde also eine empfindliche Lücke in der Staatlichen Porzellangalerie Dresden – Zwinger schliessen.*
>
> *Das fragliche Kunstgut soll in erster Linie in Dresden bleiben."*

Reichsleiter Martin Bormann legte die Gutachten und Schriftstücke am 22. November 1942 im Führerhauptquartier Hitler vor. Er entschied,

> *„. . . dass die Sammlungen dem Lande Sachsen unentgeltlich übertragen werden sollen, da diese nach § 3 der elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 dem Deutschen Reich verfallen sind."*

Es mutet seltsam an, daß in einer Zeit, im Jahre 1942, als deutsche Soldaten an den Fronten der sowjetischen Front verbluteten, Hitler sich mit der Kunstsammlung Viktor von Klemperer beschäftigen mußte.

Am 4. Januar 1943 schrieb der Reichsminister der Finanzen aus Berlin:

> *„. . . Der Führer hat entschieden, dass die Sammlungen dem Land Sachsen unentgeltlich übertragen werden. . . das Land haftet nach Übernahme der Gegenstände anteilig. Die Zusammenstellung der Klemperschen Sammlungen liegt bei.*
>
> *gez.*
> *Graf Schwerin von Krosigk."*

Mit diesem Dokument endet der Kompetenzstreit um dieses jüdische Vermögen. Es wird interessant sein zu erfahren, daß ein Teil der Klemperer Kunstsammlung sich heute noch in Dresden befindet und der Zerstörung entging, da es während des Bombardements ausgelagert war. Die Besucher der Dresdner Kunstgalerie können allerdings nicht wissen, daß ein Teil der ausgestellten Gegenstände jüdischer Privatbesitz war.[359.)]

*

Nachfolgend ein Auszug aus dem wertvollen Katalog von Klemperer.

KATALOG

Porzellansammlung Gustav von Klemperer.[360.)]

Inhaltsübersicht.

Vorwort . . . . . 13 - 27

Meissen. I. Böttgersteinzeug

Geschirr und Figürliches . . . . . 31 - 32

Meissen. II. Porzellan

Geschirr und Galanterien

1. Goldchinoiserien und Goldmalereien . . . . . 35 - 43
2. Chinoiserien europäischen Stils . . . . . 44 - 57
3. Chinoiserien und Blumenmalereien in freier und enger Anlehnung an ostasiatische Vorbilder . . . . . 58 - 78
4. Landschaften, Hafenprospekte, Soldaten und Jagdbilder . . . . . 79 - 89
5. Watteaubilder, Amoretten, Kinder, Tiere und Chinoiserien der Spätzeit . . 90 - 95
6. Kaffeegeschirr mit Wappen . . . . . 96 - 98
7. Historische Tafelgeschirre . . . . . 99 - 106
8. „Trockene" und „natürliche deutsche Blumen" . . . . . 107 - 108
9. Vogelmalereien . . . . . 109 - 110
10. Galanterien: Dosen, Flakons, Stockgriffe, Bildplatten . . . . . 111 - 115

Gefäße und Geräte plastischen Charakters

1. Vasen, Uhrgehäuse, Leuchter, Körbe, Gefäße in Tierform, Gefäße mit Begleitfiguren, Schachfiguren . . . . . 117 - 122
2. Tafelaufsätze und Verschiedenes . . . . . 123 - 125

Gruppen und Figuren

1. Pagoden und Chinesen . . . . . 127 - 132
2. Polen, Mohren und Orientalen . . . . . 133 - 140
3. Krinolinenfiguren und -gruppen . . . . . 141 - 143
4. Komödienfiguren und -gruppen . . . . . 144 - 158
5. Liebesgruppen . . . . . 159 - 161
6. Satirische Darstellungen und Karikaturen . . . . . 162 - 165
7. Reiterstatuetten, Jäger und Soldaten . . . . . 166 - 170
8. Ausrufer und verwandte Figuren . . . . . 171 - 175
9. Bettler, Bauern, Hirten, Fischer . . . . . 176 - 180
10. Bergleute, Handwerker . . . . . 181 - 184
11. Mythologische und allegorische Darstellungen . . . . . 185 - 193
12. Religiöse Darstellungen . . . . . 194 - 197
13. Tänzer . . . . . 198 - 200
14. Kinder und Amoretten . . . . . 200 - 204
15. Tiere . . . . . 205 - 212

Deutsche Hausmalereien 215 - 223

Deutsche und ausländische Manufakturen 225 - 229

Namen- und Sachregister . . . . . 233 - 235

Tafelverzeichnis . . . . . 236 - 238

Erscheinungsort Dresden 1928.

Einleitende Worte
zum Katalog der Porzellansammlung
Gustav von Klemperer

Gustav von Klemperer ist am siebenundzwanzigsten Dezember Neunzehnhundertsechsundzwanzig unerwartet aus dem Leben geschieden. Wenige Wochen vorher hatte er den Unterzeichneten mit der Durchführung dieses Katalogwerks betraut, einer Aufgabe, die verantwortungsvoll genug war. Handelte es sich doch um die nach Umfang und Inhalt bedeutendste Privatsammlung Meissner Porzellans, deren Katalogisierung für die Geschichte der ältesten europäischen Porzellanmanufaktur von erheblicher Wichtigkeit sein mußte.

Drei Jahrzehnte hindurch haben Gustav und Charlotte von Klemperer jede freie Stunde dem Ausbau und dem Studium ihrer Porzellansammlung gewidmet. Von vornherein gingen sie nicht darauf aus, eine systematische Sammlung nach musealen Gesichtspunkten anzulegen. Auch hatten sie keinerlei Ehrgeiz, eine größtmögliche Vollständigkeit zu erreichen oder ein Spezialgebiet besonders zu pflegen. Vielmehr ließen sie sich allein von ihrem persönlichen Geschmack, von ihrer persönlichen Neigung leiten. Sie wollten vor allem mit ihrer Sammlung leben, sie als köstlichen Schmuck der Wohnräume und der festlichen Tafel um sich sehen.

Für Gustav von Klemperer bedeutete seine Kunstsammlung ein Buen Retiro, in dem er nach anstrengender Berufsarbeit Erholung fand, in dem er neue Spannkraft für den kommenden Tag sammelte. Die Versenkung in die Kunst vergangener Epochen war ihm ein seelisches Bedürfnis. So lag es nahe, daß er die beiden umfangreichsten und bedeutendsten Gruppen seiner Sammlung, die Bildnisminiaturen und die Porzellanwerke, die ihm besonders ans Herz gewachsen waren, in Form wissenschaftlicher Kataloge festzuhalten wünschte. Er dachte hierbei zunächst an seine zwölf jugendlichen Enkelkinder, die eine dauernde Erinnerung an die Sammeltätigkeit ihrer Großeltern bewahren sollten. Er dachte ferner an seine zahlreichen Freunde, mit denen er so oft die Freude an seiner Sammlung geteilt hatte. Und nicht zuletzt wollte er durch Herausgabe der Kataloge der Kunstwissenschaft einen Dienst erweisen.

Der Unterzeichnete bedauert aufs lebhafteste, daß er den Rat und die Kenntnisse des erfahrenen Sammlers entbehren mußte und daß es ihm nicht vergönnt war, seine persönlichen Wünsche zu berücksichtigen. Eine wesentliche Unterstützung fand er bei Frau Charlotte von Klemperer, die gemeinsam mit ihrem Gatten die Sammlung begonnen und ausgestaltet hatte, die jedes Stück genau kannte und von seiner Herkunft und Geschichte zu erzählen wußte. Ihrer persönlichen Anteilnahme und ihrer Initiative ist es zu danken, daß das vorliegende Katalogwerk im allgemeinen dem entspricht, was Gustav von Klemperer geplant hatte.

Für verschiedene Nachweise von Stichvorbildern und Skizzen im Zusammenhang mit den Chinoiserien der Sammlung ist der Verfasser Herrn Georg Wilhelm Schulz in Leipzig zu Dank verpflichtet. Besonderen Dank schuldet er dem Gestaltungsdirektor der Meißner Manufaktur, Herrn Professor Erich Hösel, der durch Auszüge aus den Monatsberichten, Akten und Formenbüchern die Entstehungszeit der meisten Figurenmodelle sowie die Namen ihrer Schöpfer nachgewiesen und auch sonst die vorliegende Arbeit durch seine Kenntnisse gefördert hat.

Die Formennummern, auf deren Feststellung Gewicht gelegt wurde, bieten in den Fällen, wo die urkundlichen Quellen der Meißner Manufaktur versagen, den einzigen Anhalt für die Datierung der Modelle. Die seit 1763 durchgeführte Numerierung der Formen entspricht etwa der chronologischen Folge, da die Formen ungefähr nach der Zeit ihrer Entstehung aufgestellt waren. Mit Ausnahmen muß hierbei freilich immer gerechnet werden. Am 19. Juli 1764 war die Numerierung der vorhandenen und zuletzt entstandenen Formen bis zur Nummer 3051 durchgeführt. Von da an wurden sie mit großen Buchstaben von A bis Z in Verbindung mit den Zahlen 1 bis 100 bezeichnet. Als die Nummer Z 100 erreicht war, wurde mit A 101 bis 200, B 101 bis 200 usw. fortgefahren. Die gangbarsten und daher am meisten verbrauchten Formen sind später „aufrepariert" worden; sie erhielten dann neue, höhere Nummern. Manche Figurenserien wurden nachträglich für sich numeriert, wie die französischen Ausrufer von 1 bis 40, die Gärtnerkinder paarweise von 1 bis 23, die verkleideten Amoretten ebenfalls paarweise von 1 bis 27, die Affenkapelle von 1 bis 20. Schließlich sind innerhalb mancher Serien, zum Beispiel bei den französischen Ausrufern, mehrfach Umstellungen und Änderungen in den Nummern vorgenommen worden. Die Formennummern reichen im Dezember 1747 bis Nummer 921. Vom Januar bis Mai 1748 fehlen die Nachweise. Im Juni 1748 werden „unter Feierabendarbeiten" die Nummern 990 und 995 erwähnt. Von August bis mit Dezember 1748 sind die Nummern 1016 bis 1090 besetzt worden. Dann klafft eine große Lücke in den Akten bis August 1764. Im September 1755 werden noch vier Gruppen, die Nummern 2377, 2378 2380 und 2381 erwähnt, die vom Mai bis August abgeliefert wurden.

Fr. Schnorr von Carolsfeld

*

Folgende NS-Dokumente geben ein Bild von der Beraubung der Klemperer-Kunstsammlung.

Der Reichsstatthalter in Sachsen
— Landesregierung —

Dresden, am 17. Oktober 1942

VIII 813/2 : 33

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten Dresden

in Dresden A1
Devrientstr. 4

Betrifft: Kunstsammlungen von Klemperer

Am 22. Dezember 1942 sind von der Staatspolizeileitstelle Dresden aus der Wohnung des emigrierten Juden Viktor Israel von Klemperer eine größere Anzahl von Kunstgegenständen sichergestellt und den Direktoren der staatlichen Sammlungen in Dresden zur Aufbewahrung übergeben worden. Es handelt sich im einzelnen um folgende Kunstsammlungen und -gegenstände:

1. *Eine aus 836 Stücken bestehende Sammlung von Meißner Porzellanen und 2 Fayencen;*
2. *eine aus 56 Stücken bestehende Sammlung kunstvoller Gläser;*
3. *eine Sammlung von 13 Handschriften, 549 Frühdrucken und 510 wertvollen Buchausgaben;*
4. *4 Gemälde;*
5. *12 Federzeichnungen, Radierungen oder Stiche;*
6. *7 Plastiken;*
7. *33 Teppiche von Kunstwert;*
8. *136 Stück Möbel von Kunstwert;*
9. *55 kunstgewerbliche Gegenstände von Kunstwert.*

Eigentümer der Sammlung unter Ziffer 1 waren die Juden Viktor Israel, Ralph Israel und Herbert Israel von Klemperer. Eigentümer der Sammlungsgegenstände unter Ziffer 2 - 9 waren der Jude Viktor Israel von Klemperer und seine ebenfalls jüdische Ehefrau Sophie Sara von Klemperer.

Nach den Vorschriften der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 sind diese Kunstsammlungen bzw. -gegenstände dem Deutschen Reich verfallen.

Der hohe Kunstwert der sichergestellten Gegenstände verlangt unbedingt ihre endgültige Überführung in Museumsbesitz. Ich stelle deshalb hiermit den Antrag, sie dem Lande Sachsen unentgeltlich zu übertragen, damit sie hier endgültig den staatlichen Sammlungen einverleibt werden können.

Vor allem muß ich allergrößten Wert darauf legen, daß die Sammlung von Meißner Porzellan dem Lande Sachsen erhalten bleibt, da es sich einmal dabei um bodenständige Kunstgegenstände handelt und da andererseits eine große Anzahl wertvollster Porzellane dieser Sammlung aus der Staatlichen Porzellansammlung Dresden stammt und offenbar erst durch Maßnahmen in der Inflationszeit in den Handel und auf diese Weise in die Hände dieser emigrierten Juden gekommen ist. Hinzu kommt, daß die Staatliche Porzellangalerie Dresden es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten muß, eine möglichst umfassende Schau der Meißner Porzellane und zwar aller ihrer verschiedenen Epochen zu bieten. (Ich nehme hierzu auf das beiliegende Gutachten des Direktors der Staatlichen Porzellangalerie, Prof. Dr. Fichtner, Bezug).

Ebenso muß unbedingt die Sammlung von Frühdrucken, Handschriften und wertvollen Buchausgaben der Sächsischen Landesbibliothek erhalten bleiben, zumal die vormals Klemperer'sche Sammlung als Dresdner Sammlung bekannt geworden ist und die Sächsische Landesbibliothek zur Pflege der buchgeschichtlichen Traditionen ein modernes Buchmuseum geschaffen hat. (Hierzu nehme ich auf den beiliegenden Antrag des Direktors der Sächsischen Landesbibliothek vom 24. Dezember 1941 Bezug.)

Die kunstgewerblichen Gegenstände der Sammlung Klemperer würden empfindliche Lücken des noch jungen, im Ausbau begriffenen Staatlichen Kunstgewerbemuseums füllen helfen.

gez. Martin Mutschmann[361.)]

Staatliche Gemäldegalerie Dresden
Der Direktor

Dresden A1, den 18. November 1942

Herrn Reichsleiter
Martin B o r m a n n

B e r l i n W 8
Wilhelmstraße 64

Sehr geehrter Herr Reichsleiter !

Zu den wenigen privaten Kunstsammlungen von Bedeutung, die in Sachsen noch vorhanden sind, gehört die des emigrierten Juden Viktor Israel von Klemperer. Diese Sammlung ist nach den Vorschriften der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 dem Deutschen Reich verfallen. Der Herr Leiter der Sächsischen Staatskanzlei übermittelt mir nun abschriftlich einen Antrag auf Überweisung dieser Sammlung an das Land Sachsen, den der Herr Reichsstatthalter in Sachsen an den Oberfinanzpräsidenten in Dresden gerichtet hat.

Die beiden wichtigsten Bestandteile des nunmehr eingezogenen Kunstbesitzes Klemperer sind eine größere Porzellansammlung und eine sehr bedeutende Sammlung von Frühwerken und wertvollen Büchern bibliophilen Charakters.

Die aus 836 Stücken bestehende Porzellansammlung enthält in der Hauptsache figürliche Stücke, die nicht ersten Ranges sind, trotzdem aber eine empfindliche Lücke in der weltberühmten Dresdner Sammlung schließen würden, da hier alles figürliche Porzellan in früherer Zeit durch Schenkungen usw. fast restlos verloren gegangen ist. Eine Anzahl von Dubletten guter figürlicher Stücke, die sich bei der Überweisung ergeben würden, wäre für die Zwecke des Führermuseums in Linz zu verwenden.

Die Sammlung der 549 Frühdrucke, zu der noch 13 Handschriften und 510 spätere Drucke kommen, ist in Sachsen mit Unterstützung von einheimischen Fachleuten entstanden und als Dresdner Sammlung bekannt geworden. Für die Sächsische Landesbibliothek, die vor einigen Jahren in den von Semper ausgestatteten Räumen im „Japanischen Palais" ein eigenes Buchmuseum geschaffen hat, würde eine etwaige Abwanderung der Sammlung Klemperer eine schwere Enttäuschung bedeuten.

Auch in diesem Falle würden bei der Überweisung an die Sächsische Landesbibliothek etwa 100 wertvolle Frühdrucke – darunter Proben von allen bekannteren deutschen Drucken der Frühzeit – die eine ganz erstklassige Bereicherung der Linzer Bibliothek bedeuten würden und gegen 200 sonstige Drucke als Dubletten für die Zwecke der Linzer Bibliothek frei werden.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Reichsleiter, sehr dankbar, wenn Sie eine Entscheidung über die Sammlung Klemperer herbeiführen und eine Zuweisung an das Land Sachsen befürworten würden.

H e i l H i t l e r !
Ihr sehr ergebener
H. Posse 362.)

Anbei: 3 Anlagen.

Der Direktor der Sächsischen Landesbibliothek

Dresden N 6, den 24. Dezember 1941

L Nr. 6/42

An
den Herrn Leiter des Sächsischen
Ministeriums für Volksbildung

Dresden

Den Herrn Leiter des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung bitte ich erneut, die Dresdener Büchersammlung Viktor Israel v. Klemperer soweit sie als Kulturgut durch Beamte der Sächsischen Landesbibliothek ausgesondert und hier seit Dezember 1938 sichergestellt ist, der Sächsischen Landesbibliothek zu übereignen.

Der wertvollste Teil der Büchersammlung ist

A) die Frühdruck – Sammlung.

Sie besteht aus 461 Bänden Inkunabeln, die hauptsächlich aus deutschen und italienischen Druckerwerkstätten hervorgegangen sind. Es schließen sich an 5 Blockbücher und 31 wertvolle Drucke des 16. Jahrhunderts. Der Wert dieser Sammlung für die Sächsische Landesbibliothek wird durch folgendes begründet:

1) *Als frühe Erzeugnisse der Buchdruckerkunst stellen sie Höchstleistungen handwerklichen Könnens und künstlerischen Einfühlungsvermögens dar.*
2) *Das Jahr 1940 hat durch seine 500-Jahr-Feiern der Erfindung der Buchdruckerkunst die breite Öffentlichkeit auf die nationalpolitische Bedeutung der Frühdrucke hingewiesen.*
3) *Sie ist in Dresden unter fachkundiger Beratung des Altmeisters der Inkunabelkunde, Geheimrat Häblers, entstanden und von ihm in einem vorzüglich ausgestatteten Katalog beschrieben worden.*
4) *Hierdurch ist die Sammlung in der Wissenschaft als eine Dresdener Sammlung allgemein bekannt und möchte daher am Orte geschlossen verbleiben. Das hindert freilich nicht, die sich ergebenden Doppelstücke, die fast 100 Stück ausmachen werden, einer anderweiten Verwendung zuzuführen.*
5) *Die Sächsische Landesbibliothek besitzt bereits 2269 Inkunabeln. Der Zuwachs durch die Sammlung Klemperer würde eine beachtliche Bereicherung darstellen, die umso dankenswerter wäre, weil*
6) *die Sächsische Landesbibliothek durch die Erwerbung der großen bibliophilen Büchereien der Grafen Brühl und Brünau im 18. Jahrhundert eine buchgeschichtliche Tradition besitzt, die die Grundlage für das erste grosse, einer deutschen Bibliothek angeschlossene moderne Buchmuseum schuf. Die Sammlung Klemperer würde eine Bereicherung der Dauerausstellung und eine starke Belebung der wechselnden Buchausstellungen bedeuten.*

Zwei weitere Bestandteile machen die Sammlung Klemperer für die Sächsische Landesbibliothek äußerst erwerbenswert:

B) eine Gruppe von 13 Handschriften,

von denen eine aus dem 14. Jahrhundert, 9 aus dem 15. Jahrhundert und 3 aus späterer Zeit sind. 3 sind Pergament-, 10 Papierhandschriften, als Handschrift jede ein Unicum.

C) 510 Bücher bibliophilen Charakters aus dem 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, von denen viele sächsischer Herkunft sind. Sie zeichnen sich vor anderen Werken durch die Berühmtheit ihrer Verleger, Drucker, Illustratoren und Buchbinder sowie die damit zusammenhängende hohe buchkünstlerische Ausstattung aus.

Auch diese bibliophilen Bände würden eine wertvolle Bereicherung der Sammlung seltener Bücher darstellen, die den musealen Bestrebungen der Sächsischen Landesbibliothek sehr förderlich sein würden.

Schematische Übersicht über die Büchersammlung Klemperer:

A) Frühdrucksammlung
Blockbücher: 5 Bde.
Drucke des 15. Jahrhunderts 461 Bde., davon etwa 85 Doppelstücke
Drucke des 16. Jahrhunderts 31 Bde., davon etwa 15 Doppelstücke
B) Handschriften
davon des 14. Jahrhunderts 1 Bd., oder:
des 15. Jahrhunderts 9 Bde., Pergamenthandschr. 3
spätere 3 Bde., Papierhandschriften 10
C) Seltene schöne Bücher des
17.-20. Jahrhunderts 510 Bde., davon etwa 150-200 Doppelstücke zur anderweiten Verfügung.

gez. Dr. Neubert[363.)]

Staatliche Porzellangalerie Dresden
China-Abteilung Zwinger
Meißner Abteilung

Dresden A 1, den 17. I. 1942

Betr.: Begründung der Überweisung der Sammlung sächsischer Porzellane und kunstgewerblicher Gegenstände aus dem Besitze der Juden Klemperer an das Land Sachsen.

Folgende Gründe sprechen für Belassung der Porzellansammlung und von kunstgewerblichen Gegenständen aus dem Besitze der Juden Klemperer in dem Lande Sachsen und für Überweisung in den Bestand der Staatlichen Porzellangalerie Dresden – Zwinger, bzw. des Staatl. Kunstgewerbemuseums.

1) Die Porzellane der fraglichen Klemperer-Sammlung entstammen z.T. der Staatl. Porzellansammlung Dresden. Einzelne Stücke tragen noch heute die alte Johanneums-Marke. Die Rückführung trägt also zur Wiederherstellung des alten Bestandes dieser weltberühmten Sammlung, Augusts des Starken bei. In den Zeiten der Verkennung der wirklichen Bedeutung der Staatlichen Sammlungen, vor allem anläßlich der Dubletten-Versteigerungen nach dem Weltkriege, gelangten auf verschiedenen Wegen Bestände der Staatl. Sammlungen in den Kunsthandel und von da in Privatsammlungen.

2) Die Porzellansammlung Klemperer enthält in der Hauptsache figürliche Plastik und Gruppen. Gerade diese Gattung ist in der Dresdner Sammlung stets unzulänglich vertreten gewesen. Die wenigen, um die Mitte des 18. Jahrhunderts in den Inventaren erwähnten Stücke sind ausnahmslos noch im 18. Jahrhundert abhanden gekommen. Die Sammlung Klemperer würde also eine empfindliche Lükke der Staatl. Porzellangalerie Dresden - Zwinger schließen. (Die berühmte Privatsammlung Feist, mit deren Erwerbung Dresden rechnete, ist in den Besitz des Schloß-Museums Berlin übergegangen, damit dürften die Wünsche der Preußischen Museen reichlich erfüllt sein).

3) Das Meißner Porzellan ist eine Kunst, die der Fachmann in Dresden sucht und die als gaugebundene Kunst in Dresden besonders repräsentativ in Erscheinung treten möchte. Die Bereicherung der Dresdner Porzellangalerie durch die Klempererersammlung würde beitragen, diesem Ziele näher zu kommen.

4) Die kunstgewerblichen Gegenstände der Sammlung Klemperer würden empfindliche Lücken des noch jungen, im Ausbau begriffenen Staatlichen Kunstgewerbemuseums füllen helfen.

Es ist aber mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die genannten Kunstwerke nun endlich in den Besitz der Sächsischen Staatssammlungen übergehen, da sie, wie oben erwähnt, aus sächsischen Sammlungen stammen, Rückführung also Wiedergutmachung bedeutet und große, empfindliche Lücken der Sammlungen endlich geschlossen werden könnten. Das fragliche Kunstgut beschäftigt sich vorwiegend mit sächsischen Arbeiten, die als gaugebundene Kunst Dresden erhalten bleiben müssen – der Kunstfreund und Kenner sucht sie in erster Linie in Dresden.

gez. Dr. Fichtner
Direktor der Staatlichen Porzellangalerie Desden 364.)

REICHSLEITER MARTIN BORMANN

~~OBERSALZBERG, DEN~~

Führerhauptquartier,
den 22.11.1942
Bo/Ho.

d. Zü Rk 16 688 Bg

Herrn
Reichsminister Dr. Lammers
F e l d q u a r t i e r

Sehr verehrter Herr Dr. L a m m e r s !

Das anliegende Schreiben vom 18.11.1942 legte ich nebst seinen Anlagen am gestrigen Tage dem Führer vor.

Er hat, wie ich Ihnen im Auftrage und mit der Bitte um weitere Veranlassung mitteile, entsprechend dem Antrag Dr. Posse's entschieden,

Heil Hitler !

Anlage.

365.)

1 d. Schreiben an Posse in Dresden mit Anlagen, Sache ist erledigt. Akte kann weggelegt werden.
2. Herrn Posse wegen mündlicher Besprechung zustänfige Bearbeiter
gez
3. Zu Pers. 61 26.11. Jm Pos 61 26.11. II/24/1. W. Vorg. am 26.11. Dr. →

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Berlin, den 13. Dezember 1942
z. Zt. Feldquartier

Rk. 16688 B

1.) An
den Herrn Reichsminister der Finanzen

Nr. 1079 15/12.

Betrifft: Vermögen emigrierter Juden

Die Kunstsammlungen des emigrierten Juden Viktor Israel von Klemperer, früher in Dresden, sind nach § 3 der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 dem deutschen Reich verfallen.

Die näheren Angaben bitte ich dem in Abschrift anliegenden Schreiben des Reichsstatthalters in Sachsen an den Oberfinanzpräsidenten in Dresden zu entnehmen.

Der Führer hat entschieden, dass die Sammlungen dem Land Sachsen unentgeltlich übertragen werden sollen.

Ich darf Ihnen von dieser Anordnung des Führers Kenntnis geben und Sie bitten, das Erforderliche zu veranlassen sowie dem Führer zu meinen Händen über die von Ihnen getroffenen Massnahmen zu berichten.

(N.d.H.RMin.)[366.]

Handschriftl. Vermerk:

Nach § 3 Abs. 2 soll das Vermögen aller mit der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Stellen dienen. Mit Rücksicht auf die Weisung des Führers wird man sich über die Bestimmung hinwegsetzen können.

Nach § 5 haftet das Reich in Höhe des Vermögens für die Schulden. Falls hier Schulden vorhanden sind, würde das Reich sie tragen, das Land Sachsen den Vorteil haben.

2.) An
den Leiter der Partei-Kanzlei
Herrn Reichsleiter B o r m a n n

Betrifft: Vermögen emigrierter Juden.
Sammlungen Klemperer.

Sehr verehrter Herr Bormann !

Ich habe die Anordnung des Führers dem Reichsminister der Finanzen mit der Bitte übermittelt, das Erforderliche zu veranlassen.

3.) Nach 6 Wochen.

Heil Hitler !
Ihr sehr ergebener
(N.d.H.RMin.)[367.]

Der Reichsminister
der Finanzen

0 5400 - 348 VI

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

Berlin W 8, 4. Januar 1943
Wilhelmplatz 1/2
Fernsprecher: 12 00 15
Postscheckkonto: Berlin Nr. 25955

Kunstsammlungen der Juden Viktor Israel,
Ralf Israel und Herbert Israel von Klemperer,
mein Erlass vom 29. November 1942 0 5400 -
317 VI

Der Führer hat entschieden, dass die bezeichneten Sammlungen dem Land Sachsen unentgeltlich übertragen werden sollen.

Ich weise die in dem Schreiben des Reichsstatthalters in Sachsen - Landesregierung - vom 17. Oktober 1942 VIII 813/2;33 bezeichneten Gegenstände dem Land Sachsen unentgeltlich zu. Das Land Sachsen haftet nach der Übernahme der Gegenstände anteilig nach dem Wert der übernommenen Gegenstände für die zu begleichenden Schulden. Ich bitte, das Weitere zu veranlassen.

Der Reichsstatthalter in Sachsen - Landesregierung - hat Abschrift dieses Erlasses erhalten.

Die Zusammenstellung der Klempererschen Sammlungen liegt bei.

gez. Graf Schwerin von Krosigk

Herrn Oberfinanzpräsidenten Dresden in Dresden.

Kunstsammlungen der Juden Viktor Israel,
Ralf Israel und Herbert Israel von Klemperer,
Ihr Schreiben vom 13. Dezember 1942
RK 16688 B

Ich übersende Abschrift meines Erlasses an den Oberfinanzpräsidenten Dresden vom heutigen Tag mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Krosigk 368.)

Herrn
Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei

Berlin

Anm. Lutz Graf Schwerin von Krosigk wurde 1945 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und 1951 begnadigt. Das Gericht bewies seine Mitschuld an der Ausraubung der Juden.

Noch vorhandene Kunstschätze mit Jüdischen Motiven

Im Grünen Gewölbe der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden befindet sich eine Elfenbeinstatuette von 16 cm Höhe, die **Nathan Hirschl** darstellt.

Das Kabinettstück mit der Figur befindet sich seit seiner Entstehung in Dresden. Hofjuwelier Köhler wird es August dem Starken verkauft haben. Ein Grund für die Entstehung gerade dieser Figur kann man kaum angeben. Die Statuette des Nathan Hirschl ist nach einer Vorlage aus Callots Zwergenkabinett geschaffen.

Die Figur hat einen humoristischen (im Sinne der barocken Groteske) und keinen diskriminierenden Sinn, da das Regime August des Starken liberal aufgeklärt war. Sein jüdischer Hoflieferant Jonas Mayer stand in hohem Ansehen und hatte gemeinsam mit dem großen (christlichen) Hofjuwelier Johann Melchior Dinglinger z.B. die Juwelen des Königs geschätzt.

Die zwergenhaft gedrungene Figur steht in angedeutetem Kontrapost mit nach außem gesetztem linken Bein auf einer Amethystplatte. Der Dargestellte trägt wohl polnische Tracht: einen knielangen Rock mit langen Ärmeln (Kaftan), darüber ein ursprünglich schwarzer kurzärmeliger Mantel und breiter, weiter, gefalteter Kragen.

Die Statuette auf der Amethystplatte wird von vier schräggestellten Eckvoluten getragen, die unten in doppelbärtigen Judenköpfen aus vergoldetem Silber enden. Von den Voluten gehen Ranken aus, die vorn in der Mitte eine Uhr in einem Kranz von 28 Rubinen halten. (Siehe Abb. Seite 305).

*

Seit Anfang des 18. Jahrhunderts ist im Grünen Gewölbe auch ein Brotmesser aus Achat und Silber zu sehen, dessen Länge 29 cm mißt und aus Osteuropa um 1700 stammt. Der konische Griff ist aus hellem grau-braunem Achat, gefaßt in einem Heft aus Silber mit ziseliertem Ornament und vergoldetem Akanthus. Als oberster Abschluß ist eine kuppelförmige Platte mit Knauf. Die spitze Klinge ist aus Stahl und trägt die, in hebräischen Buchstaben, eingeätzte Inschrift: Sabbath Schalom. (Friede am Sabbath).

*

Die Kunstgegenstände befanden sich gemeinsam mit den anderen Werken der Dresdner Schatzkammer bis 1942 im Dresdner Schloß, wo sie ausgestellt waren. Wie alle anderen Werke der Sammlung wurden sie verpackt und ausgelagert und nach der totalen Kapitulation im Mai 1945 in Moskau sichergestellt, bis zur Rückgabe der gesamten Sammlung an die Regierung der DDR im Jahre 1958. Weitere Judaica gibt es nicht im Grünen Gewölbe. *)

*

*) Schreiben der Staatl. Kunstsammlungen Dresden vom 26. Okt. 1971.

Unter den besonders zu erwähnenswerten Gemälden ist „Der Uriasbrief" von Govaert Flinck zu verzeichnen. Das Gemälde stellt eine biblische Szene dar. Nach Samuel II. 11.15ff. schickte König David seinen Feldhauptmann Urias zum Obersten Joab, der den Urias an der gefahrvollsten Stelle an der Front einsetzt. Urias fällt im Kampf. Die Intrige hatte König David angezettelt, da er die Frau des Urias, Batseba, zum Weibe begehrte.

Das Gemälde stellt König David auf erhöhtem Throne dar, neben ihm rechts ein Schreiber. Links steht Hauptmann Urias, der den Marschbefehl, einen Brief der versiegelt ist, von König David empfängt.

*

Ein anderes Gemälde mit jüdischem Motiv von **Jakob vom Ruisdael** befindet sich in der Gemäldegalerie und ist betitelt „Der Judenfriedhof". (Siehe Abb. Seite 210)

*

Eduard Bendemann (1811 - 1889) entwickelte sich zu einem charakteristischen Historienmaler der älteren Düsseldorfer Schule. 1835 trat er zum Christentum über. 1838 erhielt er einen Ruf an die Dresdner Akademie und malte unter anderem drei Räume im königlichen Schloß aus*).

*

*) Monumenta Judaica. Handbuch. Köln 1963. S. 479.



NATHAN HIRSCHL
Elfenbeinstatuette im Grünen Gewölbe
der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden



DER URIASBRIEF
Gemälde von Govaert Flinck
in der Gemäldegalerie Dresden

f. Pressewesen

1851 wurde von dem noch in Dresden wohnenden Rabbiner Zacharias Frankel die „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums" herausgegeben. Über diese Publikation schrieb der Stockholmer Rabbiner Prof. Kurt Wilhelm:

> *„Solange es eine jüdische Wissenschaft gibt, wird diese Monatszeitschrift zitiert werden und späteste Forschung wird immer wieder zu ihr zurückfinden."* 369.)

„Die Zeitschrift für die religiösen Interessen des Judentums" wurde unter Mitwirkung mehrerer Gelehrten herausgegeben. Der federführende Leiter dieses Blattes war wieder Rabbiner Frankel. Im Januar 1844 erschien das erste Heft, das in Leipzig gedruckt wurde. Die Zeitschrift brachte es nur zu drei Jahrgängen, die in Leipzig und Dresden erschienen.

In der Schriftleitung der „Dresdner Nachrichten" war Alphonse Lewy in den Jahren 1875 - 1876, dann in der „Dresdner Zeitung", später von 1881 - 1884 als Schriftleiter der amtlichen „Sächsischen Dorfzeitung" und von 1884 - 1893 als Redakteur des „Freiberger Anzeigers" und schließlich noch 1893 im „Berliner Tageblatt" tätig. Besonders ist das Buch von Alphonse Lewy zu erwähnen: „Geschichte der Juden in Sachsen", Berlin 1902. Diese Monographie ist als grundlegende Arbeit über die Juden in Sachsen zu bezeichnen und viele Historiker haben sich von dieser verdienstvollen Arbeit anleiten lassen.

In den Jahren 1879-1905 war Georg Gradenauer (1866-1946, Dr.phil.) der Redakteur des „Vorwärts" und vom Jahre 1906-1918 bekleidete er den Posten des Chefredakteurs der „Dresdner Volkszeitung". Er war Sozialdemokrat und Mitglied dieser Partei. Zum Ministerpräsidenten des Freistaates-Sachsen wurde er 1919 ernannt. Dem Kabinett Wirth gehörte er 1921 als Reichsinnenminister an. Den Freistaat Sachsen vertrat er 1921-1932 mit dem Titel eines Gesandten in Berlin als tätiges Mitglied des Reichsrates. Um 1941 wurde er von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Theresienstadt geschafft.

Im Dresdner Verlagswesen konnten keine jüdischen Verlagsanteile festgestellt werden. Auf die Verlage hatten die Juden keinen Einfluß, allerdings nahmen diese bis 1933 auch keine Stellung gegen sie ein. Die Insertion jüdischer Firmen fiel immer bei allen Blättern ins Gewicht und man wollte sich immer guter Inserenten sichern.

Nach Hitlers Machtergreifung und der Gleichschaltung der Presse, ergriffen die lokalen Zeitungen Maßnahmen gegen die Juden. Es wurde von diesen Zeitungen vereinbart, keine Anzeigen von Juden oder jüdischer Firmen zu veröffentlichen.[370.)]

Das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden erschien 1925 als amtliches Organ des Gemeindevorstandes. Bis 1925 wurden wichtige Bekanntmachungen und Mitteilungen der Gemeinde auf Einzelblätter vervielfältigt und den Mitgliedern zugeschickt. Ab 1925 wurde den Abonnenten des Gemeindeblattes dieses periodisch zugestellt. Die erste Seite brachte gewöhnlich wichtige Gemeindeinformationen oder Leitartikel bekannter Publizisten, Vereinsnachrichten, Kalendarium für den Gottesdienst und aktuelle Probleme fanden sich auf den inneren Seiten. Ebenso die Insertion jüdischer Geschäfte und Firmen. Diese Insertion nahm nach 1933 beträchtlich zu. Neuerscheinungen von Büchern und Buchbesprechungen wurden ebenfalls veröffentlicht.

Nach einer NS-Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer vom 13. Dezember 1933 durften ab 1. April 1934 Zeitschriften nicht mehr gratis geliefert werden.

Der jüdische Gemeindevorstand mußte sich daher entschließen, gleich anderen jüdischen Gemeinden, eine Bezugsgebühr für das Gemeindeblatt festzusetzen. Um allen Gemeindemitgliedern den Weiterbezug des Blattes zu ermöglichen, wurde die Gebühr so niedrig als möglich bemessen und zwar auf RM -,10 pro Monat bzw. RM 1,20 pro Jahr, einschließlich Postzustellungsgebühren.[371.)]

1936 machte sich der Druck und die Schikanen der Nationalsozialisten auf die Juden in der Insertion in dem Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde bemerkbar:

„Jüdischer Chauffeur sucht Arbeit."
„Wirtschafterin sucht Stellung."
„Für Auswanderung Tausch von Grundstücken gesucht."
„Reisen nach Palästina und aller Welt."

In den folgenden Jahren verstärkte sich die Insertion, besonders von jüdischen Handwerkern und Kleinbetrieben. Immer mehr Anzeigen erschienen, die den Verkauf von Hausrat und Möbeln ankündigten.

Eine Einschränkung des jüdischen Pressewesens gab das Gemeindeblatt im September 1937 bekannt.

Ordnung im jüdischen Pressewesen

Der Sonderbeauftragte des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Reichskulturminister Hinkel, hat mit Rücksicht auf die jüdischen Feiertage die MELDEFRIST für die in den Verlagen und Unternehmen der jüdischen Presse tätigen Personen wie Verleger, Redakteure, Mitarbeiter, Verlagsangestellte, Bezieherwerber, Pressereferenten und Mitarbeiter von Pressedienststellen jüdischer Organisationen, Vereinen und Gemeinden bis zum 15. Oktober 1937 verlängert und den äußersten Termin für die Zulassung auf den 31. Oktober 1937 festgesetzt.

Demnach dürfen nach dem 1. November 1937 Personen ohne Bescheinigung oder Ausweis im jüdischen Pressewesen nicht mehr tätig sein. [372.)]

Anfang August 1937 mußte der Zeitungskopf und Name des Gemeindeblattes abgeändert werden. Anstatt der Bezeichnung
Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden
mußte zur besonderen Kennzeichnung ein Davidstern gezeigt werden und der neue Zeitungskopf lautete
Jüdisches Gemeindeblatt Dresden. Organ der Israelitischen Religionsgemeinde.

Im November 1938 erschien zum letzten Male das „Jüdische Gemeindeblatt Dresden."

Der Katalog der Deutschen Bücherei verzeichnet lakonisch:
„Erscheinen November 1938 eingestellt."

Folgendes Lesematerial lag im Lesesaal der Jüdischen Gemeinde Dresden bis 1933 vor:

32 Tageszeitungen und Zeitschriften. Darunter:

Dresdner Anzeiger, Berliner Tageblatt, Der Haint (jiddisch), Die Stimme, Der Morgen (Lemberg), Israelitisches Familienblatt, Jüdische Rundschau, Der Israelit, Jüdisch-Liberale Zeitung, C. V. Zeitung, Haolam (Die Welt), Jeschurun, Menorah, Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, Die neue Rundschau, Das Tagebuch, Die Weltbühne usw.

Auf eine Wochenschrift, die in Dresden von der ostjüdischen Bevölkerung gern gelesen wurde, muß hier hingewiesen werden. In jiddischer Sprache, mit hebräischen Buchstaben gedruckt, erschien jeden Freitag in Leipzig ein Wochenblatt dessen erste Nummer im April 1924 erschien und sich
Das ostjüdische Leben in Sachsen. Unparteiisches Wochenblatt für Ostjuden
nannte. Das Inhaltsverzeichnis des Blattes benannte: Literatur, Kunst, Wissenschaft, Humoristik, juristische Emigrations- und Handelsinformationen, Vereins- und Gemeindenachrichten usw.

Der Name der kleinen Zeitung, die nur 4 Seiten umfaßte, war offensichtlich falsch gewählt, denn Informationen über die Juden in Sachsen waren darin nicht beinhaltet. Deshalb wurde auch schon die zweite Nummer dieses Blattes umbenannt und erschien am 2. Mai 1924 wieder in Leipzig unter dem Namen
Unser Leben. Unparteiisches Wochenblatt für das Ostjudentum in Deutschland.
In einem Wort an die „geehrten Leser und Abonnenten" schreibt das Wochenblatt, daß es nun für die gesamte ostjüdische Bevölkerung in Deutschland eine Art Sprachrohr sei.

Erst ab März 1961 erscheint das

Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin und des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgabeort ist Dresden und Berlin. Gedruckt wird das Blatt in Leipzig. Das verantwortliche Redaktionskollegium befindet sich in Dresden.

Der Landesverband der jüdischen Gemeinden in der DDR berichtet laufend über Juden betreffende Ereignisse. Im Einzelnen berichten Folgende:

Jüdische Gemeinde Dresden
Jüdische Gemeinde zu Halle/Saale
Jüdische Gemeinde Karl-Marx Stadt (ehemals Chemnitz)
Israelitische Religionsgemeinde Leipzig
Synagogengemeinde zu Magdeburg
Jüdische Landesgemeinde Mecklenburg
Landesverband Thüringen der jüdischen Gemeinden, Sitz Erfurt
Jüdische Gemeinde von Groß-Berlin.

Dieses Nachrichtenblatt erscheint meistens viermal jährlich.

*

Ab 1925

Gemeindeblatt

der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden

Amtliches Organ des Gemeindevorstandes

Verantwortl. Schriftleitung: Bürodirektor L. Woemacker, Dresden · Verlag: Israelitische Religionsgemeinde Dresden · Druck: Kaden & Comp., Dresden-A.
Hauptannahmestelle für Inserate: Jac. Sternlicht, Jenabausstraße 2 I, Telephon 14051 · Die 28mm Nonpareillezeile kostet 80 Pf., laufend Rabatt

2. Jahrgang | Dresden, den 28. Februar 1927 | Nummer 10

GEMEINDEBLATT

DER ISRAELITISCHEN RELIGIONSGEMEINDE DRESDEN

AMTLICHES ORGAN DES GEMEINDEVORSTANDES

MITTEILUNGSBLATT DES SÄCHSISCHEN ISRAELITISCHEN GEMEINDEVERBANDES



XIII. Jahrg. | DRESDEN, 15. JUNI 1937 | Nr. 12

JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

Organ der Israelitischen Religionsgemeinde **Dresden** ✡ **Mitteilungsblatt des „Sächsisch. Israelit. Gemeindeverbandes"**

Angemeldet beim Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda betr. Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet.

XIII. Jahrgang | Dresden, den 15. August 1937 | Nr. 16

Oben: **Alte Ausgabe**
Unten: **Neue Ausgabe**

Ab 1961

✡

NACHRICHTENBLATT

der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin und
des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik

Dresden, März 1970 | Berlin, März 1970

Das Gemeindeblatt im Wandel der Zeiten

g. Bibliotheken

Die erste größere jüdische Büchersammlung in Dresden hatte Dr. Bernhard Beer um 1860 angelegt. Den nicht sehr bedeutenden Grundstock erhielt Dr. Beer als Erbteil von seinen Eltern. In demselben Maße als das Wissen des noch jungen Beer zunahm, vergrößerte sich die Büchersammlung.

Reichhaltig vertreten waren die Rechtsgutachten – Scheeloth ut'schubot – (Fragen und Antworten) und die Bibliothek in Oxford war seinerseits in dieser Beziehung nicht reichhaltiger. Diese Werke sind nicht bloß in religiöser Beziehung von großer Bedeutung, sondern sie geben auch Aufschluß über die Kultur und Sittengeschichte der Juden.

Weiter ist die reichhaltige Auswahl der karäischen Literatur und eine sehr interessante Sammlung von Gebetbüchern hervorzuheben. Es waren auch einige Manuskripte hebräischer Werke vorhanden, die hier nur kurz genannt werden sollen: a. Psakim (Entscheidungen), b. Midrasch Konen (Wissenschaftliche Theorien), c. Me'irath ejnajim (kabbalistische Auslegungen). d. Ozroth chaijim (kabbalistische Auslegungen), sowie weitere vier wissenschaftliche Abhandlungen. Im einzelnen umfaßte die Privatbibliothek von Bernhard Beer folgende Werke:

A. Theologie und Philosophie. *darunter Geschichte und Geographie,* *Rechts- und Staatswissenschaften,* *Andachtsbücher, Predigten usw.*	*1.544 Titel.*
B. Theologie und Philosophie *wie oben*	*863 Titel.*
	2.307 Titel gesamt.

Nach dem Tode von Dr. Bernhard Beer im Jahre 1861 wurde diese bedeutende Privatbibliothek öffentlichen Anstalten übergeben.[373.)]

Die Wünsche-Bibliothek.

Im Januar 1911 ging die Bibliothek des durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der hebräischen Literatur bekannten Professors August Wünsche in den Besitz der Israelitischen Religionsgemeinde über. Der damalige Vorstand, der den Werken des hervorragenden Gelehrten wiederholt Interesse und Wohlwollen entgegengebracht hatte, legte Wert darauf, die umfassende Bücherei der Gemeinde einzuverleiben.

Insbesondere war es den Bemühungen von Kommerzienrat Max Elb zu danken, daß durch Erwerb der sehr bedeutsamen Sammlung der Wissenschaft des Judentums in Dresden eine Stätte bereitet wurde.

Die Sammlung enthielt beträchtliche Werke aus der deutschen Philosophie, neutestamentliche kritische Theologie und andere Wissensgebiete. Diese Bücherei ging weit über den Rahmen einer Gemeindebibliothek hinaus und wurde intensiv von jüdischen und nichtjüdischen Kreisen benutzt und beachtet.[374.)]

1927 erschien ein „Katalog der Bücherei der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden" der in Dresden gedruckt, aber nicht mehr vorhanden ist. Die Landesbibliothek Dresden zeigt 1970 den Verlust dieses Kataloges an. In allen anderen Bibliotheken Deutschlands ist dieser Katalog ebenfalls nicht mehr vorhanden. Im einzelnen zeigte der Katalog folgende Werke auf:

A.	Religionslehre, Religionsgeschichte, Religionsphilosophie	407 Titel
B.	Philosophie, Geschichte der Philosophie	207 Titel
C.	Talmudische und rabbinische Literatur	208 Titel
D.	Hebraica. I. Bibel, II. Talmud und Midrasch, III. Diversa	212 Titel
Insgesamt verzeichnete der Gemeindekatalog		1.034 Titel.

Pressenotiz vom Mai 1933:

> *„ ...ein großer Fackelzug, der zur Bismarcksäule führte ... und die gesamte Schund- und Schmutzliteratur auf einem Scheiterhaufen verbrannt wurde ...."* 375.)

Im Zuge des Bibliothekwesens soll auch die Dresdner Buchhändlerfamilie Bonnier erwähnt werden. Gutkind Hirsch (1778-1862) nannte sich später Gerhard Bonnier. Sein Sohn Albert betätigte sich als Verleger (1820 Dresden - 1900 Stockholm). Er war Gründer des größten schwedischen Verlages, der seit 1914 von seinem Sohn Karl Otto (1856-1945) in Stockholm geleitet wurde. *)

An den Verleger Georg Bondi erinnert die von Peter Pawlowsky verfaßte Verlagsgeschichte „Helmut Küpper vormals Georg Bondi 1895-1970" (Düsseldorf und München 1970), Bondi der 1865 in Dresden geboren wurde, hatte dort 30 Jahre später den Verlag gegründet. 1896 verlegte er ihn nach Berlin. Schon von 1899 an wurde er für Stefan George auch für Friedrich Gundolf und den Historiker Ernst H. Kantorowicz, die zum George-Kreis gehörten, tätig. Bondi gab ferner die „Blätter für die Kunst" heraus. Er starb im Jahre 1935.

Seit 1922 war Dora Nodolowisch-Bondi Gesellschafterin des Unternehmens. Nach ihrem Tod trat die ältere Tochter Eva Bondi die Nachfolge der Familie an. 1934/35 kamen hinzu Bondis jüngere Tochter Mira Koffka und der aus dem George-Kreis stammende Helmut Küpper. Nach Eva Bondis Ausscheiden im Jahre 1938 (durch den Druck der Nationalsozialisten), wurde Helmut Küpper Alleininhaber und mußte 1941 den „jüdischen" Teil in der Firmenbezeichnung streichen. Seit 1946 firmiert das Unternehmen wieder unter dem ursprünglichen Namen „Helmut Küpper vormals Georg Bondi". **)

Verleger, Schriftsteller und Übersetzer war der aus Mähren stammende Jakob Hegner, zuerst in Leipzig (1913) dann in Hellerau bei Dresden wirkend. Hegner hat auf dem Gebiete des schönen Buches vorbildliches geleistet.

*

*) Lexikon des Judentums. Gütersloh 1967. Sp. 112

**) Pawlowsky, Peter. Helmut Küpper vormals Georg Bondi. Düsseldorf-München. 1971.

Der Machsor Dresden (Gebetbuch vom Anfang des 14. Jahrhunderts.)

In der Sächsischen Landesbibliothek Dresden ist ein mittelalterlicher Machsor, der sehr wertvoll ist, obwohl seine Bedeutung vorwiegend im Dekorativen liegt. Dieser Kodex ist unter der Bezeichnung Machsor Dresden bekannt.

Pergamenthandschrift, Holzdeckel, Ecken und Rücken mit Leder bezogen, Rücken mit Goldpressung; Höhe 52,5 cm, Breite 38 cm. 293 Blätter. Deutschland, Anfang 14. Jahrhundert.

Der Kodex enthält die Liturgie für die Sondersabbate, für Purim, das Wochenfest sowie für den 9. Ab. (Trauerfeiertag anlässlich der Zerstörung des Tempels in Jerusalem). Am Anfang: Cant. Canti., Ruth, Kohelet und die Toraabschnitte für diejenigen Tage, deren Liturgie im Kodex enthalten ist (Bl. 1a-23b). Von anderer Hand wurden eingetragen die entsprechenden prophetischen Lektionen sowie die Liturgie für den "Grossen Sabbat" (24a-43b); eine Version (A'amir), die vom Hauptschreiber nicht angegeben ist (103b - 112b). Zu vier Stellen hat der Kodex schöne, bunte und reichvergoldete Illustrationen:

1. Zu Purim: Haman und seine Söhne;

2. zu "Or jescha" von Pessach (116b): ein Portal, dessen Säulen auf Elefanten gegürtet sind (vgl. E. Roth, S.220);

3. zum Tausegen (Elim be - jom mechussan, Bl. 132a - 134b) 11 Medaillons: der Tierkreis. Bock und Wassermann sind geschickt vereint: Der Bock trinkt vom Eimer. Die Waage (für Monat Tischri) nach christlicher Art: links der Teufel zieht die Schale herunter, rechts ein nackter Mann in der Schale: neben ihm versucht eine geflügelte Gestalt den Satan zu überwiegen; die Waage hängt an der Hand Gottes;

4. zu "Adon immnani", zum ersten Tage des Wochenfestes, eine ganzseitige Darstellung: Die Übergabe der Gesetzestafeln am Berge Sinai (202b). Von beiden Seiten der Darstellung jeweils turmartige Pfeiler, die oben durch eine Bastei miteinander verbunden sind. Mitte der Bastei ein dritter Turm. Unter diesem der Himmel und Himmelskörper. Der Himmel ist mit Feuerflammen umzingelt. Rechts und links stossen in der Nähe der Pfeiler zwei geflügelte und gekrönte Männer in Trompeten, aus denen Flammen schlagen. Zwischen den beiden Gestalten der Berg Sinai in Flammen. Gottes Hand (wie auf dem Sternbild "Waage"), ragt aus dem Himmel mit der Gesetzestafel hervor. Links Moses, der diese entgegennimmt und sie einem rechts Knieenden weitergibt. Im unteren Feld Menschen, die ihre Hände in die Richtung der Tafel ausstrecken. Die Pfeiler stehen im Munde von zwei Fabelwesen. Die Gestalten und deren Tracht sind auf dieser Darstellung und auf Blatt 82a völlig nach christlicher Art gezeichnet. Moses mit Rosenkranz, Juden (mit einer Ausnahme) in Priestertracht. Es ist zu folgern, dass der Künstler dieser Darstellungen ein Nichtjude war! *)

Die Bezeichnung für diesen Kodex in der Dresdner Sächsischen Landesbibliothek wird mit Inv. Nr. A 46a angegeben.

Literatur zu diesem Kodex in:

Fr. Schnorr v. Carolsfeld, Katalog der Handschriften der Königlichen Bibliothek zu Dresden, Bd. 1. Leipzig 1882, S.10;
Fleischer, cat. codd.or.bibl. Dresden, Lips. 1831, 4S. Nr. 443;
*) In: Monumenta Judaica. Katalog. II. Ausgabe. Abtlg. D.Nr.22
(Verf. Rabbiner Prof. Dr. Ernst Róth)



MACHSOR DRESDEN. 14. Jahrhundert.

Darstellung der Übergabe der Gesetzestafeln



MACHSOR DRESDEN *14. Jahrhundert*
Darstellung von Haman und seinen Söhnen

h. Schulwesen

Ende des Jahres 1830 genoß der größte Teil der jüdischen Kinder Unterricht in christlichen Schulen oder durch christliche Privatlehrer. Die Eltern der Kinder scheuten keine Kosten, diese in den Normalschulen in Dessau, Seesen, Wolfenbüttel und anderen Orten ausbilden zu lassen.[376.)]

Eine Petition des Handelsstandes und der Gewerbetreibenden gegen die Emanzipation der Juden im Königreich Sachsen empfahl im Jahre 1833 in Erläuterungen, Zusätzen und Anmerkungen an die Ständischen Hohen Kammern in Dresden:

> **Petition . . . wider die Emanzipation der Juden.**
>
> a. *Ein geregelter, gleich den christlichen Schulen unter die Aufsicht des Cultusministeriums zu stellender Unterricht der israelitischen Jugend, oder (was den heilsamen Zweck noch sicherer und mit geringerem Aufwande für die an sich unbemittelte jüdische Gemeinde fördern soll,) Unterbringung in christliche Schulen, womit dann*
>
> b. *Die Anstellung geprüfter Lehrer, namentlich der jüdischen Religionslehrer unter gleichmäßiger Aufsicht der Behörden, im nächsten Zusammenhange stehen soll.*
>
> *Gründe:*
>
> *Was die Regulierung des Schulunterrichtes der israelitischen Jugend zu Punkt a.) anbetrifft, so möchte dies eine Beschränkung nicht zu nennen sein, indem dies nur den Israeliten eben so notwendig als heilsam sein dürfte.*
>
> *Zudem würde dadurch der Hauptzweck des Moses-Mendelsohn-Vereines (sittlich-religiöse Ausbildung der jüdischen Kinder) zur Staatsmaxime gerechterweise erhoben werden.*
>
> *Unterbringung der Juden in christliche Schulen aber würde sich entweder kaum realisieren lassen, oder doch beiderseitiger Jugend nur zum Nachteil gereichen. Denn vorerst würde die jüdische Jugend an dem gemeinsamen Unterricht ununterbrochen auf keine Weise teilnehmen können, sodass nicht geringe Lücken in den Kenntnissen der jüdischen Kinder dadurch entstehen, dass sie alle Tage, auf welche nach ihrem Kultus Feiertage fallen, die Schule versäumen müssten und endlich würde derselbe Umstand den christlichen Kindern ein übles Beispiel und Veranlassung zu öfterem Schulversäumnis geben.*[377.)]

Ab 1830 bestand trotzdem ein mehr oder weniger geregelter Religionsunterricht für die jüdischen Kinder in Dresden, durch jüdische Lehrkräfte. Den Unterricht besuchten bis zum Jahre 1869 rund 50 Kinder jährlich.

Durch eine behördliche Anordnung wurde dann die Religionsschule 1869 geschlossen und erst wieder im Jahre 1875 eröffnet.[378.)]

Einen anschaulichen Bericht gibt der Dresdner Rechtsanwalt Emil Lei. ann über das Schulwesen um 1830 ab:

> *„Ich war noch nicht fünf Jahre alt, da führte mich im Jahre 1833 mein Vater in die Schule. Es war die Privatschule von Markus Landau. Noch heute ist mir das Gefühl erinnerlich, das mich vor der Tür erfasste, mit dem ich in die Stube eintrat.*
>
> *Um einen langen viereckigen Tisch sassen wir Knaben, sämtliche Zöglinge der Schule, herum, obenan der Lehrer, immer derselbe, der alte "Landau", der uns buchstabieren, Lesen, Schreiben, Rechnen, biblische und allgemeine Geschichte im Verein mit Erdkunde und – zuletzt, jedoch nicht zum Wenigsten ! – Hebräisch lehrte. Von Stundeneinteilung war keine Rede. Die Nachmittage waren ausschließlich dem Hebräischen gewidmet, dem Lesen und Übersetzen der Gebete und der fünf Bücher Moses. Der "alte Landau" war kein studierter Lehrer, aber ein ausgezeichneter Lehrer. Er war der Sohn des im Jahre 1803 berufenen ersten Oberrabbiners von Dresden, des im Jahre 1818 verstorbenen David Wolf Landau. Nur kurze Zeit, als Student während der Ferien, unterstützte der Sohn, der nachmalige Oberrabbiner Dr. Wolf Landau, den Vater im Unterricht, insbesonders in der deutschen Sprache.*
>
> *Eine zweite Privatschule bestand unter der Leitung Ruben Aron Meyer's, eines Kalligraphen, oder wie es hebräisch heisst: Sopher, von dem sehr schöne geschriebene Thorarollen in der Synagoge vorhanden sind. In seiner Schule befanden sich Knaben und Mädchen.*
>
> *Dr. Zacharias Frankel kam am 29. Mai 1836 in Dresden an. Seine Tätigkeit sollte uns Kindern bald zu Gute kommen. Denn sein Erstes war die Errichtung einer Gemeindeschule. Er vereinigte in den ersten Monaten seiner Anwesenheit in Dresden die Privatschulen von Landau und Meyer zu einer Schule. Sie wurde im August 1836 mit 45 Schülern eröffnet. Die Schüler des alten Landau bildeten die erste Klasse, die Meyer'schen Schüler und Schülerinnen zumeist die zweite, die dritte und letzte ward neu errichtet.*
>
> *Dr. Frankel erteilte, namentlich in der Anfangszeit, selbst Unterricht, in der Geschichte der Juden, später beschränkte er sich auf Leitung und allwöchentliche Revision der Schule. Seit 1837 war Dr. Wolf Landau erster Lehrer dieser Schule, an ihr hat er ein Menschenalter hindurch segensreich gewirkt, bis die veränderten Zeitverhältnisse und Anschauungen Michaelis 1869 ihre Aufhebung herbeiführten, nachdem seit Ostern 1865 durch Errichtung der Religionsschule ihre wesentliche Daseinsbedingungen anderweitig und zeitgemäßer erreicht wurde, während ihr nächster Zweck, der einer Freischule, seitdem von der Israelitischen Gemeinde durch Gewährung von Schulgeld an Bedürftige erfüllt wurde."*[379.)]

Erst seit 1875 kann man chronologisch die Entwicklung des Israelitischen Unterrichtes verfolgen. Aber auch christliche Schulen wurden von jüdischen Schülern besucht. Auf den christlichen Gymnasien in Dresden war jeder 41. Schüler Jude, auf den Realschulen I jeder 60., auf den Realschulen II jeder 70. Schüler Jude. Bemerkenswert ist, daß in den höheren Volksschulen um 1880 ungefähr jeder 200., in den mittleren jeder 322., dagegen in den einfachen Schulen unter 353.617 Schülern nur 4 Juden waren. Dieser Ausfall auf der untersten Stufe deckt die große Mehrheit in den höheren und oberen Volksschulen.[380.)]

Der Verein israelitischer Lehrer Mitteldeutschlands wurde schon am 3. November 1878 in Eisenach gegründet. Die erste ordentliche Versammlung fand in den Pfingsttagen, ebenfalls in Eisenach statt. In den Versammlungen mußten oft Aussprachen über materielle Angelegenheiten eine breite Basis einnehmen. Ungenügende Besoldung – mangels schlechter Finanzlage der einzelnen Gemeinden – und unsicherer Anstellungsmodus der Religionslehrer gaben immer wieder Anlaß zu Diskussionen. Die völlig gehaltliche und noch weit wichtigere Gleichstellung der jüdischen Religionslehrer mit den Volksschullehrern herbeizuführen, betrachtete der Verein als dringendste Aufgabe.

Zum Verein israelitischer Lehrer Mitteldeutschlands gehörten 54 Mitglieder aus folgenden Städten:

Annaberg
Arnstadt
Aschersleben

Bautzen
Bernburg
Bibra
Bleicherode
Braunschweig

Chemnitz

Dessau
Dresden

Eisenach
Eisleben
Erfurt

Gehaus
Gera
Gotha

Halberstadt
Halle
Holzminden

Leipzig

Magdeburg
Mühlhausen

Nordhausen

Plauen i.V.

Stadtlengsfeld
Stadtoldendorf
Suhl

Themar

Walldorf
Weissenfels

Zerbst
Zittau

Die Devise des Vereines war die Förderung des jüdischen Schulwesens, Hebung des Gottesdienstes, Verbreitung jüdischer Wissenschaft und Pflege des jüdischen Gemeinsinnes. Ziele, die alle erreicht wurden. Im Jahre 1904 beging der Verein in Magdeburg sein 25jähriges Bestehen in festlicher Weise. Aus Anlaß der Jubiläumstagung erschien eine von Lehrer Fuchs aus Braunschweig verfaßte Festschrift. Zum 50jährigen Bestehen des Vereines im Jahre 1929 erschien eine weitere Festschrift in Magdeburg vom Lehrer D. Heilbrunn.[381.)]

1889 legte Rabbiner Dr. Winter der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden einen neuen Lehrplan vor, welcher im Anschluß an das Volksschulgesetz den Religionsunterricht schon vom sechsten Lebensjahr an fordert.

Derselbe fand, nachdem ein Antrag des Rechtsanwaltes Lehmann den Unterricht erst vom achten Lebensjahr ab für obligatorisch, den in der hebräischen Sprache aber für fakultativ zu erklären, gegen drei Stimmen Ablehnung gefunden, die Zustimmung des Gemeinderates. Rabbiner Winter wurde vom Gemeinderat einstimmig ersucht, den hebräischen Unterricht auf das Allernotwendigste zu beschränken (!). Zugleich wurde folgendes beschlossen:

1. *Jedes Dresdner Kind israelitischen Bekenntnisses muss während der Dauer der Volksschulpflicht in der israelitischen Religion unterrichtet werden und zwar*
   a) entweder in der Religionsschule der Dresdner Isr. Religionsgemeinde
   b) oder durch Unterricht seitens der vom Dresdner Rabbiner hierzu ermächtigten Lehrer. Die Ermächtigung ist widerruflich.
2. *Für den Religionsunterricht ist der vom Dresdner Rabbiner aufgestellte, vom Gemeinderat genehmigte Lehrplan massgebend.*
3. *Der Rabbiner ist berechtigt, die ausserhalb der Religionsschule unterrichteten Kinder alljährlich einer Prüfung zu unterziehen und denselben Zensuren zu erteilen.*

Der Konfirmationsunterricht soll, wie bisher, fakultiv bleiben. Als wünschenswert wurde die Errichtung eines fakultativen Fortbildungsunterrichtes für Konfirmierte gefordert.

Der neue Lehrplan tritt Ostern 1889 in Kraft. Die neu zu errichtende Klasse vom sechsten Lebensjahr an, wird Frau Wolfsohn unterrichten.

Die Vermehrung der Unterrichtsstunden und der Schülerzahl machte die Anstellung noch eines weiteren Lehrers erforderlich, zumal, da der Religionsunterricht auf die bisher dazu benützten Tage – Sonntag, Mittwoch und Sonnabend – beschränkt bleiben soll.[382.)]

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden gab 1891 bekannt:

> *Die Religionsschule wurde im April 1891 von 259 Schülern, davon 144 Knaben und 115 Mädchen, besucht. An der Schule unterrichteten ausser dem Rabbiner noch drei Lehrer und eine Lehrerin. 101 Kinder genossen Freiunterricht, die übrigen zahlten ein Schulgeld von monatlich 2 Mark. Die Schulprüfung fand am 26. und 29. März 1891, das Schulfest zur Weihefeier am 7. Dezember 1890 statt.*
>
> *Die Gemeinde zahlt das Elementarschulgeld für 17 Kinder, 7 bzw. 1 halbe Freistelle, Bürger, 10 Bezirksschüler. Ausserdem erhielten aus der von Josef Bondi begründeten Sidonienstiftung auf Empfehlung des Vorstandes 5 Bürgerschüler Freistellen.*[383.)]

Am 19. Dezember 1895 wurde eine Petition des Schulkassenrechnungsführers C.Wallner aus Schwarzenburg bei der Ersten Kammer eingereicht, welche eine auf Staatskosten vorzunehmende Übersetzung des Schulchan Aruch (jüdischer Gesetzeskodex), der in seinen 4 Bänden eine Geheimlehre und ein Geheimgesetzbuch für das Judentum darstellen sollte. (!) In einem ausführlichen Bericht gab Oberbürgermeister Dr. Dittrich aus Plauen i.V. einen Überblick über die jüdische Gesetzesliteratur.

Die Dresdner Erste Kammer beschloß, die antisemitische Petition auf sich beruhen zu lassen.[384.)]

Einen großen Verlust erlitt die Religionsschule durch den Tod der Lehrerin Flora Wolfsohn. Die Beerdigung fand am 4. Mai 1916 unter außerordentlich großer Beteiligung statt.
27 Jahre hatte die Lehrerin mit seltener Hingabe und unermüdlichem Fleiß ihren idealen Beruf erfüllt. Auch ihre hohe musikalische Begabung stellte sie stets in den Dienst der Gemeinde.
Bei der Trauerfeier betonte der Rabbiner, daß die Gemeinde dieser selbstlosen, edlen Frau immer ein ehrendes Andenken bewahren werden[385.)]

1930 erhielt wieder die Talmud-Thora Schule einen Zuschuß von 5.400,– Mark. Von orthodoxer Seite wurde gebeten, die Gemeinde möchte die Schule übernehmen, oder aber zumindest eine höhere Subvention gewähren, damit der Verein Machsike Thora (die Bewahrer der Thora) hygienisch einwandfreie Schulräume beschaffen und die Lehrkräfte angemessen besolden könne.

Dr. Levy als Vorsitzender des Schulausschusses, an den die Sache verwiesen wurde, erwiderte, daß diese Schule an sich die Gemeinde nichts angehe, trat aber dafür ein, auch Kinder strenggläubiger Eltern Unterricht in einer der Dresdner Gemeinde würdigen Weise zu erteilen.[386.)]

1932 wurde Religionsunterricht in der Religionsschule Pestalozzistraße 2 und Carolastraße 4 erteilt. Für die Schüler der höheren Lehranstalten, Sexta bis Tertia, wurde in folgenden Anstalten durch jüdische Religionslehrer Religionsunterricht erteilt: König-Albert Gymnasium, Wettinger Gymnasium, Kreuzgymnasium, Deutsche Oberschulen Plauen und Johannstadt, Altstädter Höhere Mädchenschule. Leiter der Religionsschule war Rabbiner Dr. Wolf. Außer dem Rabbiner waren Lehrer: Leo Anschel, Bernhard Isaak, Frau Dr. Eva Stein, Jakob Blum.

„Nach mehrjährigen Bemühungen der Gemeinde schien die Errichtung einer jüdischen Schule in Dresden gesichert. Der Anfang 1934 gegründete Schulverein hat mit der Gemeinde wie mit der Reichsvertretung der deutschen Juden Vereinbarungen getroffen und seitens der Behörde ist zugesichert worden, sobald formelle Fragen erledigt sind, den Schulbetrieb zu eröffnen.

Die Schule wird zunächst die vier unteren Elementarklassen haben und jedes Jahr um eine weitere Klasse aufgebaut werden, bis sie die Größe einer vollklassigen Volksschule mit gehobenen Klassen hat. Der Unterricht in einer oder mehreren Sprachen ist für später vorgesehen. Knaben und Mädchen werden zusammen unterrichtet.

Die Schulräume werden sich im Hause Zeughausstraße 1, (neben der Synagoge) befinden. Zunächst steht dafür eine halbe Etage zur Verfügung. Weitere Räume werden hinzukommen, sobald sich die Schule vergrößert. Als Schulhof dient der Hof, sowie der Synagogenhof, der mit dem Schulgrundstück durch eine Tür in der Zwischenmauer in direkter Verbindung steht. Die Schulräume sind durch das Schulamt und die Baupolizei nach Besichtigung als geeignet befunden worden.

Ein Schulgeld wird von jedem Schüler erhoben. Nur bei Kindern, deren Eltern Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, wird eine Ausnahme gemacht. Die Klassenzimmer haben eine Größe, die nur gestattet, 20 bis 25 Kinder in eine Klasse aufzunehmen. Aus den Anmeldungen hat sich ergeben, daß die Schülerzahl für die einzelnen Klassen fast erreicht ist.

Es wird noch ein Schulleiter und Lehrer, die nach den modernsten pädagogischen Grundsätzen arbeiten und über dem Durchschnitt stehen gesucht."[387.)]

Bis zur Erlaubnis, den Schulbetrieb eröffnen zu können, mußte die Gemeinde erst formale Angelegenheiten mit dem Sächsischen Unterrichtsministerium regeln. Nach den bestehenden amtlichen Bestimmungen mußten die jüdischen Kinder auch die Schule an Sonn- und Feiertagen besuchen.

Diesbezüglich hatte der Leipziger Rabbiner Dr. Felix Goldmann 1929 Klage beim Sächsischen Oberlandesgericht erhoben um feststellen zu lassen, daß sein Sohn n i c h t am Sabbat die Schule besuchen muß. Eine Revision der Klage wurde abgelehnt. Das Gericht entschied, daß zwar Artikel 135 der Reichsverfassung die uneingeschränkte Religionsübung gewährleiste, aber in Sachsen ein Rechtsanspruch auf Befreiung eines Schülers vom Unterricht an staatlich anerkannten Feiertagen nicht bestehe.[388.)]

Auf Eingabe von Rabbiner Dr. Josef Carlebach in Gemeinschaft mit dem Schomre-Schabbos-Verband (Verband der Hüter des Sabbat) übersandte das sächsische Unterrichtsministerium die folgende endgültige Verfügung:

> *„Die früheren Gesetze über den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen werden hinsichtlich der Israeliten unter Anpassung an die Regelung in anderen deutschen Ländern aufgehoben."*[389.)]

Über die Eröffnung der Dresdner Jüdischen Schule schrieb das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden:

> **Unsere Schule**
>
> *Am 23. März 1935 wurde die jüdische Schule Dresdens eröffnet. Sie hat bereits ihre Arbeit in 4 Klassenzimmern und mit über 100 Schülern begonnen. Der erste Abschnitt der Aufgabe des Jüdischen Schulvereines e.V. – die lange schwierige Vorbereitungsarbeit ist damit abgeschlossen. Es wäre uns nicht gelungen, die schwierige Aufgabe zu erfüllen, wenn wir nicht von Anfang an die volle Unterstützung der Reichsvertretung der deutschen Juden (Berlin) gehabt hätten. Auch der sächsische (Jüdische) Landesverband setzte sich einstimmig für die Gründung dieser Schule ein, und so gelang uns es auch bald die volle Unterstützung des Gemeindevorstandes zu bekommen. Allen diesen Stellen möchten wir unseren herzlichsten Dank für die Unterstützung aussprechen.*
>
> *Jetzt sind wir in ein neues Stadium unserer Arbeit eingetreten. Jetzt heißt es, diese Schule so aufzubauen, daß sie der Stolz unserer Gemeinde sein und bleiben wird.*
>
> *Zur Ausführung dieser Arbeit haben wir bereits eine viel stärkere Basis und viel neue wichtige Kräfte gewonnen. Wir haben einen Schulleiter und Lehrer, die mit voller Liebe und Hingabe ihre Arbeit aufgenommen haben. Fast alle Eltern der über 100 Kinder sind bereits begeisterte Anhänger der Schule geworden.*
>
> *Die jüdische Schule hat die Aufgabe übernommen, der neuen Generation außer dem vom sächsischen Staate vorgeschriebenen Lehrplan, die Geschichte, die Sprache und die Religion unserer Vorväter zu lehren. Diese Schule gehört keiner Gruppe und keiner Partei. Der Schulvorstand bittet alle Mitglieder der Gemeinde mitzuhelfen, damit eine neue belebende Kraft für alle und für die Gemeinde von der Schule ausströmt.*[390.)]

Erwähnenswert ist auch Walter Goldmann, der in der jüdischen Schule als Musiklehrer tätig war und auch die Synagogenchöre leitete. Er war Dirigent an der Dresdner Oper, bis er nach Shanghai flüchtete. Er starb in Amerika am 1. Juli 1973.

Anzahl der Schüler in der jüdischen Religionsschule Dresden von 1836 bis 1938 1.)

Jahr	Gesamtzahl	Knaben	Mädchen	Lehrer
1836	45			
1869	Schule durch behördliche Verfügung geschlossen 2.)			
1875	100			3.)
1882	130	72	58	
1886	134			
1891	259	144	115	
1892	274			
1893	247	132	115	Dr. J. Winter Auerbach Golde Wolfsohn Frau
1894	256	137	119	" " " " Wolfsohn
1895	259	137	122	" " " " "
1896	256	128	128	" " " " "
1897	259			" " " " "
1898	269	143	126	" " A. Levi " "
1899	299	155	144	" " " " "
1900	331	176	155	" " " " "
1901	rd. 300			" " " " "
1902	325			" " " " "
1903	294	162	132	" " " " "
1904	306	165	141	" " " " "
1905	319	172	146	" " " " "
1906	353			" "
1907	412	217	195	" Dr. Stein "
1908	420			" " "
				"
1910	rd. 420			" "
1911	435			" " Krämer "
1913	415			" " L. Anschel "
1924	430			Dr. A. Wolf " B. Isaak Frau Dr. Stein
1928	rd. 500			" " "
1932	550			" " "
1934				Rabb. "
				Königshofer "
Am 23. März 1935 wurde die jüdische Schule eröffnet.				" " "
1935	100			" " J. Blum "
1938	?			" "

Am 30. Juni 1942 wurden alle jüdischen Schulen durch eine nationalsozialistische Verfügung geschlossen. Die letzten Kinder wurden deportiert und in den Vernichtungslagern des Ostens ermordet.

*

1.) Aus der Allgemeinen Zeitung des Judentums und den Statistischen Jahrbüchern des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes ff.

2.) Allg. Ztg. des Judentums. 4. Mai 1869

3.) Engelbert, Hermann. Statistik des Judentums im dt. Reich. Frankfurt/M. 1875, Seite 70

Schon 1930 begannen die Nationalsozialisten sogar schon in den Schulen üble Stimmung gegen die Juden zu machen. Die Sozialdemokratische Fraktion brachte im Thüringer Landtag folgende Entschließung vor:

Frick's Gebete gegen die Juden

Durch Verordnung am 16. April 1930 hat der Nationalsozialistische Volksbildungsminister Dr. Frick fünf Gebete zur Einführung in den Schulen empfohlen. Alle Gebete tragen politisches Gepräge. Es sind Kriegsgebete, die für die 'befreiende Tat' im Sinne der Nationalsozialistischen Partei Propaganda machen. Es sind Gebete gegen Völkerversöhnung, Völkerverständigung und Völkerfrieden. Es sind parteipolitische Haßgebete, die in verleumderischer und recht unchristlicher Weise dem republikanisch gesinnten und friedliebenden Teil der Bevölkerung Betrug und Verrat vorwerfen.

Die amtliche Aufstellung solcher Behauptungen, die eine Beleidigung weiterer Bevölkerungskreise (Juden) darstellen und darum verletzend wirken müssen, ist ein offener Verstoß gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung, nachdem in öffentlichen Schulen die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden dürfen.

Die Regierung wird deshalb ersucht, die Gebetsverordnung vom 16. April 1930 aufzuheben.[391.)]

*

Drei Jahre später entließen die Nationalsozialisten alle jüdischen Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen.

Der Reichsstatthalter
in Sachsen *Dresden, am 23. August 1933*

Nr. 8 P 14 St K II.

Auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums versetze ich hiermit den Lehrer an der Staatlichen Akademie für Technik in Chemnitz

Professor Dr. Emil Alfons Philipp Pilzer

Aufgrund von § 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzblatt I S.175) in den Ruhestand.

Der Reichsstatthalter in Sachsen.

gez. Martin Mutschmann.[392.)]

Im Unterrichtsplan der Schulen wurde die "Behandlung der Judenfrage" vom Volksbildungsminister vorgeschrieben. Den Schulkindern wurde auf diese Weise systematisch Judenhaß eingeimpft.

Lehrplan zur Behandlung der „Judenfrage" im Unterricht
„Der Nationalsozialistische Erzieher" Nr. 42, 1934

Unterrichtsplan für Staatspolitik für die Volksschulen des Dritten Reiches

Woche	Stoffgebiet	Beziehung zum Juden	Lesestoff
1.–4.	Das Deutschland der Vorkriegszeit. Klassenkampf. Profit Streik	Der Jude macht sich breit!	Aus Hauptmann „Die Weber"
5.–8.	Vom Agrarstaat zum Industriestaat. Kolonien.	Der Bauer in den Klauen des Juden.	Schilderungen aus den Kolonien. Aus Herm. Löns.
9.–12.	Verschwörung gegen Deutschland. Einkreisung. Sperrfeuer um Deutschland.	Der Jude herrscht! Kriegsgesellschaften	Beumelburg: „Sperrfeuer" Hindenburgs Leben. Kriegsbriefe.
13.–16.	Deutsches Ringen – deutsche Not. Blokade! Hungertod!	Der Jude wird wohlhabend! Ausnutzung der deutschen Not.	Manke: Spionage an der Westfront. Kriegsschilderungen.
17.–20.	Dolchstoß. Zusammenbruch	Juden als Führer der Novemberrevolte.	Pierre des Granges: In geheimer Mission beim Feinde.
21.–24.	Deutschlands Golgatha. Erzbergers Verbrechen. Versailles.	Ostjuden wandern ein. Judas' Triumph!	Volkmann: Revolution über Deutschland. Feder: Die Juden. Zeitung: Der Stürmer.
25.–28.	Adolf Hitler. Der Nationalsozialismus.	Judas' Gegner!	Mein Kampf. Dietrich Eckart.
29.–32.	Blutende Grenzen. Versklavung Deutschlands. Freikorps. Schlageter.	Der Jude zieht aus der Not seinen Nutzen. Anleihen. (Dawes, Young).	Beumelburg: Deutschland in Ketten. Wehner: Die Wallfahrt. Schlageter: Ein deutscher Held
33.–36.	Der Nationalsozialismus im Kampf mit der Unterwelt und dem Verbrechertum.	Juden Anstifter zum Mord. Die jüdische Presse	Horst Wessel.
37.–40.	Deutschlands Jugend voran! Der Sieg des Glaubens	Der Endkampf gegen Juda.	Herbert Norkus. Reichsparteitag.

393.)

NS-Richtlinien für die Stellung der Juden im Schulwesen

Mit Erlaß vom 2. Juni 1937 hat der Reichserziehungsminister eine Zusammenfassung der Richtlinien über die Rechtsstellung (!) der Juden im deutschen Schulwesen gegeben, nach denen bis zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Schulerziehung j ü d i s c h e r Kinder zu verfahren ist.

Der Erlaß geht davon aus, daß das Reichsbürgergesetz vom 15. Sept. 1935 und die erste Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz die Rechtsstellung der Juden im deutschen Reichsgebiet eine grundsätzliche Klärung erfahren hat. Diese Vorschriften sind auch für die Schulerziehung der j ü d i s c h e n Kinder von maßgeblicher Bedeutung. Der Erlaß behandelt die Zulassung der Juden zum Schulbesuch, die Teilnahme an Schulveranstaltungen besonderer Art, die Zulassung zur Prüfung als Nichtschüler und die Reifeprüfung an jüdischen Schulen sowie einige grundsätzliche Fragen der Lehrerausbildung.

Hinsichtlich der Zulassung zum Schulbesuch ist zu unterscheiden zwischen den Pflichtschulen (Volks- und Berufsschulen) und den Wahlschulen (mittlere, höhere und Fachschulen). Die Zulassung der Juden zum Besuch der Pflichtschulen regelt sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Schulpflicht. Soweit keine jüdischen Privatschulen vorhanden sind, oder von den Unterrichtsträgern der öffentlichen Schulen besonders öffentliche Schulen für Juden errichtet werden, nehmen die jüdischen Schüler an dem Pflichtunterricht der allgemeinen öffentlichen Schulen teil.

Für die Zulassung der Juden zum Besuch der Wahlschulen bleiben die Bestimmungen des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 (BGBl.I, S.225) und die dazu ergangenen Ausführungsvorschriften maßgebend.

Jüdische Mischlinge besuchen grundsätzlich die allgemeinen Volks- und Berufsschulen. Sie unterliegen auch bei der Aufnahme an Wahlschulen keinerlei Beschränkung. Den von zwei volljüdischen Großeltern abstammenden jüdischen Mischlingen ist auch der Besuch jüdischer Schulen oder Sammelklassen für jüdische Schüler gestattet.

Zur Reifeprüfung als Nichtschüler und zu den sprachlichen Ergänzungsprüfungen sind wie bisher jüdische Bewerber deutscher Staatsangehörigkeit n i c h t zugelassen.

Zur Lehrerausbildung können Juden n i c h t Lehrer oder Erzieher deutscher Jugend sein. Auch Mischlinge sind künftig für den Beruf eines deutschen Jugenderziehers ungeeignet.

Lehrkräfte für jüdische Schulen hat sich jedoch der Minister vorbehalten, bis zu einem späteren Zeitpunkt und Neuordnung einzelne jüdische Antragsteller (-innen), die ihre Ausbildung auf einer anerkannten jüdischen Lehrerbildungsanstalt erhalten haben, zu den Prüfungen für das Lehramt an Volksschulen von Fall zu Fall vor besonderen Prüfungsausschüssen zuzulassen.[394.)]

In Anbetracht der fatalen Lage in der Schulausbildung jüdischer Kinder beschloß man in Dresden ein Jugendlehrhaus zu schaffen. Am 29. Januar 1938 fand die Einweihungsfeier zur Eröffnung des Lehrhauses im Heinrich-Arnhold Saal statt. Die Redner betonten, daß mit der Schaffung des Jugendlehrhauses ein alter Wunsch der Dresdner Jugend in Erfüllung gehe. Der Sinn des Lehrhauses ist, Wissen zu vermitteln, sei es jüdisches, sei es Allgemeinwissen. Es werden die Wissensgebiete wie Geschichte, Philosophie u.a. stärkste Berücksichtigung finden.[395.)]

Im Mai 1938 unternahmen unter Leitung von Professor Dr. Richard und Fräulein Rittlewski Schüler der beiden Obersekunden der Jüdischen Schule in Leipzig zum Abschluß des Schuljahres eine dreitägige Fahrt nach Dresden.

Durch die Dresdner Gemeinde und Herrn Salo Weiner war in vorbildlicher Weise dafür gesorgt, daß der Aufenthalt der Schüler zu einem wirklichen Erlebnis wurde. Neben Führungen durch die schönsten Teile der Stadt, Gebäude und Sammlungen unter der kundigen Weisung von Herrn Lehrer Leo Anschel konnte das Hygiene-Museum eingehend besichtigt werden, so daß schon nach dieser Seite hin der Fahrt ein hoher bildender Wert zukam. Den Beteiligten war die Dresdner Fahrt gleichsam als Ausklang des letzten Schuljahres eine beste Erinnerung.[396.)]

Der Reichsstatthalter in Dresden kontrollierte auch laufend das jüdische Schulwesen. So wurden u.a. auch aus Chemnitz Aufstellungen über die Beschulung jüdischer Kinder nach Dresden übermittelt.[397.)]

Der Dresdner Lehrer Leo Anschel, der 27 Jahre in Dresden tätig war und auch eine Zeit lang Redakteur des Jüdischen Gemeindeblattes war, flüchtete 1939 nach Palästina. [398.)]

Verordnungen der Nationalsozialisten beschreiben das Ende des jüdischen Schulwesens:

Der Reichsminister für Wissenschaft,
Erziehung und Volksbildung *7. 7. 1942*

An den Regierungspräsidenten

(in Dresden)

Im Hinblick auf die Entwicklung der Aussiedlung der Juden in der letzten Zeit, hat der Reichsminister des Innern (Reichssicherheitshauptamt) im Einvernehmen mit mir die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angewiesen

sämtliche jüdische Schulen

bis zum 30. Juni 1942 zu schließen und ihren Mitgliedern bekannt zu geben, daß ab 1. Juli 1942 jegliche Beschulung jüdischer Kinder durch besoldete und unbesoldete Lehrkräfte untersagt ist.

Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis. Von einer Veröffentlichung dieses Erlasses ist abzusehen.[399.)]

Der Oberstudiendirektor
der Städt. Oberschule f. Mädchen

Dresden, den 26. August 1942

Dresden – Altstadt
Zinzendorffstr. 15

Sehr geehrter Herr Fischer !

Nach einem soeben eingegangenen Rundspruch des Ministers für Volksbildung ist auf Schülerinnen, die am 18. Juli 1942 in die Klasse 5 versetzt worden sind, die Verordnung des Reiches über Mischlinge ersten Grades unbedingt anzuwenden.

Es ist daher nicht möglich, Ihre Tochter Anita weiterhin in der Schule zu behalten. Ich bitte Sie, Anita nicht mehr zur Schule zu schicken, da ich sonst gezwungen bin, sie aus dem Unterricht wegzuschicken.

gez.
Dr. Trülzsch
Studiendirektor [400.)]

Der Reichsminister für Wissenschaft,
Erziehung und Volksbildung

11.10.1944

E IV a 1734/44

Runderlaß

Nach meinem Runderlass vom 2. Juli 1942 – E II e 1597 – (MBiWEV.S.278) ist gemäß Ziffer 1 eine Aufnahme von jüdischen Mischlingen ersten Grades an Berufsfach- und Fachschulen nur ausnahmsweise mit meiner Genehmigung zulässig.

Im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD ordne ich an, daß **jüdische Mischlinge ersten Grades an Berufsfach- und Fachschulen nicht mehr aufzunehmen sind.**

Diese Anordnung gilt auch für Abendkurse an berufsbildenden Schulen, Fach- und Berufsfachlehrgänge.

i.A.
(Holfelder) [401.)]

Das Schicksal der Kinder der Jüdischen Schule Dresden

Die letzten jüdischen Schüler traten Anfang 1943 die Reise in den Tod an. Sie führte nach Riga, wo sogleich alle Kinder unter 10 Jahren herausgesucht und auf dem sogenannten „Blechplatz" erschossen wurden, da sie zur Arbeit untauglich waren.

Die Arbeit der älteren Kinder bestand darin, alles einigermaßen verwendbare Kriegsmaterial von den Resten der Toten zu säubern. (Aus den Schuhen mußten z.B. die abgeschossenen Füße entfernt werden !!). Die Ernährung war so schlecht, daß buchstäblich eins der Kinder nach dem anderen starb. Nur wenige konnten später in das Vernichtungslager Auschwitz überführt werden. Dort wurden sie in einer Kammer vergast und die Leichen im Krematorium verbrannt.

Als die Rote Armee in Auschwitz eintraf, lebten von den jüdischen Schulkindern Dresdens nur noch zwei oder drei. [402.)]

XI . Der Zionismus

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland wurde Anfang 1897 in Köln gegründet. Am 11. Juli 1897 trafen sich zum ersten Male Abgesandte der deutschen Zionisten in Bingen a. Rh. Weitere Konferenzen fanden in folgenden Städten statt:

1897 in Frankfurt am Main,	II.	Delegiertentag
1899 in Köln am Rhein,	III.	"
1899 in Basel,	IV.	"
1901 in Berlin,	V.	"
1902 in Mannheim,	VI.	"
1903 in St. Ludwig,	VII.	"
1904 in Hamburg,	VIII.	"
1905 in Basel,	IX.	"
1906 in Hannover,	X.	"
1908 in Breslau,	XI.	"
1910 in Frankfurt (Main)	XII.	"
1912 in Posen,	XIII.	"
1914 in Leipzig,	XIV	"
1916 in Berlin,	XV.	"
1920 in Berlin,	XVI.	"
1921 in Hannover,	XVII.	"
1922 in Kassel und	XVIII.	"
1923 in Dresden.	XIX.	" *.)

In den Anfangszeiten des deutschen Zionismus sah es so aus, als ob es niemals gelingen könne, in die Mauern des deutschen Judentums eine Bresche zu legen. Noch aus der Zeit des ersten zionistischen Kongresses gab es nur einige Dutzend Zionisten in ganz Deutschland. Es fehlte an den nötigen Mitteln, um die Propaganda aufzunehmen.

Wie es mit der Organisation des deutschen Zionismus aussah, zeigt der folgende Auszug aus dem Protokoll des Delegiertentages am 19. und 20. März 1899 in Köln:

> *"Vertreten waren die Ortsgruppen Köln, Dortmund, Frankfurt a. Main, Darmstadt und Leipzig. Entschuldigt waren die Vertrauensmänner und Delegierten aus (Dresden . . . es folgen die Namen von dreizehn größeren und kleineren Orten) . . ."*

Es konnte nicht ausbleiben, daß in der wachsenden Bewegung verschiedene Strömungen zu Tage traten, die teils in der verschiedenartigen Herkunft der Anhänger, teils in ideologischen Differenzen ihren Ursprung hatten.

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland gab eine Flugschrift heraus, in der es hieß:

> *"Die Juden wollen nicht Palästina zum Judenstaat mit einem jüdischen Staatsvolk und einer arabischen Minderheitsnation machen. Sie wollen . . . eine jüdische Heimstätte errichten, ein möglichst geschlossenes Siedlungsgebiet mit autonomer Selbstverwaltung. Das gleiche Recht steht den Arabern zu."* 403.)

In Dresden bestand eine Ortsgruppe der Zionistischen Vereinigung seit Anfang der zwanziger Jahre. Der 1928 verstorbene Ehrenpräsident Sally Hurwitz war Mitbegründer dieser Ortsgruppe und jahrelang erster Vorsteher. Unter seiner Leitung wurden die ersten zionistischen Repräsentanten in die Israelitische Religionsgemeinde Dresden gewählt.

*.) Die zionistischen Kongresse werden laufend abgehalten. Anm.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Redaktion u. Verlag: Berlin W 35, Schellingstr. 3. Sprechstd. jeden Dienstag und Freitag. Druckpostsendungen bei der Postzeitungsliste. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 17295. Für Deutschland: Postversandort Berlin. Für Österreich: Postversandort Wien. Postsparkassenkonto Nr. 20.605. — Redaktionsschluß: Sonntag und Mittwoch nachmittag. —

Anzeigen-Verwaltung: Jüdische Rundschau G. m. b. H., Berlin W 35, Schellingstraße 3. — Telephon: Amt Nollendorf 6697, 6698 u. 6699. Anzeigenpreis für die sechsgespaltene Nonpareillezeile 800 M. Bei Jahresaufträgen 100% Aufschlag. Für Auslandsanzeigen 50% Valutazuschlag. Anzeigenschluß: Dienstag und Freitag nachmittag 4 Uhr.

Telephon Nollendorf 6697—6699. Postscheckkonto: Berlin Nr. 17295. Für Österreich: Postversandort Wien. Postsparkassenkonto Nr. 20.605. — Redaktionsschluß: Sonntag und Mittwoch nachmittag. —

Nummer 24/25 | Berlin, 29. VI. 1923 | סיון תרפ"ג | XXVIII. Jahrg.

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. „Baseler Programm."

Der Dresdener Delegiertentag

1. Sitzung

Montag, den 25. Juni 1923, vormittags 9½10 Uhr. Im Saale des Vereinshauses zu Dresden, wurde der XIX. Delegiertentag am Montag vormittag um 9½10 Uhr bei Anwesenheit von über 200 Delegierten und zahlreichen Gästen eröffnet. Herr Rechtsanwalt Felix Rosenblüth, der Vorsitzende der Z. V. i. D., führt in seiner

Eröffnungsrede

etwa folgendes aus:

Wir stehen wenige Wochen vor dem Kongreß. Die Beschlüsse, die er zu fassen haben wird, können von großer Tragweite sein und die dort zu lösenden Probleme gehen auch unserer Tagung das Gepräge. Hier werden diesmal nicht die Richtlinien für unsere lokale Arbeit festgestellt, sondern die Fragen des allgemeinen Zionismus erörtert. Wir treten bewußt aus unserem territorial begrenzten Arbeitskreis heraus, um Stellung zu den großen Fragen der Gesamtbewegung zu nehmen. Die englischen, amerikanischen, polnischen Zionisten sind in diesen Tagen zusammengetreten, um über die Fragen des Kongresses Klarheit zu gewinnen. Das ist auch unsere Aufgabe. Wir haben lange geglaubt, daß die Größe unserer Idee und die Anlässe ihrer Verwirklichung an sich und durch sich geeignet seien, die jüdische und nichtjüdische Welt für uns zu gewinnen. In einer erst kürzlich verflossenen Zeit schien es, als wenn die Welt sich Bestrebungen öffnete, die neue und bessere Beziehungen der Völker schaffen wollte. Damals, als die Gedanken des Minoritätenschutzes, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die grandiose Konzeption des Völkerbundes auftauchten, war es ein Bekenntnis politischer Sittlichkeit, für die jüdische Heimstätte in Palästina einzutreten. Damals verglich ein Staatsmann die Weltlage dem Zustand des baltischen Meeres, bevor es zufriert. Er riet uns, die Zeit zu nutzen. Jetzt stehen wir in einer Epoche der Reaktion, der Skepsis und der Resignation und müssen auf der Hut sein, daß nicht auch uns gegenüber eine Erstarrung der Welt eintritt. Wir haben die Pflicht, jetzt laut und deutlich von unserem Zionismus zu sprechen.

Wir erstreben eine jüdische Massensiedlung in Palästina auf dem Boden wirtschaftlicher und kultureller Produktivität. Wir wollen den Glauben der Juden an sich und ihre Leistung erwecken. Die große theoretische Leistung des Zionismus lag in der Erkenntnis, daß die Judenfrage in unserer Minoritätsstellung beschlossen liegt. Das Judentum befindet sich in einem Stadium der Liquidation, bestenfalls treuer Nachtwächterverwaltung. Zionismus aber bedeutet Leben und Entwicklung, bedeutet Vermehrung der Substanz. Eine geistige Erneuerung ist aber nur auf dem Wege der Produktivierung aller Kräfte, auch der wirtschaftlichen, möglich. Unsere Chalutzim, denen auf jeder Tagung unser erster Gruß gilt, leisten nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen Aufbau.

Ein völkisches Hetzblatt hat jüngst ein Preisausschreiben für den Nachweis erlassen, daß der Zionismus in Wahrheit geheime Ziele jüdischer Weltherrschaft verfolge. Ich halte es für unter unserer Würde, auf solche Verleumdungen einzugehen. Aber ich will feststellen, daß die deutschen Zionisten sollt darinch mit allen deutschen Juden in der Abwehr des Antisemitismus sind. Wir glauben, durch unser aufbauendes Werk in Palästina zu diesem Abwehrkampf beitragen zu können. Der Antisemitismus enthält pathologische Bestandteile, die von Pinsker sogenannte Judophobie, jenes Grauen der Völker vor unserer Fortexistenz. Der Antisemitismus bedeutet auch für die anderen Völker einen Leidenszustand. Von unserem, vor der weitesten Oeffentlichkeit durchgeführten Werke der Normalisierung des jüdischen Lebens, erwarten wir eine Befreiung der Welt von diesem Druck.

Unsere Beratungen werden sich mit Einzelfragen zu beschäftigen haben, aber es wird unsere Aufgabe sein, dabei niemals die Größe der Gesamtidee zu vergessen. Die Problemstellung ist einfach. Schwierig ist es, die Lösung zu finden. Seit dem 2. November 1917 hat unsere Bewegung einen starken Auftrieb zu verzeichnen. Uns und der Außenwelt braucht man nur eine Ziffer zu nennen. Die Eingänge des Keren Hajesod im Mai 1923 betrugen 65 000 Pfund, d. h. etwa ebensoviel wie wir in sieben Jahren vor dem Kriege zusammelten. Und doch sprechen wir seit Jahren von einer Krise in der Bewegung. Denn stärker noch als unsere Kräfte sind die Schwierigkeiten gewachsen. Die Proklamierung unserer Idee und die Entwicklung des Orients haben die arabische Frage geschaffen. Seit Jahren ergeht unser Ruf zur Sammlung an das jüdische Volk. Der Artikel 4 des Mandats gibt dafür die rechtliche Basis. Hiervon werden wir an Beginn unserer Tagung zu sprechen haben und werden die Mattherzigkeit großer Teile unseres Volkes konstatieren müssen. Auch unser kolonisatorisches Wollen entspricht noch nicht unserm Können, das erst in jahrelanger Praxis erworben werden kann. Aber Zionismus bedeutet Ueberwindung der Schwierigkeiten, an der Lösung leichter Aufgaben gesundet das jüdische Volk nicht. Die Krise, in der wir zweifellos stehen, ist nicht gefährlich, solange wir die Krise als solche empfinden. Es besteht die Gefahr, daß wir den gegenwärtigen Zustand als normal empfinden lernen, daß unser heroischer Ueberwindungswille erlahmt, daß wir zur Kleinkolonisation zurückkehren. Aber wir haben in der Tat, wie es von unsern Führern oft gesagt wurde, keine Zeit. Deshalb gibt es für uns keine Wahl zwischen Groß- und Kleinkolonisation. Nur aus der vollen Kenntnis der Gefahr, in der wir stehen, kann die Kraft zur Ueberwindung der Krise folgen.

Ich will hier noch ein Ereignis würdigen, das ich für das größte zionistische Ereignis des letzten Jahres halte, das Erscheinen von Herzls Tagebüchern. Das ist das Buch des zionistischen Arbeiters, des Trägers unserer Gedanken und unseres Werkes, das große Seelendokument des Bahnbrechers jüdischer Politik, für die wir die Mitverantwortung tragen. Herzls Wirksamkeit war reich an Mißerfolgen, aber jeder Mißerfolg trieb ihn zu neuer Leistung. Es gab auch vor Herzl Zionisten, aber keiner war so sehr völlig von der Idee erfüllt, ja besessen. Er lehrte und lebte jene Politik des „dennoch" und „trotzdem". Seine Stärke lag in der unvergleichlichen Intensität seines Wollens. Wir sollen uns als Schüler Herzls bewähren. (Lebhafter Beifall.)

*

Der Redner begrüßt dann in hebräischer Sprache die Gäste. Dr. Mossinsohn, Dr. Emil Margulies, als Vertreter der tschechoslowakischen, und Dr. Felix Pinkus als Vertreter der schweizerischen Zionisten, sowie die Vertreter der Hitachduth Kaznetschoth und Heilmann. Wichtige Angelegenheiten haben die Mitglieder der Exekutive Lichtheim und Dr. Soloweitschik verhindert, zur Tagung zu erscheinen. Der Redner begrüßt ferner von der Jüdischen Gemeinde Dresden den Vorsitzenden Herrn Levy, und die Repräsentanten Dr. Ilirsch und Direktor Zucker, den Präsidenten der Fraternia-Loge Schapira, den Vorsitzenden des Verbandes der Ostjuden Herrn Reinhold, die Herren Rabbiner Wolf und Horowitz, den Vertreter des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Dr. Abt und den Vertreter des Vereins Esra, Herrn Lehmann.

Die Beschlüsse

Zionistische Organisation — Jewish Agency

Von der Ansicht ausgehend, daß die notwendige Beschleunigung der Ansiedlung von Juden sowie die Stärkung der Zionistischen Organisation voraussetzt und durch Kooperation mit solchen nichtzionistischen Kreisen, die gewillt sind, bei der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte zu helfen, erleichtert werden kann, soll die Deutsche Landesassoziation auf dem Kongreß für folgende Richtlinien eintreten:

1. Die Exekutive wird beauftragt, durch Ausbau der zionistischen Verwaltung und Propaganda für eine konsolidierte finanzielle Festigung und Erweiterung der Zionistischen Organisation Sorge zu tragen.

2. Die Exekutive wird ermächtigt, zur Jewish Agency Vertreter solcher Organisationen heranzuziehen, die gewillt sind, bei der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina zu helfen.

Finanzpolitik

1. Der Aufbau Palästinas erfordert neben den laufenden Sammlungen für die Gemeinschaftsfonds K. K. und K. H. den Ausbau der bestehenden und die Schaffung neuer Finanzinstitute. Der Delegiertentag beauftragt seinen finanzpolitischen Ausschuß, der Exekutive eine Denkschrift über die Finanzierung des Palästina-Aufbaus vorzulegen, die die in seinen Verhandlungen zu Tage getretenen Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten behandelt.

2. Der Delegiertentag empfiehlt, daß möglichst bald von der Exekutive eine Konferenz von Fachleuten für Finanzierungsfragen einberufen wird, die den Gesamtplan für die Finanzierung systematisch begutachten soll.

3. Die Finanzierung soll auf enge Beziehung der verschiedenen Geldbeschaffungs-Institutionen u. eine einheitliche Zentralstelle zusammengefaßt werden.

Die Zionistische Organisation soll für die großen Wirtschaftsgebiete Stellen einrichten, denen einzige Aufgabe die systematische Herstellung wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Palästina und der Diaspora ist.

Weitere Beschlüsse im Innern des Blattes.

Begrüßungen

Es begrüßten den Delegiertentag nunmehr in kurzen Ansprachen: Herr Pionkowski namens der Zionistischen Ortsgruppe, Herr Rabbiner Dr. Albert Wolf, dann, mit besonders warmem Beifall begrüßt, Dr. Mossinsohn, die Herren Felix Pinkus und Margulies, sowie Herr Nahum Goldmann namens der Organisation Tarbut. Herr Rosenblüth dankt für die Begrüßungsansprachen und schreitet zur

Wahl des Büro

Auf Vorschlag von Dr. Rosenberg wird das Büro des Delegiertentages wie folgt gebildet: Rosenblüth (Berlin) Vorsitzender, Dr. Siegfried Moses (Berlin), Pionkowski (Dresden), Marcus und Rabin (Breslau), Landsberg (Wiesbaden), Dubiner (Leipzig), Kalmus (Hamburg) und Stein (Königsberg). Dann beginnen die Verhandlungen.

Jewish Agency, Weltkongreß und Zionistische Organisation

Referat Lichtheim

Sechs Jahre nach der Balfourdeklaration steht die zionistische Bewegung wiederum an einem Wendepunkt. Der Entschluß, eine andere Instanz als die Zionistische Organisation zur völkerrechtlich allein anerkannten, d. h. politisch zur Repräsentation der auf Palästina gerichteten jüdischen Bestrebungen ausschließlich befugten Trägerin dieser Aufgabe einzusetzen, muß in seiner letzten Tragweite erkannt werden. Es hat keinen Zweck, sich darüber hinwegzutäuschen, daß jetzt nichts Geringeres als Bestand und Zukunft der Zionistischen Organisation, Sicherung oder Gefährdung des jüdischen Kolonisationswerkes in Erez-Israel zur Entscheidung steht. In dieser Stunde größter und schwerster Verantwortung ist es unerläßlich, zunächst klar und nüchtern unsere Situation in Palästina und die Lage der Zionistischen Organisation zu prüfen, leidenschaftslos und mit klarer, ruhiger Ueberlegung auszusprechen, was ist, und daraus die objektiv sich ergebenden, von optimistischem Illusionismus und einem pessimistischen Fatalismus gleich weit entfernten Schlüsse zu ziehen. Kaufmännisch ausgedrückt, muß, bevor neue Teilhaber in ein Unternehmen aufgenommen und Neuerungen auch der Firma vorgenommen werden, zunächst Inventur gemacht und die Bilanz gezogen werden. Dies gilt um so mehr, wenn die Frage entschieden werden soll, ob es überhaupt notwendig ist, die Firma zu ändern und neue Kompagnons anzunehmen. Messen wir dann die Ergebnisse dieser Bilanz an den vor Jahren gehegten Erwartungen oder — nicht mehr bildlich gesprochen — konfrontieren wir die in Palästina bereits geschaffenen Wirklichkeiten und errungenen Positionen mit dem Minimum unserer zionistischen Ziele, dann wird sich ein klares Bild unserer Situation und der daraus abzuleitenden Konsequenzen ergeben. Was ist also zunächst das Minimum, das wir in Palästina anstreben müssen? Dieses Minimum ist auf der einen Seite weder der souveräne Judenstaat noch auf der anderen die öffentlichrechtlich gesicherte nationale Heimstätte, die nur auf dem Papier des Mandats steht, ohne verwirklicht zu sein; es ist auch nicht ein jüdisches Palästina, das so jüdisch ist wie England englisch. Es ist ein Palästina, in dem das jüdische Volk eine geschlossene jüdische Siedlung und die Majorität der Bevölkerung bildet. Keine Sicherung des öffentlichen Rechts kann Palästina zu einem jüdischen Lande machen, wenn die Realität dazu im Widerspruch steht. In politischem Sinne wird Palästina so lange ein Galuthland sein, wird es sich uns gehören, als die durch Zahl noch so ausgeklügelten Rechtssystem zu bannende Gefahr besteht, daß wir einem fremden Willen in unserem eigenen Lande unterworfen, daß wir majorisiert werden können. Solange sich auch in Palästina das ewige jüdische Galuthschicksal der Minorität wiederholt, die geschützt werden muß, anstatt aus eigener Macht die Selbstbestimmungsrechte zu besitzen, ist Palästina nicht Erez-Israel. Im Hinblick auf das in der letzten Zeit so häufig gebrauchte Schlagwort von dem Nationalitätenstaate, das Palästina werden soll, muß eindeutig erklärt werden, daß dieses Wort in einem zionistischen Sinne niemals so verstanden werden kann, als ob die Juden dort eine nationale Minorität bilden dürften. Darum tut es in diesem Augenblick mehr als je not, sich an das wirkliche Ziel des Zionismus, an seine geschichtliche Berufung, wie sie Theodor Herzl gewiesen hat, zu erinnern. Dieses Ziel ist die Lösung der Judenfrage. Die Judenfrage ist erst gelöst, sobald das jüdische Volk nicht mehr in der Zerstreuung als Minderheit, die geschützt werden muß, sondern in Freiheit, mit dem Recht, der Macht und der Möglichkeit der Selbstbestimmung in einem, dem eigenen Lande als geschlossene Volksgruppe lebt.

Wie ist nun, an diesem unverrückbaren Minimalziele der zionistischen Bewegung gemessen, unsere heutige Situation, die Lage des Yischuw und die Lage der Organisation? Es hat wenig Sinn, darüber zu streiten, ob die seit Kriegsende in Palästina von uns erreichten Fortschritte groß oder gering sind, ohne einen objektiven Maßstab zu besitzen. Denen kann nur die Größe der uns gestellten Aufgabe und die Dauer der uns zur Verfügung stehenden Zeit absagen. Die Aufgabe, die Bevölkerungsmehrheit in Palästina zu erlangen, ist zahlenmäßig bestimmbar nach den Menschen und nach dem Lande, das wir noch benötigen. In welchen Zeitabschnitten, mit anderen Worten in welchem Tempo wir jedoch diese uns gestellte Aufgabe erfüllen können, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Der wichtigste ist die arabische Bevölkerung. Die Araberfrage ist heute die zentrale Frage des Palästinaaufbaus geworden, und jede Phase der jüdisch-arabischen Beziehungen wirft auch sogleich ihre Schatten

Zeitungsmeldung zum 19. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung abgehalten in Dresden vom 25. bis 27. Juni 1923

1923 fand in Dresden der 19. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland statt. Der Delegiertentag wählte die ausführenden Organe, den geschäftsführenden Ausschuß und den Landesverband. Auf dem Dresdner Delegiertentag legte Felix Rosenblüth den Vorsitz nieder, den er in einem Doppelpräsidium mit Alfred Klee innehatte. Das zentrale publizistische Organ des Z.V.f.D. war die zweimal wöchentlich erscheinende „Jüdische Rundschau". Die Delegiertentagung fand vom 25. bis 27. Juni statt.

Tagesordnung:

Montag, 25. Juni 1923:	Thema:	Jewish Agency, Weltkongress und Zionistische Weltorganisation,
Dienstag, 26. Juni :	Thema:	Die Finanzierung des Palästina-Aufbaues,
Mittwoch, 27. Juni :	Thema:	Die nächsten Aufgaben der Palästina-Kolonisation. (Ref. Dr. Chaim Arlosoroff.) *)

Dresden war die einzige Stadt Sachsens, in der auch die nichtdeutschen Juden uneingeschränkt aktives Wahlrecht hatten und damit war die Grundlage gelegt für das absolute gleiche aktive und passive Wahlrecht, welches im Laufe der Jahre, mit Unterstützung der Zionisten, 1931 erkämpft wurde.[404.)]

Ein Ereignis für die Dresdner Zionisten war ein Besuch Nahum Sokolows in Dresden. Das Gemeindeblatt berichtete:

Nahum Sokolow in Dresden

Am Dienstag, den 13. Dezember 1927, weilte der Präsident der Exekutive der zionistischen Weltorganisation, Nahum Sokolow, in Dresden. Seine Anwesenheit war nur wenigen bekannt geworden, da er sich nur zur Durchreise nach der Tschechoslowakei befand, um dort einige Zeit für den Keren Hajessod (Gründungsfond für Palästina, Anm.) zu arbeiten.

Trotz der späten Ankunftsstunde haben seine Gesinnungsfreunde es sich nicht nehmen lassen, den zionistischen Führer zu begrüßen. Im Hotel Westminster fand eine kleine Feier zu Ehren des Gastes statt. Eine Deputation, geführt von dem Vorsitzenden der zionistischen Ortsgruppe, begab sich an den Zug im Bahnhof, um Solokow zu empfangen.

Bei seinem Erscheinen erhoben sich alle Gäste von ihren Plätzen um im Hotel ihre Ehrerbietung zu zeigen. Herr Piontowski begrüßte Herrn Solokow aufs herzlichste und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es der Dresdner Ortsgruppe vergönnt sei, den zionistischen Führer und Freund in Dresden zu haben.

Herr Solokow dankte für die Begrüßung und erinnerte sich daran, daß ihm die schöne Stadt Dresden nicht unbekannt sei, da er schon vor 1914 (!) in der Dresdner Gruppe gesprochen hätte. Dann schilderte er in knappen kurzen Worten die augenblickliche Lage und Situation in Palästina.

Am nächsten Vormittag statteten Mitglieder des Vorstandes der Gemeinde und die Herren Rabbiner im Hotel Herrn Solokow einen Besuch ab. Im Anschluß daran fand eine Besprechung mit Pressevertretern verschiedener Dresdner Tageszeitungen statt, denen Herr Solokow die bisher in Palästina geleistete Arbeit darstellte.[405.)]

*) Jüdische Rundschau. Jg. 28. Nr. 50. 22. 6. 1923. Seite 1.

Am 15. Dezember 1927 wurde in Dresden eine Frauengruppe des Verbandes für Kulturarbeit in Palästina gegründet. Die Versammlung begann um 20.00 Uhr im Roten Saal des Künstlerhauses und hatte zum Mittelpunkt einen orientierten Vortrag der Frau Margarethe Turnowsky aus Berlin. [406.)]

Schon 1925 gab es in Dresden eine hebräische Sprachschule die für Anfänger, Mittelkurs, Fortgeschrittene und in eine Arbeitsgemeinschaft für hebräische Literatur eingeteilt war.[407.)]

Eine Israelitische Gartenbauschule zu Ahlem wurde am 13. Dezember 1925 eingeweiht. Repräsentanten der Gemeinde und der Vereine besichtigten die schönen und praktischen Einrichtungen, die gärtnerischen Anlagen, die Gewächshäuser und eine Blumenschau.

Die Gartenbauschule wurde 1925 von ca. 80 Zöglingen, und zwar von 53 Lehrlingen und 27 Schülern besucht. Die Verwaltung der Gartenbauschule bat die Gemeinde, die Interessen dieser Schule zu fördern und in jeder Beziehung zu unterstützen.[408.)]

Eine große Anzahl Dresdner Zionisten fuhren am 19. und 20. November 1926 nach Leipzig, wo Professor Chaim Weizmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation weilte. Im Festsaal des Leipzigers Zentral-Theaters fand ein Begrüßungsabend in Form eines Bankettes statt, an dem etwa 600 geladene Personen teilnahmen. [409.)]

Einem Bericht der Zionistischen Ortsgruppe Dresden vom Jahre 1928 entnimmt man, daß an den Keren Hajessod (Gründungsfond für Palästina. Anm.) von der Ortsgruppe Dresden an die Zentrale 12 000 Mark abgeführt wurden. Durch die unermüdliche und aufopferungsvolle Arbeit des Herrn Hermann Schocken ist eine besondere Leistung zu verzeichnen gewesen. [410.)]

Am Sonntag, den 11. Mai 1930 fand in Leipzig die Tagung des Zionistischen Gruppenverbandes des Freistaates Sachsen statt. Alle Ortsgruppen aus Sachsen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau hatten Delegierte entsandt. Insbesonders waren die Jugendlichen stark vertreten.

Die Delegierten der einzelnen Ortsgruppen erstatteten Bericht über die zionistische Arbeit in ihren Städten. Den Mittelpunkt der Tagung bildete ein Referat zur politischen Frage in Palästina.[411.)]

1931 unterhielt die Zionistische Ortsgruppe in Dresden ein Büro in der Seestraße 7. Der erste Vorsitzende war Hermann Schocken, der zweite Vorsitzende Dr. John Levy. Am 1. Juli 1931 bezog die Ortsgruppe ein neues, größeres Lokal im Palmengarten in der Pirnaischen Straße. Diese Räume wurden den verschiedenen und im schnellen Wachsen begriffenen zionistischen Jugendgruppen mit zur Verfügung gestellt. [412.)]

Die nationalsozialistische Judenhetze begünstigte den Zionismus. Auf dem Prager Kongress im August 1933 hielt Arthur Ruppin ein Referat, in dem er zwar Auswanderung als einzige Lösung der deutschen Judenfrage erklärte, aber er meinte, daß eine geordnete Auswanderung von 200.000 deutschen Juden über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren die Lage hinreichend entspannen würde.

Palästina-Auswanderern stellte die Reichsbank jedoch für das Kapitalistenvisum die benötigten 1000 (engl.) Pfund zum offiziellen Kurs zur Verfügung. Geldüberweisungen zukünftiger Auswanderung waren nicht erlaubt. Die britische Mandatsregierung hatte bevorzugt tausend Zertifikate für Deutschland im Frühjahr 1933 bewilligt; die Jewish Agency tat ihr Äußerstes die deutschen Juden besonders zu berücksichtigen. Bei den deutschen Behörden stießen die Bemühungen der Auswanderung auf verständnisvolle Förderung. Das Reichswanderungsamt, das in ganz Deutschland Beratungsstellen unterhielt, riet allen Juden zur Auswanderung. [413.)]

Das Gemeindeblatt der Dresdner Gemeinde fragte 1935 verzweifelt:

"Was wird aus unseren Kindern ? "

Durch die bitteren Erfahrungen seit der Machtergreifung Hitlers gewitzigt, ging das Bestreben der Dresdner Jugend dahin, Landwirtschaft und Handwerk zu erlernen. Aus dieser Erkenntnis heraus, hatten sich eine Reihe jüdischer Organisationen, die besonders am Schicksal der Jugend interessiert waren, zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendalijah (Alijah = Emigration) arbeitete im engsten Zusammenhang mit dem Palästinaamt. Diese Arbeitsgemeinschaft hatte bereits bis 1934 gegen 1000 Jugendliche zur Ausbildung nach Palästina gebracht. Auch aus der zionisten Ortsgruppe Dresden wurden Jugendliche in landwirtschaftliche Siedlungen eingewiesen. [414.)]

Die Exekutive der Zionistischen Welt-Organisation und der Jewish-Agency hatte im Mai 1936 an das jüdische Volk einen Aufruf erlassen:

> *"In diesen schweren Tagen finden wir einen großen Trost in dem Bewußtsein, daß die Juden in der ganzen Welt sich um das jüdische Aufbauwerk von Erez Israel (Land Israel) sorgen, um das Werk, das nicht nur gebaut worden ist vom Jischuw (den Einwohnern) allein, sondern vom ganzen jüdischen Volk. Diese Sorge geht nicht nur um das Leben und Wohlergehen von 400 000 Juden, die jetzt in Erez Israel leben. Sie geht um die Verwirklichung der großen historischen Hoffnung unseres Volkes, die im Wiederaufbau von Erez Israel liegt.*
>
> *Wir wenden uns an alle Juden in der Diaspora. Sie sollen die größtmöglichen Anstrengungen machen, um unser Werk ökonomisch, politisch und moralisch zu unterstützen. Alle Kräfte müssen in großzügigster Weise für den Keren Hajessod und Keren Kajemet zur Vergrößerung der jüdischen Einwanderung, für Bodenkauf und Kolonisation in Erez Israel mobilisiert werden. Alle Teile des Judentums müssen fest und einheitlich sein zur Verteidigung des politischen Rechts,das das jüdische Volk sich in seinem historischen Heimatland erworben hat."* [415.)]

Der "GDUD Keren Kajemeth" in Dresden war eine Vereinigung von Zionisten, die Geldsammlungen vornahmen um Boden für Siedler in Palästina zu erwerben.

Unerwartet starb am 17. Mai 1936 in London der Zionistenführer Nahum Sokolow. Die Jewish Agency hatte zu einer Gedächtnisfeier in dem Neubau der Dresdner Synagoge eingeladen. Das Gotteshaus war dicht mit Persönlichkeiten der Gemeinde gefüllt. Für die Gedenkrede war Landgerichtsdirektor a. D. M. Alterthum aus Leipzig gewonnen worden, der in sehr würdigen Worten ein Bild des Zionistenführers zeichnete. Anschließend an die eindringliche Rede rezitierte Hermann Schocken das Kaddisch Gebet für Sokolow. [416.)]

Im Dezember 1936 veranstaltete die Jewish Agency, Ortsgruppe Dresden, eine Kundgebung, die das lebhafte Interesse der Gemeinde für die große Aktion zur Sicherung des Aufbauwerkes in Palästina zeigte. Prominente Persönlichkeiten der Dresdner Gemeinde, aus allen Weltanschauungslagern, hatten sich an die Spitze dieser Aktion gestellt,die die Verteidigung und die wirtschaftlichen Stellungen in Palästina stärken und das Land für eine erneute Einwanderung von Juden fähig machen sollte. [417.)]

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland beging im Juni 1937 die 40 jährige Wiederkehr ihrer Gründung mit einer Jubiläumskundgebung in Leipzig an der auch Vertreter der Dresdner zionistischen Ortsgruppe teilnahmen. [418.)]

Das Ende der zionistischen Bewegung in Deutschland zeigt folgendes Dokument auf:

Die Reichsstelle für Auswanderungswesen

An den Reichsminister des Innern. *27. 6. 1941.*
Durch den Reichsminister des Innern
an den Regierungspräsidenten.
Vom Regierungspräsidenten an die
Landräte und Polizeipräsidenten
des Bezirks weitergeleitet.

Das Palästina-Amt Berlin der Jewish Agency for Palestine, Berlin W 15, Meinekestraße 10, war durch Erlaß des Herrn Reichsminister des Innern vom 25. Juli 1924, Nr. II 6174 B, als eine für die Juden gemeinnützige Auswanderungsberatungsstelle anerkannt worden.

Durch die starke Abwanderung der Juden nach Palästina seit dem Jahre 1933 war es notwendig geworden, zu deren Beschleunigung folgende Zweigstellen des Palästina-Amtes als jüdische Auswandererberatungsstellen zur Anerkennung vorzuschlagen: in Beuthen, Breslau, Darmstadt, Dortmund-Hörde, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart.

Meinen Vorschlägen entsprechend waren die jüdischen Auswanderungsberatungsstellen anerkannt worden.

Nachdem durch Erlass des Herrn Reichsminister des Innern vom 21. 5. 1941, Pol. S - IV B b (neu) 520/39 - 921a Rv., wie mir von dem Palästina-Amt berichtet wurde, aufgrund des § 5 der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 1939 (RGB1. I. S. 1097) die Auflösung des Palästina-Amtes Berlin der Jewish Agency for Palestine angeordnet worden ist, sind die bisherigen Anerkennungen als jüdische Auswandererberatungsstellen erloschen.

Ich habe daher das Palästina-Amt Berlin und seine sämtlichen Zweigstellen von der Liste der jüdischen Auswandererberatungsstellen gestrichen und die Lieferung des Nachrichtenblattes der Reichsstelle für das Auswanderungswesen eingestellt. [419.)]

Die Juden, die nicht mehr auswandern konnten, wurden in der Zeit von 1941 bis 1944 in die Vernichtungslager des Ostens gebracht, wo sie ermordet wurden.

*

Am 14. Mai 1948 wurde der neue Staat ISRAEL gegründet.
Die Juden aus Dresden die dort überlebt hatten, gründeten einen Verein in Tel-Aviv mit der Bezeichnung:

Vereinigung der ehemals Dresdner Juden.

*

XII . Der Judenboykott

a. Bis zur Nationalsozialistischen Machtergreifung im März 1933

Jüdisch-Liberale Zeitung. 19. November 1930.

„Dresden, Beratung neuer Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen gegen den Nationalsozialismus. 19. November 1930.

Die soeben hier stattgefundene Tagung des Landesverbandes Sachsen im Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wich insofern von dem üblichen Rahmen ab – und darin lag ihr Besonderes, der Anlaß, das Wesentliche aus dem Gang der Verhandlungen kurz zu erwähnen –, als sie in ihrem ersten, den ganzen Vormittag ausfüllenden Teile den intimen Charakter abgelegt und als Mitwirkende einem erweiterten Kreis von nicht ständig in der Bewegung stehenden Freunden um sich vereint hatte.

Die Leitung lag in den straffen Händen des Vorsitzenden Rabbiner Dr. Goldmann, die Zentrale war durch Dr. Reichmann vertreten, und besonders war er in der Lage, Neues und Interessantes darüber mitzuteilen, wie sich führende Köpfe die Entwicklung denken und wie man den Sieg der Vernunft über allen Radikalismus, das wirkliche Erwachen Deutschlands, welches nach Überwindung der trüben Wirtschaftslage zwangsläufig kommen müsse, vorbereiten zu können.

Ohne eine Patentlösung zu finden, wurden die verschiedenen Quellpunkte genannt: Eindämmung des nicht bloß jüdischen Konzernwesens besonders in Mittel- und Kleinstädten, wo sonst bei weiterem Emporschnellen des antisemitischen Stimmungbarometers noch mehr bürgerliche Existenzen wirtschaftlich vernichtet würden: weiteste Aufklärung über das wahre Wesen des Nationalsozialismus, möglicher Zusammenschluß aller jugendlichen Kräfte, der akademischen sowohl wie des kaufmännisch tätigen jüdischen Nachwuchses.

Mit neutralen Abwehrausschüssen sind in Berlin und anderwärts durchwegs schlechte Erfahrungen gemacht worden, daß der Vorsitzende der Dresdner Israelitischen Gemeinde es auf einen Versuch gar nicht ankommen lassen will. In einer darüber einstimmig gefaßten Entschließung kommt zum Ausdruck, daß die Juden eine viel zu heterogene Masse seien, um einmal eine geschlossene Abwehrfront bilden zu können, und um zweitens letzten Endes nur örtliche Belange vertretenden Religionsgemeinden, denen die Wahrung des inneren Friedens Hauptsache sein müsse, zu Trägern politisch gearteter Abwehrorganisationen zu machen."420)

Allgemeines Jüdisches Familienblatt Leipzig. 2. April 1931.

„Dr. Schornstein kontra Stürmer" (NS-Hetz-Blatt. Anm.)

Holz wegen schwerer Ehrenbeleidigung verurteilt. April 1931.

Wie den Lesern des Allgemeinen Jüdischen Familienblattes bekannt ist, hat sich Herr Dr. Schornstein den Zorn des edlen "STÜRMER" dadurch zugezogen, daß er wegen eines verleumderischen Ritualmord-Artikels die Konfiskation des (Hetz) Blattes veranlaßte und in der darauffolgenden Gerichtsverhandlung unter Eid erklärt hatte, daß die vom "Stürmer" angeführte Übersetzung einer Stelle aus dem (jüdischen Gesetzbuch) Sohar nicht nur falsch, sondern bewußt falsch sei.

Der "Stürmer" machte seiner Wut über diesen unerlaubten Eingriff in sein unbeschränktes Recht zur Verleumdung des Judentums durch einen Artikel Luft, in welchem der als Sachverständige vernommene Professor der evangelischen Fakultät, Alt, frischweg zum Juden gestempelt wurde, um sein für den "Stürmer" ungünstiges Gutachten abzuschwächen, und der Hauptzeuge, Dr. Schornstein, wurde nach alter antisemitischer Sitte mit einer Flut wüster Beschimpfungen und tatsächlicher Ehrenbeleidigungen überschüttet.

Dr. Schornstein ist aber kein Neuling in der Behandlung antisemitischer Federhelden und überreichte umgehend die Ehrenbeleidigungsklage gegen den verantwortlichen (NS) Schriftleiter F.C. Holz. Dieser wurde in seinem Hauptquartier, dem Gefängnis in Nürnberg, zweimal einvernommen und versuchte gleichfalls nach altem, antisemitischem Brauch auszukneifen !

Der Vertreter des Herrn Dr. Schornstein, Oberregierungsrat Lothar Günther, machte mit Recht geltend, daß der Angeklagte nicht einmal den Versuch gemacht habe, seine Ausrede zu beweisen, und daß daher als gegeben anzunehmen sei, daß er nicht verreist gewesen war und in vollem Umfang verantwortlich ist.

Trotz dieser einleuchtenden Schlußfolgerung nahm der Richter als gegeben an, daß Holz den Artikel vor der Drucklegung nicht gelesen, also die schweren Ehrenkränkungen nicht bewußt, sondern fahrlässig begangen habe. Aus diesem Grund wurde – trotz der vom Richter anerkannten außerordentlichen Bösartigkeit der Beleidigungen – von einer Gefängnisstrafe abgesehen und auf eine Geldstrafe von RM. 200,– erkannt, dem Beklagten die sämtlichen Gerichts- und Anwaltskosten auferlegt."[421.)]

In dieser Angelegenheit kam es zu offener Kontroverse von Dr. Schornstein gegen jüdische Organisationen:

„Der ISRAELIT" Centralorgan für das orthodoxe Judentum und die Volksvereinigung für „jüdische Interessen" Seite an Seite mit dem "Stürmer" dem judenfeindlichen Hitlerblatt ! 20. Februar 1931

„. . Es sei also für den künftigen Schreiber der Geschichte der Gemeinde Dresden festgestellt:

Die angeblich orthodoxe "Volksvereinigung für jüdische Interessen" sieht ihre Aufgabe darin, verleumderischen Artikeln eines antisemitischen Hetzblattes möglichst grosse Verbreitung zu geben und dieses Blatt zum glaubwürdigen Kronzeugen zu stempeln **gegen** *einen Juden, der mit großen Opfern das Judentum gegen die Ritualmordlügen dieses Blattes verteidigt hat !*

Wenn der künftige Geschichtsschreiber also die Großtaten der Hitler, Streicher, Holz anführt, wird er ihre Helfer, Löwenthal, Horowitz, Schwarz, nicht vergessen dürfen ! Ich habe dem "Israelit" unter Berufung auf das Pressegesetz eine Berichtigung eingesandt und die Verleumdungsklage angekündigt, die inzwischen überreicht worden ist. Ich bin darauf vorbereitet, daß ich diese Sache vor das nichtjüdische Gericht bringe – noch dazu in diesen antisemitischen Zeiten !"[422.)]

„Die Volksvereinigung für jüdische Interessen auf der Anklagebank

16. April 1931.

Es wurde seinerzeits darüber berichtet, daß die „Volksvereinigung für jüdische Interessen" sich soweit erniedrigte, einen verleumderischen Artikel des "Stürmer" **gegen** *den Führer der Jüdischen Volkspartei in Dresden, Herrn Dr. Schornstein, in zwei öffentlichen Sitzungen zu verlesen.*

Inzwischen ist der "Stürmer" mit rechtskräftig gewordenem Urteil zu RM 200,– Geldstrafe, eventuell 20 Tagen Gefängnis, Tragung sämtlicher Kosten und Publikation des Urteiles in drei Tageszeitungen bestraft worden.

Am 16. April 1931 fand nun die Verhandlung gegen den obengenannten David Schwarz statt und er wurde nach 2 1/2 stündiger Verhandlung wegen der Verlesung des "Stürmer" – Artikels in der öffentlichen Volksversammlung vom 18. Januar 1931 verurteilt und zwar zu RM 250,– eventuell 25 Tagen Gefängnis, Tragung sämtlicher Kosten und Anschlag des Urteiles auf der schwarzen Tafel des Amtsgerichtes !"[423.)]

Zu Zwistigkeiten unter den Juden blieb nicht mehr viel Zeit. Nachdem Hitler Anfang 1933 an die Macht gekommen war, wurde die Judenfrage klar, zunächst noch etwas vorsichtig, dann aber immer radikaler weiterentwickelt. Mit Hilfe der gleichgeschalteten Presse wurde gegen die Juden gehetzt, zum wirtschaftlichen Boykott gegen ihre Firmen und Erzeugnisse aufgerufen und in jeder Weise der Boden für ihre Entrechtung, Vertreibung aus den Stellungen aus dem Land und schließlich für ihre physische Vernichtung vorbereitet.[424.)]

*

Jüdische Staatsbürger!

Die Landtagswahlen am 22. Juni entscheiden

ob in Sachsen hemmungslose Judenhetze zur Staatspolitik erhoben werden soll!

Bereits im alten Landtage entfachten die fünf Nationalsozialisten

wüste Judenhetze.

Die Hetze galt vornehmlich

den Beamten jüdischen Glaubensbekenntnisses,

Ministerialrat **Dr. Maier** und den sächsischen Gesandten in Berlin, **Dr. Gradnauer**, deren Entlassung die Nationalsozialisten forderten.

Die Nationalsozialisten wollen

aus Sachsen ein zweites Thüringen machen.

Bei der Regierungsbildung verlangten die Nazis

den Posten des sächsischen Innenministers.

Ein Nationalsozialist als Innenminister bedeutet

scharfer Kurs gegen die Juden

und gegen sonstige „lästige Ausländer".

Wer das verhindern will, muss die Sozialdemokratische Partei wählen.

Sieg der Sozialdemokratie bedeutet Niederlage des Naziterrors!

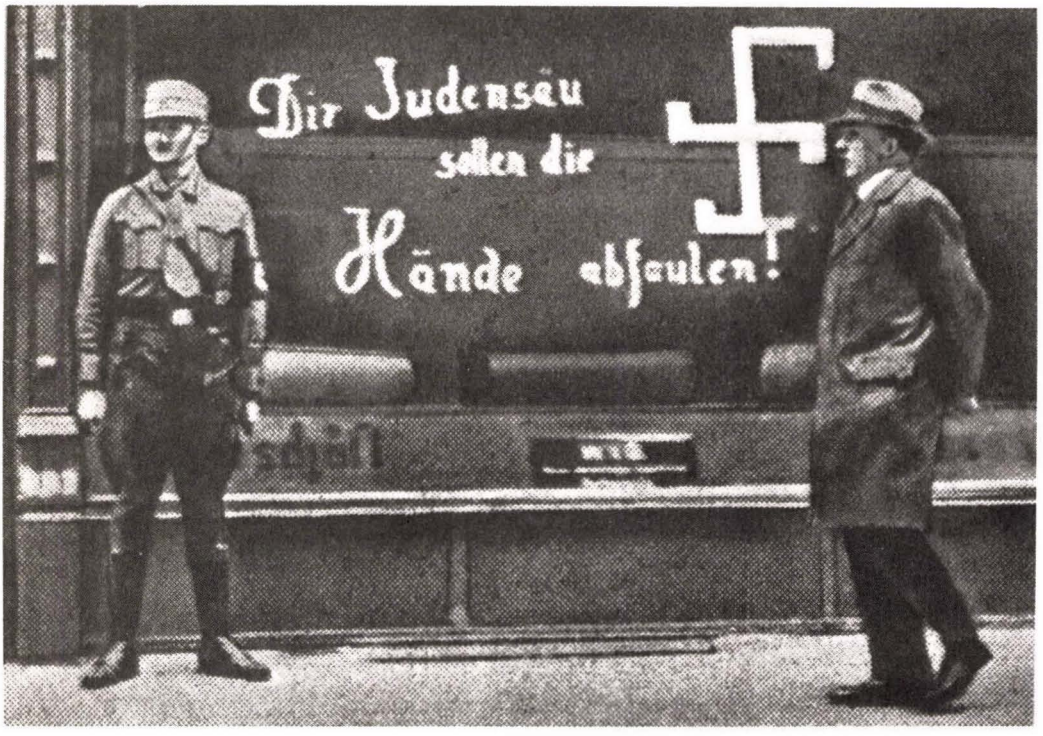
Jüdische Staatsbürger! Wählt die führende Partei der Republik, die Sozialdemokratie

Liste 1

Liebmann — Frau Thiel — Neu

Wahlaufruf der Juden gegen die Nationalsozialisten

Anm.: Liebmann starb an den Folgen nazistischer Mißhandlungen. Der älteste Sohn des früheren sächsischen Justizministers Alfred Neu, R.A. Dr. Karl Neu, beging 1936 nach Mißhandlung durch die Nazis Selbstmord.



Boykott jüdischer Geschäfte in Dresden am 1. April 1933

b. Der Boykott von 1933 bis 1938

Nach dem Reichstagsbrand wütete die Nationalsozialistische Presse:

Völkischer Beobachter **3. März 1933**

Das Maß ist voll:

Jetzt wird rücksichtslos durchgegriffen !

Aus dem öffentlichen Dienst wurden alle Juden entlassen.

*

Verfügung des beauftragten Oberbürgermeisters, durch den Personaldezernenten weitergegeben.

28. März 1933.

Betrifft: Entlassung bezw. Beurlaubung von städtischen Beamten und Angestellten jüdischen Bekenntnisses.

I. Der beauftragte Herr Oberbürgermeister hat folgendes verfügt:

Als Abwehrmaßnahme gegen die von zumeist aus Deutschland ausgewanderten Juden im Ausland betriebene, dem deutschen Ansehen und der deutschen Wirtschaft schädliche Greulpropaganda wird angeordnet:

1. *Zum Zwecke der unumgänglichen Ersparnis an Personalausgaben wird gemäß viertem Teil, Kapitel I § 1 . . . sämtlichen jüdischen Angestellten der Stadtverwaltung (Dresden) gekündigt.*
2. *Ferner werden alle jüdischen Beamten mit sofortiger Wirkung beurlaubt.*
3. *Der Einkauf in jüdischen Geschäften aller Art wird sämtlichen Dienststellen auf das strengste untersagt.*
4. *Alle laufenden Verträge mit jüdischen Firmen sind . . . zu kündigen.* [425.)]

*

Nach dieser Bekanntmachung setzten die Nationalsozialisten Spitzel und Dennunzianten in den Ämtern ein, die über die Ausführung der „Bestimmungen" wachten und Verstöße anzeigten.

Ein bisher nicht bekanntes Spitzel- und Angebertum setzte in den deutschen Ämtern und Behörden ein.

Der Nationalsozialistische Gauleiter Martin Mutschmann gab in Dresden den Auftakt zu einer antisemitischen Versammlungswelle, die ganz Sachsen überschwemmte. Die Nazizeitungen meldeten:

Weisser Hirsch macht gegen Alljuda mobil ![426.)]

Die Chemnitzer Tageszeitung schrieb:

Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden werden verhaftet ![427.)]

Notiz in der Frankfurter Zeitung vom 3. April 1933.

Selbstmord aus Furcht vor Schutzhaft

Fabrikant Sachs aus Chemnitz hat sich am Freitag in seinem Schlafzimmer erschossen, um der Inhaftnahme durch Polizei und SA zu entgehen.[428.)]

Chemnitzer Tageblatt. März 1933. Dresden. März 1933.

Die Flucht unmöglich gemacht **Rechtsanwalt Paul Salinger beging Selbstmord**

Dresden. Dem jüdischen Ministerialrat Dr. Maier wurde der Pass entzogen.[429.)]

Runderlaß der Preußischen Innenministers, Kommissar des Reiches, 31.3.1933. Durch den kommissarischen Regierungspräsidenten weitergegeben.

An alle Regierungspräsidenten sowie den höheren Polizeiführer (Dresden).

Richtlinien für die Polizei während der Boykottbewegung gegen ausländische Greulpropaganda.

1. Es werden vor allen in Frage kommenden (Juden) Geschäften zwei SA- oder SS-Leute mit umgehängten Schildern stehen, die zum Boykott auffordern.

2. Alle Polizeiverwalter haben unverzüglich – soweit noch nicht geschehen – mit Führern nationaler Verbände, insbesonders den Aktionsausschüssen für Boykottbewegung gleichmässiges Verhalten während der von der Reichsregierung ausdrücklich zugelassenen Boykottbewegung zu vereinbaren.

3. Es ist hierbei besonders auf Boykottanordnungen des Zentralkomitees betr. Durchführung des Boykottes in vollster Ruhe und größter Disziplin hinzuweisen.

4. Grundsätzlich kommt daher polizeiliches Einschreiten – abgesehen von der allgemeinen Verpflichtung – auf öffentlichen Strassen und Plätzen nur in Frage bei offensichtlicher Gewalttätigkeit gegen Leben und Eigentum. Im übrigen hat die Polizei Boykottbewegungen nicht zu behindern und Auswirkung grosszügig aufzufassen.[430.)]

Im März 1933 waren über 500 antisemitische Kundgebungen im Bezirk Dresden bekannt. Thema: *"Völkerfrieden oder Judendiktatur ?"*

In Dresden fanden im März 1933 insgesamt 110 antisemitische Kundgebungen statt. Dabei wurde übelste Pogromhetze, Verleumdungen und Lügen verbreitet.[431.)]

Am 1. April 1933 zogen organisierte SA und SS Männer vor jüdischen Geschäften auf. Die meisten jüdischen Inhaber zogen es vor, die Geschäfte zu schließen. Meistens waren es zwei SA-Männer, die mit Plakaten umgehängt darauf hinwiesen, daß es sich um ein jüdisches Geschäft handelt. Aber es blieb nicht bei dem angeordneten organisierten Boykott. Viele Nationalsozialisten und neidische (christliche) Geschäftsleute sahen nun die Gelegenheit gekommen, einmal mit den Juden "abzurechnen".

Jüdische Geschäftsleute wurden zusammengeschlagen, auch ausländische Juden waren darunter, die Geschäfte demoliert und Fensterscheiben wurden eingeschlagen.[432.)]

Frankfurter Zeitung 1. April 1933

Abstempelung ins Gesicht.

Aus Annaberg in Sachsen wird gemeldet: Hier zogen heute vormittag vor den jüdischen Geschäften starke SS-Abteilungen auf und drückten jedem Käufer, der die Läden verliess, einen Stempel mit der Inschrift:

„Wir Verräter kauften bei Juden !"

ins Gesicht. Nach einer Anordnung der NSDAP dürfen die jüdischen Geschäfte erst morgen schliessen. Auch in Berlin sind ähnliche Massnahmen wie in Annaberg in Sachsen vorgesehen, denen zufolge Käufern in jüdischen Geschäften von SA- oder SS-Abteilungen Stempel mit der oben gekennzeichneten Inschrift ins Gesicht gedrückt werden sollen.[433.)]

Der amerikanische Konsul in Leipzig gab an das State Departement einen Bericht über den Boykottverlauf in Mitteldeutschland (Sachsen, Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen), in dem es hieß, daß in Leipzig übereifrige Nationalsozialisten bereits am 31. März mit dem Boykott begonnen hätten, in Uniform dreimal in das Kaufhaus Brühl (auch in andere Geschäfte) eingedrungen seien, die Kunden vertrieben und Angestellte festgenommen hätten.

Am 1. April seien 15 Juden mit einem Transparent durch die Straßen getrieben worden, das zum Boykott aufrief. Unter Druck von Drohungen hätten viele arische und jüdische Kaufleute ihre jüdischen Angestellten entlassen.

Der Konsul berichtete von mehreren Fällen körperlicher Mißhandlung, Bedrohung oder Erpressung, insbesonders gegen polnische Juden.

„Es besteht kein Grund zur Annahme, daß der Boykott in anderen Teilen Deutschlands, wesentlich anders verlaufen ist als in Berlin, München oder Mitteldeutschland, Erfahrungsgemäss kamen illegale und unkontrollierbare Aktionen in der Provinz häufiger als in den Großstädten vor.

Bei dem Versuch, den jüdischen Geschäften die Kundschaft abwendig zu machen, waren die NS-Parteistellen mehr erfinderisch als wählerisch in ihren Methoden. In kleineren Orten wurden zu diesem Zweck auch "Schandpfähle" oder Schaukästen benutzt."[434.)]

Angesichts der brutalen Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten wurde folgendes veröffentlicht:

Erklärungen der sächsischen Juden *Dresden, den 30. März 1933.*

Der Sächsische Israelitische Gemeindeverband hat an die Jüdische Gemeinde Prag, an den Grossrabbiner von Frankreich, an den Oberrabbiner von England, sowie an den American Jewish Congress, Neuyork, Telegramme folgenden Inhaltes abgesandt:

"Bekämpft schärfstens auf Übermittelung unrichtiger Angaben aufgebaute Boykottbewegung gegen deutsche Waren.
Deutschlands Wirtschaft und deutsche Juden sonst schwerstens geschädigt."

"Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Dresden, zugleich im Namen des Vorstandes des Sächsischen Israelitischen Gemeindeverbandes

bedauert, das vereinzelte Übergriffe, gegen die alle Behörden und Regierungsstellen sofort energisch vorgegangen sind (!) zu einer Greuel- und Boykottbewegung gegen Deutschland ausgenutzt wurden. Wir wenden uns mit aller Kraft dagegen, dass die deutsche Ehre (!) grundlos angegriffen wird, und lehnen jede Gemeinschaft mit Verleumdern, gleichviel welcher Konfession, ab. Wir hoffen, dass allen unlauteren Elementen im Ausland das Handwerk schnellstens gelegt wird, damit der innere Friede wiederhergestellt wird und die deutschen Juden mit allen Mitbürgern am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes arbeiten können."

Apell der deutschen Juden an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, die Reichsminister und den Berliner Polizeipräsidenten

„Die deutschen Juden sind tief erschüttert von dem Boykottaufruf der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.
Wegen der Verfehlung einiger Weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden, die sich mit allen Fasern ihres Herzens der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden.

In allen vaterländischen Kriegen haben deutsche Juden in dieser Verbundenheit Blutopfer gebracht. 12 000 Juden haben 1914-18 ihr Leben hingegeben.

Den Greul- und Boykott-Feldzug im Auslande haben die jüdischen Organisationen Deutschlands mit äußerster Anstrengung bekämpft. Trotzdem sollen die deutschen Juden jetzt zugrunde gerichtet werden.

Wir rufen dem deutschen Volk, dem Gerechtigkeit stets höchste Tugend war, zu:

Der Vorwurf, unser Volk geschädigt zu haben, berührt unsere Ehre aufs tiefste. Um unserer Ehre willen, erheben wir feierlichst Verwahrung gegen diese Anklagen. Wir vertrauen auf den Herrn Reichspräsidenten und auf die Reichsregierung, dass sie uns Recht und Lebensmöglichkeit nicht nehmen lassen werden. Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volk, an dessen Erneuerung und Aufstieg unser sehnlichster Wunsch ist.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden."[435.)]

Welch einem tragischen Irrtum und falscher Einschätzung der Lage fielen die deutschen Juden zum Opfer !

Mai 1933. In Dresden sprach auf einer Kundgebung der Studentenschaft der Dichter Wilhelm Vesper, und es bildete sich nach dem "Festakt" ein großer Fackelzug, der zur Bismarcksäule führte, wo nach einer Ansprache des Ältesten der Dresdner Studentenschaft die gesamte *(jüdische)* Schund- und Schmutzliteratur *(Wortlaut der Telegraphen-Union !)* auf einem Scheiterhaufen verbrannt wurde.[436.)]

In einem gespenstischen nächtlichen Verbrennungsakt wurden unersätzliche Bücher, wissenschaftliche Abhandlungen, Dokumentationen und wertvolle Handschriften sinnlos verbrannt.

*

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, 15.9.1935

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1. 1. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Auslande geschlossen sind.

§ 2. 2. Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.
Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3. Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.

§ 4. 1. Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.
2. Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet.
Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5. 1. Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.
2. Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.
3. Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 7. Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, § 3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft. [437.)]

*

Glauchauer Tageblatt 1935

Die im Nazireich noch gültige Weimarer Verfassung garantierte jedem Menschen Religionsfreiheit. Ein Glauchauer Bürger war auf Grund dessen zum Judentum übergetreten. Das brachte natürlich die Nazis in rasende Wut. Hier der Schlußsatz im Glauchauer Tageblatt:

> *„Uns interessiert lediglich noch die Diagnose des Erbarztes: Eine Sterilisation dürfte immerhin in Erwägung zu ziehen sein, damit unser Volk geschützt wird vor Nachfahren eines Ariers, der zum Judentum übertrat."*)*

Bei der Gemeinde wuchs die Zahl der Ratsuchenden und Auswanderungswilligen ständig an, während die Reisemöglichkeiten zu einer Zentrale in Berlin immer ungünstiger wurden. So wurden regelmäßig Sprechtage zur Auswandererberatung eingerichtet.

In den Jahren 1933 bis 1935 glaubte man noch im allgemeinen, die jüdische Auswanderung planvoll durchführen zu können. Statt dessen begann die unterstützende und beratende Flucht vor dem Faschismus.

Die Beratungsstelle mußte viel mit den deutschen Behörden zusammenarbeiten. Finanzämter, Gerichte und Polizei arbeiteten zu dieser Zeit im allgemeinen ziemlich korrekt, waren jedoch im Verkehr mit Juden besonders überängstlich.

Die Beratung und Betreuung der Auswanderer war unentgeltlich, doch haben mitunter vermögende Auswanderer öfters Spenden zur Unterstützung armer Auswanderer gegeben, wodurch die Beratungsstelle der Gemeinde Geldmittel für Auswanderer und Flüchtlinge empfehlen konnte.

Angestellte und Beamte der Gemeinde erhielten bei ihrer Auswanderung Zeugnisse, die ihnen bei Anstellungen im Ausland viel halfen.

Fanny Silberschein:

Flucht 1936

„Von der Paßabteilung im Polizeipräsidium Dresden erhielt ich die Aufforderung meinen Paß (der nicht den vorgeschriebenen Stempel mit dem Buchstaben "J" (Jude) hatte) abzugeben.

Es war am Sonntag, dem 12. April 1936 und ich kam gerade von meiner Arbeit, wo ich Vormittags-Dienst in der Jüdischen Gemeinde, Abteilung Wohlfahrtsstelle, hatte und zum Mittagessen nach Hause ging. Eine alte christliche Freundin teilte mir mit, daß ein Mann von der Gestapo dagewesen sei, um von mir den Paß einzuziehen.

Am selben Abend nahm ich den Zug nach Basel – ich hatte nur meinen Paß, eine Hutschachtel und 10 Mark mitgenommen – und konnte so ungehindert die Grenze nach der Schweiz passieren, um zu meiner Schwester nach Genf zu fahren. Durch einen Brief konnte ich kurz nach meiner Flucht erfahren, daß mich die Gestapo am nächsten Tag abholen wollte. Ich war dann in Genf die Leiterin des Komitees für intellektuelle Flüchtlinge und habe dort 23 Jahre gearbeitet. "

---

*) Volksstimme (Karl-Marx-Stadt) Nr. 125. 27. Mai 1961. S.3

Israelitische Religionsgemeinde zu Dresden

Konten:
Bankhaus S. Mattersdorff, Dresden
Dresdner Bank Abt. Waisenhausstraße
Postscheck - Konto:
Dresden Nr. 10288

=/Kr.

Dresden A 1, den 5. September 1938.
Zeughausstraße 3 · Fernsprecher: 14051 und 17887

Z e u g n i s .

Herr Amtsgerichtsrat a.D. H a n s G e r s o n war von Mai 1933 bis Ende Juli 1938 für die „Jüdische Wirtschaftshilfe Dresden", jener seinerzeit neu gegründeten Abteilung unserer Gemeinde tätig, die sich mit der Betreuung all der Menschen zu befassen hat, welche infolge der veränderten Verhältnisse die Hilfe der Gemeinde sei es durch Rat oder materielle Unterstützung benötigen. In erster Linie oblag Herrn Amtsgerichtsrat Gerson die Betreuung der Auswanderer sowie der bei der Darlehnskasse Kredit suchenden Personen. Herr Gerson erledigte diese schwierigen Aufgaben nicht nur mit hervorragender Geschäftsgewandtheit und Lebensklugheit, sondern er bearbeitete jeden einzelnen berücksichtigenswerten Fall mit persönlichem Einsatz. Seine Beliebtheit beim ratsuchenden Publikum - zahlreiche Dankbriefe zeugen für die oftmals geradezu aufopfernde Art, mit der Herr Gerson seine Tätigkeit ausübte - und die Wertschätzung, die er bei den Mitarbeitern fand, waren gleich groß.

Sein Weggang von Dresden wird allgemein bedauert und die Gemeinde wünscht Herrn Amtsgerichtsrat Gerson, daß es ihm recht bald gelingen möge, in den Vereinigten Staaten einen befriedigenden Wirkungskreis zu finden. Seine stets heitere und liebenswürdige Art im Umgang mit Menschen wird ihn gewiß schnell einführen. Unsere besten Wünsche begleiten ihn.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden

ISRAELITISCHE RELIGIONSGEMEINDE · DRESDEN

Zeugnis für die Emigration

Wohnungsentzug

Anfang des Jahres 1938 begann eine Kampagne der Nationalsozialisten die Juden aus ihren Wohnungen zu vertreiben und damit ihre Auswanderung und Flucht zu beschleunigen.

"Der Stürmer", eines der übelsten pornografischen Hetzblätter der Nazis brachte "Leserbriefe ", die über Schikane und Wohnungsentzug der Juden berichteten:

Lieber Stürmer !

In Dresden wird schon seit Jahren das Volk intensiv in der Judenfrage aufgeklärt. Dies gilt besonders für unseren Stadtteil Johannstadt. Seit einiger Zeit kann man nun folgendes bei uns beobachten. An einem Grundstück war das Plakat angebracht:

In diesem Grundstück wohnen Juden

Prompt reagierten die nächsten Häuser darauf und brachten stolz ein Schild:

In diesem Grundstück wohnen keine Juden

In kurzer Zeit befand sich der ganze Stadtteil in einem edlen Wettstreit. Die Parole lautete:

Hier wohnen Juden — Hier wohnen keine Juden

Man sieht also, dass es in der herrlichen Elbestadt Dresden viele Volksgenossen gibt, die stolz darauf sind, dass sie **keine** *Hausgemeinschaft mit Juden haben.*

Für uns Sachsen aber kann es keine grössere Freude geben, wenn eines Tages einmal die Meldung durch alle deutsche Gaue geht:

Unser liebes, herrliches Sachsenland ist judenfrei ! 438.)

*

Die Dresdner Baubank kündigt Juden

Die Baugesellschaft für die Residenzstadt Dresden A.G. (Baubank) besitzt die größten Gebäude auf den Hauptstrassen Dresdens und hat ihren sämtlichen jüdischen Mietern, soweit nicht bereits Arisierungsverhandlungen eingeleitet wurden, für den nächstzulässigen Termin gekündigt.

Es handelt sich dabei um jüdische Familien und um jüdische Geschäftslokale. Die Baubank erklärte, dass sie ihren nichtjüdischen Mietern keine Hausgemeinschaft mit jüdischen Mietern zumuten kann.

Auch der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, vertreten durch das Grundstücksamt, hat sämtlichen jüdischen Familien, welche in städtischen Grundstücken wohnen, gekündigt. 439.)

An alle Dresdner Volksgenossen!

Euer Oberbürgermeister ist ein Mann der Tat

Er kündigt jüdischen Familien ihr städt. Grundstücken



In diesem Grundstück wohnen **Juden.**

In diesem Grundstück wohnen **keine** Juden.

Hausschilder aus der Nazizeit.

Sächsischer Postillon Nr. 224. Jg. 154 18.10.1938 Seite 3

Die Heimat spricht.

Dresden. Jüdische Gauner dingfest gemacht.

Durch vertrauliche Mitteilungen erhielt die Kriminalpolizei unlängst Kenntnis von Diebstählen, die ein in Dresden wohnender 21 Jahre alter Jude beging. Wie die Erörterungen ergaben, hatte der Beschuldigte in der Zeit von März bis Ende September d.J. aus der Wohnung seines Stiefbruders, der Arier ist, Schmucksachen, Teppiche und Wäsche im Werte von 3000 RM. gestohlen. Die Beute brachte er zu seiner artgleichen Mutter, die, über die Herkunft genauestens unterrichtet, fast alle Sachen verkaufte, bezw. verpfändete. Die Kriminalpolizei nahm die beiden fest. Bei den Vernehmungen stellte sich weiter heraus, dass bei einem weiteren Verwandten für 1000 RM. Goldsachen, die die Festgenommenen ebenfalls weit unter dem üblichen Handelspreis verkauften, gestohlen worden waren. In diesem Zusammenhang haben sich weitere zwei Personen, von denen einer gleichfalls Jude ist, der Hehlerei schuldig gemacht. Wie die anderen, sind auch sie der Staatsanwaltschaft zugeführt worden.[440.)]

Sächsischer Postillon Nr.249.Jg.154 24.10.1938 Seite 7

Die Heimat spricht.

Dresden. Jude verstösst gegen das Blutschutzgesetz.

Wegen Verbrechens gegen das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre wurde von der Kriminalpolizei der am 29.6.1870 in Stanislau (Polen) geborene und in Dresden wohnende Volljude Jona Hönigsberg festgenommen. Der Jude hatte ein 21jähriges Mädchen arischer Abstammung angesprochen und mit in seine Wohnung genommen. Dort wurden beide überrascht.[441.)]

Sächsischer Postillon Nr.286.Jg.154 8.12.1938 Seite 3

Die Heimat spricht.

Keine Sudetendeutsche in jüdischen Haushalten !

Das Polizeipräsidium in Dresden macht darauf aufmerksam, dass weibliche Personen deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren, die durch die Eingliederung des Sudetengaues ins Altreich, die Reichsangehörigkeit erworben haben, auf Grund des § 3 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 in jüdischen Haushalten nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Bestehende Dienstverhältnisse sind umgehend zu lösen.[442.)]

Jüdische Unternehmen arisiert

Das antijüdische Hetzblatt "Der Stürmer" feiert die Entjudung von Unternehmen auf seine Weise. März 1938.

> **Die Mimosa A.G. in Dresden ist judenfrei !**
>
> *In Dresden konnte "Der Stürmer" wieder einen schönen Erfolg erringen. Die Judenfestung Mimosa wurde bezwungen. Der Stürmer hatte schon im Dezember 1937 die vom Juden Max Wiener geführte Firma Mimosa als Judenunternehmen entlarvt. Die Bombe schlug ein und nun musste der Jude den Rückzug antreten. Am* **28. Januar 1938** *erfolgte der Auszug der Kinder Israels aus der Firma Mimosa.*
>
> *Max Wiener, Friedrich Adler, Dr. Max Feigl, Emil Rieger, Dr. Felix Formstecher, Fritz Glauber, Karl Prag, Luise Seepacher, Fedor Friedländer, Moses Katz und Hans Makowsky verabschiedeten sich von der Firma. Am 29. Januar feierte die Gefolgschaft in einem Betriebsappell die Befreiung von der Judenherrschaft. Mit Stolz konnte der Betriebsobmann verkünden:*
>
> *"Die Mimosa ist entjudet !"*
>
> *Auf ein Kommando stiegen nun endlich frei und stolz die siegreichen Hakenkreuzfahnen an den Masten empor.*
>
> *Die Mimosa A.G. ist entjudet. Wann folgen die Tochtergesellschaften Verax GmbH in Dresden, Neue Photographische Gesellschaft mbH in Dresden und Trapp und Münch A.G. nach ?* [443.)]

Nachdem den Juden ihre Erwerbstätigkeit genommen war, emigrierten viele in das Ausland. Darüber berichtet die Nazi-Presse im März 1938:

Juden gehen über die Grenze

Wie fremdrassige Gauner ihre Gläubiger betrügen.

> *Immer mehr Juden wandern aus. In einem Lande, in dem Ordnung und Sauberkeit herrscht, fühlen sich die Juden nicht wohl. Sie merken, dass sie in ihrem talmudischen Treiben durchschaut sind und wissen, dass die Zeit ein für allemal vorbei ist, wo man das deutsche Volk ungestört aussaugen kann.*
>
> *Die Auswanderung der Juden erfolgt in der Regel in aller Stille. In den meisten Fällen erhält die Bevölkerung von dem Abzug eines Juden erst dann Kenntnis, wenn der Jude bereits über die Grenze ist. Ein solcher Fall hat sich in letzter Zeit in Dresden abgespielt. Der Jude Richard Bach, der sich mit dem Handel von Kraftfahrzeugen befasste, und von dessen Auswanderungsabsichten niemand eine Ahnung hatte, war plötzlich verschwunden.*
>
> *Die Möglichkeit, der Auswanderung von Juden, die Nichtjuden Geld schuldig sind, könnte auf folgende Weise ausgeschaltet werden: Um einen Auslandspass zu bekommen, muss ein Antrag gestellt werden. Würde man nun diese Anträge in der Tagespresse veröffentlichen, dann würde vermieden werden, dass ein Jude, der anderen gegenüber noch Verpflichtungen hat, ohne weiteres verschwinden kann.* [444.)]

Sachsen voran !

Gauleiter Mutschmann hält Abrechnung mit dem Judentum.

Ende Januar 1938 fand in dem Dresdner Kurort Bad Weisser Hirsch eine Massenkundgebung statt. Reichsstatthalter und Gauleiter Martin Mutschmann sprach zu dem Thema:

"Die Juden sind unser Unglück".

Die Massenkundgebung war überfüllt. Schonungslos riss Gauleiter Mutschmann dem Judentum die Maske vom Gesicht. Seine Worte wurden mit jubelnder Begeisterung aufgenommen.

Im Anschluss an die Rede des Gauleiters gab der Ortsgruppenleiter Richtlinien heraus, nach welchen sich die jüdischen Kurgäste in Bad Weisser Hirsch zu richten haben. Der Ortsgruppenleiter stellte fest, dass in Zukunft der bisherigen unerträglichen Verjudung dieses Bades ein Ende gesetzt sei.

SACHSEN IST ERWACHT! DIE NATIONALSOZIALISTEN DIESES GAUES WERDEN AUCH IM ENDKAMPF GEGEN DAS JUDENTUM AN VORDERSTER STELLE MITSTREITEN ![445.)]

Polizeiverordnung über den Zuzug von Juden. 30.6.1938

§ 1 *Juden deutscher Staatsangehörigkeit im Sinne der Nürnberger Gesetze ist der Zuzug (nach Dresden) ohne polizeiliche Genehmigung verboten, es sei denn, daß es sich um einen vorübergehenden Zuzug zu Besuchs- oder Geschäftszwecken bis zur Dauer von 14 Tagen handelt. Die Genehmigung ist bei dem Polizeipräsidium (Dresden) schriftlich unter Angabe der Personalien einschließlich Religion und rassischer Abstammung, des bisherigen Wohnorts, des Zwecks sowie der voraussichtlichen Dauer des beabsichtigten Aufenthalts zu beantragen.*

§ 2 *Der Verkauf, die Verpachtung oder Vermietung von Grundstücken oder Räumen an neu zuziehende Juden deutscher Staatsangehörigkeit sowie die Vermittlung solcher Geschäfts ist vom Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung ab verboten.*

§ 3 *Die Grundstückseigentümer sind verpflichtet, bei Zuzug von Juden in ein ihnen gehöriges Grundstück – auch zu Besuchs- und Geschäftszwecken und bei Umzügen innerhalb des Stadtkreises (Dresden) – unbeschadet der allgemeinen Meldepflicht nach den Meldevorschriften binnen 24 Stunden eine Zuzugsmeldung der Abteilung II des Polizeipräsidiums (Dresden) vorzulegen, die Name, Geburtsort und Geburtstag, Religion und rassische Abstammung sowie den bisherigen Wohnort des Zuziehenden enthält. Bei Aufnahme von Juden in Räume einer bestehenden Wohnungsgemeinschaft ist gleichzeitig der Wohnungsgeber meldepflichtig im vorstehenden Sinne.*

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Polizeiverordnung wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 100 RM, im Nichtbetreibungsfalle die Festsetzung von Zwangshaft bis zu zwei Wochen angedroht.

Die Polizeiverordnung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft und am 31.3. 1939 außer Kraft.

Keine jüdischen Denkmäler mehr.

Die Werbung des neuen (!) arischen Geschäftsinhabers muss ehrbar sein.

Die mit Riesenschritten fortschreitende Entjudung des öffentlichen Lebens wird, wie "Die Deutsche Volkswirtschaft" feststellt, in absehbarer Zeit dazuführen, dass diese Massnahmen als im wesentlichen abgeschlossen angesehen werden können.

Nicht angebracht wäre es aber, wenn nach langen Jahren noch die Öffentlichkeit durch jüdische Firmennamen, Warenbezeichnungen oder Marken an die Zeit erinnert wird, in der im Wirtschaftsleben der Jude eine besondere Stellung einnahm. Von diesen Gesichtspunkten, deren Bedeutung jedoch bei der Neuordnung nicht unterschätzt werden darf, abgesehen, sprechen auch allgemeine Gründe gegen eine schrankenlose Beibehaltung der Bezeichnungen und der damit verbundenen gleichzeitigen Ausnutzung der von dem jüdischen Betrieb geschaffenen Werte durch den arischen Geschäftsinhaber.

Es ist selbstverständlich, dass man angesichts der Kompliziertheit des gesamten wirtschaftlichen Lebens keine schematische Regelung treffen kann. Man kann lediglich die leitenden Gesichtspunkte herausstellen, wobei dann in jedem einzelnen Fall die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen.

– Gründungsjahr und Gründungsjubiläen –

Einen ersten Schritt auf diesem Wege haben der Werberat der deutschen Wirtschaft sowie der Reichswirtschaftsminister getan. Der Werberat hat in einer neuen Verlautbarung erklärt, dass es seinen Bestimmungen, wo nach der Werbungstreibende bei der Ausübung und Gestaltung seiner Werbung als ehrbarer Kaufmann zu handeln habe, nicht entspreche, wenn der arische Geschäftsinhaber bei seiner Werbung auf die Tätigkeit jüdischer Geschäftsleute zurückgreife. Er hat es deshalb für unzulässig erklärt, dass entjudete Betriebe z.B. auf das Gründerjahr des ehemals jüdischen Unternehmens hinweisen, oder bei Berechnung des Geschäftsalters oder bei Jubiläen die Zeit, in der der Betrieb jüdisch war, mitzurechnen.

Massgebend für diese Entscheidung war, dass die Übernahme jüdischer Betriebe durch arische Geschäftsleute nicht einem normalen Geschäftsübergang und Wechsel des Firmeninhabers gleichzusetzen ist. (!)

– Besitzzeit und Jubiläumsverkäufe –

Hat der Werberat allgemein für das Gebiet der Werbung Stellung genommen, so beschäftigt sich ein, im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Werberates an die Industrie- und Handelskammern gerichteter Erlass des Reichswirtschaftsministers lediglich mit der Frage der Zulässigkeit der Veranstaltung von Jubiläumsverkäufen durch entjudete Firmen. Mit der Begründung, dass es eines deutschen Geschäftsinhabers unwürdig sei, das längere Bestehen des Geschäftes in jüdischer Hand als Werbeargument zu verwerten, wendet sich der Reichswirtschaftsminister gegen eine Anrechnung der Besitzzeit des jüdischen Geschäftsinhabers bei der Veranstaltung von Jubiläumsverkäufen. (Dresden.)

"Sächsischer Sonntag" Beilage zum Freiheitskampf.

Gibt es eine "jüdische Filmproduktion?

Das Geschäft mit jiddischen Filmen scheint zu blühen.

Schon immer war die Filmindustrie der Tummelplatz jüdischer Geschäftemacher, auch in Deutschland, bis 1933 der Nationalsozialismus dem Treiben der zumeist aus Wien und dem europäischen Osten eingewanderten Filmjuden ein schnelles, aber notwendiges Ende setzte. Nicht nur der Fachwelt, sondern auch dem Publikum musste das Überhandnehmen des Einflusses des Judentums auf das Filmwesen im Systemdeutschland auffallen, um so mehr, als es fast kein einziges Filmwerk aus der damaligen Zeit gibt, an dem die Juden nicht in irgendeiner Form beteiligt waren. Die Vertreter der Juden, und unter ihnen noch die schmierigsten, fanden im deutschen Filmwesen von damals ein Betätigungsfeld, auf dem sie sich wirtschaftlich, "künstlerisch" und verwaltungsmässig ungehindert austoben durften, und das ihnen noch dazu die Möglichkeit bot, ihre volksvergiftenden, demoralisierenden und politischen Ziele zu propagieren und zu verwirklichen.

Mit der Beendigung der Möglichkeit, in Deutschland ihre unseligen Geschäfte auf filmischem Gebiet fortzusetzen, wandten sich die "deutschen" Filmjuden der gleichen Tätigkeit in Prag, Paris, Wien und Hollywood zu, wo ebenfalls schon von Anbeginn ihre Leute als Beherrscher von Filmwirtschaft und Filmkunst sassen. Diese Tatsachen sind als solche hinreichend bekannt. Weshalb die Frage, ob es eine "jüdische" Filmproduktion gibt ?

Betrachtet man die führenden Personen der internationalen Filmwirtschaft, dann muss man feststellen, dass die Filmproduktion, eben mit Ausnahme von Deutschland und einigen wenigen anderen Ländern, durchweg jüdisch ist ! Es ist daher um so verwunderlicher, dass es bis vor kurzem so etwas wie eine jüdische Filmherstellung nicht mehr zu geben schien, d.h. dass die Juden wohl Filme für die Allgemeinheit, vornehmlich also für die Arier, herstellten und nicht wenig hieran verdienten, dass sie aber Filme mit rein jüdischen Themen und in jiddischer Sprache nicht produzierten.

Der Zweck ist eindeutig klar: Wohl liessen sich mit Filmen, die nur für ein jüdisches Publikum geschaffen werden, gute Geschäfte machen, es fehlte dem Juden jedoch hierbei die Möglichkeit, seine negierenden und zersetzenden Bestrebungen auf ein nichtjüdisches Publikum durchzuführen, das Geschäft also mit der Verfolgung alljüdischer Ziele zu verknüpfen. Das ist erst möglich, wenn jüdische, oder nach jüdischen Gesichtspunkten ausgerichtete Filme als amerikanisch, französische, englische, oder österreichische Produktionen getarnt in die Welt hinausgingen und nicht selten Unheil heraufbeschworen.

Wenn der von den jüdischen Warner-Brothers hergestellte und lobhudelnd als "einer der 10 besten Filme des Jahres 1937" bezeichnete Film "The life of Emil Zola" mit den Juden Paul Muni und Josef Schildkraut in den Hauptrollen, inszeniert von dem emigrierten Wilhelm Dieterle nach einem Manuskript von Heinz Herald und Geza Herczeg, in irgendeinem Filmtheater der Welt erscheint, so ahnt kaum einer der Zu-

schauer, dass ihm hier eine wirksame Propaganda für das Judentum dargeboten wird, die jedoch unbedingt in der Schilderung des „Martyriums" des jüdischen Verräters Dreyfus enthalten ist und sich nachhaltig auszuwirken vermag. Auch der französische Film „Beethovens große Liebe" mit Harry Baur, S. Fainsilber und Debucourt Rosenberg, der auf Grund seiner Themenstellung schon als grobe jüdische Provokation gewertet werden kann, wird die angestrebte projüdische Einstellung erkennen lassen. Deutlicher treten die jüdischen Ziele schon bei Produktionen zutage, wie kürzlich durch Sam Goldwyn (United Artists) angekündigte Herstellung eines Filmes „Die Verbannten" mit den Juden Jascha Heifetz, der die Verbannung deutscher Juden „aus ihrer Heimat" zum Inhalt hat oder eines Filmes, in dem das „grausame Schicksal der Juden im deutschen Österreich" geschildert werden soll.

Dies alles – es werden nur einige wenige Beispiele genannt – sind natürlich „jüdische Filmproduktionen", aber man wertet sie nicht als solche, damit ihre Wirkung um so stärker sei. Die Möglichkeit mit einer eigenen „jiddischen" Filmproduktion möglichst große Geschäfte zu machen, erkannten jedoch erst gegen 1936 geschäftstüchtige Juden in Polen. Man witterte förmlich das Geschäft, denn nicht allein in Polen selbst, sondern auch in Amerika, dem Land mit der größten jiddisch sprechenden Bevölkerung, in Frankreich, in der Türkei und überall, wo Juden zusammenwohnen, waren diese Filme auszuwerten. Ein Pariser Emigrantenblatt läßt sich aus Warschau melden, daß Nordamerika der Hauptabnehmer dieser Filme in jiddischer Sprache sei, die in Polen hergestellt werden. Das Interesse ist derart stark, daß die großen Verleiherfirmen die neue Produktion „unbesehen" übernehmen und, was wohl die Hauptsache ist, erheblich bevorschussen. Das Emigrantenblatt fügt ironisch hinzu, daß für die Zahlungsbilanz Polens solche Eingänge hochwillkommen sein müßten.

So wurde 1936 ein jüdischer Film „Jidel mit der Fidel", 1937 bereits 4 Filme hergestellt und 1938 durfte nach der gleichen Quelle die Produktion jüdischer Filme in Polen auf 7 ansteigen. Auch eine französische Gesellschaft beabsichtigt, in Erkenntnis der geschäftlichen Blüte, die aus den „Gefühlen der eigenen Rassegenossen" zu erreichen sein wird, in Polen Jargonfilme herstellen zu lassen.

Es wäre an sich wenig bemerkenswert, daß die Juden eigene Filme produzieren und hiermit Geschäfte machen, auch nicht, daß die Produktion jährlich steigt. Bemerkenswerter ist es schon, daß man sich nun doch darauf besinnt, wie einträglich diese Geschäfte innerhalb der eigenen Rasse sein können, und daß man sie sich nicht entgehen lassen will. Vielleicht käme sonst ein Nichtjude, der ihnen diese Geschäftsmöglichkeit aus der Nase ziehen würde!

Bemerkenswert ist ferner, daß man die Notlage der Juden in Polen ausnutzt, indem man hier kräftig die Löhne und Gagen drückt, denn – so heißt es in dem Warschauer Bericht – Polen scheint mit seinen billigen Arbeitskräften, mit seinem hervorragenden Material an jüdischen Schauspielern und nicht zuletzt mit seinen drei Millionen jüdisch sprechenden Einwohnern in steigendem Maße zum Mittelpunkt der Weltproduktion des jiddischen Films zu werden. Es hat angeblich darin schon jetzt Amerika und die Sowjetunion überflügelt. Während man in den anderen Ländern dem eigentlichen Film – wir kennen ausgezeichnete polnische Filmwerke, wie „Kreuzzug einer Liebe" und andere, die in Deutschland sehr gefielen – kaum dem ihm gebührenden Platz einräumt, wird der jiddische Film polnischer Herkunft (?) immer mehr zu einem wichtigen „Exportartikel".

Wir Deutsche kennen die jüdische Film-„Kunst", ihre Film-Kohns und deren Film-Korruption zu genau, mußten sie zu sehr am eigenen Volkskörper spüren, als daß wir Sehnsucht hätten, sie noch einmal innerhalb der Reichsgrenzen zu erleben. Das Inferno an den Lügen, Betrug, Bankrotten und Volksvergiftung läßt sich auch nicht durch die beste „Zahlungsbilanz" ausgleichen. Wie wäre es aber, zöge man alle Filmjuden aus der ganzen Welt zusammen, damit sie nur noch für die Juden filmisch tätig sind? Wäre dieser Vorschlag nicht zu erwägen? Verf. Curt Belling.

*

Der Freiheitskampf **6. November 1938. Nr. 306** **Seite 5** Dresden

Kinderermässigung nicht für Juden.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz zur Änderung des Bürgersteuergesetzes beschlossen, das neben formalen Änderungen vor allem auch für die Bürgersteuer den Grundsatz festlegt, dass für Kinder, die Juden sind, Kinderermässigung nicht gewährt wird.

Eine entsprechende Regelung ist für die steuerliche Behandlung verwitweter oder geschiedener Personen getroffen, zu deren Haushalt ein minderjähriges Kind gehört. Wenn dieses Kind jüdisch ist, gelten die Personen künftig als steuerlich ledig. Dieses Gesetz, das für Österreich und das Sudetenland noch nicht gilt, wird erstmals auf die Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1939 angewendet.

Betr.: Jüdische Vornamen.

Reichsgesetzblatt I 1938 Seite 922.

§ 1. *Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in denen vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind.*

§ 2. *Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männlichen Personen den Namen* **Israel**, *weibliche Personen den Vornamen* **Sara.**

*

XIII. DIE KRISTALLNACHT

a. Die Ausweisung der polnischen Juden

Am 1. April 1938 erließ die polnische Regierung ein neues Gesetz betreffs Staatsangehörigkeit.

„Ein außerhalb Polens weilender polnischer Staatsbürger kann der polnischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt werden, wenn er im Auslande zum Schaden des polnischen Staates gehandelt oder während eines ununterbrochenen Auslandsaufenthaltes von wenigstens fünf Jahren nach Entstehung des polnischen Staates den Zusammenhang mit dem polnischen Staat verloren hat, oder wenn er entgegen einer Aufforderung der polnischen Behörde nicht in der festgesetzten Frist aus dem Auslande nach Polen zurückgekehrt ist.

Die Ausbürgerung erfolgt durch einen Bescheid des Innenministeriums auf Antrag des Aussenministers. Der Bescheid bedarf keiner Begründung und ist sofort vollstreckbar. Es kann aber dagegen Klage beim obersten Verwaltungsgerichtshof erhoben werden.

Mit dem Mann verliert dessen Frau die Staatsbürgerschaft, mit dem Vater oder der unehelichen Mutter deren Kinder im Alter bis zu 18 Jahren, wenn auch diese Angehörigen im Auslande weilen und sie im Ausbürgerungsbescheid nicht ausdrücklich vom Verlust der Staatsbürgerschaft ausgenommen sind. Solche Ausnahmen sind möglich, wenn keine tatsächliche Ehe oder Familiengemeinschaft mit dem Ausgebürgerten bestanden hat und nicht für die Angehörigen selbst die Ausbürgerungsgründe zutreffen. Die Frau eines polnischen Staatsangehörigen kann auch für sich allein ausgebürgert werden, wenn sie nicht in Ehegemeinschaft mit dem Manne lebt und für sie die gesetzlichen Voraussetzungen der Ausbürgerung zutreffen.

Ausgebürgerte dürfen, auch wenn sie eine andere Staatsbürgerschaft erlangt haben, nur nach vorheriger Einwilligung des Innenministers zeitweilig im Bereich des polnischen Staates weilen. Zuwiderhandlungen werden mit Kerker bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe bestraft.

Das Gesetz ist ab 1. April 1938 in Kraft getreten." 446.)

Die Nationalsozialisten erließen einige Monate später ebenfalls ein neues Passgesetz.

Verordnung über Reisepässe von Juden vom 5. Oktober 1938.
(Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1938, Teil I vom 7.10.1938)

Auf Grund des Gesetzes über das Pass-, das Ausländerpolizei- und das Meldewesen sowie über das Ausweiswesen vom 11. Mai 1937 wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz folgendes verordnet:

§ 1

(1) Alle deutschen Reisepässe von Juden, die sich im Reichsgebiet aufhalten, werden ungültig.

(2) Die Inhaber der im Abs. I erwähnten Pässe sind verpflichtet, diese Pässe . . . einzureichen.

(3) Die mit Geltung für das Ausland ausgestellten Reisepässe werden wieder gültig, wenn sie von der Passbehörde. . . versehen werden, das den Inhaber als JUDEN kennzeichnet.

§ 2

Mit Haft und Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig der im § 1 Abs.2 umschriebenen Verpflichtung nicht nachkommt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. Oktober 1938

Der Reichsminister des Innern
Im Auftrag: Dr. Best.

In Dresden mußten die Pässe beim Polizeipräsidium – Paßamt – Petersstraße 26 in der Zeit von 8 – 13.30 bis spätestens Freitag, den 21. Oktober 1938 eingereicht werden.[447.)]

Da die Nationalsozialisten folgerichtig annahmen, daß nach der Ausbürgerung durch den polnischen Staat diese Juden für immer (!) in Deutschland verbleiben sollten, beschlossen sie kurzfristig in einer Blitzaktion die polnischen Juden über die Grenze nach Polen abzuschieben. Laut einem Funkspruch des Reichsführers der SS und Chef der Deutschen Polizei in Berlin vom 26. Oktober 1938 wurde der Polizeipräsident in Dresden aufgefordert, die polnischen Juden festzunehmen und über die Grenze zu bringen.

Der Regierungspräsident *28.10.1938*

An die
Landräte des Bezirks,
die Polizeipräsidenten.

Unter Bezugnahme auf meinen Schnellbrief vom 27. Okt. 1938 –I.3 Sta.Nr.A.737 – ersuche ich, polnische Juden, die im Besitze gültiger Pässe sind, mit Frauen und Kindern zwecks Abschiebung im Sammeltransport nach der polnischen Grenze sofort festzunehmen und abzutransportieren. Sie sind dem Polizeipräsidenten zu übergeben. Die Wohnungen sind abzuschliessen und die Schlüssel bei den Ortspolizeibehörden niederzulegen. Etwa vorhandene Angestellte in den betreffenden Geschäften können diese mit Einverständnis des Inhabers weiterführen. Der Polizeipräsident (Dresden) ist unmittelbar zu benachrichtigen, wann die Festgenommenen eintreffen. Vor Ablauf des 29.Okt.1938 müssen sie über die polnische Grenze gebracht sein. Die Massnahmen müssen unter Einsatz aller Kräfte der Sicherheits- und Ordnungspolizei durchgeführt werden.[448.)]

Mit dieser Anweisung an den sächsischen Minister des Innern begann die Verhaftungs- und Abschiebeaktion sofort anzulaufen. Der Polizeipräsident in Dresden und die Polizeipräsidenten, Amtshauptmänner, Bürgermeister aus Sachsen mußten Berichte über die Durchführung der Aktion nach Dresden an den sächsischen Minister des Innern senden.

Der Amtshauptmann
zu Auerbach (Vgtl.) *Auerbach i.V. den 28. Okt. 1938*

VII
zu Va Z.2165

An den Herrn Sächs. Minister des Innern
in Dresden.

Auf Verordnung vom 27.10.1938 – betr. Aufenthaltverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit – berichte ich, dass insgesamt 18 Personen und zwar 7 Männer, 10 Frauen und ein Knabe unter 15 Jahren abtransportiert worden sind.

. . . wurde festgestellt, dass Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Bezirke nur in der Stadt Falkenstein i.V. aufhältlich sind. An Ort und Stelle wurde gemeinsam mit dem Bürgermeister in Falkenstein unter Hinzuziehung von Gendarmeriebeamten. . . die Festnahme von 23 Personen durchgeführt. Alle 23 Personen wurden von Falkenstein mit einem Auto-Omnibus nach Chemnitz abtransportiert. Vor dem Abtransport musste eine Frau auf Transportfähigkeit untersucht werden. Der Polizei- und Gerichtsarzt aus Falkenstein bestätigte die Transportfähigkeit.

Besondere Vorkommnisse sind nicht zu melden.

(Unterschrift)[449.)]

Der Erste Bürgermeister
der Stadt Borna
- Polizeiverwaltung - 15416
zu Va: Z 2165

Borna, 28. Okt. 1938.

An den Herrn
Sächs. Minister des Innern

Dresden

Z. Verordnung vom 27.d.Mts. wird berichtet, dass aufgrund des Funkspruchs vom 27. Oktober 1938 aus dem Stadtbezirk Borna nachstehende Juden poln. Staatsangehörigkeit in Abschiebhaft genommen und noch am 27.d.Mts. dem Polizeipräsidium Leipzig zur Abschiebung zugeführt worden sind.

1. *Singer, Siegemund, Kaufmann, geb. 5. Dez. 1889 in Leipzig*
2. *Singer, Felly, Lipsche, Ehefrau, geb. 29. April 1891 in Brody (Galizien)*
3. *Singer, Joachim, Sohn, geb. 27. Dez. 1920 in Leipzig.*

i.V.
(Unterschrift)[450.)]

Buchholz (Sa.) 29. Okt. 1938

An den Herrn
Sächs. Minister des Innern

Dresden

. . . sind der hier wohnende Jude und polnischer Staatsangehöriger Isaak Rosenstein, geb. 15.Juli 1890, dessen Ehefrau Hedwig Helene Rosenstein geb. Lämmel, geb. 11. Juli 1892 und die Tochter beider, Anni Charlotte Rosenstein, geb. 30.März 1921, am 28. Oktober im Einvernehmen mit der Geheimen Staatspolizeistelle Chemnitz dieser zugeführt worden.

Der Bürgermeister der Stadt Buchholz
Schimpf[451.)]

An den Herrn
Sächs. Minister des Innern

Dresden

Grimma, 29. Okt. 1938.
F: XIV 2. 3741485
zu Va: z 2165

Aus der Stadt Grimma ist der polnische Jude Meinhardt, dessen angebliche Frau Grünbaum und eine Frau Schorr-Tauba am 27. Okt. 1938, 23 Uhr beim Polizeipräsidium Leipzig zum Antransport nach Polen abgeliefert worden.

Weitere polnische Juden wurden im hiesigen Bezirk nicht ermittelt.

Der Amthauptmann zu Grimma
(Unterschrift) [452.)]

Der Oberbürgermeister
der Stadt Meerane.

Meerane, den 28. Okt. 1938.

Reg. Nr. V/439a zu Nr. Va: Z 2/65

An den
Herrn Minister des Innern

zu Dresden.

Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.
Zur Verordnung vom 27.10.1938.

Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei in Chemnitz ist der polnische Jude Michaly Wuhl, hier, Augustusstrasse 5 wohnhaft gewesen, mit Frau und 4 Kindern zwecks Ausweisung nach Polen am 27.10.1938 in Haft genommen und am 28.10. 1938 dem Polizeipräsidium in Chemnitz übergeben worden.

Der Oberbürgermeister [453.)]

Der Polizeipräsident zu Zwickau

Zwickau, den 28. Okt. 1938.

Gesch.Z. 2112/1 -Polen-

An den Sächsischen Minister des
des Innern

D r e s d e n

Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

Die Erfassung polnischer Juden in Zwickau ist am 27.10.1938 ab 21.00 wie angeordnet ohne besondere Vorkommnisse durchgeführt worden.

Es wurden insgesamt **68 Personen in Zwickau** *erfasst und in der Georgenschule zusammengezogen. Von diesen polnischen Juden waren 50 Personen im Besitz gültiger Pässe. Der Rest setzt sich aus Ehefrauen, die im Pass des Mannes eingetragen sind und aus solchen Kindern, die keine Pässe benötigen, zusammen.*

Diese 68 Personen wurden von hier aus zuzüglich 5 von der Amtshauptmannschaft Zwickau zugeführten polnischen Juden (2 Passinhaber, 3 Angehörige), also insgesamt 73 Personen mit 3 gemieteten Omnibussen nach Chemnitz gebracht. (Anfahrt nach Chemnitz am 28.10.1938, 1.00 Uhr) Zur Beförderung des Gepäckes wurde der Wirtschaftslastkraftwagen der Polizei benutzt. Ein Begleitkommando, bestehend aus 1 Offizier und 11 Beamten, wurde beigegeben.

Wegen Krankheit, Abwesenheit, Niederkunft und Fehlen des Passes mussten 26 Personen zurückgelassen werden. In mehreren Zweifelsfällen wurde der Polizeiarzt zur Feststellung der Transportfähigkeit hinzugezogen.

Der Polizeipräsident in Zwickau
(Unterschrift unleserlich.) [454.)]

Der Kreishauptmann
zu Zwickau
Regierungsplatz 9, Fernr. 3041
I NOO 91c/38
zu Va: Z2165 a

Zwickau, den 28.Okt.1938.

An den
Herrn Sächs. Minister des Innern

zu Dresden

Auf Verordnung und fernmündliche Anweisung vom 27.d.Mts. berichte ich, dass aus dem Regierungsbezirk Zwickau heute insgesamt 153 polnische Juden mit dem heutigen Sonderzug nach Chemnitz abtransportiert worden sind, und zwar:

1.	*aus dem Stadtbezirk Plauen*	*57 Personen*
2.	*" " " Zwickau*	*68 Personen*
3.	*" " Bezirk d.Amtsh.Zwickau*	*5 Personen*
4.	*" " " " " Auerbach*	*23 Personen*
	zusa.	*153 Personen*

Die Beförderung nach Chemnitz ist mit Autobussen erfolgt. Als Begleitpersonal wurden

vom Polizeipräsident zu Zwickau	*1 Polizeioffizier und 11 Schutzpolizeibeamte*
vom Polizeipräsident zu Plauen	*1 Polizei-Hauptwachtmeister 6 Polizeiwachtmeister*
vom Amtshauptmann zu Auerbach	*2 Gendarmeriebeamte*

gestellt, die auf Veranlassung des Polizeipräsidiums Chemnitz auch sämtl. den Eisenbahntransport von Chemnitz nach Beuthen begleiteten. Mit Ausnahme einiger wenigen, zur Zeit wegen Krankheit nicht transportfähigen Personen sind sämtliche polnische Juden, die im Besitz eines gültigen Reisepasses sind, aus dem Regierungsbezirk Zwickau abgeschoben worden.

Die Amtshauptleute zu Oelsnitz, Plauen, und Schwarzenberg sowie die Oberbürgermeister zu Aue, Crimmitschau, Reichenbach und Werdau haben gemeldet, dass in ihren Land- bezw. Stadtbezirken keine polnischen Juden wohnhaft sind.

Der Kreishauptmann
i. V.
(Unterschrift) 455.)

Der Polizeipräsident
zu Chemnitz.

Chemnitz, am 29. Oktober 1938

H 3 IV 1.

An den
Herrn Sächsischen Minister
des Innern

zu Dresden

über den Herrn Kreishauptmann zu Chemnitz.

Unter Bezugnahme auf die MVO. Va: Z 2/65 vom 27.10.38 und auf die gestrige fernmündliche Rücksprache mit Herrn Reg.-Rat Dr. Hübschmann wird folgendes berichtet:
Die im Stadtbezirk Chemnitz aufhältlichen Juden polnischer Staatsangehörigkeit (Männer, Frauen und Kinder) sind unter Einsatz von Beamten der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und der Staatspolizeistelle Chemnitz sofort in Abschiebungshaft genommen, in einem dazu bereitgestellten grösseren geheizten Saal zusammengeführt und hier überwacht worden. Diese Massnahme konnte reibungslos durchgeführt werden.
Die eingelieferten Personen wurden listenmässig erfasst und ihre Pässe wurden nachgeprüft. Sie erhielten sodann die Aufenthaltsverbotsverfügung ausgehändigt.
Vorsorglich war der Polizeiarzt hinzugezogen worden, auf dessen Veranlassung einige Verhaftete entlassen werden mussten, da sie zur Zeit krank und infolgedessen nicht reisefähig waren.

Eine Anzahl der Eingelieferten war zur Zeit nicht im Besitz ihrer polnischen Reisepässe. Die Pässe waren entweder an das polnische Konsulat in Leipzig zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer abgegeben, oder von anderen behördlichen Stellen, z.B. die Zollfahndungszweigstelle Chemnitz, eingezogen worden. Die bei der Zollfahndungsstelle Chemnitz hinterlegten Pässe sind noch eingezogen und ihre Inhaber mit abgeschoben worden. Die übrigen Personen, deren Pässe sich beim Polnischen Konsulat befinden, konnten nicht abgeschoben werden.
Die der Aufsicht der Kreishauptmannschaft Chemnitz unterstellten Amtshauptmannschaften und kreisfreien Städte hatten Fehlmeldungen erstattet mit Ausnahme der Amtshauptmannschaft Chemnitz, Annaberg und Glauchau und der Stadt Glauchau. Von der AH. Chemnitz wurden 4 Personen, von der AH.Annaberg 3 Personen, von der AH.Glauchau 2 Personen und von der Stadt Glauchau 2 Personen zugeführt und abgeschoben.
Die aus der Kreishauptmannschaft Zwickau eintreffenden Transporte sind aus Raum- und Zweckmässigkeitsgründen im Wartesaal 3. Klasse des Chemnitzer Hauptbahnhofes untergebracht worden. Es wurden zugeführt: vom Polizeipräsidium Zwickau 73 polnische Juden und Jüdinnen, vom Polizeipräsidium Plauen 57 polnische Juden und Jüdinnen (einschl. 10 Kinder), von der AH. Auerbach 23 polnische Juden und Jüdinnen.

Sämtliche Häftlinge erhielten am 28.10.1938 früh ein Frühstück, bestehend aus Kaffee und je 1 Brötchen. Für Verpflegung während der Fahrt hatten die Juden aus dem Stadtbezirk Chemnitz selbst Sorge getragen, nachdem ihnen vor der Verhaftung Gelegenheit gegeben worden war, sich hiermit zu versehen.
Es war angeordnet worden, dass der zweite Wohnungsschlüssel dem jeweiligen Hauseigentümer bezw. Hausverwalter zu übergeben ist.
Der Transport der Juden aus der Kreishauptmannschaft Chemnitz zum hiesigen Hauptbahnhof erfolgte mittels Kraftwagen.
Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Der Zug verliess 10.20 Uhr den Hauptbahnhof Chemnitz. Transportführer ist der Hauptmann der Schutzpolizei Bölter vom Polizeipräsidium Chemnitz. Die Transportbegleitung besteht einschliesslich des Führers aus 17 Beamten der Schutzpolizei Chemnitz, 20 Beamten der Kriminalpolizeistelle Chemnitz, 13 Beamte der Schutzpolizei Zwickau, 7 Beamte der Schutzpoli-Plauen und 2 Polizeibeamte von Auerbach.
Zum Sanitätsdienst sind 16 Sanitäter von der Sanitätskolonne des DRK in Chemnitz herangezogen und ebenfalls dem Zuge als Begleitung beigegeben worden.
Insgesamt wurden abgeschoben:

329	*poln. Juden und Jüdinnen einschl.*				*44*	*Kinder aus der Khptm. Chemnitz,*
57	*"*	*"*	*"*	*"*	*10*	*" von Plauen*
73	*"*	*"*	*"*			*von Zwickau*
23	*"*	*"*	*"*			*von Auerbach.*
482.						

Von der Gesamtzahl der in der Stadt Chemnitz aufhältlichen polnischen Juden sind 78 % abgeschoben worden.
Der Staatspolizeistelle Oppeln ist nach Abgang des Sonderzuges sofort über die Ankunft des Zuges in Beuthen (20.10 Uhr) und über die Teilnehmerzahl Meldung erstattet worden.
Die aus der Durchführung der Massnahmen entstandenen Kosten sind vorlagsweise aus der Kasse des Polizeipräsidiums Chemnitz gezahlt worden. Die Versiegelung der Wohnungen der abgeschobenen polnischen Juden wird zur Zeit durchgeführt.

(Unterschrift) 456.)

Der Polizeipräsident zu Dresden

11

Postanschrift: Polizeipräsident Dresden-N. 1, Hauptstr.
Fernsprecher: 24111 und 64091 (Ortsverkehr) 24831 (Fernverkehr)
Geschäftszeit: Montags bis Freitags: 8—13 Uhr, Sonnabends: 8—12 Uhr
Postscheckkonto: Dresden Nr. 2253
Girokonto: Stadtgirokasse Dresden Konto Nr. 332 (Sächs. Gemeinden)
Bankkonto: Städtische Girokasse

Abteilung: Ausl.Amt

Aktenzeichen: (In Eingaben und bei Geldsendungen angeben)

zu V A: Z 2/65

Dresden-N. 1, den 28. Oktober 1938
Gabelsberger Str. 7

Der Staatsminister des Innern.
Eing. 27. OKT. 1938
Ministerbüro

An den

Herrn Sächsischen Minister des Innern

D r e s d e n

Dem Herrn Staatsminister des Innern vorgetragen am 29. X. 1938.
In Geschäftsstelle

Zum Funkspruch Dresden Nr. 12 vom 27.10.1938, betr. Schnellbrief des RFSSuChdDtPol. vom 26.10.1938 und zur dortigen Verordnung vom 27.10.1938 - V a: Z 2/65a - hier eingegangen am 27.10.1938 17.30 Uhr - berichte ich, daß die angeordnete Festnahme der polnischen Juden in Dresden in den Spätabendstunden des 27.10.1938 durchgeführt wurde. Die Verhafteten wurden abschnittsweise in geeigneten Lokalen gesammelt und am 28.10.1938 vormittags mittels Mlkw. (35) zum Bahnhof Dresden-Neustadt befördert. Dort wurden sie in dem bereitgestellten Sonderzug, der 13.14 Uhr den Bahnhof in Richtung Görlitz verließ, untergebracht.

Die Zahl der abtransportierten Juden betrug 724 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts und einschließlich der Kinder. Aufenthaltsverbotsverfügungen wurden ihnen behändigt. Soweit letztere Maßnahme nicht bereits in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit vor Verladung des Transports durchgeführt werden konnte, wurden dem Transport 2 Verwaltungsbeamte des Ausländeramtes beigegeben, die während der Fahrt die noch nicht mit Verbotsverfügungen versehenen Personen erfassen und ihnen entsprechende Verfügungen aushändigen werden.

Als Begleitkommando wurden dem Zug beigegeben: 1 Offizier (Leutnant der Schutzpolizei) und 60 Wachtmeister (SB), die zu je drei auf jeden Wagen verteilt wurden.

Die Ankunftszeit des Zuges in Beuthen konnte von der Bahnhofsleitung nicht in Erfahrung gebracht werden, da der Fahrplan nur bis Görlitz feststand und von dort aus erst durch die anschließende Reichsbahndirektion weiter aufgestellt werden konnte.

Pa: Z 2/65.

3000. IV. 38. Druck 139 b.

Unter den insgesamt 724 Juden polnischer Staatsangehörigkeit befanden sich ca. 50 Personen, die im Laufe der Nacht vom 27./28.10.1938 von den Bürgermeistern und Amtshauptleuten des Bereiches der Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen im Polizeipräsidium Dresden eingeliefert worden waren. Zu bemängeln war hierbei, daß die überwiegende Zahl dieser Juden nicht im Besitz von Aufenthaltsverbotsverfügungen sich befand, zum Teil auch überhaupt keine Pässe oder Ausweispapiere bei sich führte und zum Teil auch in den Begleitschreiben namentlich oder zahlenmäßig gar nicht erwähnt wurde. In erstgenannter Hinsicht (keine Verbotsverfügungen) hat am meisten die Sacherledigung durch die Amtshauptmannschaft Pirna zu wünschen übrig gelassen, bei der nach den vorliegenden Berichten der Bürgermeister am 27.10.1938 weder der Amtshauptmann, noch sein Stellvertreter, noch überhaupt ein Beamter der Amtshauptmannschaft zu erreichen gewesen ist, so daß den Bürgermeistern nichts weiter übrig blieb, als die Häftlinge ohne Aufenthaltsverbote dem Polizeipräsidium zu überstellen.

Die Stapostelle Oppeln habe ich durch die Stapoleitstelle Dresden mittels deren Fernschreibens von Abfahrt des Transportes und Zahl der Häftlinge unterrichten lassen.

In Vertretung:

H. Müller. 457.))

Der Oberbürgermeister
der Stadt Mittweida
Meldeamt IV.

Mittweida am 29.Okt.1938

An den Herrn
Sächs. Minister des Innern

Dresden

Im Stadtgebiet Mittweida hielt sich der polnische Staatsangehörige (Jude) Jakob Hochberg, geb. 15. März 1919 in Prag, auf.
Nach Erlass des Aufenthaltverbotes für das Reichsgebiet wurde Hochberg am 27. Okt. 1938, 18.30 Uhr zunächst in die Polizeiwache Mittweida und anschliessend unter Benutzung der Eisenbahn dem Herrn Polizei-Präsidenten in Leipzig zugeführt. Dort erfolgte die Abgabe an den Inspektor vom Dienst am 28. Okt. 1938, 0.05 Uhr.

i.V. i.V.
Bürgermeister [458.)]

Der Polizeipräsident zu Leipzig
A.R.Allg.1100
zu Va: Z 2165

. . . . . .

Leipzig, 29.Okt.1938

An den
Herrn Sächs. Minister des Innern

Dresden

. . . Der Abtransport ist im wesentlichen reibungslos und bis auf einen Todesfall (Frau), Ohnmachtsanfälle und Nervenzusammenbrüche, ohne besondere Zwischenfälle erfolgt.

(Unterschrift) [459.)]

Der Kreishauptmann zu Zwickau
IN VO 91 c/38
zu Va: Z 2165

Zwickau, 29.Okt.1938

An den Herrn Sächs.
Minister des Innern

Dresden

Im Anschluss an meinen Bericht vom 28.d.Mts. und auf die heute fernmündliche Anordnung berichte ich über das Ergebnis der Aktion, betr. Abschiebung der polnischen Juden, abschliessend folgendes:

Im Regierungsbezirk Zwickau waren nach den mir zugegangenen Meldungen der zuständigen Polizeibehörden vorhanden:

In der Stadt Zwickau	*94 polnische Juden*
in der Amtshauptm. Zwickau	*5 polnische Juden*
in der Stadt Plauen	*85 polnische Juden*
in der Amtshauptm. Auerbach (Stadt Falkenstein)	*23 polnische Juden*

Davon sind mit dem Sonderzug nach Chemnitz abgeschoben worden:

aus der Stadt Zwickau	*68*
aus der Amtshauptm. Zwickau	*5*
aus der Stadt Plauen	*58*
aus der Amtshauptm.Auerbach	*18*
zus.	*149*

(Unterschrift) 460.)

Der Oberbürgermeister der Stadt Zittau
als Kreispolizeibehörde –Ausländeramt–

Zittau, 29.10.1938

An den
Kreishauptmann
zu Dresden-Bautzen

in Dresden.

Zu: Rundfunk vom 28.10.1938
Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

1.) *Die Wohnungen der in Abschiebhaft genommenen und am 28.10.1938 früh beim Polizeipräsidium Dresden abgelieferten 22 Juden polnischer Staatsangehörigkeit sind versiegelt worden. Die Schlüssel zu den Wohnungen werden hier verwahrt.*
2.) *Die Polizei ist angewiesen worden, bei ihren Streifen die Wohnungen der abgeschobenen Juden mit im Auge zu behalten.*
3.) *Es wurden in Abschiebungshaft genommen, die Aufenthaltsverbote ausgehändigt und am 28.10.1938 früh beim Polizeipräsidium Dresden abgeliefert 22 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, und zwar:*
7 Männer, 10 Frauen und 5 Kinder.

gez.
Zwingenberger
Oberbürgermeister 461.)

Sächsischer Minister
des Innern
Va: Z 2/65

Dresden, N 6 am 1.Nov.1938

An den
Reichsführer SS und Chef
der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

B e r l i n

Betr.: Aufenthaltsverbot und Abschiebung der Juden polnischer Staatsangehörigkeit

Auf das Fernschreiben vom 27.10.38 -Nue 237033- sind in der Nacht vom 27. zum 28.10.1938 alle in Sachsen ansässigen Juden polnischer Staatsangehörigkeit, bei denen die Voraussetzungen des Fernschreibens vorlagen, soweit sie angetroffen wurden und transportfähig waren, unter gleichzeitiger oder nachträglicher Zustellung des Aufenthaltverbotes in Abschiebungshaft genommen. Sie sind im Laufe des Donnerstags in 6 Sonderzügen, die von Dresden (1), Chemnitz (1), und Leipzig (4) abgelassen wurden, nach Beuthen transportiert worden. Die Staatspolizeistelle Oppeln hat rechtzeitig Abgangsmeldung erhalten. In Marsch gesetzt worden sind insgesamt:

a. aus dem Regierungsbezirk Leipzig	*1.598*
b. aus den Regierungsbezirken Chemnitz und Zwickau	*482*
c. aus dem Regierungsbezirk Dresden	*724*
insgesamt	*2.804 Personen.*

Die Aktion ist im allgemeinen – von einem Todesfall, Ohnmachtsanfällen und Nervenzusammenbrüchen abgesehen – reibungslos und ohne grösseres Aufsehen erfolgt; trotzdem konnte sie bei ihrem grossen Umfange der Bevölkerung nicht verborgen bleiben. Das Verhältnis der Festgenommenen zu den unter die Aktion fallenden Juden ist verschieden. Während z.B. im Bezirke des Polizeipräsidiums Dresden 90 v.H. im Bezirke des Polizeipräsidiums Chemnitz 78 v.H. in Marsch gesetzt werden konnten, waren es beim Polizeipräsidium Leipzig nur reichlich 50 v.H. Letzteres hat seinen Grund darin, dass eine grössere Anzahl Leipziger Juden, besonders aus wohlhabenden Kreisen, rechtzeitig gewarnt worden sind, und sich im Polnischen Konsulat verborgen hielten.

Die Wohnungen der Abgeschobenen habe ich versiegeln und die Wohnungsschlüssel in polizeilichen Gewahrsam nehmen lassen.

In welchem Umfange die Abgeschobenen die polnische Grenze überschritten haben, ist hier nicht bekannt. Nach privaten Meldungen sollen die 407 Insassen des vierten Leipziger Transportes nicht mehr über die polnische Grenze gelassen worden sein. Bemerken möchte ich noch, dass die Oberfinanzpräsidenten Dresden und Leipzig, mit denen ich mich wegen der Regelung der devisen- und steuerrechtlichen Fragen in Verbindung gesetzt habe, über die Aktion von ihrer vorgesetzten Dienstbehörde nicht unterrichtet waren.

Die Aktion hat, wie nicht anders zu erwarten war, viele wirtschaftliche Fragen im Gefolge. So berichtet der Kreishauptmann zu Leipzig folgendes: "In einer ganzen Reihe von Geschäften können die arischen Angestellten und Arbeiter keinen Lohn erhalten, da niemand vorhanden ist, der befugt ist, über das Vermögen zu verfügen. Weiter haben zahlreiche arische Firmen zum Teil sehr erhebliche Forderungen an die Firmen der abgeschobenen polnischen Juden; teilweise ist Arrest angebracht worden, in sehr vielen Fällen ist dies aber noch nicht gelungen oder nicht möglich". Es besteht daher das grösste Interesse an einer umgehenden einheitlichen Regelung. 462.)

Der Reichsstatthalter in Sachsen
– Landesregierung-Staatskanzlei –

Dresden A 1, am 2.11.1938
Schlossplatz 1

Abschriftlich an den Herrn Minister des Innern Dresden N 6, mit der Bitte um Kenntnisnahme und sofortige weitere Veranlassung.

V 552/10 : 10 *(Unterschrift)*

Abschrift **Konsulat der Republik Polen in Leipzig,** *Nr.623. Leipzig. 30.10.1938*

Herrn Reichstatthalter

in D r e s d e n .

Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter,

Im Zusammenhange mit der Reichsausweisung einer grösseren Anzahl polnischer Staatsangehöriger, bitte ich ergebenst Massnahmen treffen zu wollen, dass sämtliche Vermögenswerte, Wohnungen und dergleichen dieser polnischen Staatsangehörigen, behördlicherseits sichergestellt werden.

Über das Geschehene bitte ich mir gefl. Mitteilung zukommen zu lassen.

Mit der Ausdruck vorzüglicher
Hochachtung !

Generalkonsul
gez.
Chiczewski.

3.11.1938.

Abschriftlich an die Herren Kreis- und Amtshauptleute, Polizeipräsidenten und leitende Bürgermeister der Städte m.B.d.u.V.B. zur weiteren Erledigung.

Soweit eine Sicherstellung noch nicht erfolgt ist, ist sie sofort vorzunehmen.

(Unterschrift unleserlich) 463.)

Geheime Staatspolizei
–Staatspolizeileitstelle Dresden–

Zeichen II B 3 1654 / 38

Dresden, 9.Nov.1938
Bismarkstrasse 16/18

An den
Reichsführer SS und Chef
der Deutschen Polizei

Berlin NW 7
Unter den Linden 74

Betr.: Abschiebung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit.
Bezug: Dort. Schnellbrief vom 26.10. und dort. Blitz-FS vom 27.10.38 Nr. 237033 – S.V. 7 2253/38-509-27.

Wie bereits der Herr Sächsische Minister des Innern in seinem Bericht vom 1.11.1938 erwähnt hatte, konnten bei den obengenannten Massnahmen nicht alle in Leipzig wohnenden Juden polnischer Staatsangehörigkeit erfasst werden, da sie zum Teil rechtzeitig gewarnt worden waren und sich im polnischen Konsulat verborgen gehalten hatten.

Die Stapo-Stelle Leipzig teilt mir hierzu weiter folgendes mit:
Der Herr Polizeipräsident in Leipzig hat die an seinem Dienstsitz befindliche Stapo-Stelle von vornherein nicht an der Abschiebungsaktion beteiligt. Er hat es auch für nicht zweckmässig gehalten, noch in der Nacht vom 27. zum 28.10.1938 die Festnahme der abzuschiebenden Juden durchzuführen.

Dadurch ist es gekommen, dass viele Juden bereits in ihrem Geschäft waren und in der Wohnung nicht mehr angetroffen wurden. Ausserdem hat aber der polnische Konsul in Leipzig die Juden gewarnt und sie veranlasst, ihre Pässe zu verbrennen und sich in den Garten des polnischen Konsulates zu begeben. Annehmbar ist ihm aus anderen Städten die Mitteilung von der Festnahme der Juden zugegangen.

(Hierzu ist zu bemerken, dass der Herr Polizeipräsident in DRESDEN in Beachtung des dort. Blitz-FS vom 27.10.1938 die Festnahme der Juden in den Abend- und zeitigen Nachtstunden des 27.10.1938 veranlasst hat.)

Die Stapo-Stelle Leipzig, der durch ihre Überwachungseinrichtungen am 28.10.1938 7.30 Uhr die Massnahmen des polnischen Konsuls bekannt geworden waren, regte sofort bei dem Herrn Kommandeur der Ordnungspolizei in Leipzig und bei dem Leiter des Ausländeramtes des Herrn Polizeipräsidenten in Leipzig an, Gegenmassnahmen zu treffen. So wurde u.a. vorgeschlagen, die Strassen, an denen das polnische Konsulat in Leipzig liegt, abzuriegeln, damit die noch ankommenden Juden sofort in Empfang genommen und zur Bahn gebracht werden konnten. Es ist jedoch von sämtlichen an der Aktion beteiligten Dienststellen abgelehnt worden, hinsichtlich der in das polnische Konsulat gehenden und sich dort aufhaltenden polnischen Juden etwas zu veranlassen. Annehmbar ist nicht einmal eine fernmündliche Anfrage über die Verhaltungsmassregeln bei der dortigen Dienststelle bei dem Geheimen Staatspolizeiamt oder bei dem Herrn Sächsischen Minister des Innern für erforderlich gehalten worden.

Eine Abschrift dieses Berichtet leite ich dem Herrn Sächsischen Minister des Innern zu mit der Bitte, wegen des Verhaltens der beteiligten Dienststellen, soweit sie dem Herrn Sächsischen Minister unterstehen – und wegen des polnischen Konsuls in Leipzig eine Entscheidung zu treffen. Dieser hat nicht nur in diesem, sondern noch in anderen Fällen seine Aufgabe in einer Weise wahrgenommen, die weit über das zulässige Mass einer konsularischen Betätigung hinausgeht.

Im Auftrag:
gez. Dr. Kaufmann, Reg.-Rat. 464.)

Der Polizeipräsident zu Leipzig *Leipzig, den 10.Nov.1938*
AR. All. B8
zu P: Allg. 262 B8, Pkt.4

An den
Herrn Sächsischen Minister
des Innern

an die
Staatskanzlei

Dresden

Auf Verordnung vom 1o.Nov.1938 berichte ich das Nachstehende: Die Rolle, die der polnische Generalkonsul Chiczweski in Leipzig bei der Aktion gespielt hat, ist eine eigenartige.

Da die geplante Aktion – wie hier von polnischen Juden berichtet worden ist – in Halle bereits am 27.Nov. 6.oo Uhr abends eingesetzt hatte, haben die Leipziger Juden hiervon vorzeitig Kenntnis erlangt. Auf ihre Rückfrage bei dem polnischen Konsulat haben sie von diesem die Aufforderung erhalten, sich nebst ihren Familienangehörigen sofort im Konsulat einzufinden. Nach den hiesigen Feststellungen sind im Grundstück des polnischen Konsulates 1296 Personen eingetroffen und dort bis zum 29. Oktober nachmittags geblieben. Das polnische Konsulat hat offenbar die irrige Ansicht vertreten, das Konsulatgrundstück sei exterritorialer Boden.

Auf Antrag des Generalkonsuls Chiczewski ist den polnischen Juden dann am Sonnabend den 29. Oktober, nachmittags gestattet worden nach vorheriger Meldung auf den zuständigen Polizeirevieren unbehelligt in ihre Wohnungen zurückzukehren, mit der Auflage, sich am 1. November zur rechtzeitigen Erfassung im Ausländeramt des Polizeipräsidiums Leipzig zu melden. Dies ist auch geschehen.

(Unterschrift) 465.)

Der Polizeipräsident zu Leipzig *Leipzig, den 10. Nov. 1938*
Va: Z 2168e

Zusatz:

Wie die Staatspolizeistelle Leipzig berichtet hat, hat der polnische Generalkonsul die polnischen Juden, soweit er sie erreichen konnte nicht nur gewarnt und aufgefordert, sich in den Garten des polnischen Konsulats zu begeben, sondern sie auch veranlasst, ihre Pässe zu verbrennen.

i.A. 466.)

Der Polizeipräsident von Chemnitz *Chemnitz, 14.November 1938*
H 3 IV 1

An den
Herrn Kreishauptmann

zu Chemnitz.

Zu Verfügung P III,VO 39/38 vom 10.11.1938 berichte ich, dass von den abgeschobenen polnischen Juden bisher keiner nach Chemnitz zurückgekehrt ist.

Der Abschub ist, soweit hier bekannt, nicht über ordnungsgemässe Grenzübergangsstellen, sondern über die grüne Grenze erfolgt, und zwar von SS- und Schutzpolizeibeamten des Polizeipräsidiums Beuthen, die das Transportkommando des Polizeipräsidiums Chemnitz nach der Ankunft in Beuthen ablösten.

In der Zwischenzeit haben sich hier zwar keine Fragen ergeben, die eine sofortige Entscheidung der Zentralstellen des Reiches nötig machen würden, es sind aber allgemeine Anweisungen sehr erwünscht, insbesonders besteht Interesse zu erfahren, ob voraussichtlich mit einer Rückkehr der abgeschobenen polnischen Juden nicht zu rechnen ist. Hier liegt eine grosse Anzahl von Gesuchen aus Fabrikantenkreisen der Strumpfbranche vor, in denen Lieferungsforderungen in teilweise beträchtlicher Höhe angemeldet werden. Die Fabrikanten weisen in ihren Eingaben darauf hin, dass sie höhere Beträge aus laufenden Warenlieferungen von abgeschobenen polnischen Juden wegen der Schliessung der Geschäfte nicht erlangen können und demzufolge in wirtschaftliche Bedrängnis geraten.

Ebenso ersucht eine grosse Anzahl von Hausbesitzern um Regelung der Mietzahlungen und Freigabe der versiegelten Wohnungen, damit darüber weiter verfügt werden kann. Diese Fragen drängen zu einer Entscheidung. Bisher hat man sich hier auf eine Schliessung und Versiegelung der Wohn- und Geschäftsräume beschränkt und darüber hinaus sich etwa aus einer Verwahrung ergebende Fürsorge-Massnahme für die Erhaltung der Vermögenswerte nicht getroffen. Es sind nur denjenigen Personen die Räume wieder zur Verfügung gestellt worden, die eine Vollmacht nachgewiesen haben.

gez.
Dr. Schulze 467.)

. . . Die Anordnung des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei vom 27.10.1938 über die Abschiebung der polnischen Juden brachte besonders für das Polizeipräsidium Leipzig eine äusserst starke Belastung.

Es mussten über 2000 Aufenthaltsverbote erlassen werden. 1598 Personen, das sind reichlich 50 v.H. der hier wohnenden polnischen Juden wurden in vier Sonderzügen an die Grenze abgeschoben. Am 30.10.1938 ist ein Sonderzug mit rund 300 Personen wieder hier eingetroffen, die die Grenze nicht mehr überschreiten konnten. Von den hier eingetroffenen polnischen Juden stammten insgesamt 164 aus den Städten Saarbrücken, Wiesbaden, Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Köln, Magdeburg und München.
Diese Juden sind zunächst von der jüdischen Gemeinde in deren Jugendheim untergebracht worden. Da das Polizeipräsidium keine Anweisung hatte, wie mit diesen aus anderen Städten eingetroffenen polnischen Juden verfahren werden sollte, ist eine Anfrage beim Reichsführer SS in Berlin gehalten worden. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen. Inzwischen sind diese Juden durch Vermittlung des Sozialamtes und des Polnischen Konsulats bis auf einige Erkrankte nach ihren Wohnorten zurückbefördert worden.

Ein grosser Teil der polnischen Juden war ins Polnische Konsulat geflüchtet und hatte dort Aufnahme gefunden. Auf Befragen haben die dort aufgenommenen Personen erklärt, sie seien vom Konsulat aufgefordert worden, mit ihren sämtlichen Familienmitgliedern dort einzutreffen, da sie sich dann auf „polnischem Gebiet" befänden.

Durch eine Vereinbarung zwischen dem Polizeipräsidenten und dem polnischen Generalkonsul sind die dort anwesenden Personen nach Erhalt einer Bescheinigung am 29.10.1938 wieder nach Hause geschickt worden, mit der Anweisung, sich zu ihrer Erfassung am 1. November 1938 im Ausländeramt des Polizeipräsidiums zu melden. Die Erfassung ist noch nicht abgeschlossen. [468.)]

Durchschlag

Der Polizeipräsident zu Leipzig *(ohne Datum)*
P.K. 3 a

An die
Reichsbahndirektion

Halle / Saale
Tarifbüro

Auf Anweisung des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 27.10.1938 – SV 7 Nr.2255/38-509-27 - musste der sofortige Abtransport von rund 1650 Personen mittels Eisenbahn von Leipzig nach Beuthen (OS) geschehen. Er wurde am Freitag den 28.10.1938 in 4 Sonderzügen vom Hauptbahnhof Leipzig aus durchgeführt.

Durch besonders schwierige Umstände der kurz angesetzten und schnellstens durchzuführenden Aktion war für die einzelnen Transporte nicht die Gewähr gegeben, dass die eiligst bestellten Sonderzüge voll besetzt werden konnten, so dass die erforderliche Mindestzahl von 500 Personen bei keinem der Transporte erreicht wurde.

Die Besetzung der einzelnen Züge war folgende:

Uhrzeit	Erwachsene	Kinder v. 4 - 10 J.	Kinter unter 4 J.	Begleitmannschaft
1.Zug 9.00	*371*	*17*	*22*	*17*
2.Zug 10.55	*423*	*25*	*23*	*17*
3.Zug 12.32	*356*	*19*	*27*	*17*
4.Zug 20.02	*344*	*38*	*25*	*16*
Zusammen:	*1.464*	*99*	*97*	*67*

Für jeden Transport von Leipzig nach Beuthen (OS) wurden vom Polizeipräsidium Leipzig an die Bahnhofskasse Leipzig-Hauptbahnhof 4.325 RM. Transportkosten bezahlt, da geltend gemacht wurde, dass die Mindestgebühr für 500 Personen a 8.65 RM zu entrichten sei, das sei bei 540 km = 40 % des vollen Fahrpreises.

Da hiernach die Gesamtkosten von 17.300 RM im Vergleich zu den beförderten Personen ausserordentlich hoch sind, bitte ich um Nachprüfung und entsprechende Herabsetzung der Transportkosten sowie um Anweisung zur Rückzahlung des in Frage kommenden Betrages.

gez.
Stollberg. [469.)]

Deutsche Bundesbahn
Reichsbahndirektion Halle/S.

Halle/Saale, den 22.11.1938.
Thielenstraße Nr. 2

An den
Herrn Polizeipräsidenten Leipzig

Leipzig C – 4

Betr.: Sonderzüge am 28.10.1938 von Leipzig nach Beuthen (OS).

Unter Bezug auf unseren fernmündlichen Vorbescheid teilen wir ergebendst folgendes mit: 60% Fahrpreisermässigung gewährt der Tarif nur bei Mindestbezahlung für 500 Personen. Bei geringerer Beteiligung beträgt die Ermässigung 50%. In diesem Falle erhöht sich der Fahrpreis von 8.65 RM auf 10.80 RM. Bei dem 2. Sonderzuge ist es für Sie vorteilhafter, wenn Sie den billigen Fahrpreis für 500 Personen an Stelle des teuren für die wirkliche Teilnehmerzahl bezahlen. Die Fahrtkosten stellen sich dann wie folgt:

Zug:	Erwachsene	Kinder 4 – 10J	Begleiter	Gesamtteiln.	Fahrpreis 50%einz.	60%ganz.	Fahrkarten-St.	zu zahlen
1.	*371*	*17*	*17*	*396 1/1*	*10.80*	*4282.20*	*216.00*	*4.066.20*
2.	*425*	*25*	*17*	*452 1/1*	*–*			

Zug:	Erwachsene	Kinder 4 – 10J	Begleiter	Gesamtteiln.	Fahrpreis 50%einz.	60%ganz.	Fahrkartensteuer	zu zahlen
1.	*371*	*17*	*17*	*396 1/1*	*10.80*	*4.282.20*	*216.00*	*4.066.20*
2.	*423*	*25*	*17*	*452 1/1*	*– 8.65*	*4325.–*	*–*	*4.325.–*
3.	*326*	*19*	*17*	*352 1/1*	*10.80*	*3807.–*	*216.00*	*3.591.–*
4.	*344*	*38*	*16*	*379 1/1*	*10.80*	*4093.20*	*216.–*	*3.877.20*
						16507.40	*648.–*	*15.859.40*

Hierzu bemerken wir noch, dass Kinder unter 4 Jahren auch in Sonderzügen frei befördert werden. Das Fahrgeld für den 2. Zug wurde für die wirklichen Teilnehmer mit nur 50% Ermässigung zum Einzelpreise von 10.80 RM unter Gewährung von 25 Freikarten 4617.– RM betragen.

Es stellt sich somit bei Bezahlung für mindestens 500 Personen zum um 60% ermässigten Preise billiger. Freikarten kommen jedoch dann nicht in Betracht, wenn nur die Mindestgebühr bezahlt wird. Den nach obiger Rechnung zuviel bezahlten Betrag von 17.300,– bis 15.859.40 RM = 1.440.60 RM lassen wir Ihnen umgehend durch die Fka Leipzig Hbf. zurückzahlen.

gez.
von Altrock.

Beglaubigt:
gez. Riebeck. RO.I 470.)

Antwort des Polizeipräsidenten Leipzig: (Auszug)

Der Polizeipräsident
zu Leipzig

Leipzig, den 26.Nov.1938

An den
Kreishauptmann

in Leipzig

... Der Vertreter des abwesenden Leiters der Stapo-Stelle Leipzig hat mich auf dieses Fernschreiben für dessen weitere Bearbeitung er sich bei genaueren Durchlesens niemals für zuständig halten konnte, zunächst mit Schnellbrief vom 27.10.1938 unter "eilt sehr" ersucht, ihm sofort sämtliche polnische Juden, die im Besitz eines polnischen Passes seien, namentlich mit Wohnung anzugeben.

Weiter hat er etwa um 13.00 Uhr zu meinem Ausländeramt den bei der Staatspolizeileitstelle beschäftigten Assessor Schindhelm mit 2 Beamten der Stapostelle gesandt, um die Karteien über die polnischen Juden abzuholen. Bei dieser Gelegenheit hat Assessor Schindhelm dem Ausländeramt die Abschrift des Fernschreibens unter 2.) angekündigt.

Kurz vor 16.00 Uhr hat der Vertreter des Leiters der Stapostelle im Dienstzimmer meines Stellvertreters vorgesprochen und ihm eine Abschrift des Blitz-FS mit dem Bemerken ausgehändigt, dass der Polizeipräsident für die Durchführung der Massnahmen zuständig sei. Dieser hat daraufhin den Leiter des Ausländeramtes sofort fernmündlich die nötigen Weisungen erteilt.

Das Ausländeramt hat von der Stapostelle nach wiederholter Anmahnung die dem Assessor Schindhelm ausgehändigten Unterlagen (Karteien usw.) erst gegen 17.00 Uhr zurückerhalten.

Es ist somit eine falsche Auslegung des Blitz-Fernschreibens durch die Beamten der Stapo in der Zeit vom Eingang des Blitz-FS bei ihr um 12.45 bis 17.00 Uhr verloren gegangen.

Dass durch diesen Zeitverlust meine Massnahmen wesentlich verzögert wurden, ist selbstverständlich. Die Schuld hieran tragen ausschließlich die Beamten der Stapostelle Leipzig.

So konnten die erforderlichen Aufenthaltsverbote erst gegen 18.00 im Druck fertiggestellt und trotz Einsatzes sämtlicher Beamten des Ausländeramtes nach Eintragen der Anschriften der polnischen Juden und Verteilung auf die einzelnen Schutzpolizeireviere dem Kommando der Schutzpolizei erst kurz nach 21.00 Uhr zur Zustellung und Inhaftnahme der Betroffenen zugeleitet werden.

Wer die Leipziger Verhältnisse kennt, weiss dass eine Festnahme der Juden ab 21.00 Uhr unzweckmässig gewesen wäre. 4 Stunden früher hätten die Juden in ihren Geschäften und Büros gefasst werden können. Um 21.00 Uhr waren sie aber in der grössten Mehrzahl noch unterwegs oder in Kaffeehäusern und Gastwirtschaften. Es musste ihnen daher Zeit gelassen werden, möglichst in ihre Wohnungen zurückzukehren.

Dem Kommando der Schutzpolizei wurde daher aufgetragen, schlagartig gegen 6.00 Uhr am 28.10.1938 die Zustellung der Aufenthaltsverbote und die Inhaftnahme vorzunehmen.

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass weder der Funkspruch zu 1.) noch das Blitz-Fernschreiben zu 2.) eine genaue Zeit für die Zustellung der Aufenthaltsverbote und der Inhaftierungen vorsahen, den Zeitpunkt für die Durchführung dieser Massnahmen also in mein pflichtmässiges Ermessen stellten.

Dass, wie nach der Durchführung der Aktion festgestellt wurde, die Juden durch das polnische Konsulat gewarnt worden waren, konnte ich bei Anordnung meiner Massnahmen nicht voraussehen.

Ich hatte an der Beteiligung an der Aktion am 28.10.1938 6.00 Uhr vormittags Beamte der Sicherheitspolizei der Kriminalpolizei Leipzig, falls die mir zur Verfügung stehenden Beamten der Schutzpolizei nicht ausreichen sollten, vorgesehen, habe also insoweit auch dem Blitz-FS unter 2.) nach dem Kräfte der Sicherheitspolizei hinzuzuziehen wären, Rechnung getragen.

Wenn die Stapo-Stelle Leipzig sich an der Abschiebeaktion mit eigenen Beamten hätte beteiligen wollen, so hätte sie jederzeit die Möglichkeit gehabt mit einem entsprechenden Anerbieten, dass ich niemals abgelehnt hätte, an mich heranzutreten. Dies hat sie nicht getan. Es ist deshalb ihr Vorwurf in dieser Richtung gänzlich unbegründet. Ausserdem ist mir bekannt, dass die Stapo-Stelle unter dem Mangel an Beamten zu leiden hat. Es war deshalb verständlich, dass ich, um sie zu entlasten, Beamte einer anderen Sicherheitspolizeidienststelle, in diesem Falle die Kriminalpolizeistelle Leipzig, mir zur Unterstützung bereitstellen liess.

Was weiter die Bemerkung in dem Bericht der Stapo-Stelle Leipzig, dass ich es nicht für zweckmässig gehalten hätte, noch in der Nacht vom 27./28. Okt. die Festnahmen durchzuführen, und dass ich die Nacht hätte verstreichen lassen, anbelangt, so enthält sie für mich den Vorwurf der Nachlässigkeit, zeiht mich mit anderen Worten einer Pflichtverletzung, wenn nicht mit ihnen vielleicht sogar meine Unfähigkeit zur Durchführung besonderer Massnahmen angedeutet werden soll.

Hiergegen möchte ich schärfste Verwahrung einlegen. Es wäre richtiger gewesen, wenn die Stapo-Stelle zugegeben hätte, dass sie mich durch falsche Auslegung des Blitz-Fernschreibens – vergl. Ziffer 2. – bei der Inangriffnahme der mir aufgetragenen Massnahmen um rund 4 Stunden gebremst hat.

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass in Leipzig nach der Kartei des Ausländeramtes insgesamt **3364 Juden** *polnischer Staatsangehörigkeit gemeldet sind, und zwar* **1299** *männliche,* **1356** *weibliche und* **719** *Kinder.*

Ich habe 1652 Aufenthaltsverbote erlassen. Dies ist die Zahl der von mir ermittelten Haushalte. An die Haushaltsangehörigen selbst habe ich keine Aufenthaltsverbote gesondert hinausgehen lassen.

Abgeschoben sind in Sonderzügen insgesamt **1597** *polnische Juden, mithin* **ca. 50%** *der in Leipzig gemeldeten Juden polnischer Staatsangehörigkeit. Bei der Bewertung dieser Zahl ist davon auszugehen, dass nur Juden mit gültigen Pässen abgeschoben werden konnten, und dass eine grössere Anzahl von Personen auszuscheiden hatte, da sie nicht reisefähig war.*

Weiter wird in dem Bericht der Stapo-Stelle Leipzig erwähnt, dass sie, nachdem ihr am 28. 10. 7.30 Uhr die Massnahmen des polnischen Konsulates bekannt geworden waren, sofort bei dem Kommandeur der Schutzpolizei in Lzg. und bei dem Leiter meines Ausländeramtes angeregt haben, Gegenmassnahmen zu treffen, und dass von ihr vorgeschlagen worden sei, die Strassen in denen das polnische Konsulat in Leipzig liegt, abzuriegeln, damit die noch ankommenden Juden sofort in Empfang genommen und zur Bahn gebracht werden könnten.

Der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Basset und der Leiter des Ausländeramtes, Reg.-Rat Freiherr v. Zschinsky, haben nur gemeldet, dass bei ihnen ein derartiger Aufruf nicht erfolgt sei. Hieran zu zweifeln, liegt für mich kein Anlass vor. Es wird in dieser Richtung wohl ein Irrtum der Stapo-Stelle Leipzig vorliegen.

Infolgedessen trifft es auch nicht zu, dass von „sämtlichen an der Aktion beteiligten Dienststellen abgelehnt worden sei, hinsichtlich der in das polnische Konsulat gehenden und sich dort aufhaltenden polnischen Juden etwas zu veranlassen".

Ebenso entfällt damit auch der weitere Vorwurf, dass es nicht für erforderlich gehalten worden sei, eine fernmündliche Anfrage über etwa zu ergreifende Massnahmen an die vorgestellte Dienststelle zu richten.

Ich möchte nur in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass polizeiliche Massnahmen gegen die sich im polnischen Konsulat aufhaltenden Juden, wie sie von der Stapo-Stelle Leipzig angeregt worden sein sollen, zu unerwünschten aussenpolitischen Folgerungen hätten führen müssen. Ich glaube kaum, dass eine Reichsstelle mir die Genehmigung zu einer derartigen Massnahme gegeben hätte.

Über das Verhalten des polnischen Generalkonsuls Chiczewski habe ich dem Herrn Kreishauptmann auf die Verordnung des Herrn Sächsischen Minister des Inneren, Va Z 2165 vom 10. Nov. 1938 am 10. Nov. 1938 zu dem Geschäftszusatz P. Allg. 2621/38 berichtet. Ich glaube, mich auf einen Hinweis auf diesen Bericht beschränken zu können.

Es ist sehr zu bedauern, dass die Stapo-Stelle Leipzig in dem Berichte Behauptungen aufstellte, die den wahren Tatsachen nicht Rechnung tragen und die geeignet sind, meinem dienstlichen Ansehen und das meiner Mitarbeiter zu schädigen.

gez.
Der Polizeipräsident
zu Leipzig[471.)]

Oberbürgermeister
der Stadt Meissen

Meissen, 28.11.1938

An den
Sächsischen Minister
des Innern

Dresden

Mit Bezug auf den Schnellbrief des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren wird angezeigt, dass sich in der Stadt Meissen 7 polnische Juden (jetzt staatenlos), die keine polnischen Pässe mehr besitzen, weil ihnen ihre Pässe aus sonstigen Gründen (3b) von den polnischen Konsulaten abgenommen oder nicht verlängert worden sind, aufhalten.

Ausser diesen sind hier keine polnischen Juden wohnhaft. (1-3a)

gez.
Oberbürgermeister[472.)]

Der Bürgermeister
der Stadt Leißnig
Reg. Pol.-A. 202 124
zu VA: Z 2169

Leißnig, **30. Nov. 1938**

An den Herrn
Sächsischen Minister des Innern

Dresden

Die polnische Jüdin Itka verehelichte Urbach, geb. 23. 12. 1907 in Lodz, wohnhaft Leißnig, Obermarktgasse Nr. 4 ist im Besitze eines gültigen Passes.

Der polnische Pass ist vom Konsulat in Leipzig am 30. 1. 1934 ausgestellt und hat Gültigkeit bis zum 29. Januar 1939. Ein Kontrollvermerk war nicht eingetragen.

Frau Urbach ist aufgefordert worden, sich diesen Kontrollvermerk (Jude) baldigst zu beschaffen.

Der Ehemann, der Händler Chil Urbach, geb. 15. 3. 1900 in Dzialoszyna/Polen, besass nach hiesigen Unterlagen die polnische Staatsangehörigkeit bis zum 4. 12. 1926 und ist seit dieser Zeit staatenlos. Er ist im Besitz eines Fremdenpasses, ausgestellt von mir unterm 22. 2. 1928. Der Pass läuft am 21. 2. 1939 ab.
Die Eheleute Urbach besitzen folgende Kinder:
Ruth Urbach, geb. 21. 2. 1939 in Leissning und Hermann Urbach, geb. 7. 10. 1936 in Leissning.

(Unterschrift) [473.)]

Der Amtshauptmann
zu Chemnitz

Chemnitz, 30. November 1938

An den
Sächsischen Minister
des Innern

Dresden

Aufstellung über die in meinem Bezirke noch aufhältlichen polnischen Juden, welche ich auf die einzelnen Ziffern wie folgt verteile:

Rubinstein, Salomon, geb. 10. 9. 1875 in Pilizy, wohnh. Siegmar-Schönau Kleinberg geb. Schröder, Marianne Dora, geb. 3. 11. 1906 in Chemnitz, wohnh. Chtz. Ehemann ist mit ausgewiesen worden.

Malter, Ernst, geb. 22. 8. 1892 in Stanislawow, wohnh. Oberfrona
Malter, geb. Thümmler, Elsa Frieda, 2. 4. 1899, wohnh. Chtz.
Malter, Lisa Alsa, 24. 9. 1924 in Russdorf.
Malter, Elsa Ruth, 21. 9. 1928 in Russdorf.
Malter, Ernst, Günther, 9. 4. 1935 in Oberfrona.

Die Obengenannten sind aufgefordert worden, sich umgehend den Kontrollvermerk auf Grund der Verordnung vom 6. Oktober 1938 zu beschaffen.

Der Amtshauptmann
(Unterschrift unleserlich)
Regierungsrat. 474.)

Der Polizeipräsident
zu Chemnitz

Chemnitz, 1.Dezember 1938

Zu MVO v. 26.11.1938
Va: Z 2169 s – übersende ich beiliegende Liste der zur Zeit noch im Stadtbezirk Chemnitz gemeldeten polnischen Juden.

Die Zahl der hier aufhältlichen polnischen Juden beträgt nach den Listenaufstellungen einschliesslich Kinder 98. Hinzu kommen noch 45 hier wohnhafte polnische Juden, die angegeben, ihre Reisepässe dem polnischen Konsulat in Leipzig entweder zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer oder zur Anbringung des Kontrollvermerkes eingeschickt haben.

4 polnische Juden halten sich zur Zeit geschäftlich bezw. besuchsweise im Auslande auf. Ihre Pässe enthalten keinen Kontrollvermerk.

Ich habe die noch hier aufhältlichen polnischen Juden aufgefordert, sich umgehend in den Besitz eines Kontrollvermerkes durch das polnische Konsulat zu setzen.

(Unterschrift) 475.)

Der Bürgermeister
– Polizeiamt –
Reg. Nr. 11.1938
zu Va: Z 2169e

Waldheim, 1.Dez.1938

An den
Herrn Sächsischen Minister d.Innern

Dresden

Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

Im Stadtgebiet Waldheim sind ausser den nachverzeichneten, im hiesigen Zuchthaus einsitzenden reichsverwiesenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit nicht wohnhaft.

Diwald, Fischel, gen.Philipp, Handelsmann, geb.25.5.1881 in Czernelica/Polen, letzter Wohnort Leipzig C1, Raustädter Steinweg 49a, Entlasstag 29.7.1939. Besitzt bis September 1938 gültig gewesenen Reisepass, ausgestellt vom Polnischen Konsulat Leipzig.

Syska, Albert, geb.12.10.1906 in Hoszow/Polen, Entlasstag: 2.12.1939, alter polnischer Pass ist angeblich verloren gegangen, neuer zwar beantragt, aber nicht erteilt worden.

Lemer, Calel, Arbeiter, geb. 15.11.1913 in Pocanice/Polen, letzter Wohnort Berlin, Schönhauser Allee 31, Entlasstag: 24.2.1940. Besitzt bis zum 26.1.1937 gültig gewesenen polnischen Pass, ausgestellt vom poln. Generalkonsulat Berlin.

(Unterschrift) 476.)

Der Oberbürgermeister
der Stadt Döbeln
P III 1.28. zu Va: Z 2169

Döbeln, 30.11.1938

An den Herrn
Kreishauptmann zu Leipzig

Auf die Verordnung vom 26.Nov.1938 berichte ich, dass hier die polnischen Juden, die minderjährigen Karl Glasberg, geb. 26.4.1922 in Döbeln,
Ruth Glasberg, geb. 27.12.1924 in Döbeln

polizeilich gemeldet sind. Beide halten sich zum Schulbesuch überwiegend in Berlin bei ihrem Vormund Dr. Gutherz, Berlin W 50, Augsburgerstrasse 33 auf.

Karl Glasberg besitzt einen am 19. Juni 1937 vom polnischen Konsulat in Leipzig ausgestellten, bis zum 18. Juni 1940 gültigen Pass.

Ruth Glasberg besitzt noch keinen Pass. Die Eltern der Kinder Glasberg sind verstorben.

(Unterschrift) 477.)

Der Sächsische Minister des Innern

Dresden, 3.12.1938

An den
Reichsführer SS und Chef der dt. Polizei
im Reichsministerium des Innern

B e r l i n

Zu: S.V.7. Nr.2390/38-509-27
Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

In den sächsischen Regierungsbezirken halten sich folgende Juden polnischer Staatsangehörigkeit auf:

1.) *Polnische Juden, die vor dem 29.10.1938 durch polnische Auslandsvertretungen gültige Pässe erhalten haben, mit Kontrollvermerk* **167**, *ohne Kontrollvermerk* **1.490**.
2.) *Polnische Juden mit gültigen Pässen, die von polnischen Inlandsbehörden ausgestellt sind =* **2**.
3.) *Polnische Juden, die keine Reisepässe besitzen, weil ihnen aus sonstigen Gründen die Passausstellung vom Polnischen Konsulat verweigert worden ist =* **314** *(Kinder 69).*

Dazu kommen 49 polnische Juden, deren Pässe infolge Abwesenheit nicht nachgeprüft werden können.

3 polnische Juden sitzen im Zuchthaus Waldheim ein.

(Unterschrift) 478.)

Der Reichsstatthalter in Sachsen
– Landesregierung-Staatskanzlei –

Dresden, 5.12.1938

Funkspruch SSd Berlin Nr. 31

Auf ausdrücklich höchsten Befehl haben bis auf weiteres alle Massnahmen in der Judenfrage, insbesonders Anordnungen auf Grund der Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit vom 28.11.1938 zu unterbleiben, soweit sie nicht auf ausdrücklichen Weisungen der Reichsregierung beruhen.

Desgleichen sind alle Veröffentlichungen über bereits angeordnete oder beabsichtigte Massnahmen zu unterlassen.

Nähere Richtlinien werden demnächst bekanntgegeben.

Der Reichsminister des Innern
gez.
(Dr.Frick) 479.)

Der Sächsische Minister des Innern *Dresden am 6.Dez.1938*
Va Z 2170a

An den
Reichsführer SS und Chef
der Deutschen Polizei
im Reichsminist. des Innern

Berlin NW 7

Betr.: Abschiebung der polnischen Juden am 27./28.10.1938

Mit meinem Bericht vom 24. Nov. 1938 –Va Z 2165– bat ich um baldmöglichste Entscheidung in einem Falle, in dem der arische Gläubiger eines abgeschobenen polnischen Juden die Zwangsvollstreckung in dessen Wohnungseinrichtung betreiben wollte.

Diese Fälle haben sich in der Zwischenzeit gehäuft. Die Gerichtsbehörden, die bisher zu einem gewissen Stillhalten veranlasst werden konnten, gehen jetzt dazu über, ohne Rücksicht auf die von mir vorsorglich veranlasste Versiegelung der Wohnungen Pfändungen in die Wohnungseinrichtungen vorzunehmen. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass sie beim Vorliegen der nach der Zivilprozessordnung vorgeschriebenen Voraussetzungen die Zwangsvollstreckung nicht verweigern können.

Ich sehe in dieser Entwicklung die grosse Gefahr eines allgemeinen "Run" auf die verlassenen Wohnungen. Die Polizeibehörden haben meines Erachtens keine rechtliche Möglichkeit das Vorgehen der Gerichtsbehörden zu unterbinden. Die Erhebung der sogenannten Drittwiderspruchsklage des § 771 ZPO wird, da in der vorsorglichen polizeilichen Sicherung des Vermögens ein „die Veräusserung hinderndes Recht" nicht erblickt werden kann, nicht zum Erfolg führen. Die etwaige Zwangsversteigerung des Vermögens der abgeschobenen Juden bringt die Gefahr erheblicher Schadenersatzansprüche mit sich, da die Wohnungseigentümer mit Recht behaupten werden, dass sie, falls ihnen die Möglichkeit gegeben worden wäre, die Forderung beglichen und dadurch den mit einer Zwangsvollstreckung verbundenen Schaden vermieden hätten. Diese Schadenersatzansprüche sind um so eher zu erwarten, als der polnische Generalkonsul in Leipzig die Sächsische Landesregierung ausdrücklich um Sicherstellung des jüdischen Vermögens ersucht hatte. Die Durchführung derartiger privater Zwangsversteigerungen bringen weiter die Gefahr mit sich, dass Forderungen der öffentlichen Hand benachteiligt werden.

Ich kann nur immer wieder darauf hinweisen, dass auch im übrigen die Zahl der einer sofortigen Lösung bedürftigen Fragen von Stunde zu Stunde anwächst und dringend darum bitten, den Verwaltungsbehörden nunmehr Weisungen zu erteilen. Eine einzelne Anfrage einer Speditionsfirma aus Zittau, die als typisch angesehen werden kann, füge ich mit der Bitte um Rückgabe und Anweisung bei.

(Unterschrift) 480.)

Mit: 1 Aktenvorgang Va: Z 2170a

Berichtsbeilagen für Regierungspräsident Dresden
Va: Z 2168 a.

Darlehensforderung der Frau Lina Schöler aus Zittau
an die Jüdin Rosa Hornik / Zittau

2168 b. Mietzinsforderung der Alwine verw. Friemelt / Zittau
an die Familie Mandelbaum / Zittau.

2168 c. Mietzinsforderung des Albert Wunderlich / Zittau
an Natan Rosenzweig / Zittau

2168 d. Schreiben der Baugesellschaft Dresden wegen der Wohnungen
von Bienenstock, Hejnochowicz, Jucht, Rottenstreich / Dresden.

2168 g. Mietforderung der Helene Borsutzki / Heidenau
an Familie Goldstein / Heidenau.

2169 Schreiben des Paul Gessner / Dresden
in der Wohnungsangelegenheit Josef Walter / Dresden.

2169 c. Schreiben des G. Pindos / Dresden
wegen der Wohnung des Samuel Liptscher / Dresden.

2169 g. Mietforderung der Wally Hoscher / Zittau
an Mac Rosenzweig / Zittau.

2169 h. Eingabe des Fritz Goldstein / Heidenau
wegen Freigabe seines Eigentums.

2170 a. Forderungen des Julius Zeitler / Seifhennersdorf
an Rosa Hornik / Zittau.

2170 b. Forderung der Firma Börner und Brummer / Lucka
an Rosa Hornik / Zittau.

2170 g. Anfrage des Finanzamtes Zittau
wegen Familie Phillip Rosenzweig / Zittau

2171 Vornahme gerichtlicher Pfändungen
in polizeilich versiegelten Wohnungen in Dresden.

2171 c. Ersuchen des Emil Bachmann / Zittau
um Freigabe einer dem Max Rosenzweig / Zittau, zur Probe gelieferten Nähmaschine.

2171 e. Eingabe der Liba Lenkiewicz / Dresden,
wegen Freigabe der Wohnung ihrer Schwester, Perla Frieda Wachsmann / Dresden.

2172 d. Erinnerung des Julius Zeitler / Seifhennersdorf.

2172 f. Forderung des Finanzamtes Zittau
an Rosa Hornik / Zittau.

2172 h. Forderung der Firma Schneller und Schmieder in Berlin
an Rosa Hornik / Zittau.

2172 i. Schreiben des Lokalrichters Oskar Müller in Dresden
in der Wohnungssache des Wolf Przepiorka / Dresden.

2172 k. Eingabe von JKt Dr. Lehmann / Dresden
wegen der Wohnungen von Schänker und Schiffner / Dresden. 481.)

Bauverein Gartenheim GmbH *Dresden A 1, den 8.Dez.1938*

An das
Polizeipräsidium
–Auslandsabteilung–

Dresden A 1
Schiessgasse

Auf unser Schreiben vom 25. November 1938 haben wir bis heute noch keine Antwort erhalten. Wir erinnern daher hiermit an dieses und bitten bei Ihrer Entschliessung um Beachtung folgender Punkte:

1. *Die Kündigung der Wohnung des Genannten und der Weitervermietung derselben war durchgeführt und dem Grünbaum bekannt, bevor die Regierungsmassnahmen eintraten. Der Wechsel würde, wenn Grünbaum noch ortsanwesend wäre, spätestens am 16. ds.Mts. stattfinden. Eine freiwillige oder zwangsweise Abwesenheit des Grünbaum darf die Erledigung des Vorganges nicht aufhalten.*
2. *Seine, wie wir schon mitteilten arische Schwiegermutter kann Schreiben des Grünbaum bezw. seiner Frau vorlegen, aus denen hervorgeht, dass das Verhältnis zwischen ihr und den Grünbaums nicht gegensätzlich ist. Sie wird den Grünbaums nicht nachteilig sein und ist daher als Vertrauensperson anzusehen.*
3. *Die Schwiegermutter zahlt laufend die Miete und ist von dem Tage der Abwesenheit der Eheleute Grünbaum ab, ernstlich bemüht und jeden Tag auch bereit, die Räumung der Wohnung vorzunehmen, schon um keine weitere Miete entstehen zu lassen.*
4. *Als Nachweis über Vertrauenswürdigkeit ist schliesslich auf die Tatsache, dass sie bei Entfernung eines polnischen Juden aus dem Grundstück Stephanienstrasse 19, in dem die Frau Kötz wohnt, die Schlüssel der Wohnung dieses Juden von der Polizei damals übergeben erhalten hat.*
5. *Frau Kötz ist, wie wir schon erklärten, bereit die Möbel auf einen Speicher zu bringen, wo sie ebenfalls polizeilich gesichert werden können.*

   Die Sicherheit für irgendwelche Ansprüche, die gegen Grünbaum gestellt werden könnten sich auch darin ergeben, dass Grünbaum eine Beteiligung von RM 900,– bei stehen hat, die im Frühjahr 1939 an ihn rückzahlungsfähig wird.

Soweit die Darstellung, die die Eheleute Grünbaum angeht. Das wesentliche Moment, dass uns veranlasst um die planmässige vorbereitete Durchführung dieser Angelegenheit bemüht zu sein ist, dass der im Zusammenhang mit dieser Wohnungsvermietung stattzufindende Auszug der Frau Charlotte verw. Wagner aus der Wohnung Brucknerstrasse 11 spätestens am 31.12.1938 vorgenommen werden muss.

(Unterschrift) 482.)

Der Sächsische Minister
des Innern

Dresden, 31.Dezember 1938

An den
Reichsführer SS und Chef der dt. Polizei
im Reichsministerium des Innern

Berlin NW 7
Unter den Linden 74

Nachdem meine bisherigen Berichte vom 1.11., 2.11., 24.11., 6.12. und 9.12.1938, in denen ich dringend um Richtlinien für die Bearbeitung der aus der Abschiebeaktion sich ergebenden wirtschaftlichen Fragen gebeten hatte, unbeantwortet geblieben sind, muss ich auf folgendes hinweisen:

Die von mir angeordnete Versiegelung der Wohnungen und teilweise auch der Geschäftsräume der abgeschobenen Juden hatte den Zweck, vermeidbare Schadenersatzansprüche der ausgewiesenen Juden und der polnischen Regierung dem Reich zu ersparen. Derartige Ansprüche waren umsomehr zu erwarten, als der polnische Generalkonsul in Leipzig sie bereits grundsätzlich angemeldet hatte. Die Sicherstellung der Räume ist von Ihnen bisher weder gebilligt noch missbilligt worden. Sie verursacht von Woche zu Woche wachsenden Schaden für die arischen Gläubiger der abgeschobenen Juden, einen Schaden, den ich nicht mehr verantworten kann. Bei den Polizeibehörden und mir häufen sich die dringlichsten Beschwerden zu Bergen. Die einfachen Fälle, in denen Schulden der abgeschobenen Juden nicht oder kaum bekannt waren, werden von Tag zu Tag komplizierter, schon dadurch, dass die Abgeschobenen ihre laufenden Wohnungsmieten natürlich nicht bezahlen, die Mietsteuer vom Vermieter andererseits abgeführt werden muss. In vielen Fällen sind bereits Schadenforderungen von Rechtsanwälten, die die Belange der geschädigten Volksgenossen vertreten, geltend gemacht worden. Mit Schadenersatzprozessen gegen das Reich ist in Kürze zu rechnen. Ich habe mich bisher nicht für befugt gehalten, die Wohnungen leerstellen zu lassen, soweit nicht beglaubigte Vollmachten der Wohnungsinhaber vorlagen.

Da ich aber, wie gesagt, den gegenwärtigen Zustand nicht mehr verantworten kann, beabsichtige ich nunmehr, am 10. Januar 1939 den Polizeibehörden die Erledigung der durch die Abschiebungsaktion aufgeworfenen Fragen freizugeben. Ich werde dabei unterstellen, dass keiner der abgeschobenen Juden ins Deutsche Reich zurückkehrt und anordnen, dass lediglich die Belange der betroffenen deutschen Volksgenossen zu berücksichtigen sind, dass also insbesonders auf etwaige Schadenersatzansprüche der Abgeschobenen und der polnischen Regierung nicht mehr Rücksicht zu nehmen ist. Den Gerichtsvollziehern werde ich die Zwangsvollstreckung in das Vermögen der Abgeschobenen freigeben und die Wohnungen, soweit das von den Vermietern gewünscht wird, und der Polizei Kosten dadurch nicht entstehen, räumen lassen.

Ich darf um Rückgabe der Einzelfälle bitten.

(Unterschrift) [483.]

Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Berlin, ? 1939

An den Sächsischen Minister
des Innern

Dresden

(Antwort u.a.)... dass zur Zeit davon abzusehen ist, einzelnen polnischen Juden, die abgeschoben worden sind, die Rückkehrerlaubnis zur Abwicklung ihres Vermögens zu erteilen. Ausnahmen könnten lediglich dann in Einzelfällen zugelassen werden, wenn die Ausreise nach Übersee unmittelbar bevorsteht. In diesen Fällen müsste jedoch die alsbaldige Wiederausreise aus dem Reichsgebiet überwacht werden.[484.)]

Auswärtiges Amt
Pol. V 8866

Berlin W8, den 5.1.1939
Wilhelmstrasse 74/76

An den Herrn Reichsstatthalter in Sachsen
Landesregierung Dresden A 1

Auf Schreiben vom 28. Nov. 1938, III 34213-6.
Betr.: Verhalten des polnischen Generalkonsuls Chiczewski in Leipzig während der Ausweisungsaktion gegen Juden poln. Staatsangehörigkeit Ende Oktober 1938.

Das in dem nebenbezeichneten Schreiben dargestellte Verhalten des polnischen Generalkonsuls in Leipzig, Chiczewski, während der Ausweisungsaktion gegen die in Leipzig ansässig gewesenen polnischen Staatsangehörigen jüdischer Rasse ist vom Auswärtigen Amt der hiesigen Polnischen Botschaft gegenüber nachdrücklich zur Sprache gebracht worden. Seitens der Botschaft wurde erwidert, dass sie Generalkonsul Chiczewski unverzüglich zu Bericht auffordern werde, sie nähme jedoch schon jetzt an, dass der Generalkonsul Warnungen oder Aufforderungen des behaupteten Inhalts an in seinem Amtsbezirk ansässig gewesene polnische Staatsangehörige jüdischer Rasse nicht habe ergehen lassen, sondern dass diese von sich aus an das Generalkonsulat herangetreten seien und sich auch aus eigenem Entschluss auf das Grundstück des Generalkonsulats begeben hätten. Weitere Mitteilung bleibt vorbehalten.

i.A.
(Unterschrift) [485.)]

Schweizerisches Konsulat
in Leipzig
O-Or-H./Ba

Leipzig, 26.Jan.1938

An den
Reichsstatthalter
in Sachsen

Dresden

Sehr geehrte Herren,

ich beehre mich, in nachstehender Angelegenheit an Sie zu gelangen. Herr N. Pindos in Dresden A 24, Nürnberger Platz 6, teilt mit, dass er als Bevollmächtigter der schweizerischen arischen Staatsbürgerin, Frau Julie Mayer in Vitznau/Schweiz, Schwierigkeiten begegne, die von dem polnischen Staatsangehörigen jüdischer Abstammung Samuel Liptscher im Grundstück Dresden, Plauener Platz 2, welches Frau Mayer gehört, inne gehabte Wohnung freizustellen.

Liptscher wurde Ende Oktober mit den anderen polnischen Juden über die Grenze abgeschoben und seine Wohnung versiegelt. Die Wohnung bleibt seit dieser Zeit versiegelt, sodass dieselbe Interessenten nicht gezeigt und vermietet werden kann. Die Miete wird auch nicht gezahlt. Die Versiegelung ist auf Anordnung des Herrn Sächsischen Minister des Innern erfolgt, weshalb sich Herr Pindos mit seinem Schreiben vom 22. November 1938 an den Herrn Minister des Innern in Dresden gewandt hat. Auf sein Schreiben ist er bis heute ohne Antwort geblieben.

Ich darf daher bitten, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen, und zu veranlassen, dass die Wohnung unverzüglich freigegeben wird, damit meiner Schweizerischen Mitbürgerin durch die getroffenen Massnahmen kein weiterer Schaden erwächst.

gez.
Dr. H. M. Hürzeler
Vizekonsul 486.)

Reichsführer der SS
und Chef der Deutschen Polizei

Berlin SW, den 5.April 1939

An den
Herrn Sächsischen Minister
des Innern

in Dresden

Ich ersuche noch um Bericht, ob die Ehefrauen und Kinder der polnischen Staatsangehörigen Michalowski und Spiro im Besitz gültiger Pässe sind, die sie zur Einreise nach Polen berechtigen. Gegebenenfalls sind die Genannten anzuweisen, derartige Pässe bei den zuständigen polnischen Behörden zu beantragen.

i.A. gez.
(Dr.Wetz) 487.)

Der Reichsstatthalter in Sachsen
–Landesregierung–Staatskanzlei–
V 552/1:10

Dresden, 28.1.1939

Abschriftlich
an den Herrn Minister des Innern

Dresden

Abschrift:
Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern / SVF Nr. 3090/38-50927. Berlin 26. Januar 1939.

Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

Mit der polnischen Regierung ist durch Notenwechsel vom 24.1.1939 die abschriftlich beigefügte Vereinbarung über die vorübergehende Rückkehr der in der Zeit vom 26.–29. Oktober 1938 auf Grund des Runderlasses vom 26.10.1938 – SV7 Nr. 2255-509.27 – nach Polen abgeschobenen polnischen Juden getroffen worden. Die Vereinbarung erstreckt sich nur auf die im Verlauf dieser Aktion nach Polen abgeschobenen polnischen Juden und auf ihre im Reich zurückgebliebenen Frauen und Kinder. Über die übrigen sich noch im Reichsgebiet aufhaltenden polnischen Juden, die nicht nach Polen abgeschoben werden konnten, ist eine Vereinbarung nicht zustandegekommen. Zu dem Notenwechsel bemerke ich im einzelnen.

1. *Alle Anträge abgeschobener polnischer Juden oder ihrer Angehörigen auf Erteilung der Erlaubnis zur vorübergehenden Rückkehr sind an die "Deutsche Grenzdienststelle in Neu Bentschen" abzugeben.*

2. *Die "Deutsche Grenzdienststelle in Neu-Bentschen" wird die zuständigen Ausländerpolizeibehörden von der erteilten Rückkehrererlaubnis und der im Sichtvermerk gesetzten Aufenthaltsfrist verständigen. Eine Verlängerung der Aufenthaltsfrist kommt grundsätzlich nicht in Frage. Die Polizeibehörden haben die rechtzeitige Abreise der polnischen Juden zu überwachen und, soweit erforderlich, die Zurückschiebung nach Polen unter Verständigung der "Deutschen Grenzdienststelle in Neu-Bentschen" zu veranlassen. Dabei ist Sorge zu tragen, dass die Frauen und alle Kinder von polnischen Juden, denen die vorübergehende Rückkehr gestattet war, gleichzeitig mit den Juden das Reichsgebiet verlassen.*

3. *Zur Durchführung von Buchstabe d) der Ausführungsbestimmungen haben die Ausländerpolizeibehörden sofort für alle zurückgebliebenen Frauen und Kinder von abgeschobenen polnischen Juden Personalbogen nach anliegendem Muster der "Deutschen Grenzdienststelle in Neu-Bentschen" zu übersenden. Die "Deutsche Grenzdienststelle in Neu-Bentschen" wird den Ausländerpolizeibehörden mitteilen, welche von diesen Personen unverzüglich nach Polen abzuschieben sind. Soweit noch nicht geschehen, ist das gegen den Ehemann erlassene Aufenthaltsverbot gemäss §5 Abs.2 der Ausländerpolizeiverordnung vom 22.8.1938 auf die Frau und die Kinder des abgeschobenen polnischen Juden auszudehnen.*

4. *Die Liquidierung des zurückgebliebenen Vermögens der abgeschobenen polnischen Juden ist nicht Sache der Polizei, es muss den abgeschobenen Juden überlassen bleiben, in welcher Weise sie ihr Vermögen im Rahmen der geltenden Bestimmungen und der Vereinbarung abwickeln. (Vgl. auch Nr. 16 und 23 der Dienstanweisung zu § 7 der Ausländerpolizeiverordnung).*

   Soweit die Wohnungen der abgeschobenen polnischen Juden polizeilich versiegelt worden sind, konnte diese Massnahme nur den Zweck haben, Zugriffe Unbefugter auf diese Vermögen zu verhindern. Vollstreckungshandlungen von Gerichtsvollziehern in das Vermögen der abgeschobenen polnischen Juden sind polizeilich nicht zu hindern.

   Über die Ausländerpolizeiliche Behandlung der restlichen noch im Reich befindlichen polnischen Juden oder der inzwischen staatenlos gewordenen Juden ehemals polnischer Staatsangehörigkeit ergeht noch Weisung.

Ich ersuche, die Ausländerpolizeibehörden alsbald mit entsprechender Weisung zu versehen.

Im Auftrag:
gez. Dr. Best. 488.)

Konsulat der Republik Polen
in Leipzig

Leipzig, 6.Februar 1939

Angelegenheit: Wohnungs- und Geschäftsräume der im Oktober 1938 in Polen abgeschobenen polnischen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens.

An die
Sächsische Staatskanzlei

In Dresden

Herr Regierungspräsident zu Chemnitz hat mich mit Schreiben vom 3.II.1939 Nr. A.W. VIII Vo/4/39 gebeten: "unverzüglich Bevollmächtigte zur Entgegennahme der Schlüssel zu den bezeichneten Wohn- und Geschäftsräumen sowie zur Auflösung der Geschäfte und Haushalte zu bestellen" und dabei gleichzeitig angedeutet: "um ein weiteres Anwachsen von Mietrückständen und Entstehen sonstiger neuer Schulden zu vermeiden, bitte ich das Konsulat, spätestens bis zum 15. Februar 1939 seine Massnahmen zu treffen."

Ähnliche Mitteilungen erhielt ich auch vom Leipziger Polizeipräsidium. Tagtäglich empfängt das Konsulat Briefe und Mitteilungen ähnlicher Art von Treuhändern und anderen Personen, welchen bis jetzt behördlicherseits die Obhut über die Vermögenswerte und dergleichen anvertraut wurde.

Um die weitere Ausdehnung der vollendeten Tatsachen dieser Art rechtzeitig zu verhindern, erlaube ich mir im Zusammenhange damit und im Einvernehmen mit der Polnischen Botschaft in Berlin hierzu ergebenst zu erwidern, dass das Konsulat sich mit dem Standpunkt der deutschen Behörden bezüglich der jetzt geplanten Übertragung der Obhut über die Vermögenswerte der im Oktober vorigen Jahres zwangsweise ausgewiesenen polnischen Staatsangehörigen Juden, nicht einverstanden erklären kann. Das Konsulat steht auf dem Standpunkt, dass die deutschen Behörden, die die Obhut übernommen haben, dieselbe bis zur Rückkehr der Ausgewiesenen bzw. bis zur Erteilung entsprechender Dispositionen durch die Ausgewiesenen ausführen sollten. Das Abkommen betreffend die Ausgewiesenen und deren Angelegenheiten sieht die Übernahme der Obhut über die Vermögenswerte der Ausgewiesenen durch die Konsulate nicht vor. Ausserdem ist es nicht möglich, dass das Konsulat jetzt von den deutschen Behörden die Verantwortung für die Vermögenswerte übernehmen könnte, welche nicht mit der Schuld der Eigentümer des rechtlichen Schutzes der Eigentümer enthoben wurden, wodurch inzwischen viele Schäden entstehen konnten.

Ich bitte daher ergebenst, in diesem Sinne weitere geeignete Massnahmen treffen zu wollen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Generalkonsul
gez.
F. Chiczewski

Der Reichsstatthalter in Sachsen *Dresden, 9. Februar 1939*
–Landesregierung–Staatskanzlei–
VII 708 /1:20

Abschriftlich an den Herrn Minister des Innern Dresden, mit der Bitte um baldige Stellungnahme.

Im Auftrag
Mutschmann. 489.)

Anlage zu V 552/1;10

Abschrift.

(1) Die Deutsche Regierung wird den polnischen Staatsangehörigen, die in der Zeit vom 26. bis 29. Oktober 1938 aus dem Reichsgebiet ausgewiesen sind, die vorübergehende Rückkehr in das Reichsgebiet gestatten, wenn diese zur Regelung ihrer persönlichen und geschäftlichen Verhältnisse notwendig ist und der Antrag innerhalb 4 Wochen vom heutigen Tag ab gestellt wird.

(2) Die beiden Regierungen errichten in Neu-Bentschen und Nowy Tomysl gemeinschaftliche Stellen, die mit je einem Beamten der beiden Regierungen besetzt werden und denen die Prüfung der Anträge der Ausgewiesenen auf Wiedereinreise nach Deutschland und die Entscheidung über diese Anträge obliegt. Die beiden Regierungen werden sich nötigenfalls über die ihren Beamten zu erteilenden Weisungen verständigen.

(3) Die Polnische Regierung wird den Ausgewiesenen, denen die Rückreise nach Deutschland gestattet wurde, sowie die Ehefrauen und unter 18 Jahre alten Kinder des Ausgewiesenen jederzeit nach Polen zulassen.

(4) Den Ausgewiesenen wird zur Ausfuhr der Einrichtungen ihrer Wohnungen, der persönlichen Gebrauchsgegenstände und der zur persönlichen Ausübung ihres Berufes oder Gewerbes erforderlichen Sachen aus Deutschland der Genehmigung der zuständigen Devisenstelle gebühren- und abgabefrei erteilt werden, wenn diese Sachen am 26. Oktober 1938 bereits in ihrem Eigentum standen.

(5) Wenn die Ausgewiesenen ihr bewegliches oder unbewegliches Vermögen in Deutschland liquidieren, so werden ihnen die zuständigen Devisenstellen die Genehmigung erteilen, die Liquidationserlöse oder sonstigen zustehenden Kapitalbeträge auf ein besonders zu diesem Zweck eröffnetes Konto bei einer noch zu vereinbarenden deutschen Devisenbank einzuzahlen. Die beiden Regierungen werden sich über die weitere Behandlung dieser Konten, insbesondere über Verrechnungsmöglichkeiten, verständigen.

(6) Die Deutsche Regierung wird dafür Sorge tragen, dass der bei der Liquidierung etwa erforderliche Verwaltungsweg so sehr als möglich beschleunigt wird.

(7) Die beiden Regierungen sind ferner über folgende Ausführungsbestimmungen einig:

a. beide Regierungen werden die erforderlichen Massnahmen treffen, damit so schnell als möglich tausend Ausgewiesenen, die Anträge gemäss Ziffer (1) gestellt haben, die Einreise in das Gebiet des Deutschen Reiches ermöglicht wird.
b. Die deutsche Regierung wird Ausgewiesenen bei denen feststeht, daß sie in dritte Länder auswandern werden, ausserhalb des erwähnten Kontingentes von 1000 Personen zur Durchreise durch Deutschland so schnell als möglich zulassen.
c. Nach Ablauf der in Ziffer (1) vorgesehenen Antragsfrist werden die beiden Regierungen eine Vereinbarung treffen, zu welchen Zeitpunkten die anderen Ausgewiesenen zur vorübergehenden Rückkehr nach Deutschland zuzulassen sind.
d. Die Polnische Regierung wird so schnell als möglich tausend Ehefrauen und Kindern von Ausgewiesenen, die nach Deutschland nicht zurückkehren, die Einreise in das Gebiet der Republik Polen ermöglichen.
e. Nach Ablauf der in Ziffer (1) vorgesehenen Antragsfrist werden die beiden Regierungen eine Vereinbarung treffen, zu welchen Zeitpunkten die weiteren Ehefrauen und Kinder nach Polen einzureisen haben.
f. Die Ausgewiesenen, denen die vorübergehende Rückkehr nach Deutschland gem. Ziffer (1) gestattet ist, werden während ihres Aufenthaltes im Gebiet des Deutschen Reiches als Deviseninländer behandelt.
g. Die Deutsche Regierung nimmt von der Absicht der Polnischen Regierung Kenntnis, einen in Deutschland wohnhaften polnischen Staatsangehörigen den Ausgewiesenen auf ihren Wunsch als geeigneten Vertreter ihrer Rechte zu benennen. Die Deutsche Regierung wird diesem Vertreter im Rahmen der deutschen Gesetze und Vorschriften die Durchführung der ihm übertragenen Geschäfte gestatten, soweit er sich durch Einzelvollmacht ausweist.[490.)]

Bürgermeister der Stadt
Heidenau

Heidenau, 11. 2. 1939

An den
Sächsischen Minister des Innern
Dresden
über den Herrn Landrat in Pirna.

Mit Schreiben vom 27. Januar 1939 habe ich gemäß Ihrer Verordnung vom 17. Januar 1938 das Polnische Konsulat in Leipzig gebeten, einen Bevollmächtigten zum Zwecke der Übernahme der hier befindlichen, polizeilich gesicherten Wohnung des polnischen Juden Fritz Goldstein zu bestellen und diese bis spätestens 10. 2. 1939 zu übernehmen.

Das Konsulat hat bis jetzt auf das Schreiben nicht geantwortet. Ich habe deshalb heute mein Ersuchen um Übernahme des in der Wohnung befindlichen Eigentums Goldsteins wiederholt und hierzu eine weitere Frist bis zum 25. 2. 1939 gestellt. Weiter habe ich das Konsulat davon unterrichtet, daß ich unterm 26. 2. 1939 die polizeiliche Sicherung der Wohnung aufhebe und die Freistellung der Wohnung dem Vermieter überlasse.

i. V.
(Leopold)
Stadtrat [491.)]

Der Landrat zu Zwickau / Sa

Zwickau am 11. 2. 1939

An den
Herrn Regierungspräsidenten
in Zwickau

Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

In dem mit Verordnung vom 7. 2. 1939, –M–I N VO 28/39 – übersandten Erlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 26. 1. 1939 ist unter Ziffer 3 letzter Satz bestimmt, daß gegen den Ehemann erlassene Aufenthaltsverbot gemäß § 5 Abs. 2 der Ausländer-Polizei-Verordnung vom 22. 8. 1938 auf die Frau und Kinder des abgeschobenen Ehemannes (erweitert wird) . . . [492.)]

Der Sächsische Minister des Innern

Dresden, am 14. 2. 1939
Va: Z 214 c

An den
Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Berlin NW 7
Unter den Linden 74

Betr.: Abschiebung der polnischen Juden.

Durch Verordnung vom 4. 1. 1939 – SV 7 Nr. 3021/38 – 509 – 27 – hatten Sie angeordnet, daß die Verfügung über das Vermögen der abgeschobenen polnischen Juden den polnischen Konsulaten übertragen werden solle. Ich habe die mir unterstellten Behörden entsprechend angewiesen. Die darauf ergangenen Ersuchen der Verwaltungsbehörden lehnt das polnische Konsulat in Leipzig mit dem an die Sächsische Staatskanzlei gerichtete abschriftlich beiliegendem Schreiben ab. Dem Konsulat ist darin rechtzugeben, daß das Deutsch-Polnische Abkommen, das Sie mir mit Verordnung vom 26. 1. 1939 – SV 7 Nr. 3090/38 – 509 – 27 – übersandten, nicht vorsieht, daß das polnische Konsulat Vermögen der abgeschobenen polnischen Juden in eigene Obhut nehmen soll. Da den Juden nach dem Abkommen die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, wird, solange das polnische Konsulat um Übernahme der Vermögen nicht ersucht werden können, bis feststeht, wer von den abgeschobenen Juden nach Deutschland vorübergehend zurückzukehren beabsichtigt. Bei diesen wird die polizeiliche Sicherung wegen der Gefahr des Zugriffs Unberufener und dadurch entstehender Schadenersatzforderungen gegen das Reich bis zur Rückkehr des Eigentümers aufrechterhalten werden müssen.

Ich bedauere es außerordentlich, daß die Räumung der verlassenen Wohnungen dadurch noch weiter hinausgeschoben wird, denn es ist ein unerträglicher Zustand daß in den sächsischen Großstädten mit ihrer Wohnungsknappheit viele Hunderte, zum Teil bester Wohnungen unbenutzt bleiben und überdies die Polizei weiterhin unter dem Drucke der unberechtigten Vorwürfe bleiben muß, sie reiche die Hand dazu, daß die Hausbesitzer um ihre berechtigten Mietforderungen gebracht werden; (daß sehr viele Hausbesitzer sich bei dem jetzt schon viermonatigen Mietausfall, der nun möglicherweise auf eine Reihe weiterer Monate ausgedehnt werden soll, durch Ausübung ihres Vermieterpfandrechtes nicht befriedigt werden können, steht schon jetzt fest.)

Die Wohnungen derjenigen abgeschobenen Juden, die bis zum 24. 2. 1939 den Antrag auf vorübergehende Einreise nach Deutschland nicht gestellt bezw. keinen Bevollmächtigten benannt haben, beabsichtige ich dann unverzüglich dem polnischen Konsulat mit dem Hinweis darauf zur Verfügung zu stellen, daß nach Ablauf einer bestimmten Frist die Verfügung über die Wohnungen samt Inhalt dem Hauseigentümer übertragen wird.

Ich darf bitten anzuordnen, daß die deutsche Grenzdienststelle in Neu-Bentschen **unverzüglich** *nach dem 24. 2. 1939 die Namen der Antragsteller mitteilt, damit wenigstens ein Teil der zur Zeit brachliegenden Wohnungen der Volksgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden kann.*

(Unterschrift) 493.)

Der Reichsführer SS
und Chef der deutschen Polizei

Berlin, 1. 3. 1939

An den
Herrn Sächs. Minister des Innern

Dresden

Betr.: Abschiebung der Juden.

Durch Runderlaß v. 26.1.1939 ist angeordnet worden, daß die vorläufigen polizeilichen Sicherstellungen des zurückgebliebenen Vermögens und der Wohnungen abgeschobener polnischer Juden alsbald aufzuheben sind und daß das zuständige polnische Konsulat hiervon jeweils zu unterrichten ist. Von einer Übertragung dieser Vermögen ist in diesem Runderlaß nicht die Rede. Maßgebend hierfür waren die Gründe, die Sie in Absatz 2 Ihres Berichtes vom 14. 2. 1939 anführen.

Es muß vermieden werden, daß Vermieter wegen der etwa durch die polizeilichen Sicherstellungen eintretenden weiteren Mietausfällen und dergleichen gegen die Polizeibehörden Schadensersatzansprüche erheben.

Eine Verpflichtung der Polizei, die vorläufige Sicherstellung etwa bis zur Rückkehr der polnischen Juden aufrechtzuerhalten, besteht nicht. Eine derartige Verpflichtung ist auch in der deutsch-polnischen Vereinbarung vom 24. 1. 1939 nicht übernommen worden.

Ich ersuche daher, nach dem Erlaß zu verfahren. Soweit die polnischen Konsulate nicht innerhalb der ihnen zu setzenden kurzen Frist die Schlüssel für die betreffenden Wohnungen übernehmen, sind sie den über die Wohnungen Verfügungsberechtigten auszuhändigen. In welchem Umfange sich diese an dem Vermögen der Mieter für ihre Mietforderungen und anderen Ansprüchen schadlos halten können, richtet sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts.

Die formularmäßige Anfrage des polnischen Konsulats in Leipzig ist nur ausweichend zu beantworten. Die gestellten Fragen sind im einzelnen nicht zu beantworten.

Den vorgelegten Vorgang gebe ich zurück.

Im Auftrag
gez.

Dr. Best. [494.)]

Sicherheitsdienst
des Reichsführers SS
SD Oberabschnitt Elbe/Unterabschnitt
Dresden – Bautzen

Dresden, den 5. 5. 1939

An das
Polizeipräsidium
z. Hd. Pol.–Insp. Schindler

D r e s d e n

Betr.: Rückkehr der polnischen Juden ins Reichsgebiet.
Vorgang: Fernmündliche Rücksprache des SS-Scharführers Zöller mit Pol.-Insp. Schindler.

In letzter Zeit sind viele polnische Juden zur Regelung ihrer Wohnungsverhältnisse ins Reichsgebiet zurückgekehrt. Nach Ablauf von spätestens 6 Wochen müssen diese wieder das Reichsgebiet verlassen. Wie festgestellt werden konnte, besitzen diese polnischen Juden keine Mittel für den Unterhalt während dieser Zeit und für die Rückfahrt nach Polen.

Es wird angenommen, daß die hiesige Israelitische Religionsgemeinde ihnen Mittel dafür zur Verfügung stellt, bezw. daß der Erlös ihrer Habe ihnen genug einbringt. Letzteres ist nicht der Fall (!), weil die Wohnungseinrichtung meistens verpfändet ist.

Die Israelitische Religionsgemeinde zu Dresden andererseits kann auf keinen Fall die Kosten für den Unterhalt und Rückfahrt übernehmen. Die polnischen Juden waren die schlechtesten jüdischen Steuerzahler der Gemeinde, niemand hat sie zurückgerufen und eine Erfüllung ihrer Wünsche wäre für die jüdische Gemeinde eine untragbare Belastung.

Es wird daher vorgeschlagen, den polnischen Juden in Neu-Bentschen den Grenzübertritt nur dann zu erlauben, wenn erstens in Neu-Bentschen die Rückfahrkarte bezahlt wird, und zweitens genügend Mittel zum hiesigen Unterhalt mitgebracht werden. Eine solche Regelung wäre für sofort erwünscht.

(Stempel) *(unleserliche Unterschrift.)* *)

*) Aus den Sammlungen Stadtarchiv Frankfurt am Main.

Der Reichsführer SS
und Chef der deutschen Polizei

Berlin, 8. 5. 1939

An den
Herrn Sächs. Minister des Innern

Dresden

Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

Im Anschluß an den Runderlaß vom 26. 1. 1939 SV 7 Nr. 3090/38–509–27–

1. *Nach Mitteilung der Deutschen Grenzdienststelle in Neu–Bentschen sind dieser erst etwa 1500 Fragebogen für Ehefrauen und Kinder von abgeschobenen polnischen Juden vorgelegt worden, während das Mehrfache dieser Zahl in Frage kommen dürfte. Ich mache es den Ausländerpolizeibehörden zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, alle Frauen und Kinder der abgeschobenen polnischen Juden unverzüglich zu erfassen und die Fragebogen der Deutschen Grenzdienststelle in Neu-Bentschen alsbald zuzusenden. Im Abschnitt e) der Ausführungsbestimmungen zu der deutsch-polnischen Vereinbarung ist vorgesehen, daß diese Ehefrauen und Kinder bis zum 31. 7. 1939 das Reichsgebiet nach Polen zu verlassen haben. Die durch diese Übereinkunft gebotene Möglichkeit, eine große Anzahl polnischer Juden (Frauen und Kinder) nach Polen abzuschieben, muß bis zum letzten ausgenutzt werden.*

2. *Die ausländerpolizeiliche Behandlung der restlichen noch im Reich befindlichen polnischen Juden richtet sich nach der Dienstanweisung –Teil II– zur Ausländerpolizeiverordnung vom 22. 8. 1938; Abschiebung Ziffer 2 b.*

   Gegen alle polnischen Juden, die nicht im Besitz eines zur Rückkehr nach Polen berechtigten gültigen Passes sind,– ein von einer polnischen Auslandsvertretung vor dem 29. 10. 1938 ausgestellter Paß ohne Kontollvermerk berechtigt nicht zur Rückkehr nach Polen,– ist ein Aufenthaltsverbot für das Reichsgebiet zu erlassen und, soweit ihre freiwillige Ausreise nicht unmittelbar bevorsteht, ihre Abschiebung nach Polen unter Anwendung polizeilicher Zwangsmittel vorzunehmen. Das gleiche gilt für alle Juden, deren polnische Staatsangehörigkeit von den polnischen Behörden aberkannt worden ist oder deren Pässe von den polnischen Konsulaten abgenommen oder nicht mehr verlängert worden sind. Von einer Abschiebung nach Polen mittels Massentransporten, wie es bei der in der Zeit vom 26. – 29. Oktober 1938 durchgeführten Aktion geschehen ist, ist abzusehen.
   Es muß erreicht werden, daß bis zum 31. Juli 1939 die erwähnten polnischen Juden das Reich verlassen haben oder zum Vollzug der Abschiebungshaft in ein Konzentrationslager eingewiesen worden sind. (Dienstanweisung zur Ausländerpolizeiverordnung Teil I. Nr. 18. zu § 7.) Die Grenzpolizeibehörden an der deutsch-polnischen Grenze werden angewiesen, mit allen polizeilichen Mitteln die Abschiebung dieser polnischen Juden über die grüne Grenze nach Polen zu erzwingen. Von einer Abschiebung polnischer Juden in dem Gebiet des Protektorates Böhmen und Mähren ist abzusehen.

In Vertretung
gez. Heydrich. [495.]

Der Reichsführer SS
und Chef der deutschen Polizei

Berlin, 8. Juli 1939

SV 7. Nr. 2272/39 – 509 – 27.

An den
Herrn Sächs. Minister des Innern

in Dresden.

Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.
Auf den Bericht vom 20. Mai 1939 – Va: Z 2121 a.

Die deutsche Grenzdienststelle in Neu-Bentschen hat zu dem Bericht des Sicherheitsdienstes Unterabschnitt Dresden-Bautzen vom 5. 5. 1939 wie folgt Stellung genommen: "Die zur vorübergehender Rückkehr in das Reichsgebiet einreisenden polnischen Juden besitzen in den wenigsten Fällen genügende Mittel, um von Polen aus eine Fahrkarte, nach ihrem Bestimmungsort in Deutschland lösen zu können. Sie erhalten von dem jüdischen Hilfskomitee in Zbyszyn (Bentschen) lediglich eine Fahrkarte um nach Neu-Bentschen zu gelangen. Von hier fordern sie auf telegraphischen oder fernmündlichen Wege von Verwandten oder Bekannten Geld zur Weiterreise an. Es ist, im Gegensatz zu dem Berichte des Sicherheitsdienstes vom 5. 5. 1939, bisher nicht beobachtet worden, daß jemand ohne Geld geblieben wäre. Nach den Geldsendungen zu urteilen, ist es daher kaum anzunehmen, daß die Juden während ihres weiteren Aufenthaltes im Reichsgebiet ohne genügend Mittel sind.

*Für den Grenzpolizeiposten in Neu-Bentschen würde es mit seinem geringen Personal eine starke Belastung bedeuten, wenn er neben der Paßkontrolle auch noch eine Fahrkartenkontrolle und eine Aufsicht über die vorhandenen Barmittel ausüben sollte. Schließlich würde es auch die Beamten erheblich von ihren anderen weit wichtigeren Aufgaben (SD-Dienst) * abhalten.*

Um den unnötigen Aufenthalt der Juden in Deutschland abzukürzen, habe ich seit dem 31. Mai 1939 nur noch eine Reisefrist von 2 Wochen erteilt. Ich nehme an, daß den Juden für diese Zeit genügend Mittel zur Verfügung stehen, um niemandem geldlich zur Last zu fallen. Sollten vereinzelte Fälle vorkommen, in denen sie ohne Barmittel sind, so **muß** *ihnen von der zuständigen jüdischen Gemeinde geholfen werden.*

Ich bitte daher, für die kurze Zeit bis zum 31. 7. 1939 von einer Kontrolle der vorgeschlagenen Art Abstand zu nehmen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Deutsche Grenzdienststelle seit einiger Zeit polnische Juden nur noch für 2 Wochen die Rückkehr gestattet und nach dem 31. Juli 1939 voraussichtlich weitere Rückkehrerlaubnisse nicht mehr erteilt werden, wird die Anregung nicht weiter verfolgt. Soweit in Einzelfällen bei der Wiederausreise polnischer Juden infolge Mittellosigkeit Schwierigkeiten entstehen sollten, sind diese Personen, falls die Jüdische Gemeinde die Transportkosten nicht übernimmt im Gefangenensammeltransport nach Polen abzuschieben.

Im Auftrag

*gez. Dr. Best. **)*

*) Aus den Sammlungen Stadtarchiv Frankfurt am Main.

Der Sächsische Minister des Innern

Dresden, 13. 7. 1939

Va: Z 2127 d.

Betr.: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.
Im Anschluß an den Runderlaß vom 8. 5. 1939 S. V. Nr. 1388/39–509–27.

Die seit einigen Tagen verschärfte polnische Grenzüberwachung zwingt dazu, von weiteren Abschiebungen polnischer Juden über die grüne Grenze nach Polen im bisherigen Umfange Abstand zu nehmen.

Polnische Juden dürfen nur dann in den Bereich einer Stapoleitstelle an die polnische Grenze verbracht werden, wenn eine Mitteilung der Grenzpolizeidienststelle vorliegt, daß die Abschiebung in ihrem Grenzabschnitt möglich ist. (Vergl. Nr. 22. Dienstanweisung zu § 7 der Ausländerpolizeilichen Verord.)

Die Staatspolizeileitstellen an der polnischen Grenze werden angewiesen, mit allen Mitteln zu versuchen, die in den letzten Wochen an die polnische Grenze verbrachten polnischen Juden möglichst bis Ende Juli 1939 nach Polen abzuschieben. Ich erwarte, daß die Staatspolizeistellen in enger Zusammenarbeit jede Möglichkeit zur Abschiebung, die sich in dem Grenzabschnitt einer Stapostelle ergibt, auszunutzen.

In Abänderung des Runderlasses vom 8. 5. 1939 / S. V. 7 / 1388 / 39–509–27, kann von der Verhängung der Abschiebehaft und der Abschiebung abgesehen werden und die Abzugsfrist über den 31. Juli 1939 hinaus verlängert werden.

1.) *bei Personen, die wegen ihres Alters, wegen Krenkheit für eine Abschiebung, die Verhängung der Abschiebehaft oder die Auswanderung nicht in Frage kommen,*
2.) *bei Kindern, sofern ihre Unterbringung im Ausland innerhalb der gesetzten Frist nicht möglich ist. Kinder sind nach den Grundsätzen zu behandeln, die auf ihre Eltern Anwendung finden,*
3.) *bei Personen, die Auswanderungsvorbereitungen getroffen haben und deren Auswanderung voraussichtlich im Laufe der nächsten 6 Monate durchgeführt werden kann,*
4.) *bei Juden, die sich in beruflicher Ausbildung oder Umschulung zur Vorbereitung der Auswanderung befinden,*
5.) *gegen deutschblütige Frauen polnischer Juden, die sich von ihren Männern trennen und die Ehescheidung beabsichtigen, sind keine Aufenthaltsverbote zu erlassen, das gleiche gilt für Kinder aus derartigen Ehen, die bei der Mutter bleiben.*

Ich ersuche die Ausländerpolizeibehörden alsbald mit entsprechender Weisung zu versehen.

i. A. gez.

(Dr. Best) [496.)]

Über die Ausweisung der Juden nach Polen am 26./27. Oktober 1938 liegen noch aussagekräftige Briefe vor, die nach Palästina geschickt wurden.

Dresden, 26. 10. 1938

Liebes Kind!

Nachts 2 Uhr. Du wirst fragen, was fällt deinem Vater ein mitten in der Nacht zu schreiben. Es ist ganz Großes vorgekommen in meinem Leben als Arzt. Es kam Polizei. Ich war gerade bei Heinz und sie nahmen uns alle mit zur Polizei! Dort trafen wir hunderte Juden, die alle polnische Staatsbürgerschaft hatten. Dann kamen wir in die Traman-Säle. Die Kinder haben wir auf den Boden gebettet, so weit es ging, die Erwachsenen sitzen alle auf Stühlen und warten. Warum und weshalb wir hier sind wissen wir nicht. Die Beamten sind sehr menschlich zu uns.[497.)]

Von den Sammelstellen wurden die polnischen Juden zum Bahnhof gebracht. Ein weiterer Brief berichtet, schon aus Polen, über den Transport der Menschen.

Przemysl, 2. 11. 1938

Liebes Kind!

. . . nun die Fortsetzung meines damaligen Briefes. Wir haben die ganze Nacht gewacht. Essen mußte man am Buffet selbst kaufen. Früh um 5 Uhr kamen alle Lehrer und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde um sich von den Kindern und uns zu verabschieden. Da wußten wir, was los ist und der Jammer und das Weinen und die Trauer war unbeschreiblich. Wir durften gar nichts mitnehmen, so wie wir standen mußten wir fort. Die Mama hat alles was möglich war organisiert. Um 10.00 wurde uns mitgeteilt, daß wir Deutschland verlassen müssen und von 11 — 1.00 Uhr wurden wir in Polizeiautos verladen. Beim Bahnhof waren einige Fürsorgerinnen der Jüdischen Gemeinde. Und dann fuhr der Zug ab. Wir fuhren bis 1.00 Nachts nach Beuthen. Dort wurden wir von SS — Leuten empfangen und diese trieben uns, hunderte von Menschen, Frauen, kleine Kinder, durch Wiesen und Wald über die Grenze.

Denke daran, es war Freitag abend, der Sabbath-Eingang und bei Regen und Finsternis mußten wir die ganze Nacht auf einem freien Feld warten und uns zusammenbinden, damit wir uns nicht verlören. Endlich sind wir über die Grenze, um 1/2 8 Uhr morgen. Man hat uns auf der polnischen Bahnstation auf das herzlichste von den jüdischen Organisationen bewirtet. Wir sind nach Przemysl gefahren, viele Tausende sind in verschiedene Städte gefahren, weil sie dort Verwandte haben. Die Hauptsache wir leben . . . 498.)

*

Das Attentat.

In Paris befand sich zu dieser Zeit Herschel Grynszpan, ein 17 jähriger jüdischer Bursche, dem das bittere Schicksal seiner Eltern, die auch nach Polen abgeschoben wurden, bekannt wurde. Es ist verständlich, daß das Los seiner Familie, die Schikanen der Nazis den Juden gegenüber, ihm die ganze Härte und Brutalität des Hitler-Regimes vor Augen führte.

So erschien er am Morgen des 7. November 1938 in der Deutschen Botschaft in Paris und verlangte einen der Legationssekretäre zu sprechen. Er wurde zum Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath geführt. Sofort nachdem er dessen Zimmer betreten hatte, gab Grynszpan zwei Schüsse auf vom Rath ab, ohne daß irgendein Wort gewechselt wurde.

Durch einen Botschaftsangestellten wurde der vor dem Hause stehende französische Polizist alarmiert, der den Attentäter verhaftete.

Vom Rath war lebensgefährlich verletzt und wurde sofort in der Pariser Klinik d'Alma operiert. Am Abend des 9. November erlag er seinen Verletzungen. [499.)]

In der Vernehmung von Herschel Grynszpan vor dem Untersuchungsrichter in Paris sagte er aus:

> *"Ich lege . . . Wert darauf, Ihnen zu erklären, daß ich weder aus Haß, noch aus Rache, sondern aus Liebe zu meinem Vater und zu meinem Volk handelte, die unerhörte Leiden ausstehen. Ich bedauere sehr, einen Menschen verletzt zu haben, aber ich hatte keine anderen Mittel, meinen Willen auszudrücken . . . "*

Die politische Unbedachtheit, mit der das Attentat ausgeführt wurde, mußte zwangsläufig zu neuen Repressalien gegen die Juden in Deutschland führen. Welche Ausmaße diese haben sollten, davon konnte sich niemand eine Vorstellung machen.

Am nächsten Tag brachten auch die Dresdener Zeitungen Meldungen über das Attentat auf der ersten Seite und begannen auf das Wüsteste gegen das gesamte Judentum zu hetzen.

DAS MASS IST VOLL !

Dr. L. Wieder einmal hat ein jüdischer Mordbube die Hand gegen einen an führender Stelle im Ausland tätigen deutschen Volksgenossen ausgestreckt. Wieder einmal wirft die feige Bluttat eines vom internationalen Judentum bezahlten Verbrechers ein grelles Schlaglicht auf die verwerflichen Machenschaften jenes Gesindels, dem es immer wieder darauf ankommt, die Welt in immer neue Konflikte zu stürzen und Unfrieden zwischen den einzelnen Staaten zu sähen.

Die jüdische Kanaille, die am Montag den deutschen Diplomaten im Pariser Botschaftsgebäude des Reiches niederstreckte, hat – das lassen schon die Ergebnisse der ersten polizeilichen Vernehmungen erkennen – nicht aus irgendwelchen persönlichen Motiven gehandelt. Diesem asozialen Subjekt drücken die gleichen Dunkelmänner die Pistole in die Hand, die seinerzeit ihrem Rassegenossen David Frankfurter den Mordauftrag gegen den Nationalsozialisten Wilhelm Gustloff gaben. Es wird kein Zufall sein, daß sich dieses internationale Verbrechergesindel ausgerechnet den exterritorialen Boden einer deutschen diplomatischen Auslandsvertretung zum Schauplatz des feigen, hinterhältigen Überfalles aussuchte.

Den Urhebern des schändlichen Attentats war es offensichtlich darum zu tun, auf diese Weise Schwierigkeiten zwischen Frankreich und dem Reiche heraufzubeschwören, eine Spekulation, wie sie nur in jüdischen Hirnen ausgeheckt werden konnte. Der teuflische Plan ist freilich fehlgeschlagen – gescheitert wie die anderen Absichten, die die Hintermänner des Juden Grynszpan mit ihrem Anschlag verfolgten. Die Welt weiß heute, daß Deutschlands Warnungen vor den Umtrieben der hebräischen Menschenfeinde nicht ernst genug genommen werden können. In heller Empörung über diese jüngste jüdische Mordtat und in tiefstem Mitgefühl für das mit dem Tode ringende Opfer des verbrecherischen Überfalls ist sich das gesamte deutsche Volk in dieser Stunde einig in der Feststellung, daß die geduldige Langmut gegenüber den noch in den Grenzen des Reiches lebenden Hebräern nun ein für allemal ein Ende finden muß. DAS MASS IST JETZT VOLL !

Es ist an der Zeit, die jüdischen Schmarotzer, die sich immer noch in Deutschland herumtreiben, endlich so zu behandeln, wie es ihresgleichen schon längst verdient hat. Niemand kann dem deutschen Volke vorwerfen, daß es dem Judentum gegenüber bisher auch nur im geringsten mit jenen "Terrormethoden" gegenübertrat, wie sie uns die Lügenfabrikanten einer gewissen Auslandspresse immer wieder andichteten. Wenn aber nun die in Deutschland lebenden ausländischen Juden, aus deren Reihen der Pariser Mordschütze entstammt, offen dazu übergehen, ihren Haßgelüsten durch ungeheuerliche Bluttaten Ausdruck zu geben, so darf sich die Welt nicht wundern, wenn dieses Gesindel so behandelt wird, wie es Verbrechern zukommt.

Die gleichen Verbrecher, die es bewußt darauf anlegen, die Völker in blutige Auseinandersetzungen zu verwickeln, nur um die Vernichtung des ihnen verhaßten Nationalsozialismus zu erreichen, haben in ihrem blindwütigen Haß gegen Deutsche zum zweiten Male einen ihrer Rassengenossen die Mordwaffe in die Hand gedrückt. Die Schüsse, die das Reich und die nationalsozialistische Bewegung treffen sollten, haben jedoch eine andere Wirkung, als das jüdische Verbrechergesindel sie erhoffte. Deutschland wird nunmehr jene KONSEQUENZEN aus dem feigen Mordanschlag ziehen, die nach Lage der Dinge **unumgänglich** *geworden sind !*

KEIN PARDON ! Von Walter Novak.

Die mehrfach erprobte und deshalb eingespielte Maschinerie der jüdischen Vertuschungsmanöver beginnt, wie vorhergesagt, zu laufen. Kaum sind die Schüsse des jüdischen Mordbanditen Grynszpan verhallt, regen sich bereits die Helfershelfer . . . es bringen gewisse Hetzblätter und mit ihnen im Bunde der trotz aller gegenteiligen Versicherungen vom Geiste der Emigranten nicht befreite Straßburger Sender fertig, den hinterlistigen Mordbuben als einen "harmlosen Knaben" hinzustellen. Nur übersehen diese aus dem Hinterhalt wirkenden Hetzer und Schürer, deren Werkzeug wie in Davos der Jude David Frankfurter jetzt in Paris sein Rassegenosse war, dessen Name wir zur Verdeutlichung in deutsch einmal "Grünspan" schreiben wollen, daß heute die Öffentlichkeit zu aufgeklärt ist, um nicht gerade an solchen Winkelzügen die wahren Hintermänner der jüdischen Verbrecher zu erkennen.

Die listige Hinterhältigkeit der politischen Untaten der Hebräer kann heute nicht mehr klug genug angelegt sein, daß man nicht trotzdem, nur zu schnell wußte, von welcher Seite der "völlig mittellose" Jude Grünspan 3000 Franken erhalten haben kann, von denen er mehrere 100 Franken zum Ankauf seines Mordinstrumentes verwandte.

Die ganze Reihe skrupelloser jüdischer Verbrecher gegen Deutschland läßt sich eben immer wieder auf einen bestimmten Kreis zurückführen. Sie gehen aus von jenen Schädlingen, die den politischen Mord zum höchsten Mittel der Verwirklichung ihrer anarchistischen Skrupellosigkeit erhoben haben.

Wir wissen, daß der Kampf des Judentums gegen deutschen Ordnungsgeist nicht erst aus der Zeit des erwachenden Nationalsozialismus stammt, sondern, daß die Juden von jeher Feinde deutscher Stärke und Macht waren. Das Attentat des Juden Dr. Friedrich Adler auf den österreichischen Ministerpräsidenten Dr. Karl Graf Sturgkh im Jahre 1916 und ebenso der nach mehreren vorhergehenden mißlungenen Versuchen geglückte Mordanschlag der beiden Juden Paul Keri und Marcell Gaertner gegen den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza im Oktober 1918 beweisen uns zur Genüge, wie solche jüdischen Verbrecher als einzelne Werkzeuge im großangelegten Plan j ü d i s c h - b o l s c h e w i s t i s c h e r W e l t r e v o l u t i o n s a b s i c h t e n angesetzt wurden. Und ist es da nicht bezeichnend genug, dass der Jude Ferdinand Cohen, der am 7. März 1866 auf den Fürsten Bismarck seinen Revolver richtete, nach der Verhaftung erklärte, er habe den Reichskanzler töten wollen, weil er in ihm "den ärgsten Feind der deutschen Freiheit" sehe. Offener konnte das letzte Ziel dieser Verbrecherclique nicht dargelegt werden. Was aber einst den Bismarck-Attentäter bewog, gilt heute für die Sippschaft der jüdischen Anarchisten nur noch verstärkt.

Die Schüsse von Paris können also nur dazu mahnen, unsere allzu lang geübte Großmut gegenüber den Rassengenossen dieses Mordgesindels aufzugeben. Weiß man denn, was diese Juden, die allein in Berlin zahlreiche Mordwaffen bis jetzt noch in ihren Händen hatten, (!) hier im Herzen des Reiches planen.

ES DARF KEINEN PARDON GEBEN !

*

b. Die Synagogenverbrennung

Wie immer gaben die Nationalsozialisten in ihrer gleichgeschalteten Presse lügenhafte, makabere und abscheuliche Darstellungen über die Ereignisse in der sogenannten "Kristallnacht".

> **Sächsischer Postillon** *10. November 1938. Nr. 254. Jg. 154.* *Seite 3.*
>
> *Dresden. Protestkundgebung gegen das Judentum.*
>
> *Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des tödlichen Ausganges des jüdischen Meuchelmordes an unserem Gesandtschaftsrat vom Rath, versammelten sich die Dresdner am Mittwochabend auf dem Rathausplatz zu einer spontanen Kundgebung, die gleichzeitig ein erschütterndes Treuebekenntnis zum heiligen Opfer der Toten des 9. November wurde. Gauleiter Hinkler aus Hamburg und Kreisleiter Walter aus Dresden sprachen, immer wieder von stürmischen Zustimmungsrufen der erregten (!) Volksmenge unterbrochen, zu den Versammelten über diese verabscheuungswürdige Untat der Mordpest Alljuda.*
>
> *Nachdem der Kreisleiter aufgefordert hatte Einzelaktionen zu unterlassen, formierten sich anschließend die Teilnehmer demonstrativ zu einem Marsch durch die Straßen, der in mustergültiger Disziplin verlief.*

*

Die Wahrheit über die Vorgänge sah aber **ganz anders** aus. Die Nazi-Funktionäre brachten durch ihre Hetzreden dumpfe Erregung in die Volksmenge. Der "Marsch" durch die Dresdner Innenstadt war alles andere als "diszipliniert". Die gröhlende Menschenmenge warf Steine in jüdische Geschäfte und Wohnungen. Damit war der Bann gebrochen. Man begann Läden und Geschäfte zu stürmen und die aufgestaute Zerstörungswut zu entfesseln. Unter den Augen der Polizei drangen Stoßtrupps der Nazis in Juden-Wohnungen und -Geschäfte ein, zertrümmerten das Inventar, zerschlugen und zerstreuten die Waren in den Geschäften. Sie schlugen jeden erreichbaren Juden, schreckten nicht vor Mord und Brandstiftung zurück, jagten, plünderten, beschimpften und erniedrigten. [500.)]

Besonders die Prager Straße bot ein Bild sadistischer Verwüstungen. Die Geschäfte der Juden waren mit Glasscherben, mit zerstörten Einrichtungsgegenständen, mit zerfetzten Warenresten besät. Die verwüsteten Häuser mit Parolen beschmiert, die den Juden totale Ausrottung ankündigten. [501.)]

Ein Trupp nazistischer Brandstifter begab sich zur Synagoge in der Zeughausstraße. Nachdem die Verbrecher das Portal der Synagoge aufgebrochen hatten, schütteten sie flüssigen Brennstoff – offenbar Benzin oder Petroleum – in das Gebäude und entzündeten diesen. Da das Gotteshaus mit viel Holz ausgebaut war, dauerte es nur kurze Zeit bis das ganze Gebäude in hellen Flammen stand.

Der Judentempel niedergebrannt.

In der Nacht zum Donnerstag gegen 2.10 wurde die Feuerwehr nach dem Zeughausplatz gerufen. Dort stellte sie fest, daß in der Synagoge ein Feuer ausgebrochen(!) war, das in dem völlig ausgetrockneten Gestühl des Judentempels r a s e n d um sich griff, so daß es den Feuerwehrmännern nicht mehr möglich war, in das Innere zu dringen.

Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die umliegenden Wohngebäude und die an den Tempel angrenzende Holzhandlung vor den Flammen zu schützen. Das Feuer hatte sich bald bis zur Kuppel gefressen und gegen 4.00 Uhr war die Synagoge ein Flammenmeer.

Kurz darauf stürzte die Kuppel ein. Damit war die Hauptkraft der Flammen gebrochen.

*

Leo Jehuda Schornstein.

Volksbelustigung beim Synagogenbrand

Wie gewöhnlich ging ich am Morgen des 10. November zu meiner Arbeit in das Gemeindeamt, wo ich als Oberbuchhalter und Sekretär beschäftigt war. Ich sah die rauchende Synagoge und einen Feuerwehrlöschwagen, der auf der Straße stand und n i c h t in den Synagogenhof zur Brandbekämpfung eingefahren war.

Zunächst ging ich in das Büro des Gemeindeamtes. Dort traf ich den nichtjüdischen Hausmeister an und fragte was passiert sei. Er sagt mir, daß ich nach oben gehen sollte, dort im Büro würde ich alles erfahren. (Somit lieferte er mich der Gestapo aus.) Vor dem Eingang zum Büro stand ein Gestapo-Mann in Zivil. An der Telefonzentrale stand ebenfalls ein Zivilist, und in den Büroräumen warteten mehrere Gemeindeangestellte in Mänteln. Zunächst stellte ich mich zu meinen Mitarbeitern und wartete, was da kommen mag.

Im Nebenzimmer, welches das Büro des Vorstehers war, hörte ich Schränke auf- und zu machen. Nach einer Weile kamen zwei Gestapo-Männer aus diesem Raum und gaben uns Anweisung auf unseren Arbeitsplätzen zu warten. Kurz darauf kamen sie zu mir, der ich im Kassenraum meinen Platz hatte und gaben mir Order, den Kassenschrank mit den in ihrer Hand befindlichen Schlüsseln zu öffnen. Hier dürfte es angebracht sein darauf hinzuweisen, daß die Kassiererin bei der "Polenaktion" am 28. Oktober 1938 mit ausgewiesen wurde, sodaß ich die Kassengewalt innehatte. Ich mußte vor den Gestapo-Männern das vorhandene Geld zählen und erklären, was für sonstige Papiere im Kassenschrank verwahrt waren. Im Tresor befanden sich auch die Schlüssel zum Panzerschrank des im Synagogen-Anbau befindlichen Tresors, wo sich die wertvollen silbernen Kultgegenstände befanden.

Mit mehreren Gestapo-Männern wurde ich und noch ein anderer Gemeindebeamter in den nicht ausgebrannten Synagogen-Anbau gebracht. Im Kellerraum, wo sich die Garderobe befand, mußte ich den Tresor öffnen, und ein Gestapo-Mann reichte mir Stück für Stück die vorhandenen Kultgegenstände heraus, die ich in einen großen Wäschekorb legen mußte. Die ganze Aktion beaufsichtigten auch anwesende SS-Männer.

Unter diesen Kultgegenständen befand sich ein langes schwarzes Etui, das mir der Gestapo-Mann zu öffnen befahl. In diesem Etui befand sich das Schächtmesser des jüdischen Viehschlächters, der das Messer der Gemeinde übergab, als in Deutschland das Schächtverbot eingeführt wurde. Mir war bei dem Gedanken, das Schächtmesser dem Gestapo-Mann zu zeigen nicht wohl zu Mute. Plötzlich wurde der Gestapo-Mann abberufen, und ich konnte das Etui mit dem Messer in dem Korb unter den Silbersachen verstecken.

Nach dem Ausräumen des Tresors bekamen wir den Befehl, den Wäschekorb mit den Wertgegenständen durch den Synagogenhof in das Gemeindeamt zu bringen. Die Menschenmenge, die sich auf etwa 2000 Personen angesammelt hatte, begann zu gröhlen und drohende Haltung anzunehmen, als sie uns Juden sahen. Nach dem Abstellen des Korbes wurden wir wieder zu viert in den Synagogen-Anbau gebracht, wo wir unversehrte Thorarollen aus den Schränken des Anbaues und eines weiteren Anbaues, in welchem der konservative Gottesdienst abgehalten wurde, herausnehmen mußten. In Prozessionen unter Begleitung von SS-Männern brachten wir die heiligen Rollen durch den Synagogenhof und die Straße zum Gemeindeamt.

Bevor man uns aber auf die Straße brachte, zog man uns Thoramäntel über den Kopf, band uns Schürzen der Kinder des dort befindlichen Kinderhortes um den Hals und stülpte uns Zylinderhüte der Synagogenvorsteher auf den Kopf, indem man mit einem Schlag die Hüte zusammendrückte, was einen makaberen, seltsamen und erniedrigenden Eindruck darstellte. Da wir durch die über den Kopf gestülpten Thoramäntel nichts sehen konnten, mußten wir von den SS-Männern einzeln geführt werden, damit die "Judenschweine" nicht über die Schläuche der Feuerwehr stolperten. Als auf diese Weise alle Thorarollen und Kultgegenstände in das Gemeindeamt überführt waren, wurden die Männer im ehemaligen Büro des Kulturbundes, das sich im Parterre befand, zusammengetrieben. Die Frauen mußten im ersten Stockwerk des Gemeindeamtes verbleiben.

Wir Männer mußten nun "Turnübungen" vollbringen, die mit Schlägen und Schimpfworten begleitet, uns körperlich ganz fertig machten. Dann wurden die Personalien aufgenommen.

Mir wurde ein Gebetsmantel über den Kopf gestülpt, man gab mir zwei silberne Thorakronen in die Hand, schob mich an das zur Straße führende Fenster und "schaukelte" mich mit Schlägen im Fenster hin und her, wobei die unten stehende Volksmenge in frenetisches Johlen ausbrach. Diese Prozedur mußte ich noch auf einem Stuhl stehend mehrmals wiederholen, wobei sich der Mob auf der Straße noch mehr ergötzte.

Nach dieser "Volksbelustigung" durfte ich mich setzen. Es war nun gegen Mittag. Um 1.00 Uhr kam ein Polizei-Lastauto, und die SS- und Gestapo-Männer luden die Gemeindeakten- und Karteien sowie die Kultgegestände auf und fuhren weg.

Um 2.00 Uhr kam das Gefängnisauto, die sogenannte "Grüne Minna", und wir wurden abtransportiert. Als wir ausstiegen, stellten wir fest, daß wir uns im "Mathildenschlößchen", einem ehemaligen Gefängnis, das die Nationalsozialisten wieder für ihre Zwecke in Betrieb genommen hatten, befanden. Ich kam allein in eine kalte Zelle – es war ja November – und erst am Abend kam noch ein anderer, mir unbekannter Mann, hinzu. Am anderen Morgen um 6.00 Uhr mußten wir alle in der Gefängnishalle antreten, wo ich schon viele Gemeindemitglieder, Vorsteher und Beamte sah. Es mochten wohl mehrere hundert Juden sein. Fünf bis sechs Kranke und gebrechliche Personen, sowie meine Person wurden in die Zellen zurückgebracht. Die übrigen Juden, so erfuhren wir später, wurden in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht.

Am Freitag nachmittag, gegen 16.00 Uhr wurden wir aus dem Gefängnis entlassen. Ich bemühte mich sofort um meine Ausreise in das Ausland. Weihnachten 1938 habe ich mit meiner Familie Dresden verlassen und fuhr über Kopenhagen nach Palästina. [502.)]

*

Am 10. November 1938 kamen rund 50 Juden aus dem Kreisgebiet Bautzen in das Dresdner Polizeigefängnis und berichteten über ein makaberes Geschehen in Bautzen:

"Man hing uns Schilder mit der Aufschrift "Jude" um und zwang uns zu rufen : "Juda verrecke". Dann wurden wir sieben Stunden lang kreuz und quer durch Bautzen getrieben, stellte uns auf Plätzen auf, wo wir beschimpft, bespuckt und mit Steinen beworfen wurden. Wir wurden vor dem Gerbertore an die Spree geführt und am Ufer aufgestellt. Es war beabsichtigt alle Juden in die Spree zu stürzen. Diese Ungeheuerlichkeit unterblieb in letzter Minute." *)

*

*). Bautzener Kulturschau. Jg. 13. Bautzen 1963, Heft 11. S. 2-5.

Bericht von Margit Hauser am 10. November 1938 :

"Man sagte mir, daß "sie" die Synagoge angezündet haben. Meine Erschütterung und mein Grauen waren so gewaltig, daß ich ein Taxi rief und meinen Paß nahm.

Dem Chauffeur befahl ich: "Zum Bahnhof; doch zuerst zum Amalienplatz oder wie immer er jetzt heißt."

"Dort brennt's da kann ich nicht hin", war die gleichmütige Antwort.

"Fahren Sie, soweit es geht, ich will – ich muß – also fahren sie schon !"

Der Qualm lag stinkend über den Dächern und trübte das Morgenlicht, das einen schönen Tag versprach. Für einen Augenblick schwindelte es mich, dann ging ich festen Schrittes und unbewegten Gesichtes dorthin, wo der Qualm seinen Ausgang nahm und eine Menschenmenge stand.

Schwarze fensterlose Mauern, das Dach eingestürzt, zerstört der Tempel, begraben mein seit Generationen innegehabter Frauenbetplatz Nr. 9. Nichts war zu hören als das leise Prasseln und Krachen aus dem Innern der Ruine. Die Menge verharrte in eisigem Schweigen und starrte auf das schwelende Gotteshaus. Der eine oder andere der Männer hielt seinen Hut in der Hand.

Ich stand da, atemlos, die Augen weit aufgerissen, keines einzigen klaren Gedankens fähig außer dem einzigen: vorbei – vorüber.

"Hat sich's gelohnt? " fragte der Chauffeur begierig. "Das war richtig, das mußte einfach sein, wozu brauchen wir das Judenpack . . ."

Aber da befahl ich ihm zum Bahnhof zu fahren. Nur weg. Weit weg . . . [503.)]

*

Dresdner Anzeiger **11. November 1938** **Nr. 310** **S. 7**

Juden legten selbst den Brand an.
Zzg. 11. Nov.

Am Donnerstag früh brach plötzlich im Kaufhaus Bamberger und Hertz Feuer aus. Nach den bisherigen Ermittlungen haben sich die jüdischen Inhaber die Gelegenheit der spontanen Kundgebungen in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag zunutze gemacht, um daraus in echt jüdischer Manier Kapital zu schlagen. Sie haben entweder persönlich oder durch Mittelsmänner den Brand selbst angelegt, um sich dadurch in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen.

Die Juden haben gründliche Arbeit geleistet. Das Konfektionshaus ist vollkommen ausgebrannt. Die Feuerwehr hat lediglich die anderen im Hause befindlichen Geschäftsräume vor den Flammen bewahren können. Die Geschäftsinhaber wurden unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges in Haft genommen.

(Das Kaufhaus Bamberger und Herz war in Leipzig. Anm.)

Sächsischer Postillon 11. November 1938 Nr. 254. Jg. 154 Seite 3

Dresden. Die Synagoge ist ausgebrannt. In den Morgenstunden des Donnerstag brachen aus der Kuppel der Synagoge Flammen. Da das Gebäude in der Zeughausstraße eng an andere Gebäude grenzt, mußte die Feuerwehr alle Kraft auf den Schutz der Nachbargebäude verwenden. (!) Es gelang aber den Brand auf seinen Herd zu beschränken, der Tempel brannte aber völlig aus.

Die Empörung der Bevölkerung wegen der feigen Mordtat in Paris machte sich in Demonstrationen und Zertrümmern verschiedener Schaufenster jüdischer Geschäfte Luft.

Dresdner Anzeiger 12. / 13. November 1938. Nr. 311 Seite 6 / 7

Die Brandruine der Synagoge verschwindet.

Unter dem Bauschutt der Brandruine der Synagoge befinden sich noch glühende Teile, und die Feuerwehr mußte schon wiederholte Male wieder nach der Brandstelle ausrücken, um Glutherde abzulöschen.

Um diese Gefahr und zugleich die Einsturzgefahr der Brandruine – eine der Mauern ist bereits eingestürzt – zu beseitigen, hat jetzt die Technische Nothilfe mit dem Abbruch der Brandruine begonnen.

Einige Tage später erwartete der Sächsische Innenminister "Erfolgsmeldung" über den Abriß der Synagogen in Sachsen. In kurzen Sätzen meldeten die Bürgermeister das Zerstörungswerk:

"Abbruch der Brandruine der Synagoge fristgemäß durchgeführt."
". . . das Symbol des rassischen Erbfeindes . . . endgültig ausgelöscht . . ."

Für die Zerstörung des Tempels und die Abfuhr der Schuttmassen mußte die Israelitische Gemeinde die volle Zahlung leisten. Die Versicherungsansprüche gingen an das (nazistische) Reich über. [504.)]

Dresdner Anzeiger 12. / 13. November 1938. Nr. 311 Seite 6/7

Bretterverschläge vor Judenläden.

In allen jüdischen Geschäften, deren Scheiben in der Nacht zum Donnerstag zertrümmert worden waren, sind nunmehr die Auslagen völlig ausgeräumt, sodaß sie scheibenlos und leer daliegen; vielfach sind auch Bretterverschläge angebracht worden, hinter denen aber gleichfalls die Auslagen geräumt geblieben sind.

Den Straßenpassanten wird dadurch erst jetzt deutlich, wie viele jüdische Geschäfte auch noch in Dresden vorhanden waren. Diese Geschäfte wären längst verschwunden gewesen, wenn nicht immer noch Volksgenossen ihren Bedarf in solchen Läden gedeckt hätten.

Die Machenschaften der Juden in der Welt müßten doch längst allen Volksgenossen die Augen über das internationale, zum Kriege gegenDeutschland hetzende Judentum geöffnet haben. In Deutschland wird jedenfalls nunmehr durch Gesetzgebung die Antwort auf die feige Pariser Mordtat gegeben werden.

*

c. Die Verhaftungswelle

Unmittelbar nach der "Kristallnacht" erfolgten die willkürlichen Verhaftungen von Juden. Schilderungen geben das Bild dieser Vorgänge wieder.

Bericht von Max Reinhold:

"Vormittags am 10. November 1938 wurde ich von zwei Kriminalbeamten verhaftet. Auf meine Frage nach einem Haftbefehl wurde mir geantwortet, daß dieser im Polizeipräsidium vorläge. Ich wurde in das Zentralgefängnis in der Mathildenstraße eingeliefert. Während meine Personalien aufgenommen wurden kamen noch weitere verhaftete Juden an. Bis zum 22. Dezember 1938 war ich dort inhaftiert. Während meiner Haftzeit erfuhr ich, daß in der meinem Vater gehörenden Kohlengroßhandlung Jacob Reinhold ein "arischer" Verwalter eingesetzt wurde, der sich um die Geschäftsbelange kümmerte. Ich war der Geschäftsführer der Kohlenhandlung und die Waren kamen direkt von den Kohlengruben zur Industrie und Handel. Der "arische" Treuhändler besorgt demzufolge nur das Inkasso-Geschäft, da keine Schulden vorhanden waren.

Entlassen wurde ich nur unter der Bedingung, daß ich sofort aus Deutschland ausreise. Dieses betrieb ich sofort und konnte mich nicht mehr um das Geschäft kümmern. Die Auflösung erfolgte noch Ende 1938." [505.)]

Bericht von Albert Hirsch:

"Am 10. November 1938 erschienen morgens gegen 10.00 Uhr zwei Gestapo-Beamte und eröffneten mir, daß ich verhaftet sei. Ein Haftbefehl lag nicht vor.

Ich wurde in das Polizeipräsidium gebracht. Dort waren schon eine große Anzahl verhafteter Juden und wir mußten lange warten bis unsere Personalien notiert wurden. Erst dann kam ich mit noch einem anderen Juden in eine Zelle.

Tags darauf mußten wir früh um 7.00 Uhr im Gefängnishof antreten, wurden in Kolonnen eingeteilt und marschierten durch die Stadt zum Gestapo-Haus, hinter dem Hauptbahnhof. Wieder wurden wir registriert und dann im Hauptbahnhof in Personenwaggons untergebracht. Die Bewachung bestand aus jungen Polizeischülern, von denen einer im Waggon anwesend war. Während der Fahrt – wir wußten nicht wohin – mußten wir gebückt sitzen, damit von außen nicht die Menschen im Zuge zu sehen waren. Wer sich nur aufzurichten versuchte, wurde mit dem Koppel über den Kopf geschlagen. Es gab mehrere Verletzte.

In Weimar blieb der Zug stehen und wir mußten gegliedert antreten. Wir wurden abgezählt und die uns begleitenden Polizisten übergaben uns "feierlich" den dort schon wartenden SS-Männern. Es standen eine Reihe Lastkraftwagen bereit, auf die wir mit Schlägen getrieben wurden. Dann setzten sie die Autos in Bewegung. Unser Endziel war das KZ-Buchenwald." [506.)]

Bericht von Walter Meyer:

In der Kristallnacht und im Gefängnis

Am 9. / 10. November 1938 gegen 24.00 Uhr erschienen in meiner Wohnung zwei Polizeibeamte und ein SS-Mann mit einem Haussuchungsbefehl. Sie wollten nach Waffen suchen und benahmen sich sachlich und anständig. Ich besaß noch viele Sportgeräte, Säbel, Luftgewehre, das gesamte Paukzeug meiner B.C. (Studenten-) Korporation, dutzende Schläger, Bandagen und meinen Säbel aus dem 1. Weltkrieg. Die Polizeibeamten stellten fest, daß dies nicht die gesuchten "Waffen" sind und forderten mich auf, alle diese Gegenstände am nächsten Tag im Polizeirevier abzuliefern.

Am nächsten Morgen riefen mich Freunde und auch deren Frauen an, daß die Synagoge brennt und viele männliche Juden verhaftet wurden. Man legte mir nahe, "zu verreisen".

Trotzdem (!) fuhr ich pünktlich wie immer in mein Geschäft. Ein Prokurist, der mehr als 40 Jahre bei uns tätig war, sagte:
"Die brennende Synagoge gibt Ihnen wohl auch einiges zu denken? "
So fuhr ich zum Gemeindeamt um zu sehen, ob ich helfen könnte. Vor den Trümmern der Synagoge fand ich eine Meute "Volksgenossen", drängte mich auch durch die absperrenden Polizisten hindurch und fand im Gemeindeamt GESTAPO – Beamte herumwühlen und die wenigen jüdischen Angestellten schikanierend. Ein kleiner, dicker GESTAPO-Mann, offenbar der Anführer, fragte mich was ich hier wolle und forderte mich "zum Verschwinden" auf. Daraufhin sprach ich noch mit Dr. Saalheimer, dem Leiter des Gemeindebüros und fuhr nach Hause. Ich packte die "Waffen" in mein Auto und brachte diese zum Polizeirevier. Dort wurde ich gefragt, ob dies alles wäre. Daraufhin sagte ich, daß ich noch im Keller meines Geschäftes noch einen ganzen Schrank voller Paukzeug hätte. So begleiteten mich zwei Beamte und luden die Utensilien auf, die ich wieder zur Polizei brachte. Die ganze Wache war mit den "Waffen" ausgefüllt und die Beamten waren ratlos. Sie telefonierten mit dem Polizeipräsidium. Nach einiger Zeit erschien ein höherer Polizeibeamter, bat höflich um meinen Kriegssäbel und verhaftete mich "Im Namen des Volkes".

Rückblickend muß ich sagen, daß ich einen Schutzengel hatte, denn fast alle Dresdner kamen in ein Konzentrationslager (Buchenwald). Dagegen war der Aufenthalt bei der POLIZEI – nicht bei der GESTAPO – wegen "Waffenbesitzes" eine bevorzugte Behandlung. Bei vielen alten Polizeibeamten hatten die Nazis das Rechtsempfinden noch nicht ganz abtöten können, dies geschah erst etwas später . . .

Nachdem ich drei Monate in Untersuchungshaft war, wurde mir ein rotes Formular vorgelegt:

> *". . . mit Einverständnis von Hinterlegung von RM . . . . . in einem Reisebüro für eine im Ausland befindliche Deviseninländerin . . . mit drei Monaten Gefängnis bestraft, die durch die Untersuchungshaft abgegolten sind."*

(Die Deviseninländerin war meine Braut, die am 28. Oktober 1938 nach Polen abgeschoben wurde.)

Zuvor hatte die GESTAPO mir im Gefängnis die Unterschrift zum Verkauf meines Geschäftes erpreßt und mir danach eine "Ausweisung aus dem Reich" vorgelesen. Über meine Argumentationen, daß sich meine Familie fast 1000 Jahre in Deutschland und seit dem 17. Jahrhundert in Dresden lebte, und daß ich Kriegsteilnehmer 1914 – 1918 war, lachten nur die Gestapo-Männer. Mir wurde versichert, daß nach meiner "Ausreise" weder meiner Mutter, noch meiner Schwester etwas geschehen würde.

Am 24. August 1939 landete ich in Dover (England) nur mit einem Visum für das Richborough Refugee Camp (no work or occupation!). Für meine Mutter und Schwester konnte ich in England keine Visen erhalten. Sie wurden später von den Nazis ermordet.

Nach der "Kristallnacht" wurden in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert:

Chemnitz	171 Personen
Dresden	151 Personen
Erfurt	197 Personen
Halle / Saale	124 Personen
Leipzig	270 Personen
Magdeburg	375 Personen
Gesamt :	1.288 Personen [507.)]

Da in den KZ-Listen von Buchenwald nur 151 Dresdner Juden verzeichnet waren, dürfte diese Zahl nicht richtig sein. Ehemalige Häftlinge die in Buchenwald inhaftiert waren, berichten, daß sich dort m e h r e r e H u n d e r t Juden aus Dresden befanden.

*

Mordaktion in der "Kristallnacht"

Auch vor brutalem Mord schreckten die Nationalsozialisten nicht zurück. In Dresden fand am 12. Januar 1939 gegen vier SA- und SS-Männer aus Chemnitz vor dem Obersten Parteigericht der NSDAP im Rahmen eines Disziplinarverfahrens (!) eine Hauptverhandlung wegen der Ermordung des jüdischen Direktors des Kaufhauses Tietz in Chemnitz, Hermann Fürstenheim, statt, der in der Nacht vom 9. / 10. November 1938 bestialisch im Keller seiner Villa in Chemnitz erschossen wurde.

Im Urteil des Obersten Parteigerichtes in Dresden wurden die vier Angeklagten NS-Funktionäre mit (nur) einer Verwarnung bestraft. Außerdem wurde ihnen das Recht zum Tragen einer Schußwaffe auf die Dauer von einem Jahr aberkannt.

Nach 1945 sind in der Bundesrepublik (West) Deutschland zwei Mitbeteiligte an diesem Mord vor Gericht gestellt worden. Zwei Angeklagte entzogen sich dem Gericht durch Flucht, vermutlich in das Ausland. [508.)]

*

Judenhetze in der Presse:

Der Freiheitskampf 16. November 1938. Nr. 316 Seite 4

Als Sachsen unter Judas Geißel stand.

Der Nationalsozialismus tilgte ein System der Schande und des Verbrechens.

Dresden, 15. Nov. Wenn in diesen Tagen erneut die Einheit unseres Volkes auch in seiner **Stellung gegen das Judentum** *zum Ausdruck kommt, so ist das ein Zeichen mehr dafür, auf welche wunderbare Weise die Nation gesundet ist. Denn wir wissen sehr genau, daß es nicht immer so war, daß einstmals gerade im Ringen um unsere völkische Reinheit und im Kampf gegen die jüdische Großmachtstellung ein großer Volksteil beiseite stand und keinerlei Einsicht für diesen Kampf aufbrachte .*

Einundeinhalbes Jahrzehnt Arbeit und unermeßliche Opfer der einzelnen Parteigenossen gehörten dazu, um nach und nach, man möchte fast sagen Volksgenosse für Volksgenosse, davon zu überzeugen, wie ungeheuer notwendig für den Aufstieg des Reiches die **Reinigung vom Juden** *und die* **absolute Trennung** *alles Deutschen vom Jüdischen ist.*

Was Jahrhunderte versäumt hatten, galt es aufzuholen. Dabei mußten marxistische Verbohrtheit, die sich auf Gedeih und Verderben dem Juden verschworen hatte, und bürgerliche Lauheit, Unwissenheit und falsch angebrachte Sentimentalität überwunden werden. Das war oft sehr schwer. Von wem die Juden wußten, daß er hinter ihre Schliche und Umtriebe gekommen war, auf den stürzten sie sich. Sie zwangen oft selbst Arier dazu, ihn zu boykottieren oder brotlos zu machen. Geistig weniger, finanziell umso mehr begabte jüdische Sprößlinge, die damals die höheren Schulen bevölkerten, erzwangen oft von den Schulleitungen die Ausschließung deutscher Schüler die aus ihrer nationalsozialistischen Gesinnung kein Hehl machten und die das flegelhafte, anmaßende und aufreizende Benehmen der Judenjungen nicht dulden wollten.

Der deutsche Mensch ist leider leicht vergeßlich. Es ist eine Eigenart unserer Rasse, großzügig zu sein und zu vergeben. Nie aber wollen wir vergessen, was der Jude aus Deutschland machte, als er den Traum seiner Sehnsucht 1918 verwirklichen konnte und 15 Jahre über Deutschland uneingeschränkt thronen konnte.

Auch wir im Gau Sachsen erlebten damals tagtäglich Beispiele jüdischer Frechheiten, Unverfrorenheiten und Verbrechen. Vielleicht ist das mit die Ursache gewesen, daß in Sachsen die ersten Ortsgruppen außerhalb der bayrischen Heimat der nationalsozialistischen Idee entstanden sind, und wir bereits in den ersten Jahren der Geschichte unserer Bewegung zahlreiche nationalsozialistische Hochburgen hatten, denn in unserem Gau erwachte die gesunde deutsche Ablehnung des Judentums nach 1918 mit zuerst, weil sich der Jude hier am maßlosesten benahm und alle üblen Eigenschaften seiner Rasse enthüllte.

Wohin wir damals sahen und faßten, überall waren Juden. Sie saßen auch in Sachsen im Landtag und in den Stadtparlamenten. Ihre Korruptionsskandale stanken zum Himmel. Juden beherrschten und begaunerten die Wirtschaft. Überall machten sie ihren "Rebbach". Jüdische Kaufleute konnten sich alles erlauben. Juden saßen in der Justiz, und zwar nicht nur zu Hunderten als Rechtsanwälte, sondern sogar – man will es heute kaum mehr glauben – als hohe Richter. In Dresden, Leipzig, Plauen usw. gab es jüdische Staatsanwälte, deren Willkür Nationalsozialisten ausgeliefert waren.

Sächsische Zeitungen waren in der Hand des Juden. Die sonstige jüdische "Literatur" wurde zu einem großen Teil in Sachsen gedruckt. Was Juden schrieben, konnte es noch so blöde und schmutzig sein, wie es wollte – es wurde doch veröffentlicht.

Man will es nicht mehr glauben, daß es einmal möglich war, daß in Plauen i. V. im Dezember 1930 zwei Staatsschulen ihre sämtlichen Schüler und Schülerinnen auf Wunsch irgendeines Hebräers mitten während des Unterrichtes in die Synagoge führten, wo ihnen ein jüdischer Prediger dreist einen Vortrag über den "Wert des Judentums für Deutschland" hielt, während er die christliche Religion verhöhnt und selbst die **elementarsten deutschen Gundsätze der Sittlichkeit** *verwarf.*

Als die nationalsozialistische Landtagsfraktion Sachsens dieses empörende Vorkommnis aufgriff – das "Der Freiheitskampf" wie so manchen anderen Judenskandal damals gebührend angeprangert hatte, so kam es zu einer stürmischen Landtagssitzung, in der die Marxisten ihren jüdischen Freunden nach Kräften beistanden.

Der Weg zur Einheit der Deutschen mußte, das war für alle Nationalsozialisten klar, über die einmütige Erkenntnis dieses rassefremden Volksfeindes führen . . . Die Welt der Schaffenden und der Raffenden werden immer voneinander getrennt sein. Deutsche Menschen und Juden werden ewig zwei getrennte Begriffe sein und bleiben.

Hannes Melchior.

Am 30. Januar 1939 gab Adolf Hitler im Reichstag eine öffentliche Erklärung ab in der er die "Vernichtung der jüdischen Rasse im kommenden Krieg" ankündigte.

Zwei Monate später wurde in Dresden eine volksverhetzende Ausstellung unter der Bezeichnung "Der ewige Jude" der Bevölkerung dargeboten.

Der Freiheitskampf 25. März 1939 Seite 2

Die Judenfrage Schlüssel zur Weltgeschichte.

Gauleiter Martin Mutschmann eröffnete die politische Schau
" DER EWIGE JUDE "

Dresden. "Der Jude ist der einzige Störenfried in der Welt. Diese Erkenntnis muß sich immer mehr durchsetzen." Mit diesen Worten eröffnete Mutschmann die große politische Schau "Der ewige Jude" am Freitagvormittag im Ausstellungspalast in der Leneèstraße in Dresden.

Daß der Gauleiter die Eröffnung selbst vornahm und daß alle führenden Männer der Partei, unter ihnen Staatsminister Lenk, SA-Obergruppenführer Schepmann, die SS-Gruppenführer Berkelmann und Koppe, NSKK-Gruppenführer Lein, NSFR-Zimmermann, Generalarbeitsführer von Alten und Polizeipräsident SS-Oberführer Herrmann, sowie sämtliche Ortsgruppenleiter des Kreises Dresden daran teilnahmen, beweist die ungeheuere Bedeutung dieser Schau.

Seit mehreren Tagen schon grinst den Dresdnern von ungezählten Plakaten in der Stadt eindringlich mahnend die jüdische Fratze entgegen. Wie sehr es notwendig ist dem Weltfeind Juda diese Maske vom Gesicht zu reißen, das wird jeder mit aller Deutlichkeit erkennen, der diese Schau gesehen hat.

*

Freiheitskampf (NS-Publikation) 25. März 1939. Seite 2

Die Judenfrage Schlüssel zur Weltgeschichte

Gauleiter Martin Mutschmann eröffnete die politische Schau „Der ewige Jude"

Dresden, 24. März (Eig. Bericht)

„Der Jude ist der einzige Störenfried in der Welt. Diese Erkenntnis muß sich immer mehr durchsetzen." Mit diesen Worten eröffnete Gauleiter Martin Mutschmann die große politische Schau „Der ewige Jude" am Freitagvormittag im Ausstellungspalast an der Lennéstraße in Dresden. Die Ausstellung, die bereits in München, Wien, Berlin und Bremen allergrößte Beachtung fand, wird nunmehr vier Wochen lang in Dresden zu sehen sein und der Bevölkerung an Hand eines eindrucksvollen Materials zeigen, daß die Judenfrage tatsächlich der Schlüssel zum Verständnis der wichtigsten weltpolitischen Zusammenhänge unserer Zeit ist.

Daß der Gauleiter selbst die Eröffnung vornahm, und daß alle führenden Männer der Partei, unter ihnen Staatsminister Lenk, SA.-Obergruppenführer Schepmann, die SS.-Gruppenführer Berkelmann und Koppe, NSKK.-Gruppenführer Lein, NSFK.-Grupenführer Zimmermann, Generalarbeitsführer von Alten und Polizeipräsident SS.-Oberführer Herrmann, sowie sämtliche Ortsgruppenleiter des Kreises Dresden daran teilnahmen, beweist die ungeheure Bedeutung dieser von der Kreisleitung der NSDAP. veranstaltete Schau.

Seit mehreren Tagen schon grinst uns von ungezählten Plakaten in der Stadt eindringlich mahnend die jüdische Fratze entgegen. Im schmierigen Kaftan und struppigen Bart, in der einen Hand seine schärfste Waffe, das Geld, in der anderen die Knute haltend, die der internationale Jude bereits über Rußland schwingt, so tritt er uns hier entgegen. Und wir müssen lernen, ihn so zu sehen, wie er in Wirklichkeit ist, da er es nur allzu gut verstanden hat, sich zu tarnen und in der Maske des Biedermannes seinen schmutzigen Geschäften nachzugehen. Wie sehr es notwendig ist, dem Weltfeind Juda diese Maske vom Gesicht zu reißen, das wird jeder mit aller Deutlichkeit erkennen, der diese Schau gesehen hat.

Kreisleiter Walter dankte in seinen Begrüßungsworten zunächst dem Gauleiter dafür, daß er diese sehenswerte Schau nach Dresden gebracht hat. Dies sei für uns eine Auszeichnung, deren wir uns würdig erweisen müssen. Zu der so bitter notwendigen Aufklärung über die Judenfrage werde diese Ausstellung wesentlich beitragen.

Vier Wochen lang, so betonte Gauleiter Martin Mutschmann dann in seiner Ansprache, wird die Ausstellung „Der ewige Jude" in Dresden zu sehen sein. Im Hinblick auf die große politische Bedeutung dieser Schau sei dies eigentlich eine viel zu kurze Zeit. Denn die Judenfrage ist das A und O allen politischen Denkens und Handelns, sie ist der Schlüssel zur Weltgeschichte.

Wenn Deutschland unter Adolf Hitler heute Weltgeschichte treibt, so fuhr der Gauleiter fort, dann ist das nur dadurch möglich, daß der Führer das Judenproblem bis in seine letzten Zusammenhänge hinein kennt. Auch wir müssen bei unserer ganzen Lebens- und Schicksalsgestaltung von der Erkenntnis dieses Problems ausgehen, zumal der Jude in anderen Ländern noch immer versucht, sich an der Macht zu halten und uns durch Boykott und Kriegshetze ins Verderben zu stürzen. Aber auch die anderen Völker werden allmählich die Geißel der Welt erkennen und den Kampf gegen das Judentum mit uns aufnehmen müssen.

Der Jude ist der einzige Störenfried in der Welt. Diese Erkenntnis müsse sich immer mehr durchsetzen. Und dazu könne diese Schau einen wertvollen Beitrag liefern.

Mit dem Wunsche, daß diese Ausstellung in Dresden denselben Erfolg wie in München, Wien, Berlin und Bremen haben möge, erklärte der Gauleiter die Schau für eröffnet.

Hierauf besichtigte der Gauleiter mit den führenden Männern der Partei die reichhaltige Schau, die alle Seiten des jüdischen Problems anschaulich und allgemeinverständlich beleuchtet, eingehend und mit großem Interesse.

Paris und London starr vor Wut

Die Wirkung des Vertrages mit Rumänien auf die demokratischen Lügner

Dresden, 24. März

Der Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsabkommens hat in der ganzen Welt, vor allem aber bei den demokratischen Staaten, die ihn noch bis zuletzt durch die Lüge von einem Ultimatum Deutschlands an Bukarest zu hintertreiben suchten, größtes Aufsehen erregt. Während Rumänien das Ergebnis mit größter Befriedigung würdigt, sind England und Frank-

daß Rumänien von allen Einflüsterungen abrückt, die es gegen seine natürlichen und nationalen Interessen als Handlanger der britischen Politik benutzen wollen.

In Frankreich hat, wie unser Pariser hw-Vertreter mitteilt, der Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages im wahrsten Sinne des Wortes die Wirkung einer Bombe gehabt. Allgemein wird dem Gefühl Ausdruck gegeben, daß Deutschland nunmehr in der Lage

Massive Judenhetze

Lea Grundig : **Propagandazug "Der ewige Jude"**

"Einmal führte mich der Weg auf den Albertplatz. Ich wartete an der Straßenbahnhaltestelle, als Marschmusik einen Umzug ankündigte. Und da sah ich es.

Es war ein Propagandaumzug für die Ausstellung "Der ewige Jude". Dort war alles konzentriert, war Julius Streicher in seinem "Stürmer" an verbrecherischer Dummheit, an niederträchtigen Lügen und gemeinem Unflat angehäuft hatte.

Große Bilder und Figuren wurden mitgetragen. Da war mit großem Raffinement mit der krummen, hängenden Nase, den Wulstlippen, der kurzen Stirn und dem Kraushaar das widerwärtige Gesicht des Kapitalisten vereint: seine kaltschnäuzige Berechnung, seine herzlose Schläue, seine betrügerische Gemeinheit.

So wurde geschickt der allgemeine gefühlsmäßig Antikapitalismus abgelenkt und und abgeleitet auf den "Juden", den es als einheitlichen Typ überhaupt nicht gab.

Kinder liefen mit dem Zug und lachten wie über Karnevalsscheusale. Aber mit freudigem Erstaunen sah ich, daß sehr viele der Erwachsenen teilnahmslos dabeistanden. Ihr völliger Mangel an begeisterter Zustimmung war auch eine Demonstration. Einige lösten sich und kehrten dem Umzug den Rücken. Ich stand und schaute und beobachtete. Wir Juden hatten lernen müssen, rasch und gründlich in Menschengesichtern zu lesen, immer auf der Suche nach solchen, die nicht dafür waren, die Bedenken, Ablehnung oder Haß empfanden. Und so sah ich — und ich täuschte mich kaum —, daß dieser Unflat vielen zuwider war.

"Der Jude ist der Teufel!" Und wahrhaftig, da war ein krummnasiger Teufel gemalt, der eigentlich seinen Platz im 13., 14. Jahrhundert hatte und im 15. und 16. schon altes Gerümpel war. "Dem deutschen Mann der deutsche Hut!" Und so fort. Man hätte lachen können, wenn es nicht eine Beleidigung für die Menschen gewesen wäre, aus deren Mitte Goethe, Schiller, Marx, Einstein und die Brüder Mann hervorgegangen waren.

Hier war nun beileibe kein Protest, aber ein stummes Nichtmitmachen zu spüren gewesen, und das hatte ich gefühlt, und es hatte mich um ein Winziges getröstet . . . [509.)]

Am 30. April 1939 erschien ein Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden. Die Juden wurden aus den "arischen" Häusern verjagt und wurden in sogenannte "Judenhäuser" eingewiesen. Die Umsiedlung ging in kürzester Zeit vor sich – meistens zwei Stunden – sodaß die Juden nur ihr nötigstes persönliches Hab und Gut mitnehmen konnten.

Der Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Dresden
Stadtwohlfahrtsamt
zu WM VII L 26/39.

Dresden, 12. 2. 1940
Stadthaus
Theaterstraße 11 / 13

An den
Herrn Regierungspräsidenten

zu Dresden–Bautzen

Zur dortigen Verordnung vom 1. 2. 1940 wird folgendes berücksichtigt:
Nachdem das Stadtrechtsamt erklärt hat, daß nach den Feststellungen und Angaben bei zum Beweise des Gegenteiles Frau Landsberger als Jüdin zu gelten hat, sind auch die Bestimmungen des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Jahr vom 30. 4. 1939 im vorgelegten Falle anzuwenden.

Die Kreisleitung Dresden der NSDAP hat auf Anweisung des Gauleiters in erster Linie die Umquartierung der im Stadtteil Bad Weisser Hirsch wohnenden Juden durchgeführt. Hierunter fiel auch die Wohnung der Frau Anna Landsberger, Wolfshügelstraße 24. II.

Frau Landsberger ist in dem zum JUDENHAUS bestimmten Grundstück in Dresden, Franz-Liszt Straße 6 I untergebracht worden.

Ich bin demzufolge nicht in der Lage, etwas zu Gunsten der Frau Landsberger zu verfügen.

i. A.
(Dr. Brachmann) [510.]

Anfang des Jahres 1940 erfuhren die Dresdner Juden, daß in Annaberg der jüdische Friedhof "eingeebnet" worden sei. Folgende NS-Dokumente bestätigten die Richtigkeit des Gerüchtes:

Der Leiter des Sächsischen
Ministeriums für Volksbildung

Dresden, den 27. Sept. 1939

K: 26 Best
zu III 355

An den
Herrn Landrat zu Annaberg
über den
Herrn Regierungspräsidenten zu Chemnitz

Auf den Bericht vom 31. 8. 1939

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß **der jüdische Friedhof** *in Annaberg sofort geschlossen wird. Die Verweltlichung (Säkularisation) des Friedhofes, d. h. seine Verwendung für andere Zwecke, kann erfolgen, wenn zwanzig Jahre seit der letzten Bestattung (5. April 1935) vergangen sind. Insbesondere kann nach Ablauf dieser Frist die Einebnung des Friedhofs sowie die Ausstattung des Geländes als Grünanlage usw. erfolgen. Dagegen ist von einer Bebauung des Geländes auch nach Ablauf der zwanzigjährigen Frist zunächst abzusehen.*

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß jüdische Leichen künftig andernorts beerdigt werden können.

In Vertretung
gez. Dr. Reutner *)

Der Erste Bürgermeister
der Stadt Annaberg

am 8. April 1940
Nr. IX
Zu III 312

Betrifft: Israelitischer Friedhof in Annaberg

An den Herrn Regierungspräsidenten zu Chemnitz
über den Herrn Landrat zu Annaberg

Ich nahm mit lebhafter Befriedigung von der Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 12. 3. 1940 Kenntnis . . .

Inzwischen ist der Israelitische Friedhof, der am Eingang von Annaberg gegenüber dem Bezirkskrankenhaus lag und bei unserer Bevölkerung berechtigterweise Anstoß erregte, auf Veranlassung der Kreisleitung eingeebnet worden.

. . . Sollten bei der sehr geringen Zahl von Juden, die sich noch in Annaberg aufhalten, sich in den nächsten Jahren Todesfälle ereignen, so werde ich für eine unschädliche und hygienisch einwandfreie Beseitigung der Leichen Sorge tragen.

Für den Ersten Bürgermeister
der Stadt Annaberg

Bürgermeister gez. *)

---

*). Aus dem Stadtarchiv Annaberg. Akten: Loc. II k/IV J. 94./I.

Professor Dr. Victor Klemperer:

Vernehmung bei der Gestapo. 1940

Ich beobachtete immer genauer, wie die Arbeiter in der Fabrik redeten, und wie die Gestapobestien sprachen, und wie man sich bei uns im Zoologischen Garten der Judenkäfige ausdrückte. Es waren keine großen Unterschiede zu merken, nein eigentlich überhaupt keine. Fraglos waren alle, Anhänger und Gegner, Nutznießer und Opfer, von denselben Vorbildern geleitet.

Ich suchte dieser Vorbilder habhaft zu werden, und das war in gewisser Hinsicht über alle Massen einfach, denn alles was in Deutschland gedruckt und geredet wurde, war ja durchaus parteiamtlich genormt. Was irgendwie von der einen zugelassenen Norm abwich, drang nicht an die Öffentlichkeit.

Kaufen auch Ausleihen jeder Art von Buch, Zeitschrift und Zeitung war dem Sternträger verboten. Auch die Bibliothekbenutzung war untersagt. Was man heimlich im Haus hatte bedeutete Gefahr.

Nie in meinem ganzen Leben nie, hat mir der Kopf so von einem Buche gedröhnt wie von Rosenbergs Mythus. Nicht etwa, weil er eine so ausnehmend tiefsinnige, schwer zu begreifende oder seelisch erschütternde Lektüre bedeutete, sondern weil mir der Gestapo-Scherge Clemens den Band minutenlang auf den Kopf hämmerte. (Clemens und Weser waren die besonderen Folterknechte der Dresdner Juden, man unterschied sie allgemein als den Schäger und den Spucker.)

"Wie kannst du Judenschwein dich unterstehen, ein solches Buch zu lesen? "

So brüllte Clemens. Ihm schien das eine Art Hostienentweihung.

"Wie kannst du es überhaupt wagen, ein Werk aus der Leihbibliothek hier zu haben? "

Nur daß der Band nachweislich auf den Namen meiner arischen Ehefrau ausgeliehen war, rettete mich vor dem Konzentrationslager. [511.)]

Zweite Vernehmung

Ich stehe etwa eine Viertelstunde im Treppenhaus, das Gesicht zur Wand. Vorübergehende werfen mir Schimpfworte und Ratschläge zu wie:

"Häng dich doch endlich auf, Judenhund, worauf wartest du noch? "

"Noch nicht genug Prügel bezogen? " . . .

Endlich heißt es: "Raufkommen, aber fix . . . Laufschritte!" Ich öffne die Tür und bleibe vor dem Schreibtisch stehen. Freundliche Anrede:

"Auf zwei Schritt an den Tisch heran, Hände an die Hosennaht und stramm gemeldet: Hier ist der Jude Paul Israel Dreckvieh oder so. Also zurück und hinaus, marsch, marsch . . . "

"Na, sehr zackig war das nicht, Kennkarte her und Papiere und die Taschen ausgeleert, etwas Gestohlenes und Erschobenes habt ihr ja immer bei euch . . . Was Professor bist du? Mensch, du willst unsereins was beibringen? Na, für solche Unverschämtheiten allein gehörst du nach Theresienstadt . . . Nein! Du bist ja noch lange nicht 65, da kommste nach Polen . . .

Der Gestapo-Mann ist gut gelaunt:

„Hast Glück heut, dass wir nichts Verbotenes bei dir finden."

Ich habe die Türklinke in der Hand da ruft er mich zurück:

„Jetzt wird zu Hause für den jüdischen Sieg gebetet nicht? Glotz mich nicht so an, antworte auch gar nicht... Es ist ja euer Krieg – was du schüttelst den Kopf? Mit wem führen wir denn Krieg? Mit den Juden führen wir Krieg, der jüdische Krieg ist es, und wenn du jetzt noch einmal den Kopf schüttelst, hau ich dir eine, dass du gleich zum Zahnarzt laufen kannst. Es ist der jüdische Krieg, der Führer hat's gesagt, und der Führer hat immer Recht..... Raus!" [512.)]

Lea Grundig:

Im Gefängnis

Nummer 216 wurde aufgerufen, und ich schrak zusammen. Der Schlüsselbund klirrte. „Zur Vernehmung!"

Wir sind in ein kleines leeres Zimmer eingetreten. Ein Tisch mit Schreibmaschine und ein Stuhl davor stehen darin, nichts weiter. Nur Geisler ist im Zimmer. Und Sekunden später fliegt mein Kopf hin und her unter den Schlägen. Der Geisler hat mein Haar um seine Faust gewickelt und reisst mich daran.

Die Vernehmung hat begonnen.....

Der Gefängnisdirektor beschied mich zu sich. Und er sagte mir eindringlich:

„Ungeziefer müsse man vernichten, und Juden seien Ungeziefer. Wenn es auch einzelne unter ihnen gäbe, die ganz anständig schienen, so ändere das nichts an der Tatsache, dass sie in der Mehrheit alle Laster, alle Schuftigkeiten in sich trügen..."

Das nächste Mal wartete auf mich der Gestapoknecht Weser. Wir fuhren im Auto zum Haus der Gestapo in der Bismarckstrasse. Hier, in diesem ehemals feinsten Hotel der sächsischen Hauptstadt hatte der Mörderkonzern seine Filiale für Sachsen.... [513.)]

*

Dresdner Gerichtsurteil wegen „Rassenschande".

(M) 13 K Ls 13/40.
49/40

Strafhaft i.a.S!

Im Namen des Deutschen Volkes !

In der Strafsache

gegen den am 29. 1. 1888 in Neiße geborenen früheren Apothekers
Rudolf Israel L e w k o w i t z
aus D r e s d e n , Lüttichaustrasse 28,
z. Zt. im Strafgefängnis Zwickau,

wegen Rassenschande

hat die Strafkammer M des Landgerichts
in D r e s d e n am 29. M a i 1940 für Recht erkannt:
Der Angeklagte L e w k o w i t z wird wegen Rassenschande - Verbrechens nach §§ 2, 5 Abs.2 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. Septembe: 1935 - in 2 Fällen, unter Einbeziehung der gegen ihn durch das Urteil des Landgerichts Dresden vom 23. Februar 1940 - M 64/39 - 16 K Ms 7/40 - erkannten Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis, die in Wegfall gestellt wird, zu einer Gesamtstrafe von

4 - vier - Jahren und 3 - drei - Monaten Zuchthaus

und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 - drei - Jahren verurteilt.

Auf die nunmehr erkannte Gesamtfreiheitsstrafe von 4 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus ist die in dem bezeich-

w e n d e n !

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils gegen Lewkowitz bescheinigt.

D r e s d e n , den 3. J u n i 1940.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle bei dem Landgericht.
Strafkammer II.

514.)

Rudolf Lewkowitz wurde am 18. Dezember 1942 von der Gestapo aus dem Zuchthaus in Zwickau geholt, nachdem der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Dresden unterrichtet wurde, daß Lewkowitz nach dem Konzentrationslager Auschwitz überführt wurde. In Auschwitz ist Lewkowitz vergast und dann im Krematorium verbrannt worden.

XIV. DIE LETZTEN JAHRE DER ISRAELITISCHEN RELIGIONSGEMEINDE DRESDEN

Lea Grundig: Dezember 1939.

„Ich wanderte durch die Prager Strasse, über den Ring, der Frauenkirche zu. Ich sah die Strassen meiner Heimatstadt, um für lange Zeit Abschied von ihnen zu nehmen. Blicke, zum letzten Male, schauen, als ob sie alles zum ersten Male sähen. Noch einmal sah ich die machtvolle Einfachheit der Frauenkirche. Wie eine steinerne Riesenglocke lag sie auf dem grossen Platz. Dort ist mein Elternhaus, und hier geht es zum Zwinger.

In der Jüdischen Gemeinde hilft man mir. Ich kaufe einige Dinge und packe zwei Koffer. Koffer packen – vielleicht für immer. Man muss sie tragen können, es darf nicht zu viel sein; es darf nicht zu wenig sein, denn frieren kann töten.

Dann nahm ich Abschied. Man spricht von Plänen, daß alle Juden nach Polen umgesiedelt werden sollen. Einige haben Gerüchte gehört, reiche Juden in Amerika wollten Geld geben, damit alle Juden wegfahren können. Hoffnungen, an Strohhalme geklammerte Gerüchte, deren Haltlosigkeit die Wünsche nährt. Ist denn der nächste Tag, die nächste Nacht gesichtert? Ich kann fahren, ich werde glühend beneidet, ich kann hinaus aus dem Rachen, der sich jeden Tag zermalmend schließen kann.

Abends zehn Uhr stehe ich im Haus der Gestapo. Ein mürrischer Mann geht mit mir auf den Bahnhof. Zum Prager Zug. Der Zug ist brechend voll. Wir sitzen eingekeilt. In Prag steckt er mich in den Zug nach Wien, dann sagt er mir noch: In Wien sofort auf der Gestapo melden, wenn ich unterwegs aussteige werde ich sofort erschossen. Dann fahre ich allein nach Wien weiter. . . . " 515.)

a. Die Verfügung über Grundbesitz (Raub von Grundstücken)

Über die Anordnung die zur Beraubung des jüdischen Grundbesitzes dienten, sind anschließend aussagekräftige Dokumente wiedergegeben die keines Kommentares bedürfen.

Der Sächsische Minister
für Wirtschaft und Arbeit

An den
Herrn Reichsminister für
Ernährung und Landwirtschaft
Berlin W 8

Dresden=N . 6, 2. Dez. 1938
Az. IV 3: J 340
–VIII– 16659/38

Betr.: Land– und forstwirtschaftliche Grundstücke im Eigentum von Juden.

Zu dem Erlaß vom 15. November 1938 überreiche ich in der Anlage eine Übersicht über die im Land Sachsen vorhandenen land– und forstwirtschaftlichen Grundstücke, die sich im Eigentum von Juden deutscher Staatsangehörigkeit befinden.

Im Auftrag:
(Unterschrift) 516.)

Gesamtübersicht

über die Arisierung landwirtschaftlicher Grundstücke auf Grund der Verordnung vom 3. Dezember 1938 (RGBl. I. S. 206).

Kreis	Gesamtflächeninhalt der landw. Grundstücke a. Eigentum von Juden		b. davon in Eigentum v. Ariern überführt		Prozentsatz der arisierten Grundstücke Sp. 4 von den jüdischen Grundstücken Sp. 3		Bemerkungen
	Gesamtzahl	Fläche ha	Gesamtzahl	Fläche	Gesamtzahl	Fläche ha	
2	3		4		5		6
Leipzig, Land- und Stadtkreis	7	38.362	4	29.062	57,14%	76,2%	
Grimma	1	7.013	1	7.013	100 %	100 %	
Summe i. Regierungs-Bezirk Leipzig	8	45.375	5	36.075	62,5%	79,5%	
Plauen, Stadtkreis	1	0.365	1	0.365	100 %	100 %	
Schwarzenberg	1	6.157	-	-	-	-	
Summe im Reg. Bez. Zwickau	2	6.522	1	0.365	50 %	5,5%	
Chemnitz	3	35.998	2	12.866	66 2/3 %	35,76%	
Summe im Reg. Bez. Chemnitz	3	35.998	2	12.866	66 2/3 %	35,76%	
Dresden, Stadtkreis	2	26.133	1	24.564	50 %	93,9%	
Freiberg	2	23.075	-	-	-	-	
Dippoldiswalde	1	0.542	-	-	-	-	
Bautzen	1	1.455	-	-	-	-	
Pirna	2	90.694	1	89.942	50 %	99,1%	
Grossenhain	1	159.582	-	-	-	-	
Summe i. Reg. Bez. Dresden-Bautzen	9	301.481	2	114.506	22,2%	37,9%	
Gesamtsumme im Land Sachsen:	22	389.376	10	163.812	45,2%	42,08%	517.)

Gemeinde in der das Grundstück liegt	a) Name und Wohnort des jüdischen Veräußerers b) Staatsangehörigkeit	Erwerber des arisierten Grundstücks	Grundstücksgröße bei den Verkäufen ha	Kaufpreis RM (einschließlich Ausgleichszahlung)
Dresden-Bühlau Kreis Dresden	a) Dr. Rich. Isr. Elb u. Leonore Sara Heller in Dresden b) D. R.	Sächs. Bauernsiedlung GmbH in Dresden	1.206 ha	4: 1865,– 5: 50000,–
Wüstenbrand Kr. Chemnitz	a) Martha Sara Stern Dresden u. Mimi Kauf, geb. Stern, Paris. b) D. R.	Land Sachsen	0.929	Eigentumsverzicht
Adelsberg Kr. Chemnitz	a) Mayer Sinath's Erben, Chemnitz b) D. R.	Sächs. Bauernsiedlung GmbH in Dresden		7675,–
Eythra Kr. Leipzig	a) Oscher gen. Oskar Radziwiller in Eythra b) D. R.	Maria Anna Tramer in Eythra	1390 qm	1300,–
Groß- und- Debitzdeuben Kr. Leipzig	a) Adolf Goldschmidts Erben b) D. R.	Aktienges. Sächs. Werke, Dresden	12,77,6	18000,–
Cämmerei Kr. Grimma	a) Berthold, Löwenstein und Ida Löwenstein, Solothurn b) D. R.	Friedrich Ott Carl, Leipzig	7,013	6000,–
Prossen Kr. Pirna	a) Fritz Heller Dresden b) D. R.	Sächs.Bauernsiedlung GmbH in Dresden		29617,–
Lausen Kr. Leipzig	a) Kurt Ferdinand Staffelstein u. Jenny Gaspary, Großlichterfelde, Weimar. b) D. R.	Eheleute Pohl Lausen Willy Fuchs	0,970 10,640	40000,–
Plauen	a) Fa. Gebr. Leupold Plauen b) D. R.	Sächs. Zellwerke A.G. in Plauen	3650 qm	1096,– 518.)

Der Sächsische
Minister für Wirtschaft und Arbeit

Dresden–N. 6, den 10. Febr. 1939

Az. II 4 d: 17 d Allg./39
zu VIII.

An den
Herrn Reichsminister für
Ernährung und Landwirtschaft,

Berlin – W 8,
Wilhelmstrasse 72

Betr.: Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke im Eigentum von Juden.

.....Infolgedessen habe ich die Landräte, Oberbürgermeister der Stadtkreise und Bürgermeister der Städte, denen die Befugnisse der unteren Staatsverwaltungsbehörde v o l l übertragen sind, veranlasst, mir einzubereichen, welcher forst- und landwirtschaftliche Besitz sich in den Händen von Juden befindet. Sobald mir die Übersicht vorliegt, werde ich sie Ihnen einreichen. Eine Aufstellung über das auf Grund der bisherigen Übersicht in Sachsen befindliche land- und forstwirtschaftliche Vermögen von Juden füge ich bei. Da diese Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben kann, habe ich abgesehen, den Feststellungsvermerk anzubringen.

Im Auftrag:
(Unterschrift) 519.)

Hierzu:

1 Aufstellung

Der Sächsische
Minister für Wirtschaft und Arbeit

Dresden=N. 6, am 22. April 1939

Az. II d: 17 Allg. Bsg
zu VIII 30742/38 III u.
VIII 14481/39

An den
Herrn Reichsminister für
Ernährung und Wirtschaft
Berlin W 8

Betr.: Güter im Besitz von Juden.
Erlass v. 15. u. 16. März 1939.

In der Anlage überreiche ich ein vorläufiges Verzeichnis der im Lande Sachsen im Eigentum von Juden stehenden land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke. Das Verzeichnis umfasst 40 Eigentümer mit 772,347 ha Land.

Erörterungen über verschiedene Besitzstände sind noch im Gange.

Im Auftrag:
(Unterschrift) [520.]

Mit:
1 Verzeichnis in 2 Stck.

Übersicht
über die im Lande Sachsen vorhandenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke, die sich im Eigentum von Juden deutscher Staatsangehörigkeit befinden.

Eigentümer	*Wohnort*	*Lage des Grundstückes*	*Grösse*	*Wert RM.*	*Bemerkungen (verpachtet u. ä.)*
	I. Regierungsbezirk Dresden – Bautzen.				
Fromm, Max	Dresden	Flamberg	0,99 ar 80 qm	200,–	Eigentum 22/140
Masch, Siegmund	Dresden	Friedland		30.116,–	
Mannheim, Machel, Manasse	Dresden Blasewitz	Margonin	1,00 ha	400,–	
Müller, Erika	Dresden	Weisswasser	0,5200 qm	2.980,–	Anteil 5/48
Müller, Dr. Johannes	Dresden	Rähnitz	?	30.000,– bis 40.000,–	
Schweig, Irmgard	Dresden	Weisswasser	0,5200 qm	2.980,–	Anteil 5/48
Hofmann, Paula	Dresden Blasewitz	Mittenwald		2.500,–	
Mosbacher, Dr., med. Benjamin	Harta	Spital am Semmering		2.137,–	
Heim, Gertrud	Oberrödern	Oberrödern	4 ha 68,90 ar	2.390,–	Einheitswert 1935
Kiebitz, Willy	Goldbach	Goldbach	1,800 qm	5.355,–	
Tannert, Auguste	Wehrsdorf	Wehrsdorf	?	10.160,–	Anteil 1/4
Hoffmann, Werner	Dresden	Meiningen	?	9.635,–	Anteil 1/10=964
Guttmann, Melanie	Dresden	Dresden	1,445 ha	14.000,– [521.]	

Der Sächsische
Minister für Wirtschaft und Arbeit

Dresden=N. 6, den 3. Sept. 1940

Geschäftszeichen:
II 4c: 9d W/40
zu VIII B 2 14 593/40

Berichterstatter:
Ob. Reg. Rat Dr. Vater

An den Herrn
Reichsminister für
Ernährung und Landwirtschaft

Berlin W8
Wilhelmstrasse 72

Entjudung des Grundstückes Blatt 319
des Grundbuches für die Stadt Wehlen

Der ..... Jude und Kaufmann Gerhard Cohn ist Eigentümer des Grundstückes Blatt 319 des Grundbuches für die Stadt Wehlen. . . . weil ein öffentliches Interesse an der Veräußerung des Grundstückes an die Stadt Wehlen besteht, die das Grundstück zur Errichtung des Hitlerjugendheimes benötigt. Ich habe dem Vertreter des Juden Cohn . . . aufgegeben, das Grundstück innerhalb eines Monats vom Tage der Zustellung der Verfügung ab zu veräußern. Ich beabsichtige, auf Vorschlag der Industrie- und Handelskammer Dresden als Treuhänder den Bankprokuristen Arthur Walther . . . einzusetzen.

Auf Grund des Erlasses vom 21. März 1940 bitte ich Sie, zu den treffenden Zwangsmaßnahmen die Zustimmung des Herrn Reichsministers der Justiz einzuholen.

Im Auftrag
(Unterschrift) 522.)

Der Reichsminister
für Ernährung und Landwirtschaft
Gesch. Nr. VIII B 2. 15781

Berlin, den 11. Sept. 1940
Ref.: Reg. Dir. Wex
Exp. AR Ritter

An den
Herrn Sächsischen
Minister für Wirtschaft und Arbeit

in Dresden

Abschrift von 1)

Betr.: Verwertung des jüdischen
landwirtschaftlichen Grundbesitzes.

Der jüdische Landwirtschaftliche Grundbesitz soll nach den grundsätzlichen Bestimmungen in erster Linie für Siedlungszwecke Verwendung finden. 523.)

Eine weitere Liste des Sächsischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit umfaßt 42 jüdische Grundbesitzer. Die genaue Anzahl und Größe des geraubten jüdischen Besitzes, sowie der Wert der Liegenschaften kann heute nicht mehr festgestellt werden. Um nur einige Beispiele aus dem Besitz der Dresdner Juden aufzuzeigen, wird der Wert hier angegeben.

Elise, verw. Hirsch,	*Dresden,*	*9.28 ha*	*RM. 24.130.––*
Fritz Heller	*Dresden,*	*91.35 ha*	*RM. 99.940.––*
Anna Schlegel	*im Ausland,*	*9.5 ha*	*RM. 31.940.––*
Dr. Elb	*Dresden,*	*20.7 ha*	*RM. 14.000.––*
Hans Mattersdorf	*Dresden,*	*15640.0 qm*	*RM. 38.100.––*
			208.110.––

524.)

Die Gesamtsumme dieser Liste von 42 jüdischen Grundbesitzern in Sachsen belief sich auf 1 Million und 300.000 Reichsmark. Eine Anzahl Grundstückpreise konnte von den Behörden nicht ermittelt werden. Demzufolge ist der den Juden entzogene Grundbesitz beträchtlich höher.

Der Sächsische
Minister für Wirtschaft und Arbeit

Dresden N 6, den 22. April 1941
Carolaplatz 1
Fernruf 52161

Reichsstatthalter in Sachsen
-Landesregierung-
Eing.: 24. APR. 1941
Reg. VII 708/4:6

Geschäftszeichen: II 4 c: 127 Allg./40
zu VIII B 2-14313/40

Berichterstatter: ORRt. Dr. Vater

An
den Herrn Reichsminister für
Ernährung und Landwirtschaft
Berlin W 8,
Wilhelmstr. 72

Verwertung des jüdischen landwirtschaftlichen Grundbesitzes

Auf den Erlass vom 28. Oktober 1940 übersende ich Ihnen in der Anlage eine Nachweisung über die arisierten Grundstücke nach dem Stand vom 1. Januar 1941. Die Arisierung der noch in jüdischen Händen befindlichen zwölf landwirtschaftlichen Grundstücke wird weiter bearbeitet. Mit Ausnahme des Rittergutes Stölpchen.

1 Nachweisung

b.w.

Der Sächsische
Minister für Wirtschaft und Arbeit

Dresden N 6, den 21. Februar 1941
Carolaplatz 1
Fernruf 52161 / [illegible]

Reichsstatthalter in Sachsen
-Landesregierung-
Eing.: 22. FEB. 1941
Reg. VII 708/4

Geschäftszeichen: II 4 c: 127 Allg./40
zu VIII B 2-14313/40

An
den Herrn Reichsminister
für Ernährung und Landwirtschaft
Berlin W 8

Verwertung des jüdischen landwirtschaftlichen Grundbesitzes

Die durch Ihren Erlaß vom 28.Oktober 1940 angeforderte Nachweisun über die arisierten Grundstücke nach dem Stande vom 1.Januar 1941 hat noch nicht fertiggestellt werden können. Ich bitte, mir eine kurze Nachfrist zu bewilligen.

Im Auftrag

Diesen fragmentarischen Auszügen muß man entnehmen, daß nach 1933 die Juden Grundstücke und Häuser, oft unter Zwang und Erpressungen und demzufolge zu Schleuderpreisen, wertvolle Liegenschaften verkauften. Die "arischen" Grundstückskäufer bereicherten sich auf diese Weise "legal" an jüdischem Besitz.

Die Repressalien der Nationalsozialisten zwangen die Juden zu schnellen Abschlüssen von Kaufverträgen, da sie Geld zur Flucht in das Ausland und dort zum Aufbau neuer Lebensexistenzen dringend benötigten.

Über die Zwangsverkäufe existieren keinerlei Angaben und Schriftstücke. Die Preisdifferenzen zwischen dem ideellen und fiktiven Wert der Grundstücke und Häuser können nicht einmal geschätzt werden. Es ist aber als sicher anzunehmen, daß in den Regierungsbezirken Dresden-Bautzen, Leipzig, Chemnitz und Zwickau diese Differenzen sich auf mehrere Millionen Mark beliefen. [525.)]

Die Finanzämter waren angewiesen,jüdisches Eigentum zu registrieren. Dazu wurden Anmeldebogen an Firmen oder Personen verschickt, die derartige Vermögenswerte verwalteten, besaßen, in Gewahrsam hatten, beaufsichtigten oder bewachten. Der Anmeldebogen I. des Finanzamtes (Haupttreuhandstelle Ost) enthielt folgende Rubriken nach dem Stand vom 1. September 1939:

I. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen
II. Grundvermögen, (Grund, Boden, Gebäude)
III. Betriebsvermögen
IV. Sonstiges Vermögen, insbesonders Kapitalvermögen
V. Schulden und Lasten, soweit sie nicht das Betriebsvermögen betreffen
VI. Bemerkungen.

Die Vermögenswerte der Juden, die entweder in das Ausland geflüchtet waren, in Gettos oder Konzentrationslager deportiert wurden, sind von den einzelnen Polizeidienststellen in Verzeichnissen zusammengestellt und als Anlage zum Anmeldebogen des Finanzamtes hinzugefügt worden.

Wohnungseinrichtungen oder Umzugsgut der Juden wurden von kommissarischen Verwaltern in Lagerhäuser, wie zum Beispiel Schenker & Co., überführt. 1941 wurden die Vermögenswerte der Juden versteigert. Die Versteigerungslisten weisen aber beträchtliche Unterschiede zwischen den von den Polizeidienststellen gefertigten Listen auf. Demzufolge ist sicher, dass wertvolle Gegenstände, z.B. Gemälde, Porzellan, Kristalle usw. von Privatpersonen oder Beamten gestohlen wurden.

Das anliegende Dokument beweist die "Versteigerung des Umzugsgutes des Juden Israel Diamant, früher Chemnitz". In der Liste des Versteigerungserlöses sind 35 Positionen aufgeführt, während in der Bestandsaufnahme des Polizeipräsidenten zu Chemnitz vom 17. März 1941 insgesamt 65 Positionen erfasst sind. Demzufolge sind 30 Gegenstände "verschwunden".

Hugo Moßler
Vereidigter Versteigerer und Taxator
Chemnitz
Fernruf 50721 / Uferstraße 35

Chemnitz, den 26. 6. 41.

Verst. des Umzuggutes des Juden
Israel Diamant.
früher Chemnitz

Versteigerungserlös.

1	Schlafzimmer	RM.	570.00
1	Tisch 4. Stühle	"	45.00
1	kl. Tisch	"	1.10
1	Rest Linolium	"	30.00
1	Tisch m. Kredenz 6 Stühle	"	330.00
1	Chaiselounge	"	35.00
1	kl Tisch	"	15.00
3	Stühle	"	15.00
1	Shuhshrank	"	19.00
1	Kücheneinrichtung	"	125.00
1	Schrank	"	27.00
1	Stztreppe	"	10.00
1	Badewanne	"	10.00
1	Flurgaderobe	"	5.50
1	Vorsaalgaderobe	"	30.00
1	altes Fahrrad	"	17,00
1	posten Div. Geschirr	"	6.50
2	Plätten	"	1.50
1	Geldkasette	"	1a.00
1	Posten Geschirr	"	4.00
1	" " "	"	4,20
1	Handkoffer	"	8.50
1	Korb m. Geschirr	"	2.00
1	Asch m. Geschirr	"	4.00
1	part. Gard. Stangen	"	1.10
1	Öhlgemälde	"	28.00
1	Sitzbadewanne	"	6.50
1	kl. Tisch	"	4.00
1	runder Tisch	"	10.00
1	Putzschränkel	"	2,50
1	Setztreppe	"	5.50
	div. Deckenbeleuchtung	"	3.60
1	Rodelschlitten	"	7,00
1	Rest Linolium	"	6.00
	Div Bilderrahmen	"	2.50
1	Waschwanne	"	6.00
	Div. Decken alte Wäsche	"	12.00
1	alter Mantel	"	11.00
	Summa	"	1434,00

Vorstehende Abschrift stammt aus der HTO Akte
Nr.13.772 des Landgerichtes Berlin

Versteigerung jüdischen Eigentums

Zollfahndungsstelle Leipzig *Plauen i. V. den 12. 5. 1939*
Zweigstelle Plauen i. V.

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten
—Devisenstelle—

Leipzig.

Betr.: Mainzer Max, Israel, Plauen i. V.
(Hat neue Sachen, Kleidungsstücke, Wäsche, ins Ausland geschickt).

1.) an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 3 Monaten eine Geldstrafe von 1500.——RM;

2.) eine weitere Geldstrafe von 1200.—— RM. Außerdem beantrage ich die Einziehung des Paketes gemäß § 72 Abs. 1 des Devisengesetzes.

Entstandene Kosten 26.40 RM.

Um Mitteilung des Sachausganges wird gebeten. Das beschlagnahmte Paket befindet sich bei der hiesigen Dienststelle. Ich bitte um Mitteilung wie weiter verfügt werden soll.

(ohne Unterschrift)

Hauptzollamt Leipzig-Land *Leipzig, am 17. 8. 1939*
S 6/39

An die Devisenstelle Leipzig
Devisenstelle Leipzig

Leipzig.

Auf Ihr Schreiben vom 7. 8. 1939, Sachgebiet VI/56-Pa.—491/39, Akte S 274/39, betr. UV. mit dem ehemaligen Fabrikanten Max Israel Mainzer in Plauen.

Der Betrag von 2726,40 RM Geldstrafe ist am 16. 5. 1939 von der Zollkasse der HZA Leipzig vereinnahmt worden.

Die eingezogenen Gegenstände (Kleidungsstücke, Wäsche,) sind vom Hauptzollamt Plauen verwertet worden. Der Verwertungserlös von 250.——RM. ist der Zentralkasse des HZA Leipzig überwiesen und hier endgültig vereinnahmt worden.

i. A.
Mersch. *)

---

*) Aus dem Staatsarchiv Leipzig. Best. Devisenstelle, Gruppe F 2b, Strafverfahren gegen Juden A – Z. Von Sig. 1304 – 1521 / 1934 – 1942.

b. Anordnungen und Verbote *(Beraubungen.)*

Vom Ende des Jahres 1939 bis zur Deportation der letzten Juden aus Dresden im Februar und März 1943 wurde der Lebenskreis der Betroffenen in unmenschlicher und grausamer Weise fast täglich immer mehr mit Anordnungen und Verboten eingeschränkt.

In den Berliner Mordzentralen wurden Pläne zur "Beseitigung" der Juden ausgearbeitet, die später "fahrplanmäßig" ausgeführt wurden.

12. / 13. Februar 1940:		*Erste Deportation von Juden aus Deutschland*
20. Mai 1940	:	*Einrichtung des Todeslagers Auschwitz.*
7. März 1941	:	*Einführung der Zwangsarbeit für deutsche Juden.*
30. März 1941	:	*Wahrscheinliches Datum für die Entscheidung der Nationalsozialistischen Führung über die Durchführung der "Endlösung der Judenfrage". (Ermordungen und Vergasungen.)*

In Dresden erhielt die Israelitische Religionsgemeinde Anweisungen der Geheimen Staatspolizei (GESTAPO) und wurde verpflichtet diese ihren Mitgliedern bekanntzugeben. Fast alle Anordnungen trugen den Vermerk:

"Zuwiderhandlungen werden mit strengsten staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet!"

Die nachstehende Verfügungen geben das Geschehen wieder:

Der Polizeipräsident
in Dresden

Dresden A 1
Schießgasse 7, 12. 8. 40.

Gesch.-Zeichen: Präs. Abt. NS 91/40

An die
Israelitische Religionsgemeinde
Dresden A 1

Brühlsche Terrasse in Dresden für Juden gesperrt

Mit sofortiger Wirkung wird Juden der Zutritt zur Brühlschen Terrasse untersagt. Die Zugänge zur Brühlschen Terrasse werden mit entsprechenden Verbotstafeln versehen.

Ich ersuche Sie, Ihre Mitglieder von diesem Verbot umgehend in Kenntnis zu setzen.

In Vertretung
gez.: (Unterschrift) [526.]

Pressenotiz:

8. Juni 1941. Berlin:

"Ein Jude ist wegen Diebstahls von einem Paar Schuhen zum Tode verurteilt worden".

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, am 8. Juli 1941

An alle Haushaltungen!

Laut behördlicher Anordnung wird mit sofortiger Wirkung allen Juden die

Benutzung der Dampfschiffe
der Sächsisch–Böhmischen Dampfschiffahrts–Gesellschaft untersagt

Zuwiderhandlungen ziehen behördliches Einschreiten und **strenge Bestrafung** *nach sich.*

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.
gez. (Kurt Israel Hirschel) [527.)]

Ab März 1940 bis zur Deportation 1942 wurden die noch vorhandenen arbeitsfähigen Juden zum Kriegseinsatz in die Rüstungsproduktion eingesetzt. 400 Juden mußten in zwei Schichten in einer Dresdner Munitionsfabrik Flakzünder herstellen. Unter diesen Juden befanden sich auch Professor Klemperer und Professor Conradi. Später wurden zu dieser Arbeit 255 Frauen eingesetzt, die aus Auschwitz herbeigeschafft wurden.

Die Juden "im Kriegseinsatz" bauten auch den Sportplatz in Wachwitz, arbeiteten wie Sklaven im Gleisbau und wurden noch in aller Öffentlichkeit schwer drangsaliert. [528.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden. e. V.

Dresden, den 21. Dezember 1941

Betrifft: Durchführung der Polizeiverordnung
zu Kennzeichnung der Juden.

Rundschreiben IX der Reichsvereinigung der Juden
in Deutschland vom 18. Dezember 1941–41/426/676

Verbot der Benutzung öffentlicher Fernsprechstellen

Folgende Anordnung der Aufsichtbehörde wird hiermit bekanntgegeben:

1. *Juden, die nach der Polizeiverordnung zur Kennzeichnung der Juden vom 1. 9. 1941, RGB1. I, 547, zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind, ist mit sofortiger Wirkung die Benutzung öffentlicher Fernsprechstellen verboten.*
2. *Zuwiderhandlungen werden mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet.*

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e.V.
gez. (Kurt Israel Hirschel) [529.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 22. Dezember 1941

An alle Juden,

die nach der Polizeiverordnung zur Kennzeichnung der Juden zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind.

Bis zum 23. Dezember 1941 nachmittags 5 Uhr sind im Sitzungssaal des Gemeindeamtes, Zeughausstraße 3, Eg. entschädigungslos abzuliefern:

Pelze:

Pelzjacken
Pelzcapes
Pelzwesten
Pelzgefütterte Lederhandschuhe
Felle jeder Art
Männersportpelze
Männerpelzstiefel jeder Art und Größe
Pelzmützen

Decken: Woll- und Pelzdecken
Pferdedecken
Wagendecken
(1 Decke pro Person darf (zurückbehalten werden.

Männerüberschuhe mit Pelz gefüttert.

Soweit **Wollsachen**

1 Leibbinde
Brust- und Lungenschützer
Kopfschützer
Ohrenschützer
Oberstrümpfe
1 Mütze
Pulswärmer
Kniewärmer
Wollschals
Unterwesten

über den persönlichen Bedarf vorhanden sind, sind diese ebenfalls abzuliefern.

Ein Verzeichnis der abgelieferten Sachen ist mitzubringen.
Jeder hat für rechtzeitige Ablieferung selbst zu sorgen.
Der Termin ist unbedingt einzuhalten.
Behördliche Kontrollen werden später durchgeführt werden.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [530.]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden 30. Januar 1942

Zur Beachtung!

Betrifft: Benutzung der Dresdner Straßenbahn durch Juden

Mit sofortiger Wirkung hat die Direktion der Dresdner Straßenbahn die Benutzung der Hechtwagen sowie die Benutzung der Straßenbahn an Sonn- und Feiertagen verboten. Es darf in Zukunft bei einem Straßenbahnzug, der aus Hechtwagen und Anhänger besteht, nur die v o r d e r e Plattform des Anhänger benutzt werden. Der Hechtwagen o h n e Anhänger darf demnach k e i n e s f a l l s benutzt werden.

Bei den übrigen Straßenbahnzügen verbleibt es bei der Benutzung der beiden vorderen Plattform der Wagen. Der Sonderwagen für den Arbeitseinsatz bleibt weiterhin bestehen, desgleichen dürfen diejenigen, die an Sonn- und Feiertagen zur Arbeit herangezogen werden, ebenfalls auf Grund ihres Arbeitsausweises die Straßenbahn benutzen.

Die für den Sonntagseinsatz Eingesetzten haben die ihnen ausgestellte Aufforderung als Ausweis für die Hin- und Rückfahrt zu benutzen.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.
(Kurt Israel Hirschel) [531.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden–A 1, den 24. 3. 1942
Zeughausstraße 3
44 / 42.

Gemäß einer Weisung unserer örtlich zuständichen Aufsichtsbehörde haben wir alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind, **strengste Beachtung** *bekanntzugeben:*

Betr.: Erfassung von Fahrrädern, Fotoapparaten etc

Wir machen ferner auf Weisung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin–Charlottenburg 2, Kantstraße 158, darauf aufmerksam, daß die z. Zeit erfaßten Schreibmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate, Ferngläser etc. im Eigentum von Juden sorgfältig zu lagern und pfleglichst zu behandeln sind.

Es sind selbstverständlich alle Vorkehrungen zu treffen, um unter allen Umständen zu verhindern, daß diese Gegenstände abhanden kommen könnten oder in ihrer Gebrauchsfähigkeit beeinträchtigt werden. Hierfür ist der Besitzer verantwortlich.

Betr.: Erhebung eines außerordentlichen Beitrages

Es wird hiermit auf die Veröffentlichung in Nr. 12 des "Jüdischen Nachrichtenblattes" vom 20. 3. 1942 hingewiesen, wonach ein außerordentlicher Beitrag 1942 zur Erhebung gelangt. Dieser wird in Höhe 1 1/2 fachen Betrages des vom Vermögen errechneten Beitrages für 1941 erhoben. Eine besondere Veranlagung wird im Regelfall nicht stattfinden.

Der Beitrag ist sofort zahlbar.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [532.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 7. April 1942

Betr.: Kennzeichnung jüdischer Wohnungen

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind:

Wie in Nr. 14 des Jüdischen Nachrichtenblattes vom 3. 4. 1942 bekanntgegeben, ist eine Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen angeordnet worden.

Da die Wohnungskennzeichnung am 15. 4. 1942 vollzogen sein muß, fordern wir Sie auf, das für Ihre Wohnung bestimmte Kennzeichen am 19. 4. oder 11. 4. im Gemeindebüro I. Stock (Kartenstelle) in Empfang zu nehmen.

Falls Ihnen die Bestimmungen der behördlichen Anordnung noch nicht bekannt sein sollten, wollen Sie sich umgehend darüber im Gemeinde–Büro informieren.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.
(Kurt Israel Hirschel) [533.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 22. April 1942

Betr.: Kennzeichnung von Juden

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

Im § 1 der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. 9. 1941 ist ausdrücklich angeordnet worden, daß der **Judenstern**

"sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes **fest aufgenäht** *zu tragen ist."*

Die Befestigung des JUDENSTERNES mit Druckknöpfen, Sicherheitsnadeln, Stecknadeln oder ähnlichen Behelfen, die gegebenenfalls eine Entfernung möglich machen, ist unzulässig und wird strengstens mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet werden.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [534.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 24. April 1942

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

Wir haben die Veranlassung darauf hinzuweisen, daß Juden **unbedingt** *vermeiden müssen, vor Geschäften* **Schlange zu stehen.**

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [535.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 22. Mai 1942
Zeughausstraße 3

Betr.: Aufträge für den persönlichen Bedarf

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

Wie bereits durch Aushang und Mitteilung an die Lebensmittelverteiler vom 27. 3. 1942 bekanntgegeben, ist es untersagt, Aufträge für **persönlichen Bedarf** *bei arischen Handwerkern zu erteilen. Unter diesen Begriff fallen alle Aufträge an Handwerker, wie Schuhmacher, Schneider, Putzmacher, Uhrmacher usw.*

Friseure:
Die Inanspruchnahme arischer Friseure und Friseurgeschäfte ist mit sofortiger Wirkung verboten. Es ist Pflicht eines Jeden, für die Pflege und Sauberhaltung seines Haares selbst zu sorgen.

Optiker:
Bestellungen und Reparaturen bei Optikern – und zwar nur solche von Brillen und Augengläsern – sind vor der Auftragserteilung durch die Israelitische Religionsgemeinde in DRESDEN zu prüfen. Ohne vorherige Prüfung und Genehmigung ist die Erteilung eines Auftrages unzulässig.

Reparaturen für Haus und Haushalt:
(z. B. Schlosser, Klempner, Maler, Elektrotechniker usw.) Es ist **unbedingt notwendig** *vor Erteilung des Auftrages bei der Israelitischen Religionsgemeinde eine Auskunft einzuholen.*

Es muß unbedingt darauf geachtet werden, daß nur notwendige Reparaturen, vorgenommen werden. Schönheitsreparaturen haben zu unterbleiben.

In dringenden Fällen sofort vorgenommene Reparaturen, (Wasserrohrbrüche u. ä.) sind nachträglich sofort mit Angabe des ausführenden Handwerkers zu melden.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [536.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 28. Mai 1942
Zeughausstraße 3
56/42

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

Betr.: Begehen von Straßen.

Das Begehen des **Großen Garten** *und die* **Bürgerwiese** *begrenzenden Straßen:*

Karcherallee,Stübelallee, Leneestraße, Tiergartenstraße, Parkstraße.
Tiergartenstraße Parkstraße, Bürgerwiese,

ist auf beiden Gehseiten mit sofortiger Wirkung verboten!

Zuwiderhandlungen werden mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [537.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 29. Mai 1942
57/42

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

Ab 1. 6. 1942 ist das Betreten der **Markthallen am Antonsplatz** *und* **Dresden–Neustadt** *für Juden verboten.*

Die dort angemeldeten Lebensmittelkarten sind anderweits anzumelden. Dieses Verbot tritt am 1. 6. 1942 in Kraft.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [538.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 31. Mai 1942
58/42

Auf Anordnung des Herrn Beauftragten der Kreisleitung Dresden sind

alle Liegestühle noch am Montag, den 1. 6. 1942

abzuliefern.
Die Ablieferung hat in gesäubertem Zustande im Kellergeschoß des Gemeindehauses, Zeughausstraße 3 zu erfolgen.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez. (Kurt Israel Hirschel) [539.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 22. 8. 1942
Zeughausstraße 3
H. K. 80/42

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

1. Juden ist der **Kauf von Speiseeis verboten.**

2. Alle im Besitz von Juden befindlichen, nicht mehr benötigten Schlüssel, insbesondere Kofferschlüssel, sind sofort im Gemeindebüro, Zeughausstr. 3, I (Zentrale), abzugeben.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez. (Kurt Israel Hirschel) [540.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 8. Sept. 1942
Zeughausstraße 3.
H/N.–82/42

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

Auf Anweisung unserer örtlich zuständigen Aufsichtsbehörde geben wir folgendes bekannt:

Juden dürfen Aufträge an **arische Wäschereien nicht** *erteilen.*

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez. (Kurt Israel Hirschel) [541.)]

Israelitische Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

Dresden, den 8. Oktober 1942
Zeughausstraße 3
85/42

An alle Juden, die zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind!

Von Dienstag, den 13. 10., bis einschließlich Donnerstag, den 15. 10. 1942 sind in der Zeit von 9 – 14 und 15 – 17.30 Uhr in der

Israelitischen Religionsgemeinde, Dresden, A 1., Zeughausstraße 3,
Erdgeschoß links,
alle Gegenstände aus:

K u p f e r.
M e s s i n g,
T o m b a k,
B r o n z e,
N i c k e l und Nickellegierungen,
Z i n n und Zinnlegierungen sowie
B l e i

abzuliefern.

Von der Ablieferungspflicht sind ausgenommen z. B. Eßbestecke, sowie Küchenmesser jeder Art mit Stahlklingen, sowie alle Gegenstände die nur durch handwerkliche Arbeit ausgebaut werden können.

Kronleuchter, Wand- oder Stehlampen etc. sind abzuliefern, es sei denn, daß sie nicht durch andere Lampen aus nichtablieferungspflichtigem Material ersetzt werden können. In diesem Falle ist ein Gesuch an die Israelitische Religionsgemeinde einzureichen.

Den abzuliefernden Gegenständen ist ein Verzeichnis, geordnet nach Metallarten, in doppelter Ausführung, beizulegen.

Nichtablieferung zieht schärfste staatspolizeiliche Maßnahmen nach sich.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde
zu Dresden e. V.

gez.

(Kurt Israel Hirschel) [542.)]

Quittung *) (Gebührenpflichtige Dienstsache)

Herr ~~Name~~ Rechtsanwalt Dr. Fritz Israel Glaser, Dresden-A 24 Langermarck Str. 23.

hat am 6. und 13. Januar 1940

in Buchstaben 3150.- Dreitausendeinhundertfünfzig. unbar

auf ~~Steuer~~ durch Übersendung von Zahlungsmitteln

Laufnummer 3044/1940/003545.

Der Überweisungsträger wurde hier am NI 006602 -2 FEB 1940

Dresden A 1, 1. Feb. 1940 19

Finanzkasse Dresden-Annenstraße

Buchhalter

*) Verlangt ein Steuerpflichtiger ein Doppel einer Quittung, so ist in der Überschrift dem Worte "Quittung" das Wort "Doppel" voranzusetzen.

AKO § 37 Abs. 5

Quittung über "Vermögensabgabe"

XV. Die Deportationen

Eine der letzten Verfügungen zur "Endlösung der Judenfrage" war folgendes Schreiben das alle Juden bei der Deportation erhielten.

Staatspolizeiliche Verfügung. Anlage zum Schnellbrief der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeidienststelle (Dresden), vom 21. 8. 1942.

Es wird Ihnen hiermit eröffnet, daß Sie innerhalb zwei Stunden Ihre Wohnung zu verlassen haben. Die beauftragten Beamten sind gehalten, bis Sie Ihre Koffer gepackt und Ihre Wohnung ordnungsgemäß hergerichtet haben, bei Ihnen zu bleiben und Sie alsdann zum Sammelplatz zu bringen. Sie werden ersucht, die Schlüssel an sämtlichen Behältnissen, Schränken usw. stecken zu lassen, ebenso die inneren Wohnungsschlüssel.

Sie haben mitzunehmen:

1. *Zahlungsmittel RM. 50.––*
2. *Rucksack oder Handgepäck mit Wäsche und sonstiges zur einfachen Lebensführung notwendiges Gerät.*
3. *Vollständige Bekleidung (es können auch zwei Mäntel und doppelte Unterwäsche angezogen werden),*
4. *Verpflegung für zwei Tage, Löffel, Teller oder Napf, Trinkbecher, Trinkflasche.*
5. *Reisepaß, Kennkarte, Arbeits- und sonstige Ausweispapiere, sowie Lebensmittelkarten, Kartoffel- und Kohlenbezugsscheine. Sie dürfen nicht eingepackt werden, sondern sind von jeder Person bei sich zu führen.*

Nicht mitgenommen werden dürfen:

Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw. sowie Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin), ebenfalls kein lebendes Inventar. Der Ehering sowie eine einfache Uhr dürfen mitgenommen werden.

Wertsachen und Edelmetalle sind in ein Säckchen oder Umschlag zu legen und dem Beamten zu übergeben. Es ist mit genauer Anschrift und Kennummer zu versehen. Über den Inhalt des Säckchens ist ein Verzeichnis aufzustellen, das von dem Beamten und Festgenommenen zu unterschreiben ist. Das Säckchen, die Schlüssel Personalpapiere, Lebensmittelkarten usw. sind zur Sammelstelle mitzubringen und dort zu übergeben.

Das mitzunehmende Gepäck ist mit den Schlüsseln und einem Schild zu versehen, das in deutlicher Schrift Ihren Namen, Geburtstag- und Ort und Wohnung und Kennummer enthält, das hier zu verbleibende lebende Inventar ist ebenfalls mit einem Schildchen zu versehen, das Ihren Namen und Wohnung angibt.

Außerdem haben Sie sich selbst ein Schild um den Hals zu hängen, auf dem Ihr Name und Geburtstag angegeben sind, sowie Kennummer.

Alle Anordnungen derjenigen, die Ihnen diese Verfügung bekanntgeben, haben Sie unbedingt und ohne Widerspruch Folge zu leisten und jede geforderte Auskunft zu erteilen, anderenfalls Sie mit schwersten Strafen belegt werden. Diese Verfügung ist für ihren Inhaber zugleich Ausweis. [543.)]

Deportations – Übersicht

Die Juden wurden an Sammelplätzen zusammengetrieben und in Güterwaggons verladen, in Sammeltransporten von 2000 bis 2500 Menschen abtransportiert. Die Übersicht ergibt folgendes Bild:

Gesamtzahl der Juden am:

1. November	1938	ca. 3.000
1. September	1939	1.146
31. Mai	1941	1.221

Zugänge aus kleineren Orten
100 Gesamt: 1.321

Deportiert am:		Personen:
21. Februar 1942	(Riga)	500
2. / 3. März 1943	(Auschwitz)	350
1942 -1944	(Theresienstadt)	449
	Gesamt:	1.299

Der Internationale Suchdienst in Arolsen verfügt über 34 unvollständige Listen mit 499 Namen aus dem Gestapo-Bereich Dresden, die Zugangslisten in das Konzentrationslager Theresienstadt sind. Neben der Transportbezeichnung (V/1 bis V/11) sind folgende Rubriken beinhaltet:

Transport Nr., Name, Vorname, Beruf, Geb.–Datum und Ort, letzte Adresse.

Die Transporte trafen aus Dresden kommend in Theresienstadt ein:

Dresdner Transporte	V / 1	1. 7. 1942	50 Namen
	V / 2	14. 7. 1942	50 Namen
	V / 3	28. 7. 1942	50 Namen
	V / 4	11. 8. 1942	50 Namen
	V / 5	25. 8. 1942	50 Namen
	V / 6	7. 9. 1942	50 Namen
	V / 7	22. 9. 1942	27 Namen
	V / 8	29. 3. 1943	32 Namen
	V / 9	21. 6. 1943	28 Namen
Dresden-Chemnitz	V / 10	11. 1. 1944	42 Namen
Einzelreisende	V / 10	9. 8. 1944	1 Name
	V / 10	30. 8. 1944	1 Name
	V / 10	9. 2. 1944	1 Name
	V / 10	8. 3. 1944	1 Name
Chemnitz-Transport	V / 11	15. 2. 1945	56 Namen
		Gesamt:	499 Namen

Das Schicksal der rund 6000 Juden aus Dresden

Rund 2000 Juden in das Ausland zwischen 1933 und 1940 emigriert.
Rund 1300 Juden in die Vernichtungslager deportiert und ermordet.
Von 2700 Juden ist das Schicksal unbekannt.

Der Verfasser nimmt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an, daß diese rund 2700 Juden ebenfalls ermordet wurden. Nach Vergleichen, zum Beispiel Frankfurt am Main, basiert diese Annahme auf folgender Grundlage:

Die ca. 750 Juden, polnischer Staatsangehörigkeit, die am 28. / 29. Oktober 1938 nach Polen ausgewiesen wurden, sind im Zuge der "Endlösung der Judenfrage" zusammen mit den polnischen Juden ermordet worden.

Ein Teil der Dresdner Juden emigrierte zwischen 1933 und 1940 in die Nachbarländer Deutschlands wie zum Beispiel Österreich, CSR , Holland, Belgien und Frankreich. Nach Ausbruch des Krieges 1939 sind die dort wohnenden Dresdner Juden zusammen mit in diesen Ländern ansässigen Juden in die Vernichtungslager des Ostens verschleppt worden.

Demzufolge wird die Zahl der ermordeten Juden aus Dresden mit rund **4.000** angenommen.

Zum Vergleich:

Deportationen aus Leipzig (Nur Teildeportation!)

Datum:	Personen:	Ziel:
21. 1. 1942	715	Riga
10. 5. 1942	369	Belcyce
(8. / 10. 7. ?) 13. 7. 1942	170/191	nach dem Osten
11. / 19. 9. 1942	433/476	Theresienstadt
17. 2. 1943	184	nach dem Osten
18. 6. 1943	28	Theresienstadt
13. 1. 1943	33	Theresienstadt
?	70	Auschwitz, Buchenwald Dachau, Neuengamme
14. 2. 1945	169	Theresienstadt
	603/2235	
	603	
	2838 Personen.	544.)

Deportationsbericht: Riga. *Von Margot Nick.*

(Eidesstattliche Aussage vor dem Landgericht Hamburg.
Vernehmung der Zeugin: Nick. 6. Dezember 1949. Az.-52/12/49-)

Ich gelangte am 25. Januar 1942 mit dem ersten und einzigen Dresdner Judentransport nach Riga. Etwa bis Ende 1942 befand ich mich (da). Ich sah dort verschiedentlich Leute am Galgen hängen. Wir Gettoinsassen wurden gezwungen an dem Galgen vorbeizugehen, um die Erhängten zu besichtigen. . . Etwa im Februar 1942 mußten die Juden des deutschen Gettos antreten, auch die Arbeitskommandos. . . Es erschien eine Kommission von SS-Leuten. . . suchte nun Leute aus und zwar hauptsächlich alte, kranke oder schwache. . . Den Abtransport sah ich nicht. . .

Deportationsbericht: Riga *Von Ezra Jürmann*

Wir wohnten in Pirna, wo mein Vater ein Konfektionsgeschäft betrieb. Anfang Januar 1942 (?) [1940] mußten wir unsere Wohnung verlassen, die die Gestapo versiegelte. Meine Mutter, mein Bruder Manfred und ich wurden in das "Judenhaus" nach Dresden umgesiedelt. Am 10. Januar 1942 bekamen wir die Mitteilung, daß wir für den am 20. Januar (?) [20.Februar 1942] abgehenden Evakuierungstransport vorgesehen sind.

> *„Wir gingen zum Neustätter Bahnhof. Dort bekamen wir den ersten Vorgeschmack von dem was uns bevorstand. Die SS und die Gestapo schlugen uns fürchterlich. Wir reisten nach Riga. Vier Tage bei 34 Grad Kälte. Ich habe jetzt noch erfrorene Stellen an Händen und Füßen. Im Getto sterben die Menschen wie Fliegen. Jeden Tag Erhängungen und Erschießungen. . . "*

Im Rigaer Getto hatten 40.000 lettische Juden gewohnt. 36.000 sind innerhalb zweier Tage umgebracht worden. Im Oktober 1943 wurde das Getto aufgelöst und die Juden kaserniert. Sie kamen in das KZ. Strasshof. Dort wurden Menschen über 50 Jahre und unter 14 Jahren umgebracht. Etwas später wurden Menschen über 30 Jahre ermordet. Auch meine Mutter. . . . Am 26. September 1943 wurden wir in den Hafen nach Riga gefahren, mit dem Schiff nach Danzig und von dort nach dem KZ. Stutthof geschafft. Dort wurden wir von der russischen Armee am 5. Februar 1945 befreit. Da ich Typhus hatte,wurde ich in ein russisches Spital gebracht und gesund gepflegt.*)

Deportationsbericht: Auschwitz *Von Albert Hirsch*

> *"Dann kamen wir im Herbst 1942 zur Zwangsarbeit in die Zeiss-Ikon Werke nach Dresden-Neustadt. Dort mußten wir Zünder für Flugabwehrgranaten anfertigen. Wir wohnten im sogenannten "KZ-Hellerau" und wurden früh und abends unter Bewachung zur Fabrik gebracht. Am 26. Februar 1942 war unser letzter Arbeitstag bei Zeiss-Ikon.*
>
> *Morgens am 27. Februar 1942 wurde uns mitgeteilt, daß wir nach dem Osten abtransportiert werden sollen. Vom "KZ-Hellerau" marschierten wir zum Bahnhof und wurden je 50 Mann in einen Viehwaggon verladen. Als Reiseproviant erhielten wir jeder ein Brot und eine Konserve mit Marmelade oder Kunsthonig.*
>
> *Der Güterzug fuhr ab. Bei jeder größeren Station hielt der Zug und neue Waggons mit noch mehr Juden wurden angekoppelt. Es war wie wir später feststellen konnten, ein Sammeltransport mit rund 2000 bis 2500 Juden. Die Endstation war Auschwitz-Monowitz wo wir am 4. Februar 1943 ankamen.*
>
> *Die kräftigsten arbeitsfähigen Männer wurden sofort ausgesondert, um zur Arbeit eingesetzt zu werden. Schwache und ältere Männer, Frauen und Kinder kamen in Gaskammern und wurden anschließend im Krematorium verbrannt. "* [545.)]

*) Aus dem Archiv Yad Vashem, Jerusalem. Sig. O-2/52.

Eidesstattliche Aussage des KZ-Kommandanten Rudolf Höss am 5. April 1946 vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg : (Auszug.)

" . . . Ich befehligte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2 500 000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennung hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3 000 000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80 Prozent aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz gebracht wurden; die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien des Konzentrationslagers verwendet. Unter den hingerichteten verbrannten Personen befanden sich ungefähr 20 000 russische Kriegsgefangene . . .

Der Rest der Gesamtzahl der Opfer umfaßte ungefähr 100 000 deutsche Juden und eine große Anzahl von Einwohnern, meistens Juden aus Holland, Frankreich, Belgien, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Griechenland oder anderen Ländern . . .

Die "Endlösung" der jüdischen Frage bedeutete die vollständige Ausrottung aller Juden in Europa. Ich hatte den Befehl Ausrottungserleichterungen in Auschwitz im Juni 1942 zu schaffen. Zu jener Zeit bestanden schon drei weitere Vernichtungslager im Generalgouvernement (Polen): Belzec, Treblinka und Wozek. Ich besuchte Treblinka, um festzustellen, wie die Vernichtungen durchgeführt wurden. Der Lagerkommandant von Treblinka sagte mir, daß er 80 000 (Juden) im Laufe eines halben Jahres liquidiert hätte . . Er wandte Monoxyd-Gas an . . .

Als ich das Vernichtungsgebäude in Auschwitz errichtete, gebrauchte ich also Zyklon B, eine kristallisierte Blausäure, die wir in die Todeskammer durch eine kleine Öffnung einwarfen. Es dauerte 3 bis 15 Minuten, je nach klimatischen Verhältnissen, um die Menschen in der Todeskammer zu töten. Wir wußten wann die Menschen tot waren, weil ihr Kreischen aufhörte. Wir warteten gewöhnlich eine halbe Stunde, bevor wir die Türen öffneten und die Leichen entfernten. Nachdem die Leichen fortgebracht waren, nahmen unsere Sonderkommandos die Ringe ab und zogen das Gold aus den Zähnen der Körper.

Eine andere Verbesserung gegenüber Treblinka war, daß wir Gaskammern bauten, die 2000 Menschen faßten. Die Art und Weise, wie wir unsere Opfer auswählten, war folgendermaßen: zwei SS-Ärzte waren in Auschwitz tätig, um die einlaufenden Gefangenentransporte zu untersuchen. Die Gefangenen mußten bei einem der Ärzte vorbeigehen, der bei ihrem Vorbeimarsch durch Zeichen die Entscheidung fällte. Diejenigen, die zur Arbeit taugten, wurden ins Lager geschickt. Andere wurden sofort in die Vernichtungsanlagen geschickt. Kinder im zarten Alter wurden unterschiedslos vernichtet, da auf Grund ihrer Jugend sie unfähig waren, zu arbeiten . . . " [546.)]

*

Adolf Diamant: Auschwitz (Erlebnisbericht des Autors.)

Mit einem schrillen Pfeifen fuhren wir mit dem Güterzug in die Station Auschwitz ein. Abends gegen 18.00 Uhr. Als die Waggons hielten, trommelten die verhungernden und verdurstenden Menschen gegen die Türen. Ein auf der Rampe stehender SS-Mann feuerte eine Salve mit der Maschinenpistole über die Dächer der Waggons. Das Lärmen hörte schlagartig auf.

Die Riegel der Waggons wurden aufgeschoben, die Menschen stürzten herunter, wurden heruntergejagt auf die Rampe. Ein Befehl ertönte: "Männer rechts, Frauen und Kinder links, Gepäck liegen lassen". Dann fahren Lastwagen vor. Zuerst werden die Frauen und Kinder weggefahren. Unterdessen werden die Männer selektiert. Ein höherer SS-Führer schickte mit Handzeichen die Jüngeren und Gesunden auf die rechte Seite. Links stehen die Alten und Arbeitsunfähigen. Auch sie werden gleich abtransportiert.

Wir werden in das ehemalige Zigeunerlager geschafft. In der Luft hängt penetranter Leichengeruch, der vom Krematorium herübergetragen wird. Erst im Laufe der Nacht erfahren wir, daß hier die größte Menschenvernichtungsanstalt der Welt ist. Die Menschen werden in Gaskammern mit dem Gas Cyklon B vergast . . . die Leichen werden verbrannt. . .

Spätsommer 1944 wurden Häftlingstransporte zusammengestellt, die in das Innere Deutschlands zur Sklavenarbeit eingesetzt wurden. . .

Juni 1944 kam ein derartiger Transport nach Schwarzheide in der Nähe von Dresden, um dort eine zerstörte Fabrik für synthetisches Öl wieder produktionsfähig zu machen. *).

Am 16. Oktober 1944 wurden aus Auschwitz II insgesamt 255 weibliche Häftlinge an die Munitionsfabrik in Dresden geschickt. [547.)]

Die Lagerlisten des KZ-Auschwitz wiesen von sächsischen Raum folgende Vorgänge auf:

2.10.1944: Reichssicherheitstransport 437 Juden aus dem Arbeitslager in Annaberg.[548.)]

11.10.1944: Es kamen 500 Frauen, meistens Jüdinnen, aber auch Polinnen und Russinnen aus dem Frauen Konzentrationslager Ravensbrück in die Dresdner Zigarettenmaschinenfabrik "Universelle" (J.G. Müller) zur Sklavenarbeit. Sie waren vollkommen unzulänglich gekleidet und trugen den ganzen Winter hindurch dünne Sommerkleider und -Wäsche, die sie bis zu ihrer Befreiung oder bis zu ihrem Tod trugen.**)

18.11.1944: Aus dem Frauenlager Auschwitz II wurden 50 weibliche Häftlinge in das KZ-Flossenburg (Nebenlager Zschopau) überstellt.

22.11.1944: Ebenso 450 weibliche Häftlinge wieder Zschopau.[549.)]

29.11.1944: Aus dem KZ-Auschwitz wurden 55 Häftlinge in das KZ-Buchenwald (Nebenlager Langensalza) geschickt.[550.)]

22. 1.1945: Durch Plauen i.V. wurde ein Transport mit Häftlingen nach dem KZ-Mauthausen geschleußt.[551.)]

---

*) Aufbau, Wochenztg. Jg. 37. Nr. 47. 19. Nov. 1971. S.17.

**) Frauen KZ-Ravensbrück. Hrsg. Kommitee d. Antifasch. Widerstandskämpfer in der DDR. Berlin 1971, S. 94

Brief von Heinz Meyer an Rudolf Apt

Lieber Rudolf ! *Paris, September 1945*

Von dem Leben in Dresden im Jahre 1942 bis zum letzten Transport am 2. März 1943 will ich Ihnen nur schnell das Haupsächlichste berichten :

Sie können sich vielleicht schon ein Bild machen, wenn wir zur damaligen Zeit auf rund 1000 Juden 500 Gestapo Beamte hatten. Man entzog uns den größten Teil der Nahrungsmittel, wie Fleisch, Obst und alle Sonderzuteilungen. Man war also auf Hilfe von Geschäftsleuten oder arischen Freunden angewiesen. Dieses auszunutzen war unsagbar schwer, da man ja andauernd bespitzelt wurde. Wenn man sich wirklich schon einmal ein Stückchen Fleisch beschafft hatte, so mußte man es in der Nacht möglichst schnell aufessen und da war man noch nicht sicher. Rauchwaren waren natürlich verboten.

Die Wohnungsnot wurde auch immer größer, indem man den größeren Teil der Judenhäuser wegnahm. Juden, die noch in arischen Häusern wohnten, mußten schnellstens, manchmal nur mit ein paar Stunden Frist räumen. Das schlimmste aber waren die Haussuchungen, die andauernd stattfanden. Die Wohnung sah nach einer Haussuchung einem Räuberstall ähnlich. Ich erinnere mich, daß man mir einmal sämtliche Möbel umgeworfen hatte. Außerdem wurde man vollkommen beraubt. Die Gestapo fuhr mit einem Wagen vor und nahm dann alles mögliche Kofferweise mit. Die Leute wurden unheimlich geschlagen, besonders alte Menschen und noch für den nächsten Tag zur Gestapo bestellt, wo die Schikanen fortgesetzt wurden. Man ließ alte Frauen einen Haufen Kohlen von einer Seite zur anderen des Hofes mit den Händen transportieren und beschäftigte sie dadurch mitunter den ganzen Tag, ohne Essen. Frau Müller und Frau Friedman mußten einmal ein Auto waschen und wurden bei der Arbeit unterbrochen und mit einem Wasserschlauch bespritzt. Familie Perl wurde besonders von diesen Verbrechern heimgesucht, bis man sie endlich auf Transport nach Theresienstadt schickte, was für sie eigentlich eine Erlösung bedeutete . . .

Ich wurde einmal nach einer Haussuchung, bei der man ein paar alte Schaftstiefel gefunden hatte, auf die Gestapo bestellt. Man behauptete, ich hätte diese Stiefel einem SA-Mann gestohlen. Sechs Mann schlugen mich dafür so zusammen, daß ich mit einer Gehirnerschütterung und einem Bluterguß in meinem linken Ohr zu Doktor Katz gebracht werden mußte.

Wenn jemand zur Gestapo bestellt wurde, dann wartete immer ein Angehöriger in der Nähe der Bismarckstraße um ihn nach der Vorladung nach Hause zu bringen. Manchmal haben wir gleich Tote dort abgeholt. Dies alles nahm ein Ende, als man uns alle aus den Wohnungen heraussetzte und nach dem Barackenlager am Hellerberg brachte, wo wir uns eigentlich ganz wohl fühlten, (!) weil man den Gedanken los war, daß bei jedem scharfen Klingeln eine Haussuchung stattfindet . . .

Herr Lehner war dort Judenältester und Edi Lichtenstein der technische Verwalter Das Essen wurde in einer Gemeinschaftsküche gekocht, allerdings ohne Fleisch. Wer in der Stadt etwas zu tun hatte, wie Steueramt und Gemeinde, Devisenstelle oder Konsulat besuchen wollte, bekam einen Passierschein, doch mußte pünktlich die vorgeschriebene Zeit eingehalten werden.

In einer Baracke waren immer 16 Leute in einem Raum. Ledige Männer und Jungens wohnten allein, ledige Frauen allein und nur Ehepaare zusammen. Kinder ab 4 Jahre mußten alleine wohnen, je nach Geschlecht.

Am 1. März 1943 wurden wir plötzlich nicht mehr zur Arbeit gelassen. Die Firma Zeiss-Ikon hatte uns schon viel eher entlassen und wir arbeiteten in verschiedenen Fabriken.) Zum Beispiel in Heidenau, bei der Reichsbahn als Waggonreiniger (was eine gute Arbeit war!) usw. Man erklärte das Lager an diesem Tage zum Zivilgefängnis und nach zwei Tagen wurden wir abtransportiert unter Zurücklassung alles Hab und Gutes, wir durften nur ein kleines Köfferchen mitnehmen . . .*

Wir kamen nach Auschwitz. Ich weiß nicht wie Sie den Angehörigen der folgenden Namen die Wahrheit berichten wollen. Was ich geschrieben habe weiß ich genau. Noch eine Erklärung zu der Liste. Wenn ich schreibe, daß die Leute das Lager nicht erst betreten hatten, so heißt das, daß man sie sofort vergast hat . . .

Frau Irma Barasch:	Am 2./3. März 1943 nach Auschwitz	(Vergast)
Frau Betti Aron:	Transport nach Theresienstadt.	(Umgekommen)
Frau Rosa Meyer:	Transport nach Theresienstadt.	(Umgekommen)
Frau Joski:	Transport nach Theresienstadt.	(Umgekommen)
Amtsgerichtsrat Barasch und Frau:		
	Mit mir nach Auschwitz gebracht.	(Vergast)
Carl Jakobi und Frau:	In Dresden geblieben mit dem Töchterchen, da Mischehe.	
Rechtsanwalt Neumark:	In Dresden geblieben, da Mischehe.	
Rechtsanwalt Dr. Wienskowitz, Frau und Tochter:		
	Transport nach Theresienstadt.	(Umgekommen)
Heinz Wienkowski:	Mit mir nach Auschwitz gekommen.	(Gestorben)
Kurt Hirschel und Frau und zwei Söhne:		
	Transport nach Theresienstadt.	?
Peter Kirschstein:	Deportiert nach Auschwitz.	?
Liese Phillipsohn:	Rigaer Transport.	(Ermordet)
Liese Welsch:	Rigaer Transport.	(Ermordet)
Lotte Meyer:	Rigaer Transport.	(Umgekommen)
Herbert Samuel:	Nach Auschwitz.	(Gestorben)
Kurt Hepner mit Frau:	Rigaer Transport.	(Ermordet)
Dr. Richard Elb und Frau:	Rigaer Transport.	(Ermordet)

*) Bei Zeiss-Ikon AG. (Goehlewerk) arbeiteten im Herst 1944 rund 900 Frauen aus dem KZ Flossenbürg.

Rechtsanwalt Reichenbach und Frau:		
	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Dr. Ludwig Katz und Frau:	Rigaer Transport.	(Ermordet)
Frau Edith Levy:	Transport nach Theresienstadt.	?
Frau Salinger:	Transport nach Theresienstadt.	?
Frau Elsa Stern:	Transport nach Warschau.	(Umgekommen)
Frau Lotte Kornblum:	Transport nach Warschau.	(Umgekommen)
Werner Scholler, Frau und Sohn:		
	Rigaer Transport.	?
Frau Pionkowski:	Rigaer Transport.	(Umgekommen)
Lehrer Höxter und Frau:	Rigaer Transport.	(Umgekommen)
Leonhard Natowitz und Margot, geborene Höxter:		Auschwitz überlebt !
Frau Weiss und Tochter:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Richard Neumark:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Frau Szyblinsky und Sohn:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Fritz Hammer:	Transport nach Theresienstadt.	?
Frau Nussbaum:	Transport nach Theresienstadt.	?
Frau Burgheim:	Transport nach Theresienstadt.	?
Nathan Friedmann:	Im unbekannten KZ verstorben.	
Frau Friedmann:	Nach Warschau.	(Umgekommen)
Ruth Glückmann:		Auschwitz überlebt !
Familie Meder:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Eddi Müller:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Familie Zobel:	Rigaer Transport.	(Umgekommen)
Leon Feuerstein und Frau:	In Dresden.	(Selbstmord)
Familie Geiringer:	In Dresden.	(Selbstmord)
Edi Lichtenstein	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Familie Wietepsky:	Nach Auschwitz. (Ein Sohn überlebte)	(Vergast)
Edith Goldmann mit Familie:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Familie Lehner:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Sally Satsch:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Nelly Steinberg:	Nach KZ-Ravensbrück. Dann Auschwitz.	(Vergast)
Franz Steinberg:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Paul Löwenstein und Frau:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Herr Michaelis:	Nach Buchenwald.	(Umgekommen)
Frau Michaelis und Anki:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Frau Lenczinsky und Sohn:	Rigaer Transport.	(Umgekommen)
Werner Steiner und Frau mit Kind:		
	Rigaer Transport.	(Umgekommen)
Berthold Weinstein:	In Dresden.	(Selbstmord)
Familie Auerbach:	Nach Auschwitz.	(Vergast)
Familie Magen:	Nach Auschwitz.	(Vergast)

Gezeichnet :

Heinz Meyer. [552.)]

*

Cilly Scheyer :

Vom Getto nach Dresden

Ich bin in Aue im Erzgebirge geboren. Bei dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen 1939 flüchtete meine Familie nach Lodz (später Litzmannstadt). Als die deutschen Agressoren die Juden zwangen in das Getto dem Elendsviertel der Stadt umzuziehen, gingen wir "freiwillig" an einem Montag in das Getto, da am Tag zuvor, dem sogenannten blutigen Sonntag, die SS wahllos in jüdische Wohnungen eindrang und ganze Familien in einem entsetzlichen Blutbad niedermetzelte.

1941 hatte sich die Situation derart im Getto verschärft, daß Hunger und Wohnungsnot und die damit verbundenen Krankheiten ein Massensterben hervorrief. Daraufhin beschloß ich mit meinen zwei kleinen Mädchen und meinen zwei Schwestern aus dem Todesgetto zu flüchten. Beim Überklettern des Stacheldrahtzaunes wurde meine 3 jährige Tochter vom Wachposten niedergeschossen, wir anderen aber entkamen und trennten uns sofort.

Bei einer polnischen Familie konnte ich mich mit meiner kleinen Tochter einige Zeit verstecken und als die Deutschen polnische Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in das "Reich" schickten, kam ich mit einem Transport polnischer Zwangsarbeiter zuerst nach Weimar und kurz darauf nach Dresden.

Inzwischen wurden mir nach meinen Angaben neue Ausweispapiere ausgestellt, die auf Heidi Kotowna lauteten. Dank meinen ausgezeichnente deutschen und polnischen Sprachkenntnissen mußte ich – welch Ironie – in einem SS – Kinderhort arbeiten. Als Polinnen wurden wir natürlich als Menschen zweiter Klasse behandelt. An Beschimpfungen und Erniedrigungen fehlte es nicht. Es wurde uns immer wieder gesagt, daß wir es dem "Führer" zu verdanken hätten, wenn wir noch am Leben seien . . .
Aber nicht nur die Angst vor den Deutschen saß mir im Nacken. Die Polinnen spitzelten hinter jeder Frau her. Da sie wußten, daß sich unter den Zwangsarbeitern auch Jüdinnen befanden, denunzierten sie diese. Die entdeckten Jüdinnen wurden der Gestapo übergeben, die sie in die Vernichtungslager brachte . . .

Nach dem großen Dresdner Bombardement flüchtete ich mit meiner Tochter nach Prag, wo wir dann von den Russen befreit worden sind. [553.)]

*

Anfang Februar 1945 waren noch rund 70 Mischehen (Juden und Christen) in Dresden, die gesondert wohnen mußten. Am 16. Februar 1945 sollten die jüdischen Ehepartner deportiert werden . . .

In der Nacht vom 14./15. Februar 1945 begannen die furchtbaren Bombardierungen Dresdens. Um 1 Uhr 24 sahen die Flugzeugbesatzungen der alliierten Mächte, daß unter ihnen Dresden einem Flammenmeer glich. Ein jüdischer Pilot der 5. Bomberflotte berichtete:

> *"Der phantastische Schein aus 320 Kilometer Entfernung wurde immer heller, als wir uns dem Ziel näherten. Selbst in einer Höhe von sechstausendsiebenhundert Metern konnten wir bei dem gespenstischen Schein der Flammen Einzelheiten erkennen, die wir nie zuvor gesehen hatten; zum ersten Mal seit vielen Einsätzen fühlte ich Mitleid mit der Bevölkerung dort unten. . . . "* *)

In Freiberg befand sich ein KZ-Arbeitslager von Frauen. Frau Gerdi Kompert berichtet:

> *"In der Nacht vom 14. / 15. Februar weckte uns donnerndes Dröhnen von Bombenflugzeugen. Kurz darauf hörten wir schwere Bombeneinschläge die aus Dresden kamen. Der Horizont war vom Feuerschein hell erleuchtet. Tags darauf lag über Dresden ein dunkles Rauchmeer. Wir konnten aus Freiberg drei Nächte lang die Feuerlohen in Dresden sehen. Wir haben dann erfahren, daß viele Menschen dem Bombardement zum Opfer fielen . . ."*

Noch einen Tag zuvor, am 13. Februar 1945 dürften sich noch ca. 110 Juden in Dresden befunden haben. Von diesen 110 Juden fielen dem Luftangriff ungefähr 40 zum Opfer, sodaß rund 70 Juden diese Schreckensnacht überlebten. **)

Später wurde die oft degradierende Arbeit der Leichenbergung nach dem Bombardement den Zwangsarbeitern, den ukrainischen und rumänischen Soldaten und Kriegsgefangenen übertragen. Wer sich weigerte an den Arbeiten teilzunehmen wurde sofort erschossen.***)

Ob Juden unter den Aufräumungsarbeitern waren, kann nicht mehr festgestellt werden. Jedenfalls retteten die Bombenangriffe eine Anzahl Mischehen vor der Trennung zur Deportation, indem diese im und nach dem Inferno der Luftangriffe die "Judenhäuser" fluchtartig verließen, ihre gelben Davidsterne von den Kleidern rissen und aus der Stadt im Strom der noch vorhandenen Flüchtlinge, mitflohen.

„Nur wenige Juden waren immer noch in Dresden verblieben", schreibt die Jüdische Gemeinde Dresden. Sie hielten sich offenbar bis zum Einmarsch der Roten Armee in der Stadt verborgen und konnten nach der Besetzung der Stadt ein neues Leben beginnen.

---

*) Irving, David. Der Untergang Dresdens. Gütersloh 1967. S. 143.

**) Schreiben des Verbandes der Jüd. Gemeinden i. d. DDR vom 15. Juli 1971.

***) Wie oben. S. 191.

Brief von Professor Dr. Victor Klemperer aus Dresden an das Ehepaar Berthold Meyerhof in New-York

Dresden, den 20. Juni 1946

Lieber Berthold, liebe Phila !

Eine große Freude machte uns Euer gestern hier eingetroffener Brief. So tauchen doch wenigstens einige überlebende Freunde und Angehörige aus dem entsetzlichen Leichenhaufen auf, und einige erfahren, daß wir noch seltsamerweise am Leben sind . . .

Wir selbst sind auf die wunderbarste Weise gerettet worden, – niemals hätte ich durchgehalten, hätte nicht immer und immer wieder in den gräßlichsten Momenten Eva gepredigt, daß unsere Stunde kommen werde.

Wir sind jahrelang gequält worden und ich hatte immerfort das scheußlichste Ende vor den Augen. Man nahm uns unser Haus und buchstäblich alles was wir besaßen. Man sperrte uns in Judenhäuser, peinigte uns mit sogenannten Haussuchungen, die wahre Pogrome und Torturen waren, mit Faustschlägen, Fußtritten, Bespuckungen, Todesdrohungen und allen möglichen Grausamkeiten (wie z. B. ins Bett gestreuten Nähnadeln, in die Kissen geschmierte Stiefelwichse etc. etc.) Ich selbst war in Zwangsarbeit, wie Straßenkehren, körperlich schwerer und gesundheitsschädigender Tag-und Nachtarbeit in Maschinenräumen, eingesetzt.

Wenn ich morgens oder abends aus dem Hause ging, war es immer ein Abschied fürs Leben. Denn man wurde von der Straße, von der Maschine weg verhaftet und verschwand für immer. Nach ein paar Wochen erhielt die Witwe einen Totenschein aus Auschwitz, darin hieß es umschichtig: "Todesursache Herzmuskelschwäche" oder: "Bei Fluchtversuch erschossen."

Ich lernte Verhöre auf der Gestapo kennen – Ihr habt ja wohl auch gelesen, was es mit solchen Verhören auf sich hatte – auch Einzelhaft bei fortgenommener Brille. Ich bekam jahrelang nur einen Bruchteil der "arischen" Lebensmittel. Eva, selber benachteiligt, da sie einem jüdischen Haushalt angehörte. ––"Du Judenhure bist schlimmer als eine Judensau, du artvergessenes Schwein!" Das war der übliche Salonton der Gestapo, untermischt mit Faustschlägen, Anspucken und Würgen am Halse.

Um uns herum Selbstmord über Selbstmord, Deportation über Deportation, stereotype Redensart der Gestapo: "Seid Ihr Schweine denn so arm, daß Ihr euch nicht einmal für zehn Pfennig Gas kaufen könnt? Wir kommen wieder und machen euch doch tot, nehmt euch doch und uns die Mühe ab!" Es wurde immer leerer um uns. Man ließ nur noch hier, was in Mischehe lebte, aber man suchte mit steigendem Erfolg auch die Mischehen abzutun.

Schließlich kam am Morgen des 13. Februar 1945 der Befehl für die letzten etwa 70 Mischehen in Dresden: am 16. Februar waren die Menschen zu trennen, die jüdische Teile abzutransportieren. Es war bestimmt die Absicht, uns gleich im Zuge zu vergasen oder abzuschießen, man mußte uns loswerden . . .

Da, in der Nacht zum 14. Februar kam der englische Vernichtungsangriff der Dresden in 40 Minuten vollständig zerstörte, nur die Außenränder der Stadt sind stehen geblieben, unter den Trümmern dürfte eine Viertelmillion Toter liegen. Wir wurden im letzten Augenblick auseinandergerissen. Eva bekam einen Fensterflügel auf den Kopf ich selbst wurde von Splittern einer Stabbrandbombe im Gesicht und am Auge verletzt. Die ganze Nacht suchten wir uns unter Leichen und Leichenfetzen und hielten uns für tot.

Am nächsten Morgen fanden wir uns. Da riß ich den Judenstern herunter und wir flohen. Hätte uns die Gestapo gefaßt, so hingen wir beide, Eva wegen Beihilfe zur Flucht. Wir kamen unter immer neuen Gefahren und Strapazen, Fliegerangriffen, Gestapodrohungen bis tief nach Oberbayern. Dort brachten die Amerikaner endlich die Befreiung. Zu Fuß sind wir von München nach Dresden zurückgewandert . . .

Am 10. Juni 1945 waren wir beide, völlig erschöpft und abgerissen, wieder in Dresden. Einen Tag später hatten wir unser hoch über Dresden gelegenes Haus wieder. Aber wie! Alles was unser gewesen Eva's Orgel und Flügel, meine Bibliothek von 4000 Bänden, jeder Stuhl, jede Tasse, jeder Strumpf alles war von der Gestapo geraubt worden und in einem Speicher der Stadt verbrannt . . .
Eva hat durch die entsetzliche Abmagerung eine böse Magensenkung davongetragen, ich selbst bin sehr ernstlich herzleidend.

Bei alledem sind wir sehr glücklich. Es gibt keine Gestapo mehr und wir leben wieder menschenwürdig. Im Augenblick habe ich drei beträchtliche Ämter. Ich bin wie vor 1933 ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule, ich bin erster Vorsitzender der Gruppe Dresden des Kulturbundes und ich bin Leiter der neuen, sehr wichtigen Dresdner Volkshochschule. Ich werde als Sachverständiger in Hochschulfragen von der Regierung gehört, halte viel Vorträge in Dresden und auswärts, spreche gelegentlich im Rundfunk und bin neuerlich sogar 200 Meter lang getonfilmt worden. Vom Winter ab werde ich wahrscheinlich das große Katheder meines Faches in Leipzig übernehmen . . .

Ich möchte gar zu gerne am Auspumpen der Jauchengrube Deutschlands mitarbeiten, daß es wieder etwas anständiges aus diesem Lande werde . . . [554.)]

*

Viktor Klemperer (geb. 1881) war Professor an der Technischen Universität in Dresden. Er gab seit 1925 mit Egon Lerch das Jahrbuch für Philologie heraus. Seine Geschichte der französischen Literatur (1925 ff.) die bis auf die neueste Zeit geht, ist interessant und temperamentvoll geschrieben, ihrer oft subjektiven Auffassung wegen aber nicht unwidersprochen geblieben. Studienzwecken dienen seine Anthologien moderner französischer Prosa und Lyrik (1923 – 1926). Seine Cornelle-Monografie erschien 1932.

*

ANHANG

A. Die Jüdische Gemeinde zu Dresden von 1945 bis 1970

Gleich nach der Kapitulation der deutschen Armeen, am 8. Mai 1945, tauchten wieder die ersten Juden in Dresden auf. Es waren vereinzelte Personen oder Mischehen, die sich noch in Dresden oder in der Umgebung versteckt gehalten hatten. Zu diesen Dresdner Juden kamen Juden, die in dem Konzentrationslager Theresienstadt und in anderen KZ-Lagern überlebt hatten. Andere Juden stammten aus Polen, die über die nahe Görlitzer Grenze nicht weit nach Dresden zu reisen hatten. Insgesamt umfaßte dieser Personenkreis in Dresden und in der Umgebung, Ende des Jahres 1945, kaum 100 Personen.

Ein Gemeindebüro wurde wieder in der Bautzener Straße 20 eingerichtet, das 1970 immer noch dort seinen Sitz hat. Im selben Haus wurde im Spätsommer des Jahres 1945 ein Betsaal eingerichtet, der auch wieder einen Thoraschrein zur Aufbewahrung der heiligen Gesetzesrollen (die fünf Bücher Moses) enthielt, den ein christlicher Schreinermeister nach den Angaben des Gemeindevorstandes zimmerte. Für die Einrichtung des Betsaales stellte die Sächsische Landesregierung großzügig Geld zur Verfügung.

Der erste Gemeindevorstand Ende 1945 setzte sich aus folgenden Herren zusammen:

Vorsitzender	*Leo Löwenkopf*
Geschäftsführer	*Albert Hirsch*
Verwalter	*Rolf Pionkowski.*

Jeden Sabbath fanden Gottesdienste in diesem Interimsbetsaal statt, die auch immer gut besucht waren. Es war in der schweren Nachkriegszeit ein großer Mangel an Lebensmitteln und so unterstützte die jüdische amerikanische Hilfsorganisation JOINT die wenigen notleidenden Juden mit Liebesgabenpaketen. Die amerikanischen Spenden wurden im Gemeindebüro in der Bautzener Straße verteilt.
Beim Gemeindeamt der Juden in Dresden waren zu dieser Zeit je zwei Familien aus folgenden Städten eingetragen:

Bautzen	*ca. 5*	*jüdische*	*Personen,*
Görlitz	*ca. 6*	*"*	*"*
Oschatz	*ca. 4*	*"*	*"*
Zittau	*ca. 6*	*"*	*"*
Zwickau	*ca. 6*	*"*	*"*

Auch diese Juden wurden von der Jüdischen Gemeinde zu Dresden betreut.

Außerdem hatte sich eine Organisation "Opfer des Faschismus" (OdF) gebildet, die ebenfalls Unterstützungen und Hilfe jeglicher Art erteilte. Aus dieser Organisation entstand später, im Jahre 1947, der "Verein der Verfolgten des Naziregimes" (VVN).

Zu dieser Zeit fragten untereinander die verschiedensten Jüdischen Gemeinden, wegen überlebender oder zurückgekehrter Mitglieder an. Die Frankfurter Jüdische Gemeinde richtete am 8. Oktober 1945 eine Anfrage an die Jüdische Gemeinde zu Dresden, ob dort noch Unterlagen aus der Zeit vor 1945 vorhanden sind. Am 5. November 1945 teilte auf diese Anfrage die Dresdner Gemeinde mit,

" . . . daß bei der Bombardierung und dem Brand am 13. Februar 1945 die gesamten Unterlagen der (Jüdischen) Gemeinde vernichtet wurden." [555.]

1946 wurde zufällig fast der gesamte Tempelschatz aus der ehemaligen Dresdner Synagoge wiedergefunden. Eine genaue Schilderung über die Auffindung dieser wertvollen Kultgeräte, die am 9. November 1938 aus der Synagoge geraubt wurden, gab der ehemalige Geschäftsführer der Dresdner jüdischen Gemeinde, Albert Hirsch:

"Es war im Hochsommer des Jahres 1946 als meine Sekretärin einen Geistlichen bei mir anmeldete. Mein Büro betrat ein Pfarrer, der ein großes Paket in der Hand hielt. Er erzählte mir folgende Begebenheit:

Er bewohne eine Villa mit Garten hinter dem italienischen Dörfchen. In dieser Villa residierte einst der Stab des SS-Abschnittes Elbe.

Als er (der Pfarrer) von einem Baum Kirschen pflücken wollte, stellte er eine Leiter an. Beim Besteigen der Leiter sackte diese in ein Erdloch ein. Beim Wiederaufrichten der Leiter bemerkte er, daß in dem Loch ein Paket vergraben war. Nachdem er das Paket ausgegraben hatte, konnte er beim Öffnen desselben feststellen, daß es jüdische Kultgeräte enthielt, die er auch sofort der Jüdischen Gemeinde übergeben wolle. Er sagte, daß noch mehr Kultgerät vergraben wäre, er sei ein alter Mann und verfüge nicht über Werkzeug.

Ich begab mich sofort mit noch einem Gemeindemitglied das ein Auto hatte, zu dem genannten Garten. Mit Schaufel und Hacke wurde die Fundstelle vergrößert und es kam fast der komplette Silberschatz aus dem ehemaligen Tempel zu Tage.

Ein großer Teil der Kultgegenstände war arg ramponiert und verbeult. Die Jüdische Gemeinde übergab die kostbaren defekten Gegenstände zur Restaurierung einem Silberschmied, der sie wieder in ihren ursprünglichen schönen Zustand herstellte. Bei den aufgefundenen Kultgegenständen handelte sich es um Thorakronen mit vergoldeten Glöckchen, Schilder und Zeiger aus Filigranarbeit zum Behängen der Thorarollen, Besomim-Büchsen (Gewürzbüchsen), Alijatäfelchen und verschiedene Leuchter." 556.) (Siehe Gegendarstellung Seite 473.)

Nachdem der Tempelschatz wieder der Gemeinde zur Verfügung stand wurden Stimmen laut, die den Bau einer neuen würdigen Synagoge forderten, denn der Betsaal in der Bautzener Straße 20 war nur eine Interimslösung. Nach Unterhandlungen mit den Behörden im Sommer des Jahres 1946 ging der Gemeinderat daran, dieses Projekt durchzuführen. Die Sächsische Landesregierung sagte wieder Hilfe zu.

Aber auch eine andere traurige Pflicht mußte erfüllt werden. Während der großen Bombenangriffe der Alliierten Luftflotten wurde auch der jüdische neue Friedhof stark verwüstet. Die Begräbnishalle war zerstört.*) Bomben und Luftminen hatten das Gräberfeld zerpflügt. Schwere Grabsteine wirbelten durch die Luft und fielen an anderen Stellen nieder.

So sammelte man diese verstreuten und zertrümmerten Steine auf und setzte sie an den Rand der Umzäunungsmauer des Friedhofes.(Auch in Frankfurt am Main wurden die zerstreuten Grabsteine auf dem Friedhof am Dominikanerplatz (11. Jahrh.) an der Mauer aufgestellt.) Auch für diese Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten stellte die Sächsische Landesregierung Mittel frei.

1948 kehrte der Sohn des Chemnitzer Rechtsanwaltes, Rudolf Lappe, nach Dresden zurück, der schon 1933 Deutschland verließ und in England studierte. Seitdem ist Rudolf Lappe an der Technischen Universität Dresden und als Professor, Dr. Ing. habil. tätig.

*) Schreiben des Stadtarchives Dresden vom 15. Aug. 1963.

Inzwischen war der Bau der Synagoge auf dem Vorfeld des Dresdner neuen jüdischen Friedhofes so weit gediehen, daß die Einweihung am 18. Juni 1950 stattfinden konnte. Über die Einweihung der neuen Synagoge Dresden berichtete die Zeitschrift "Der Weg":

"Am Sonntag, dem 18. Juni 1950, wurde in Anwesenheit der Mitglieder der Gemeinde Dresden und Gemeindedelegationen aller jüdischen Gemeinden in der DDR sowie führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens feierlich die Einweihung der neu erbauten Synagoge in Dresden vorgenommen.

Die Vorstandsmitglieder Leo Löwenkopf und Rolf Pionkowski hatten alle Hindernisse, die dem Bau im Wege standen überwinden können. Der auf der Kuppel der Synagoge angebrachte Mogen Dovid (Davidsstern. Anm.) zierte bereits die Kuppel der alten im November 1938 ausgebrannten Synagoge, welche als berühmter Semperbau bekannt war. Als die Synagoge in Flammen aufging, nahmen drei unerschrockene Feuerwehrmänner den Davidsstern an sich und verbargen ihn. 1945 übergaben sie den Stern der neu gegründeten Jüdischen Gemeinde zu Dresden."

(Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in Worms am Rhein ab, wo die älteste Synagoge Deutschlands steht. Der Stadtarchivar rettete aus der brennenden Synagoge, am 9./10. November 1938, mehrere wertvolle Thorarollen und versteckte sie. Nachdem die Wormser Synagoge wieder aufgebaut war übergab der Stadtarchivar die Thorarollen mit den Worten: . . . "ich wusste, dass eines Tages die Juden wieder herkommen würden. . .". Anm.)

"Am Portal der Synagoge empfing Prediger Martin Riesenburger mit den beiden Kantoren die Thorarollen, die dann feierlich ins Gotteshaus geleitet wurden. Anschließend wurde die ewige Lampe entzündet. Nach dem hervorragenden Gesang des Kantors Sander, Leipzig, wurden die Thorarollen in die heilige Lade hineingestellt. Seiner Weihpredigt legte Prediger Riesenburger die Friedenssehnsucht der Menschheit zugrunde und weihte die Synagoge mit den Namen "Leben, Liebe und Frieden".

Nach einem Vorspruch des Staatsschauspieldirektors Paul Lewitt, der Walter Victors Ballade "Ihr müßt es alle sein" zum Vortrag brachte, begrüßte der Gemeindevorsitzende Leo Löwenkopf die Ehrengäste und gab einen Umriss der Geschichte der Dresdner Gemeinde, worin er feststellte, daß von 6000 Mitgliedern, die 1933 den Bestand der Gemeinde bildeten, nur noch etwa 200 übrigblieben. In ergreifenden Worten gedachte er, während sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben, des gewaltigen Opfers, das diese Zahlen in sich schließen.

Bürgermeister Wagner erinnerte an die Greuel der Kristallnacht und gab das Versprechen ab, daß die Stadt Dresden alle Kraft einsetzen werde, daß diese Untaten, soweit es in menschlicher Kraft liegt, wiedergutgemacht werden und die jüdische Freundschaftshand festgehalten wird.

In der Rede des Volkskammerpräsidenten Dieckmann, die Dr. Werner Kussy vorlas, wurde gesagt, daß trotz Not, Tod und Vernichtung jüdische Menschen ihrem Glauben treu blieben. Sie bezahlten diese Treue mit über sechs Millionen Opfern. Obwohl die neue Verfassung bereits Handhaben gegen die Rassenhetze biete, so werde noch vor dem 15. Oktober (1950) ein die Rechtsprechung entscheidend stützendes Ausführungsgesetz zu Artikel 6 erscheinen."

Albert Hirsch, der selbst früher Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde war und jetzt den Posten als Referent für jüdische Angelegenheiten beim Kirchenamt der DDR innehat, führte aus, daß die neue Synagoge daran mahnen soll, den Kriegshetzern mit Verachtung zu begegnen und sie zu bekämpfen. Der jüdische Aufbau werde seitens der DDR stets volle Unterstützung finden.

Julius Meyer, Berlin, erinnerte an die elf Millionen Ermordeten, die außer den Kriegsopfern der Nazismus auf dem Gewissen hat. Von den 600 000 in Deutschland bis 1933 lebenden Juden sind noch nicht einmal 1 %, die in den KZ's schmachteten und in die Illegalität gingen, übriggeblieben.

Die Feier wurde musikalisch durch die Gesänge des Kreuzchors Dresden unter Leitung von Prof. Mauersberger umrahmt und fand mit der Beisetzung von 23 Urnen jüdischer Opfer des Faschismus, die Prediger Riesenburger vornahm, ihren Abschluß. Prediger Riesenburger hielt an den Gräbern die Trauerrede und schloß mit einem Apell an die Welt, angesichts der Toten die drei höchsten Säulen der Sittlichkeit: "Recht, Wahrheit und ewigen Völkerfrieden" einzupflanzen.

Kantor Werner Sander sang das El mole rachamim (Gott ist voll Gerechtigkeit) und Vorbeter Jaschkowitz sprach das Kaddischgebet (Totengebet). [557.)]

Das neue Gotteshaus der Juden in Dresden ist von der Straße mit einem mannshohen eisernen Gitter abgetrennt. Nach einigen Metern kommt man zu der Eichenholztüre, deren oberer Teil verglast ist und in organischer Bleifassung das Symbol des Davidsternes zeigt. Rechts und links vom Portal sind zwei Lampen angebracht und der Tympanon des Portales trägt die hebräische Inschrift:

Dies ist das Tor zu Gott — Gerechte werden hineingehen

Durch den Gang der Synagoge kommt man zum Allerheiligsten:Dem Thoraschrein. Darüber brennt das Ewige Licht, eine Ampel, die an Kettenvonder Decke hängt. Darunter befinden sich die 10 Gebote, auf einer Tafel aufgezeichnet. Den Schrein verdeckt ein kunstvoller Samtvorhang mit Goldstickerei auf dem der Name eines Stifters und ein Davidstern zusehen ist.

Vor dem Thoraschrein steht das Predigerpult, das von zwei zweiarmigen, elektrisch beleuchteten Kandelabern flankiert ist. An der einen Wand der Synagoge steht auf einem kleinen Podest ein siebenarmiger Channukkah-Leuchter mit Kerzen und die andere Seite der Wand bedeckt eine Marmortafel die dem Gedenken der Toten gewidmet ist:

Zur Erinnerung an die Toten
und als Mahnmal für die Lebenden
hat die Jüdische Gemeinde zu Dresden
im Jahre 1950 diese Tafel ihren
zahllosen Brüdern und Schwestern
geweiht die von 1933 — 1945 der
Mörderhand des Faschismus
erlagen.

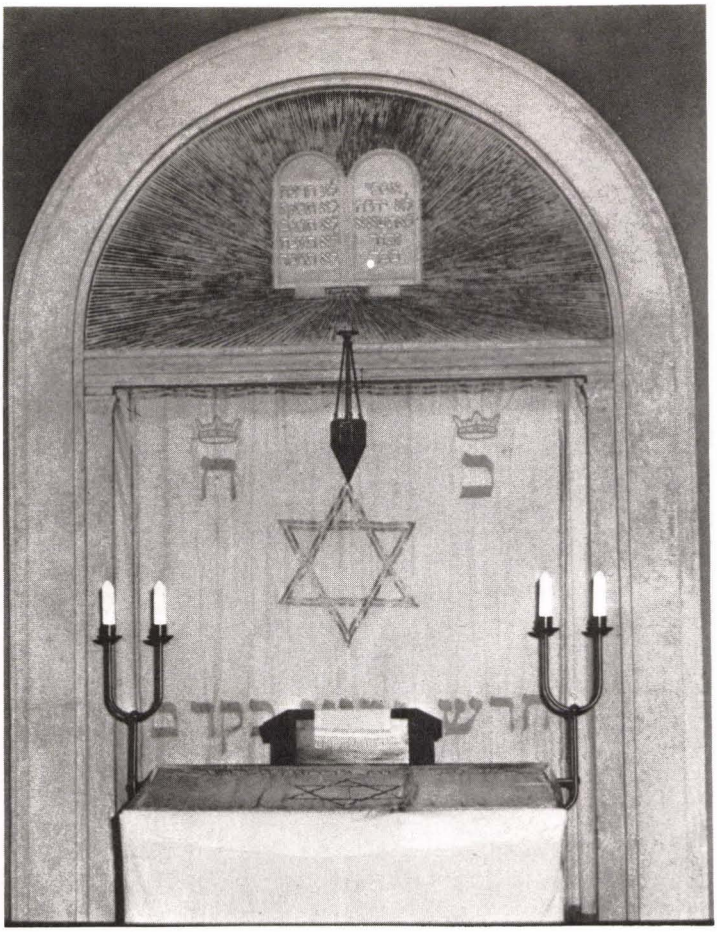
Ihre Seelen sollen ruhen im Bündel des Lebens.



Neue Synagoge
am Jüdischen Friedhof in der Trinitatisstraße



Portal der Synagoge mit Inschrift im Tympanon:
„Dies ist das Tor zu Gott, Gerechte werden hineingehen"



Innenansicht der Synagoge Dresden.

Oben: *Ansicht des Thoraschreines.*
Unten: *Gedenktafel.*



Ab März 1961 erschien das „Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin und des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik" das für alle jüdischen Gemeinden in der DDR Nachrichten übermittelt. Erscheinungsort des Nachrichtenblattes ist Dresden und Berlin. Viermal im Jahr erscheint diese Zeitung.

Als am 21. Oktober 1961 das Jüdische Gemeindehaus in Karl-Marx-Stadt eingeweiht wurde, hielt der Vicepräsident – heute Präsident – Helmut Aris vom Verband der jüdischen Gemeinden in der DDR, Sitz Dresden, die Begrüßungsansprache. Zu der Feier waren auch Vorstandsmitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Dresden erschienen.[558.)]

Dem Nachrichtenblatt kann man entnehmen, daß 1961 bis 1971 der Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR Jugendliche in ein Kinderlager an die Ostsee zur Erholung schickte.

Im Januar 1963 verstarb in New York, wohin er nach der „Kristallnacht" emigrieren mußte, der bekannte frühere Dresdner Arzt, Dr. Leopold Prinz. Sein letzter Wunsch war, daß seine Urne in Dresden im Grabe seiner bereits 1938 verschiedenen Gattin beigesetzt wird. Viele ehemalige nichtjüdische Patienten nahmen an dieser Feierstunde teil und fast 200 Personen gaben Dr. Prinz das letzte Geleit. Oberkantor Werner Sander sprach warmherzige Worte des Gedenkens. Harmoniumspiel und Gesang von Künstlern der Dresdner Staatsoper umrahmten die eindrucksvolle Feier.[559.)]

Im Sommer des Jahres 1963 fanden Konzerte mit Synagogenmusik in Dresden und Leipzig statt. Dieses bemerkenswerte künstlerische Ereignis wurde bei Presse und Zuhörerschaft als eine Kunstveranstaltung gewertet, die erstmalig einen Einblick in das vielfach brachliegende große Gebiet der Synagogalmusik bot.

Oberkantor Werner Sander, Leipzig, hatte den kleinen Synagogenchor durch Mitglieder seines Leipziger Oratorienchores verstärkt. Das Programm stand unter dem Motto "Der jüdisch-liturgische Gesang im Wandel der Stilepochen", und kam in Dresden in der Synagoge und in Leipzig im Konzertsaal zur Aufführung. Auch stark interessierte nicht jüdische Kreise waren im Publikum vertreten. In einer umfangreichen Auswahl von Choreinsätzen und Kantorengesängen sowie von Kompositionen in denen das chasonale Element und das Chorische ineinandergriffen, wurde ein Zeitraum vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart erfaßt.

In Dresden fand Eva-Maria Straussova, Staatsoper, in einer Mendelssohnkantate starke Anerkennung. Das Konzert mußte in Dresden zweimal wiederholt werden, da ein äußerst großes Interesse an der Teilnahme bestand. [560.)]

Aus dem Nachlaß der am 16. Juli 1964 verstorbenen Frau Elsa Frischmann erhielt die Gemeinde als Geschenk einen wunderschönen Channukkah-Leuchter.[561.)]

1966 erhielt die Jüdische Gemeinde zu Dresden eine Einladung von der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig zur Enthüllung eines Gedenksteines für die Opfer des Faschismus, der auf dem alten Platz der Synagoge in Leipzig aufgestellt ist. Aber nicht nur die Mitglieder der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik waren geladen, es kamen auch Besucher aus der Bundesrepublik und der UdSSR. Der Landesrabbiner von Hessen, Dr. Isaak Emil Lichtigfeld schickte einen Brief über einen Mittelsmann nach Leipzig:

Dr. I. E. Lichtigfeld
Landesrabbiner von Hessen

6 Frankfurt/M.
Hebelstraße 17
9. Nov. 1966

Herrn
Adolf Diamant

6 Frankfurt/M.

Sehr geehrter Herr Diamant,

ich nehme gern davon Kenntnis, daß Sie sich am 10. Nov. 1966 an der in Leipzig stattfindenden Feier anläßlich der Enthüllung eines Gedenksteines für die Opfer des Faschismus beteiligen wollen.

Meiner Auffassung nach kann die Verwerflichkeit des Faschismus wo und wann auch immer und besonders wegen der Verbrechen, mit denen er sich beschmutzt hat, nicht oft genug und nicht laut genug betont werden.

Ob unsere Hoffnung, daß sich dadurch ein weitgehender Sinneswandel zu Gunsten der Menschlichkeit anbahnen wird, kann wohl erst die Zukunft erweisen.

Wollen Sie bitte bei dieser Gelegenheit unseren jüdischen Brüdern unsere herzlichen Grüße und besten Wünsche übermitteln.

gez.
(Dr. I. E. Lichtigfeld)

Präsident Helmut Aris, Dresden, nahm die Gelegenheit war, ausführlich mit den auswärtigen jüdischen Besuchern zu sprechen.

Am 25. April 1967, dem 2ten Abend des Pessach-Festes, fand im Waldpark-Hotel ein gemeinsamer Seder (Festmahl) der Gemeinde statt.[563.)]

*

Am 8. Mai 1967 wurde in Jerusalem eine Gedenktafel vom Verband ehemaliger Dresdner in Israel geweiht, die das Andenken an die Mitglieder der Dresdner Gemeinde wachhalten soll, die während des Naziterrors umgekommen sind.

Leo Anschel, der früher lange Jahre Lehrer an der Dresdner jüdischen Gemeindeschule war, sandte ein Bild der Gedenktafel, die in hebräischer Sprache folgende Inschrift trägt, und oben ein Relief der ehemaligen Dresdner Synagoge zeigt:

(Deutsche Übersetzung)

Zum ewigen Gedenken
an die
Opfer
der Gemeinde Dresden
(Deutschland)
die ausgerottet wurden in den Jahren der Verfolgung
durch die deutschen Mörder, getilgt werde ihr Name,
in den Jahren 1938 – 1945

Gestiftet vom Verband ehemaliger Dresdner in Israel. 564.)

Anläßlich der Enthüllung dieser Gedenktafel schrieb die Jüdische Gemeinde zu Dresden nach Jerusalem:

". . . Wir sind gewiß, daß diese weihevolle Feier, die den Opfern der Nazis aus unserer Gemeinde gilt, und deren Andenken Sie dadurch ehren, von Ihnen würdig begangen wird.

Seien Sie überzeugt, daß auch die kleine jüdische Gemeinde zu Dresden das Andenken an ihre der Mörderhand des Faschismus erlegenen Brüder und Schwestern stets wachhält; so, wie sie den Traditionen der früheren Dresdner Gemeinde sich immer verbunden fühlt.

Wir sind froh, in einem Lande zu leben, in dem Antisemitismus ein fremder Begriff ist, und wir sehen mit ernster Sorge auf neofaschistische Erscheinungen in der Bundesrepublik. Wir wissen uns mit Ihnen eins im unablässigen Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, im Bestreben nach Scholaum. (Frieden.)

In diesem Sinne begrüßen wir Sie im Andenken an alle früheren Mitglieder der Dresdner Gemeinde." 565.)



Brandruine der Synagoge
am 10. November 1938.
Feuerwehrmänner montieren den Davidstern
von der Seitenkuppel ab.



Am 8. Mai 1967 wurde in Jerusalem eine Gedenktafel vom Verband ehemaliger Dresdner in Israel geweiht, die das Andenken an die Mitglieder der Dresdner Gemeinde wachhalten soll, die während des Naziterrors umgekommen sind.

In Anwesenheit des Herrn Adolf Diamant und seiner Gattin aus Frankfurt am Main, sowie einer Anverwandten aus Polen, wurde am 18. Juni 1967 auf dem Friedhof der Jüdischen Gemeinde Karl-Marx Stadt ein Gedenkstein für die während der Nazizeit ermordeten Angehörigen der Familie Diamant enthüllt. Die feierliche Weihe des Steines wurde durch Oberkantor Sander, Leipzig, vorgenommen. Herr Diamant sprach das Totengebet in hebräischer Sprache.

An der Feierstunde nahmen der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Helmut Aris, von der Jüdischen Gemeinde Dresden Mordka Schwarz mit ihren Frauen und Roman König und Richard Lewinsohn teil,sowie Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Karl-Marx Stadt. [566.)]

Am 11. Mai 1968 beging der Vorsitzende der Dresdner Jüdischen Gemeinde und Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Helmut Aris, seinen 60. Geburtstag. Zahlreiche Grußadressen, Geschenke und viele Blumen wurden mit herzlichen Worten überreicht, so im Auftrag des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, von dem Abteilungsleiter im ZK der SED, Herrn Willi Barth; im Auftrage des Vorsitzenden des Ministerrates, Herrn Willi Stoph, vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Herrn Hans Seigewasser sowie vielen anderen. [567.)]

Aus Anlaß des 80. Geburtstages von Dr. Arnold Zweig gratulierte die Jüdische Gemeinde zu Dresden in einem Telegramm im Anfang des Jahres 1968. Der Schriftsteller wohnte in Ost-Berlin, wo er auch Präsident des „PEN-Zentrum der DDR" war. (Arnold Zweig starb im November 1968.)

Seit langer Zeit machten die Reiseleiter der Verkehrsbetriebe Dresden bei Stadtrundfahrten auf die neuerbaute Synagoge und den Jüdischen Friedhof besonders aufmerksam. Die Reiseleiter besichtigten am 3. Dezember 1967 die kleine, aber schöne Synagoge. Dabei begrüßte sie Helmut Aris herzlich und gab ihnen die entsprechenden Erklärungen und Antworten auf die vielfältigen Fragen, die aus diesem Kreis gestellt wurden. Im Anschluß an die Synagogen-Besichtigung besuchten die Gäste den Friedhof. Für sein ausgezeichnetes Entgegenkommen bei dieser Führung erhielt einige Tage später Helmut Aris einen Blumengruß übersandt.

Trotz des Winters waren viele Besuche auf dem Jüdischen Friedhof aus dem In- und Ausland zu verzeichnen.

Die Jüdische Gemeinde Dresden hatte das Hinscheiden von dem hessischen Landesrabbiner Dr. Isaak Emil Lichtigfeld am 24. Dezember 1968 stark beeindruckt. Man sandte an die Jüdische Gemeinde von Frankfurt am Main, dessen Rabbiner der Verstorbene ebenfalls war, folgendes Beileidsschreiben:

"Sehr geehrte Herren!

Das Ableben des Herrn Landesrabbiner Dr. I. E. Lichtigfeld s. A. hat auch uns mit tiefer Trauer erfüllt, und wir bitten Sie und die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt a. M. unser aufrichtiges und herzliches Beileid entgegennehmen zu wollen.

Wir fühlen in Ihrer Trauer um den Dahingeschiedenen mit Ihnen und werden seiner als aufrechten Juden stets gedenken.

Secher zaddik l'brocho." (Gesegnet sei des Frommen Andenken) [568.)]

Am 28. Februar 1969 besuchten die Dresdner Synagoge 60 Konfirmanden aus den Erzgebirgsorten Einsiedel und Dittersbach mit den Pfarrern Schneider, Leonhardt und Magirius.

Zur Wahl des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Dresden in den Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gratulierte die Gemeinde Helmut Aris.

Zu Ostern, dem Pessachfeste, konnte die Dresdner Jüdische Gemeinde ihren Mitgliedern pünktlich koscheren Wein, Mazzes und Mazzemehl zur Verfügung stellen. An dem Pessachfest waren die Gottesdienste wie immer gut besucht. [569.)]

Der Gedenktag an die Opfer des Faschismus fiel in den Oktober 1969, am gleichen Tag feierte die Jüdische Gemeinde den zweiten Tag Rosch-Haschanah (Neujahrsfest), sodaß bereits einige Tage vorher an der VdN-Gedenkstätte auf dem Heidefriedhof in Dresden ein Kranz niedergelegt wurde. Auch wurden Kränze an den Ehrenmälern auf den jüdischen Friedhöfen in Dresden, Bautzen, Görlitz und Zittau niedergelegt.

Dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Dresden statteten zu den Hohen Feiertagen (Neujahr und Versöhnungstag), der Rat des Bezirkes Dresden, der Rat der Stadt Dresden sowie der Bürgermeister des Stadtbezirkes Dresden-Mitte Besuche ab und übergaben dabei mit Blumengrüßen ein Schreiben des Rates des Bezirkes Dresden und vom Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister *April 1970*

der Stadt Dresden

Sehr geehrter Herr Präsident !

Im Namen der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt Dresden sowie in meinem eigenen Namen entbiete ich der Jüdischen Gemeinde die herzlichsten Glückwünsche zum Neujahrstag 5730.

Wir nehmen diesen Festtag zum Anlaß, Ihnen sowie den Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde den Dank für ihr Wirken zur Sicherung des Friedens und bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik auszusprechen.

Ihr Festtag steht im Zeichen der würdigen Vorbereitung des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Jüdische Gemeinde alles tun wird, um ihren Beitrag zur Entwicklung und Stärkung unserer sozialistischen Republik zu leisten.

Gestatten Sie mir, Ihnen und den Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde persönliches Wohlergehen, Glück und Gesundheit zu wünschen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

gez. Schill

Oberbürgermeister.

Ende des Jahres 1969 wurde Helmut Aris, dem Vorsitzenden der Gemeinde, die Ernst-Moritz-Arndt-Medaille verliehen. [570.)]

Am 14. und 15. November fand in der Dresdner Synagoge ein Gottesdienst statt, bei dem sich der Oberrabbiner der DDR., Dr. Ödön Singer, nach vierjähriger Amtsführung, vor seiner Rückkehr nach Ungarn verabschiedete. Dr. Singer hatte 1966 das Amt des Oberrabbiners in der DDR übernommen.

Der Rat des Bezirkes Dresden gab zusammen mit dem Bezirksausschuß der Nationalen Front Dresden am Jahresende 1969 einen Empfang, an dem der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Dresden, Helmut Aris und dessen Frau als geladene Gäste teilnahmen.

Das Pastoralkolleg der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, das Anfang 1970 zusammentrat, widmete sich jüdischen Problemen. Zum Abschluß der Tagung besuchten die Teilnehmer und Amtsträger der evangelischen Kirche die Dresdner Synagoge. Am 17. Februar 1970 besuchte Pfarrer Breutel aus Glashütte mit seinen Konfirmanden ebenfalls die Synagoge.

Die Jüdische Gemeinde zu Dresden gab ihren Mitgliedern bekannt:

> *"Pessach (Osterfest) fällt in diesem Jahre, dadurch, daß das Jahr 5730 13 Monate hat, sehr spät. Wir werden unseren Mitgliedern durch Rundschreiben über die Gottesdienstzeiten sowie wegen der Abholung der Mazzaus rechtzeitig verständigen .*
>
> *Am 2. Abend des Pessach, Dienstag, den 21. April 1970, wird ein gemeinsamer Sederabend stattfinden. Auch dazu ergehen rechtzeitig gesonderte Einladungen".* [571.)]

Wie alljährlich konnten die Gemeindemitglieder auch zu Pessach wieder mit Mazzoth, Mazzothmehl und koscherem Wein versorgt werden. Am Abend des 2ten Pessachtages 1970, betete Oberkantor Sander in der gutbesuchten Synagoge, unterstützt von seinen Mitgliedern des Leipziger Synagogal-Chores.[572.)]

Am 8. Mai 1970 legten Delegierte der Jüdischen Gemeinde zu Dresden an dem sowjetischen Ehrenmal zum 25. Jahrestag der Befreiung von der Nazidiktatur, einen Kranz nieder.

Am 3. und 4. Juni 1970 wurden in der Synagoge Festgottesdienste abgehalten, die der Synagogenweihe, vor 20 Jahren, gedachten. Der Vorsitzende des Landesverbandes Herbert Ringer hielt eine prägnante Rede und Helmut Aris gab einen geschichtlichen Überblick über das Entstehen der Gemeinde und deren Entwicklung. [573.)]

Zum Neujahrsfest des Jüdischen Jahres 5731 im Oktober 1970, besuchten den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Vertreter des Rates des Bezirkes Dresden, des Oberbürgermeisters der Stadt Dresden, sowie der Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Dresden-Mitte und gratulierten. Aus diesem Anlaß wurden dem Vorsitzenden der Gemeinde Blumen und ein Grußschreiben des Dresdner Oberbürgermeisters überreicht. [574.)]

Zum Neujahrsfest waren die Gottesdienste in der Synagoge wie in jedem Jahre gut besucht. Oberkantor Werner Sander leitete mit seinem kleinen Chor die Gebete. Kantor Miklos Morvai aus Budapest betete in diesem Jahre wieder vor. Am Kol-Nidre Abend (Vorabend zum höchsten Fasttag) betete er mit Harmonium Begleitung, die wie immer Alexander Kowatscheff von der Staatsoper Dresden ausführte. Den Gottesdienst am Fasttage führte er ebenso innig und andächtig zusammen mit Helmut Aris durch. [575.)]

Verband der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik

Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dresden, Bautzener Straße 20.

Sehr geehrter Herr Diamant !

Ich habe von Ihrem Vorhaben mit Interesse Kenntnis genommen und wünsche Ihnen dazu recht viel Erfolg. Im folgenden gebe ich Ihnen für Ihre Arbeit einige Informationen, deren Verwendung in Ihr Ermessen gestellt ist, die Sie jedoch nicht als Vorwort von mir betrachten können.

Aus der jahrtausende alten Geschichte des Judentums, die so oft verändert und wandelbar war, haben wir gelernt, daß das Judentum unvergänglich aufgrund seiner geistigen Potenzen ist.

Hier in der Deutschen Demokratischen Republik lebt also eine zwar kleine Anzahl jüdischer Menschen, die aber fest und unbeirrbar am Glauben ihrer Väter hängen und diesen praktizieren, in stetem Gedenken an die über sechs Millionen Schwestern und Brüder, die vor 25 Jahren den Tag der Freiheit nicht mehr erlebten und die Treue zum Glauben mit dem Tode besiegelten.

Sie wissen, daß die 1.100 Juden in der Deutschen Demokratischen Republik 8 Gemeinden bilden, nämlich Berlin, Dresden, Halle, Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Magdeburg und Schwerin, und diese sich zusammengeschlossen haben zum Verband der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik, der seinen Sitz in Dresden hat.

Jede Gemeinde verfügt über eine Synagoge oder einen Betsaal, die neuerbaut bezw. wiederhergestellt wurden.

Der Berliner Friedenstempel in der Rykestraße, der zwar nicht in Flammen aufging, aber geschändet und demoliert wurde, erstrahlt in neuem Glanze. Neue Synagogen wurden weiter in Dresden und Erfurt erbaut, ebenso erhielt Erfurt ein neues Gemeindehaus. Das Gemeindehaus in Karl-Marx-Stadt, das ebenfalls neu erbaut wurde, ist Ihnen ja bekannt. Es enthält natürlich einen schönen Betraum. In Leipzig und Halle wurden die zerstörten Synagogen wieder instand gesetzt und Synagogen in den Gemeindehäusern Magdeburg und Schwerin gebaut. Die entstandenen Kosten hat der Staat getragen. Alle bekannten Friedhöfe in der Deutschen Demokratischen Republik, ca. 120, werden mit Mitteln, die wir von der Regierung erhalten, in würdigen Zustand versetzt und gehalten. Ebenso werden Verwaltungszuschüsse für unsere Gemeinden gezahlt.

Im Deutschen Demokratischen Rundfunk finden am Schabboss alle 14 Tage Sabbat-Feiern statt und Oberkantor Werner Sander gibt regelmässig in verschiedenen Städten Konzerte mit seinem vorzüglichen Leipziger Synagogal-Chor. Auch existieren schon zwei Schallplatten mit Werken der sakralen wie der folkloristischen Musik, die auch in der Bundesrepublik und in USA Verbreitung gefunden haben.

Die übergroße Mehrheit der Bürger jüdischen Glaubens sind als Verfolgte des Faschismus anerkannt. Diese Anerkennung gibt ihnen vielerlei besondere Rechte. So ist z. B. im Arbeitsgesetzbuch verankert, daß ihnen, soweit sie in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen, ein Mindesturlaub von 27 Arbeitstagen zu gewähren ist, daß sie bei Krankheitsfällen, bis zu deren Beendigung vollen Lohn erhalten, und sie einem besonderen Kündigungsschutz unterliegen. Sie erhalten, Frauen bei Erreichung des 55, Männer bei Erreichung des 60. Lebensjahres, bzw. bei voller Invalidität, eine Rente in Höhe von M. 950,--. Bei teilweiser Invalidität wird die Rente anteilmäßig gestaltet.

Sie sehen aus allen diesen Maßnahmen, daß die Deutsche Demokratische Republik die opfervolle Vergangenheit ihrer jüdischen Bürger in jeder Weise anerkennt und werden auch dadurch verstehen, daß wir immer wieder betonen, in einem Staat, der frei ist von Rassismus und Antisemitismus, zu leben, besonders, da die Jugend im Geist der Verständigung erzogen wird.

Wir sind geachtete und völlig gleichberechtigte Bürger der Deutschen Demokratischen Repu - blik.

Dresden, den 8. Juli 1970

(Helmut Aris)
- Präsident -

*

Gegendarstellung der Jüdischen Gemeinde zu Dresden vom 11. Juli 1972 an den Verfasser

„. . . Inzwischen habe ich Ihren Artikel aus dem „Aufbau" vom 17. März 1972 (Thoraschmuck im Garten vergraben) erhalten und gelesen. . . Mir ist, obgleich ich um diese Zeit Repräsentant der Jüdischen Gemeinde war, nichts davon bekannt. Vor allen Dingen ist die Gemeinde nicht im Besitz von Thorakronen mit vergoldeten Glöckchen, Alijahtäfelchen, Gewürzbüchsen, Schildern und Zeigern aus Filigran usw. was Sie aufführen. Einige Kultgegenstände mögen auf diese Weise gerettet sein, aber durchaus nicht der gesamte Besitz der Gemeinde, denn bei der Einweihung der neuen Synagoge am 18.6.1950 – Herr Albert Hirsch war zu dieser Zeit noch in Dresden ansässig – trugen wohl alle Seforim im Oraun Hakaudesch Schilder, aber nur Kronen und Zeiger. Die fehlenden konnten erst in den letzten Jahren von mir beschafft werden. . .

Helmut Aris
– Präsident –"

B. Kirche und Juden

Das Verhältnis der beiden Kirchen, insbesondere der katholischen zu dem in den zwanziger Jahren in Deutschland mächtig anschwellenden Antisemitismus und seiner Entartung in ungeheuerlichsten Genozid der Weltgeschichte, gehört in das Kapitel tragischen Fehlverhaltens dieser mächtigen Religion. Der ausgebliebene massive Protest des Papstes gegen die Verfolgungen der Juden, die Unterlassung einer großangelegten Rettungsaktion, als die Errichtung der Todeslager im Osten bekannt wurde, war und wird noch lange Gegenstand kontroverser Darstellungen sein. Aus jüdischer Sicht bleibt das Schweigen des Papstes eine bedrückende Tatsache, die von der die NS-Machthaber scharf verurteilenden Encyklica "Mit brennender Sorge" vom 14. März 1937 nicht gemildert wird. Das jüdische Leiden wird dort ebensowenig erwähnt, wie nach dem Krieg, als Papst Pius XII. in seiner Ansprache vom 2. Juni 1945 die barbarische Mißhandlung von Priestern und Laien ganz allgemein in den KZs beklagte, leider ohne eine ausdrückliche Nennung der Judenverfolgung.*)

Zurück zum Jahre 1933. Die Haltung der verschiedenen Instanzen und der Partei des nationalsozialistischen Staates zu den Kirchen wurde nach der Machtergreifung immer komplexer. Obwohl Hitler das Christentum und das Judentum in Deutschland ausrotten wollte, hatte er sich doch nicht von den Extremisten der Partei zu übereilten Schritten gegen das Christentum verleiten lassen, sondern seine Handlungen allein von politischen Opportunismus bestimmen lassen. Im Frühjahr 1933 äußerte sich Hitler vor seinen engsten Mitarbeitern :

> *"Mit den Konfessionen, ob diese oder jene, das ist alles gleich, das hat keine Zukunft mehr. Für die Deutschen jedenfalls nicht. Der Faschismus mag in Gottes Namen seinen Frieden mit der Kirche machen. Ich werde das auch tun. Warum nicht ? Das wird mich nicht abhalten, mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln das Christentum aus Deutschland auszurotten. Ob nun Altes Testament oder Neues . . . das ist doch alles derselbe jüdische Schwindel . . . "* 576.)

Der Landesbischof von Sachsen, Dr. Hugo Hahn, hatte nun erkannt, daß die mörderischen Aktionen der Nationalsozialisten nicht nur Juden galten. Zurückblickend auf die Anfänge der Judenverfolgungen im Jahre 1933 nahm er dazu Stellung:

> *"Schwerer als solche mehr zufälligen Erfahrungen wirkte auf mich und die bekenntnistreuen Brüder im ganzen Reich die "Judenfrage". Der fanatische Judenhaß der Partei und die daraus erwachsenden Verfolgungen stellte uns in Gewissensentscheidungen.*
>
> *Ich war bisher alles andere als judenfreundlich gewesen. Wir hatten bei unseren Einkäufen jüdische Geschäfte gemieden.*
>
> *Aber ich fand die Form des Judenboykottes als unchristlich und verwerflich. Nun ging ich aus Mitleid und Protest gerade in jüdische Geschäfte. Es war rührend wie sie sich dort freuten und nett zu uns waren."* 577.)

Also aus Mitleid und Protest ging der Landesbischof von Sachsen in jüdische Geschäfte einkaufen. Welche Gedanken bewegten die Juden als eine derart hochgestellte Kirchenperson bei ihnen kaufte? Mußten sie nicht annehmen, daß die Kirche ihnen in ihrer Not einmal irgendwie helfen wollte?

*) Siehe auch Carlo Falconi: Das Schweigen des Papstes. München 1966, S. 105 ff.

Aber nicht nur die einfachen Kaufleute der Juden suchte der Landesbischof auf, er ging zu der hochgestelltesten jüdischen Persönlichkeit in Dresden. Dem Rabbiner. Wahrscheinlich war es Professor Dr. Jakob Winter, der durch seine wissenschaftlichen Arbeiten besonders angesehen war.

Der Chronik der Juden in Dresden kann man nicht entnehmen, daß schon einmal ein Bischof einen Rabbiner in seinem Amtssitz aufgesucht hätte.

Um so mehr Gewicht mußte der Rabbiner dem Besuch des Bischofes beimessen. Man kann sich gar nicht in die Vorstellung des Rabbiners hineindenken, als ein Bischof bei ihm erschien, um ihm sein Beileid zu dem Judenboykott, der Hetze und den schon eingesetzten Verfolgungen zu bezeugen. Und wieder schreibt der Bischof in seinen Erinnerungen:

> *"Dann begann die Geschichte mit dem Arierparagraphen, die Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben. Daß sich die Juden viel zu weit (!) in alle möglichen Berufe und Stellungen vorgedrängt hatten und wirkliche Schäden vorlagen, gaben wir zu. (!) Aber die allem Recht hohnsprechende Art wie das nun bekämpft wurde und wie dadurch namenloses Elend über viele Menschen kam, empörte uns aufs tiefste. Ich fühle mich und unsere ganze christliche Kirche mitschuldig an diesem großen Unrecht."* [578.)]

Dem Rabbiner erklärte der Bischof, "daß wir praktisch wenig tun können", um den Juden zu helfen. Dem Rabbiner war es nun klar, daß die Juden in Dresden – und auch anderenorts völlig isoliert wurden. Der Besuch des Bischofes so menschlich er auch gewesen sein mag, war ein Kondolenzbesuch, eine Art letzte Ölung für die Sterbenden. Von Hilfe war keine Rede.

Zwar hatte die Bekennende Kirche ihre Stimme für die Juden erhoben, so zum Beispiel schon in der an Hitler gerichteten Denkschrift der 1. Vorläufigen Kirchenleitung vom 26. Mai 1936, wo es hieß:

> *"Wenn den Christen im Rahmen der NS-Weltanschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhaß verpflichtet, so steht für ihn dagegen das Gebot der Nächstenliebe . . . "*

Aber der Widerspruch hätte doch viel leidenschaftlicher und lauter geschehen müssen – polemisiert der Sächsische Landesbischof. Er erwähnte die Hilfe an den nichtarischen Christen (getaufte Juden), die in Sachsen vor allem von Max von Loeben mit großer Treue getan wurde. Für die Juden selbst – kein Wort. [579.)]

Noch bedauerlicher ist die Schilderung des Bischofes über die Kristallnacht am 9. / 10. November 1938, die er in wenigen Sätzen zusammenfaßt:

> *" . . . in diese Tage fiel das grauenhafte Ereignis der Judenpogrome, das Niederbrennen der Synagogen, das Zerstören jüdischer Geschäfte . . . Wir waren tief erschüttert. (Ein Mann) erzählte, daß er die Abführung zweier jüdischer Männer durch die SS gesehen habe. Es brannte in unseren Herzen das Gefühl, daß man sich dagegen wehren müsse, aber bis heute schämen wir uns, daß nichts geschehen ist."* [580.)]

Der Bischof war tief erschüttert als er die brennende Synagoge sah. Er hatte auch das Gefühl, "daß man sich dagegen wehren müsse". Aber kein offizielles Wort gegen dieses neue Verbrechen wurde von ihm laut. Er war sich doch nun sicher, welchen Weg die nationalsozialistische Politik gegenüber Kirche und Juden einschlug. Denn dort, wo Stätten des Gebetes und der Gottesverehrung zerstört werden, da ist jeder Anspruch des Menschen auf sein elementarstes Recht, auf sein Leben verneint. Dann kann seine Vernichtung auf organisatorischem Wege vorgenommen werden.

Pressemeldung vom 11. November 1938 :

DIPPOLDISWALDER TAGESBLATT

verbunden mit Landzeitung für das Müglitztal, Dippoldiswalde. Verbreitetste Zeitung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde.

Nr. 264. Freitag, 11. November 1938. Bez. Dipp. / Dippoldiswalde. Seite 2.

Einheitsfront in der evangelischen Kirche gegen Volksschädlinge.

Die Tage höchster außenpolitischer Spannung haben in der evangelischen Kirche gewisse religiös fanatische Kreise benutzt, um unter dem Vorwand von Bittgottesdiensten ihrer staatsfeindlichen Gesinnung Ausdruck zu geben und zu ver suchen die Geschlossenheit der deutschen Volksgemeinde zu stören. Die sogenannte "vorläufige Leitung der deutschen-evangelischen Kirche", eine kirchen- und staatsrechtlich völlig illegale Organisation hatte am 30. September 1938 eine Bittgottesdienstordnung für alle Kirchenregierungen und "Bruderräte"empfohlen, die allerdings gegenstandslos wurde, weil an diesem Tage die Einigung von München bereits erfolgt war.

In einmütiger Geschlossenheit haben sämtliche evangelische Kirchenregierungen Deutschlands von den Deutschen Christen bis zu den Landesbischöfen Mavahrens, Meiser, Wurm und Kühlwein dem Reichskirchenminister mit ihrer Unterschrift versichert, daß sie "das Rundschreiben aus religiösen und vaterländischen Gründen mißbilligen, die darin zum Ausdruck gekommene Haltung auf das schärfste verurteilen, und daß sie sich von den für diese Kundgebung verantwortlichen Persönlichkeiten trennen".

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten hat sofort unter Sperrung des Gehaltes ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung gegen Mitglieder der sogenannten "Vorläufigen Leitung der deutschen-evangelischen Kirche" veranlaßt. Diese Maßnahme ist später auf die Personen ausgedehnt worden, die als verantwortlich für die sogenannten "Bruderräte" verschiedener Landeskirchen zeichnen und sich in dieser Sache hinter die sogenannte "Vorläufige Kirchenleitung" gestellt hatten.

(Anm. des Verfassers: Die Mitglieder der sog. "Vorläufigen Leitung der deutschen-evangelischen Kirche" wurden als "Staatsfeinde" in Konzentrationslager gebracht, wo sie, ebenso wie die Juden, barbarisch behandelt wurden.)

Wie sinnvoll und menschlich dagegen dachte und handelte doch ein einfacher Christ, Walter Feurich, angesichts des Synagogenbrandes:

"Meinen Freunden und mir wurde es nun klar, es war nach der berüchtigten "Kristallnacht", daß wir irgendetwas für die verfolgten Juden tun mußten. Ich hatte mich nach meiner Konfirmation der Bekennenden Kirche angeschlossen. In den Zusammenkünften der BK-Gemeindekreise wurde die notvolle Situation besprochen und überlegt, wie ein wenig geholfen werden könnte.

Unvergeßlich ist mir eine Zusammenkunft der BK-Helfer und Helferinnen im Hause des Christlichen Vereines junger Männer auf der Ammonstraße in Dresden geblieben. Das Laienmitglied des Landesbruderrates der Bekennenden Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, Martin Richter leitete sie. Pfarrer Heinrich Grüber aus Berlin, berichtete über seine Arbeit für unsere jüdischen Mitbürger. Die Mehrzahl der Anwesenden war zur Hilfe bereit. Handwerksmeister wollten versuchen, Juden in ihren Betrieben zu beschäftigen. Andere Teilnehmer verpflichteten sich, einen finanziellen Beitrag für die Arbeit des Büros Grüber und seiner Zweigstelle in Sachsen zu leisten.

Drei Männer sind es innerhalb der Bekennenden Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen gewesen, die sich besonders dieser Aufgabe annahmen. Es sind: Martin Richter, nach 1945 Bürgermeister von Dresden, Pfarrer Walter Böhme von der Thomaskirche Leipzig und Geheimrat Dr. Max von Loeben, der wegen seiner "nichtarischen" Abstammung aus dem Staatsdienst entlassen worden war; nach 1945 war er Ministerialrat im Finanzministerium Sachsen und CDU-Stadtverordneter in Dresden.

Ich arbeitete im wesentlichen mit Martin Richter und während meiner Leipziger Studentenzeit mit Pfarrer Böhme zusammen. Während des Krieges konnten wir vor allem mit Lebensmitteln helfen, da ja die Rationen für "Nichtarier" erbärmlich gering waren. Wir sammelten im BK-Studentenkreis und in der evangelischen Studentengemeinde Leipzig Lebensmittelmarken und einige von uns brachten sie in die sogenannten Judenhäuser, in denen auch Juden, die mit Ariern verheiratet waren, wohnten.

Während des studentischen Ausgleichdienstes mußte ich Kontrollen in einzelnen Häusern durchführen und konnte dabei dafür sorgen, daß mit Ariern verheiratete Sternträger den Vorschriften entsprechend in Luftschutzräumen aufgenommen wurden. Leider war die Bevölkerung oft radikaler, als es die an sich schon harten Vorschriften forderten.

Das alles war sehr wenig, im Blick auf die große Not unserer jüdischen Mitbürger viel zuwenig, und doch wurden diese kleinen Zeichen der Verbundenheit dankbar hingenommen. . ."

Hier und da brachten einige wenige Pfarrer den Mut auf, den staatlichen Judenhaß zu bekämpfen, der allerdings ihre Sphäre betraf. Es handelte sich um Judenchristen,also getaufte Juden, die ebenfalls diffamiert wurden.

Interne Nachrichten meldeten aus dem Reich:

Versuche der Kirchen, die judengegnerische Haltung der Bevölkerung durch konfessionelle Gegenarbeit zu untergraben

Die Polizeiverordnung des Reichsminister des Innern vom 1. September 1941, die den Juden verbot, sich in der Öffentlichkeit ohne den sichtbar auf der linken Brustseite des äußeren Kleidungsstückes zu tragenden Judenstern zu zeigen, hat nicht nur in den größeren Städten hinsichtlich der großen Zahl der Juden in der Bevölkerung Überraschung ausgelöst, sondern auch das Kirchenvolk auf die zahlreichen getauften Juden, die sich unter den Besuchern der Sonntagsgottesdienste befanden, aufmerksam gemacht.

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung wurden an den darauffolgenden Sonntagen verschiedene Kirchenbesucher bei ihren Ortsgeistlichen vorstellig. Sie verlangten, daß die Juden nicht mehr die gemeinsamen Gottesdienste besuchen dürften und daß man von Ihnen nicht verlangen könne, daß sie neben einem Juden die Kommunion empfangen sollen.

Die Haltung der Geistlichkeit der Bekenntnisfront wurde durch ein Flugblatt gekennzeichnet, das von einer Stadtvikarin in Breslau verfaßt und in verschiedenen Teilen des Reichsgebietes verbreitet wurde :

> *"Es ist Christenpflicht, die Juden nicht etwa wegen der Kennzeichnung vom Gottesdienst auszuschließen. Sie haben das gleiche Heimatrecht in der Kirche wie die anderen Gemeindemitglieder und bedürfen des Trostes aus Gotteswort besonders.*
>
> *Für die Gemeinde besteht die Gefahr, daß sie sich durch nicht wirklich christliche Elemente (!) irre führen lassen, daß sie die christliche Kirche durch unchristliches Verhalten gefährden. Es muß Ihnen hier seelsorgerisch etwa durch Hinweis auf Luk. 10, 25–37 (Wer ist dein Nächster ?) und Matth. 25, 40 (Was ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan !) geholfen werden.*
>
> *Es wäre zu erwägen, ob nicht Kirchenbeamten, Gottesdienstredner usw. sich dieser gekennzeichneten Gemeindemitglieder besonders anzunehmen und ihnen, wenn nötig, Plätze anzuweisen hätten. Eventuell wären auch besondere Plätze in jedem Gottesdienst vorzusehen, um die Juden davor zu bewahren, von unchristlichen Elementen (!) fortgewiesen zu werden.*
>
> *Damit aber das nicht als unevangelische Absonderung aufgefaßt werden kann, ist es notwendig, daß treue Gemeindemitglieder (z. B. Gemeindekirchenräte, Frauenhilfe, Pfarrhaus) auch auf diesen Bänken neben und unter den nichtarischen Christen Platz nehmen. Es ist auch zu überlegen, ob nicht diese gekennzeichneten Christen in der ersten Zeit von Gemeindemitgliedern zum Gottesdienst abzuholen wären".*

Das evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien hatte sich infolge der ablehnenden Haltung der Bevölkerung und der Stellungnahme der Partei gezwungen gesehen, von diesem Schreiben, das angeblich ohne seine Einwilligung verbreitet wurde, Abstand zu nehmen. Eine ähnliche Beurteilung dieser "Behandlung der Judenchristen" erfolgte nicht aus anderen Teilen des Reiches.

In katholischen Gemeinden der größeren Städte tauchte der Plan auf, die jüdischen Katholiken zu einer "Judenchristengemeinde" mit eigenem Gottesdienst zusammenzufassen, um jede Belästigung der übrigen Katholiken zu vermeiden. Diese Lösung wurde aus Kreisen der Bevölkerung sowie auch vereinzelt von Klerikern vorgeschlagen. [581.)]

"Der Sächsische Landesbischof Dr. Hahn," wird von einem Biographen beschrieben, "der von Natur aus fast naiv und vertrauensselig, zunächst auch unkritisch gegen die nationalsozialistische Bewegung, dank seiner lutherischen Erziehung friedfertig und versöhnungsbereit hat er sich immer erst zum Kampfe entschlossen, wenn eine Not seines an Gottes Wort und an das Bekenntnis seiner lutherischen Kirche gebundenen Gewissens ihn dazu zwang."[582.)]

Was hatten die Juden in Sachsen von einem solchen Mann zu erwarten ? Und ich antworte gleich auf die Frage : Nichts, aber auch gar nichts. Hatte der Bischof doch selbst erklärt: *"Ich war bisher (1933) alles andere als judenfreundlich gewesen !"*

Diese Einstellung paßt auch in das Konzept von Luther, der einem Juden als dieser sich in Nöten befand, antwortete: *"Laßt euch doch taufen!"*

Sicher hatte der sächsische Landesbischof in der NS-Zeit schwere Probleme. Nicht nur, daß er von der Gestapo überwacht und beschattet wurde, kamen die Anliegen aller Geistlicher aus Sachsen zu ihm zur Entscheidung. Wie konnte er sich mit der "Judenfrage" befassen? Wenn er wollte hätte er sicher einen Einfluß gehabt, der wohl äußerst gering, aber in seiner Aussage schwerwiegend gewesen wäre. Er selbst wurde aus Sachsen ausgewiesen, seine Frau starb – er hatte schwere Schicksalsschläge.

Dennoch erwähnte er in seiner Lebensbeschreibung nach 1938 nicht mehr die Juden. Wußte er nicht, was mit seinen jüdischen Mitmenschen geschah – oder wollte er es nicht wahrhaben? Der Bischof erwähnt weder Auschwitz noch Treblinka. Ist dies Vergeßlichkeit oder Ignoranz? Sind in Auschwitz nicht auch Christen ermordet worden?

Ich habe es selbst erlebt, wie Christen in der schweren Notzeit Juden Brot und Lebensmittel – oft unter Gefahr entdeckt zu werden – zukommen ließen. Sie handelten damit nach dem jüdischen wie christlichen Gebot: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!"

Und ebenso wie im tiefsten Mittelalter, als die Bischöfe die Judenverfolgungen stillschweigend mitansahen, so konnte die Kirche im 20. Jahrhundert die Ausrottung von 6 Millionen Juden vernehmen – und stand tatenlos abseits.

Weil die mutigen Bischöfe von Papst Pius XII. in Holland protestiert und nicht geschwiegen haben, wurden die Judendeportationen beschleunigt und die Klöster nach versteckten Opfern durchkämmt. (Siehe mein Buch *Edith Stein und Anne Frank = Zwei von Hunderttausend,* Freiburg 1968.)*)

---

*) Anmerkung von Dr. Robert M.W. Kempner.

Bekanntmachung evangelischer Landeskirchen über die kirchliche Stellung evangelischer Juden 17. Dezember 1941

Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, daß dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmaßen von den Juden angezettelt wurde. (!) Sie hat deshalb im Inneren wie nach Außen die zur Sicherung des deutschen Lebens notwendigen Entscheidungen und Maßnahmen gegen das Judentum getroffen.

Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen Evangelischen Landeskirchen und Kirchenleiter in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der u. a. die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat, wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderung erhob, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen.

Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tag haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele mißbraucht oder verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche Evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu pflegen und zu fördern.

Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht.

Die unterzeichneten deutschen Evangelischen Kirchen und Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens
Klotzsche, Präsident des Landeskirchenamtes

Evangelisch-lutherische Kirche Mecklenburgs
Schultz, Landesbischof

Evangelische Landeskirche Nassau-Hessen
Kipper, Präsident des Landeskirchenamtes

Evangelisch-lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins
Dr. Kinder, Präsident des Landeskirchenamtes

Evangelische Landeskirche Anhalt
Der evangelische Landeskirchenrat für Anhalt
Wilkendorf, OKR.

Thüringer Evangelische Kirche, der Landeskirchenrat
Dr. Volz, i. V.

Der Kirchenrat der Evangelisch-lutherischen Kirche Lübeck,
der Vorsitzende
Siewers, OKR. [583.)]

Die Führer der evangelischen Kirche, die diese Erklärung unterschrieben, billigten demzufolge alle nationalsozialistischen Maßnahmen von der Ausweisung der Juden aus Deutschland bis zum Massenmord.

*

Siegel des „Reichsbischofes", 1933 - 1945



Der Protestantismus am tiefsten Punkt:

Der Reichsbischof (nach 1933) bekannte sich bedingungslos zum Nationalsozialismus mit dessen rassistischem Gedankengut. In seinem Amtssiegel befand sich neben der Lutherrose das Hakenkreuz.

Zum Abschluß des Kapitels „Kirche und Juden" soll „post debaculum" die Einstellung von Papst Pius XII. festgehalten werden:

> *„Ich habe mehrere Male daran gedacht, den Nazismus mit dem Bannstrahl der Exkommunikation zu belegen, um vor der zivilisierten Welt die Bestialität der Judenausrottung anzuprangern. Doch nach vielen Tränen und Gebeten bin ich zu dem Schluß gelangt, daß ein Protest nicht nur niemandem helfen, sondern das Vorgehen gegen die Juden noch verschlimmern würde".* *)

Die Schuld an dem furchtbaren Genozid der Juden trägt aber der Nationalsozialismus, dessen Führer und Helfershelfer.

*

*) In dem Buch "Geheime Reichssache, Papst Pius XII. hat nicht geschwiegen" (mit einem Vorwort von Dr. Robert M.W. Kempner) beschreibt Jenö Levai die Haltung des Vatikans in der Judenfrage. Anm.

C. Die NS-Verbrecher-Hierarchie

Die hohen Dresdner NS-Führer, denen auch der Rassismus als Fundament ihrer verbrecherischen "Blut- und Boden Theorie" ins Blut übergegangen war, entschieden über Leben und Tod von Gegnern des NS-Regimes und der Juden.

Die Funktionäre:

1. Mutschmann, Martin, *NS-Gauleiter in Sachsen Ehemaliger bankrotter Spitzenfabrikant in Plauen. Die Dresdner Tageszeitung vom 2.6.1945 berichtet über die Verhaftung.*
   Verstorben nach 1945

2. Killinger, Manfred von, *Reichsbeauftragter für Sicherheit und Ordnung in Sachsen. Killinger gehörte zu der Kategorie Nazibonzen, die "Kommunistenweiber" auspeitschten und zum Revolver griffen, wenn von Kultur gesprochen wurde.*
   ?

3. Zörner, Ernst, Dr. jur. *Oberbürgermeister in Dresden. Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Polen hingerichtet. (Lt. Reitlinger. Die Endlösung.)*
   Am 17. 6. 1959 vom Amtsgericht Braunschweig für tot erklärt.

4. Delten von, Rittmeister, *Polizeipräsident in Dresden seit 1933.* ?

5. Hermann, *Polizeipräsident in Dresden.* ?

6. Kaufmann, Heinz, Dr. *SS-Obersturmbannführer. Mitarbeiter des Gestapo-Amtes Sachsen. Seit 1938 in der Gestapo-Leitstelle Dresden.*
   Nach 1948 : Verurteilung zu 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis.

7. Thümmler, Johannes, Dr. *SS-Obersturmbannführer. Oberregierungsrat im Reichssicherheitshauptamt. Leiter der Gestapo-Leitstelle Dresden, Chemnitz und Kattowice.*
   Lt. Beschluß vom OLG Stuttgart vom 28. Okt. 1970 Verfahren eingestellt. Siehe Seite 489

8. Klein, Georg,

Regierungsdirektor in Dresden. Leiter der Staatspolizeileitstelle in Dresden. An Judendeportationen nach den Vernichtungslagern beteiligt.

Am 14. 4. 1966 verstorben. Angaben Sta. Göttingen.

9. Röllich, Erwin,

Kriminaloberinspektor in Dresden Sachbearbeiter für Judenangelegenheiten. An Deportationen beteiligt.

Nach 1945 in Gefangenschaft gestorben. Angaben Sta. Göttingen.

10. Geisler,

Gestapo-Mann in Dresden. Folterknecht.

Verstorben nach 1945 Angaben Sta. Göttingen.

11. Weser,

Gestapo-Mann in Dresden. Folterknecht. Genannt "Der Spucker".

Verstorben nach 1945. Angaben Sta. Göttingen.

12. Clemens, Johannes,

SS-Untersturmbannführer bei dem Sicherheitsdienst (SD) der SS. Folterknecht. Genannt "Der Schläger".

Zu langjähriger Zuchthausstrafe wegen Spionage in der BRD verurteilt. Siehe Seite 487

13. Thierack, Otto,

Dr. Staatsanwalt. Übernahm am 10. März 1933 das Justizministerium.

?

14. Kluge, Dr.,

Oberregierungsrat, Finanzministerium

?

15. Hartnacke,

Dr., Stadtschulrat. Volksbildungsministerium.

?

*

Die vorstehende Aufstellung stellt nur **einen Teil** der NS-Funktionäre dar.

In Dresden befanden sich nach Aussagen ehemaliger Bürger rund 100 Gestapo-Beamte. Alle diese Männer waren an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt.

Eine besondere verbrecherische Rolle spielten innerhalb des Reichssicherheitshauptamtes die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und deren Sicherheitsdienst (SD). Die Gestapo war aus dem Preußischen Geheimen Staatspolizeiamt und der Politischen Polizei der Länder des Deutschen Reiches entstanden. Als Heinrich Himmler 1936 Polizeichef wurde, bildete er aus der Gestapo und der Kriminalpolizei die Sicherheitspolizei.

Im Innern Deutschlands schuf die Gestapo ein Terrorregime, das nicht seinesgleichen in der Welt hat. Zehntausende Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche Arbeiter, Juden und fortschrittliche Intellektuelle wurden gleich bei der Machtübernahme 1933 verhaftet. In den Gestapo-Gefängnissen begann ihr Leidensweg. Hier richtete die Gestapo wahre Blutbäder an, um Aussagen zu erzwingen. Diejenigen, die die Foltern überstanden, wurden von Dresden nach dem Konzentrationslager Buchenwald verschleppt, wo sie neuen Torturen, Mißhandlungen und dem Tod ausgesetzt wurden.

Die ersten "Erfolgsmeldungen" der Nazis liefen schon vor 1933 bei der Parteizentrale ein: In Dresden hatten SS-Männer eine Nazikundgebung vor einem Sprengversuch durch 50 Kommunisten (und Juden) bewahrt, und in Sachsen – so Rapporteur Rosenwink –

> *"wagt es kein Marxist mehr, unsere Versammlungen zu stören, seitdem in Chemnitz, im Marmorpalast, die vereinigten Schutzstaffeln von Dresden, Plauen, Zwickau und Chemnitz die Kommunisten nicht nur furchtbar verprügelt, sondern zum Teil auch noch zum Fenster hinauswarfen."* *)

Um sich der "Staatsfeinde", Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden zu entledigen, wurden diese von der Gestapo in die Dresdner Gefängnisse gebracht. Dort sind sie in den Kellern von Gestapo-SS- und SA-Männern bis zur Bewußlosigkeit geschlagen und mißhandelt worden.

Die "Politische Bereitschaft in Dresden" bildete speziell Leute zu Mißhandlungen aus, die auch in Konzentrationslagern eingesetzt wurden, da sie über "Spezialkenntnisse" im Foltern verfügten. So zum Beispiel Walter, Gerhard, Martin Sommer der in seiner Eigenschaft als SS-Hauptscharführer in Buchenwald 25 Menschen bestialisch ermordete. (Er wurde 1959 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.) [584.]

Konzentrationslager Buchenwald

Sofort nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, im März 1933, begannen im KZ-Buchenwald die verbrecherischen Morde und Mißhandlungen die sich weit über 10 Jahre hinwegzogen.

Nach dem 9. November 1938 (Kristallnacht) wurden in das KZ-Buchenwald Juden aus folgenden Städten eingeliefert:

Dresden	151 Juden
Chemnitz	171 Juden
Leipzig	270 Juden. [585.]

Diese Angaben stammen aus den KZ-Lagerlisten, die später nur unvollkommen geführt wurden. In Wirklichkeit war die Zahl der Juden aus den hier angegebenen Städten weitaus höher.

*) Höhne, Heinz. Der Orden unter dem Totenkopf. In: Der Spiegel, Jg. 1966. Nr. 42 ff. Seite 107

Nur körperliche Züchtigungen genügten den SS-Bewachern in Buchenwald nicht. Prozessakten nach 1945 geben die grausamen Vorgänge wieder:

". . .es war ihm darüber hierfür auch jedes Werkzeug recht, mit dem er wahllos den Häftlingen über Kopf, Gesicht und Körper schlug. Waschkannen, Schemel, Rohrstöcke, Ochsenziemer, Hundepeitschen, Knüppel, Gummikabel, Totschläger stellten die bevorzugten Utensilien dieses seines Arsenales dar. . .

Danach erschienen alsbald nach der Einlieferung Neururers der Lagerführer Schober und der Rapportführer Strippel im Bunker und ließen jenen in eine am Ende des Ganges rechts befindliche Zelle verlegen, an deren Plafond zwei starke Haken angebracht waren. Ein Arrestkalfaktor mußte Lammfelle und Ketten bringen, die Sommer um die Füße Neururers legte und festband. Der Angeschuldigte hängte diesen unter Assistenz des Kalfaktors nunmehr verkehrt, also Kopf nach unten, an den Deckenhaken auf, worauf sich die beteiligten SS-Männer Sommer, Schober und Strippel eine Zeitlang unter Lachen an seinen Qualen weideten, bis sie die Zelle verließen." Nach 36 Stunden Kopfüberhängens verschied Neururer.[586.)]

Aber nicht nur die Juden wurden ermordet. Wieder sagen Akten aus:

"Der Häftling Michael Reitmeier war im Bunker arrestiert, als in den letzten Januartagen 1941 der Angeschuldigte und der Lagerarzt Dr. Hoven seine Zelle betraten. Dabei stellte Sommer an ihn die Suggestivfrage: "Sie sind doch krank?", die Reitner ablehnend beantwortete. Trotzdem erklärte Dr. Hoven: "Nun gut, wollen wir mal eine Mischung zurechtmachen!" In der folgenden Nacht betrat Sommer wiederholt die Zelle Reitmeiers und gab ihm, offenbar seine sonstige Geschicklichkeit vermissend, insgesamt vier Spritzen, wobei Reitmeier heftig schrie. Erst nach der letzten Spritze verschied er, wobei er von der Pritsche stürzte, mit dem Kopf auf den Kübel aufschlug und so eine Blutlache hinterließ".[587.)]

Der KZ-Scherge Martin Sommer wurde am 8. Juli 1959 in Bayreuth zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, weil ihm **25 Morde** nachgewiesen werden konnten, die er als Arrestaufseher im KZ-Buchenwald begangen hatte.
1971 erkrankte Sommer in der Haft und wurde "auf Widerruf von der Vollstreckung der Strafe befreit", wie die Bayerische Landesregierung bekannt gab.*)
1949 wurden dem SS-Hauptsturmführer Arnold Strippel **21 Morde** nachgewiesen. Er wurde vom Landesgericht Frankfurt am Main zu 21mal Lebenslänglich Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. In einem Aufnahmeverfahren wurde Stippel im Dezember 1972 freigesprochen und das Gericht sprach ihm DM 150.000,– "Haftentschädigung" zu. Das Urteil löste in der Öffentlichkeit Empörung aus.**)

Ein Gutachten zur Vorbereitung der Wannsee-Konferenz zur "Endlösung der Judenfrage" (Ausrottung der Juden) besagte in Punkt 8 folgendes:

"Durchführung dieser Maßnahmen (Deportationen in die Todeslager) wie bisher im guten Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt".

Im Zuge der "Endlösung" der europäischen Judenfrage kamen ungefähr 11 Millionen Juden in Betracht, von denen 131.800 in dem ursprünglichen Reichsgebiet lebten, 43.000 Juden in Österreich und 74.000 Juden in dem Protektorat Böhmen und Mähren.

Nach Beendigung des II. Weltkrieges wurde festgestellt, daß von den Nationalsozialistischen Verbrechern insgesamt 6 Millionen Juden ermordet wurden.

Von den rund 6000 Juden, die sich noch 1932/33 in Dresden befanden, sind schätzungsweise **4000** ermordet worden. Die Zahl dürfte noch höher liegen.

---

*) In: Bulletin des Comité International des Camps. Heft 44. 21. Febr. 1972. S.6.
**) Frankfurter Rundschau. Jg.29.Nr.17. 20. Januar 1973. S.4.

Betrifft den SS-Unterführer Johannes Clemens aus Dresden.

Geboren am 9. Februar 1902 in Dresden. In seinem Lebenslauf schreibt er u. a.:

> "Meine politische Tätigkeit begann im April 1931. Mitgliedsnummer 550429. Zuerst wurde ich Amtswalter, am 1. 8. 1931 stellte ich . . . den ersten Motorsturm der SA auf. 1932 im August ging ich zur SS. 1933 . . . leistete ich auch der politischen Polizei gute Dienste (!). Seit 1934 gehöre ich dem Sicherheitsdienst Reichsführer SS an. Seit 1. 1. 1936 führe ich Außenstelle Dresden vom Sicherheitsdienst (SD) Reichsführer SS."

Der Personalbericht des SD-Führers des Oberabschnittes Elbe beurteilt Clemens in einem Personalbericht vom 2. März 1939 u. a. wie folgt:

Rassisches Gesamtbild	: ausgeglichen, dinarischer Einschlag
Lebensauffassung	: klar, sachlich
Besondere Vorzüge	: guter Sachkenner
Fähigkeiten	: beherrscht die SS-Dienstvorschriften

Der SD-Leitabschnitt Dresden verzeichnet in der SD-Außenstelle :

Leiter : SS-Hauptsturmführer Clemens

1940 wurde von Clemens der jüdische Prof. Dr. Victor Klemperer bei einer Vernehmung schwer mißhandelt. Es ist anzunehmen, daß Clemens an weiteren Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Juden) beteiligt war. Eine Anklage wurde diesbezüglich n i c h t eingeleitet.

Im Jahre 1941 gab es ein Untersuchungsverfahren wegen **Aussageerpressung** gegen den SS-Untersturmführer Clemens. Durch Verfügung des SS- und Polizeigerichts V in Dresden wurde das Untersuchungsverfahren am 20. März 1941 eingestellt. *)

Am 15. Juni 1951 wurde Clemens in den Bundesnachrichtendienst der BRD eingestellt. Er betätigte sich aber dort als Spion. Vor Gericht offenbarte sich Clemens und seine Mitangeklagten als so unbelehrbare Nationalsozialisten, daß eine bekannte Zeitung folgerte, im BND habe eine fatale Personalpolitik kleinen und größeren Nazis fröhlichen Unterschlupf gewährt.

In Karlsruhe wurde Clemens wegen Landesverrates zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

*

*) Aus dem Archiv des Nachrichten-Magazins „Der Spiegel" Abtlg. Dokumentation.

SD und Gestapo in Sachsen

SD-Leitabschnitt **Dresden**
Gerhard-Hauptmann-Straße 1 – Anruf 45312 VII 10 –Juni 1944 –
Leitabschnittsführer SS-Obersturmbannführer Zapp

Zuständiger Inspekteur der Sicherheitspolizei des SD	: in Dresden
Zuständigkeitsbereich als SD – Abschnitt	: Land Sachsen
Flächengröße	: 14.663.53 qkm
Einwohnerzahl	: 5.212.046
Name und Sitz der zuständigen Gauleitung(en) d. NSDAP	: Gau Sachsen i. Dresden

SD-Haupt-Außenstelle	SD-Außenstellen	
Chemnitz, Oststraße 65 - Anruf 45038	Annaberg (Erzg.) Steinweg 4.	Ruf 3781
Leiter, SS-Obersturmbannführer Mathe	Auerbach (Vogtl.) Nivolaistr. 11	2535
	Bautzen, Stadthaus a. Hauptmarkt	3341
	Borna (Bez. Leipzig) Leipzigerstr. 22	196/7
	Dippoldiswalde i. Altenberg/Sachs. Paul-Haucke Str. 1. (Lauenst.)	281
	Dresden-Land-West in Dorfhain über Tharandt 1 a	218
	Döbeln, Bahnhofstraße 35/I.	2409
	Flöha, in Zschopau, (Anruf Zschopau) Viktor-Lutze Staße 59	355
Dresden, Zirkusstraße 13. Anruf 17086	Freiberg i. Sa. Wernerstraße 9	3041
Leiter, SS-Hauptsturmführer Clemens	Freiberg i. Sa. (Kultur–Außenstelle) Langenmarckstraße1	2251
	Glauchau, Lichtensteinerstr. 52	3041
	Grimma, Schröderstraße 8	698
	Gröditz, Am Eichenhain 5 (Riesa)	841
	Großenhain, Finanzamt	341
	Kamenz/Sa. Rathaus	651
	Löbau/Sa. Rathaus, Kripo	2543
	Marienberg/Sa. Annabergerstr. 1	277
Leipzig, Wächtersbacherstraße 34	Meissen, Talstraße 9	2241
Anruf 25083/84	Oschatz, Alte Oschatzerstr. 2	146
Leiter:SS-Hauptsturmführer Welke	Pirna, Liebenaustraße 2	2541
	Plauen i. V. Leissnerstraße 27	2623
	Rochlitz/Sa. in Mittweida Hindenburgstraße 12	2376
	Schwarzenberg/Erzg. in Zwönitz/Sa.	2822
	Stollberg/Erzg. in Zwönitz/Sa. Adolf-Hitlerstr. 38 (Zwönitz)	49
	Zittau, Rathaus	3264
	Zwickau/Sa. Konradstraße 5	2103

Diese Abschrift stammt aus dem Archiv des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel".

Betrifft den Leiter der Gestapo(leit)stellen Dresden und Chemnitz,
SS-Führer Dr. Johannes Hermann Thümmler.

Urschrift

Oberlandesgericht Stuttgart

Az:
3 Ws 164/70
Ks 34 / 69 LG Ellwangen

3. Straf-Senat

BESCHLUSS

vom 28. Oktober 1970

Mitwirkende:
Sen. Präs. Dr. Joos
OLG-Rat König
LG-Rat Maier

in der Strafsache gegen

den kaufmännischen Angestellten Dr. Johannes Hermann Thümmler aus Aalen, Fliederstraße 7,
geboren am 23. August 1906 in Chemnitz / Sachsen

–Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Mayer, Ellwangen, Marktplatz 19 –

wegen Mordes

wird die sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß des Landgerichtes Ellwangen vom 10. Juni 1970 als unbegründet

verworfen.

Die Staatskasse trägt die Kosten des Rechtsmittels und die dem Angeschuldigten dadurch entstandenen notwendigen Auslagen.

Gründe

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Angeschuldigten am 20. Dez. 1967 Antrag auf Voruntersuchung gestellt, die wegen folgender Beschuldigung eröffnet worden ist:

Der Angeschuldigte habe

I. als Vorsitzender des aus Angehörigen der ehemaligen geheimen Staatspolizei bestehenden sogenannten Polizeistandgerichtes bei der Polizeileitstelle Kattowitz (Oberschlesien) in der Zeit vom 1. Oktober 1943 bis 18. Januar 1945 zahlenmäßig noch nicht festgestellte polnische Staatsangehörige, die wegen ihrer angeblichen rassischen Minderwertigkeit der damaligen Polenstrafrechtsverordnung unterstanden, in rechtsstaatswidriger Weise nach meist nur wenigen Minuten dauernder Verhandlung ohne rechtlichen Beistand und ohne Möglichkeit eines Rechtsmittels aufgrund vorausgegangener durch erkennbar körperliche Mißhandlungen erzwungener Geständnisse vor der sogenannten politischen Abteilung des KL Auschwitz I (Untersturmführer Grabner und Schurz, Oberscharführer Boger) zum Tode verurteilt, ohne daß diese sich der Lei-

stung aktiven Widerstandes, des unerlaubten Waffenbesitzes oder sonstiger aufständiger Handlungen gegen die damalige deutsche Besatzung oder todeswürdiger Straftaten gegen deutsche Bewohner schuldig oder wenigstens ernsthaft verdächtig gemacht hatten, und die Verurteilten regelmäßig noch am selben Tage im KL Auschwitz I (Stammlager, Hof des Blockes 11) an der sogenannten schwarzen Wand und/oder (nach deren Beseitigung durch den Kommandanten Liebehenschel) im Krematorium IV zu Birkenau exekutieren ließ und den Vollzug mindestens einmal persönlich überwacht.

II. Familienangehörige, insbesonders Frauen, (Klein-) Kinder und Greise von wirklichen oder vermeintlichen Angehörigen der Widerstandsbewegung und Freischärler, gegen deren Bestrafung mit dem Tode möglicherweise zwar der Form, nicht aber dem Ergebnis nach durchgreifende rechtliche Bedenken bestehen, gleichfalls wegen ihrer rassischen Minderwertigkeit kurzerhand aufgrund der gegen ein schuldiges Familienmitglied erkannten Todesstrafe miterschießen lassen,

III. mindestens einmal im Sommer 1944 an einem nicht festgestellten Tage - möglicherweise im Rahmen einer routinemäßigen Inspektion - auf der Hauptrampe im KL Auschwitz II (Birkenau) an der Selektion mit Güterwagen herangeschaffter ungarischer Juden dadurch mitgewirkt, daß er nicht festgestellten SS-Leuten (teils Ärzten, überwiegend aber Sanitätern im Dienstrange von Scharführern und darunter und sonstigem Hilfspersonal) durch Zurufe und Handbewegungen Weisungen in Bezug auf ihre Tätigkeit gegeben habe, mit dem Ziel, Zahl und Verhältnis der als unbrauchbar Auszusortierenden **(zu Vergasenden)** von den Arbeitsfähigen nach seinem Gutdünken zu beeinflussen.

Nach Abschluß der Voruntersuchung hat die Staatsanwaltschaft Anklage .... erhoben.

Insoweit hat die Staatsanwaltschaft beantragt, das Hauptverfahren zu eröffnen, die Anklage zur Hauptverhandlung zuzulassen und Termin vor dem Schwurgericht Ellwangen zu bestimmen.

Wegen der in Ziffer I. der Eröffnungsverfügung des Untersuchungsrichters beim Landgericht Ellwangen genannten Taten hat die Staatsanwaltschaft beantragt, den Angeschuldigten **außer Verfolgung** zu setzen.

Durch Beschluß vom 10. Juni 1970 hat die Strafkammer die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt und den Angeschuldigten **außer Verfolgung gesetzt.**

Die sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den „die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnenden Beschluß" des Landgerichtes Ellwangen ist gemäß § 310 Abs. 2 StPO statthaft und innerhalb der gesetzlichen Frist eingelegt. Sie ist somit zulässig.

I.

Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft richtet sich nicht dagegen, daß der Angeschuldigte entsprechend ihrem Antrag wegen

der ihm in Ziffer I der Eröffnungsverfügung des Untersuchungsrichters beim Landgericht Ellwangen vom 21. Mai 1968 zur Last gelegten Taten außer Verfolgung gesetzt worden ist.....

Der Senat braucht deshalb den angefochtenen Beschluß nur insoweit zu überprüfen, als die Strafkammer entgegen der Anklageschrift vom 25. September 1969 die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt und den Angeschuldigten auch wegen der Anklagepunkte I und II außer Verfolgung gesetzt hat.

II.

Hinreichender, für die Eröffnung des Hauptverfahrens zu verlangender Tatverdacht im Sinne des § 203 StPO liegt vor, wenn die Wahrscheinlichkeit überwiegt, der Angeschuldigte werde in der Hauptverhandlung der ihm vorgeworfenen Straftaten überführt werden können. Dabei ist der gesamte Verfahrensstoff zu berücksichtigen.

1. Der Verdacht gegen den Angeschuldigten ist auch nach Abschluß der Voruntersuchung recht unbestimmt geblieben. Es fehlt weithin an konkreten, zeitlich und örtlich bestimmbaren, abgrenzbaren Tatsachen, in denen, falls sie für erwiesen erachtet werden können, alle gesetzlichen Tatbestandsmerkmale des Mordes zu finden sind. Dies wird schon anhand der Anklagesätze deutlich, die unbestimmt sind, was die Zeit und den Umfang der dem Angeschuldigten vorgeworfenen Taten angeht. Genaueres hat sich offenbar auch nach Auffassung der Staatsanwaltschaft nicht ermitteln lassen . . .

2. Zum Verfahrensstoff gehören auch die Erkenntnisse, die das Schwurgericht in Frankfurt a. M. in dem Verfahren gegen Mulka u. a. (Auschwitz I – Verfahren) – 4 Ks 2/63 gewonnen hat, Denn schon in jenem Verfahren wurde über Vorgänge im KL Auschwitz verhandelt, die denen im jetzigen Prozess ähnlich, oder was das äußere Geschehen angeht, sogar teilweise mit ihnen identisch waren. Eine Reihe von Zeugen, die jetzt den Tatbeweis liefern sollen, sind damals gehört worden. Das Frankfurter Gericht hatte Gelegenheit, das Erinnerungsvermögen und die Aussagetüchtigkeit der einzelnen Zeugen anhand umfangreichen Vergleichsmaterials zu prüfen. Inzwischen sind weitere 5 Jahre vergangen. Es widerspräche der Lebenserfahrung, hegte man die Erwartung, das Wissen der damals in einer umfassenden Hauptverhandlung vernommenen Zeugen sei inzwischen genauer und zuverlässiger geworden.

3. Da auch sonstige Möglichkeiten der Überführung des Angeschuldigten zum Anklagepunkt II nicht ersichtlich sind, und da auch nicht damit gerechnet werden kann, daß der Zeuge Kulka mehr weiß, als er bisher angegeben hat, spricht auch hinsichtlich dieser Tatsachen die überwiegende Wahrscheinlichkeit gegen die Möglichkeit, den Angeschuldigten in einer Hauptverhandlung insoweit zu überführen. Die Beschwerde der Staatsanwaltschaft erweist sich also auch hinsichtlich diese Anklagepunktes als unbegründet.

(Joos) (König) (Maier)

Am 5. Mai 1972 teilt der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund dem Verfasser mit, daß das Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Dresden wegen Teilnahme an Judendeportationen noch nicht abgeschlossen ist (!). Das Verfahren soll 1973 verstärkt weiter bearbeitet werden.

Es ist zu bedauern, daß 30 Jahre nach den Verbrechen an den Dresdner Juden die beteiligten NS-Funktionäre in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht vor Gericht gestellt wurden.

*

Nachwort

Das vorliegende Werk ist ein Buch des Gedenkens.

Nicht ohne Absicht habe ich zum Anfang der Aufzeichnungen das jüdische Totengebet gesetzt. "Kaddisch", das Totengebet wird am Grabe eines Verstorbenen gesprochen, beziehungsweise zu dessen / oder deren Gedenken.

Als kleiner Schuljunge hatte ich mit meinem sel. Vater, von Chemnitz aus, einmal nur kurze Zeit Dresden gesehen. Das war vor rund 40 Jahren. Ich kenne nicht den berühmten Zwinger und alle anderen Sehenswürdigkeiten der Stadt. Nur aus der einschlägigen Literatur sind mir diese kulturhistorischen Stätten bekannt. Und nur der Literatur und dem Schrifttum entnahm ich die hier aufgezeigten Dokumente zur Chronik der Juden in Dresden.

Als einer der wenigen miterlebenden und überlebenden Menschen eines verbrecherischen faschistischen Diktatursystemes hatte ich die moralische, pietätvolle – und last not least – die historische Verpflichtung, der Nachwelt ein Werk zu überlassen, in dem die leidvolle Geschichte der Juden der weltbekannten Kunststadt und Hauptstadt Sachsens, Dresden, erfaßt und nachgezeichnet wird.

Die meisten Juden, die noch 1970 in Dresden leben, sind über 65 Jahre alt. Eine neue Generation ist nicht vorhanden. So wird zwangsläufig in absehbarer Zeit, die Geschichte der Juden in Dresden abgeschlossen sein.

So steht auch hier, am Ende des Werkes das jüdische Totengebet:

"Herr, gedenke in Barmherzigkeit der Seelen."

*

Quellenverzeichnis

1. Klemm, Gustav. Chronik der Sächs. Residenzstadt Dresden. Dresden 1837. S. 26
2. Ebenda. S. 34, 35.
3. Germania Judaica. Bd. II. Avneri, Zwi. Tübingen 1968. S. 175.
4. Richter, Otto. Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Dresden. Dresden 1885. S. 226 ff.
5. Dresdner Geschichtsblätter, 1917. Nr. 1. S. 45, 46.
6. Richter. Otto. wie oben. S. 226 ff.
7. Richter, Otto. Zur Bevölkerungs- und Vermögensstatistik Dresdens im 15. Jahrhundert. In: Neues Archiv f. Geschichte u. Altertumskunde. Bd. II. Dresden. 1881. S. 274 ff.
8. Klemm, Gustav. Chronik d. Sächs. Residenzstadt Dresden. Dresden 1837. S. 73.
9. Richter, Otto. Verfassungs- u. Verwaltungsgeschichte der Stadt Dresden. Dresden 1885. S. 226. ff.
10. Sturmhoefel, Konrad. Illustr. Gesch. d. sächs. Lande und ihrer Herrscher. Chemnitz 1898
11. Richter, Otto. Verfassungs- u. Verwaltungsgeschichte der Stadt Dresden. Dresden 1885. S. 226. ff.
12. Lindau. M, B. Geschichte der königl. Haupt- u. Residenzstadt Dresden. Dresden 1885. S. 181. ff.
13. Richter, Otto. Verfassungs- u. Verwaltungsgeschichte der Stadt Dresden Dresden. 1885. S. 266. ff.
14. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 142 – 151.
15. Dresdnische Gelehrte Anzeigen auf das Jahr 1782. XLIV. Stück. Etwas über die Judenschaft zu Dresden. Von Hasche, Joh., Chr. Sp. 505-508.
16. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 13. April 1968. Nr. 88.
17. Allgemeine unabhängige jüdische Wochenzeitung. Nr. XXV/26. 26. Juni 1970. S. 16.
18. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin. 1899. S. 152.
19. Költzsch, Fritz. Kursachsen und die Juden in der Zeit Brühls. Engelsdorf - Leipzig 1928. S. 116. ff.
20. Der Freiheitskampf. NS–Periodica. 15. 8. 1943. S. 5.
21. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. 28. 2. 1928. S. 3.
22. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt/M. 1970. S. 10.
23. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 1. Nr. 1. 1. Mai 1837. S. 3, 4.
24. Ebenda. Jg. 1. Nr. 2. 4. Mai 1837. S. 7, 8.
25. Schreyer, Eduard. Codex d. i. Königreich Sachsen Kirchen- u. Schulrecht. Leipzig. 1864. S. 398.
26. Ebenda. S. 531, 532.
27. Sidori. K. Geschichte d. Juden in Sachsen. Leipzig 1840. S. 134–137.
28. Schreyer, Eduard. Codex d.i. Königreich Sachsen geltenden Kirchen- und Schulrecht m. Einschluß d. Eherechts f. Leipzig 1864. II. Aufl. S. 562
29. Monatsschrift f. Geschichte u. Wissenschaft d. Judentums. Dresden 1852. Oktober 1851 – Dezember 1852. S. 382, 385, 421, 426.
30. Verhandlungen d. 1. israel. Synode zu Leipzig. Berlin 1869.
31. Lehmann, Emil. Höre Israel. Aufruf an d. dt. Glaubensgenossen. Dresden 1869.
32. Allg. Zeitung d. Judentums. J. 33. Nr. 18. 4. Mai 1869. S. 351, 352.
33. Gedenkbuch a. d. deutsch-franz. Krieg 1870–71 für die dt. Israeliten Bonn 1871, S. 127
34. Grumbkow, R., von. Die Judenfrage vor Gericht. Dresden 1883. S, 1, 2, ff.
35. Ebenda. S. 10
36. Ebenda. S. 12.

37. Zeuge Stöcker. Prozessverhandlungen. Berlin. 1885. S. 16.
38. Sächs. Arbeiterzeitung. 16. Januar 1891. Nr. 15., 20.
39. Der Israelit. Jg. 35. Nr. 13. 13. Febr. 1894. S. 216.
40. Im Deutschen Reich. Jg. 1. Nr. 4. Oktober 1895. S. 192.
41. Ebenda. Jg. 2. Nr. 3. März 1896. S. 164.
42. Ebenda. Jg. 2. Nr. 10. Okt. 1896. S. 521.
43. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 64. Nr. 49. 7. Dez. 1900. S. 3. Beilage "Der Gemeindebote".
44. Der Israelit. Jg. 42. Nr. 25. 28. März 1901. S. 593. 2. Beilage.
45. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 65. Nr. 26. 28. Juni 1901. S. 4.
46. Der Israelit. Jg. 45. Nr. 11. 8. Febr. 1904. S. 232.
47. Allg. Zeitung des Judentums. Jg. 52. Nr. 19. 10. Mai 1888. S. 296.
48. Ebenda. Jg. 52. Nr. 13. 29. März 1888. S. 201.
49. Ebenda. Jg. 56. Nr. 15. 8. April 1892. S. 2.
50. Ebenda. Jg. 57. Nr. 17. 28. April 1893. S. 2.
51. Ebenda. Jg. 58. Nr. 17. 27. April 1894. S. 2.
52. Ebenda. Jg. 60. Nr. 19. 8. Mai 1896. S. 2.
53. Ebenda. Jg. 61. Nr. 26. 25. Juni 1897. S. 2.
54. Ebenda. Jg. 62. Nr. 20. 20. Mai 1898. S. 2.
55. Der Israelit. Jg. 39. Nr. 36. 9. Mai 1898. S, 673.
56. Ebenda. Jg. 40. Nr. 8. 26. Jan. 1899. S, 155,
57. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 38.
58. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 64. Nr. 41. 12. Okt. 1905. S. 2. Beilage „Der Gemeindebote".
59. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.-Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 4. 28. Aug. 1927. S. 11, 12.
60. Ebenda. Jg. 3. Nr. 6. 28. Okt. 1927. S. 10.
61. Jüdische Statistik. Hrsg. Verein f. Jüd. Statistik. Berlin 1903. S. 236, 237.
62. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 70. Nr. 28. 13. Juli 1906. S. 2. Beilage "Der Gemeindebote".
63. Ebenda. Jg. 72. Nr. 30. 24. Juli 1908. S. 2. Beilage "Der Gemeindebote".
64. Ebenda. Jg. 73. Nr. 27. 2. Juli 1909. S. 3.
65. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 18, 19.
66. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 76. Nr. 35. 30. Aug. 1912. S. 3.
67. Ebenda. Jg. 76. Nr. 47. 22. Nov. 1912. S. 3.
68. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 7. 28. Nov. 1927. S. 5. ff.
69. All. Zeitung d. Judentums. Jg. 79. Nr. 30. 23. Juli 1915. Beilage "Der Gemeindebote".
70. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 2. 28. Juni 1927. S. 15. ff
71. Ebenda. Jg. 2. Nr. 6. 28. Okt. 1926. S. 5.
72. Ebenda. Jg. 6. Nr. 10. Febr. 1927. S, 17.
73. Jüdisch—Liberale Zeitung. Jg. 8. Nr. 12. 23. März 1928.
74. Ebenda. Jg. 8. Nr. 20. 18. Mai 1928.
75. Ebenda. Jg. 8. Nr. 23. 8. Juni 1928.
76. Ebenda. Jg. 8. Nr. 35. 31. Aug. 1928.
77. Leipziger Jüdische Wochenschau. Jg. 3. Nr. 47. 21. Nov. 1929. S. 1.
78. Jüdisch—Liberale Zeitung. Jg. 10. Nr. 4. 22. Jan. 1930.
79. Ebenda. Jg. 10. Nr. 11. 12. März 1930.
80. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Leipzig. Nr. 12. März 1930. S. 4.

81. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 10. Nr. 26. 25. Juni 1930.
82. Ebenda. Jg. 10. Nr. 46. 12. Nov. 1930.
83. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Leipzig Nr. 19. Okt. 1930. S. 5.
84. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 10. Nr. 51. 17. Dez. 1930.
85. Allg. Jüd. Familienblatt. Jg. 12. Nr. 5. 30. Jan. 1931. S. 4.
86. Ebenda.
87. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 11. Nr. 14. 8. April 1931.
88. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 115.
89. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.-Gemeinde Leipzig. Jg. 10. Nr. 17. 20. April 1934. S. 2.
90. Ebenda. Jg. 22. Nr. 11. 31. Mai 1935. S, 2.
91. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 12. Nr. 6. 15. März 1936. S. 2.
92. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 12. Nr. 43. 23. Okt. 1936. S. 2.
93. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 13. Nr. 1. 1. Jan. 1937. S. 3.
94. Ebenda.
95. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Leipzig. Jg. 13. Nr. 25. 18. Juni 1937. S. 2.
96. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 2. Nr. 1. 28. Mai 1926. S. 1. ff
97. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 46. Nr. 20. 10. Mai 1882. S. 325.
98. Ebenda. Jg. 48. Nr. 17. 22. April 1884. S. 270.
99. Ebenda. Jg. 50. Nr. 24. 8. Juni 1886. S. 375.
100. Zeitschrift f. Demographie u. Statistik d. Juden. Jg. 5. Nr. 8. Aug. 1909. S. 127.
101. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 79. Nr. 30. 23. Juli 1815. Beilage "Der Gem.– Bote ".
102. Ebenda. Jg. 81. Nr. 40. 5. Okt. 1917. Beilage "Der Gemeindebote".
103. Gemeideblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 1. Nr. 6. Okt. 1925. S. 3.
104. Ebenda. Jg. 3. Nr. 3. 28. Juli 1927. S. 18. ff.
105. Ebenda. Jg. 2. Nr. 10. 28. Febr. 1926. S. 7.
106. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 4. Febr. 1928. S. 4.
107. Ebenda. Jg. 6. Nr. 4. April 1930. S. 4.
108. Allg. Jüd. Familienblatt. Jg. 12. Nr. 43. 23 Okt. 1931. S. 3.
109. Ebenda. Jg. 12. Nr. 49. 4. Dez. 1913. S. 5.
110. Leipziger Jüd. Wochenschau. Jg. 4. Nr. 35. 1. Dez. 1931. S. 2.
111. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 8. Nr. 5. Mai 1932. S. 6.
112. Ebenda. Jg. 11. Nr. 8. 15. April 1935. S, 2.
113. Aus den Sammlungen Stadtarchiv Frankfurt am Main. S. 234.
114. Ebenda. S. 258.
115. Jüdisches Jahrbuch für Sachsen. ff. 1931/32. S. 17. Postverlagsort: Berlin.
116. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 5. Nr. 2. Febr. 1929. S. 1.
117. Frankel. Zacharias, Monatsschrift f. Geschichte u. Wissenschaft d. Judentums. Jg. 11. Breslau 1862. S. 42. ff.
118. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 172, 173.
119. Ebenda. S. 55. ff.
120. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 1. 25. Mai 1925. S. 2.
121. Ebenda. Nr. 5. 25. Sept. 1925. S. 2.
122. Ebenda. Jg. 5. Nr. 11. Nov. 1929. Beilage: Mitteilungsblatt d. sächs. isr. Gemeindeverb.
123. Ebenda. Jg. 6. Nr. 12. Dez. 1930. S. 8.
124. Ebenda. Jg. 6. Nr. 10. Okt. 1930. S. 4.
125. Ebenda. Jg. 9. Nr. 6. Juni 1933. S. 1.
126. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899.S. 179 ff.
127. Jüdisches Lexikon. Bd. II. D–H. Berlin 1928. Sp. 724, 725, 726: Frankel, Z.
128. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 2. Nr. 4. 28. Aug. 1926. S. 2. ff.
129. Ebenda. Jg. 12. Nr. 19. Okt. 1936. S. 2. ff.

130. Hahn. Hugo. Kämpfer wider Willen. Metzingen 1969. S. 249.
131. Jüdisches Lexikon. Bd. IV./2. S–Z. Berlin 1930. Sp. 1410: Wünsche, Aug.
132. Hahn, Hugo. Kämpfer wider Willen. Metzingen 1969. S. 249.
133. Encyclopaedia Judaica. Bd. VI. Berlin 1930. Sp. 29.
134. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 80. Nr. 30. 28. Juli 1916. Beilage "Der Gemeindebote".
135. Aus dem Stadtarchiv Braunschweig.
136. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 7. Nr. 5. Mai 1931. S. 2.
137. Jüdisches Gemeindeblatt Dresden. Jg. 14. Nr. 2. 15. Jan. 1938. S. 1.
138. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 4. Nr. 3. Juli 1928. S. 2.
139. Führer durch die Jüdische Gemeindeverwaltung ff. Berlin1932/33. S. 323.
140. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 49.
141. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. Febr. 1927. S. 6.
142. Ebenda. Jg.7. Nr. 8. Aug. 1931. S. 1, 2.
143. Ebenda. Jg. 8. Nr. 5. Mai 1932. S. 6.
144. Ebenda. Jg. 14. Nr. 12. 15. Juni 1938. S. 6, 7.
145. Aus dem Leo-Baeck Institut in New-York: Haushaltsplan
146. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 7. 29. Nov. 1925. S. 5.
147. Jüdisch-Liberale Zeitung . Jg. 8. Nr. 26. 29. Juni 1928.
148. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 5. Nr. 3. März 1929. S. 12, 13.
149. Ebenda. Jg. 5. Nr. 3. März 1929. S. 12.
150. Ebenda. Jg. 6. Nr.7. Juli 1930. Beilage: Mitteilungsblatt d. sächs. isr. Gemeindeverb.
151. Ebenda. Dez. 1930/Jan. 1931. Nr. 2.
152. Dokumente zur Geschichte d. Frankfurter Juden 1933–1945. Frankfurt 1963. S. 382 ff.
153. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 69.
154. Richter, Otto. Geschichte der Stadt Dresden. Dresden 1900. S. 99.
155. Dresdner Gelehrte Anzeigen auf das Jahr 1782. Sp. 505–508. Siehe Nr. 15.
156. Allg. Jüd. Familienblatt. Jg. 12. Nr. 42. 20. Nov. 1931. S. 4.
157. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 8. Nr. 1. Jan. 1932. S. 6.
158. Ebenda. Nr. 2. 25. Juni 1925. S. 3.
159. Leipziger Jüdische Wochenschau. Jg. 5. Nr. 42. 9. Dez. 1932.
160. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. Febr. 1927. S. 12.
161. Ebenda. Nr. 10. Febr. 1927. S. 8. Sonderausgabe.
162. Ebenda. Jg. 2. Nr. 2. 28. Juni 1926. S. 8.
163. Ebenda. Jg. 3. Nr. 3. 28. Juni 1927. S. 19.
164. Ebenda. Jg. 3. Nr. 10. Febr. 1927. S. 7.
165. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 169 ff.
166. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 1 bis 13.2.-30. Mai 1837. S. 44 f., 42-45, 51
167. Frankel, Zacharias. Rede b. d. Grundsteinlegung der neuen Synagoge zu Dresden. Dresden 1838.
168. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 181 ff.
169. Ebenda. S. 181. ff.
170. Die Bauten, technischen u. industriellen Anlagen von Dresden. Dresden 1878. S. 148, 149, 150.
171. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 181. ff.
172. Frankel, Zacharias. Die Heiligung des Gotteshauses. Rede bei der Einweihung der neuen Synagoge Dresden. Dresden 1840.

173. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 181. ff.
174. Predigt zur 25 jähr. Jubelfeier d. hiesigen Synagoge. Dresden 1865.
175. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Bln. 1899. S. 212, 213.
176. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 77. Nr. 29. 18. Juli 1913. S. 2. Beilage "Der Gemeindebote".
177. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 8. 31. Dez. 1927. S. 1.
178. Ebenda. Jg. 3. Nr. 10. 29. Febr. 1928. S. 15.
179. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 114.
180. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 10. Nr. 11. 12. März. 1930.
181. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 11. Nr. 12. 15. Juni 1935. S.2.
182. Ebenda. Jg. 11. Nr. 21. 1. Nov. 1935. S. 1.
183. Ebenda. Jg. 14. Nr. 12. 15. Juni 1938. S. 3.
184. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 45.
185. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 31. Jan. 1968. Nr. 26. Diamant, Adolf: In Vergangenheit und Zukunft zum Wohl aller Menschen. S. 21.
186. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 68. Nr. 43. 21.Okt. 1904. S. 2.
187. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. Febr. 1927. S. 5. Ausgabe z. 75 jähr. Bestehen d. Henriettenstifts.
188. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 174.
189. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 34. Nr. 18. 3. Mai 1870. S. 352, 353.
189 a. Sammlung d. Ortsgesetze Dresden. Hrsg. Rat der Stadt Dresden. Dresden 1899. S. 203, 204.
190. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 212.
191. Statist. Jahrbuch d. Deutsch–Israel. Gemeindebundes 1890. S. 50, 51.
192. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 59. Nr. 22. S. 3. 31. Mai 1895. Beilage "Der Gemeindebote".
193. Im Deutschen Reich. Jg. 5. Nr. 6. und 7. Juni/Juli 1899.
194. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 63. Nr. 5. 3. Febr. 1899. S. 2.
195. Ebenda. Jg. 64. Nr. 41. 12. Okt. 1905. S. 2.
196. Ebenda. Jg. 75. Nr. 5. 29. Jan. 1909. S. 2. Beilage " Der Gemeindebote".
197. Kaznelson, Siegmund. Juden im deutschen Kulturbereich. Berlin 1962. S. 858, 860.
198. Handbuch d. Jüd. Gemeindeverwaltung u. Wohlfahrtspflege 1911. S. 140, 141.
199. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 75. Nr. 48. 1. Dez. 1911. S. 3.
200. Ebenda. Jg. 81. Nr. 5. 2. Febr. 1917. S. 3. Beilage "Der Gemeindebote".
201. Gemeindeblatt d.Isr.-Rel.-Gemeinde Dresden. Jg. 2. Nr. 9. 28. Jan. 1926. S. 8.
202. Ebenda. Jg. 2. Nr. 9. 28. Jan. 1927. S. 8.
203. Führer durch die Jüdische Gemeindeverwaltung u. Wohlfahrtspflege 1932/33. S. 324.
204. Dokumente z. Geschichte d. Frankf. Juden 1933–1945. Frankfurt 1963. S. 154 ff.
205. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. Febr. 1927. S. 11.
206. Ebenda. Jg. 11. Nr. 9. 1. Mai 1935. S. 9.
207. Leipziger Jüdische Wochenschau. Jg. 5. Nr. 10. 29. April 1932. S. 2.
208. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 7. 29. Nov. 1925. S. 10.
209. Jüdisches Jahrbuch für Sachsen. ff. 1931/32. Berlin. S. 47 ff.
210. Paucker, Arnold. Der jüdische Abwehrkampf. Hamburg 1968. S. 211.
211. Költzsch, Fritz. Kursachsen u. d. Juden i. d. Zeit Brühls. Engelsdorf–Leipzig 1928. S. 356. ff.
212. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 54.
213. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 8. 31. Dez. 1927. S. 26 ff.
214. Frankfurt–Loge XX. Nr. 372. Frankfurt 1901. S. 1.

215. Goldschmidt, Alfred. Der deutsche Distrikt des Ordens Bne–Briss. Berlin 1932. S. 22.
216. Ebenda. S. 30, 31, 32, 33, 34.
217. Maretzki. Louis. Festschrift zur Feier des 20 jähr. Bestehens d. U. O. B. B. Berlin 1902. S. 113.
218. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 8. Nr. 6. Juni 1932. S. 2, 3, 4.
219. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 73. Nr. 38. 15. Sept. 1909. Beilage "Der Gemeindebote".
220. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 59.
221. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 82. Nr. 45. 8. Nov. 1918. S. 3. Beilage „Der Gem.-Bote ".
222. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 7. Nr. 28. 15. Juli 1927.
223. Diamant, Adolf. Buchausstellung der Frankfurt–Loge und ausgewählte Dokumente der Frankfurter jüdischen Logen. Frankfurt 1969. S. 31.
224. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. Febr. 1927. S. 13. Ausgabe zum 75jähr. Bestehen des Henriettenstifts.
225. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 7. 10. Febr. 1927. S. 13
226. Ebenda. Jg. 2. Nr. 10. Febr. 1927.
227. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Leipzig. Jg. 13. Nr. 14. 2. April 1937. S. 2.
228. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 10. Nr. 2. Febr. 1934. S. 2.
229. Allg. Zeitung des Judentums. Jg. 83. Nr. 50. 12. Dez. 1919. S. 2.
230. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 10. Nr. 2. Febr. 1934. S. 2.
231. Ebenda. Jg. 10. Nr. 12. Dez. 1934. S. 3, 4, 5.
232. Ebenda. Jg. 10. Nr. 12. Dez. 1934. S. 3, 4, 5.
233. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 8. Nr. 16. 20. April 1928.
234. Ebenda. Jg. 10. Nr. 21. 21. Mai 1930.
235. Ebenda. Jg. 10. Nr. 25. 18. Juni 1930.
236. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 6. Nr. 12. Dez. 1930. S. 8.
237. Ebenda. Jg. 8. Nr. 4. April 1932. S. 5.
238. Ebenda. Jg. 10. Nr. 9. Sept. 1934. S. 8.
239. Dokumente z. Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945. Frankfurt 1963. S. 345.
240. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 83. Nr. 23. S. 3. 17. Jan. 1919. Beilage "Der Gemeindebote".
241. Beer, Bernhard. Das Buch der Jubiläen. Leipzig 1857. S. 14. ff.
242. Führer durch d. jüd. Gemeindeverwaltung u. Wohlfahrtspflege 1932/33. S. 321.
243. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 48 ff.
244. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. Febr. 1927.
245. Moses Mendelssohn, Gesammelte Schriften, Leipzig, 1844, Bd. V, S. 544
246. Gewerbe-Blatt f. d. Königreich Sachsen. Jg. 2. Nr. 21. 30. März 1837. S. 147.
247. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Nr. 10. Febr. 1927 Ausgabe zum 75 jähr. Bestehen d. Henriettenstifts.
248. Ebenda. Jg. 5. Nr. 5. Mai 1929. S. 1.
249. Lexikon des Judentums. Verlag Bertelsmann, Gütersloh 1967. Sp 606.
250. Jüdisches Lexikon. Bd. IV/1. Me–R. Berlin 1930. Sp. 1305, 1306.
251. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 79. Nr. 30. 23. Juli 1915. Beilage "Der Gemeindebote".
252. Ebenda. Jg. 81. Nr. 40. 5. Okt. 1917. S. 1. Beilage "Der Gemeindebote".
253. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 4. Nr. 1. Mai 1928. S. 22.
254. Ebenda. Jg. 5. Nr. 5. Mai 1919. S. 2.
255. Dokumente zur Geschichte d. Frankf. Juden 1933–1945. Frankfurt 1963. S. 338.
256. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 12. Nr. 7. 1. April 1936. S. 3.

257. Dokumente zur Geschichte d. Frankf. Juden 1933–1945, Frankfurt 1963. S. 343.
258. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 14. Nr. 7. 1. April 1938. S. 4.
259. Dokumente zur Geschichte d. Frankf. Juden 1933–1945. Frankfurt 1963. S. 521.
260. Die jüd. Gefallenen des deutschen Heeres ff. 1914–1918. Berlin 1932. S. 196 ff.
261. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 14. Nr. 7. April 1938. S. 4.
262. Ebenda. Jg. 5. Nr. 10. Okt. 1929. S. 16.
263. Ebenda. Jg. 4. Nr. 6. Okt. 1928. S. 1.
264. Allg. Jüd. Familienblatt Leipzig. Jg. 12. Nr. 24. 12. Juni 1931. S. 6.
265. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 67.
266. Dokumente zur Geschichte d. Frankf. Juden 1933–1945. Frankfurt 1963. S. 369.
267. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 10. Nr. 15. 9. April 1930.
268. Leipziger Jüdische Wochenschau. Jg. 5. Nr. 30. 16. Sept. 1932; S. 3.
269. Költzsch, Fritz. Kursachsen u. d. Juden i. d. Zeit Brühls. Engelsdorf–Leipzig 1928. S. 348 ff.
270. Jahrbuch Sachsen. Leipzig 1926. Hahnewald. E. Der alte Dresdner Judenfriedhof. S. 161–175.
271. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden, Jg. 3. Nr. 8. 31. Dez. 1927. S. 26 ff.
272. Ebenda. Jg. 2. Nr. 3. 28. Juli 1926. S. 4.
273. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 80. Nr. 23. S. 2. 9. Juni 1916. Beilage "Der Gemeindebote".
274. Rede zur Weihe des Denkmales für die im Weltkriege im Dienste des Vaterlandes verstorbenen Angehörigen d. Isr. Rel.–Gemeinde zu Dresden am 28. Mai 1916 gehalten von Rabbiner Jakob Winter.
275. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 8. 31. Dez. 1927. S. 26 ff.
276. Jüdisch–Liberale Zeitung. Jg. 8. Nr. 20. 18. Mai 1928.
277. Aufbau (Zeitung). New-York. 8. Aug. 1969. S. 14.
278. Schreiben d. Verbandes d. Jüd. Gem. i. d. DDR. Dresden, vom 8. Juli 1970.
279. Ebenda.
280. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 11. Nr. 2. Febr. 1935, Beilage: Mitteilungsblatt des Sächs. Isr. Gemeindeverbandes.
281. Adler–Rudel, Salomon. Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Tübingen 1959. S. 164, 165.
282. Sächs. Evang. Kirchenzeitung 1940. S. 15, 16. Roth: Judentaufen in Sachsen.
283. Ruppin, Arthur. Die Juden der Gegenwart. Köln u. Leipzig. 1911. S. 183, 186.
284. Klemm, Gustav. Chronik d. Königl. Residenzstadt Dresden. Dresden 1837. S. 225, 309, 322, 405, 409, 416, 417, 461, 467, 480, 484, 495, 496, 499, 503,538.
285. Ruppin, Arthur. Zeitschrift f. Demoskopie und Statistik der Juden. Berlin 1908. S. 159, 160. Ebenso: Jg. 12. Nr. 6. 15. März 1935.
286. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 11. 14. Mai 1935.
287. Allg. Jüd. Familienblatt. Jg. 12. Nr. 14./ 15. 20. April 1931. S. 5.
288. Ebenda. Von 1930 bis 1935 in: Dresden in Zahlen. Stat. Jahrb. d. Stadt Dresden.
289. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 121.
290. Die Biene. Jg. 4. Nr. 33. 13. Aug. 1830.
291. Das Füllhorn. Ein Zeitblatt. Jg. 2. Nr. 50. 1836. S. 398.
292. Gewerbe–Blatt f. d. Königreich Sachsen. Jg. 2. Nr. 19. 16. März 1837. S. 130, 131.
293. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 1. Nr. 40. 25. Juli 1837. S. 158. 159.
294. Im Deutschen Reich. Jg 3. N. 10. Okt. 1897. S. 518.
295. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 7. Nr. 2. Febr. 1931, Beilage: Mitteilungsbaltt d. Sächs. Isr. Gemeindeverbandes. S. 2.

296. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 6. Nr. 12. Dez. 1930. S. 8.
297. Ebenda. Jg. 12. Nr. 13. 1. Juli 1936. S. 4.
298. Ebenda. Jg. 9. Nr. 5. 5. Mai 1933. S. 8.
299. Ebenda. Jg. 8. Nr. 4. 4. April 1932. S. 5.
300. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 118.
301. Das Schwarzbuch. Paris 1934.
302. Der Stürmer. Jg. 16. Nr. 36. 16. Sept. 1938.
303. Dokumente z. Geschichte d. Frankf. Juden 1933–1945. Frankfurt 1963. S. 196 ff.
304. Költzsch, Fritz. Kursachen u. d. Juden i. d. Zeit Brühls. Engeldorf–Leitpzig 1928. S. 264.
305. Jahrbuch d. Jüd. Literatur–Gesellschaft. Frankfurt/M. XVI. 1924. S. 229–233.
306. Schnee, Heinrich. Die Hoffinanz u.d. moderne Statt. Bd. II. Bln. 1954. S. 222
307. Hauser, Margit. Frauenbetplatz Nr. 9. Zürich 1967.
308. Költzsch, Fritz, Kursachsen u. d. Juden i. d. Zeit Brühls. Engelsdorf–Leipzig 1928. S. 52 ff.
309. Schnee, Heinrich. Die Hoffinanz und der moderne Staat. Bd. 2. Berlin 1954. S. 222–253.
310. Ebenda.
311. Döppler, C. D. Die Verjudung d. Bank- und Börsenwesens in Deutschland. Hamburg 1919. S. 5. 6.
312. Waldeck, Egon. Die Judenfrage. Dresden 1879. S. 26.
313. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 60. Nr. 20. 15. Mai 1896. S. 3. Beilage "Der Gemeindebote".
314. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Berlin 1931. Bd. I. S. 94.
315. Jahrbuch d. Millionäre i. Königreich Sachsen. (Rolf Martin) Berlin 1912.
316. Adressbuch d. deutschen Millionäre, Großindustriellen, Leipzig 1908.
317. Im Deutschen Reich. Jg. 2. Nr. 3. März 1896. S. 164.
318. Allg. unabhängige jüd. Wochenzeitung. Jg. 25. Nr. 39. 25. Sept. 1970. S. 45. 46.
319. Kaznelson, Siegmund. Juden im deutschen Kulturbereich. Berlin 1962. S. 743 ff.
320. Kirchholtes, Dieter. Jüdische Privatbanken in Frankfurt am Main. Frankfurt 1969. S. 33, 34, 42, 56, 63.
321. Döppler, C. D. Die Verjudung d. Bank- und Börsenwesens in Deutschland. Berlin 1919, S. 13,14.
322. Genschel, Helmut. Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im 3. Reich. Göttingen 1966. S. 52, 127, 156, 174, 175.
323. Der Spiegel. Jg. 24. Nr. 46. 9. Nov. 1970. S. 96.
324. Allg. unabhängige jüd. Wochenzeitung. Jg. 25. Nr. 39. 25. Sept. 1970. S. 45, 46.
325. Gemeindeblatt der Isr. Rel.-Dresden. Jg. 11. Nr. 24. 15. Dez. 1935. S. 2.
326. Ebenda. Jg. 14. Nr. 7. 1. April 1938. S. 4.
327. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 92.
328. Allg. Jüd. Familienblatt Leipzig. Jg. 12. Nr. 26. 26. Juni 1931. S. 5.
329. Dokumente z. Geschichte d. Juden in Frankfurt 1933-1945. Frankf. 1963. S. 388ff
330. Reichssteuerblatt vom 24. Nov. 1938. Nr. 106. S. 1075.
331. Sächs. Postillon. Nr. 275. Jg. 154. 25. Nov. 1938. S. 7.
332. Dokumente z.Gesch. d. Frankf. Juden 1933-1945. Frankfurt 1963. S. 431.
333. Dokumente über die Behandlung d. Juden im 3. Reich. Düsseldorf 1958. Verlag d. Allg. Wochenztg. d. Juden i. Dtschld. S. 38 ff.
334. Lindau, M. B. Geschichte d. Königl. Haupt- u. Residenzstadt Dresden. Dresden 1885. S. 225, 226.

335. Sächs. Kirchen- u. Schulblatt Nr. 19. Leipzig. 10. Mai 1888.
336. Die Biene. Jg. 4. Nr. 33. 13. Aug. 1830.
337. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 50. Nr. 12. 16. März 1886. S. 182.
338. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 118.
339. Ebenda. S. 122.
340. Ebenda. S. 97.
341. Der Stürmer. Jg. 16. Nr. 6. Febr. 1938.
342. Allg. Zeitung der Juden in Deutschland. 9. Juli 1954.
343. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 100.
344. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.-Gemeinde Dresden. Jg. 5. Nr. 5. Mai 1929. S. 5.
345. Ebenda. Jg. 6. Nr. 1. Jan. 1930. S. 8.
346. Ebenda. Jg. 7. Nr. 4. April 1931. S. 2.
347. Ebenda. Jg. 9. Nr. 3. März 1933. S. 1.
348. Ebenda. Jg. 14. Nr. 16. Sept. 1938. S. 3.
349. Ebenda. Jg. 9. Nr. 10. Okt. 1935. S. 5.
350. Seydewitz, Max. Zerstörung u. Wiederaufbau von Dresden. Berlin 1955. S. 31.
351. Ebenda. S. 36.
352. Wulf, Joseph. Theater und Film im Dritten Reich. Gütersloh 1964, S. 255.
353. Ebenda. S. 59.
354. Ebenda. S. 137.
355. Ebenda. S. 268.
356. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.-Gemeinde Dresden. Jg. 11. Nr. 13. 1. Juli 1935. S. 3.
357. Der Israelit. Jg. 48. Nr. 9. 28. Febr. 1907.
358. Jüd. Lexikon. Band IV/2, S-Z. Bln. 1930. Sp. 1484,1485; Albert Wolf.
359. Allg. unabhängi ge jüd. Wochenzeitung. Jg. 25. Nr. 47. 20. Nov. 1970. S. 9.
360. Katalog d. Porzellansammlung Gustav v. Klemperer. Dresden 1928. Katalogbearb. (Vorwort: Ludwig Schnorr v. Carosfeld). Hellerau: (Dr.) Jakob Hegner. 238. S., Portr., 95 Taf. 2.
361. Aus d. Bundesarchiv Koblenz. Bestand: R 43 II/ 1270.
362. Ebenda. Bestand: R 43 II/ 1270.
363. Ebenda. Bestand: R 43 II/ 1270.
364. Ebenda. Bestand: R 43 II/ 1270.
365. Ebenda. Bestand: R 43 II/ 1270.
366. Ebenda. Bestand: R 43 II/ 1270.
367. Ebenda. Bestand: R 43 II/ 1270.
368. Ebenda. Bestand: R 43 II/ 1270.
369. Allg. unabhängige jüd. Wochenzeitung. Jg. 24. Nr. 2. 11. April 1969. S. 5.
370. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 101.
371. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 10. Nr. 6. Juni 1934. S. 1.
372. Ebenda. Jg. 13. Nr. 39. 24. Sept. 1937. S. 4.
373. Catalog d. Bibliothek des sel. Herrn Dr. Bernhard Beer. Berlin 1863.
374. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 1. 28. Mai 1927. S. 12.
375. Das Schwarzbuch. Die Lage d. Juden i. Dtschld. Paris 1934. S. 439.
376. Die Biene. Jg. 4. Nr. 33. 13. Aug. 1830.
377. Petition des Handelsstandes . . . wider die Emanzipation der Juden. Leissnig 1833. S. 34; 35.
378. Allg. Zeitung des Judentums. Jg. 33. Nr. 18. 4. Mai 1869. S. 351.
379. Lehmann, Emil. Gesammelte Schriften. Berlin 1899. S. 169, 181.
380. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 44. Nr. 20. 18. Mai 1880. S. 312.

381. Heilbrunn, D. Festschrift z. 50. jähr. Bestehen d. Vereines israelitischer Lehrer Mitteldeutschlands. Magdeburg 1929.
382. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 53. Nr. 18. 2. Mai 1899. S. 277, 278.
383. Ebenda. Jg. 55. Nr. 18. 1. Mai 1891. S. 3.
384. Der Israelit. Beilage. Jg. 36. Nr. 103. 30. Dez. 1895. S. 1925, 1926.
385. Allg. Zeitung d. Judentums. Jg. 80. Nr. 20. 19. Mai 1916. S. 3.
386. Jüdisch—Liberale Zeitung. Jg. 10. Nr. 11. 12 März 1930.
387. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 10. Nr. 12. Dez. 1934. S. 3.
388. Leipziger Umschau.Nr. 11. 15. März 1929. S. 2.
389. Leipziger Jüdische Wochenschau. Nr. 38. 20. Sept. 1929. S. 3.
390. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 11. Nr. 9. 1. Mai 1935. S. 3.
391. Leipziger Jüdische Wochenschau. Nr. 20. 16. Mai 1930.
392. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 165.
393. Eschwege, Helmut. Kennzeichen J. Berlin 1966. S. 57.
394. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde zu Leipzig. Jg. 13. Nr. 31. 30. Juli 1937.
395. Jüdisches Gemeindeblatt Dresden. Jg. 14. Nr. 3. 29. Jan. 1938. S. 1.
396. Jüdisches Gemeindeblatt Leipzig. Jg. 14. Nr. 15. 14. April 1938. S. 3.
397. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 106.
398. Aufbau. Wochenzeitung. New-York. 19. Dez. 1969. S. 6.
399. Dokumente z. Geschichte d. Frankfurter Juden 1933—1945. Ffm. 1963. S. 117.
400. Sammlungen Stadtarchiv Frankfurt am Main.
401. Ministerialblatt f. Wirtschaft, Erziehung u. Volksbildung. 1944. S. 256.
402. Sächsisches Tageblatt. Jg. 15. Nr. 36. 12. Febr. 1960. S. 3.
403. Lichtheim. Richard. Geschichte d. deutschen Zionismus. Jerusalem. 1954.
404. Jüdisches Jahrbuch für Sachsen 1931/32. S. 50 ff.
405. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 3. Nr. 8. 31. Dez. 1927. S. 13.
406. Ebenda. S. 21.
407. Ebenda. Jg. 2. Nr. 11. 28. März 1926. S. 11.
408. Ebenda.
409. Gemeindeblatt der Isr.Rel. Gemeinde Leipzig. Jg. 3. Nr. 7. 28. Nov. 1927. S. 11, 12.
410. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 4. Nr. 1. 1. Mai 1928. S. 21.
411. Leipziger Jüdische Wochenschau. Nr. 21. 23. Mai 1930. S. 6.
412. Jüdisches Jahrbuch für Sachsen 1931/32. S. 50. ff.
413. In zwei Welten. Tel-Aviv 1962. Dort: L. Pinner, S. 136 ff.
414. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Dresden. Jg. 12. Nr. 6. 15. März 1935. S. 3.
415. Ebenda. Jg. 12. Nr. 18. 2. Mai 1936. S. 1.
416. Ebenda. Jg. 12. Nr. 13. 1. Juli 1936. S. 2.
417. Ebenda. Jg. 12. Nr. 23. 15. Dez. 1936. S. 6.
418. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.—Gemeinde Leipzig. Jg. 13. Nr. 24. 11. Juni 1937. S. 2.
419. Dokumente z. Geschichte d. Frankfurter Juden 1933—1945. FFM. 1963. S. 417.
420. Jüdisch—Liberale Zeitung. Jg. 10. Nr. 47. 19. Nov. 1930.
421. Allg. Jüdisches Familienblatt Leipzig. Jg. 12. Nr. 14/15. 2. April 1931. S. 6.
422. Ebenda. Jg. 12. Nr. 8. 20. Febr. 1931. S. 5.
423. Ebenda. Jg. 12. Nr. 17. 24. April 1931. S. 6.
424. Van Dam und Giordano, Ralph. KZ—Verbrechen vor dt. Gerichten, Bd. II. Frankfurt 1966. S. 44.
425. Dokumente zur Geschichte d. Frankfurter Juden 1933—1945. FFM. 1963. S. 65.
426. Sächsische Zeitung. Nr. 93. 19. April 1961.

427. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 115.
428. Ebenda. S. 123.
429. Chemnitzer Tageblatt. Nr. 68. 21. März. S. 2.
430. Dokumente zur Geschichte d. Frankfurter Juden 1933–1945. FFM. 1963. S. 20.
431. Sächsische Zeitung. Nr. 93. 19. April 1961.
432. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 120.
433. Frankfurter Zeitung. 1. April 1933.
434. Genschel, Helmut. Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im 3. Reich . 1966. S. 53.
435. Gemeindeblatt d. Isr. Rel.–Gemeinde Dresden. Jg. 9. Nr. 4. April 1933. S. 1.
436. Das Schwarzbuch. Die Lage der Juden in Deutschland. Paris 1934. S. 439.
437. Dokumente zur Geschichte d. Frankfurter Juden 1933–1945. FFM. 1963. S. 218.
438. Der Stürmer. NS-Periodica. Jg. 16. Nr. 9. März 1938.
439. Ebenda. Jg. 16. Nr. 27. Juli 1938.
440. Sächsischer Postillon. Jg. 154. Nr. 244. 18. Okt. 1938. S. 3.
441. Ebenda. Jg. 154. Nr. 249. 24. Okt. 1938. S. 7.
442. Ebenda. Jg. 154. Nr. 286. 8. Dez. 1938. S. 3.
443. Der Stürmer. NS–Periodica. Jg. 16. Nr. 13. März 1938.
444. Ebenda. Jg. 16. Nr. 9. März 1938.
445. Ebenda. Jg. 16. Nr. 7. Febr. 1938.
446. Jüdisches Gemeindeblatt Leipzig. Jg. 14. Nr. 17. 29. April 1938. S. 2.
447. Ebenda. Jg. 14. Nr. 41. 14. Okt. 1938. S. 2.
448. Dokumente z. Geschichte d. Frankfurter Juden 1933–1945. FFM. 1963. S. 423.
449. Sammlungen Stadtarchiv Frankfurt am Main. S. 13.
450. Ebenda. Seite 17.
451. " " 19.
452. " " 18.
453. " " 12.
454. " " 33.
455. " " 16.
456. " " 27.
457. " " 11.
458. " " 22.
459. " " 25.
460. " " 26.
461. " " 68.
462. " " 41.
463. " " 47.
464. " " 154, 155.
465. " " 74.
466. " " 86.
467. " " 88.
468. " " 80, 81.
469. " " 127.
470. " " 128.
471. " " 156–159.
472. " " 105.
473. " " 86.
474. " " 90.

475. Sammlungen Stadtarchiv Frankfurt am Main. S. 110.
476. Ebenda. S. 112.
477. " " 117.
478. " " 123.
479. " " 129.
480. " " 132.
481. " " 173.
482. " " 144.
483. " " 150.
484. " " 153.
485. " " 170.
486. " " 213.
487. " " 223.
488. " " 181.
489. " " 191.
490. " " 182, 183.
491. " " 195.
492. " " 201.
943. " " 192.
494. " " 204.
495. " " 230.
496. " " 256, 257.
497. Brief von Rahel Livni, Hasorim, Israel.
498. Ebenso
499. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 131, 132.
500. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 133.
501. Seydewitz, Max. Zerstörung und Wiederaufbau von Dresden. Berlin (O) 1955. S. 37
502. Bericht von Leo Jehuda Schornstein vom 26. Juli 1970 an den Autor.
503. Hauser, Margit. Frauenbetplatz Nr. 9. Zürich 1967. S. 438.
504. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 135.
505. Bericht von Max Reinhold aus Israel vom 2. Juni 1970.
506. Bericht von Albert Hirsch aus Frankfurt/M. vom 1. Juni 1970.
507. Buchenwald, Kongreß Verlag Berlin. 1960. S. 60, 61.
508. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 159–161.
509. Grundig, Lea. Gesichte und Geschichte. Berlin 1958. S. 162. 163.
510. Sammlungen Stadtarchiv Frankfurt am Main. S. 267.
511. Klemperer, Victor. LTI. Berlin 1947. S. 17, 18.
512. Ebenda. S. 182, 183.
513. Grundig, Lea. Gesichte und Geschichte. Berlin. 1958. S. 170–179.
514. Eschwege, Helmut. Kennzeichen "J"; Berlin 1966. S. 78.
515. Grundig, Lea. Gesichte und Geschichte. Berlin 1958. S. 190. 191.
516. Aus dem Bundesarchiv Koblenz. Betr. Land-u. Forstwirtschaftl. Besitz von Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Bestand: Rep; 324. Bd. I. ff.
517. Ebenda.
518. Ebenda.
519. Ebenda.
520. Ebenda.

521. Ebenda.
522. Ebenda.
523. Ebenda.
524. Ebenda.
525. Ebenda.
526. Dokumente im Privatbesitz von Helmut Eschwege in Dresden.
527. Ebenda.
528. Ebenda.
529. Ebenda.
530. Ebenda.
531. Ebenda.
532. Ebenda.
533. Aus dem Yad Vashem Archiv in Jerusalem.Bestand Dresden.
534. Ebenda.
535. Ebenda.
536. Ebenda.
537. Ebenda.
538. Ebenda.
539. Ebenda.
540. Ebenda.
541. Ebenda.
542. Ebenda.
543. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 141, 142.
544. Zeitschrift für Geschichte und Wissenschaft. XI. Jg. 1963. Heft 5. S. 950 ff.
Dr. Manfred Unger. Die Endlösung in Leipzig. Berlin 1963.
545. Bericht von Albert Hirsch in Frankfurt/M. vom 1. Juni 1970.
546. Schoenberger Gerhard. Der gelbe Stern. Hamburg 1960. S. 136.
547. Hefte von Auschwitz. 8. Hrsg. Staatl. Museum Auschwitz 1964. S. 78.
548. Ebenda. S. 70.
549. Ebenda. S. 87, 88.
550. Ebenda. S. 90.
551. Ebenda. S. 105.
552. Brief aus dem Bestand des Institute of Contemporary History and Wiener Library in London. Nr. P. II. a. 534. Betr. Heinz Meyer.
553. Brief von Cilly Scheyer aus Ramat–Haschawim Israel. Juli 1970.
554. Brief aus dem Bestand des Institute of Contemporary History and Wiener Library in London. Nr. 430. Betr. Prof. Victor Klemperer
555. Aus der Akte "Jüdische Gemeinde Dresden" im Archiv der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main.
556. Bericht von Albert Hirsch in Frankfurt/Main vom 1. Juni 1970.
557. Der Weg. Nr. 25. 23. Juni 1950. Einweihung d. neuen Synagoge.
558. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 157.
559. Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Groß–Berlin ff. Berlin, März 1964. S. 13.
560. Ebenda. Sept. 1963.
561. Ebenda. Dresden. Dez. 1964. S. 11.
562. Aus den Akten des Hessischen Landesrabbinates, Sitz Frankfurt/Main.

563. Nachrichtenblatt der Jüdischen Gemeinde von Groß–Berlin ff. Berlin, März 1967. S. 7.
564. Ebenda. Juni 1968.
565. Ebenda, Dresden–Berlin, Juni 1967. S. 10.
566. Ebenda, Dresden–Berlin, September 1967. S. 11.
567. Ebenda. Dresden–Berlin, Sept. 1968. S. 11. 12.
568. Ebenda. Dresden–Berlin, März 1968. S. 15, 16.
569. Ebenda, Dresden–Berlin, Juni 1969. S. 13, 14.
570. Ebenda. Dez. 1969. S. 10, 12.
571. Ebenda. März 1970. S. 11.
572. Ebenda. Juni 1970. S. 3.
573. Ebenda. Sept. 1970. S. 8, 9.
574. Ebenda.
575. Ebenda.
576. Hahn, Hugo. Kämpfer wider Willen. Metzingen 1969. S. 236.
577. Ebenda. S. 30.
578. Ebenda. S. 31.
579. Ebenda. S. 305, 306.
580. Ebenda. S. 193.
581. Boberach, Heinz. Meldungen aus dem Reich. Darmstadt. 1965. S. 195 ff.
582. Hahn, Hugo. Kämpfer wider Willen. Metzingen 1969. S. 5.
583. Eschwege, Helmut. Kennzeichen "J". Berlin 1966. S. 161, 162.
584. Van Dam und Ralph Giordano. KZ–Verbrechen vor Deutschen Gerichten. I. II. Frankfurt (M.) 1962-66. S. 137.
585. Diamant, Adolf. Chronik der Juden in Chemnitz. Frankfurt 1970. S. 136.
586. Van Dam und Ralph Giordano. KZ–Verbrechen vor Deutschen Gerichten. I. II. Frankfurt (M.) 1962-66. S. 54, 55.
587. Ebenda. S. 51.

*

Weitere Literaturnachweise

Monographien

Arlt, Fritz. Volksbiologische Untersuchungen über die Juden in Leipzig. Leipzig 1938. S. 6. 13 ff.

Asaria, Zwi. Die Juden in Köln. Köln 1959. S. 390. ff.

Bruck, R. Die Malereien in den Handschriften des Königreiches Sachsen. Dresden 1906.

Butte, Heinrich. Geschichte Dresdens. Graz 1967. S. 71 ff.

Diamant, Adolf. Zur Chronik der Juden in Zwickau. Frankfurt 1971.

Dubnow, Simon. Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes. Band 8. 2. Auflage. Berlin 1920/23. S. 19.

Fleischner. Cat. codd. or. Bibl. Dresden. Lips. 1831.

Fr. Schnorr von Carolsfeld. Katalog der Handschriften der Königlichen Bibliothek zu Dresden. Leipzig 1882.

Hartenstein, Johann, G. Die Juden in der Geschichte Leipzigs. Berlin 1938. S. 102 ff.

Höhne, Heinz. Der Orden unter dem Totenkopf. In: Der Spiegel. Jg. 1966. Nr. 42. S. 107 ff.

Hunscha, Kurt. Aus der Geschichte der Dresdner Bank 1872–1969. Frankfurt 1969.

Irving, David. Der Untergang Dresdens. Rowohlt 1967. S. 143, 191.

Lewy, Alphonse. Geschichte der Juden in Sachsen. Berlin 1902.

Lexikon des Judentums. Verlag Bertelsmann. Gütersloh 1967.

Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein. Katalog und Handbuch. 2. Ausgabe. Köln 1964.

Sellenthin, H.G. Geschichte der Juden in Berlin. Berlin 1959. S. 84, 85.

Teilhaber, Felix, A. Jüdische Flieger im Weltkrieg. Berlin 1924.

Wilsdorf, Oscar. Gräfin Cosel. Ein Lebensbild aus der Zeit des Absolutismus. Dresden und Leipzig 1902.

Zielenziger. Kurt. Juden in der deutschen Wirtschaft. Berlin 1930.

Periodica

Adressbücher der Landeshauptstadt Dresden 1933 ff.

Deutsches Ärzteblatt 1933 ff.

Der Spiegel. Nachrichtenmagazin. Hamburg. 1966 ff.

Jüdische Rundschau . 1923 ff.

Akten

Central Archives for history of the Jewish people. Jerusalem. Bestand Dresden.

Landgericht Berlin. HTO–Akten Nr. 13.772.

Comité International de la Croix–Rouge. Arolsen. Az.: Hist. Nr. 5 847.

Oberlandesgericht Stuttgart. Beschluß vom 18. Okt. 1970. Az.: 3 Ws 164/70 Ks 34/69 Lg. Ellwangen.

Staatsarchiv Leipzig. Bestand Devisenstelle. Gruppe F 2 b. Strafverfahren gegen Juden A–Z. Von Sig. 1304–1421 / 1934–1942.

*

Donatorenverzeichnis . (Ausgewertetes Material).

Argentinien:
Friedländer–Leyser, E. Arroyo Ibicuycito
Luft, P.F. Dr., Urquiza–Florida

Chile:
Selkowski, Heinz, Santiago de Chile
Selkowski, Richard, Ebenda.

Deutschland:
Aris, Helmut, Dresden
Cohn, Alfred, München
Eschwege, Helmut, Dresden
Fischer, Walter, Frankfurt a. M.
Grundig, Lea, Dr., Dresden
Hirsch, Albert, Frankfurt a. M.
Jüdische Gemeinde Dresden
Jüdische Gemeinde Frankfurt a. M.

England:
Apt, Rudolf, London
Grün, Dr.,Newcastle
Guthrie, H. W., London
Hahn, R.,London
Isakovitz, London
Meth, Kurt, Dr., London
Meyer, Max, Dr., London
Stern, Lilly, London
Wallach, Hannah, London

Frankreich:
Horowitz, Sigmund, Vanves
Lion, Max, Nizza

Israel:
Anschel, Leo, Hadera
Bamira, Simon, Tel–Aviv
Burg, Josef, Dr., Jerusalem
Königshofer, Emanuel, Bne–Brak
Klemperer, Eva, Tel–Aviv
Livni, Rahel, Hasorim/Galil
Levy, John, Dr., Ramat–Gan
Nass, Josef, Tel–Aviv
Reinhold, Max, Neve–Oz
Schornstein, Leo, Jerusalem
Varon, Max, M.
Weiner, Salo, Nathania
Zwecker, Kurt, Jerusalem

Mexiko:
Feibelmann, Teresa, Jardines del Pedregal

Schweiz:
Kreuzberger, Mar, Dr., Ascona
Loewenkopf, Leo , Zürich
Silberschein, Fanny, Genf
Simon, Rose, Ascona
Sittenfeld, Edith, Zürich

Südafrika:
Ballin, Otto, Dr., Durban

U.S.A.
Copley, Leon, Californien
David, Margot, Chicago
Gerson, Hans, J. Dr., Los Angeles
Hahn, Arthur, Dr., New–Yersey
Hirsch, Franz, Dr., Illinois
Lisser, Resilotte, Tennessy
Samoje, Paule, Californien
Salinger, Erwin, Dr., Florida
Swack, Anny, Ohio

State New-York
Arnhold, Henry, H.
Brack, Alfred
Elb, Max
Gärtner, Eugen, Dr.
Glauber, Trude
Guthery, Frank, Dr.
Hahn, Helene
Heineberg, Willy
Pohly, Hans, Dr.
Reichmann, Fred
Roan, Carl
Sass, Adolf
Sterlicht, Jakob
Wagner, Hilde

Venezuela:
Cohn, Heinz, Caracas

Institutionen:
Bundesarchiv Koblenz
Inst.of Contemp.Hist. & Wiener Library, Lon
Dokumentationszentrum, Wien
Leo-Baeck-Institute, New-York
Staatsarchiv Dresden
Stadtarchiv Dresden
Stadtarchiv Frankfurt a. M.
Stadtarchiv Braunschweig
Yad Vashem (Archives), Jerusalem

NAMENREGISTER

Weniger bedeutsame Namen sind hier n i c h t aufgeführt.

Anschel, Leo, Lehrer 51, 108, 194, 320, 322, 326
Anton, König 26,28
Apt, Rudolf 176, 451
Aris, Helmut, Präs. des Verbandes der jüd. Gemeinden i.d.DDR 465, 466, 469, 470, 471
Arnhold, Adolph, Dr. 245
Arnhold, Adolph, Dr. 48, 165, 258, 259
Arnhold, Gebr. Bankhaus 79, 164, 245, 256, 258, 259, 265, 267
Arnhold, Eduard, 244, 263
Arnhold, Georg 48, 164, 225,245 , 258, 259
Arnhold, Max 48, 164, 167, 168, 245, 258, 267
Arnstädt, Georg Wilhelm, Bankier 167, 168, 258, 263
Auerbach, Berthold 87,91
August der Starke, König 7,8, 204, 238, 239, 250, 254, 289, 291, 303

Baeck, Leo, Dr. Rabbiner 68, 182
Barth, Willi, SED-Funktionär 469
Baruch, Arzt 5, 276
Beck, Gustav, Dr. Minister 49
Beer, Bernhard, Dr. 90, 91, 123, 128, 132, 133, 139, 149, 161, 165, 311
Behrend, Alfred, Bankdirektor 257
Behrend, Siegfried. B. 257
Bergmann, Zigarettenfabrik 243
Bleichröder, Gerson von, Bankier 257
Blum, Jakob 108, 176, 320, 322
B'nai-B'rith-Logen 59, 125, 172, 179, 180, 181, 182, 185, 187, 192, 195,
Bolza, Graf 251, 252, 253
Bondi, Abraham 67,68
Bondi, Elenore 87
Bondi, Felix, R.A. 87, 94, 258
Bondi, Isaak Simon, 67, 87, 162, 255
Bondi, Jonas 87, 132
Bondi, Jontua 87, 132, 139, 149
Bondi, Josef, Bankier 33, 87, 144, 162, 165, 225, 268, 319
Bondi, Markus 67, 87, 139, 149, 161, 162, 165
Bondi, Nanette 67, 87, 181
Bondi, Salomon 67, 87, 149
Bondi, Simon 67, 68, 87, 165, 206
Bondi & Maron, Bankhaus 256, 268
Bonnier, Albert 312
Bonnier, Gerhard 312
Bonnier, Karl Otto, 312
Bormann, Martin, NS-Funktionär 291, 296, 300, 301
Böhme, Walter, Pfarrer 478
Breit, James, Prof. 268
Brühl, Graf, Minister 17, 205, 253
Bulgaria, Zigarettenfabrik 243
Busch, Fritz, Dirigent 285, 288

Carlebach, Josef, Dr. Rabbiner 321
Chiczewski, F. Konsul 368, 370, 386, 390
Clemens, Johannes, NS-Funktionär 420, 484, 487, 488
Cohen, Alfred, M. 181
Cosel, Gräfin 9, 10, 289

Delta, Zigarettenfabrik 243
Delten, Polizeipräsident 484
Dieckmann, Johannes, Prof. 460
Dresdner Bank 256, 260, 263, 264, 265, 266, 276, 269, 290
Duschenes, David, 254
Duschenes, Salomon 254

Eckstein, Zigarettenfabrik 243
Eger, Moritz 178, 181
Eibeschütz, Nathan 127, 255
Elb, Max, Kom.-Rat 49, 56, 60, 70, 92, 95, 176, 215, 218
Elimeyer, Moritz, Juwelier 33, 132, 160, 162
Elimeyer, Phillip 133, 256, 257, 267
Erlanger, Raphael, Bankier 263, 264

Feuerstein, Egon 63, 108
Feurich, Walter 478
Frankel, Zacharias, Dr. Rabbiner 96, 98, 129, 130, 134, 135, 138, 144, 307, 317
Friedrich August, König 12, 13, 19, 29, 32, 161, 181
Friesen von, Minister 32, 33

Gärtner, Eugen, Dr. Rabbiner 51, 105, 194
Gerson, Hans Jakob, 199, 282, 345
Goebbels, Josef, Dr. NS-Funktionär 247, 271, 272
Goldmann, Felix, Rabbiner 176, 321, 334
Göring, Hermann, NS-Funktionär 247, 271, 272
Grundig, Lea, Prof. 417, 421
Grynspan, Herszel, Attentäter 401
Gutmann, B. Bankhaus 258
Gutmann, Eugen, Bankdirektor 160, 261, 263, 264
Gutmann, Herbert, Bankier 264

Hahn, Hugo, Dr., Bischof 475, 480
Hartmann, Fabrikant 260
Held, Ministerpräsident 58
Himmler, Heinrich, NS-Funktionär 485
Hirsch, Albert 410, 448, 458, 459, 461
Hirschel, Kurt 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 452
Hirschel, Nathan 303
Hitler, Adolf, NS-Führer 288, 289, 291, 307, 324, 415, 475
Hofstein, Raphael, Kantor 106, 108, 150, 158, 285
Horowitz, Hirsch, Rabbiner 105
Hurwitz, Sally 328

Kaskel, Jakob 255, 256
Kaskel, Karl v., 260
Kaskel, Michael 67, 127, 139, 149, 260, 285
Kaskel & Bassenge, Bankhaus 260
Kaskele, Josef, Judenältester 24, 67
Katz, Ludwig, Dr. 451, 453
Kleemann, Wilhelm, Bankdirektor 264, 269
Klemperer, Gustav von 225, 258, 263, 292, 293, 294, 295
Klemperer, Victor 290, 291, 296, 297, 299, 302, 420, 456, 457
Knaut, Nachod & Söhne, Bankhaus 267
Korn, Salomon, Architekt 155
König, Roman 469
Königshofer, Emanuel, Rabbiner 105, 106
Krug, Prof. 27, 90, 160, 162, 165

Landau, Wolf, Dr. Rabbiner 33, 42, 98, 99, 103, 114, 149, 160, 162, 165, 225, 317
Lande, Zigarettenfabrik 243
Lappe, Rudolf, Dr. Prof. 459
Lazarus, Samuel, Judenältester 24, 67
Lehmann, Aron Emanuel 67, 255
Lehmann, Berend, Hofjude 7, 8, 9, 11, 126, 238, 239, 249, 250, 254
Lehmann, Elias Berend, Hofjude 14, 126, 204, 250
Lehmann, Emil, R. A. 33, 87, 92, 127, 133, 135, 144, 160, 163, 165, 317, 318
Lehmann, Herz 250, 254
Lehmann, Lazarus 144
Lehmann, Markus 133, 162, 165
Lehmann, Moses 67
Lesser, Max 63, 66, 108, 152, 181, 269
Lesser, Oskar 56, 70, 95, 178
Levi, Ephraim Abraham, 16, 206, 207, 251, 252, 253
Levi, Gerd 251, 254
Levi, Max 57, 93
Levy, Alphonse, Schriftsteller 176, 307
Levy, John, Dr. 63, 108, 244, 269, 320
Lewinsohn, Richard 469
Lichtigfeld, Isaak Emil, Dr. Landesrabbiner 149, 466, 469
Loeben von, Max 476, 478
Löwenkopf, Leo 458
Luther, Martin, Reformator 480

Magnus, Julius 44, 49
Magnus & Bleichröder, Bankiers 260
Mankiewicz, Carl, Konsul 162, 165, 257
Maron, Ernst, Bankier 258, 268
Maron, Ignatz, Leopold 258, 268
Mattersdorff, Hans 268, 429
Mattersdorff, Richard, Bankier 95, 225, 268
Mattersdorff, S. Bankhaus 44, 79, 162, 165, 256, 268, 269

Mauersberger, Prof. 461
Mendelssohn, Moses, 25, 26, 87, 99, 160, 191, 289
Menuhin, Jehudi, Künstler, 285
Meyer, Aaron 257
Meyer, Josef, Kom.-Rat 160
Meyer, Julius 461
Meyer, Simon 132
Meyer, Walter 411
Meyer, Veit, Judenältester 24
Meyerhof, Berthold 456
Monopol, Zigarettenfabrik 243
Mutschmann, Martin, NS-Funktionär 290, 295, 323, 350, 391, 415, 483
Mühlfelder, Jakob, Dr. Rabbiner 44, 99

Nachod, Jakob 38, 267
Napoleon, Kaiser 25, 98
Nathan, Henry, Bankier 264
Nathanson, Leon 56, 70

Oppenheim von, Abraham 257
Oppenheim, Salomon, Bankier 260
Oppenheim, Franz, Dr., 195
Oramis, Zigarettenfabrik 243

Pionkowski, Rolf 458, 460
Pionkowski, Siegfried 57, 74, 124, 192
Pius XI. 475
Pius XII. 475
Plaut, Gustav, Kom.-Rat 257
Porges, Nathan, Dr., Rabbiner 44

Rath von, Ernst, Gesandschaftsrat 404
Richter, Martin, Bürgermeister 478
Riesenburger, Martin, Prediger 460, 461
Rothschild, Amseln, Bankier 138, 139
Rothschild, M. Carl, Bankier 257
Ruppin, Arthur, Dr. 331

Saalheimer, Dr. 66, 108, 411
Salinger, Paul, R.A. 57, 63, 74, 76, 78, 115, 116, 218, 340
Salomon, Familie 107, 289
Salzburg, Siegemund, Dr. 57 60, 258
Sander, Werner, Kantor 460, 461, 465, 469, 471
Schapira, Erich 63, 108, 193
Schie, Adolph 87, 132, 178
Schie, Henriette 152, 158, 159, 160, 166
Schie, Jakob Löbel, Judenbesteller 23, 24, 87, 127, 128
Schie, Mendel 24, 67, 87, 127, 139, 144, 149, 162, 166
Schie, Wilhelm, Bankier 158, 162, 163, 165

Schill, Gerhard, Oberbürgermeister 470
Schlesinger, Joel Nathan, Judenältester 24, 67, 68
Schlesinger, Siegfried, Konsul 258, 259
Schocken, Gershon, Verleger 185
Schocken, Hermann 66, 84, 331, 332
Schocken, Simon 93
Schornstein, Max, Dr. 62, 77, 203, 269, 334, 335, 336
Schornstein, Leo Jehuda 405, 406
Schwarz, Mordka 469
Seigewasser, Hans, Staatssekretär 469
Seligmann, Meyer, Judenältester 67
Semper, Gottfried 135, 140, 141, 148, 152, 155, 156, 285,
Seydewitz von, Paul 46, 47
Silberschein, Fanny 344
Simon von Trient 14
Simonsohn, Otto, Architekt 141
Singer, Ödön, Dr., Rabbiner 471
Sokolow, Nahum 330, 332
Stein, Eva, Dr. 108, 231, 322
Stein, Leopold, Dr. 105, 154, 225
Stein & Deser, Bankhaus 256
Stoph, Willi, DDR Minister 469

Theilhaber, Felix, Autor 196
Tietz, Kaufhaus 243, 412
Thurn und Taxis, Fürsten 40
Thümmler, Johannes, Dr., NS-Funktionär 483, 489

Ulbricht, Walter, Minister 469

Wagner, Bürgermeister 460
Wallerstein, Levi 166
Walter, Bruno, Dirigent 285
Warschauer, Otto, Bankier 257
Weiger, Samuel 63, 108
Weizmann, Chaim, Prof. 331
Winter, Jakob, Prof. Dr. Rabbiner 44, 49, 59, 61, 68, 102, 103, 105, 106, 108, 152, 158, 218, 225, 245, 318, 322, 476
Wolf, Albert, Dr. Rabbiner 105, 108, 152, 166, 322
Wolf, Albert, Kunstsammler 289
Wünsche, August, Prof. 103, 104, 123, 311

Xanti, Zigarettenfabrik 243

Yramis, Zigarettenfabrik 243

Zimmermann, Emil, Dr. 57, 62, 63, 76, 93
Zucker, Alfred, Dr. 60
Zweig, Arnold, Dr. 469
Zwicker, Arthur, Bankier 257

ORTSVERZEICHNIS

Aachen 264
Aalen 489
Ahlem 125, 192, 331
Altenburg, 276, 277
Altona 255
Amsterdam 251, 252, 253
Andernach 118
Annaberg i.Sa. 44, 45, 49, 58, 59, 109, 118, 176, 226, 318, 363, 419, 450, 488
Arnstadt 318
Arolsen 446
Aschaffenburg 259
Aschersleben 318
Aue i.Sa. 227, 360, 454
Auerbach 45, 227, 357, 360, 363, 364, 366, 488
Auschwitz 108, 230, 266, 327, 422, 434, 435, 447, 448, 449, 450, 452, 453, 456, 480, 489, 490

Bamberg 102
Basel 328, 344
Bautzen 45, 49, 58, 59, 75, 81, 108, 109, 118, 176, 226, 259, 272, 273, 318, 362, 365, 396, 407, 418, 424, 431, 470, 488
Bayreuth, 486
Belzec 449
Berlin 10, 26, 41, 48, 64, 91, 97, 98, 102, 107, 115, 116, 118, 175, 179, 182, 188, 188, 193, 194, 195, 197, 200, 202, 229, 230, 231, 244, 247, 252, 253, 255, 256, 257, 259, 260, 263, 264, 266, 269, 271, 274, 281, 289, 291, 296, 301, 302, 307, 209, 312, 328, 333, 334, 367, 369, 372, 380, 381, 382, 383, 385, 386, 387, 388, 390, 394, 395, 397, 398, 403, 423, 426, 427, 428, 429, 434, 461, 469, 472, 478
Bernburg 318
Beuthen (Zbaszyn) 360, 361, 371, 373, 398, 400
Bibra 318
Bischofswerda 10, 40
Blasewitz 427
Bleicherode 318
Borna 33, 227, 358, 488
Braunschweig 105, 318, 483
Breslau (Wroclaw) 15, 90, 91, 96, 97, 98, 103, 105, 181, 187, 200, 203, 265, 328, 478
Bromberg 200
Bruchsal 200
Buchenwald 105, 410, 411, 412, 447, 450, 453, 485, 486
Buchholz 358
Budapest 97, 471

Cämmerei 425
Chemnitz 25, 41, 43, 44, 45, 49, 58, 60, 63, 99, 109, 115, 116, 118, 157, 176, 181, 185, 200, 203, 215, 225, 226, 230, 232, 242, 244, 257, 260, 266, 269, 272, 273, 274, 278, 281, 283, 285, 309, 318, 323, 331, 340, 358, 359, 360, 363, 364, 367, 371, 379, 390, 412, 419, 424, 425, 431, 432, 446, 459, 483, 485, 488, 489, 492 (Siehe auch Karl-Marx-Stadt, Seite 516)
Chicago 105
Cincinnati 181
Crimmitschau 227, 360
Czernelica 380

Dachau 447
Danzig 7, 11
Darmstadt 264, 266, 328, 372
Davos 403
Delbrück 264
Dessau 244, 255, 259, 316, 318
Dippoldiswalde 108, 226, 424, 477, 488
Dittersbach i. Erzg. 470
Dortmund 328
Döbeln 207, 227, 380, 488
Dölzig 232
Dover 412
Duisburg 264
Düren 264
Düsseldorf 41, 72, 210, 312
Dzialoszyna 378

Eger 276
Einsiedel 470
Eisenach 318
Eisleben 318
Elberfeld 264
Elmen 117
Ellwangen 498, 490
Erfurt 309, 318, 412, 472
Erlangen 257
Eythra 425

Falkenstein i.Sa. 357, 366
Filene 107
Flamberg 427
Flossenbürg 450
Flöha 45, 226, 488
Frankfurt (Main) 2, 26, 57, 79, 97, 115, 121, 122, 138, 139, 149, 155, 174, 187, 203, 230, 251, 253, 255, 257, 259, 260, 263, 264, 277, 322, 328, 341, 372, 447, 458, 459, 466, 469, 491

Frankfurt (Oder) 15, 256, 259
Freiberg i.Sa. 45, 52, 72, 74, 75, 78, 108, 226, 254, 307, 424, 455, 488
Freital 108, 226
Friedberg (Hess.) 118
Friedland 427

Gehaus 318
Gelsenkirchen 257
Gengenbach 257
Gera 318
Glashütte 108
Glauchau 45, 226, 344, 363, 488
Gleiwitz 200
Glogau 200
Goldbach 427
Gorkau 257
Gotha 4, 318
Gottleuba 108
Görlitz 361, 458, 470
Göttingen 483
Greiz 259
Grimma 227, 358, 424, 425, 488
Gröditz 488
Grossenhain 40, 108, 206, 424, 488

Haideberg 200
Hainewalde 104
Halberstadt 249, 250, 318
Halle, 203, 309, 318, 370, 373, 374, 412, 472
Hamburg, 16, 41, 128, 249, 251, 252, 254, 260, 328, 404
Hannover 7, 41, 107, 115, 191, 192, 250, 328
Harta 427
Hechingen 91
Heidelberg 91
Heidenau 108, 383, 393, 452
Hellendorf 96
Hellerau 279, 312, 448
Herford 264
Hohenasperg 91
Holzminden 318
Hoszow 380

Janowitz 9
Jena 203
Jerusalem 65, 467, 468

Kamenz 46, 206, 258, 488
Karl-Marx Stadt 225, 230, 309, 465, 469, 472,
Karlsruhe 91, 487

Kassel 41, 328
Kattowitz 259, 483, 489,
Kiel 259
Klotsche 108, 180
Kolberg 113
Konitz 200
Köln 114, 115, 118, 187, 255, 257, 260, 264, 328, 372
Königsberg 181
Kötzschenbroda 108
Kopenhagen 407
Krotoschin 106

Langensalza 450
Lausen 425
Leipzig 7, 9, 11, 15, 16, 17, 21, 22, 27, 29, 30, 32, 33, 36, 38, 41, 43, 44, 45, 49, 55, 58, 59, 60, 63, 66, 77, 78, 87, 90, 91, 97, 99, 109, 115, 117, 118, 128, 129, 141, 160, 175, 176, 181, 184, 187, 194, 203, 206, 218, 227, 229, 230, 231, 232, 234, 239, 242, 244, 245, 249, 252, 254, 255, 265, 267, 269, 270, 272, 273, 274, 275, 277, 278, 280, 281, 283, 285, 293, 307, 309, 313, 318, 321, 326, 328, 331, 332, 341, 358, 363, 365, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 375, 376, 377, 379, 380, 386, 387, 390, 393, 394, 412, 414, 424, 425, 431, 433, 447, 457, 460, 466, 469, 471, 472, 478, 485, 488
Leißnig 378
Lemberg 6
Lodz (Litzmannstadt) 193, 378, 454
London 416
Loschwitz 125
Löbau 226, 488
Luckau 252, 259, 383
Lübeck 481

Magdeburg 41, 203, 256, 309, 318, 372, 412, 472
Mainz 258
Mannheim 257, 328
Margonin 427
Marienberg 45, 226, 488
Mauthausen 450
Mecklenburg 264, 309
Meerane 226, 359
Meiningen 427
Meissen 3, 4, 40, 41, 108, 226, 289, 292, 293, 294, 295, 299, 378, 488
Mellrichstadt 255,
Mittenwald 427
Mittweida 207, 365
Myslowitz 200
Monowitz 448
Mühlhausen 318
München 91, 290, 312, 372, 457

Naumburg 21
New-York 84, 105, 179, 181, 245, 258, 280, 342, 456
Neu-Bentschen 388, 391, 394, 396, 397, 398
Neustadt 108
Neuwied 26
Nordhausen 318
Nordstetten 91
Nowy Tomysl 391
Nürnberg 276, 335, 449

Oberfrona 379
Ober-Rochwitz 83, 109, 125, 179, 180, 181
Ober-Rödern 427
Oberwesel 14
Oederan 26
Oelsnitz 45, 227, 260
Offenbach a.M. 41, 372
Oldenburg 264
Oppeln 362, 364, 367
Oschatz 207, 488

Paris 25, 352, 402, 403, 409, 416, 451
Pilchowitz 200
Pilizy 379
Pirna 4, 108, 128, 226, 424, 425, 488
Plauen i.V. 44, 45, 49, 58, 59, 109, 115, 118, 150, 176, 181, 227, 244, 269, 272, 274, 318, 319, 320, 331, 360, 363, 366, 414, 425, 433, 446, 450, 483, 488
Pocanica 380
Posen 25, 93, 328
Prag 2, 11, 96, 116, 200, 238, 254, 255, 352, 365, 454
Pressburg 102
Prossen 425
Przemysl 400

Radebeul 108, 279
Raudnitz 238
Ravensbrück 453
Rähnitz 427
Regensburg 40, 276
Reichenbach 227, 360
Reims 51, 194
Reinheim 200
Riesa 40, 108, 226
Riga 327, 447, 448, 452, 453
Rochlitz 45, 207, 488
Rostock 264
Rothmannsdorf 200
Ruppertshain (Ts.) 116
Russdorf 379

Saarbrücken 372
Saaz 99
Sandorf 102
San Domenico 164
San Salvador 65
Schandau 91
Schmiedeberg 200
Schwarzheide 450
Schwarzenberg 45, 227, 360, 424, 488
Schwarzenburg 319
Schweinfurt 105
Schwerin 99, 472
Seesen 117, 316
Sebnitz 108
Seifhennersdorf 383
Semmering 427
Sigmar-Schönau 379
Solothurn 425
Sonnewalde 252
Speyer 118, 121
Stadtlengsfeld 318
Stanislau (Stanislawow) 379
St. Ludwig 328
Stollberg 226, 488
Stolpen 10, 289
Strassburg 266, 278, 403
Stuttgart 91, 115, 483
Suhl 318

Tel-Aviv 333
Teplitz 10, 97, 181, 203, 238
Themar 318
Theresienstadt 197, 420, 446, 447, 451, 452, 453, 458
Treblinka 449, 480
Trient 14
Tübingen 230

Ullersdorf 125
Uttenreuth 10

Varrentrop 254
Vitznau 387

Wachwitz 181, 435
Waldenburg 107
Waldheim 380, 381
Walldorf 318
Wandsbeck 107
Warmbrunn 107

Warschau (Warszawa) 251, 253, 255, 256, 353, 453
Wehlen 428
Wehrsdorf 427
Weimar 225, 289, 410, 425, 454
Weisswasser 427
Weissenfels 318
Werdau 227, 360
Wien 91, 96, 250, 255, 256, 352
Wiesbaden 372
Wolfenbüttel 316
Worms 118, 121, 460
Wozek 449
Wurzen 227
Wüstenbrand 425
Wyk 117

Zerbst 318
Zittau 44, 45, 49, 58, 59, 104, 109, 115, 118, 176, 226, 232, 318, 366, 382, 383, 470, 488
Zschopau 450
Zwickau 45, 49, 58, 93, 105, 109, 118, 176, 185, 186, 227, 230, 244, 269, 272, 273, 274, 331, 359, 360, 363, 364, 366, 367, 393, 422, 424, 431, 485, 488

*

Bildnachweis.

Bankhistorisches Archiv der Dresdner Bank, Frankfurt am Main (S. 261,262),
Bildarchiv der österreichischen Nationalbibliothek, Wien (S. 198),
Bildarchiv Foto Marburg, Marburg (S. 142, 143, 210),
Bundesarchiv, Koblenz (S. 18, 430),
Deutsche Fotothek, Dresden (S. 209 oben, 306),
Hans Gerson, Los Angeles (S. 199),
Jad Vashem Archives, Jerusalem (S. 178),
Jüdische Gemeinde zu Dresden (S. 216, 464, 468),
Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Dresden (S. 305),
Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main (S. 314, 315),
Ullstein Bilderdienst, Berlin (S. 261 unten).

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1. Edikt König Friedrich Augusts
   betr. Aufenthaltsverbot von Juden und Bettlern. 1714 12
2. Edikt König Friedrich Augusts
   gegen den Hausierhandel der Juden. 1719 13
3. Druck eines Mandates
   betr. die Einschränkung der Juden und ihres Handels. 1746 18
4. Geistige Größen der Israelitischen Gemeinde:
   Bernhard Beer, Emil Lehmann, Max Elb, Oscar Lesser 88, 89
5. Rabbiner der Israelitischen Gemeinde:
   Dr. Wolf Landau, Dr. Zacharias Frankel 100
   Prof. Dr. Jakob Winter, Dr. Leopold Stein 101
6. Rekonstruktion des Judenbades 122
7. Durchschnitt der alten Synagoge 136
8. Grundriß der alten Synagoge 137
9. Innenansicht der alten Synagoge 142
10. Innenansicht der alten Synagoge 143
11. Außenansicht der alten Synagoge 148
12. Gedenktafel in der alten Synagoge 153
13. Gebetbuch für die alte Synagoge 154
14. Das Henriettenstift 159
15. Protokollbuch der Krankenfürsorgegesellschaft von 1799 178
16. Feldgottesdienst 1914 - 1918 198
17. Urkunde für Kriegshilfe 1918 199
18. Der alte Judenfriedhof, Pulsnitzerstraße 209
19. Der Judenfriedhof (Gemälde) 210
20. Der neue Judenfriedhof vor der Zerstörung 216
21. Gedenkmonument 1914 - 1918 217
22. Neue Synagoge am Judenfriedhof 222
23. Mahntafel für die Opfer des Faschismus 223
24. Freitod-Grab vor NS-Deportation 224
25. Statistik der Juden in Dresden 228
26. Stammhaus der Dresdner Bank 261
27. Eugen Gutmann 262
28. Nathan Hirschl, Elfenbeinstatuette 305
29. Der Uriasbrief (Gemälde) 306
30. Jüdische Zeitungen in Dresden 310
31. Machsor Dresden. 14. Jahrhundert 314
32. Machsor Dresden. 14. Jahrhundert 315
33. Zeitungsmeldung zum 19. Zionistischen Delegiertentag 329
34. Wahlaufruf der Juden gegen die Nationalsozialisten 337
35. Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 338
36. Zeugnis für die Emigration 345
37. Hausschilder aus der NS-Zeit 347
38. NS-Dokument zur Ausweisung polnischer Juden aus Dresden 363, 364
39. Judenhetze in der Presse 416
40. Gerichtsurteil wegen "Rassenschande" 422
41. NS-Dokumente zur Grundstücksberaubung 430
42. Versteigerung jüdischen Besitzes 432
43. Quittung über "Vermögensabgabe" 444
44. Außenansicht der neuen Synagoge 462
45. Portal der neuen Synagoge 463
46. Innenansicht der neuen Synagoge 464
47. Brandruine der Synagoge 468
48. Gedenktafel an die Synagoge 468
49. Siegel des „Reichsbischofes" 482

Adolf Diamant

CHRONIK der Juden in Chemnitz

heute Karl-Marx-Stadt

183 Seiten mit 22 Bildtafeln. Quellenverzeichnis, Ortsverzeichnis und Personenregister. Leinenband mit Goldprägung. Format 18 x 25 cm. DM. 35,—.

In Sachsen haben Regierung und Volksvertretung erst Ende 18. Jahrhunderts einen ernsten Willen gezeigt, die schmähliche Lage der Juden allmählich zu verbessern.Im 19. Jahrhundert hatte sich die Chemnitzer Judenheit konsolidiert. Juden waren Repräsentanten der Obrigkeit, bekannte Mediziner und Rechtsanwälte, sie besaßen große Unternehmen und betätigten sich als Philantropen und Mezäne. Zu dieser Zeit glaubten die Juden an den „Genius im deutschen Volk", der die mittelalterlichen Relikte ihnen gegenüber beseitigt hatte.Als aber 1933 Hitler zur Macht kam mußten auch die Juden in Chemnitz das entsetzliche Menetekel wahrnehmen, daß auf sie zukam. Wieder wurden sie angefeindet, besudelt, geschlagen und verhaftet. Sie wurden deportiert, in Viehwaggons nach den Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka geschickt. In Spezialkammern wurden sie vergast, in Öfen ihre Körper verbrannt und vom Menschenfett produzierte man Seife.
Ende des Jahres 1944 war Chemnitz „judenrein" und die Geschichte der Juden in dieser Stadt war beendet.
Im April 1945 kam der Verfasser wieder für kurze Zeit in seine Geburtsstadt zurück. Von der stolzen Jüdischen Gemeinde in Chemnitz, die in ihrer Blütezeit 3500 Mitglieder aufwies waren kaum 50 Menschen zurückgekehrt. Nichts mehr wies auf ein ehemaliges jüdisches Leben in Chemnitz hin. Nur noch der bestehende Judenfriedhof am Kassberg gab Aufschluß vom Leben und Sterben der Juden.
Trotzdem fanden sich die wenigen Juden wieder in einer Gemeinschaft zusammen und die Stadtverwaltung ermöglichte sogar 1961 den Aufbau eines neuen jüdischen Gemeindehauses. Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Jahre der Juden in Karl-Marx Stadt gezählt sind. Fast alle Juden sind über 65 Jahre alt und es ist nur eine Frage der Zeit wann die Geschichte der Juden in dieser Stadt beendet sein wird.

Verlag Wolfgang Weidlich Frankfurt/Main
Savignystr.61

Adolf Diamant

Zur Chronik der Juden in Zwickau

Dem Gedenken einer kleinen jüdischen Gemeinde in Sachsen.

97 Seiten mit 12 Bildtafeln. Mit Quellenverzeichnis, Ortsverzeichnis und Personenregister. Format 21 x 15 cm. Leinenband mit Goldprägung. Erscheinungsort Frankfurt 1971.

Die hier vorliegende Arbeit ist das Nebenergebnis der bereits von mir 1970 herausgegebenen "Chronik der Juden in Chemnitz – heute Karl-Marx-Stadt" und meiner Dokumentation "Chronik der Juden in Dresden".

Nach jahrelangen Vorarbeiten zu diesen lokalhistorischen Monografien konnte ich bisher nicht ausgewertetes Material, das die Juden in Zwickau betrifft, zusammentragen. Mit Absicht habe ich die vorliegende Arbeit "Zur Chronik der Juden in Zwickau" betitelt. Die hier angeführten Daten, Aufstellungen und Dokumente sind nicht vollständig. Ganz besonders ist das Fehlen von Unterlagen aus der Aera des Nationalsozialismus zu bemerken. Wie auch in anderen Städten Deutschlands vernichteten die Funktionäre des Nazi-Regimes bei Kriegsende 1945 alle belastenden Dokumente, die die Ausrottung der Juden beweisen konnten.

Barbarisch ist schon das Dokument über die "Entlassung" eines Schuljungen mit der Begründung "JUDE". Systematischer Massenmord der Juden im Osten beendet ein Stück makaberer Zeitgeschichte.

In Zwickau leben im Jahre 1971 keine Juden mehr. Die Geschichte einer religiösen Gemeinschaft ist damit beendet. Vertreibung und Mord haben dazu geführt.

Der Orden Bne Briss
Mitteilungen der Großloge für Deutschland VIII U. OBB.

Adolf Diamant

Buchausstellung

der

Frankfurt-Loge

vom 27. April - 14. Mai 1969

und

ausgewählte Dokumente

der

Frankfurter jüdischen Logen

1894 - 1937

Selbstverlag der Frankfurt-Loge. Frankfurt a. M. – 1969/70